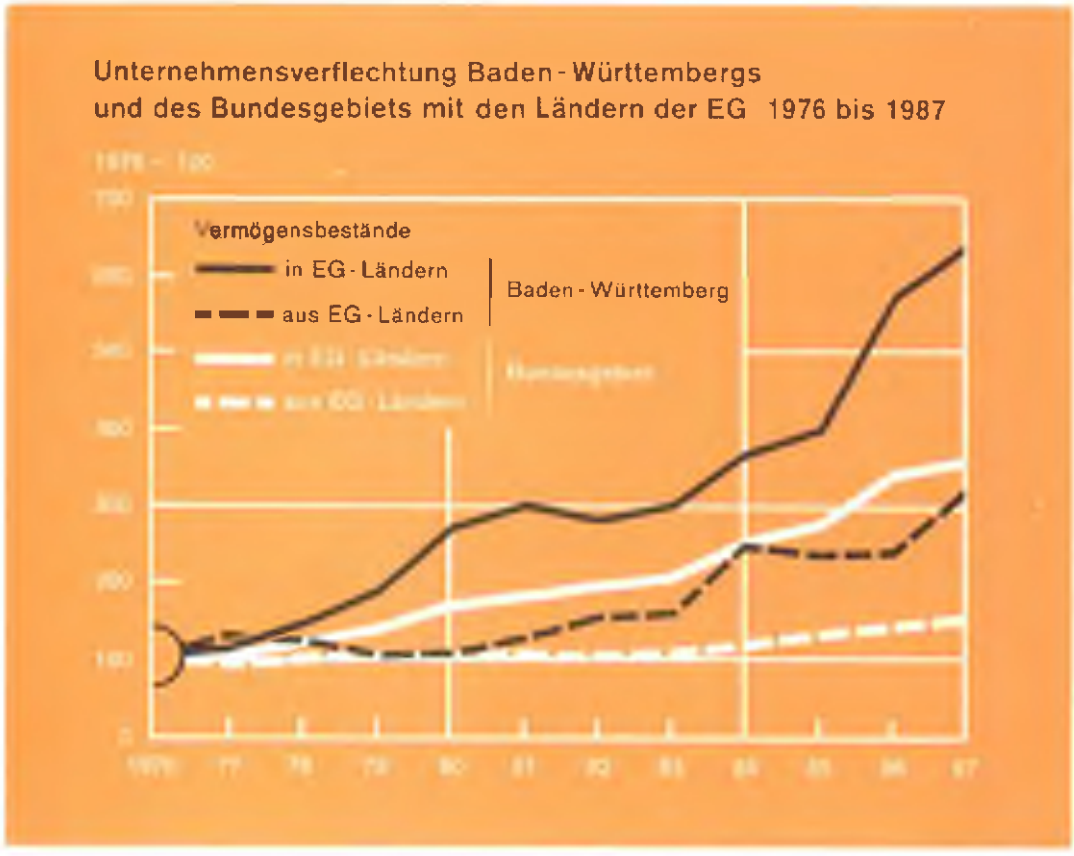
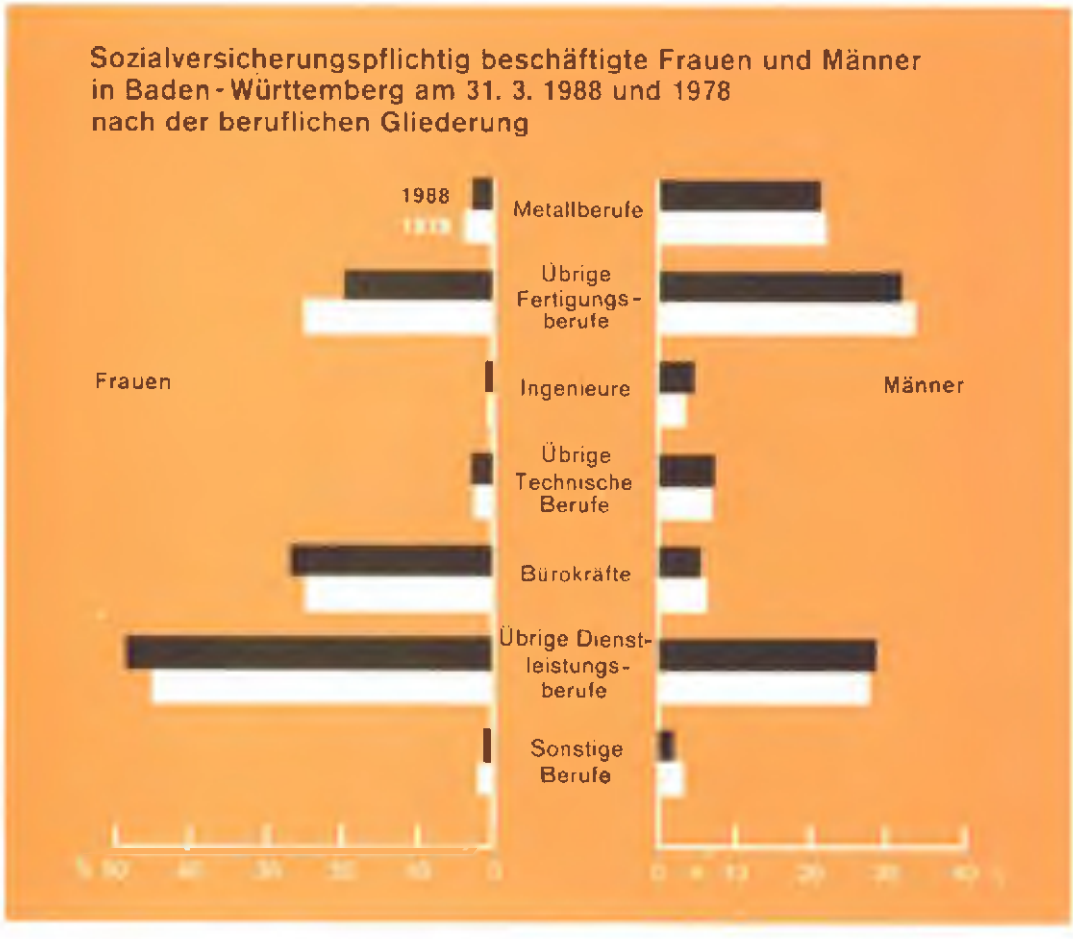
Stati ti ch-progno ti cher Bericht 1988/89

Daten - Analysen - Perspektiven

Heft 16





Baden-Württemberg

Statistisch-prognostischer Bericht 1988/89

Daten - Analysen - Perspektiven

Herausgegeben von der Landesregierung
Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem
Statistischen Landesamt

Artikel-Nr. 1114 89001

ISSN 0724 - 3790

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Postfach 10 60 33 · 7000 Stuttgart 10

Tel.: (0711) 6465 - 1 · Telex 722815 stala d · Btx *64651 # · Telefax 6465440

Preis DM 16,–

zuzügl. Versandkosten

Nachdruck, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe gestattet

Vorwort

Mit dem Statistisch-prognostischen Bericht 1988/89 legt die Landesregierung den sechzehnten Band dieser Reihe vor.

Der diesjährige Bericht enthält neben dem auf die aktuelle Wirtschaftsentwicklung ausgerichteten Rück- und Ausblick im Teil II Einzeluntersuchungen zu fünf Themenbereichen, nämlich "Wirtschaftsbeziehungen mit der EG", "Ländlicher Raum", "Bildung", "Arbeitsmarkt" und "Sozialordnung".

Mit diesen zum Teil sehr detaillierten Einzeluntersuchungen werden Entwicklungen in unserem Lande beleuchtet, die unsere künftigen Lebensverhältnisse nachhaltig beeinflussen werden. Die Bedeutung dieser Beiträge liegt darin, daß erkennbare Trends aufgezeigt werden, auf die wir uns einstellen müssen – wir: das sind die gesellschaftlichen Gruppen, die Wirtschaft und nicht zuletzt die Politik.

Deshalb erneut meine Aufforderung: Nur Mut zu den Zahlen, Tabellen, Schaubildern und erläuternden Texten! Man muß sich mit den Fakten und Trends vertraut machen, um erkennen zu können, welche Veränderungen auf uns zukommen. Gerade im Hinblick auf die Vollendung des EG-Binnenmarktes bis Ende 1992 ist die Analyse der Verflechtung unserer Wirtschaft mit den Ländern der EG, wie sie in den Handelsströmen und Direktinvestitionen zum Ausdruck kommt, von großer Bedeutung. Nicht zuletzt werden sich hier neue Anforderungen an die statistische Berichterstattung ergeben. Auch die heute absehbare Entwicklung in der Zahl der Schüler und Schulabgänger ist ein Datum, auf das sich alle Betroffenen rechtzeitig einstellen sollten. Mit den beiden Untersuchungen zu den Beschäftigungschancen der Frauen im Strukturwandel sowie zur Entwicklung der Rentenversicherung – diese erstmals in regionaler und auf das Land bezogener Sicht – werden weitere wichtige Themen aufgegriffen, die von unmittelbarer Auswirkung auf die Arbeits- und Lebenswelt der Bürger sind.

Die Untersuchungen dieses Berichts dienen den Ressorts und der Regierung als Grundlage für eine datenorientierte Fundierung politischer Entscheidungen. Aber sie dienen auch der Information der Bürger unseres Landes, die sich ein eigenes Urteil über Veränderungen und Entwicklungen in wichtigen Lebensbereichen bilden wollen.

Mit bewährter Sorgfalt und mit großem Einsatz hat das Statistische Landesamt Baden-Württemberg die Daten zu den genannten Themenbereichen aufbereitet und analysiert.

Im Namen der Landesregierung danke ich dem Präsidenten des Statistischen Landesamtes, Herrn Professor Dr. Max Wingen, sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für das Zustandekommen des Statistisch-prognostischen Berichts 1988/89.

Stuttgart, im Juni 1989

Ministerpräsident
Lothar Späth

Inhalt

		Seite
Vorwort		III
Teil I	**Rückblick 1988 – Ausblick 1989**	VII
Teil II	**Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen**	
1.	**Baden-Württemberg und die EG**	
1.1	Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland im Überblick	1
1.2	Die Entwicklung der Handelsströme	16
1.3	Die Entwicklung der Direktinvestitionen	35
2.	**Ländlicher Raum**	
	Zur Situation und Entwicklung des Ländlichen Raums i.e.S.	61
3.	**Bildung**	
	Zahl der Schüler und Schulabgänger bis zum Jahr 2010: Eine Vorausrechnung für allgemeinbildende und berufliche Schulen	83
4.	**Arbeitsmarkt**	
	Beschäftigungschancen von Frauen im Strukturwandel	104
5.	**Sozialordnung**	
	Die Rentenversicherung im Rahmen des Gesamtsystems der Sozialen Sicherung	123
Anhang		153
Themenabriß		191

Teil I

Rückblick 1988 – Ausblick 1989

Wirtschaftsentwicklung des Landes im Gesamtüberblick

Im Zeitraum nur eines Jahres hat sich die konjunkturelle Situation grundlegend gewandelt. Stand das erste Jahresdrittel 1988 noch unter dem teils zurückhaltenden, teils sogar pessimistischen Eindruck des Zusammenbruchs der Aktien- und Devisenmärkte im Oktober 1987, so zeichnet sich das erste Jahresdrittel 1989 durch alle Attribute einer hochkonjunkturellen Entwicklung aus, der nach den neuesten Aprilwerten Tendenzen zum Boom nicht abzusprechen sind. Eine gleichermaßen sehr hohe Inlands- wie Auslandsnachfrage führt zu einer expandierenden Investitionsgüterproduktion mit zunehmender Beschäftigung. Witterungs- und nachfragebedingt sind Bauproduktion und Baunachfrage hoch. Im Sog dieser kräftig expandierenden Bereiche verstärkt sich der bei Produktion und Beschäftigung langfristig steigende Trend des Dienstleistungssektors.

Dieser Umbruch in der Entwicklung datiert in die Frühsommermonate Mai/Juni des vergangenen Jahres. Damals aktivierte sich die Auslandsnachfrage, der es in Verbindung mit einem hohen privaten Verbrauch und einer hohen Bauproduktion gelang, die bis dahin noch zögernde Binnennachfrage mitzuziehen. Der statistische Niederschlag dieser Aufschwungstendenzen findet sich in erster Linie in den von Quartal zu Quartal steigenden Auftragseingängen des Investitionsgüterbereichs (preisbereinigt 1. bis 4. Quartal 1988: + 3,0 %; + 5,2 %; + 9,3 %; + 8,8 %)[1], – wobei nach einer bereits im 2. Quartal hohen ausländischen Ordertätigkeit im 3. Quartal auch die Inlandsnachfrage anzog. Entsprechend lag im 2. Halbjahr 1988 der inländische Ordereingang mit 8,2 % wesentlich stärker über dem entsprechenden Vorjahresergebnis als noch im 1. Halbjahr mit 2,6 % (Ausland: 1. Halbjahr: + 6,1 %, 2. Halbjahr: + 10,2 %). Diese Entwicklungen signalisieren die in dieser Zeit im Inland wie im Ausland wieder angestiegene Investitionsneigung. Sie hat sich nach 1989 hin verstärkt fortgesetzt: Im Zeitraum Januar bis April lag der Auftragseingang real um 16,2 % über dem entsprechenden Vorjahreswert. Inzwischen hat die Inlandsnachfrage nach Investitionsgütern mit einer Zunahme um 18,0 % die des Auslandes (+ 13,9 %) überholt, allein in den Monaten März und April lag sie um ein Viertel bzw. um ein Fünftel über dem März- bzw. Aprilwert von 1988. Auch wenn bei diesen Werten wegen des im Vorjahr niedrigen Niveaus gewisse statistische Basiseffekte zu berücksichtigen sind, so sind sie doch kennzeichnend für die Dynamik der derzeitigen Investitionsgüterkonjunktur.

Dominante Branche ist der Maschinenbau, der bereits für das Jahr 1988 mit einer Auftragszunahme um 12 % das mit Abstand beste Ergebnis verbuchen konnte. Auch im ersten Jahresdrittel von 1989 legte er mit 18,4 % überdurchschnittlich zu, doch haben inzwischen alle Investitionsgütersparten Anschluß an die expansive Entwicklung gefunden (Tabelle 7) und melden hohe Ordereingänge aus dem In- und Ausland (insgesamt, Januar bis April: Elektrotechnik: + 15,3 %; Feinmechanik/Optik: + 13,2 %; Herstellung von Büromaschinen: + 27,2 %). Dies gilt auch für den Straßenfahrzeugbau. Hier dürfen allerdings die markanten Zuwachsraten von 15,4 % für den gesamten Auftragsein-

1 Hier wie im folgenden: Veränderungsraten jeweils zum entsprechenden Vorjahreszeitraum. Redaktionsschluß: 9. Juni 1989

gang sowie von 19,2 % für den inländischen nicht darüber hinwegtäuschen, daß das vorjährige Auftragsniveau bis in den Juli hinein erheblich unter dem von 1987 lag (1. Halbjahr 1988: - 7,9 %). Trotzdem signalisiert die seit Juni/Juli des Vorjahres wieder leicht aufwärts gerichtete Auftragseingangstendenz, daß in dieser Branche der Tiefpunkt der strukturellen Anpassung insbesondere an eine veränderte Weltmarktlage überwunden sein dürfte.

Anders als im Vorjahr laufen derzeit die Entwicklungen in den großen Bereichen des Verarbeitenden Gewerbes auseinander, da weder der Grundstoff- und Produktionsgüterbereich noch der Verbrauchsgütersektor mit den dynamischen Tendenzen bei den Investitionsgütern mithalten können. Insbesondere im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich hat sich die Entwicklung im ersten Jahresdrittel 1989 im Vergleich zum Vorjahr abgeflacht. Noch 1988 hatte eine vergleichsweise kontinuierliche und hohe Auftragslage (+ 6,7 %, Verarbeitendes Gewerbe: + 5,9 %) konjunkturstützend gewirkt, wobei dieser Effekt im ersten Halbjahr besonders stark war (+ 8,1 %). Während auch derzeit noch wie schon damals einige Branchen - so die Eisen-, Stahl- und Tempergießerei sowie die Ziehereien - von der Stahlkonjunktur, und andere Sparten - so die Gewinnung von Steinen und Erden und die Holzbearbeitung - von der Baukonjunktur profitieren, hat die zuvor gute Auftragslage der in diesem Bereich größten Branche, der Chemischen Industrie, seit dem 2. Halbjahr 1988 nachgegeben, im ersten Jahresdrittel 1989 stagniert sie fast (+ 1,1 %). Diese Tendenzen sind auch bundesweit zu beobachten. Entsprechend erreicht der Grundstoff- und Produktionsgütersektor im Zeitraum Januar bis April 1989 einen Auftragsanstieg um 5,0 %, womit er deutlich unter dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes (+ 12,0 %, Tabelle 7) liegt.

Im Verbrauchsgütersektor verlief die Nachfrage bereits im vergangenen Jahr nur verhalten (+ 2,8 %), mit jeweils starken Schwankungen von Monat zu Monat, - eine Tendenz, die sich auch im ersten Jahresdrittel 1989 fortsetzt (+ 3,2 %). Die Inlandsnachfrage ist besonders schwach (1988: + 2,4 %), im ersten Jahresdrittel 1989 nochmals schwächer (+ 1,7 %), während die Auslandsnachfrage im Vergleich dazu durchaus deutlich steigt (1988: + 4,7 %; erstes Jahresdrittel 1989: + 8,8 %). In diesem Sektor sind stark heterogen sich entwickelnde Branchen zusammengefaßt. Sparten mit steigender Nachfrage - wie die Herstellung von Kunststoffwaren, Holzmöbeln und Hohlglas sowie die Papier- und Pappeverarbeitung und die Druckereien - stehen mit dem Textil- und Bekleidungsgewerbe sowie der Ledererzeugung und -verarbeitung Branchen gegenüber, die in der Regel eine abnehmende Nachfrage zu verzeichnen haben. Allerdings weist das Textilgewerbe im Zeitraum Januar bis April 1989 aufgrund einer hohen Auslandsnachfrage und generell günstiger Aprilwerte mit + 3,1 % eine beachtliche Auftragszunahme aus.

Im Vergleich zum Auftragseingang hat sich die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes nur schleppend und zögernd entwickelt (Tabelle 8), sie lag im 2. Halbjahr 1988 mit + 2,2 % sogar niedriger als im 1. (+ 2,6 %; Jahr: + 2,4 %). Ursächlich war, daß die im Grundstoff- und Produktionsgüter- sowie im Verbrauchsgütersektor abflachenden Nachfragetendenzen in diesen Bereichen in der zweiten Jahreshälfte zu einer gegenüber dem 1. Halbjahr schwächeren Produktion führten, die im Verbrauchsgütersektor sogar leicht rückläufig war. Diese Effekte konnte die demgegenüber ansteigende Produktion im Investitionsgüterbereich (1. Halbjahr: + 1,9 %, 2. Halbjahr: + 3,1 %, Jahr: 2,5 %) nicht ausgleichen, zumal sie durch rückläufige Entwicklungen im Straßenfahrzeugbau beeinträchtigt war. Im Maschinenbau hatte der Ausstoß bereits im 2. Quartal angezogen, im 3. Quartal war dies auch bei der Feinmechanik/Optik und den Büromaschinen zu verzeichnen, im 4. Quartal legte schließlich die Elektrotechnik zu. Die Produktionsausweitung erfaßte somit zunehmend mehr Investitionsgüterbranchen; entsprechend wies das letzte Quartal von 1988 mit einer Rate von + 4,1 % ein deutlich erhöhtes Produktionstempo aus.

Dieses hat sich nach 1989 hin beschleunigt, im 1. Quartal lag die Produktion im Investitionsgütersektor um 5,6 % über dem entsprechenden Vorjahreszeit-

raum, im Monat April sogar um 10 %. Da allerdings der Produktionsausstoß sich im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich aufgrund rückläufiger Entwicklungen in einigen Sparten nur unwesentlich erhöhte (1. Quartal: + 1,7 %; April: + 2,2 %) und im Verbrauchsgütersektor im 1. Quartal stagnierte (- 0,2 %) - im April dann allerdings um 6,6 % zulegte -, ist der Quartalsanstieg für das gesamte Verarbeitende Gewerbe mit 3,4 % nur gemäßigt; die durchgehend hohen Aprilwerte führen für das Jahresdrittel zu einem etwas höheren Ausweis (+ 4,5 %).

Das Ausmaß von Bauproduktion und Baunachfrage hat in der ersten Jahreshälfte 1988 überrascht und insbesondere im konjunkturell noch schwachen ersten Quartal erhebliche stimulierende Effekte auf vor- und nachgelagerte Branchen entfaltet (Produktionsanstieg Hochbau: + 10,9 %, Tiefbau: + 13,1 %). Ursächlich hierfür war zum einen der späte und nur kurze Wintereinbruch, sodann die starke Nachfrage im bis dahin stagnierenden Wohnungsbau sowie im gewerblichen und industriellen Hochbau, - dies ein Indikator für die ansteigende Investitionsneigung. Im weiteren Jahresverlauf und insbesondere im 4. Quartal flachte die Entwicklung ab, doch wurde insbesondere im Hochbau mit 5,6 % ein erheblicher Anstieg der von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigten Produktion und mit + 10 % ein hoher Auftragseingang im Durchschnitt des Gesamtjahres erreicht. Die expansiven Nachfragetendenzen haben sich nach 1989 verstärkt fortgesetzt. So überstieg im 1. Quartal die Hochbaunachfrage das schon hohe Quartalsergebnis von 1988 nochmals um 13,2 %, wobei vom Wohnungsbau mit + 17,1 % die stärkeren Impulse ausgingen (gewerblicher Hochbau: + 10,3 %).

Der starke Verfall des Dollarkurses Mitte der 80er Jahre hatte die preisliche Konkurrenzsituation bundesdeutscher und baden-württembergischer Waren auf dem Weltmarkt beeinträchtigt, trotzdem konnte aufgrund der hohen produktbezogenen Wettbewerbsfähigkeit ein Exporteinbruch vermieden werden. Der Auslandsabsatz stagnierte 1987 mit einem Ausfuhrwert von annähernd 96 Mrd. DM auf dem zuvor erreichten hohen Exportniveau. Die im Laufe des Jahres 1988 wieder aktivierte Auslandsnachfrage zog einen entsprechend höheren Export nach sich, im 1. Halbjahr noch zögerlich (+ 3,5 %), im 2. dann bereits stärker (+ 6 %). Insgesamt wurden 1988 Waren im Wert von über 100 Mrd. DM ins Ausland geliefert (+ 4,8 %). Der im Vergleich zum Bundesdurchschnitt (+ 7,7 %) geringere Impuls ist auf die stärkere Betroffenheit Baden-Württembergs von den wechselkursbedingten Absatzeinbußen im USA-Geschäft zurückzuführen (Land: - 22,2 %; Bund: - 8,4 %). Diese konzentrieren sich auf den Straßenfahrzeugbau. Hier zeigt aber die seit August 1988 wieder deutlich aufwärts gerichtete Auslandsnachfrage, daß der Anpassungsprozeß nun auch im Land - nachdem er hier später eingesetzt hatte - beendet sein dürfte.

Das Anziehen des Exports in der zweiten Jahreshälfte 1988 hat sich nach 1989 stark beschleunigt. So lagen im Bundesdurchschnitt die Ausfuhren im Zeitraum Januar bis April um mehr als ein Fünftel (22,2 %) über dem entsprechenden, wenngleich noch niedrigen Vorjahresniveau. Bei Redaktionsschluß lagen für Baden-Württemberg die Ergebnisse bis März vor. Danach stiegen die Warenlieferungen ins Ausland im 1. Quartal im Land um 17,9 %, im Bund um 21,8 %. Der hier noch sichtbare Abstand zum Bund dürfte sich im weiteren Jahresverlauf abbauen.

Angesichts der expansiven Impulse einer Investitionsgüter- und Baukonjunktur tritt derzeit die Bedeutung des privaten Verbrauchs als dem größten volkswirtschaftlichen Nachfrageaggregat - so betrug sein Anteil am Bruttosozialprodukt 1987 im Land real 52,5 % - zurück und dürfte sich im Jahresverlauf weiter verringern. Dies war in den Vorjahren noch anders gewesen. Sowohl 1986 wie auch 1987 hatte der private Verbrauch bundesweit mit Zuwachsraten von real 3,4 % bzw. 3,6 % nachhaltig zur Gesamtnachfrage und zur Stützung der Konjunktur beigetragen. Dieser Effekt war auch noch im 1. Halbjahr 1988 wirksam, in dem er real um 3,3 % anstieg. Ursächlich war neben dem zwar nur leichten, aber doch anhaltenden Beschäftigungswachstum, daß die Lohn- und Gehaltsumme angesichts der damals

vergleichsweise noch hohen Preisstabilität real zum Tragen kommen konnte. Hinzu kam die konsumstützende Wirkung der zum Jahresbeginn 1988 in Kraft getretenen zweiten Stufe der Steuerreform, die zu einem erheblichen Entlastungsvolumen führte.

Im 2. Halbjahr 1988 schlug aber die Entwicklung um, für den privaten Verbrauch wurde bundesweit eine reale Zunahme um 1,8 % verzeichnet. Eine Ursache dürfte sein, daß die in mehrjährigen Tarifverträgen zu einem erheblichen Teil festgelegten Lohn- und Gehaltszunahmen durch den ab September 1988 wieder stärkeren Preisauftrieb in ihrer Kaufkraft beeinträchtigt wurden. Indikator hierfür ist der Reallohnindex[2]. Er nahm im Land vom Oktober 1987 bis zum Oktober 1988 um 1,5 % zu. In den Vorjahren war das Reallohnniveau stärker gestiegen, und zwar um 3,1 % (1986/87) bzw. 4,5 % (1985/86).

Der Kaufkraftschwund dürfte von 1988 nach 1989 besonders stark ausfallen. Allein vom Dezember 1988 zum Januar 1989 war in der Preisentwicklung ein Sprung festzustellen, der dazu führte, daß der Januarwert 1989 um 2,6 % über dem von 1988 lag. Mitbedingt durch die Anhebung der Verbrauchssteuern stieg der Preis für leichtes Heizöl um knapp 24 % und für Kraftstoffe um über 15 %. Einige "administrative Preise", so z.B. die Rezeptgebühren - wodurch der Erwerb von Arzneimitteln im Durchschnitt um 19 % teurer wurde - wurden angehoben, in den folgenden Monaten auch bei Bahn und Post. In den Frühjahrsmonaten von 1989 waren bei fast allen Ausgabegruppen Verteuerungen festzustellen. Lag der Preisindex für die Lebenshaltung im Durchschnitt des 1. Quartals um 2,7 % über dem entsprechenden Vorjahreswert, so liegt die Jahresteuerungsrate im Mai bereits bei 3,1 %.

Entsprechend hat sich die Tendenz einer nur noch schwachen Zunahme des mengenmäßigen Verbrauchs der privaten Haushalte nach 1989 hinfortgesetzt, im 1. Quartal betrug die Rate gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum nur noch 1,3 %. Daß angesichts des beachtlichen Preisanstiegs der Zuwachs nicht geringer ausfiel, dürfte auf die Zunahme der Beschäftigung zurückzuführen sein, so daß ein höheres Einkommensvolumen als zuvor verausgabt werden konnte.

Die zum Jahresbeginn 1988 besonders hohe Bauproduktion zusammen mit dem damals noch hohen privaten Verbrauch führten in Verbindung mit der sich im Jahresverlauf aktivierenden Auslands- und Investitionsgüternachfrage - die wiederum die Binnennachfrage ankurbelten - dazu, daß im Jahr 1988 wiederum ein beachtliches Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Leistungen erreicht werden konnte. So stieg das reale Bruttoinlandsprodukt im Land um 3,6 % und im Bund um 3,5 %, nachdem die Zunahme 1987 sowohl im Land wie im Bund noch bei 1,8 % gelegen hatte. Im Vergleich zu 1987 haben insbesondere das Verarbeitende Gewerbe und das Baugewerbe angezogen, wie auch sämtliche Sparten des Dienstleistungsbereichs - und hierin insbesondere die Kreditinstitute und Versicherungsunternehmen (Tabelle 1). Im Vergleich zum Bundesergebnis ist bemerkenswert, daß aufgrund der im Land im Jahr 1988 überdurchschnittlich hohen Produktionseinbußen im Straßenfahrzeugbau aber auch in der Textilindustrie die Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe mit einer Zunahme um 3,7 % geringer war als im Bund (+ 4,2 %). Der Ausgleich für die geringere Zunahme der Wertschöpfung auch im Baugewerbe wurde über stärkere Zunahmen in allen anderen Wirtschaftsbereichen erreicht.

Die Aussichten für die weitere wirtschaftliche Entwicklung sind günstig, da die Bestimmungsfaktoren des derzeitigen dynamischen Aufschwungs im weiteren Jahresverlauf wirksam bleiben werden. Die hohe Investitionsneigung dürfte angesichts der guten Absatz- und Ertragsaussichten sowie der im Zuge der gestiegenen Produktion bereits sehr hohen Kapazitätsauslastung weiter-

2 Der Reallohnindex wird als Quotient aus dem Wochenverdienstindex der Arbeiter und dem Preisindex für die Lebenshaltung (von Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalten mit mittlerem Einkommen) ermittelt.

Tabelle 1

Entwicklung der Wirtschaftsbereiche 1988*)

— Bruttoinlandsprodukt bzw. Bruttowertschöpfung —

Bezeichnung	In jeweiligen Preisen			In Preisen von 1980				
	Mill. DM	Veränderung 1988/87		Mill. DM	Veränderung 1988/87		Strukturanteil	Anteil am Bundesgebiet
		Baden-Württemberg	Bundesgebiet		Baden-Württemberg	Bundesgebiet		
		%			%			
Bruttoinlandsprodukt[1]	338 714	+ 5,0	+ 5,1	272 095	+ 3,6	+ 3,5		16,1
Bruttowertschöpfung (unbereinigt)	330 384	+ 4,9	+ 4,9	266 581	+ 3,7	+ 3,6	100	16,2
davon								
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	4 622	+ 10,4	+ 7,6	5 206	+ 9,7	+ 6,3	2,0	14,7
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	8 015	+ 3,0	− 0,4	6 479	+ 3,1	+ 1,0	2,4	13,1
Verarbeitendes Gewerbe	133 835	+ 4,6	+ 5,7	104 992	+ 3,7	+ 4,2	39,4	19,9
Baugewerbe	19 792	+ 5,5	+ 6,8	17 030	+ 3,6	+ 4,7	6,4	18,0
Handel	26 101	+ 4,2	+ 3,8	22 564	+ 3,4	+ 3,0	8,5	14,1
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	14 950	+ 3,8	+ 3,8	13 732	+ 3,9	+ 3,9	5,2	13,0
Kreditinstitute, Versicherungsunternehmen	14 615	+ 2,0	+ 2,1	12 019	+ 4,7	+ 4,6	4,5	13,8
Wohnungsvermietung	23 041	+ 5,9	+ 4,6	17 353	+ 3,7	+ 2,3	6,5	16,1
Sonstige Dienstleistungen	47 240	+ 7,7	+ 7,6	36 036	+ 4,6	+ 4,5	13,5	14,4
Staat	32 776	+ 3,4	+ 2,6	26 859	+ 1,9	+ 1,1	10,1	14,1
Private Haushalte, Private Organisationen ohne Erwerbszweck	5 397	+ 4,1	+ 4,8	4 311	+ 2,0	+ 2,8	1,6	12,2

*) Vorläufiges Ergebnis. - 1) Bruttoinlandsprodukt = Bruttowertschöpfung /. unterstellte Entgelte für Bankdienstleistungen + Einfuhrabgaben + nichtabzugsfähige Umsatzsteuer.

hin bestehen bleiben und sich sowohl bei den Ausrüstungs- wie bei den Bauinvestitionen niederschlagen. Der internationale Anpassungsdruck zur Rationalisierung und Modernisierung läßt keineswegs nach, vielmehr hat er durch die Vorbereitung auf den für 1993 vorgesehenen Europäischen Binnenmarkt neuen Auftrieb erhalten.

Auch im Ausland bleibt der Investitionsanreiz generell hoch, dies gilt besonders für die EG-Staaten. Der Bund und Baden-Württemberg werden von dieser Investitionsdynamik aufgrund ihrer Produktstruktur weiterhin profitieren. Für einen expandierenden Welthandel spricht auch die in allen Industrieländern gute Konjunkturlage (Tabelle 2). Entsprechend schätzt das Frühjahresgutachten die Zunahme auf rund 7 %, nach 9 % im Jahr 1988. 1989 ist deshalb mit einer hohen Ausfuhr zu rechnen, wobei Baden-Württemberg - nachdem der Rückgang der letzten Jahre im USA-Geschäft gestoppt zu sein scheint - wieder das Bundesniveau erreichen oder sogar überschreiten könnte. So lag der Ordereingang aus dem Ausland im Verarbeitenden Gewerbe insgesamt im 1. Quartal 1989 im Land um 10,5 % über dem entsprechenden Vorjahresniveau und im Bund um 6,9 %. Die Investitionsgüter verzeichneten im Land eine um 12,7 % höhere Auslandsnachfrage, im Bund um 9,6 % (Straßenfahrzeugbau: Land: 14,4 %, Bund: 13,5 %).

Auch die Baukonjunktur läuft weiterhin auf vollen Touren; so lag der Auftragseingang bei den Betrieben des Bauhauptgewerbes im 1. Quartal 1989 um 9,4 % über dem entsprechenden Vorjahreswert. Der Frühindikator der Baugenehmigungen signalisiert die Fortsetzung dieser Entwicklung. So übertraf das insgesamt zum Neubau freigegebene Bauvolumen im 1. Quartal 1989 das vorjährige Quartalsergebnis um fast ein Viertel (23,3 %); im Wohnungsbau betrug der Zuwachs 25,6 %, im Wirtschaftsbau 34,6 %.

Die Dienstleistungsbereiche expandieren im langfristigen Trend und erhalten durch die kräftige Wirtschaftstätigkeit weitere Impulse. Demgegenüber geht vom privaten Verbrauch keine weitere Dynamik mehr aus, retardierend wirken auch die stark rückläufigen Entwicklungen in einigen Branchen des Verbrauchsgütersektors sowie die stagnierenden Tendenzen in einigen Sparten des Grundstoff- und Produktionsgüterbereichs.

Die Wachstumsannahme des Frühjahrsgutachtens für 1989 liegt bei 3 % (Tabelle 3); inzwischen mehren sich die Stimmen, die von einem durchaus auch höheren Wachstum ausgehen. Für das 1. Quartal 1989 wurde bundesweit ein Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts um 3,3 % verzeichnet [3]. Dies könnte eine Richtschnur für das Gesamtjahr sein. Zwar ist einerseits nicht auszuschließen, daß Produktion und Umsatz im weiteren Jahresverlauf noch stärker zunehmen als bisher, andererseits können aber die in der 2. Jahreshälfte 1989 voraussichtlich etwas abflachenden Basiseffekte - aufgrund des im 2. Halbjahr 1988 bereits höheren Niveaus -

3 Die in der Presse verlautbarte Rate von 4,2 % bezieht sich auf das Bruttosozialprodukt, das anders als das Inlandsprodukt auch die über die Grenzen fließenden Einkommensströme berücksichtigt. Aufgrund der im 1. Quartal mit + 25,3 % außerordentlich stark gestiegenen Kapitalerträge, die die Bundesrepublik aus dem Ausland empfangen hat, weichen die beiden Größen in diesem Jahr ungewöhnlich stark voneinander ab.

Tabelle 2

Daten zur internationalen Wirtschaftsentwicklung

Land	Anteil an der Ausfuhr Baden-Württembergs 1988	Veränderung des Außenwerts der DM gegenüber Ende 1987[1]	Saldo der Leistungsbilanz 1988[2]	Veränderung gegen Vorjahr			
				Bruttosozialprodukt real	Verbraucherpreise	Bruttosozialprodukt real	Verbraucherpreise
				1988		1989[3]	
	%		Mrd. $	%			
Bundesrepublik Deutschland	–	–	+ 49	3,4	1,2	3,0	3,0
Frankreich	13,2	0,0	– 4	3,2	2,7	3,0	3,5
Italien	9,6	– 0,4	– 4	3,9	5,0	3,5	6,5
Niederlande	5,9	+ 0,3	.	2,8	0,7	3,0	1,0
Belgien	4,3	+ 0,1	.	3,5	1,2	3,0	2,5
Luxemburg			.	.	.	.	.
Großbritannien	7,5	– 6,6	– 25	3,7	4,9	2,5	7,0
Schweiz	8,9	+ 5,7	.	2,7	1,9	2,5	3,0
Österreich	6,2	0,0	.	4,2	2,0	3,0	2,5
USA	11,6	– 12,4	– 135	3,9	4,1	2,75	5,5
Japan	2,8	– 11,1	+ 80	5,7	0,7	4,5	2,5

1) Stand März 1989 (Monatsdurchschnitt). - 2) Schätzungen der Deutschen Bundesbank. - 3) Gemeinsame Schätzung von DIW Berlin, HWWA Hamburg, Ifo München, RWI Essen und IfW Kiel (Frühjahrsgutachten 1989).

Tabelle 3

Vergleich wirtschaftlicher Vorhersagen für das Bundesgebiet

Merkmal	Einheit	1988		1989		
				Prognosen		
		Prognosen des Sachverständigenrats[1]	Ist[2]	Sachverständigenrat[1]	Jahreswirtschaftsbericht[3]	Frühjahrsgutachten[4]
Erwerbstätige	Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 0,5	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,5	+ 1,0
Arbeitslose	Mill.	2,30	2,24	2,25		2,08
Verwendung des Sozialprodukts (real)						
Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen	Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 1,5	+ 3,4	+ 2,5	+ 2,5	+ 3,0
Privater Verbrauch	"	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,5	+ 2,0 bis + 2,5	+ 2,0
Staatsverbrauch	"	+ 1,5	+ 1,8	+ 0,5	+ 1,0	+ 0,5
Anlageinvestitionen	"	+ 1,5	+ 5,8	+ 4,5	+ 3,0 bis + 4,0	+ 6,0
Ausrüstungen	"	+ 2,0	+ 7,5	+ 6,5	+ 5,5 bis + 6,5	+ 7,5
Bauten	"	+ 1,0	+ 4,5	+ 2,5	+ 1,5 bis + 2,5	+ 4,5
Ausfuhr	"	+ 2,5	+ 5,5	+ 5,0	+ 4,0 bis + 5,0	+ 6,0
Einfuhr	"	+ 4,0	+ 5,9	+ 4,5	+ 4,5 bis + 5,5	+ 6,0
Preisentwicklung						
Privater Verbrauch	"	+ 1,5	+ 1,3	+ 2,0	+ 2,0 bis + 2,5	+ 3,0
Bruttosozialprodukt	"	+ 1,5	+ 1,5	+ 2,0	+ 2,0	+ 2,5
Verteilung des Volkseinkommens (nominal)						
Volkseinkommen	"	+ 3,5	+ 5,3	+ 4,0	+ 4,0	+ 5,0
Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	"	+ 4,0	+ 3,8	+ 3,5	+ 3,0 bis + 3,5	+ 4,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	"	+ 2,0	+ 8,5	+ 5,5	+ 5,0 bis + 6,0	+ 6,5
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte	"	+ 4,5[5]	+ 4,2[5]	+ 4,0[5]	+ 3,0 bis + 4,0[5]	+ 4,0

1) Zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: 1988: (November 1987); 1989: (November 1988). - 2) Vorläufiges Ergebnis. - 3) Jahreswirtschaftsbericht 1989 der Bundesregierung. - 4) Die Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1989 (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V.). - 5) Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

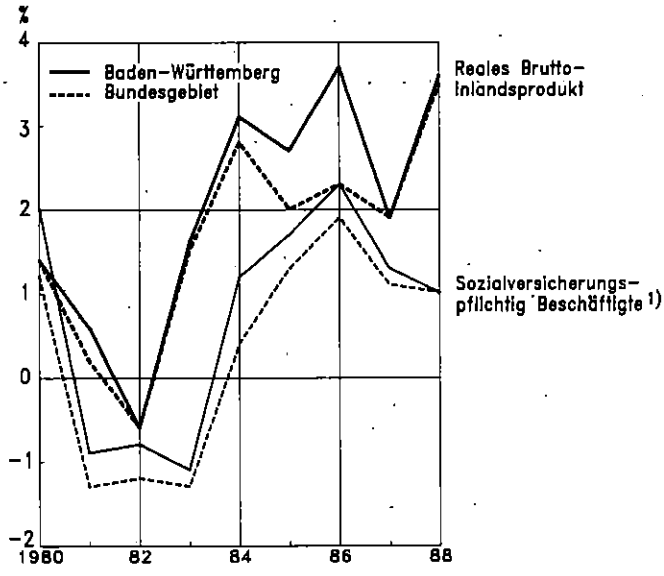
nicht ganz unberücksichtigt bleiben, wie auch nicht die aufgrund voraussichtlich weiterhin steigender Preise sich ergebenden Effekte eines realen Kaufkraftentzuges.

Es ist nicht auszuschließen, daß wegen der die Wirtschaftsstruktur des Landes besonders begünstigenden Entwicklungskomponenten - Investitions- und Auslandsnachfrage - in diesem Jahr das Land wieder ein etwas stärkeres Wachstum verzeichnet als der Bund, nachdem es sich in den beiden vergangenen Jahren etwa im Bundesdurchschnitt entwickelt hat (Schaubild 1). Zwar liegen im 1. Quartal 1989 Produktions- und Umsatzzunahmen im Verarbeitenden Gewerbe noch unter denen des Bundes (Produktion: Land: + 3,4 %, Bund: + 4,0 % - Umsatz: Land: + 6,4 %, Bund: + 8,1 %), doch signalisiert der Auftragseingang mit Werten von + 10,8 % im Land und 6,9 % im Bund hier eine Tendenzwende.

Schaubild 1

Entwicklung wirtschaftlicher Eckdaten in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet seit 1980

–Veränderung jeweils gegenüber Vorjahr in %–



1) Jeweils September.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 173 89

Beschäftigung und Arbeitsmarkt

Das im Jahr 1988 mit real + 3,6 % deutlicher als erwartet ausgefallene Wachstum des Bruttoinlandsprodukts in Baden-Württemberg führte zu einem weiteren Ausbau des Arbeitsplatzangebots. Die Zahl der versicherungspflichtig Beschäftigten konnte unter diesen Umständen kontinuierlich erhöht werden.

Die bereits seit 1984 anhaltende leichte Zunahme der Beschäftigtenzahlen führte Ende September 1988 insgesamt zu einem Arbeitskräftevolumen von 3 651 800 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Baden-Württemberg (Tabelle 4); gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitpunkt entsprach das einer Zunahme um 37 700 Personen oder 1 %. Dieser Beschäftigungszuwachs wurde im wesentlichen von den Wirtschaftsbereichen Handel und Kreditinstitute/Versicherungsgewerbe sowie den sonstigen Dienstleistungen getragen. Allein hier fanden 24 400 Personen zusätzlich einen Arbeitsplatz. In den genannten Bereichen war die Beschäftigtenzunahme im

Tabelle 4

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet am 30.9.1988

Wirtschaftsabteilungen[1]	Baden-Württemberg			Bundesgebiet		
	insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr		insgesamt	Veränderung gegen Vorjahr	
	1000		%	1000		%
Wirtschaftsabteilungen zusammen[2]	3 651,8	+ 37,7	+ 1,0	21 638,1	+ 210,1	+ 1,0
davon						
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	32,9	– 0,6	– 1,6	226,4	– 4,3	– 1,8
Energie, Bergbau	35,9	– 0,0	– 0,1	463,3	– 11,3	– 2,4
Verarbeitendes Gewerbe	1 711,5	+ 1,8	+ 0,1	8 313,8	+ 20,2	+ 0,2
Baugewerbe	242,3	– 2,4	– 1,0	1 453,8	– 19,4	– 1,3
Handel	430,7	+ 10,2	+ 2,4	2 951,1	+ 58,9	+ 2,0
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	131,7	+ 1,4	+ 1,1	1 044,2	+ 14,3	+ 1,4
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	137,5	+ 2,5	+ 1,9	875,2	+ 9,8	+ 1,1
Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	655,3	+ 24,4	+ 3,9	4 365,2	+ 146,3	+ 3,5
Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	63,5	+ 1,0	+ 1,5	483,8	+ 12,3	+ 2,6
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	210,3	– 0,7	– 0,3	1 450,4	– 17,8	– 1,2

1) Verzeichnis der Wirtschaftszweige für die Statistik der Bundesanstalt für Arbeit. - 2) Einschließlich "Ohne Angaben"

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg; Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

Tabelle 5

Indikatoren zur Arbeitsmarktentwicklung in Baden-Württemberg

Nachweis	Einheit	1988				1989	
				Jahresdurchschnitt		Januar - Mai	
		1. Halbjahr	2. Halbjahr	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet
Arbeitslose (Voll- und Teilzeitarbeit)	Anzahl	206 979	195 048	201 469	2 241 556	188 192	2 160 033
	Veränderung zum Vorjahr in %	+ 2,7	– 0,4	+ 1,6	+ 0,6	– 10,2	– 9,1
Arbeitslosenquote (Voll- und Teilzeitarbeit)	%	4,9[1]	4,9[1]	5,0	8,7	4,2[2]	7,6[2]
Kurzarbeiter	Anzahl	47 614	15 154	31 384	207 768	19 145	170 606
	Veränderung zum Vorjahr in %	+ 1,0	– 28,7	– 8,2	– 25,3	– 63,4	– 44,7
Offene Stellen (Voll- und Teilzeitarbeit)	Anzahl	38 080	43 707	40 471	188 621	51 631	226 334
	Veränderung zum Vorjahr in %	+ 5,4	+ 22,3	+ 12,9	+ 10,5	+ 40,3	+ 23,8

1) Stand: jeweils zum Halbjahresende. - 2) Monatsende.

Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, Stuttgart; Bundesanstalt für Arbeit, Nürnberg.

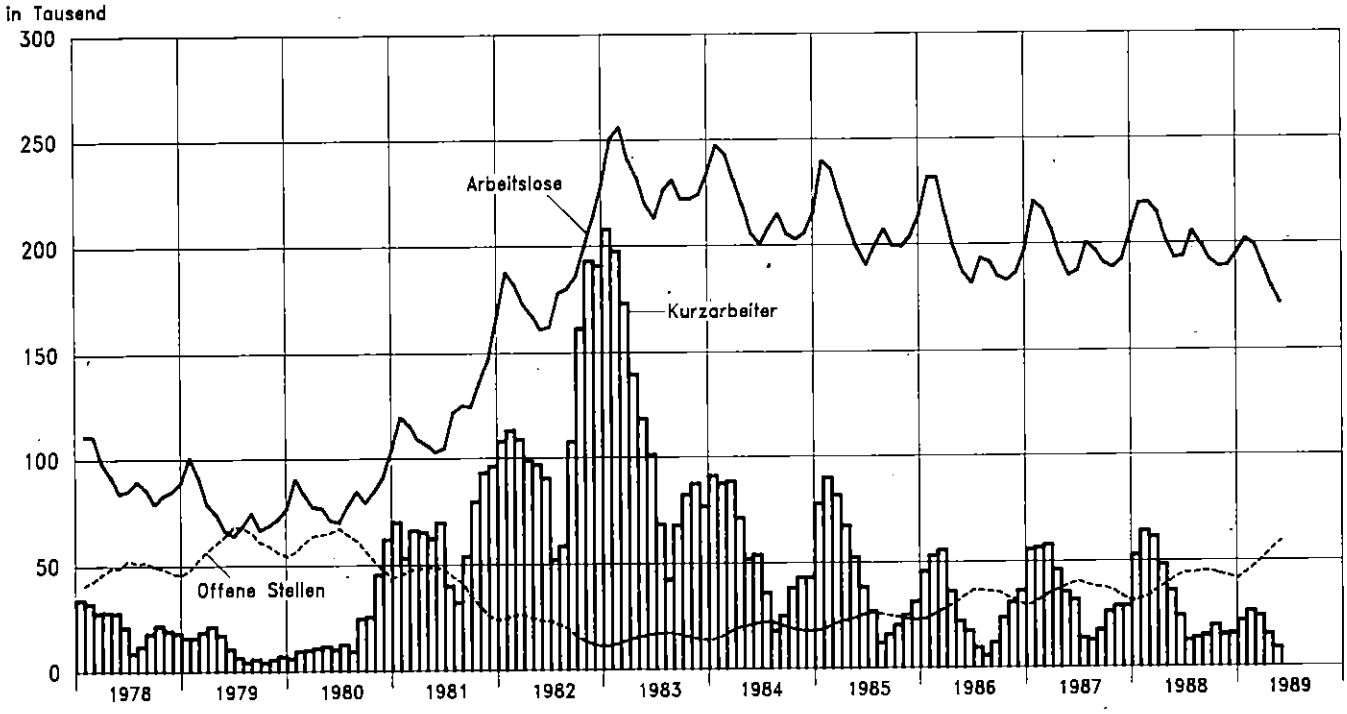
Land sogar etwas stärker als im Bund. Demgegenüber mußte im gleichen Zeitraum in den Bereichen Land-/Forstwirtschaft/Fischerei und Baugewerbe eine Abnahme der Beschäftigung verzeichnet werden. Im Verarbeitenden Gewerbe nahm die Beschäftigtenzahl nur geringfügig zu (+ 0,1 %), anders als sonst geschah dies im Bund etwas stärker (+ 0,2 %). Insgesamt gesehen lag im Bundesgebiet die Zahl der Beschäftigten Ende September 1988 gegenüber September 1987 ebenfalls um 1,0 % höher, was rund 210 000 Personen entsprach. Rund 18 % der neugeschaffenen Arbeitsplätze im Bundesgebiet entfielen also auf Baden-Württemberg, während der Beschäftigtenanteil bei knapp 17 % liegt.

Trotz dieses anhaltenden Beschäftigungszuwachses kam es im Jahr 1988 auf dem Arbeitsmarkt zu keiner grundlegenden positiven Trendwende. Wie bereits in den Vorjahren führte der Beschäftigungsanstieg nämlich nicht zu einem entsprechenden Rückgang der Arbeitslosenzahl, da sich gleichzeitig das Erwerbspersonenpotential vor allem durch Zuwanderungen nach Baden-Württemberg sowohl von Deutschen aus anderen Bundesländern wie von Ausländern und Aussiedlern erhöhte. Außerdem spielt das geänderte Erwerbsverhalten von Frauen eine Rolle. Im Jahresdurchschnitt 1988 mußten somit immer noch 201 469 Arbeitslose bei den Arbeitsämtern registriert werden; gegenüber dem Vorjahr war das eine leichte Zunahme um 3 092 Personen oder 1,6 % (Bund: + 0,6 %). Mitbedingt durch die stagnierende Beschäftigungslage im Verarbeitenden Gewerbe im 1. Halbjahr 1988 erhöhte sich in dieser Zeit die Arbeitslosenzahl um 2,7 %, während sie im Zuge der wieder anziehenden Entwicklung im 2. Halbjahr bereits leicht abgebaut werden konnte (Tabelle 5).

Für das Jahr 1989 ist mit einer spürbar stärkeren Ausweitung der Beschäftigung als im Vorjahr zu rechnen. Die zu Beginn des laufenden Jahres vermehrten Einstellungen, insbesondere auch im Verarbeitenden Gewerbe, deuten darauf hin, daß die innerbetrieblichen Personalreserven weitgehend ausgeschöpft sind. So lag im Verarbeitenden

Schaubild 2

Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg seit 1978



Quelle: Landesarbeitsamt Baden-Württemberg, Stuttgart.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

170 89

Gewerbe des Landes im Zeitraum Januar bis April 1989 die Beschäftigtenzahl mit 1 437 500 Personen um 0,8 % über dem entsprechenden Vorjahresstand, woran der Investitionsgüterbereich aufgrund deutlicher Zunahmen besonders in der Elektrotechnik und dem Maschinenbau mit 1,4 % überdurchschnittlich beteiligt war (Tabelle 8). Das Textilgewerbe verzeichnet allerdings nach wie vor hohe Einbußen.

Die wieder verstärkte Einstellungsbereitschaft hat deutliche Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt. Im Januar 1989 lag, zu einem Großteil witterungsbedingt, die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg mit 201 843 registrierten Arbeitslosen bereits 7,9 % unter dem entsprechenden Vorjahreswert. Diese Entwicklung hat sich im seitherigen Verlauf des Jahres 1989, nun verstärkt konjunkturbedingt, deutlich fortgesetzt. Nachdem bereits in den Monaten März und April 1989 die Arbeitslosenzahl jeweils um etwas mehr als 11 % gegenüber den entsprechenden Vorjahresmonaten zurückgegangen war, hat sich die Zahl der Arbeitslosen im Mai aufs neue um 7 513 auf 171 531 Personen verringert; dieses Niveau liegt 11,2 % unter dem entsprechenden Vorjahresstand (Schaubild 2).

Nach einer Schätzung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung in Nürnberg ist allerdings auch mit einem weiteren Anstieg des Arbeitskräfteangebots zu rechnen, so daß trotz der voraussichtlichen Nachfrageerhöhung nach Arbeitskräften in Abhängigkeit von der anziehenden Produktionsentwicklung der Abbau der Arbeitslosigkeit an Grenzen stößt. Mit einer Zunahme von rund 215 000 Personen wird das Angebot an Arbeitskräften bundesweit sogar sehr wahrscheinlich stärker ansteigen als im Vorjahr. Von den Verschiebungen in der Altersstruktur der deutschen Bevölkerung geht zwar schon gegenwärtig ein reduzierender Effekt auf das Erwerbspersonenpotential aus, der allerdings durch eine insgesamt höhere Erwerbsbeteiligung, die Altersstruktur der Ausländer in Deutschland sowie insbesondere die starke Zuwanderung von Aussiedlern überkompensiert wird.

Auch wenn die Zahl der Arbeitslosen 1988 in Baden-Württemberg im Durchschnitt etwas größer war als im Jahr zuvor, ging doch die Arbeitslosenquote wegen des steigenden Erwerbspersonenpotentials, das als Bezugsgröße für die Berechnung der Arbeitslosenquote zugrunde gelegt wird, auf 5,0 % (1987: 5,1 %) zurück, und lag damit weiterhin deutlich unter der durchschnittlichen Quote des gesamten Bundesgebiets (8,7 %). Für die Monate April und Mai 1989 konnten sogar noch deutlich niedrigere Quoten (4,4 % bzw. 4,2 %, die sich bei Zugrundelegen der Volkszählungsergebnisse als Bezugsbasis noch geringfügig reduzieren werden) erreicht werden. Wie schon in den vergangenen Jahren dürfte somit Baden-Württemberg auch 1989 das geringste Arbeitslosigkeitsniveau unter den Bundesländern aufweisen.

Vor dem Hintergrund einer im Jahr 1988 gegenüber 1987 leicht angestiegenen Arbeitslosigkeit ist allerdings besonders darauf hinzuweisen, daß sich parallel dazu in Baden-Württemberg die Zahl der offenen Stellen im Jahresdurchschnitt um 4 615 oder um + 12,9 % (Bundesgebiet: + 10,5 %) erhöht hat. 1988 war demnach im Durchschnitt die nicht unbeachtliche Zahl von 40 471 (Bundesgebiet: 188 621) registrierten offenen Stellen zu verzeichnen, d.h. auf eine offene Stelle kamen durchschnittlich fünf registrierte Arbeitslose (Bund: 11,9), während es 1983 noch über fünfzehn waren (Bund: 29,8). Im Zusammenhang mit dem verstärkten Zurückdrängen der Arbeitslosigkeit in den ersten Monaten des Jahres 1989 stieg auch die Zahl der offenen Stellen nochmals an. Nachdem viele Facharbeiter und Ingenieure aus dem Metall- und Elektrobereich gesucht werden - die nach Auskunft der Arbeitsverwaltung überwiegend nur aus dem Kreis der Stellenwechsler gewonnen werden können - erhöhte sich bis Ende Mai die Zahl der offenen Stellen in Baden-Württemberg auf 59 113; im Vergleich zum Vorjahresmonat ist das eine Steigerung um 40,0 %.

Während im Jahresdurchschnitt 1987 die Zahl der Kurzarbeiter gegenüber dem Vorjahr etwas angestiegen war, ging sie 1988 wieder um 8,2 % zurück und erreichte mit durchschnittlich 31 384 Kurzarbeitern das zweitniedrigste Niveau seit 1981. Getragen wurde diese Entwicklung unter anderem von einem deutlichen Rückgang der Kurzarbeit im Bereich der Elektrotechnik; hier gab es im Jahresdurchschnitt 1988 nur noch 2 764 Kurzarbeiter. Demgegenüber stand eine Zunahme (+ 161,4 %) der Kurzarbeiterzahl im Bereich Straßenfahrzeugbau auf durchschnittlich 4 269 Personen. Nahezu unverändert blieb die Zahl der kurzarbeitenden Beschäftigten im Baubereich (1988: 7 654 Personen). Nachdem im Frühjahr 1989 zahlreiche Betriebe des Baugewerbes zur vollen Arbeitszeit zurückgekehrt sind, gab es in Baden-Württemberg auch in dieser Branche einen kräftigen Rückgang der Kurzarbeiterzahl auf 2 379 Arbeitnehmer im Mai; das sind 10 370 Kurzarbeiter weniger als zwei Monate zuvor. Ebenfalls noch nennenswert war die Kurzarbeit zu diesem Zeitpunkt lediglich im Bereich Textil und Bekleidung (2 301 Arbeitnehmer). Über die Hälfte aller Kurzarbeiter waren somit in diesen beiden genannten Branchen beschäftigt. Über alle Branchen betrachtet, reduzierte sich die Zahl der kurzarbeitenden Arbeitnehmer im Mai 1989 auf 8 874, das waren 75,3 % weniger als im vergleichbaren Vorjahresmonat.

Wie bereits in der Vergangenheit zeigte sich auch 1988 eine deutliche Differenzierung der Arbeitslosigkeit nach Personengruppen:

- So lag die Arbeitslosenquote bei den Frauen mit 6,1 % immer noch höher als bei den Männern (4,3 %), auch wenn sich dieser Abstand - wie schon im Vorjahr - nochmals leicht verringert hat. Diese Annäherung kam dadurch zustande, daß sich die Zahl der weiblichen Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt nur um 706 Personen (+ 0,7 %), die der männlichen aber um 2 387 Personen (+ 2,4 %) erhöht hat.

- Die Arbeitslosenquote für ausländische Mitbürger blieb mit 9,1 % nicht nur überdurchschnittlich hoch, sondern sie nahm im Vorjahresvergleich auch noch überdurchschnittlich zu. Während die Zahl der Arbeitslosen insgesamt um 1,6 % stieg, erhöhte sich die

Zahl der ausländischen Arbeitslosen um 4,7 %. Damit waren 18,8 % aller Arbeitslosen ausländischer Herkunft.

- Bei den Jugendlichen unter 20 Jahren setzte sich der seit 1983 anhaltende Trend eines Abbaus der Arbeitslosigkeit fort. Gegenüber dem Vorjahr nahm im Jahresdurchschnitt 1988 die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen um 2 265 Personen (- 18,5 %) ab; die entsprechende Arbeitslosenquote erreichte dadurch mit 3,7 % den niedrigsten Stand seit 1981.

- Die Zahl der älteren Arbeitslosen (59 Jahre und älter) hat demgegenüber im Vorjahresvergleich stark zugenommen (+ 16,5 %) und erreichte im Jahresdurchschnitt 1988 ein Niveau von 10 111 Personen.

- Zu einer weiteren Problemgruppe des Arbeitsmarktes müssen trotz der allgemeinen Entspannungstendenzen die Langzeitarbeitslosen (ein Jahr und länger) gerechnet werden. Ihre Zahl betrug Ende September 1988 48 197, das entspricht einem Anteil an den Arbeitslosen insgesamt von 25,1 % (Bund: 32,6 %). Davon waren 26 166 Personen ein bis zwei Jahre und 22 031 sogar schon über zwei Jahre ohne Arbeit. Gegenüber Ende September 1987 bedeutete dies eine Zunahme um 3 863 Langzeitarbeitslose (+ 8,7 %), obwohl die Arbeitslosenzahl insgesamt um 0,7 % zurückgegangen ist.

- Deutlich geringer fiel dagegen die Zunahme der Zahl der arbeitlosen Schwerbehinderten (+ 4,0 %) aus; sie erreichte im Jahresdurchschnitt 1988 ein Niveau von 10 570 Personen.

Diese hier skizzierte personengruppenspezifische Arbeitslosenstruktur ist auch für das Jahr 1989 zu erwarten. Während auf etwas niedrigerem Niveau Frauen, Ausländer, ältere Arbeitnehmer und Schwerbehinderte weiterhin zu den benachteiligten Personengruppen des Arbeitsmarktes gehören werden, wird sich demgegenüber die Stellung der Jugendlichen unter 20 Jahren im laufenden Jahr nochmals deutlich verbessern. In den Monaten Januar bis Mai 1989 nahm die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen im Vergleich zu den entsprechenden Vorjahresmonaten um jeweils rund 30 % ab und erreichte im Mai das sicherlich noch weiter sinkende Niveau von 6 048 arbeitslosen Jugendlichen.

Günstigere Situation für Bewerber auf dem Lehrstellenmarkt

Deutlich stärker als die allgemeine Tendenz auf dem Arbeitsmarkt hat sich die Situation für Lehrstellenbewerber in dem am 30. September 1988 abgeschlossenen Berufsberatungsjahr verbessert; der Ausbildungsstellenmarkt entwickelte sich zunehmend weiter zur Bewerberknappheit hin. Während sich im Herbst 1988 die Zahl der unbesetzten Ausbildungsstellen in Baden-Württemberg gegenüber dem Vorjahreswert um 43,1 % auf 14 382 erhöhte, ging auf der anderen Seite die Zahl der bis dahin noch nicht vermittelten Bewerber um 31,1 % auf 1 961 zurück.

Für das jetzt laufende Beratungsjahr 1988/89, das sich bis Ende September 1989 erstreckt, haben die Betriebe und Verwaltungen in Baden-Württemberg bis Ende März den Berufsberatungsstellen der Arbeitsämter knapp 90 600 Lehrstellen gemeldet und um Vermittlung von geeigneten Bewerbern gebeten. Das waren fast 8 200 Lehrstellen mehr (+ 9,9 %) als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres. Sogar um ein gutes Viertel höher (+ 26,4 %) ist die Zahl der Ausbildungsstellen in den Berufen der Körperpflege und bei den Gästebetreuern; bei den Bau- und Baunebenberufen sind es 19,6 % mehr und in den Ernährungsberufen 18,0 %. Reduziert hat sich dagegen das Ausbildungsangebot im betrachteten Zeitraum bei den Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen (- 5,4 %) sowie bei den Textil-, Bekleidungs- und Lederberufen (- 3,8 %). Diesen Ausbildungsplätzen standen aufgrund der jetzt deutlich schwächer werdenden Altersjahrgänge in der gleichen Zeit rund 60 850 Bewerber gegenüber, das waren 7 232 (- 10,6 %) weniger als im Vorjahr. Hier zeigt sich, daß die Jugendlichen in vielen Branchen bereits wieder eine freie Auswahl bei den Ausbildungsangeboten haben; nur in wenigen Bereichen sind noch gewisse Knappheitstendenzen festzustellen.

Ende März 1989 waren von den gemeldeten Jugendlichen, die eine Ausbildungsstelle suchten, 27 711 noch nicht vermittelt; das sind 8 062 weniger (- 22,5 %) als zum entsprechenden Vorjahreszeitpunkt. Ihnen stand eine Zahl von 46 214 unbesetzten Berufsausbildungsstellen (+ 34,2 %) gegenüber. Der größte Teil der noch nicht vermittelten Bewerber konzentriert sich auf die Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe (7 120) und auf die Waren- und Dienstleistungskaufleute (5 668). Hier waren andererseits noch 2 012 bzw. 8 170 Lehrstellen unbesetzt. In der zweiten Hälfte des Beratungsjahres, das am 30.9.1989 endet, dürften auch in diesem Teilbereich die Bewerber weitgehend vermittelt werden können. Hierbei muß allerdings bemerkt werden, daß sich auch bei diesen Ausbildungsberufen der Vermittlungsstand im Vergleich zum Vorjahr deutlich verbessert hat.

Bevölkerungsentwicklung: Hohe Zuwanderung und leicht zunehmende Geburtenzahl

Im Jahr 1988 ist in Baden-Württemberg die Zahl der Lebendgeborenen auf 110 627 gestiegen, das sind fast 7 % mehr als im Vorjahr. Der bereits seit 1984 zu beobachtende leichte Wiederanstieg der Zahl der Geburten darf allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß noch immer die Geburtenhäufigkeit in Baden-Württemberg wie auch im Bundesgebiet verhältnismäßig niedrig liegt und auf längere Sicht bei weitem nicht zur Erhaltung des derzeitigen Bevölkerungsstandes ausreicht. Dies gilt um so mehr, wenn man bedenkt, daß sich die gegenwärtig höheren Geburtenzahlen zum einen erklären aus den stark besetzten Geburtsjahrgängen um 1958 bis 1967, die nun in das Alter aufgerückt sind, in dem die Frauen die Mehrzahl ihrer Kinder bekommen, sowie zum anderen aus einer gewissen Verhaltensänderung hinsichtlich des Zeitpunktes der Geburt der Kinder. Danach erwarten die jungen Frauen und Paare in ihrer Lebensplanung die Kinder in einem höheren Alter als früher, was einen gewissen Nachholeffekt bewirkt.

Da sich im Jahr 1988 die Zahl der Sterbefälle mit 92 418 nur geringfügig erhöht hat (+ 0,9 %), ergab sich in diesem Zeitraum ein Geburtenüberschuß von 18 209 Personen, der somit deutlich größer ausfiel als ein Jahr zuvor (+ 12 003 Personen). Beim deutschen Bevölkerungsteil belief sich der Gebur-

Tabelle 6

Bevölkerungsbewegung in Baden-Württemberg

Merkmal	1987			1988		
	Personen insgesamt	davon		Personen insgesamt	davon	
		Deutsche	Ausländer		Deutsche	Ausländer
	Anzahl					
Lebendgeborene	103 590	91 253	12 337	110 627	97 027	13 600
Sterbefälle	91 587	90 165	1 422	92 418	90 955	1 463
Geburtenüberschuß bzw. -verlust	+ 12 003	+ 1 088	+ 10 915	+ 18 209	+ 6 072	+ 12 137
Zuzüge über die Landesgrenze	217 991	118 251	99 740	...	...	...
Fortzüge über die Landesgrenze	166 742	88 787	77 955	...	...	...
Wanderungssaldo	+ 51 249	+ 29 464	+ 21 785	(+ 87 000[1])	(+ 40 000[1])	(+ 47 000[1])
Ein- bzw. Ausbürgerung	–	2 359	– 2 359	...	...	...
Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme	+ 63 252	+ 32 911	+ 30 341	...	...	...
Bevölkerungsstand am Jahresende	9 390 032	8 463 170	926 862	(9 495 000[1])	...	...

1) Hochrechnung auf Basis Januar bis September 1988. - Anmerkung: ... = Zahlen lagen bei Redaktionsschluß noch nicht vor.

tenüberschuß im abgelaufenen Jahr auf 6 072 Personen; er erreichte damit zwar bei weitem noch nicht den Umfang des Geburtenüberschusses beim ausländischen Bevölkerungsteil (+ 12 137 Personen), nahm aber aufgrund der gestiegenen Zahl der deutschen Neugeborenen (+ 6,3 %) gegenüber dem Vorjahr (+ 1 088 Personen) erheblich zu (Tabelle 6).

Auch wenn zur Wanderungsbewegung bei Redaktionsschluß erst die Daten für die Monate Januar bis September 1988 vorlagen, so kann doch davon ausgegangen werden, daß 1988 insgesamt mit einem hohen Wanderungsgewinn zu rechnen ist. Nach einer Näherungsrechnung des Statistischen Landesamtes dürfte er sich bei den Ausländern auf rund 47 000 und bei den Deutschen auf rund 40 000 Personen belaufen. Die Bevölkerung Baden-Württembergs würde demnach aufgrund des Geburtenüberschusses und des voraussichtlichen Wanderungsgewinns um mehr als 100 000 Personen anwachsen, und zum Jahresende 1988 einen Bevölkerungsstand von rund 9,5 Mio. Einwohner erreicht haben.

An dem relativ hohen Wanderungsgewinn der deutschen Bevölkerung Baden-Württembergs haben die Aussiedler und Zuwanderer aus der DDR einen hohen Anteil. Nachdem in den Jahren 1986 und 1987 jährlich im Durchschnitt rund 15 000 Personen als Aussiedler - meist aus Polen und dem sowjetischen Bereich - sowie Zuwanderer aus der DDR nach Baden-Württemberg gekommen waren, wurde 1988 mit 35 440 Personen die bisher höchste Zuwanderung erreicht. Da die Bundesregierung auch für das Jahr 1989 von einer weiteren, erheblichen Steigerung ausgeht und Schätzungen sich auf 300 000 bis 350 000 Aussiedler und Zuwanderer bundesweit belaufen, ist nach Angaben des baden-württembergischen Innenministeriums für das Land im laufenden Jahr mit einem Anteil von 50 000 bis 60 000 Aussiedlern bzw. Zuwanderern aus der DDR zu rechnen. Für die zukünftige Bevölkerungsentwicklung wird also nach wie vor das Wanderungsverhalten in stärkerem Maße bestimmend sein als die Geburtenentwicklung. Insgesamt ist auch für 1989 von einer Zunahme der Einwohnerzahl auszugehen.

Mehr Schüler im Grundschulbereich, aber immer noch leicht abnehmende Schülerzahlen an weiterführenden Schulen

Als Folge des Geburtenrückgangs der 70er Jahre hat sich insgesamt gesehen die schon seit einigen Jahren zu verzeichnende Abnahme der Schülerzahlen an den öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen auch im Schuljahr 1988/89 noch leicht fortgesetzt. Die Gesamtschülerzahl in diesem Schuljahr liegt mit rund 1 019 700 Schülern um ca. 8 600 Schüler (- 0,8 %) unter dem Stand des Vorjahres. Entsprechend der differenzierten Altersstruktur der Bevölkerung weicht die Entwicklung der Schülerzahlen in den einzelnen Schularten allerdings erheblich voneinander ab.

Da die Talsohle der Geburtenentwicklung 1978 erreicht wurde, und die nachfolgenden Jahrgänge wieder stärker besetzt sind, stieg die Zahl der Grundschüler - wie bereits seit den Jahren 1986/87 - weiterhin an. Während im Schuljahr 1987/88 rund 359 000 Schüler die Grundschulklassen besuchten, sind es im Schuljahr 1988/89 über 371 900, also rund 13 000 Schüler (+ 3,7 %) mehr. Im Vergleich zum Vorjahr (+ 5,4 %) macht sich dabei die Zunahme der Zahl der Erstklässler allerdings nicht mehr so deutlich bemerkbar; mit rund 98 000 Schülern in der 1. Klassenstufe werden rund 1 400 Erstklässler mehr unterrichtet (+ 1,5 %) als ein Jahr zuvor.

Im Gegensatz zur Entwicklung im Grundschulbereich haben die Schülerzahlen an weiterführenden Schulen - wenn auch viel schwächer als im Vorjahr - abgenommen: Die Zahl der Hauptschüler ging gegenüber dem Vorjahr um 5 200 (- 2,8 %) auf 176 500 zurück; für die Realschulen wurde eine Abnahme um rund 6 600 (- 3,7 %) auf 173 300 und für die Gymnasien um 7 500 (- 3,1 %) auf 233 800 Schüler ermittelt. Der Anteil der Übergänger aus der 4. Klassenstufe der Grundschule auf Gymnasien ist dabei von 29,7 % im Schuljahr 1987/88 auf 30,1 % im Schuljahr 1988/89 angestiegen. Im Zusammenhang damit hat sich speziell die Zahl der Fünftklässler an Gymnasien auf 26 400 Schüler gegenüber den Vorjahren leicht er-

höht (1988/89: + 0,4 %). Hier wird besonders das verstärkte Streben nach möglichst hohen Qualifikationsabschlüssen sichtbar.

Nachdem 1986 erstmals ein Rückgang der Abiturientenzahlen an allgemeinbildenden Gymnasien zu verzeichnen war (- 10,2 %), stieg im Jahr 1988, wie bereits schon im Vorjahr, ihre Zahl wiederum leicht auf 27 235 an (+ 0,6 %).

Ausgehend von den für das Schuljahr 1988/89 festgestellten Schülerzahlen ergeben sich folgende durchschnittliche Klassenstärken (Schüler je Klasse): an Grund- und Hauptschulen 20,8 (Vorjahr ebenfalls 20,8), an Realschulen 23,8 (Vorjahr 24,1) sowie an Gymnasien 23,9 (Vorjahr 24,1). An den Sonderschulen blieb die durchschnittliche Klassenstärke mit 8,7 Schüler je Klasse gegenüber dem Vorjahr konstant.

Aufgrund der früheren Geburtenzahlen im Lande konnte bisher davon ausgegangen werden, daß zum neuen Schuljahr die Zahl der Grundschüler ansteigt, und die Schülerzahlen an den weiterführenden allgemeinbildenden Schulen zurückgeht, so daß die Gesamtzahl der Schüler an den allgemeinbildenden Schulen noch abnimmt. Aufgrund der Zuwanderung aus Aussiedlerländern ist nunmehr aber in Rechnung zu stellen, daß die rückläufigen Schülerzahlen an den Realschulen und Gymnasien wohl durch steigende Schülerzahlen an den Grund- und Hauptschulen ausgeglichen werden, mit der Folge einer höheren Schülerzahl im Gesamtbereich der allgemeinbildenden Schulen gegenüber dem Vorjahr.

Bei den beruflichen Schulen setzt sich der 1985 begonnene Rückgang der Schülerzahlen insgesamt fort. Im Schuljahr 1988/89 wurden im Gesamtbereich der beruflichen Schulen 413 100 Schüler unterrichtet, das waren 12 200 (- 2,9 %) weniger als im Vorjahr. Betrachtet man die Entwicklung der Schülerzahlen nach einzelnen Schularten differenziert, werden allerdings unterschiedliche Tendenzen sichtbar. Rückläufig war die Schülerzahl im Teilzeitbereich, so an Berufs- und Sonderberufsschulen um - 4,8 % und im kooperativen Berufsgrundbildungsjahr um - 1,9 %. Demgegenüber blieb die Schülerzahl an beruflichen Gymnasien nahezu konstant (+ 0,3 %) und stieg bei den Berufsoberschulen sogar deutlich an (+ 7,2 %). Die Fachschulen, die überwiegend der beruflichen Weiterbildung dienen, hatten den stärksten Schülerzulauf überhaupt (+ 8,1 %) zu verzeichnen; hier wird der auch in Zukunft weiterhin zu erwartende Trend einer hohen Weiterbildungsbereitschaft sichtbar.

An den Hochschulen in Baden-Württemberg hat sich die Zahl der Studienanfänger im Wintersemester 1988/89 im Vergleich zum Vorjahr noch einmal erhöht. Mit 28 700 deutschen und ausländischen Studienanfängern wurde sogar der höchste Wert in den achtziger Jahren erreicht. Wie bereits im Jahr zuvor war dabei der Anstieg der Zahl der weiblichen Studienanfänger deutlich höher (+ 7,2 %) als der der männlichen (+ 6,2 %); auch die Zahl der erstimmatrikulierten Ausländer stieg überproportional (+ 7,5 %) an. Differenziert man die Entwicklung nach Hochschulart, zeigt sich, daß an den Pädagogischen Hochschulen die Zahl der Ersteinschreibungen gegenüber dem Vorjahr erneut deutlich um 490 zugenommen hat. Sie erreichte damit mit 1 300 Studienanfängern den seit 1982/83 höchsten Stand. Die Universitäten verbuchten einen Anstieg der Studienanfängerzahlen um 990 und die Fachhochschulen ohne Verwaltungsfachhochschulen um 300 Personen.

In Verbindung mit den erhöhten Studienanfängerzahlen stieg wiederum die Gesamtzahl der Studierenden in Baden-Württemberg gegenüber dem Wintersemester 1987/88 an (+ 3,1 %) und erreichte zum Jahreswechsel 1988/89 mit 203 100 Studenten eine neue Rekordhöhe, aber sehr wahrscheinlich immer noch nicht den Scheitelpunkt der Entwicklung. Dies kann auf mehrere Ursachen zurückgeführt werden. Unter anderem ist ein gewisser Nachholeffekt bei der Studiumaufnahme zu verzeichnen, nachdem in vielen Fällen zuvor eine berufliche Ausbildung oder Tätigkeit erfolgte. Außerdem ist in den letzten Jahren bei den Studienberechtigten die Bereitschaft, ein Studium aufzunehmen, insgesamt wieder leicht gestiegen.

Unter den Studierenden befanden sich 73 500 Frauen, was einem mittelfristig gleichbleibendem Anteil von ca. 36 % entspricht. Deutlich überproportional nahm gleichzeitig die Zahl der ausländischen Studenten zu (+ 7,9 %), so daß sie mit 12 700 Studierenden einen Anteil von 6,2 % an der Gesamtzahl der Studenten erreichten. Der Anstieg der Studentenzahlen erstreckte sich auf alle Hochschularten; er war am stärksten ausgeprägt bei den Pädagogischen Hochschulen (+ 7,0 %), wo im Wintersemester 1988/89 mit 7 900 Studierenden zum ersten Mal seit vielen Jahren wieder steigende Studentenzahlen zu verzeichnen waren.

Differenzierte Branchenentwicklung im Verarbeitenden Gewerbe

Der zuvor gegebene Überblick über die konjunkturelle Entwicklung im Verarbeitenden Gewerbe wird nachfolgend nach Quartalen und Branchen weiter differenziert. Der im abgelaufenen Jahr eingetretene positive Stimmungsumschwung erfaßte in den letzten Monaten viele Bereiche. Dabei war vor allem eine beachtliche Expansion bei den Auftragseingängen zu verzeichnen. So stiegen die Auftragseingänge im Jahresdurchschnitt real um 5,9 %, wobei die Inlandsaufträge (+ 4,8 %), vor allem aber die Auslandsaufträge (+ 7,9 %) deutlich zunahmen (Tabelle 7).

Wie die Konjunktur im Laufe des Jahres wieder Tritt faßte, wird vor allem bei quartalsmäßiger Betrachtung deutlich. Schon das 1. Quartal war von anhaltenden Nachfragebelebungen gekennzeichnet. Die Auftragseingänge nahmen preisbereinigt um 3,9 % zu, wobei im 1. Quartal besonders im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe eine deutliche Steigerung der Bestelltätigkeit verzeichnet werden konnte (+ 9,5 %). Im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe und im Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbe verlief der Bestelleingang dagegen im 1. Quartal unterdurchschnittlich (+ 3,0 % bzw. + 2,8 %).

Im 2. Quartal fielen die Auftragseingänge schon etwas höher aus (+ 5,1 %), wobei die Inlandsnachfrage um 3,4 % stieg und die Auslandsnachfrage um 8,1 %. Bereits im 2. Quartal lag das Investitionsgütergewerbe mit einer Zunahme der Auftragseingänge um 5,2 % knapp über dem Branchendurchschnitt. Gleichzeitig war im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich die Nachfrage weiterhin expansiv (+ 6,8 %).

Im 3. Quartal belief sich die Nachfragesteigerung dann auf 7,2 %, wobei die Inlandsnachfrage um 6,6 % und die Auslandsnachfrage um 8,3 % stieg. Das Ergebnis des 3. Quartals wurde bereits vor allem vom Investitionsgüter produzierenden Gewerbe bestimmt (+ 9,3 %).

Diese Aufschwungstendenzen haben sich dann im 4. Quartal gefestigt. So lagen die realen Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe um 7,4 % über dem Vorjahresniveau. Maßgeblich war hier vor allem eine Ausweitung der ausländischen Nachfrage um 9,8 % (Inland: + 6,0 %). Besonders günstig entwickelten sich im 4. Quartal die Auftragseingänge im Investitionsgütergewerbe, die bei einer ausgeprägten Auslandsnachfrage (+ 11,4 %; Inland: + 6,9 %) um 8,8 % stiegen.

So konnte im abgelaufenen Jahr vor allem das Investitionsgütergewerbe ein Auftragsplus verzeichnen (+ 6,6 %). Hier wiesen die Bereiche Stahlverformung (+ 13,4 %), der Maschinenbau (+ 12,1 %) und die Herstellung von Büromaschinen (+ 10 %) überdurchschnittliche Zunahmen aus. Demgegenüber war die Entwicklung im Fahrzeugbau rückläufig (- 1,7 %), was vor allem auf eine starke Einbuße bei den Auslandsbestellungen zurückzuführen war (- 6,1 %; Inland: + 4,4 %). Dagegen lag die Auftragsentwicklung der Elektrotechnik im Branchendurchschnitt (+ 6,6 %), während sich die EBM-Waren (+ 6,2 %) und die Feinmechanik und Optik (+ 5,4 %) nur leicht unterdurchschnittlich entwickelten. Das Verbrauchsgütergewerbe blieb dagegen hinter der Gesamtentwicklung stark zurück (+ 2,8 %). Ursächlich waren hier rückläufige Auftragseingänge im Textilgewerbe (- 2,6 %) und Ledergewerbe (- 2,1 %).

Als Folge der zunehmend lebhafter werdenden Auftragseingänge stieg 1988

Tabelle 7

In- und ausländische Nachfrageentwicklung in Baden-Württemberg 1988 und Januar - April 1989

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppge	Auftragseingang (1980 = 100) Volumenindex		Umsatz		
	Veränderung			Veränderung	
	1988 gegen 1987	Jan.-April 1989 gegen Jan.-April 1988	1988 insgesamt	1988 gegen 1987	Jan.-April 1989 gegen Jan.-April 1988
	%		Mill. DM	%	
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	+ 5,9	+ 12,0	283 126,1	+ 4,2	+ 7,8
Inland	+ 4,8	+ 12,0	191 815,1	+ 3,9	+ 5,8
Ausland	+ 7,9	+ 11,9	91 311,0	+ 5,0	+ 11,9
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	+ 6,7	+ 5,0	48 323,2	+ 6,3	+ 9,1
Inland	+ 5,9	+ 5,4	36 332,1	+ 4,9	+ 8,4
Ausland	+ 8,6	+ 4,3	11 991,1	+ 10,9	+ 11,0
Chemische Industrie	+ 4,9	+ 1,1	19 676,5	+ 6,6	+ 8,3
Inland	+ 4,0	– 0,1	12 749,0	+ 5,5	+ 8,6
Ausland	+ 6,5	+ 2,8	6 927,5	+ 8,6	+ 7,9
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	+ 6,6	+ 16,2	170 910,1	+ 4,4	+ 9,0
Inland	+ 5,4	+ 18,0	102 124,9	+ 4,4	+ 6,8
Ausland	+ 8,2	+ 13,9	68 785,3	+ 4,3	+ 12,1
Maschinenbau	+ 12,1	+ 18,4	47 157,2	+ 8,4	+ 10,3
Inland	+ 7,6	+ 22,3	25 470,0	+ 4,7	+ 9,7
Ausland	+ 17,1	+ 14,4	21 687,1	+ 13,0	+ 11,0
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	– 1,7	+ 15,4	46 990,3	– 2,2	+ 3,1
Inland	+ 4,4	+ 19,2	24 982,5	+ 2,6	– 2,1
Ausland	– 6,1	+ 12,1	22 007,8	– 7,2	+ 9,3
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	+ 6,6	+ 15,3	44 649,9	+ 5,2	+ 12,6
Inland	+ 4,0	+ 17,8	30 341,9	+ 4,3	+ 10,9
Ausland	+ 12,5	+ 10,6	14 308,0	+ 7,3	+ 16,3
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren[1]	+ 5,4	+ 13,2	8 249,7	+ 10,0	+ 9,1
Inland	+ 7,9	+ 8,1	4 842,0	+ 9,1	+ 6,8
Ausland	+ 2,0	+ 20,3	3 407,7	+ 11,3	+ 12,2
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	+ 2,8	+ 3,2	44 599,8	+ 3,3	+ 4,6
Inland	+ 2,4	+ 1,7	35 748,5	+ 3,2	+ 3,2
Ausland	+ 4,7	+ 8,8	8 851,2	+ 3,6	+ 10,0
Textilgewerbe	– 2,6	+ 3,1	10 478,9	– 1,9	+ 0,5
Inland	– 3,8	+ 1,3	7 902,1	– 2,3	– 1,7
Ausland	+ 0,8	+ 8,0	2 576,9	– 0,5	+ 7,2
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	–	–	19 293,1	+ 0,4	+ 2,4
Inland	–	–	17 609,7	+ 0,3	+ 0,8
Ausland	–	–	1 683,4	+ 1,3	+ 20,8
Nachrichtlich Bundesgebiet: Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	+ 7,2	+ 8,7	1 529 743,6	+ 5,9	+ 9,7
Inland	+ 6,1	+ 8,3	1 058 263,2	+ 4,8	+ 8,4
Ausland	+ 9,4	+ 8,8	471 480,4	+ 8,3	+ 12,5

1) Auftragseingang ohne Herstellung von Uhren.

Tabelle 8

Strukturdaten des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg 1988 und Januar - April 1989

Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe	Beschäftigte			Arbeiterstunden			Produktion			Exportquote[1]	
		Veränderung			Veränderung			Veränderung			
	1988 insgesamt MD[2]	1988 gegen 1987	Jan.-April 1989 gegen Jan.-April 1988	1988 insgesamt	1988 gegen 1987	Jan.-April 1989 gegen Jan.-April 1988	1988 Index MD[2]	1988 gegen 1987	Jan.-April 1989 gegen Jan.-April 1988	1988	1987
	1000	%		Mill.	%		1980=100	%			
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1 433,6	+ 0,1	+ 0,8	1 508,1	− 0,8	+ 0,3	115,0	+ 2,4	+ 4,5	32,3	32,0
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	163,4	− 0,1	+ 0,2	172,7	− 0,2	+ 0,5	116,6	+ 5,2	+ 1,8	24,8	23,8
Chemische Industrie	68,8	+ 0,5	− 0,1	56,4	− 0,6	− 1,5	122,4	+ 5,6	+ 0,4	35,2	34,6
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	939,9	+ 0,6	+ 1,4	956,0	− 0,7	+ 1,3	121,2	+ 2,5	+ 6,8	40,2	40,3
Maschinenbau	260,5	+ 0,4	+ 1,9	265,9	− 0,2	+ 2,4	114,4	+ 5,9	+ 8,0	46,0	44,1
Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw.	228,0	+ 0,5	− 0,1	257,8	− 2,4	+ 0,1	116,8	− 4,2	+ 0,8	46,8	49,3
Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten	251,2	+ 1,0	+ 2,1	227,8	− 1,3	+ 1,2	129,4	+ 4,1	+ 9,7	32,0	31,4
Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren	49,4	− 1,5	+ 1,7	49,2	− 2,6	− 1,0	109,7	+ 5,7	+ 5,6	41,3	40,8
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	275,0	− 1,5	− 1,1	316,9	− 1,8	− 2,4	98,2	+ 0,8	+ 1,4	19,8	19,8
Textilgewerbe	68,9	− 5,1	− 7,1	81,4	− 5,5	− 8,1	89,3	− 6,5	− 2,5	24,6	24,3
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	55,3	0,0	+ 0,5	62,5	+ 0,5	− 0,5	95,6	− 3,1	− 5,2	8,7	8,6
Nachrichtlich Bundesgebiet: Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	6 844,9	− 0,1	+ 1,1	7 518,8	− 0,5	− 0,1	107,1	+ 4,3	+ 5,8	30,8	30,1

1) Hauptbeteiligt. - 2) Monatsdurchschnitt.

auch die Produktion (+ 2,4 %, Tabelle 8). Jedoch war die Entwicklung im Laufe des Jahres uneinheitlich. So konnten starke Produktionszunahmen im 1. Halbjahr 1988 vor allem im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe verzeichnet werden (1. Halbjahr: + 6,8 %; 2. Halbjahr: + 3,7 %), während das Investitionsgütergewerbe erst im 2. Halbjahr zulegte. Nach einem Produktionsanstieg von lediglich 1,9 % im 1. Halbjahr wurden im 2. Halbjahr bereits 3,1 % nachgewiesen, so daß sich für das Jahr ein Anstieg um 2,5 % ergab.

Den Branchen mit einem Produktionszuwachs - so dem Maschinenbau (+ 5,9 %), der Feinmechanik/Optik (+ 5,7 %) und der Elektrotechnik (+ 4,1 %) sowie der Herstellung von Büromaschinen (+ 6,7 %) und EBM-Waren (+ 2,3 %) - stand der Straßenfahrzeugbau mit einem Produktionsrückgang (- 4,2 %) gegenüber. Unter dem Durchschnitt des Verarbeitenden Gewerbes bewegte sich die Produktion in der Verbrauchsgütererzeugung (+ 0,8 %), während der Nahrungs- und Genußmittelbereich Produktionseinbußen zu verzeichnen hatte (- 3,1 %).

In den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes waren 1988 im Monatsdurchschnitt 1,434 Millionen Arbeiter und Angestellte beschäftigt. Damit ist die Zahl der Beschäftigten nur leicht angestiegen (+ 0,1 %). Jedoch war die Entwicklung der Beschäftigten in Baden-Württemberg etwas günstiger als im Bundesgebiet (- 0,1 %). Im Land ist

dieser leichte Anstieg auf das Investitionsgüter produzierende Gewerbe zurückzuführen. Hier waren mit 0,940 Millionen Personen 0,6 % mehr als im Vorjahr beschäftigt. In der Verbrauchsgüterproduktion ist die Zahl der Beschäftigten dagegen um 1,5 % zurückgegangen.

Obwohl die Beschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe leicht angestiegen ist, ging das Arbeitsvolumen, also die Zahl der geleisteten Arbeiterstunden (- 0,8 %) zurück. Die geringfügige Abnahme des Arbeitseinsatzes bei etwas steigender Produktion weist auf einen gewissen Produktivitätsanstieg hin.

Entsprechend der gestiegenen Produktion haben sich die Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes 1988 um 4,2 % auf 283,0 Mrd. DM erhöht. Dabei wiesen die Auslandsumsätze (+ 5,0 %) eine etwas günstigere Entwicklung als die Inlandsumsätze (+ 3,9 %) aus. Bundesweit nahmen die Umsätze des Verarbeitenden Gewerbes um 5,9 % zu. Bei der Exportquote der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg kam es im Berichtsjahr zu einem Anstieg um 0,3 Prozentpunkte auf 32,3 %, während die Exportquote für das Bundesgebiet um 0,7 Prozentpunkte auf 30,8 % stieg.

Nachdem sich im letzten Quartal 1988 die konjunkturelle Aufwärtsbewegung durch das Anziehen der Aktivitäten im Investitionsgüterbereich intensiviert hatte, setzte sich diese Tendenz in den Monaten Januar bis April 1989 sogar verstärkt fort (Schaubild 3). Der reale Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes nahm um 12,0 % zu, wobei bei einer weiterhin kontinuierlichen Auslandsnachfrage (+ 11,9 %), vor allem auch die Inlandsbestellungen (+ 12,0 %) anzogen. Dieses Ergebnis wurde vor allem durch den Investitionsgüterbereich gestützt. Hier lag die Ordertätigkeit sogar um 16,2 % höher als im vergleichbaren Vorjahreszeitraum. Im Investitionsgütergewerbe traf eine deutliche Belebung der Inlandsaufträge (+ 18,0 %) auf eine weiterhin günstige Auslandsnachfrage (+ 13,9 %). Maßgeblich für diese stark aufwärtsgerichtete Entwicklung waren hohe Zunahmen im Stahl- und Leichtmetallbau (+ 28,4 %), bei der Herstellung von Büromaschinen (+ 27,2 %), bei der Stahlverformung (+ 18,2 %) und im Maschinenbau (+ 18,4 %). Deutlich expandierten aber auch die Bestellungen in der Feinmechanik/Optik (+ 13,2 %) in der Elektrotechnischen Industrie (+ 15,3 %) sowie im Fahrzeugbau (+ 15,4 %) und hier vor allem bei der Herstellung von PKW (+ 19,2 %). Die realen Auftragseingänge im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich (+ 5,0 %) wie auch im Verbrauchsgütersektor (+ 3,2 %) nahmen dagegen unterdurchschnittlich zu.

Entsprechend der starken Aufwärtsbewegung bei der Nachfrage wurde die Produktion des Verarbeitenden Gewerbes im Zeitraum Januar bis April 1989 um 4,5 % ausgeweitet. Im Investitionsgüterbereich stieg infolge der lebhaften in- und ausländischen Nachfrage die Produktion um 6,8 %. Bei einer noch leichten Produktionssteigerung im Straßenfahrzeugbau (+ 0,8 %) geht dies auf Produktionsausweitungen im Stahl- und Leichtmetallbau (+ 14,6 %), in der Elektrotechnik (+ 9,7 %), im Maschinenbau (+ 8,0 %) und in der Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten (+ 14,4 %) zurück. Die Feinmechanik und Optik nahm um 5,6 % zu. Im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich stieg der Ausstoß um 1,8 % an und im Verbrauchsgüterbereich um 1,4 %. Spürbare Produktionseinbußen waren weiterhin für das Nahrungs- und Genußmittelgewerbe (- 5,2 %) zu verzeichnen.

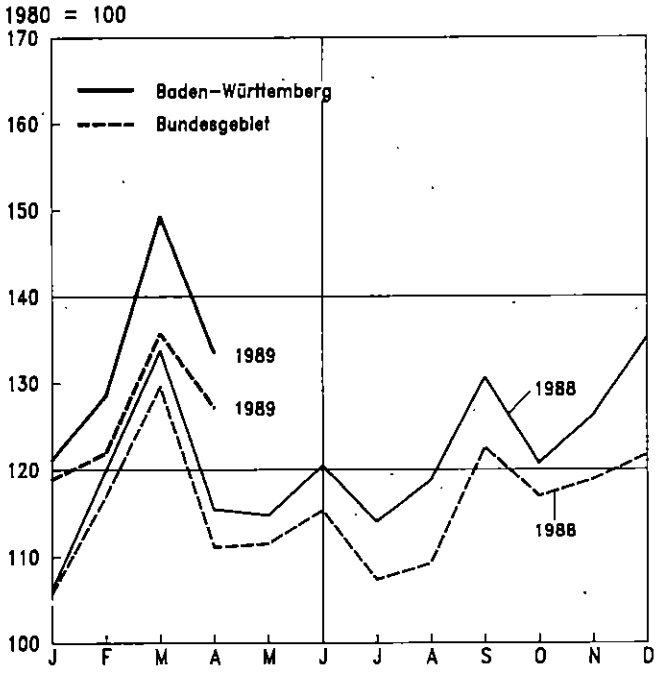
Die Beschäftigtenzahl lag für den Zeitraum Januar bis April 1989 um 0,8 % höher als im Vorjahr. Die Zahl der Arbeiterstunden - ein anderer Indikator für das aufgewandte Arbeitsvolumen liegt derzeit noch nicht vor - nahm geringfügig um 0,3 % zu. Angesichts der Produktionssteigerung um 4,5 % läßt dies auf einen weiteren Anstieg der Produktivität schließen. Die Umsätze nahmen für den Zeitraum Januar bis April 1989 um 7,8 % zu.

Aufwärtsentwicklung im Bauhauptgewerbe

Für die Bauwirtschaft brachte das Jahr 1988 eine deutliche Nachfragebelebung. Die nominalen Auftragseingänge im Bau-

Schaubild 3

Auftragseingang des Verarbeitenden Gewerbes*) in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet 1988 und 1989



*) Ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrie.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 174 89

hauptgewerbe übertrafen das Vorjahresniveau um 7,5 %, wobei hierfür die Entwicklung in den ersten drei Quartalen ausschlaggebend war (Tabelle 9); im 4. Quartal erreichten die Aufträge lediglich den Wert des Vorjahresquartals. Die Aufwärtsentwicklung wurde von beiden Sparten des Bauhauptgewerbes getragen, war jedoch im Hochbau erheblich stärker (+ 10,0 %) als im Tiefbau (+ 3,9 %). Unter Berücksichtigung der seit Frühjahr 1988 anziehenden Preise für Bauleistungen ergab sich gegenüber 1987 ein realer Anstieg des Auftragseingangs im Hochbau von 8,2 % und im Tiefbau von 2,6 %.

Die Zunahme der nominalen Hochbauauftragseingänge im Jahr 1988 ist zurückzuführen auf eine beträchtliche Nachfragesteigerung im Bereich der Wohnbauten (+ 14,4 %) und im Bereich der gewerblichen und industriellen Bauten (+ 14,2 %). Die öffentlichen Hochbauaufträge (ohne Deutsche Bundesbahn und Bundespost) lagen dagegen 1988 um 10,1 % niedriger als im Vorjahr.

Tabelle 9

Nominale Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe in Baden-Württemberg 1988 und 1989

— Veränderung gegen Vorjahr in % —

Zeitraum	Bauhauptgewerbe insgesamt	Hochbau				Tiefbau			
		zusammen	darunter			zusammen	darunter		
			Wohnungsbau	gewerblicher und industrieller Bau	öffentlicher Bau[1]		Straßenbau	gewerblicher und industrieller Bau	sonstiger öffentlicher Bau[1]
1988 1. Vierteljahr	+ 11,2	+ 18,7	+ 19,4	+ 27,6	− 13,1	+ 0,6	+ 33,4	+ 31,9	− 24,0
2. Vierteljahr	+ 7,1	+ 7,5	+ 12,2	+ 3,9	+ 8,4	+ 6,5	+ 9,8	− 5,1	+ 18,3
1. Halbjahr	+ 8,8	+ 12,3	+ 15,4	+ 14,0	− 0,9	+ 4,0	+ 17,8	+ 8,6	− 3,0
3. Vierteljahr	+ 11,6	+ 16,2	+ 22,5	+ 29,0	− 16,4	+ 5,3	− 5,3	+ 3,3	+ 19,3
4. Vierteljahr	0,0	− 1,1	+ 4,8	− 0,9	− 19,7	+ 1,9	− 10,3	− 2,8	+ 11,0
2. Halbjahr	+ 6,2	+ 7,8	+ 13,5	+ 14,5	− 17,9	+ 3,8	− 7,3	+ 0,4	+ 15,9
Jahr	+ 7,5	+ 10,0	+ 14,4	+ 14,2	− 10,1	+ 3,9	+ 4,8	+ 4,2	+ 5,8
1989 1. Vierteljahr	+ 9,4	+ 13,2	+ 17,1	+ 10,3	+ 17,1	+ 3,2	+ 4,0	+ 8,0	+ 8,5
Januar - April	+ 7,4	+ 11,8	+ 13,7	+ 16,8	− 4,4	+ 0,5	− 3,9	+ 14,1	+ 5,0
Nachrichtlich Bundesgebiet:									
1988 Jahr	+ 9,4	+ 11,7	+ 11,8	+ 17,9	− 4,0	+ 6,0	+ 5,3	+ 14,0	+ 6,3
1989 1. Vierteljahr	+ 12,3	+ 10,8	+ 14,8	+ 8,1	+ 8,7	+ 14,8	+ 10,7	+ 32,8	+ 13,0
Januar - April	+ 13,6	+ 12,5	+ 15,7	+ 11,6	+ 4,5	+ 15,8	+ 12,5	+ 29,2	+ 15,0

1) Ohne Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost, einschließlich Organisationen ohne Erwerbszweck.

In den drei Tiefbaubereichen Straßenbau, gewerblicher und industrieller Tiefbau sowie sonstiger öffentlicher Tiefbau lagen die Zunahmen 1988 mit 4,8 %, 4,2 % und 5,8 % ähnlich hoch. Demgegenüber reduzierten sich die Aufträge der Bundesbahn und der Bundespost um 6,6 % gegenüber dem Vorjahr.

Die reale, von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigte Produktion im Hochbau erhöhte sich 1988 um 5,6 %, wohingegen die reale Bauleistung im Tiefbau geringfügig niedriger lag als das Vorjahresergebnis (- 0,8 %). Begünstigt durch die milde Witterung ergab sich im 1. Quartal 1988 eine signifikante Produktionssteigerung gegenüber dem Vorjahreszeitraum (Hochbau: + 10,9 %; Tiefbau: + 13,1 %). Die Zuwachsraten im Hochbau haben sich jedoch im Jahresverlauf deutlich abgeschwächt (4. Quartal: + 1,4 %), während im Tiefbau bereits im 2. Quartal (- 1,4 %) und verstärkt in den folgenden Quartalen (2. Halbjahr: - 3,8 %) eine rückläufige reale Bauleistung ermittelt wurde.

Als Resultat der Entwicklung von Bauleistung einerseits und Auftragseingang andererseits verblieben den Betrieben des Bauhauptgewerbes zum Jahresende 1988 um 5,9 % höhere reale Auftragsreserven im Hochbau als zum Vorjahresstichtag, während gleichzeitig das reale Auftragspolster im Tiefbau mit einem Minus von 1,8 % den entsprechenden Stichtagswert des Vorjahres nicht ganz erreichte.

Die Zunahme der realen Produktion in den Betrieben des Bauhauptgewerbes um fast 3 % war im vergangenen Jahr nicht mit einer Erhöhung der Beschäftigtenzahl verbunden. Im Gegenteil: Die Zahl der im Bauhauptgewerbe beschäftigten Personen sank im Durchschnitt des Jahres 1988 um weitere 2,1 %. Dennoch verbesserte sich nach den Daten der amtlichen Arbeitsmarktstatistik die Lage auf dem Arbeitsmarkt für Bauberufe: Im September 1988 waren 6 306 Arbeitslose (- 7,6 % gegenüber Sept. 87) und 3 008 offene Stellen (+ 13,2 %) gemeldet.

Anhand der erteilten Neubaugenehmigungen lassen sich die weiteren Entwicklungsmöglichkeiten im Hochbau tendenziell abschätzen. Der Frühindikator der Baugenehmigungen signalisierte bereits 1988 eine durchaus positive Entwicklung der Hochbaunachfrage. So übertraf das genehmigte Hochbauvolumen 1988 - gemessen an der Kubikmeterzahl des umbauten Raumes - den Vorjahreswert um 6,0 %. Das genehmigte Volumen im Wohnungsbau lag in sämtlichen Quartalen deutlich über dem Vorjahresniveau und erreichte für das ganze Jahr einen Zuwachs von 15,2 %. Noch ausgeprägter fiel die Zunahme bei der Zahl der zum Neubau freigegebenen Wohnungen aus (+ 18,0 %), wobei in Mehrfamilienhäusern sogar 35,0 % mehr Wohnungen genehmigt wurden als im Vorjahr. Beim Nichtwohnbau wurde 1988 das relativ hohe Genehmigungsvolumen des Vorjahres nur knapp verfehlt (- 0,6 %).

Im 1. Quartal 1989 setzte sich der Anstieg des genehmigten Hochbauvolumens fort. So übertraf das zum Neubau freigegebene Bauvolumen den Wert des entsprechenden Vorjahresquartals um 23,3 %. Im Wohnungsbau betrug der Zuwachs des genehmigten Bauvolumens 25,6 %; die Zahl der zum Neubau freigegebenen Wohnungen lag sogar um 35,0 % über dem entsprechenden Vorjahresniveau. Die Nachfragebelebung äußerte sich weiterhin mit Abstand am stärksten im Bereich der Mehrfamilienhäuser; hier ist die Zahl der genehmigten Wohnungen um 76,6 % gestiegen. Der Zuwachs beim genehmigten Bauvolumen für Nichtwohngebäude (21,4 %) wurde von dem beträchtlichen Nachfrageanstieg im Wirtschaftsbau (+ 34,6 %) getragen, während sich das für öffentliche Bauherren genehmigte Hochbauvolumen im Vorjahresvergleich genau halbierte (- 50,2 %).

Die Entwicklung der nominalen Auftragseingänge im 1. Quartal 1989 läßt vermuten, daß die Hochbaugenehmigungen zügig in Auftragseingänge bei den Betrieben des Bauhauptgewerbes umgesetzt werden. Insgesamt lagen die Auftragseingänge im 1. Quartal um 9,4 % über dem entsprechenden Vorjahreswert. Wie schon 1988, so war auch in den ersten drei Monaten des Jahres 1989 im Hochbau (+ 13,2 %) eine kräftigere Zunahme als im Tiefbau (+ 3,2 %) zu verzeichnen. Unvermindert dynamisch verlief

die Ordertätigkeit insbesondere im Wohnungsbau (+ 17,1 %). Auch im Bereich gewerblicher und industrieller Hochbauten (+ 10,3 %) und im Wirtschaftstiefbau (+ 8,0 %) setzte sich die Auftragsbelebung fort.

Die außerordentlich günstigen Witterungsverhältnisse ermöglichten im 1. Quartal 1989 eine Erhöhung der realen Bauleistung um 17,2 % im Hochbau und um 18,2 % im Tiefbau im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum. Die realen Auftragsbestände lagen Ende März im Hochbau um 3,8 % über dem Vorjahresniveau, während im Tiefbau ein Minus von 6,6 % zu verzeichnen war.

Die Aufwärtsentwicklung in der Bauwirtschaft des vergangenen Jahres wird sich aller Voraussicht nach 1989 kaum vermindert fortsetzen. So erwartet das DIW bundesweit für 1989 einen Anstieg des realen Bauvolumens von 4 % und - in zeitlichem Abstand der Produktion folgend - eine Wende in der Beschäftigtenentwicklung (+ 2 % im Baugewerbe).[4] Angesichts des günstigen Konjunkturverlaufs und der außerordentlich hohen industriellen Kapazitätsauslastung dürften insbesondere Nachfrage und Produktion im Wirtschaftsbau weiter expandieren. Regionale Engpässe in der Wohnungsversorgung insbesondere in den Verdichtungsräumen sowie der Wohnungsbedarf der Aussiedler und Übersiedler wie auch weiter wachsende Wohnansprüche signalisieren auch im Bereich des Wohnungsbaus eine deutliche Nachfragesteigerung, wenngleich sich die derzeit verstärkten politischen Anstrengungen zur Schaffung neuen Wohnraumes (z.B. Wohnungsprogramm für Aus- und Übersiedler) vermutlich erst mit gewisser zeitlicher Verzögerung in der Wohnungsbautätigkeit niederschlagen werden.

4 Vgl. hierzu: "Bauwirtschaft: Zunahme von Produktion und Beschäftigung", in: Wochenbericht des DIW, 56. Jg., Nr. 15/89, S. 167 ff.

Zunächst lebhaftes, jetzt dynamisches Auslandsgeschäft

Nach dem geringfügigen Anstieg des Exports im Jahr 1987 (+ 0,8 %) konnte 1988 mit einem Ausfuhrwert von 101 Mrd. DM wieder eine deutliche Zunahme der Ausfuhr (+ 4,8 %) verzeichnet werden (Tabelle 10)[5]. Da die Exporte im Bundesdurchschnitt jedoch noch stärker ausgeweitet wurden (+ 7,7 %), hat sich der Anteil Baden-Württembergs an der Ausfuhr des Bundes leicht verringert (1988: 17,7 %; 1987: 18,2 %). Dieser Unterschied ist im wesentlichen auf die stärkere Betroffenheit Baden-Württembergs von den wechselkursbedingten Absatzeinbußen im USA-Geschäft zurückzuführen (Land: - 22,2 %; Bund: - 8,4 %). Bei den Ausfuhren in die Länder der EG (Land: + 11,4 %; Bund: + 10,9 %) und der EFTA (Land: + 8,6 %; Bund: + 7,2 %), aber auch in die Entwicklungsländer (Land: + 6,1 %; Bund: + 3,6 %) konnten demgegenüber im Vergleich zum Bundesgebiet leicht überdurchschnittliche Wachstumsraten erzielt werden. Der bundesweit ermittelte Index der Durchschnittswerte der ausgeführten Güter war nur geringfügig höher als im Vorjahr (+ 0,3 %), so daß die realen Ausfuhren von Land und Bund kaum schwächer gestiegen sind als die nominalen. Die positive Exportentwicklung erhielt beträchtliche Impulse von der kräftigen Ausweitung des Welthandels um real fast 9 %, die ihrerseits vom konjunkturellen Aufschwung in nahezu allen westlichen Industrieländern getragen wurde.

5 Aufgrund von erhebungstechnischen Veränderungen im Bereich des Anmeldeverfahrens (Einführung des EG-"Einheitspapiers") und im Bereich der Warensystematik (Einführung des "Harmonisierten Systems") zu Beginn des letzten Jahres sind die Angaben über Entwicklung und Niveau der Ausfuhren diesmal mit größeren Unsicherheiten behaftet. Die Außenhandelsstatistik konnte bislang nur vorläufige Ergebnisse liefern.

Tabelle 10

Ausfuhr Baden-Württembergs nach Handelspartnern 1988*)

Handelspartner	Mill. DM	%	Veränderung gegen Vorjahr in %
Europa	72 161,3	71,7	+ 10,3
davon			
EG-Länder	46 784,4	46,5	+ 11,4
Frankreich	13 316,3	13,2	+ 9,6
Belgien-Luxemburg	4 282,3	4,3	+ 7,9
Niederlande	5 899,7	5,9	+ 4,3
Italien	9 691,5	9,6	+ 15,9
Großbritannien	7 534,5	7,5	+ 16,4
Republik Irland	320,1	0,3	+ 14,7
Dänemark	1 387,1	1,4	− 3,2
Griechenland	785,0	0,8	+ 1,8
Portugal	767,7	0,8	+ 30,8
Spanien	2 800,0	2,8	+ 21,1
EFTA Länder[1]	20 502,7	20,4	+ 8,6
Staatshandelsländer[2]	2 939,0	2,9	+ 20,9
Übriges Europa	1 935,3	1,9	− 8,1
Afrika	2 852,4	2,8	+ 8,6
Amerika	14 395,1	14,3	− 19,8
darunter			
Vereinigte Staaten	11 659,4	11,6	− 22,2
Asien	10 168,8	10,1	+ 12,8
Australien und Ozeanien	1 040,4	1,0	+ 4,7
Ausfuhr insgesamt	100 620,9	100	+ 4,8
davon			
Industrialisierte Länder	87 102,7	86,6	+ 4,2
Entwicklungsländer	9 920,9	9,9	+ 6,1
darunter OPEC-Länder[3]	2 681,4	2,7	+ 1,1
Staatshandelsländer insgesamt[4]	3 594,4	3,6	+ 18,3
Nachrichtlich Bundesgebiet:			
Ausfuhr insgesamt	567 750,1	100	+ 7,7

*) Vorläufige Werte. - 1) Island, Norwegen, Schweden, Finnland, Schweiz, Österreich. - 2) Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien. - 3) Vereinigte Arabische Emirate, Irak, Iran, Kuwait, Katar, Saudi-Arabien, Algerien, Ecuador, Indonesien, Gabun, Libyen, Nigeria, Venezuela. - 4) Europäischer und asiatischer Ostblock.

Nach einem leichten Rückgang der Ausfuhren im 1. Quartal 1988 (- 2,3 %), konnte im 2. Quartal ein enormer Anstieg verzeichnet werden (+ 9,2 %). Die mit den systematischen und anmeldetechnischen Änderungen der Außenhandelsstatistik ab 1. Januar 1988 verbundenen Umstellungsschwierigkeiten haben das Ergebnis im 1. Quartal negativ beeinflußt, so daß im 2. Quartal ein gewisser Nachholeffekt in der Anmeldung und Erfassung der Außenhandelsvorgänge positiv zu Buche schlug. Die Ausfuhrentwicklung verlief im 2. Halbjahr gleichmäßiger (3. Quartal: + 6,1 %; 4. Quartal: + 6,0 %) und erreichte eine höhere Zuwachsrate (+ 6,0 %) als in den ersten sechs Monaten (+ 3,5 %).

Der Absatz baden-württembergischer Erzeugnisse in Europa nahm überdurchschnittlich stark zu (+ 10,3 %) und erreichte einen Anteil von 71,7 % an der Gesamtausfuhr. Außerordentlich günstig

entwickelten sich abermals die Exporte in die Länder der EG (+ 11,4 %), deren Anteil an der baden-württembergischen Gesamtausfuhr sich seit 1985 - auch als Reflex der abnehmenden Bedeutung der USA - kontinuierlich erhöhte und sich allmählich der 50 %-Marke nähert (1988: 46,5 %). Die baden-württembergische Warenausfuhr konnte in nahezu alle Mitgliedstaaten der EG gesteigert werden (einzige Ausnahme: Dänemark mit - 3,2 %); die mit Abstand höchsten Zuwachsraten erzielten die Exporte nach Spanien (+ 21,1 %) und nach Portugal (+ 30,8 %). Die bedeutendsten Abnehmerländer waren nach wie vor Frankreich (Anteil an der Gesamtausfuhr: 13,2 %), Italien (9,6 %) und Großbritannien (7,5 %). Die baden-württembergische Exportwirtschaft mit ihrem hohen Anteil an Investitionsgütern profitierte insbesondere von der vielfach beachtlichen Ausweitung der Investitionen in den Partnerländern der EG. Hierbei dürften sich auch verstärkte Modernisierungsbemühungen in Vorbereitung auf den bevorstehenden Binnenmarkt ausgewirkt haben.

Auch die Ausfuhren in die Länder der EFTA sind beträchtlich gestiegen (+ 8,6 %); auf diese Ländergruppe entfiel etwa ein Fünftel (20,4 %) der baden-württembergischen Exporte. Die wichtigsten Partnerländer waren hier die Schweiz (Anteil an der Gesamtausfuhr: 8,9 %) und Österreich (6,2 %). Erstmals seit 1985 konnten im Bereich der europäischen Staatshandelsländer (Anteil: 2,9 %) wieder mehr Waren als im Vorjahr abgesetzt werden (+ 20,9 %). Ausschlaggebend war hierbei der enorme Zuwachs der Ausfuhren in die Sowjetunion (+ 55,6 %).

Auf dem amerikanischen Kontinent wurde 1988 rund ein Siebtel (14,3 %) der Gesamtausfuhr abgesetzt. Insbesondere die Exporte in die USA (Anteil: 11,6 %) sind stark zurückgegangen (- 22,2 %). Der Anpassungsprozeß, der aufgrund der 1985 einsetzenden drastischen Dollarabwertung erforderlich wurde und sich 1987 deutlich bemerkbar machte (Exportrückgang um 10 %), hat sich auch nach 1988 hin fortgesetzt. Im Jahr 1988 waren somit nicht mehr die USA, sondern das Nachbarland Frankreich der wichtigste Abnehmer baden-württembergischer Erzeugnisse. Rückläufig waren jedoch auch die Ausfuhren in die amerikanischen Entwicklungsländer (- 7,5 %). Hierin kommt nicht zuletzt die nach wie vor angespannte Verschuldungssituation dieser Länder zum Ausdruck.

Positiv hingegen entwickelte sich der Export in die asiatischen Länder (+ 12,8 %), auf die bereits ein Zehntel (10,1 %) der Gesamtausfuhr entfällt. Nicht wesentlich erhöht haben sich die Ausfuhren in die Länder der OPEC (+ 1,1 %; Anteil: 2,7 %). Exportzunahmen etwa in die Länder Iran (+ 18,1 %) und Irak (+ 48,1 %) - wohl auch im Zusammenhang mit der Beseitigung von Kriegsschäden - standen Absatzeinbußen in anderen Ländern (z.B. Saudi-Arabien mit - 6,1 %) gegenüber. Einen beträchtlichen Anstieg konnten dagegen die Exporte nach Japan verzeichnen (+ 12,2 %; Anteil: 2,8 %). Der Vormarsch baden-württembergischer Erzeugnisse in Japan (1987: + 21 %; 1986: + 19,8 %) hat sich somit - etwas gedämpft - fortgesetzt. Außerordentlich hohe Exportsteigerungen konnten außerdem in die dynamischen Schwellenländer Südkorea (+ 16,6 %), Taiwan (+ 32,9 %) und Hongkong (+ 18,7 %) erzielt werden.

Das Exportgeschäft auf dem afrikanischen Kontinent hat sich insgesamt deutlich belebt (+ 8,6 %; Anteil: 2,8 %), verlief jedoch regional recht unterschiedlich. Während die Republik Südafrika ihre Einfuhren aus Baden-Württemberg beträchtlich ausweitete (+ 32,1 %), haben die afrikanischen Entwicklungsländer um 5,7 % weniger Waren aus Baden-Württemberg importiert. Der Wert der in die Region Australien/Ozeanien gelieferten Waren hat 1988 um 4,7 % zugenommen (Anteil: 1,0 %).

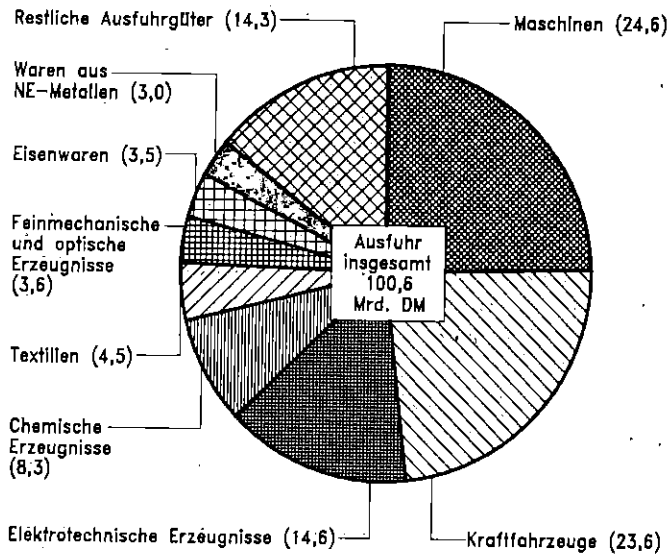
Die rege Nachfrage nach Investitionsgütern in den Industrieländern führte zu einem beträchtlichen Exportzuwachs baden-württembergischer Maschinenbauerzeugnisse (+ 10,2 %). Bei den Kraftfahrzeugen zeigten sich demgegenüber gewisse Absatzprobleme (1988: - 4,5 %; 1987: - 1,9 %): In dieser Warengruppe wird ein weit überdurchschnittlicher Anteil der Erzeugnisse in die USA ge-

liefert; dementsprechend empfindlich reagieren diese Ausfuhren auf Schwankungen des Dollarkurses. Obwohl die Gewichtsverschiebung noch nicht als gravierend bezeichnet werden kann, gelang es den Maschinenbauerzeugnissen (Anteil 1988: 24,6 %; 1987: 23,4 %), die Kraft- und Luftfahrzeuge (Anteil 1988: 23,6 %; 1987: 25,9 %) als wichtigste Warengruppe der baden-württembergischen Gesamtausfuhr abzulösen (Schaubild 4). Außerordentlich positiv entwickelte sich die Ausfuhr von feinmechanischen und optischen Erzeugnissen (+ 17,8 %) und von Waren aus NE-Metallen (+ 15,7 %). Überdurchschnittlich waren außerdem die Zuwachsraten bei elektrotechnischen (+ 6,5 %) und bei chemischen Erzeugnissen (+ 6,6 %). Einen mäßigen Anstieg verzeichnete der Export von Eisenwaren (+ 2,8 %), während die Auslandsumsätze bei Textilien erneut rückläufig waren (- 3,9 %).

Schaubild 4

Struktur der Ausfuhr Baden-Württembergs 1988*)

Anteile in %



*) Vorläufige Werte.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 169 89

Die Exportaussichten für das laufende Jahr werden allgemein positiv eingeschätzt. So erwarteten die führenden Forschungsinstitute in ihrem Frühjahrsgutachten für 1989 einen realen Zuwachs der bundesdeutschen Exporte von 6 % (Importe: + 6 %). Der Anstieg der realen Auftragseingänge aus dem Ausland im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs (Januar bis April: + 11,9 %) bestätigt diese optimistische Prognose.

Nach überwiegender Ansicht wird das Expansionstempo des Welthandels nicht wesentlich nachlassen. Der wirtschaftliche Aufschwung dürfte sich bei den wichtigsten Handelspartnern Baden-Württembergs im Vergleich zum vergangenen Jahr kaum vermindert fortsetzen. Dies gilt insbesondere für Frankreich, Italien und Spanien sowie mit gewissen Einschränkungen für die USA (hohe Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite) und Großbritannien (anziehende Inflationsraten, zunehmende Leistungsbilanzdefizite). Vor allem im Bereich der Investitionsgüter werden deutliche Ausfuhrzunahmen erwartet: Umfragen der Industrie- und Handelskammern Baden-Württembergs zufolge ist die Relation zwischen Unternehmen mit erwartetem Mehrabsatz und denen, die von Exporteinbußen ausgehen, annähernd 7 zu 1. In der Konsumgüterindustrie sind die Erwartungen dagegen etwas zurückhaltender. Insbesondere die baden-württembergischen Exporte in die EG- Länder dürften weiter zunehmen. Auf den Absatzmärkten in den USA können jedoch weitere Marktanteilsverluste nicht ausgeschlossen werden, wenngleich mit einer Abschwächung des wechselkursbedingten Anpassungsprozesses zu rechnen ist. Als Risikofaktoren der zukünftigen Ausfuhrentwicklung und des Welthandels allgemein sind nach wie vor zu nennen: Die anhaltenden Haushalts- und Leistungsbilanzdefizite in den USA mit noch nicht absehbaren Folgen für die künftige Dollarkursentwicklung sowie die brisante Verschuldungssituation vieler Entwicklungsländer, deren Importmöglichkeiten dadurch wesentlich eingeschränkt sind. Die latente Gefahr aufkeimender protektionistischer Tendenzen ist nicht auszuschließen, wenn beim Abbau der außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte - den Defiziten der USA und Großbritanniens stehen beträchtliche Überschüsse Japans und der Bundesrepublik gegenüber - keine Erfolge erzielt werden können.

Dynamische Investitionskonjunktur

Die realen Ausrüstungsinvestitionen erhöhten sich bundesweit im Jahr 1988 um 7,5 % gegenüber dem Vorjahr (nach

vorläufigen Angaben), wobei die Zunahme im zweiten Halbjahr deutlicher ausfiel (+ 8,0 %) als im ersten (+ 6,9 %). Die realen Bauinvestitionen sind bundesweit um 4,5 % gestiegen. Somit ergab sich ein Anstieg der gesamten realen Anlageinvestitionen um 5,8 %. Die enorme Aufwärtsentwicklung der Investitionstätigkeit kommt insbesondere darin zum Ausdruck, daß bei den realen Ausrüstungsinvestitionen die höchste Zuwachsrate seit 1985, bei den realen Bauinvestitionen - sowie zusammengefaßt bei den gesamten Neuanlagen - sogar seit 1979 erzielt wurde.

Ausschlaggebend für die erhöhte Investitionsneigung war der unerwartet gute Konjunkturverlauf bei nach wie vor günstigen Finanzierungsbedingungen. Die kräftige Auslandsnachfrage und die anziehende Inlandsnachfrage sorgten für eine zunehmende Auslastung der industriellen Kapazitäten. Die Bruttoeinkommen der Produktionsunternehmen sind nach Berechnungen der Deutschen Bundesbank im Jahr 1988 gegenüber dem Vorjahr um 9,7 % gestiegen (1987: + 5,6 %) und erreichten damit einen Anteil von 26,2 % am Volkseinkommen (1987: 25,2 %). Die Ertragslage der Unternehmen hat sich somit beträchtlich verbessert, wobei hierfür neben den Absatzsteigerungen auch der nachlassende Druck auf der Kostenseite - vor allem bedingt durch moderate Lohnerhöhungen und eine höhere Ausnutzung der Produktionskapazitäten - verantwortlich waren. So haben sich die Lohnstückkosten im Verarbeitenden Gewerbe in Baden-Württemberg nach vorläufigen Angaben 1988 nur um 1,0 % gegenüber dem Vorjahr erhöht. Im Jahr 1987 betrug dieser Zuwachs noch 4,8 %.

Das Ifo-Institut ermittelte bundesweit im März 1989 eine Kapazitätsauslastung im Verarbeitenden Gewerbe von 87,9 % (saisonbereinigt) und somit einen etwas niedrigeren Wert als im vorangegangenen Dezember (88,7 %). Ähnlich hohe Werte waren zuletzt 1973 gemeldet worden. Der leichte Rückgang des Auslastungsgrades dürfte in erster Linie auf die verstärkten Anstrengungen im Bereich der Kapazitätserweiterung zurückzuführen sein. Die Reichweite der industriellen Auftragsbestände erreichte dagegen mit 3,0 Monaten wiederum das relativ hohe Niveau vom Dezember 1988.

Die Entwicklung der Geschäftslage wurde von den Unternehmen im allgemeinen recht optimistisch eingeschätzt. Umfragen der Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg ergaben - insbesondere in der Investitionsgüterindustrie - "ein fast makelloses Stimmungsbild". Die Ertragslage der Unternehmen dürfte sich 1989 weiterhin günstig entwickeln, so daß reichliche Eigenmittel zur Finanzierung von Investitionsvorhaben zur Verfügung stehen werden. Die Zinsen für langfristige Kredite und damit die Kosten der Fremdfinanzierung sind immer noch vergleichsweise niedrig, wenngleich die Zinstendenz nach oben zeigt. Der Sachverständigenrat konstatierte, daß die Rahmenbedingungen für die Investitionen so gut wie seit langem nicht mehr seien und erwartet einen Zuwachs der realen Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Jahr um 6,5 % (Jahresgutachten 1988/89). Die Forschungsinstitute prognostizierten in ihrem Frühjahrsgutachten einen realen Zuwachs von sogar 7,5 %.

Die Rationalisierung wird auch 1989 das vorherrschende Investitionsmotiv sein. Die geplante Vollendung des EG-Binnenmarktes bis Ende 1992 dürfte in manchen Wirtschaftsbereichen den Modernisierungsdruck verstärken und vermehrte Investitionen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit initiieren. Allerdings dürften in Anbetracht der in vielen Unternehmen geplanten Produktionssteigerungen und der Annäherung an die gegenwärtigen Kapazitätsgrenzen 1989 auch die Erweiterungsinvestitionen eine zunehmende Bedeutung erlangen. Voraussetzungen hierfür sind jedoch weiterhin positive Absatzerwartungen seitens der Unternehmen und das Vertrauen in das Anhalten der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung. Diese Voraussetzungen scheinen derzeit durchaus erfüllt zu sein.

Steigendes Preisniveau

Während die Verbraucherpreise im Laufe des Jahres 1988 leicht anzogen, blieb die Zunahme der Bruttolöhne und -gehälter etwas hinter der Vorjahresentwicklung zurück. So erhöhte sich in Baden-Württemberg der Index der Bruttomonatsverdienste aller Angestell-

ten in der Industrie, im Handel, bei den Kreditinstituten und beim Versicherungsgewerbe von Oktober 1987 bis Oktober 1988 um 3,2 % gegenüber 3,7 % im entsprechenden Vorjahreszeitabschnitt. Im Oktober 1988 hatten die männlichen Angestellten ein durchschnittliches Bruttogehalt von 4 897 DM (+ 4,1 %), ihre Kolleginnen verdienten 3 073 DM (+ 4,5 %).

Betrachtet man die Bruttostundenverdienste aller in der Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, zeigt sich - gemessen am Index der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste - für den Zeitraum Oktober '87 bis Oktober '88 ein Anstieg um 4,0 %. Beim Index der Bruttowochenverdienste ergab sich für den gleichen Zeitraum dagegen nur eine Steigerung um 3,0 %, da der Index der bezahlten Wochenstunden mit - 0,8 % deutlicher als im Vorjahreszeitraum zurückging. Im Oktober 1988 betrug somit die durchschnittliche Wochenarbeitszeit der Arbeiter und Arbeiterinnen 40,0 Stunden, darunter waren 1,6 Stunden enthalten, die über die regelmäßige, betriebsübliche Arbeitszeit hinaus geleistet wurden (Überstunden). Den Arbeitern wurde im Durchschnitt ein Bruttowochenverdienst von 805 DM (+ 2,8 %) ausbezahlt, ihren Kolleginnen von 574 DM (+ 3,2 %).

Um abschätzen zu können, ob die nominalen Lohn- und Gehaltserhöhungen angesichts der laufenden Preisentwicklung ausreichen, den bisherigen Lebensstandard aufrechtzuerhalten bzw. zu verbessern, wird die Veränderung des Reallohnindex berechnet[6] . Dieser erhöhte sich von Oktober 1987 bis Oktober 1988 um 1,5 %. Das im betrachteten Zeitraum leicht steigende Preisniveau führte also dazu, daß die nominalen Lohn- und Gehaltssteigerungen im Vergleich zum Vorjahr nur zu einem kleineren Teil in eine reale Einkommenserhöhung umgesetzt werden konnten.

Diese gegenüber dem Vorjahr relativ geringe Einkommensverbesserung für Arbeitnehmer war bei gleichzeitig leicht steigenden Erwerbstätigenzahlen ein wesentlicher Grund dafür, daß die Wachstumsrate des gesamtwirtschaftlichen privaten Verbrauchs bundesweit im Jahr 1988 mit real + 2,5 % deutlich geringer ausfiel als in den beiden Jahren zuvor (1986: + 3,4 %; 1987: + 3,6 %). Der private Verbrauch behält zwar weiterhin seine Rolle als größtes Aggregat der Gesamtnachfrage, die dynamischen Wachstumsimpulse gehen aber gegenwärtig von der Entwicklung der Investitionsgüternachfrage und von der Exportentwicklung aus. Dementsprechend konnten die Umsätze des Einzelhandels in Baden-Württemberg im Laufe des Jahres 1988 nominal um 4,3 % (Vorjahreszeitraum + 5,4 %) gesteigert werden; bei insgesamt leicht steigenden Einzelhandelspreisen (bundesweit + 0,6 %) lag die reale Zuwachsrate geringfügig darunter (+ 3,9 %).

Die hohe Preisstabilität der Jahre 1986 und 1987 konnte im Jahr 1988 nicht mehr erreicht werden. Im Jahresdurchschnitt 1988 betrug die Veränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in Baden-Württemberg + 1,4 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreswert von nur + 0,4 %. Die leichte Beschleunigung des Preisanstiegs wird besonders bei einer Betrachtung im Jahresablauf deutlich; während im 1. Quartal 1988 die Preissteigerungsrate noch 1,2 % betrug, erreichte sie im 4. Quartal bereits 1,7 %, im Dezember 1988 sogar 1,9 %. Noch sehr viel stärker erhöhte sich dann das Preisniveau zu Beginn des Jahres 1989; im 1. Quartal 1989 waren es + 2,7 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, bedingt durch die Anhebung der Verbrauchssteuern sowie einer Reihe administrativer Preise. Da im Mai 1989 die Preise bereits eine Jahresteuerungsrate von 3,1 % erreicht haben, ist für das Jahr 1989 insgesamt mit einer weit höheren Preissteigerungsrate zu rechnen als im vergangenen Jahr. Dieser Preisauftrieb ist neben der wechselkursbedingten Verteuerung der Einfuhren auch darauf zurückzuführen, daß in vielen Bereichen der Wirtschaft die Kapazitätsgrenzen erreicht werden, woraus sich ein Druck auf die Preise ergibt. Aufgrund der aktuellen und in näherer Zukunft zu erwartenden Lage auf dem Wohnungsmarkt ist besonders bei den Mieten mit einem weiteren Anstieg zu rechnen.

6 Vgl. Fußnote 2

Tabelle 11

Ausgewählte Preisindizes im Bundesgebiet und in Baden-Württemberg 1988 und 1989

– Veränderung gegen Vorjahr in % –

Monat	Außenhandel		Landwirtschaft[1]		Industrie	Handel		Wohnungsbau	Lebenshaltung
								Preisindex für	
	Einfuhrpreise	Ausfuhrpreise	Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte	Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel	Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inland)[1]	Großhandelsverkaufspreise[1]	Einzelhandelspreise[2]	Bauleistungen an neuen Wohngebäuden[2]	die Lebenshaltung[3]
	Bundesgebiet[4]							Baden-Württemberg	
1988									
1. Quartal	– 0,4	+ 1,3	– 0,1	– 0,9	+ 0,5	– 0,4	+ 0,5	+ 2,0	+ 1,2
2. Quartal	+ 0,2	+ 2,2	– 2,1	– 0,4	+ 1,4	+ 0,7	+ 0,6	+ 2,1	+ 1,3
3. Quartal	+ 1,2	+ 2,8	+ 1,0	+ 2,0	+ 1,5	+ 1,4	+ 0,5	+ 2,3	+ 1,4
4. Quartal	+ 2,2	+ 3,4	+ 2,5	+ 3,1	+ 1,7	+ 2,7	+ 0,8	+ 2,7	+ 1,7
Jahr	+ 0,8	+ 2,4	+ 0,7	+ 1,0	+ 1,3	+ 1,1	+ 0,6	+ 2,2	+ 1,4
1989									
Januar	+ 5,9	+ 4,0	+ 3,5	+ 4,4	+ 2,9	+ 5,1	+ 1,5	.	+ 2,6
Februar	+ 5,9	+ 4,2	+ 5,3	+ 4,7	+ 3,1	+ 5,4	+ 1,6	+ 3,4	+ 2,8
März	+ 7,2	+ 4,2	+ 6,2	+ 5,1	+ 3,4	+ 5,8	+ 1,9	.	+ 2,8
1. Quartal	+ 6,3	+ 4,1	+ 5,0	+ 4,7	+ 3,1	+ 5,5	+ 1,6	+ 3,4	+ 2,7
April	+ 7,3	+ 3,8	+ 7,1	+ 5,7	+ 3,5	+ 6,5	+ 2,0	.	+ 3,0

1) Ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 2) Einschließlich Umsatz-(Mehrwert-)steuer. - 3) Aller privaten Haushalte. – Mai: + 3,1. - 4) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Die insgesamt anziehende Preisentwicklung war bundesweit bei allen vorgelagerten Handelsstufen zu beobachten (Tabelle 11). So erhöhten sich die Einfuhrpreise unter anderem auch aufgrund eines sich stabilisierenden Dollarwertes im 4. Quartal 1988 um 2,2 % und im 1. Quartal 1989 bereits um 6,3 % gegenüber den entsprechenden Vorjahreswerten. Diese Entwicklung wirkte sich zudem auf die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte aus. Nachdem dieser Preisindex im 1. Quartal 1988 im Vergleich zum 1. Quartal 1987 noch nahezu konstant war (+ 0,5 %), stieg er im 4. Quartal um 1,7 % an und erreichte im 1. Quartal 1989 eine Steigerungsrate von 3,1 %. Die Einflüsse der steigenden Preise bei Einfuhrwaren und gewerblichen Produkten sowie die ebenfalls im Laufe des Jahres 1988 anziehenden landwirtschaftlichen Erzeugerpreise bewirkten, daß die Großhandelspreise ebenfalls anstiegen. Konnte hier im 1. Quartal 1988 noch ein leichter Preisrückgang (– 0,4 %) verzeichnet werden, so wurde im 4. Quartal eine Preissteigerungsrate von 2,7 % und im 1. Quartal 1989 sogar von 5,5 % erreicht. Zeitlich verzögert und etwas abgeschwächt entwickelte sich daraus auch eine Anhebung des Preisniveaus beim Einzelhandel (4. Quartal 1988: + 0,8 %; 1. Quartal 1989: + 1,6 %).

Nach Ansicht der fünf führenden Wirtschaftsforschungsinstitute ist aufgrund der zurückhaltenden Entwicklung der Realeinkommen in der Bundesrepublik im Verlauf des Jahres 1989 mit einer weiteren Abflachung beim Zuwachs des privaten Verbrauchs zu rechnen (+ 2,0 %,

Tabelle 3). Da die Nominallohnentwicklung zu einem erheblichen Teil in mehrjährigen Tarifverträgen festgelegt ist, wird der zu erwartende Preisanstieg weiterhin einen nennenswerten Teil des Einkommenszuwachses der privaten Haushalte aufzehren. Aufgrund der steigenden Beschäftigung wird demgegenüber ein höheres Ausgabenvolumen zur Verfügung stehen.

Öffentliche Finanzen

Der Haushalt des Landes hat 1988 bei einem Ausgabenvolumen von 43,046 Mrd. DM mit einem minimalen Fehlbetrag von 11,9 Mill. DM abgeschlossen.

Die Ist-Steuereinnahmen des Landes lagen 1988 mit 28,524 Mrd. DM um 4,1 % höher als im Vorjahr. Dabei war die Entwicklung, wie bei der anhaltenden wirtschaftlichen Erholung zu erwarten war, bei allen Steuern außer bei der Körperschaftsteuer günstig. So wurden Einnahmesteigerungen bei der Lohnsteuer (+ 3,0 %), bei der veranlagten Einkommensteuer (+ 1,5 %), bei den Steuern vom Umsatz (+ 8,0 %), bei der Gewerbesteuerumlage (+ 2,2 %) und bei den reinen Landessteuern (+ 2,7 %) erzielt. Rückläufig war demgegenüber lediglich die Körperschaftsteuer (- 2,5 %).

An Schuldenaufnahmen am Kreditmarkt wurden 1988 6,561 Mrd. DM gebucht, das sind 1,409 Mrd. DM mehr als 1987. Abzüglich der Tilgungsausgaben für Kreditmarktschulden in Höhe von 3,959 Mrd. DM ergibt sich für den Landeshaushalt eine Nettokreditaufnahme für 1988 von 2,6 Mrd. DM (1987: 1,35 Mrd. DM). Übrige Einnahmen wurden in Höhe von 7,949 Mrd. DM gebucht.

Entsprechend lagen die Gesamteinnahmen des Landes für das Jahr 1988 mit 43,035 Mrd. DM um 6,3 % über dem Vorjahresniveau, während sich die Gesamtausgaben auf 43,046 Mrd. DM beliefen und damit um 4,6 % über dem Vorjahreswert lagen. Die Steuereinnahmen deckten dabei 66,3 % der Gesamtausgaben, gegenüber 66,6 % im Vorjahr. Bei den Ausgaben stiegen sowohl die Personalausgaben (+ 3,5 %) als auch die Sachausgaben (+ 5,3 %).

Der Doppelhaushalt 1989/90 wurde auf 44,312 Mrd. DM für das Jahr 1989 und 44,972 Mrd. DM für das Jahr 1990 festgestellt.

Die Einnahmen des Landes werden 1989 voraussichtlich zu 68,2 % aus Steuern und steuerähnlichen Abgaben, zu 27,4 % aus übrigen Einnahmen und zu 4,4 % aus Verwaltungseinnahmen gedeckt. An Personalkosten werden 1989 voraussichtlich rund 16,059 Mrd. DM (36,2 % der Gesamtausgaben) anfallen. Mit 5,9 Mrd. DM werden 13,3 % der Landesausgaben für Investitionen und Investitionsförderung ausgegeben.

Schwerpunkte dieses Landeshaushalts sind der Umweltschutz, die Wissenschaft, die Forschung und der Wissenschaftstransfer, die Stadterneuerung und Dorfentwicklung, der ländliche Raum, die Kunst und Kultur, aber auch die beschleunigte Ausrüstung der Landesverwaltung mit modernen Büro- und Kommunikationstechniken.

Bei den Gemeindefinanzen waren 1988 steigende Einnahmen und steigende Ausgaben kennzeichnend. So stiegen 1988 die Nettoeinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände aus Steuern gegenüber 1987 um 221,1 Mill. DM oder 2,0 % auf 11,264 Mrd. DM an. Bei den bereinigten Einnahmen der Gemeinden war im angegebenen Zeitraum ein Anstieg um 3,2 % auf 28,8 Mrd. DM zu verzeichnen. Die Investitionsausgaben der Gemeinden stiegen 1988 ebenfalls an. So gaben die Gemeinden für Baumaßnahmen 6,3 % mehr aus. Sie investierten 1988 rund 5,766 Mrd. DM in Baumaßnahmen gegenüber 5,424 Mrd. DM im Jahr 1987. Der Anteil der Baumaßnahmen an den Ausgaben betrug damit 19,9 %, gegenüber 19,4 % im Vorjahr. Die bereinigten Ausgaben lagen mit 29,0 Mrd. DM um 3,9 % über dem Vorjahreswert.

Trotz der gegenwärtig guten Konjunktur müssen die Gebietskörperschaften mit Risiken auf der Einnahme- wie der Ausgabenseite rechnen.

Teil II

Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen

1. Baden-Württemberg und die EG

1.1 Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland im Überblick

Wirtschaftspolitische Rahmenbedingungen

Die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft wurde im Jahr 1957 gegründet. Der wirtschaftliche Zusammenschluß der sechs Gründerstaaten (Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Belgien, Niederlande, Luxemburg) und die Schaffung eines Gemeinsamen Marktes sollten die Grundlagen einer zukünftigen Europäischen Union bilden. Es waren nicht zuletzt die wirtschaftlichen Erfolge der EG, die zunächst zu den Beitritten von Großbritannien, Irland und Dänemark führten (1973). In den darauffolgenden Jahren sind die Länder Griechenland (1981) sowie Spanien und Portugal (1986) dazugestoßen. Die zwölf Staaten der EG zählen heute mehr als 320 Millionen Menschen und sind - zusammen betrachtet - der mit weitem Abstand größte Welthandelspartner (Tabelle 1).

Trotz mancher Rückschläge (z.B. die Währungskrisen in den 70er Jahren) wurden hinsichtlich der Schaffung des Gemeinsamen Marktes zahlreiche Hindernisse beseitigt. Die wirtschaftliche Verflechtung und damit auch die gegenseitige Abhängigkeit der Mitgliedstaaten haben in den zurückliegenden Jahren beträchtlich zugenommen. Dies führte letztlich auch zu einer intensiveren wirtschafts- und währungspolitischen Koordination und im Jahr 1979 zur Gründung des Europäischen Währungssystems, an dem jedoch bislang erst neun Länder der Gemeinschaft teilnehmen.[1] Im Europäischen Währungssystem (EWS) konnten drastische Wechselkursanpassungen vermieden werden. Nicht zuletzt der Erfolg dieser engen währungspolitischen Zusammenarbeit schuf die Voraussetzung für einen stetig wachsenden Warenaustausch zwischen den Staaten der Gemeinschaft. Der EWS-Wechselkürsmechanismus führte letztlich auch zu einer stärkeren Konvergenz der nationalen Wirtschaftspolitiken, die sich in einer Angleichung der Inflationsraten auf relativ niedrigem Niveau niederschlug. Auch dieser Aspekt trug - neben der relativen Stabilität der Währungsparitäten - dazu bei, daß größere strukturelle Brüche wie etwa im Handel mit den USA, besonders in den achtziger Jahren im Bereich der innergemeinschaftlichen Handelsbeziehungen ausblieben.

Bereits im Gründungsvertrag der EWG wurden die "vier EG-Freiheiten" festgeschrieben: die Freiheit des Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten. In den nunmehr 31 Jahren des Bestehens der Gemeinschaft konnte jedoch bisher keine der genannten Freiheiten vollkommen verwirklicht werden. Die größten Fortschritte wurden im Waren- und Personenverkehr erzielt. Erhebliche Einschränkungen bestehen nach wie vor im Dienstleistungs- und im Kapitalverkehr. Die Regierungen der Mitgliedstaaten haben sich jedoch in der Einheitlichen Europäischen Akte (1987)

---

1 Die Länder Griechenland, Großbritannien und Portugal nehmen am EWS-Wechselkursmechanismus noch nicht teil. Italien und Spanien (Beitritt am 19.06.1989) genießen eine Sonderstellung im EWS, da die Wechselkurse ihrer Währungen eine größere zulässige Schwankungsbreite besitzen.

Tabelle 1

Ausgewählte Eckdaten Baden-Württembergs, des Bundesgebiets und der EG-Länder 1987

Land	Fläche	Wohnbevölkerung [1]			Einwohner je qkm	Bruttoinlandsprodukt		
		insgesamt	Anteil an der EG	Zunahme 1960 - 1987		insgesamt		
	1000 qkm	Mill.	%		Anzahl	Mrd. KKS [5]	Anteil an der EG in %	1980=100
Bundesrepublik Deutschland	249	61,3	18,9	9,9	246	614	21,5	111
Baden-Württemberg	36	9,4	2,9	22,5	260	99 [6]	3,5	114
Belgien	31	9,9	3,0	8,0	324	88	3,1	108
Dänemark	43	5,1	1,6	11,7	119	52	1,8	116
Frankreich	547	55,8	17,2	21,5	102	537	18,8	112
Griechenland	132	10,0	3,1	19,5	76	48	1,7	108
Großbritannien	244	57,0	17,6	8,4	234	529	18,5	117
Irland	70	3,5	1,1	25,4	50	20	0,7	116
Italien	301	57,4	17,7	13,9	191	529	18,5	115
Luxemburg	3	0,4	0,1	18,1	144	4	0,1	124
Niederlande	41	14,7	4,5	27,3	360	136	4,7	109
Portugal	92	10,3	3,2	15,5	112	46	1,6	115
Spanien	505	38,9	12,0	27,2	77	254	8,9	117
EG	2 258	324,3	100	15,4	144	2 858	100	113

1) Jeweils Jahresende. — 2) In Preisen und Kaufkraftparitäten von 1980. — 3) 1986. — 4) Harmonisierte Schätzung von EUROSTAT, Stand durch Berücksichtigung der Wechselkurse, sondern auch durch Berücksichtigung der Kaufkraftverhältnisse international vergleichbar zu machen.

darauf geeinigt, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um bis zum 31.12.1992 das Endziel der wirtschaftlichen Integration innerhalb der EG, den gemeinsamen Binnenmarkt, zu verwirklichen. Mit dem Weißbuch der EG-Kommission aus dem Jahr 1985 wurde den Regierungen ein präziser Fahrplan zur Vollendung des Binnenmarktes vorgelegt. Dieser Fahrplan umfaßt rund 300 Einzelmaßnahmen zur Beseitigung der noch existierenden materiellen, technischen und steuerlichen Schranken sowie genaue zeitliche Vorgaben. In Verbindung mit der Beseitigung der Schranken sollen auch sämtliche Kontrollen an den innergemeinschaftlichen Grenzen abgebaut werden. Der Cecchini-Bericht unternimmt den Versuch, die durch diese Maßnahmen eingesparten Kosten und die durch die Liberalisierung ausgelösten Wachstumsimpulse für die Europäische Gemeinschaft quantitativ zu ermitteln[2]. Dabei ist nicht auszuschließen, daß sich durch die Anpassung an die neuen Produktionsbedingungen und Standorte nicht nur Wohlstandsgewinne, sondern für einzelne Betriebe und Regionen auch Wohlstandsverluste ergeben können[3], ohne daß die Bedingungen und Ergebnisse dieses strukturellen Anpassungsprozesses bereits jetzt abzusehen wären. Ein neuer statistischer Informationsbedarf im gemeinsamen Binnenmarkt ist unverkennbar[4].

2 P. Cecchini: Europa '92. Der Vorteil des Binnenmarktes. Baden-Baden 1988

3 Ch. Watrin: Auf dem falschen Weg. Wirtschaftswoche, Nr. 22, 26.5.1989.

4 Es zeichnet sich bereits jetzt ab, daß hier veränderte Anforderungen auf die amtliche Statistik zukommen werden. Für den Bereich der Wirtschaft bieten die bereits seither nach internationalen methodischen Standards aufgestellten "Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen" eine gute

zu Marktpreisen[2]			Erwerbstätige[3]				Erwerbs-quote[3]	Arbeitslosen-quote[4]
je Einwohner			insgesamt	Land- und Forstwirtschaft	Produzierendes Gewerbe	Dienst-leistungen		
KKS[5]	EG=100	1980 = 100	Mill.	%				
10 039	114	111	26,9	4,6	41,1	54,3	48	6,6
10 510	119	112	4,3	4,7	45,4	50,0	49	3,7
8 893	101	107	3,7	2,8	28,6	68,6	43	11,6
10 054	114	116	2,7	6,1	26,5	67,4	57	5,9
9 652	109	109	21,5	7,1	30,5	62,3	43	10,7
4 801	54	104	3,8	27,2	26,8	46,0	41	7,4
9 319	105	116	24,6	2,5	30,7	66,8	49	10,9
5 685	64	111	1,1	15,6	28,0	56,4	37	19,4
9 228	104	114	21,2	10,6	32,1	57,3	42	10,6
11 083	125	121	0,2	3,9	32,8	63,2	43	3,1
9 251	105	105	5,2	4,7	26,3	69,0	40	10,0
4 742	54	110	4,1	21,5	33,5	45,0	44	7,1
6 548	74	112	11,2	15,6	31,0	53,4	37	21,2
8 843	100	111	125,1	8,1	32,5	59,4	44	10,7

April 1987. — 5) Der Kaufkraftstandard ist eine rein rechnerische Währungseinheit. Sie dient dazu, gesamtwirtschaftliche Größen nicht nur Im Jahr 1987 galt die Parität 1 KKS = 1,98 DM. — 6) Schätzung des Statistischen Landesamts.

Hohe Weltmarktorientierung von Bund und Land

Um trotz aller Schwierigkeiten der regionalen Abgrenzung und unterschiedlichen Wechselkurse eine Vorstellung über die Größenordnung des durch den Wirtschaftszusammenschluß intensivierten Außenhandels zu erhalten, hat das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaft (SAEG) in seinem neuesten Außenhandels-Jahrbuch die Export- und Importreihen von 1958 an auf das Europa der 12 Mitgliedstaaten (EG 12) umgestellt und die Wertangaben mit Hilfe jeweiliger Umrechnungskurse in ECU umgerechnet[5]. Damit wird für einen Zeitraum von 30 Jahren ein Ländervergleich der Ex- und Importe ermöglicht, - gegliedert nach Produktgruppen (dies allerdings erst ab 1975) und jeweils unterschieden nach Intra-Handel - also dem Austausch der 12 Mitgliedsländer untereinander - und Extra-Handel

Noch: Fußnote 4

Ausgangsbasis. Bei den sozialpolitikrelevanten Daten sind die Schwierigkeiten u.a. angesichts der Organisation und der statistischen Erfassung in den einzelnen Mitgliedstaaten eher größer. Zu den Problemen, die zu bedenken und statistisch zu lösen sind, vergl. auch Max Wingen: "Die statistischen Instrumente und der neue Informationsbedarf im Sozialbereich", Beitrag auf dem EUROSTAT-Seminar über das Europäische System der statistischen Information nach 1992 am 6./8.4.1989 in Brüssel (Veröffentlichung durch das SAEG in Vorbereitung).

5 eurostat: Außenhandel. Statistisches Jahrbuch 1988. Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaft. Luxemburg.

Tabelle 2

Exportkennziffern der EG-Gründungsstaaten im langfristigen Vergleich

Jahr	EG 12	Belgien/ Luxemburg	Deutschland	Frankreich	Italien	Niederlande
a) Anstieg der Ausfuhr auf das ..... fache seit 1958						
Ausfuhr insgesamt						
1958	1	1	1	1	1	1
1970	3	4	4	3	5	4
1980	14	15	16	16	22	17
1987	24	23	29	24	39	26
Extra-Handel						
1958	1	1	1	1	1	1
1970	2	2	3	2	4	2
1980	10	9	12	10	16	10
1987	16	13	22	14	26	15
Intra-Handel						
1958	1	1	1	1	1	1
1970	5	5	5	7	8	5
1980	21	20	21	28	33	21
1987	38	32	40	47	63	34
b) Anteil an der Ausfuhr[1] insgesamt in %						
Extra-Handel						
1958	62,7	44,6	62,1	69,1	65,5	41,7
1987	40,9	25,2	47,3	39,6	43,8	24,0
Intra-Handel						
1958	37,2	55,4	37,9	30,9	34,5	58,3
1987	58,7	74,8	52,7	60,4	56,2	76,0

Nachrichtlich Baden-Württemberg 1987: Extra-Handel 56,3
Intra-Handel 43,7

1) Gesamtausfuhr des jeweiligen Landes bzw. der EG 12.

Quelle: eurostat

- also dem Handel mit Ländern außerhalb der EG 12. Gewisse regionale Unschärfen besonders in den Anfangsjahren sind dabei in Kauf zu nehmen. Der Langfristvergleich ab 1958 wird deshalb nachfolgend nur für die 6 Gründerstaaten durchgeführt - wobei Belgien und Luxemburg zusammengefaßt dargestellt sind -, die Betrachtung für alle 12 EG-Staaten beginnt mit 1970. Dies ist auch ein geeigneter Zeitpunkt für den Einbau Baden-Württembergs in dieses Datensystem.

Mit Ausnahme der Niederlande und Belgien/Luxemburg, deren Exporte bereits 1958 jeweils zu 55 % bzw. 60 % auf den Markt der späteren 12 Mitgliedsstaaten ausgerichtet waren, wiesen im Gründungsjahr der Europäischen Gemeinschaft Frankreich, Italien und die Bundesrepublik eine eindeutige Orientierung an externen Märkten aus - in diese wurden jeweils etwas mehr oder weniger als zwei Drittel aller Ausfuhren verkauft, in die Märkte der EG 12 gingen entsprechend nur jeweils etwa ein Drittel (Tabelle 2). Der wirtschaftliche Zusammenschluß hat in seinem Gefolge zu einer starken Umlenkung der Handelsströme geführt. Dies gilt in erster Linie für Frankreich, das inzwischen im Intra-Handel einen Anteil von 60 % aufweist, sodann aber auch für Italien (56 %). Die Niederlande und Belgien/Luxemburg intensivierten ihren europäischen Handelsschwerpunkt noch weiter (jeweils 75 %). Diese Umorientierung war im wesentlichen bis 1970 vollzogen; in den Jahren danach hat besonders Italien seine europäische Position nochmals deutlich verstärkt.

Im Gegensatz dazu war zwar auch für die Bundesrepublik eine Stärkung des europäischen Binnenhandels (EG 12) zu verzeichnen, jedoch sehr viel schwächer als in den Partnerstaaten. Vom Gesamtexport wurde 1987 gut die Hälfte in die Märkte von EG 12 geliefert, damit ist die europäische "Binnenmarktorientierung" der Bundesrepublik deutlich geringer als die der anderen Gründungsstaaten und wurde bzw. wird - so ist es für Großbritannien abzusehen - von den seither hinzugekommenen Ländern überholt. Zusammen - im übrigen mit Dänemark - weist die Bundesrepublik umgekehrt gesehen eine starke Präsenz im Extra-Handel aus. Dieser wurde auch nach dem europäischen Zusammenschluß weit weniger zurückgenommen als von allen anderen Ländern. Die Bundesrepublik weist in dieser Hinsicht eine Sonderstellung unter den EG-Staaten auf, wobei dieser weltweite Exportschwerpunkt im Land Baden-Württemberg nochmals stärker ausgeprägt ist. Ging 1987 knapp die Hälfte aller Exporte des Bundesgebietes in Märkte außerhalb der EG, so waren es in Baden-Württemberg mit 56 % nochmals erheblich mehr. Dabei zeigen die relativ gesehen starken Anteilsschwankungen im Zeitablauf die durch vielfältige Ursachen (Wechselkurs- und Rohstoffpreisentwicklungen, politische Ereignisse usw.) hervorgerufene sehr viel wechselhaftere

Entwicklung des Extra-Handels zu der im Vergleich dazu kontinuierlicheren Entwicklung des EG 12-Handels auf.

Durch die relativ stärkere Ausrichtung des bundesdeutschen und baden-württembergischen Außenhandels auf den Weltmarkt haben die anderen Staaten der Europäischen Gemeinschaft einen größeren Aktionsraum im Intra-Handel. Gleichzeitig profitieren sie damit von dem Vorteil eines im Vergleichsmaßstab kontinuierlicheren Entwicklungsverlaufs, während die Bundesrepublik und hierin insbesondere Baden-Württemberg stärker mit weltweiten Handelsschwankungen konfrontiert sind. Beide Aspekte dieser Strukturbesonderheit des bundesdeutschen und baden-württembergischen Exports sind positiv zu werten, sowohl im Hinblick auf die sich daraus ergebenden Aktionsspielräume für die anderen Staaten im Rahmen der Gemeinschaft, wie auch auf die damit erforderliche permanente Flexibilität der eigenen Wirtschaftsstruktur. Gleichwohl sind für die heimische Wirtschaft weitere Anstrengungen notwendig, um dem intensiveren Wettbewerb entgegentreten und an der erwarteten Dynamik des Binnenmarktes teilhaben zu können.

Hoher Anstieg des Intra-Handels

Der europäische Zusammenschluß hat zu einem enormen Anstieg der Austauschbeziehungen geführt. So stieg der Ausfuhrwert der 12 Mitgliedstaaten in den 30 Jahren des Bestehens bis 1987 auf das 38-fache, - preisbereinigt ermittelte das SAEG einen Anstieg auf das 9-fache. Demgegenüber hat sich der Ausfuhrwert von EG 12 im Extra-Handel auf das 16-fache erhöht, was preisbereinigt einem Anstieg auf das 3,5-fache entspricht[6]. Die Austauschbeziehungen der Mitgliedländer untereinander stiegen somit in realer Rechnung doppelt so stark wie diejenigen mit anderen Staaten.

Am Intra-Handel hat die Bundesrepublik mit einem Anstiegsfaktor von 40 durchschnittlich teilgenommen, eine weit überdurchschnittliche Aktivität weist Italien mit einem Faktor von 63 aus (Tabelle 2). Die ausgewogene Teilnahme der Bundesrepublik am stark steigenden Intra-Handel zusammen mit einer besonders starken Beteiligung an einem ebenfalls, wenngleich schwächer steigenden Extra-Handel - dieser nahm im Bund auf das 22-fache zu, im EG-Durchschnitt auf das 16-fache - ist ausschlaggebend für den überdurchschnittlichen Anstieg des Gesamtexports (Anstiegsfaktor 29 gegenüber 24 für EG 12). Noch ausgeprägter zeigt sich dies bei Italien[7]. So führt auch bei starker Partizipation am Intra-Handel letztlich erst die intensive Beteiligung auch am Welthandel zu überdurchschnittlichen Exporterfolgen. Daß eine hohe Präsenz allein auf dem Markt der 12 Mitgliedstaaten dies nicht herbeiführen kann, zeigt das Beispiel von Frankreich.

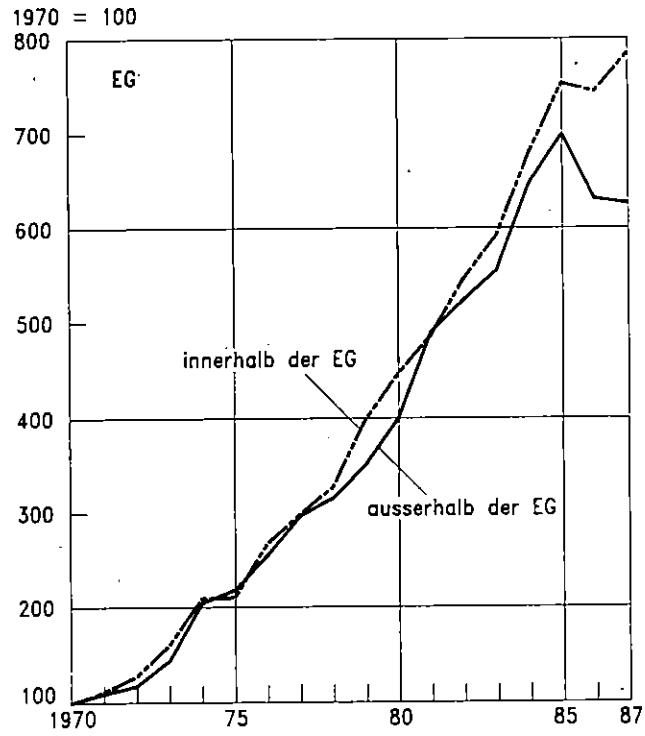
Überblickt man die 70er Jahre, in denen Großbritannien, Irland und Dänemark dem Gemeinsamen Markt beitraten, sowie die 80er Jahre, in denen Griechenland sowie Spanien und Portugal hinzutraten, so zeigt sich für Großbritannien als dem unter diesen Ländern größten Beitrittspartner die bereits bekannte Umorientierung der Handelsströme: Ging 1973 erst gut ein Drittel aller exportierten Produkte in den EG-Markt, so sind es 1987 bereits fast die Hälfte. Diese Tendenzen - wenngleich auf sehr viel niedrigerem Niveau - sind auch für Griechenland, Portugal und Spanien festzustellen, während Irland bereits von Beginn an auf Europa ausgerichtet ist. So zeigen denn auch diese weniger entwickelten Länder im Beobachtungszeitraum eine sehr starke Exportdynamik. Die Zunahmeraten sind weit überdurchschnittlich, entsprechend sind ihre Exportanteile am EG-Gesamtexport - wenn-

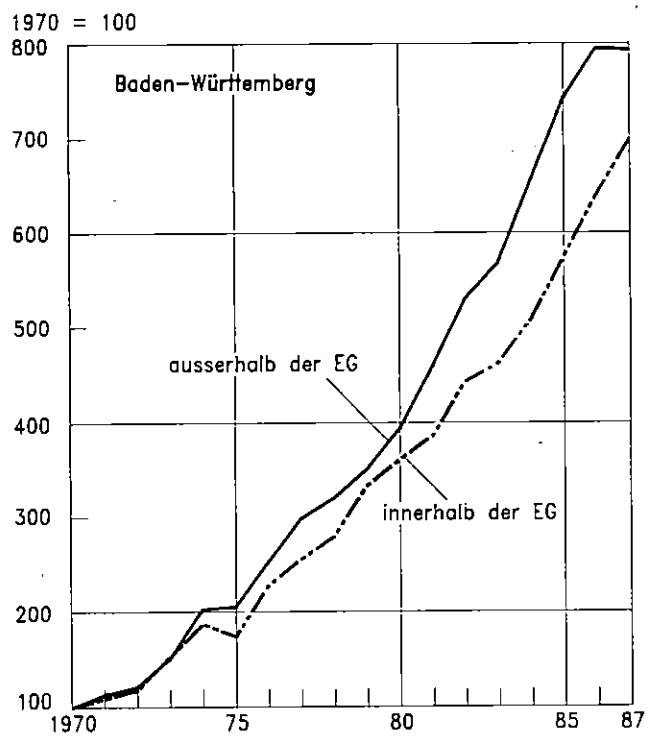
6 eurostat: Ebenda, S. 34.

7 Wobei hier angemerkt sei, daß Italien unter den Gründungsstaaten dasjenige Land ist, dessen Ausfuhr auf allen Märkten in den vergangenen 30 Jahren durchgehend am stärksten zugenommen hat.

Schaubild 1

Entwicklung der Ausfuhr der EG und Baden-Württembergs innerhalb und ausserhalb der EG 1970 bis 1987





Quelle: eurostat.
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

255 89

gleich auf sehr niedrigem Niveau - gestiegen, wobei allerdings Griechenland zurückbleibt. Hierbei bleibt allerdings offen, inwieweit diese Entwicklung von der heimischen Wirtschaft dieser Länder getragen wird, oder aber von dort gegründeten Betrieben ausländischer Unternehmen.

Die meisten großen und entsprechend exportintensiveren Länder haben in dieser Zeit Anteile verloren. Der Bund und Baden-Württemberg durchbrechen allerdings diesen Trend; trotz ihres bereits hohen Exportniveaus erreichen sie - wie auch Italien - eine weitere Anteilssteigerung, - wobei diese in den 80er Jahren besonders ausgeprägt ist. Ursächlich hierfür ist das stärkere Engagement beider Regionen im Handel mit den Ländern außerhalb der EG 12. Im Zeitraum 1970 bis 1987 erhöhte sich der Intra-Handel der Bundesrepublik wie im EG-Durchschnitt auf das 8-fache, in Baden-Württemberg blieb er mit dem Anstiegsfaktor 7 dahinter zurück. Der Extra-Handel aber entwickelte sich überdurchschnittlich: Er stieg in der Bundesrepublik auf das 7-fache - gegenüber dem 6-fachen in der EG 12 - und in Baden-Württemberg sogar auf das 8-fache (Schaubild 1).

EG-Export an Investitionsgütern: Bund und Land sind dominant

Baden-Württemberg ist zweifellos eine der wirtschaftsstärksten Regionen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft. Mit einem Anteil von 3,5 % am Bruttoinlandsprodukt der Gemeinschaft - als dem zentralen Indikator für die wirtschaftliche Leistungskraft - hat es ein höheres Gewicht als Nationen wie Belgien (3,1 %) und Dänemark (1,9 %). Wird die erwirtschaftete Wertschöpfung pro Einwohner berechnet, so ergibt sich ein Anhaltspunkt für den erreichten Wohlstand der Bevölkerung. Danach schieben sich andere, und zwar keineswegs die großen Nationen in den Vordergrund (Tabelle 1). Aber auch hier nimmt Baden-Württemberg einen herausragenden Platz ein: Mit einem Wert, der um 20 % über dem EG-Durchschnitt liegt, liegt es hinter Luxemburg an zweiter Stelle und vor Dänemark und dem Bundesgebiet.

Tabelle 3

Ausfuhr Baden-Württembergs, des Bundesgebiets und der EG-Länder

Jahr	EG 12	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Belgien/Luxemburg	Dänemark	Frankreich	Griechenland	Großbritannien	Irland	Italien	Niederlande	Portugal	Spanien
						Ausfuhr insgesamt Mill. ECU							
1970	116 157	6 177	34 189	11 609	3 290	17 739	643	19 258	1 120	13 206	11 767	950	2 387
1975	249 184	11 778	72 666	23 193	7 024	41 981	1 855	35 288	2 585	28 246	28 593	1 566	6 186
1980	497 137	23 376	138 787	46 459	12 195	80 151	3 796	82 060	6 101	56 116	53 184	3 330	14 958
1987	829 911	46 281	254 792	71 952	22 688	123 803	5 653	112 835	13 828	100 654	84 225	7 953	31 527
						1970 = 100							
1975	215	191	213	200	213	237	288	183	231	214	243	165	259
1980	428	378	406	400	371	452	590	426	545	425	452	351	627
1987	714	749	745	620	690	698	879	586	1 235	762	716	837	1 321
						Anteile in %							
1970	100	5,3	29,4	10,0	2,8	15,3	0,6	16,6	1,0	11,4	10,1	0,8	2,1
1975	100	4,7	29,2	9,3	2,8	16,8	0,7	14,2	1,0	11,3	11,5	0,6	2,5
1980	100	4,7	27,9	9,3	2,5	16,1	0,8	16,5	1,2	11,3	10,7	0,7	3,0
1987	100	5,6	30,7	8,7	2,7	14,9	0,7	13,6	1,7	12,1	10,1	1,0	3,8
						SITC 7 [1] Anteile in %							
1975	100	8,2	38,2	6,1	2,3	17,2	0,1	16,6	0,3	11,1	6,1	0,2	1,8
1980	100	8,9	39,0	6,3	1,9	17,0	0,1	15,8	0,7	11,7	4,8	0,3	2,5
1987	100	9,8	42,2	6,6	1,9	15,0	0,1	11,8	1,5	12,0	5,1	0,5	3,3

1) Maschinenbauerzeugnisse, Fahrzeuge, elektrotechn. Erzeugnisse (einschl. Büromaschinen und ADV - Geräte.)

Quelle: eurostat

Im europäischen Verbund ist die Exportstärke des Bundes und Baden-Württembergs mit Abstand herausragend. Fast 31 % des gesamten Exports, der von allen EG-Ländern getätigt wird, kommen aus der Bundesrepublik, das ist doppelt so viel wie aus Frankreich als dem nächst größeren Partner (Tabelle 3), - oder nochmals anders formuliert: Die Bundesrepublik exportierte 1987 soviel Waren wie Frankreich, Großbritannien und Irland zusammen. Mit einem Anteil von 5,6 % am gesamten EG-Export hat Baden-Württemberg ein höheres Gewicht als Länder wie Dänemark (2,7 %) und Spanien (3,8 %).

Die drei großen EG-Länder Frankreich, Großbritannien und Italien erreichen mit Ausfuhranteilen zwischen 12 % und 15 % eine in etwa gleiche Größenordnung, - im Vergleich zum Bevölkerungsanteil von jeweils etwa 17 % kommt bei der entsprechenden Relation von "30 % Ausfuhr/ 19 % Bevölkerung" für die Bundesrepublik bzw. "5,6 %/2,9 %" für Baden-Württemberg nochmals die Exportstärke dieser Regionen zum Ausdruck. Dies gilt allerdings auch für kleinere Länder wie die Niederlande und Belgien/Luxemburg. Hier weisen die Relation "10 % Ausfuhr/4,5 % Bevölkerung" für die Niederlande sowie 8,7 %/3,1 % für Belgien/Luxemburg auf die außerordentliche Exportintensität ihrer Wirtschaftsstruktur hin. Umgekehrt bringt die Relation "3,8 % Ausfuhr/12,0 % Bevölkerung" für Spanien das Entwicklungspotential dieses Landes in einem gemeinsamen Markt zum Ausdruck.

Besonders aufschlußreich ist eine Betrachtung nach exportierten Produkten, wobei eine detaillierte Darstellung umfangreiche Sonderaufbereitungen des Datenmaterials des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaft erforderlich machen würde, so daß hier zunächst auf die zusammengefaßte Warengruppe SITC 7 (Abgrenzung des Internationalen Warenverzeichnisses für den Außenhandel) abgestellt wird (Tabelle 3). Mit Maschinenbauerzeugnissen, elektrotechnischen Erzeugnissen, Fahrzeugen sowie Büromaschinen und DV-Maschinen umfaßt sie den Kernbereich an Investitionsgütern. Bei dieser Produktgruppe wird das Exportgewicht - und auch die Exportdynamik - des Bundesgebietes und insbesondere auch Baden-Württembergs nochmals stärker: Über 40 % aller EG-Exporte an diesen Investitionsgütern kommen aus der Bundesrepublik, - fast 10 % allein aus Baden-Württemberg (Tabelle 3). Damit exportierte das Land 1987 fast ebenso viel an Maschinen, Fahrzeugen sowie elektrotechnischen Erzeugnissen und DV-Geräten wie Großbritannien oder auch Italien, die einen Anteil von jeweils etwa 12 % aufweisen. Auch der Abstand des Bundesgebiets zu Frankreich als dem nächstgrößeren Partner hat sich bei dieser Produktgruppe nochmals vergrößert: Denn nur 15 % der EG-Exporte an den genannten Investitionsgütern kommen aus Frankreich. Mit großem Vorsprung dominiert somit die Bundesrepublik den Investitionsgüterexport der EG-Staaten.

Die Bundesrepublik ist nicht nur der größte Exporteur unter den EG-Staaten sondern auch der größte Importeur, wenngleich der Abstand zu den anderen Nationen hierbei nicht ganz so groß ist. 1987 hat der Bund mit 198 Mrd.ECU knapp 24 % aller EG-Importe aufgenommen, Frankreich und Großbritannien folgten mit jeweils 16 % und Italien mit 13 %. Im Rahmen des Intra-Handels entfielen etwas weniger, und zwar 22 % der Importe auf die Bundesrepublik, Frankreich war demgegenüber mit einem Anteil von 18 % besonders aufnahmebereit für europäische Produkte. Von den Importen des EG-Raumes aus allen anderen Ländern gingen 26 % in das Bundesgebiet und 19 % - und damit überdurchschnittlich viel - nach Großbritannien.

Teilnahme am Intra-Handel vergleichsweise geringer

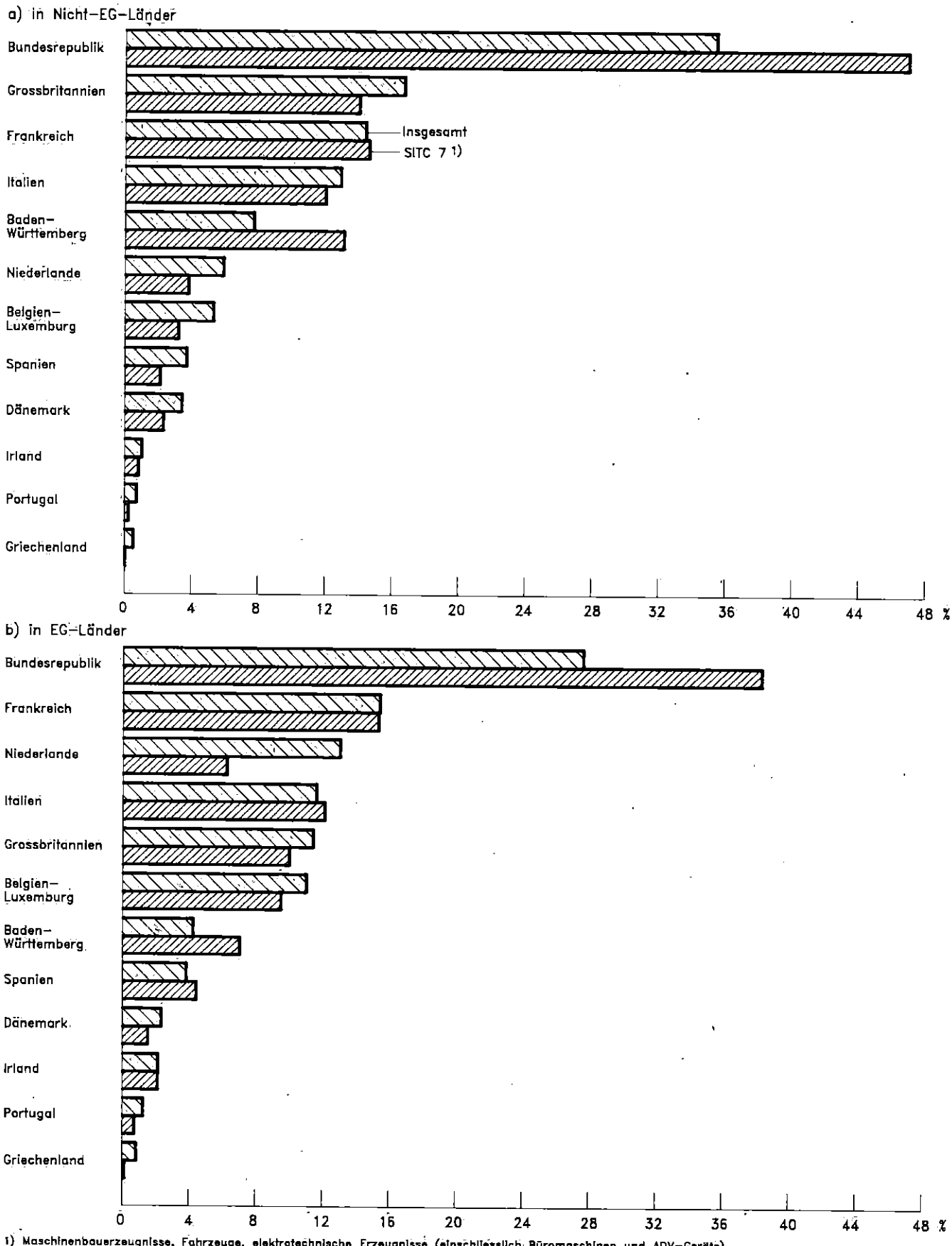
Wie bereits zuvor dargestellt, liegt der Absatzschwerpunkt sowohl des Bundes - im Vergleich zu den anderen EG-Staaten - wie des Landes auf Märkten außerhalb des EG-Raumes. So kamen 1987 35 % und damit mehr als ein Drittel des Exports der EG-Länder in diese Gebiete aus der Bundesrepublik; bei Maschinen, Fahrzeugen, elektrotechnischen Erzeugnissen und DV-Geräten war es mit 47 % sogar fast die Hälfte. Die entsprechenden Relationen für das Land betrugen 7,7 % und bei der Gruppe SITC 7 sogar gut 13 % (Schaubild 2). Dies bedeutet, daß Baden-Württemberg auf den Märkten außerhalb des EG-Raumes fast ebensoviel der genannten Investitionsgüter absetzt wie Frankreich (14,6 %) und wie Großbritannien (14 %) und daß es damit Italien überrundet hat (12 %).

Diese starke Präsenz auf den Märkten außerhalb der EG bedeutet umgekehrt - wie die im Vergleich zum Gesamtexport geringeren Anteile ausweisen - eine unterproportionale Teilnahme am Export innerhalb der EG. Seitens der Bundesrepublik ging 1987 mit 27,6 % ein gutes Viertel des EG-Gesamtexports in die Märkte der EG, bei der Warengruppe SITC 7 waren es knapp 40 %. Die entsprechenden Anteile für das Land lagen bei 4,2 % und 7,0 %. Auch mit diesen Anteilen sind beide Regionen im EG-Raum dominant, trotzdem ist zu konstatieren, daß sie als Konkurrenten ihrer Partnerländer auf dem "EG-Binnenmarkt" zurücktreten. Dadurch gewinnen Länder, die aufgrund ihrer Größe und ihres Entwicklungsstandes, ihrer Produktpalette und ihrer traditionellen Handelsausrichtung geringere Weltmarktchancen haben, die Möglichkeit zum Handelsaustausch auf EG-Ebene.

Dies gilt für traditionell auf den EG-Märkten stark vertretenen Ländern wie die Niederlande und Belgien/Luxemburg, besonders aber auch für Irland sowie für die neu hinzugekommenen Länder Spanien und Portugal. Diese konnten ihre zwar von niedrigem Niveau ausgehenden, aber doch sehr beachtlichen Exporterfolge in erster Linie in den EG-Ländern erzielen. Frankreich wie auch Italien treiben mit den Län-

Schaubild 2

Anteile Baden-Württembergs, des Bundesgebietes und der EG-Länder an der Ausfuhr der EG 1987



1) Maschinenbauerzeugnisse, Fahrzeuge, elektrotechnische Erzeugnisse (einschliesslich Büromaschinen und ADV-Geräte).
Quelle: eurostat.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

268 89

Tabelle 4

Ausfuhr Baden-Württembergs und des Bundesgebiets 1987 nach Handelspartnern

Handelspartner	Baden-Württemberg		Bundesgebiet	
	Ausfuhr 1987			
	Mill. DM	%	Mill. DM	%
Europa	65 410	68,2	395 425	75,0
davon				
EG-Länder [1]	41 985	43,7	277 916	52,7
EFTA-Länder [1]	18 887	19,7	88 351	16,8
Staatshandelsländer [2]	2 432	2,5	17 738	3,4
Übriges Europa	2 106	2,2	11 420	2,2
Afrika	2 628	2,7	13 964	2,6
Amerika	17 912	18,7	65 859	12,5
darunter				
Vereinigte Staaten	14 952	15,6	49 879	9,5
Asien	9 029	9,4	47 149	8,9
darunter				
Japan	2 521	2,6	10 545	2,0
Australien und Ozeanien	994	1,0	4 140	0,8
Ausfuhr insgesamt	95 973	100	527 377	100

1) Jeweiliger Gebietsstand. — 2) Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumanien, Bulgarien, Albanien.

dern in der EG sowie außerhalb der EG einen gleich intensiven Handel, woran die Produktgruppe von Maschinen, Fahrzeugen sowie elektrotechnischen Erzeugnissen und DV-Geräten jeweils proportional beteiligt ist. Eine wie die Bundesrepublik und das Land stärkere Weltmarktorientierung weisen von den EG-Staaten auch Großbritannien und Dänemark aus. Das Gewicht Griechenlands am EG-Export ist unbedeutend und weist - anders als bei Irland und Portugal - auch keinerlei Entwicklung auf.

Der Anteil der baden-württembergischen Warenausfuhr, der auf die Mitgliedstaaten der EG entfiel, ist wie dargestellt, seit jeher erheblich niedriger als im Bundesgebiet; die entsprechenden Werte lagen 1987 bei 43,7 % für das Land und 52,7 % für den Bund (Tabelle 4). Durch den zwischenzeitlich starken Anstieg des EG-Handels lagen sie 1988 bei 46,5 % bzw. 54,3 % (Anhangtabelle) [8]. Dennoch kann man keine vergleichsweise geringere Bedeutung der EG-Länder als Abnehmer heimischer Waren konstatieren. So ergeben die baden-württembergischen Ausfuhrwerte in die EG im Verhältnis zur Bevölkerungszahl mit DM 5 000 dasselbe Niveau des entsprechenden Pro-Kopf-Exports wie im Bundesgebiet. Ursächlich ist die schon zuvor dargestellte höhere Exportintensität des Landes. Der relativ "geringe" Anteil der EG-Staaten erklärt sich aus den außerordentlich intensiven Exportbeziehungen Baden-Württembergs mit den USA und den Ländern der EFTA. Im Bereich der EFTA (Anteil an der Gesamtausfuhr 1987: 19,7 %, Bund: 16,8 %) sind hierfür die geographische Nähe und die traditionell enge wirtschaftliche Verflechtung mit der Schweiz und mit Österreich ausschlaggebend. Die im Vergleich zum Bundesgebiet überdurchschnittlichen Exporterfolge Baden-Württembergs auf den Absatzmärkten in den USA (Anteil 1987: 15,6 %; Bund 9,5 %) stehen in enger Beziehung zur heimischen Warenstruktur der Ausfuhren: Entfielen doch 1987 allein 36 % der Kraftfahrzeugexporte des Landes auf das Abnehmerland USA.

Beschäftigungseffekte direkter und indirekter Exporte

Die Exportabhängigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft manifestiert sich nur zum Teil in den direkten Warenlieferungen ins Ausland. Daneben wird eine Vielzahl von Vorprodukten hergestellt - und zwar sowohl innerhalb wie auch außerhalb Baden-Württembergs-, die an die heimische Exportwirtschaft geliefert werden und insofern indirekt von der Aufuhrentwicklung abhängig sind. Es handelt sich hierbei um die sogenannten Zuliefereffekte. Über

8 Mit der detaillierten Entwicklung der Handelsströme zwischen Baden-Württemberg und den Mitgliedstaaten der EG seit 1980 befaßt sich der anschließende Beitrag dieses Statistisch-prognostischen Berichts.

Tabelle 5

Exportabhängige Produktion und Beschäftigung in Baden-Württemberg 1987

Produktionsbereich	Exportabhängige Produktion 1)		Exportabhängige Erwerbstätige		Grad der Exportabhängigkeit 2)	
	Ausfuhr insgesamt	darunter EG	Ausfuhr insgesamt	darunter EG	insgesamt	EG
	Mill. DM		1000		%	
Direkte Exportabhängigkeit						
Alle Bereiche	81 809	35 822	591	260	13,8	6,1
darunter: Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes	76 166	33 204	530	230	31,3	13,6
darunter: Bereiche des "Metallgewerbes" 3)	57 971	23 463	418	171	37,5	15,3
Indirekte Exportabhängigkeit						
Alle Bereiche	34 412	15 178	246	111	5,7	2,6
darunter: Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes	17 722	7 625	109	46	6,5	2,7
darunter: Bereiche des "Metallgewerbes" 3)	10 836	4 279	74	29	6,6	2,6
Gesamte Exportabhängigkeit						
Alle Bereiche	116 221	51 000	837	371	19,5	8,7
darunter: Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes	93 888	40 829	639	276	37,8	16,3
darunter: Bereiche des "Metallgewerbes" 3)	68 807	27 742	492	200	44,1	18,0

1) In Preisen von 1982. — 2) Exportabhängig Erwerbstätige bezogen auf die jeweiligen Erwerbstätigen insgesamt. — 3) Eisen und Stahl, NE-Metalle, Gießereien; Stahl- und Leichtmetallbau, Maschinenbau, ADV-Geräte und -Einrichtungen; Straßen-, Wasser-, Luft- und Raumfahrzeuge; Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, Uhren; EBM-Waren, Musikinstrumente, Sportgeräte, Spiel- und Schmuckwaren.
Quelle: Input-Output-Rechnung.

Input-Output-Tabellen, die die gegenseitige Verflechtung der Wirtschaftsbereiche erfassen, ist es möglich, solche Zulieferbeziehungen nach Höhe und Branche abzuschätzen. So haben Berechnungen im Rahmen der Input-Output-Analyse des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg [9] ergeben, daß die exportinduzierte Vorleistungsproduktion eine Größenordnung erreicht, die 42 % der für den Export direkt erstellten Produktion ausmacht. Die Ausfuhrabhängigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft ist also wesentlich höher als sie auf den ersten Blick erscheint.

Ebenso bemerkenswert wie die Höhe ist die branchenmäßige Zusammensetzung dieses indirekten Exports, da solche Wirtschaftszweige in Erscheinung treten, die unmittelbar keine oder nur eine geringfügige direkte Ausfuhr tätigen. Dies gilt in erster Linie für Dienstleistungen, die zu 30 % an dieser Vorleistungsproduktion beteiligt sind. Rechnet man noch Handels- und Verkehrsleistungen hinzu, so kommt man auf einen Dienstleistungsanteil von 42 %. Gut 50 % der exportinduzierten Vorleistungsproduktion entfallen auf Güter des Verarbeitenden Gewerbes. Damit hat dieser Bereich auch bei den Zulieferungen das größere Gewicht, aber keineswegs in dem Ausmaß wie bei den direkten Ausfuhren, die er mit über 90 % dominiert. Eine branchenmässige Aufgliederung dieses Sektors würde im übrigen zeigen, daß auch hier wiederum andere Branchen mit indirek-

9 W. Münzenmaier: Input-Output-Tabellen 1984. In: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 6, Juni 1989.

ten Exporten in Erscheinung oder verstärkt in Erscheinung treten als bei der direkten Ausfuhr[10]. Wie aus Tabelle 5 hervorgeht, sind Größenordnungen und Branchenmix der Vorleistungsproduktion im EG-Handel mit der der Gesamtausfuhr durchaus vergleichbar. Abweichungen erklären sich aus der von Jahr zu Jahr jeweils etwas unterschiedlichen Produktzusammensetzung beider Agregate.

Mit Hilfe sektoral tiefgegliederter Produktivitätskennziffern können die in Tabelle 5 aufgeführten Produktionsdaten für den direkten und indirekten Export sowohl für das gesamte Ausland wie auch speziell in die EG-Länder in entsprechende Beschäftigteneffekte umgerechnet werden. Damit kann die Bedeutung der Exporte des Landes, auch unterschieden nach großen Absatzregionen, für den Arbeitsmarkt Baden-Württembergs abgeschätzt werden.

Nach dieser Rechnung waren 1987 in Baden-Württemberg knapp 840 000 Erwerbstätige mit der Erstellung von Waren für den Export beschäftigt (Tabelle 5). Somit war etwa jeder fünfte Arbeitsplatz in Baden-Württemberg direkt oder indirekt vom Export abhängig, wobei noch nicht berücksichtigt wurde, daß insbesondere baden-württembergische Branchen des Verarbeitenden Gewerbes auch Vorleistungen für die Exportwirtschaft anderer Bundesländer erbringen. Im Verarbeitenden Gewerbe steigt die Abhängigkeit sogar auf jeden dritten Arbeitsplatz, im Metallbereich nähert sie sich jedem zweiten.

Mit der Produktion von Waren für die Ausfuhr in die EG waren 1987 im Land 370 000 Personen beschäftigt, davon 260 000 für den direkten Export und 110 000 - das sind 30 % - für den indirekten. Von den in Baden-Württemberg insgesamt exportabhängigen Erwerbspersonen fanden somit 44 % einen Arbeitsplatz in Verbindung mit der EG-Ausfuhr, - immerhin aber 56 % durch den Handel mit allen übrigen Ländern. Die Zahl von 370 000 vom EG-Export abhängigen Personen bedeutet eine Zunahme um 46 000 Personen gegenüber 1982. Allein der deutliche Anstieg der EG-Ausfuhr von 1986 nach 1987 hatte eine Zunahme um 26 000 Erwerbstätige hervorgerufen. Der Grad der Abhängigkeit baden-württembergischer Erwerbstätiger von den EG-Exporten hat sich somit deutlich erhöht, und zwar von 7,8 % im Jahr 1982 über 8,1 % (1986) auf 8,7 % (1987). Das entspricht etwa jedem elften Arbeitsplatz im Land, im Metallgewerbe ist sogar jeder fünfte davon betroffen. Angesichts der auch 1988 weiter gestiegenen EG-Ausfuhr ist mit einem Anhalten dieser Tendenz zu rechnen.

Integration hochentwickelter Volkswirtschaften über Direktinvestitionen

Die im EG-Verbund herausragende Exportstärke der Bundesrepublik und Baden-Württembergs hat bereits deutlich gemacht, daß die weitere Integration sich nicht ausschließlich auf dem Wege nochmals intensivierter Ausfuhrbeziehungen wird vollziehen können. Vielmehr ist es das Kennzeichen hochentwickelter und diversifizierter Volkswirtschaften, die wirtschaftliche Integration gleichzeitig auch via grenzüberschreitender Unternehmensverflechtungen voranzutreiben. Der Gesichtspunkt kostengünstiger Produktionsstandorte ist dabei nur ein Aspekt - viel entscheidender und zunehmend wichtiger ist der Gesichtspunkt der Marktpräsenz, um unmittelbar vor Ort die jeweiligen Nachfrage- und technischen Entwicklungstendenzen zu eruieren, sie bei der auswärtigen und/oder heimischen Produktion zu integrieren, um so die Konkurrenz nicht erst auf die heimischen, sondern bereits auf dem ausländischen Markt abzufangen. Entsprechend hat das Ausmaß der grenzüberschreitenden Unternehmensverflechtung in Form von Direktinvestitionen im Verlauf der 70er und 80er Jahre sowohl weltweit wie aus der Sicht Baden-Württembergs als Kapitalempfänger- und Kapitalgeberland enorm zugenommen. Dies wurde im letztjährigen Statistisch-prognostischen Bericht ausführlich dargestellt. Diese Entwicklung ging einher mit der fortschreitenden internationalen Arbeitstei-

10 Ders.: Zur Bedeutung der Exporte für Produktion und Beschäftigung 1982 bis 1987. Ebenda, Heft 6, Juni 1988.

lung und der zunehmenden Globalisierung der Märkte sowie der Tatsache, daß immer mehr Unternehmen in der Bundesrepublik und in der EG in den vergangenen zwei Jahrzehnten in die Größenordnung multinationaler Unternehmen hineingewachsen sind, die eine über reine Exporte hinausgehende internationale Betätigung aufgenommen haben. Das Aufrücken mancher Nationen in den Kreis der Industrie- bzw. Schwellenländer verstärkte dabei in Verbindung mit der erhöhten Mobilität des Produktionsfaktors Kapital auch den internationalen Wettbewerb um Marktpräsenz und Produktionsstandorte.

Baden-Württemberg und die Bundesrepublik waren bis zu Beginn der 80er Jahre Nettokapitalempfänger im Bereich der Direktinvestitionsbestände. Seither haben insbesondere im Bundesgebiet die Auslandsinvestitionen der heimischen Unternehmen die jeweiligen Investitionsbestände der Ausländer im Inland bei weitem übertroffen. So betrug der Saldo der heimischen über den auswärtigen Kapitalbeständen im Jahr 1987 gut 40 Mrd. DM. Auch für Baden-Württemberg ist die Tendenz zum Nettokapitalgeberland zu verzeichnen. Die seit 1984 auftretenden positiven Salden sind allerdings noch vergleichsweise gering und bewegen sich zwischen 0,5 und 1 Mrd. DM.

Bemerkenswert ist, daß die Anteile der baden-württembergischen Direktinvestitionen in den Ländern des EG-Raumes einerseits und der EG-Direktinvestitionen in Baden-Württemberg andererseits - im Vergleich zum Außenhandel - relativ gering sind. So fielen 1987 auf die EG-Länder knapp 30 % aller baden-württembergischen Direktinvestitionen im Ausland bzw. umgekehrt 24 % aller ausländischen Direktinvestitionen in Baden-Württemberg. Seit einigen Jahren deuten jedoch weit überdurchschnittliche Zuwachsraten bei den Direktinvestitionen in beiden Richtungen darauf hin, daß die EG-Länder auch in diesem Bereich der außenwirtschaftlichen Verflechtung Baden-Württembergs eine zunehmende Bedeutung erlangen. So weist Baden-Württemberg seit 1979 gegenüber der EG einen jeweils positiven Bestandssaldo aus, wobei dieser in den Jahren 1986 und 1987 mit 2,3 bzw. 1,8 Mrd. DM besonders hoch ist. Die wichtigsten Empfängerländer waren dabei Frankreich, die Niederlande und Großbritannien. Hier zeigt sich die im Zuge der Integrationsentwicklung erforderliche Tendenz, die Exportaktivitäten um grenzüberschreitende Unternehmensbeziehungen in den Bereichen von Produktion, Vertrieb und Forschung zu ergänzen. Nicht zuletzt werden damit auch die durch die jeweiligen Handelsbilanzüberschüsse ins Inland geflossenen Einkommensströme zum Teil wieder den Herkunftsländern zugeleitet[11]. Diese Entwicklungen im EG-Raum werden detailliert im nachfolgenden Beitrag zu den Verflechtung über Direktinvestitionen dargestellt und analysiert.

Zusammenfassung

- In den dreißig Jahren seit der Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1958 - 1987) hat sich - nach langfristigen Vergleichsdaten des Statistischen Amts der Europäischen Gemeinschaften - der Warenaustausch der Mitgliedsländer untereinander (Intra-Handel) auf das 38-fache erhöht, die Ausfuhr in Länder außerhalb der Gemeinschaft (Extra-Handel) auf das 16-fache. Unter Berücksichtigung der Preissteigerungen in diesem Zeitraum ergab sich ein Anstieg auf das 9- bzw. 3,5-fache. Das Exportvolumen ist also innerhalb der Gemeinschaft zweieinhalbmal so stark gewachsen wie außerhalb.

- Die Bundesrepublik hat am Intra-Handel mit einem Anstiegfaktor von 40 durchschnittlich, am Extra-Handel aber überdurchschnittlich (21) teilgenommen. Der Gesamtexport nahm mit einem Faktor von 29 stärker zu als im EG-Durchschnitt (24). Dasselbe gilt für Italien (39).

11 Vgl. dazu: Die Kapitalverflechtung der Unternehmen mit dem Ausland - Stand Ende 1987 und aktuelle Entwicklung. Monatsberichte der deutschen Bundesbank, April 1989.

- Die durch den Zusammenschluß ausgelöste Umlenkung der Handelsströme auf die Märkte der EG-Mitglieder vollzog sich in der Bundesrepublik schwächer als in den anderen Gründungsstaaten. Nach wie vor gehen deshalb 50 % des Exports in Länder außerhalb der EG.

- Diese weltweite Exportorientierung ist in Baden-Württemberg nochmals stärker ausgeprägt. 1987 setzte das Land 56 % seiner Ausfuhren außerhalb der EG ab.

- Diese Strukturbesonderheit des bundesdeutschen und baden-württembergischen Außenhandels eröffnet den anderen Staaten der Europäischen Gemeinschaft einen Aktionsspielraum im Intra-Handel. Andererseits erfordert sie die permanente Flexibilität der heimischen Produktstruktur und Produktionsprozesse.

- Die Exportstärke von Bund und Land ist im EG-Verbund überragend. Fast 31 % des gesamten Exports, der 1987 von allen EG-Ländern getätigt wurde, kam aus dem Bundesgebiet. Die Bundesrepublik exportierte damit soviel Waren wie Frankreich, Großbritannien und Irland zusammen.

- Mit einem Anteil von 5,6 % (1987) am gesamten EG-Export hat Baden-Württemberg ein höheres Gewicht als Länder wie Spanien (3,8 %) und Dänemark (2,7 %).

- Mit noch größerem Vorsprung dominierten die Bundesrepublik und Baden-Württemberg den Investitionsgüterexport der EG. Über 40 % aller zusammengefaßten EG-Exporte an Maschinen, elektrotechnischen Erzeugnissen, Fahrzeugen und Büromaschinen sowie DV-Geräten kommen aus der Bundesrepublik.

- 10 % kommen allein aus Baden-Württemberg. Damit exportiert das Land fast ebenso viel an diesen Investitionsgütern wie Großbritannien und Italien (jeweils 12 %).

- Die Bundesrepublik ist nicht nur der größte Exporteur unter den EG-Staaten, sondern auch der größte Importeur, wenngleich mit geringerem Abstand. So nimmt der Bund 24 % aller EG-Importe auf (1987), Frankreich und Großbritannien folgen mit jeweils 16 %.

- Die Exportabhängigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft manifestiert sich nur zum Teil in den direkten Warenlieferungen ins Ausland. Eine Durchrechnung mit Hilfe der Input-Output-Tabelle Baden-Württemberg ergibt, daß die via Zuliefereffekten von der Ausfuhr ebenfalls abhängige Vorleistungsproduktion eine Größenordnung von über 40 % der direkt erstellten Produktion erreicht.

- Mit Hilfe von Produktivitätskennziffern ist es möglich, die direkte und indirekte Exportproduktion in Beschäftigungseffekte umzurechnen. Danach ergibt sich, daß 1987 in Baden-Württemberg knapp 840 000 Erwerbstätige hierfür tätig waren. Damit war etwa jeder fünfte Arbeitsplatz direkt oder indirekt vom Export abhängig, im Verarbeitenden Gewerbe war es sogar jeder dritte.

- Speziell von der direkten und indirekten EG-Ausfuhr waren 370 000 Personen abhängig (1987). Von den in Baden-Württemberg insgesamt exportabhängigen Erwerbspersonen fanden somit 44 % einen Arbeitsplatz in Verbindung mit der EG-Ausfuhr, - immerhin aber 56 % durch den Handel mit allen übrigen Ländern.

- Die Integration hochentwickelter Industrienationen kann sich nicht nur auf dem Wege intensivierter Ausfuhrbeziehungen vollziehen, vielmehr ist sie auch via grenzüberschreitender Unternehmensverflechtungen voranzutreiben. Neben der Kostengunst bestimmter Produktionsstandorte ist hierfür der Aspekt der Marktpräsenz entscheidend. In den vergangenen zwei Jahrzehnten sind immer mehr Unternehmen in Bund und Land in die Größenordnung multinationaler Unternehmen hineingewachsen.

- Seit 1980 ist die Bundesrepublik Nettokapitalgeber. 1987 überstieg der Bestand an Direktinvestitionen deut-

scher Unternehmen im Ausland denjenigen ausländischer Unternehmen im Inland um 40 Mrd. DM.

- Auch für Baden-Württemberg ist die Tendenz zum Nettokapitalgeberland zu verzeichnen. Die seit 1984 auftretenden positiven Salden sind allerdings noch gering (zwischen 0,5 und 1 Mrd. DM).

- Die Unternehmensverflechtung des Landes ist besonders stark mit den USA, - mit dem EG-Raum ist sie vergleichsweise noch gering. 1987 entfielen hierauf knapp 30 % aller baden-württembergischen Direktinvestitionen im Ausland und umgekehrt 24 % aller ausländischen Direktinvestitionen in Baden-Württemberg.

1.2 Die Entwicklung der Handelsströme

Methodische Anmerkungen und Abgrenzung der Untersuchung

Der Schwerpunkt dieser Untersuchung liegt auf der Darstellung der Ausfuhr des Landes in die Mitgliedstaaten der EG[1]. Beschrieben wird dabei zunächst global die längerfristige Entwicklung ab 1980. In differenzierterer Untergliederung, wie z.B. nach einzelnen Gütergruppen oder in der Kombination nach Gütergruppen und Bestimmungsländern, liegen Daten dagegen erst zu einem späteren Zeitpunkt in geeigneter Form vor. Deshalb wird eine detaillierte Entwicklung nach Warengruppen der Systematik der Produktionsstatistiken ab 1984 dargestellt. Auswirkungen auf die Darstellungsform dieser Untersuchung hat vor allem aber auch eine zum 1. Januar 1988 EG-weit durchgeführte Umstellung in der Außenhandelsstatistik. Diese Umstellung beinhaltete zum einen eine Änderung anmeldetechnischer Art, die mit der Einführung des sogenannten EG-"Einheitspapiers" zur Vereinfachung und Vereinheitlichung der Abwicklung im grenzüberschreitenden Warenverkehr zwischen den Mitgliedstaaten der EG im Blick auf die Vollendung des Binnenmarktes Ende 1992 zusammenhängt. Des weiteren wurde zum selben Zeitpunkt mit der Einführung des "Harmonisierten Systems" (HS) eine Nomenklaturänderung durchgeführt, wobei dieser Systematik zugleich als Basisnomenklatur auch für andere statistische Systematiken grundlegende, sogar weltweite Bedeutung zukommt. Beide Änderungen führten sowohl zu beträchtlichen Verzögerungen bei der Ergebniserstellung der Außenhandelsdaten als auch zu umstellungsbedingten Unstimmigkeiten und Unschärfen bei der warensystematischen Zuordnung.

Da zum Zeitpunkt des Abschlusses dieser Untersuchung noch keine endgültigen Außenhandelsergebnisse auf Ebene der Bundesländer für das Jahr 1988 verfügbar waren, wird aus den genannten Gründen lediglich bei der Darstellung globaler Ergebnisse einschließlich der Gesamtergebnisse nach Ländern das vorläufige Außenhandels-Datenmaterial für das Jahr 1988 in die Darstellung einbezogen, wobei mögliche, geringfügige Unschärfen in Kauf genommen werden. Die differenzierte, datenmäßige Darstellung nach Gütergruppen sowie nach Gütergruppen und Bestimmungs- bzw. Herkunftsländern basiert dagegen grundsätzlich bewußt auf den Ergebnissen für das Jahr 1987. Sofern möglich, sollen jedoch erkennbare Tendenzen für das Jahr 1988 auch hier zumindest ansatzweise in die Untersuchung einbezogen werden.

Aus methodischen Gründen hat die Einfuhrstatistik für Bundesländer nicht den gleichen Aussagewert wie die Ausfuhrstatistik. Bei der als Spezialhandel dargestellten Ausfuhrstatistik kann in der Regel das Ursprungs-Bundesland einer Ware - also das Land, in dem die Ware hergestellt wurde - genau angegeben werden, während bei der aus erhebungs- und verfahrenstechnischen Gründen (bei der Einfuhr aus Lager) als Generalhandel nachgewiesenen Einfuhrstatistik das Bundesland, in dem die eingeführten Waren verbraucht oder weiterverarbeitet werden sollen, häufig nicht bekannt ist bzw. nicht ermittelt werden kann. An dessen Stelle tritt dann das Bundesland, in das die Waren nach dem Grenzübertritt zuerst gebracht werden als Ziel-Bundesland. Dies trifft in erster Linie für die auf Lager(Freihafenlager und Zollager) gehenden Waren zu. Auch andere Gründe können zu Verzerrungen der Ergebnisse der Einfuhrstatistik führen. So kann z.B. auch der Sitz eines Generalimporteurs in einem bestimmten Bundesland zu tendenziell überhöhten Einfuhrwerten der entsprechenden Gütergruppe in diesem Land führen. Da die

1 Hier und im folgenden Text ist die EG - aus Gründen der Vergleichbarkeit auch rückwirkend - abgegrenzt in ihrer derzeitigen Zusammensetzung der zwölf Mitgliedstaaten.

Einfuhrdaten auf Ebene der Bundesländer methodisch also mit den Ausfuhrergebnissen nicht voll vergleichbar sind,[2] werden "Saldierungen" bzw. "Bilanzierungen" grundsätzlich nicht durchgeführt und die Importe des Landes aus der EG im allgemeinen auch nicht in der Gliederungstiefe und -breite wie die Exportdaten behandelt. Sofern signifikante landesspezifische Besonderheiten im EG-Handel erkennbar sind, sollen diese durch einen Bundesvergleich hervorgehoben werden.

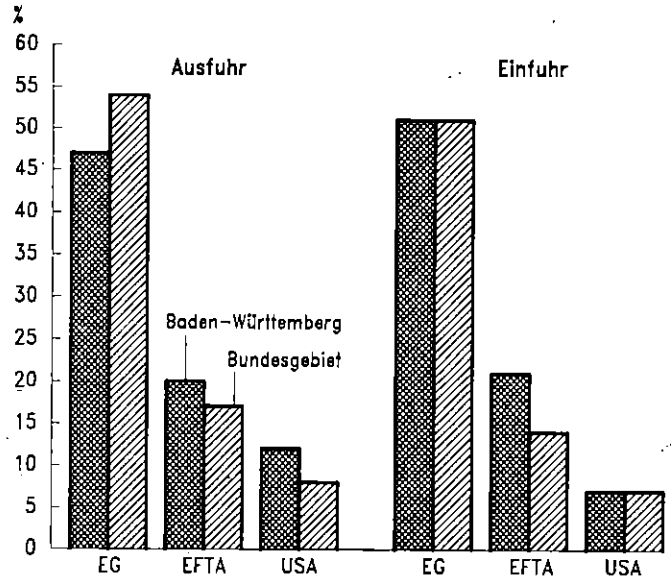
Zur aktuellen Situation im Außenhandel des Landes - Exportgewinne beim Absatz in die EG kompensieren Einbußen im US-Geschäft

Der 1985 einsetzende Kursverfall des US-Dollars und die in der Folgezeit damit verbundenen Absatzrückgänge vor allem auf den amerikanischen Märkten, die im letzten Statistisch-prognostischen Bericht eingehend untersucht wurden, haben mit zu gewissen strukturellen Veränderungen bzw. Verlagerungen bei den Absatzmärkten der Exportwirtschaft des Landes geführt. So ist, im Vergleich zu früheren Jahren, seit 1986 eine stärkere Ausweitung der baden-württembergischen Exporttätigkeit in die Mitgliedstaaten der EG festzustellen. Diese Entwicklung, die zugleich zu einer gewissen Annäherung des baden-württembergischen Ausfuhranteils in die EG - gemessen an der Gesamtausfuhr - an den des Bundes führte, hat sich 1987 und 1988 deutlich gefestigt. Um diese Situation zusammenfassend zu charakterisieren, soll dieser Untersuchung einleitend ein kursorischer Überblick über die durch diese strukturellen Veränderungen entstandene Lage im Export des Landes vorangestellt werden, der allerdings für 1988 noch auf vorläufigen Angaben basiert.

Schaubild 1

Aussenhandel Baden-Württembergs und des Bundesgebiets mit wichtigen Wirtschaftsräumen 1988

Anteile an der jeweiligen Gesamtaus- bzw. -einfuhr in %



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 199 89

Die Ausfuhren des Landes wiesen 1987, vor allem aufgrund der negativen Auswirkungen der Exportverluste in den USA und in sonstigen, vom Kursverfall des US-Dollars stark abhängigen Absatzmärkten, lediglich eine Zunahme von 0,8 % auf (Bund: + 0,2 %). Der Export in die EG-Länder verlief dabei mit einer Steigerung von 6,1 % deutlich günstiger (Bund + 3,9 %) und knüpfte damit an die bereits im Jahr zuvor festzustellende Entwicklung der über den Zuwachsraten der Gesamtausfuhr des Landes liegenden Exportsteigerungen in die EG an(Gesamtausfuhr des Landes 1986: + 4,1 %; Ausfuhr des Landes in die EG: + 6,9 %).

Diese positive Exportentwicklung setzte sich auch 1988 - sogar noch in verstärktem Maße - fort. So war im Vergleich zum Jahr 1987 eine Zunahme in die EG um 11,4 % zu verzeichnen, die

2. Die Ausfuhren werden in der deutschen Außenhandelsstatistik in der Untergliederung nach Bundesländern in die Abgrenzung des Spezialhandels - d.h. vereinfacht ohne Ausfuhren aus Lager -, die Einfuhren in der Abgrenzung des Generalhandels - d.h. mit Einfuhren auf Lager - dargestellt. Hinzu kommt, daß bei Einfuhren oftmals das Bundesland, in dem die Waren endgültig verbleiben sollen, nicht bestimmt oder angemeldet ist. Vgl. hierzu Stat. Bundesamt (Hrsg.); Wirtschaft und Statistik, 4/1986.

auch deutlich die Zunahme des Gesamtexports (+ 4,8 %) übertraf - bei gleichzeitigem Exportrückgang in die USA (- 22,0 %). Eine vergleichbare Entwicklung ist im übrigen auch für den Bund festzustellen, dessen Ausfuhr 1988 insgesamt um 7,6 %, in die EG um 10,9 % stieg.

Im einzelnen wiesen unter den EG-Staaten 1988, wie bereits im Jahr zuvor, die Exporte des Landes nach Portugal (+ 30,8 %) und Spanien (+ 21,1 %) die höchsten Zuwachsraten auf vor Großbritannien (+ 16,4 %), Italien (+ 15,9 %), Irland (+ 14,7 %) und Frankreich (+ 9,7 %). In geringerem Maße nahm die Ausfuhr nach Belgien und Luxemburg (+ 7,9 %) sowie in die Niederlande (+ 4,3 %) und Griechenland (+ 1,8 %) zu. Exporteinbußen waren dagegen im Ausfuhrgeschäft mit Dänemark (- 3,2 %) zu verbuchen.

Die vor allem in den beiden letzten Jahren überdurchschnittlich kräftige Ausweitung im EG-Export Baden-Württembergs kann wohl als Indiz für die erfolgreichen Bemühungen der heimischen Exportwirtschaft gesehen werden, unterstützt durch flankierende Maßnahmen der Außenwirtschaftsförderung des Landes, ihre Position auf den Auslandsmärkten nicht nur zu behaupten, sondern weiter zu verbessern. Vor allem im EG-Raum wirken sich dabei sicherlich gewisse, von der Wirtschaft im Hinblick auf die bevorstehende Verwirklichung des EG-Binnenmarktes und den damit verbundenen Herausforderungen bereits jetzt vorgezogene, "Vorwegnahmeeffekte" aus. Diese Anstrengungen sind wohl auch zunehmend vor dem Hintergrund zu sehen, einen Ausgleich für in der Vergangenheit zwar stabile, durch Wechselkursentwicklungen seit geraumer Zeit jedoch "unsicherer" gewordene Absatzmärkte im Dollarraum zu finden.

Struktur des Außenhandels Baden-Württembergs mit der EG 1988

Im Jahre 1988 wurden aus Baden-Württemberg insgesamt Güter im Wert von rund 101 Milliarden DM ausgeführt, wobei der Warenwert der in die Mitgliedstaaten der EG exportierten Erzeugnisse alleine 47 Milliarden DM (46,5 %) ausmachte. Bundesweit wurde dagegen mit ca. 308 Milliarden DM ein weit höherer Anteil von 54,3 % des Gesamtexports in die Mitgliedstaaten der EG abgesetzt. Der Anteil Baden-Württembergs am Bund, bezogen auf die Ausfuhren in die EG, blieb mit 15,2 % damit auch deutlich unter der entsprechenden Quote der Gesamtausfuhr des Landes an der des Bundes von 17,7 %. Der "EG-Anteil" des Landes entsprach der Größenordnung nach damit im übrigen dem Bevölkerungsanteil von Baden-Württemberg am Bund.

Wie im einzelnen noch zu zeigen ist, bestehen die Differenzen bei der Höhe der EG-Ausfuhranteile zwischen Baden-Württemberg und dem Bundesgebiet tendenziell während des gesamten Betrachtungszeitraums. Diese Unterschiede sind dabei - wie bereits dargestellt - Ausdruck einer traditionell anderen Orientierung der Exportwirtschaft des Landes auf den Weltmärkten. Weiterhin sind sie auf die unterschiedliche Warenstruktur der Exporte von Baden-Württemberg einerseits und dem Bundesgebiet andererseits zurückzuführen.

Bei der Einfuhr zeigt dagegen der globale Vergleich mit dem Bundesgebiet, der hier trotz der bereits eingangs angeführten methodischen Einschränkungen vorgenommen werden soll, daß die Anteile der Einfuhr aus der EG an der Gesamteinfuhr in Höhe von 51,1 % in Baden-Württemberg und dem Bundesgebiet 1988 sogar ungefähr identisch sind, womit auch der Anteil des Landes am Bund, bezogen auf die Importe aus der EG, mit 13,9 % dem der Gesamteinfuhr von Baden-Württemberg an der Gesamteinfuhr des Bundes etwa entspricht.

Im Vergleich mit den übrigen Bundesländern wies Baden- Württemberg beim Anteil des EG-Exports an der Gesamtausfuhr des Landes aufgrund struktureller Unterschiede 1987 den geringsten Wert auf. Quoten unter 50 % verzeichneten auch Bayern (48,3 %) und Schleswig-Holstein (47,8 %) sowie der Stadtstaat Hamburg (45,6 %). Die höchste EG-Quote erreichte dagegen, nicht zuletzt infolge "historisch gewachsener" Beziehungen das Saarland (71,3 %) vor Nordrhein-Westfalen (57,3 %), Niedersachsen (55,5 %), Rheinland-Pfalz, Berlin (jeweils 55,2 %), Bremen (50,6 %)

und Hessen (50,1 %). Bei der Einfuhr aus der EG nahm dagegen Baden-Württemberg anteilmäßig einen Mittelplatz ein, wobei in diesem Zusammenhang nochmals auf die bereits erwähnten Einschränkungen bei den Einfuhrdaten hinzuweisen ist. Während das Saarland (80,2 %), Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz (jeweils 60,2 %) und Hessen (55,7 %) höhere EG-Einfuhrquoten aufwiesen, blieben die restlichen Bundesländer hinter der baden-württembergischen Quote zurück.

Warenstruktur des EG-Handels: Zwei Drittel des Landesexports in die EG entfallen auf Erzeugnisse des Investitionsgüterbereichs

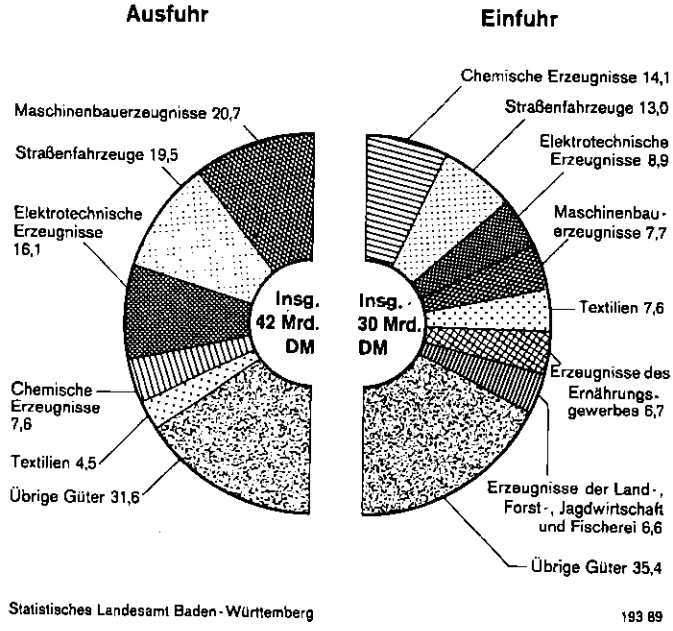
Bei der Untergliederung der Exporte nach Gütergruppen zeigt sich in Bund und Land die Dominanz der Investitionsgüterprodukte, bei allerdings beträchtlichen Unterschieden in den Ausfuhranteilen. So entfielen 1987 - gesichertes Datenmaterial liegt in dieser Form, wie bereits erwähnt, für 1988 noch nicht vor - mit 27,8 Milliarden DM zwei Drittel der Ausfuhren des Landes in die EG auf Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes; bundesweit hatte diese Produktsparte mit einem Wert von 145,8 Milliarden DM dagegen den deutlich geringeren Anteil von gut der Hälfte (52,4 %). Demgegenüber hatten die Erzeugnisse des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes im Land mit einem Anteil von nur 14,8 % an den EG-Ausfuhren eine vergleichsweise geringe Bedeutung, während sie im Bund mit einem Viertel wesentlich stärker repräsentiert waren. In Land und Bund gleich hoch war mit 13 % die EG-Ausfuhrquote des Verbrauchsgüter produzierenden Bereichs. Die Anteile des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes betrugen 3,5 % im Land und 5,6 % im Bund (Tabelle 1).

Bei einem Vergleich mit der Struktur der Gesamtausfuhr ist bemerkenswert, daß der Anteil des Investitionsgüterbereichs an der Gesamtausfuhr des Landes mit 72,2 % weit über dem vergleichbaren EG-Anteil (66,2 %) liegt, wodurch zum Ausdruck kommt, daß gerade Erzeugnisse dieses für die Wirtschaft des Landes wichtigsten Wirtschaftsbereiches auf anderen Märkten bzw. in anderen Absatzländern nochmals stärker dominieren.

Schaubild 2

Warenstruktur des EG-Handels Baden-Württembergs 1987

Anteile der wichtigsten Gütergruppen in %



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 193 89

Unter den einzelnen Gütergruppen nahmen 1987 bei der Ausfuhr Baden-Württembergs in die Mitgliedstaaten der EG Erzeugnisse des Maschinenbaus mit einem Anteil von gut einem Fünftel an der EG-Ausfuhr insgesamt den Spitzenplatz ein vor Straßenfahrzeugen, deren Anteil bei knapp einem Fünftel lag und elektrotechnischen Erzeugnissen (16,1 %). Danach folgten chemische Erzeugnisse (7,6 %), Textilien (4,5 %), Nahrungs- und Genußmittel (3,5 %), feinmechanische und optische Erzeugnisse sowie Uhren (3,3 %) und Eisen-, Blech- und Metallwaren (3,2 %). Im Vergleich zu den entsprechenden Anteilswerten dieser Güter an der Gesamtausfuhr des Landes zeigen sich auch hier zum Teil deutliche Abweichungen. So hatte der Maschinenbau 1987 am Gesamtexport Baden-Württembergs eine Quote von 22,4 %, die bei Straßenfahrzeugen mit 26,0 % sogar noch deutlich übertroffen wurde. Elektrotechnische Erzeugnisse blieben da-

Tabelle 1

Warenausfuhr und Wareneinfuhr Baden-Württembergs und des Bundesgebietes 1987 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereich	Ausfuhr				Einfuhr			
	insgesamt		in die EG		insgesamt		aus der EG	
	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet	Baden-Württemberg	Bundesgebiet
	Mrd. DM							
Insgesamt	96,0	527,4	42,0	277,9	58,2	419,1	30,1	216,7
darunter								
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	69,3	293,9	27,8	145,8	21,6	140,5	10,8	69,3
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	11,7	125,9	6,2	67,9	15,5	108,4	8,9	62,5
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	11,3	63,9	5,5	36,3	10,9	72,7	5,8	37,0
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	1,9	22,0	1,4	15,7	2,7	26,3	2,0	17,9
	%							
Insgesamt	100	100	100	100	100	100	100	100
darunter								
Investitionsgüter produzierendes Gewerbe	72,2	55,7	66,2	52,4	37,0	33,5	35,9	32,0
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	12,2	23,9	14,8	24,4	26,7	25,9	29,4	28,8
Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe	11,7	12,1	13,0	13,0	18,7	17,3	19,2	17,1
Nahrungs- und Genußmittelgewerbe	2,0	4,2	3,5	5,6	4,7	6,3	6,7	8,3

gegen mit einem Anteilswert von 14,8 % hinter der vergleichbaren EG-Quote ebenso zurück wie chemische Erzeugnisse (6,9 %), Textilien (3,9 %), Eisen-, Blech- und Metallwaren (2,8 %) und Nahrungs- und Genußmittel (2,0 %). Bei feinmechanischen und optischen Erzeugnissen sowie Uhren war der Anteil am Gesamtexport mit 3,4 % nahezu gleich groß wie die EG-Quote.

Bundesweit blieben die Anteile an der Ausfuhr in die EG vor allem beim Maschinenbau (11,9 %), den Straßenfahrzeugen (18,1 %) sowie bei den elektrotechnischen Erzeugnissen (10,6 %) deutlich hinter den baden-württembergischen Vergleichswerten zurück. Dabei zeigt sich, daß diese EG-Quoten der Größenordnung nach durchaus den Anteilen dieser Güter an der Gesamtausfuhr des Bundes entsprechen, – abgesehen vom Maschinenbau, dessen Anteil an der Gesamtausfuhr des Bundesgebietes mit 15,3 % ebenfalls höher lag als die entsprechende EG-Quote. Höhere EG-Anteile wiesen im Bund im Vergleich zu Baden-Württemberg dagegen chemische Erzeugnisse (13,4 %) und Nahrungs- und Genußmittel (5,6 %) auf, ebenso wie Eisen- und Stahlerzeugnisse (3,4 %), die im Lande am Export in die EG in vergleichsweise geringem Maße (0,8 %) beteiligt waren.

Bei Importen aus der EG: Chemische Erzeugnisse vor Straßenfahrzeugen

Bei der Einfuhr von Gütern aus der EG zeigen sich beim Vergleich zwischen Baden-Württemberg und dem Bund zwar, wie aus Tabelle 1 ersichtlich, ebenfalls Abweichungen der Strukturen, sie sind allerdings wesentlich schwächer ausgeprägt als bei der Ausfuhr. Auch im Vergleich zu den entsprechenden Quoten an der Gesamteinfuhr des Landes sind die Unterschiede hier relativ geringfügig.

Rund ein Drittel des Imports aus der EG (Baden-Württemberg: 35,9 %; Bundesgebiet: 32,0 %) entfiel 1987 auf Erzeugnisse des Investitionsgüter produzierenden Gewerbes, knapp 30 % auf Güter des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes und nicht ganz 20 % (Bundesgebiet: 17,1 %) auf Produkte des Verbrauchsgüter produzierenden Gewerbes. Nahrungs- und Genußmittel waren schließlich mit 6,7 % (Bundesgebiet: 8,3 %) an der Einfuhr aus der EG beteiligt.

Zu den wichtigsten Einfuhrgütern des Landes aus der EG gehörten 1987 neben den chemischen Erzeugnissen, die mit einem Anteil von 14,1 % Rang 1 unter den Importgütern einnahmen, Straßenfahrzeuge (13,0 %), elektrotechnische Erzeugnisse (8,9 %), Maschinen (7,7 %) sowie Textilien (7,6 %). Anteile von jeweils knapp 7 % verzeichneten außer den bereits genannten "konsumnahen" Produkten des Nahrungs- und Genußmittelgewerbes (6,7 %) auch Erzeugnisse der Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei (6,6 %). Danach folgten Mineralölerzeugnisse (3,7 %) und Erzeugnisse aus Eisen und Stahl (3,0 %).

Länderstruktur des EG-Handels

Von den Mitgliedstaaten der EG ist Frankreich als "Anrainer" und traditioneller Handelspartner des Landes der wichtigste Abnehmer baden-württembergischer Produkte. Mit 13,3 Milliarden DM nahm Frankreich 1988 13,2 % des Gesamtexports Baden-Württembergs ab. Gemessen am Landesexport in die EG entspricht dies einem Anteil von 28,5 %. Frankreich ist damit vor den USA, in die mit 11,7 Milliarden DM ein Anteil von 11,6 % des Gesamtexports ging, zugleich auch das Bestimmungsland, das den größten Anteil an baden-württembergischen Exportgütern überhaupt aufnimmt. Sicherlich spielen hierbei neben den traditionell gewachsenen Handelsbeziehungen regionale Standortvorteile und damit verbunden auch vergleichsweise günstige Transportwegekosten eine nicht unerhebliche Rolle. Noch im Jahr zuvor lag Frankreich allerdings mit 12,1 Milliarden DM baden-württembergischer Exportgüter an zweiter Stelle der Absatzmärkte des Landes hinter den USA, in die 1987 für 15,0 Milliarden DM Waren ausgeführt wurden.

Bundesweit ist Frankreich mit einem Exportanteil von 12,6 % an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik Deutschland nicht nur das wichtigste Ausfuhrland innerhalb der EG, sondern ebenfalls das Land, in das auch bundesweit die meisten Waren exportiert wurden.

Mit einem Anteil von 9,6 % an der Gesamtausfuhr des Landes liegt Italien in Baden-Württemberg an zweiter Stelle der EG-Staaten (Tabelle 2). Bundesweit nimmt Italien dagegen, mit einem Anteil an der Gesamtausfuhr der Bundesrepublik von 9,1 % den dritten Platz hinter Großbritannien ein. Bei allen übrigen EG-Staaten liegen die jeweiligen baden-württembergischen Ausfuhranteile unter den entsprechenden Bundesquoten. Vor allem bei den "Nordstaaten" der EG sind die Ausfuhranteile des Bundesgebiets wohl nicht zuletzt infolge günstigerer Standortnähe im allgemeinen höher als die Baden-Württembergs. Das Vereinigte Königreich (Großbritannien und Nordirland), in das 7,5 % aller ausgeführten Güter gingen, setzt im Lande die Reihenfolge fort vor den Niederlanden (5,9 %), Belgien und Luxemburg (4,3 %), Spanien (2,8 %) und Dänemark (1,4 %). Mit Anteilen von jeweils weniger als 1 % beschließen Portugal (0,8 %), Griechenland (0,8 %) und Irland (0,3 %) die Rangfolge der EG-Ausfuhrstaaten des Landes.

Wichtigster Lieferant unter den EG-Staaten war für Baden-Württemberg 1988 ebenfalls Frankreich, aus dem 15,5 % aller in das Land eingeführten Waren importiert wurden vor Italien, dessen Anteil 13,8 % ausmachte. Danach folgten die Niederlande (5,8 %), Großbritannien (5,0 %), Belgien/Luxemburg (4,8 %), Spanien (2,5 %) und Irland und Portugal (jeweils 1,0 %) vor Griechenland, und Dänemark (jeweils 0,8 %).

Im Bundesgebiet lagen bei den Importen aus der EG auf den "Spitzenplätzen" Frankreich (11,8 %) vor den Niederlanden (10,1 %), Italien (9,0 %), Belgien/Luxemburg (7,0 %) und Großbritannien (6,8 %).

Tabelle 2

Länderstruktur der Ausfuhr Baden-Württembergs und des Bundesgebiets in die EG-Länder 1980, 1987 und 1988*)

Bezeichnung	1980	1987	1988	Anteil 1980	Anteil 1987	Anteil 1988	Veränderung 1988/1980	Veränderung 1988/1987	Anteil am Bund 1980	Anteil am Bund 1987	Anteil am Bund 1988
	Mill. DM			%							
				Baden-Württemberg							
Ausfuhr insgesamt	59 286,8	95 972,5	100 620,9	100	100	100	+ 69,7	+ 4,8	16,9	18,2	17,7
darunter in die EG-Länder zusammen	26 393,0	41 985,2	46 784,4	44,5	43,7	46,5	+ 77,3	+ 11,4	14,7	15,1	15,2
davon nach											
Frankreich	8 331,0	12 144,3	13 316,3	14,1	12,7	13,2	+ 59,8	+ 9,7	17,9	19,1	18,7
Italien	5 330,2	8 359,5	9 691,5	9,0	8,7	9,6	+ 81,8	+ 15,9	17,8	18,2	18,8
Vereinigtes Königreich	3 346,9	6 470,4	7 534,5	5,6	6,7	7,5	+ 125,1	+ 16,4	14,6	13,9	14,3
Niederlande	3 996,4	5 658,2	5 899,7	6,7	5,9	5,9	+ 47,6	+ 4,3	12,0	12,3	12,0
Belgien-Luxemburg	2 788,7	3 969,5	4 282,3	4,7	4,1	4,3	+ 53,6	+ 7,9	10,1	10,2	10,2
Spanien	860,9	2 312,6	2 800,0	1,5	2,4	2,8	+ 225,2	+ 21,1	17,0	15,9	16,1
Dänemark	769,1	1 433,5	1 387,1	1,3	1,5	1,4	+ 80,4	– 3,2	11,5	12,8	12,3
Griechenland	517,3	771,0	785,0	0,9	0,8	0,8	+ 51,7	+ 1,8	13,7	15,6	14,2
Portugal	285,2	587,0	767,7	0,5	0,6	0,8	+ 169,2	+ 30,8	13,6	15,9	16,8
Irland	167,4	279,1	320,1	0,3	0,3	0,3	+ 91,2	+ 14,7	12,6	12,1	13,1
				Bundesgebiet							
Ausfuhr insgesamt	350 327,7	527 376,7	567 704,7	100	100	100	+ 62,0	+ 7,6			
darunter in die EG-Länder zusammen	179 151,6	277 916,2	308 221,0	51,1	52,7	54,3	+ 72,0	+ 10,9			
davon nach											
Frankreich	46 614,8	63 608,8	71 270,3	13,3	12,1	12,6	+ 52,9	+ 12,0			
Vereinigtes Königreich	22 917,3	46 632,4	52 872,0	6,5	8,8	9,3	+ 130,7	+ 13,4			
Italien	29 935,9	46 056,3	51 652,0	8,5	8,7	9,1	+ 72,5	+ 12,1			
Niederlande	33 273,3	46 087,5	49 191,6	9,5	8,7	8,7	+ 47,8	+ 6,7			
Belgien-Luxemburg	27 481,7	38 845,6	42 069,4	7,8	7,4	7,4	+ 53,1	+ 8,3			
Spanien	5 068,2	14 559,4	17 345,2	1,4	2,8	3,1	+ 242,2	+ 19,1			
Dänemark	6 668,4	11 165,0	11 281,5	1,9	2,1	2,0	+ 69,2	+ 1,0			
Griechenland	3 774,2	4 950,6	5 524,2	1,1	0,9	1,0	+ 46,4	+ 11,6			
Portugal	2 090,5	3 701,2	4 574,1	0,6	0,7	0,8	+ 118,8	+ 23,6			
Irland	1 327,5	2 309,4	2 440,7	0,4	0,4	0,4	+ 83,9	+ 5,7			

*) Vorläufige Werte.

Globale Entwicklung der Handelsbeziehungen zwischen Baden-Württemberg und der EG seit 1980

Die Wirtschaft des Landes verzeichnete seit 1980 eine Ausweitung ihres Exports bis einschließlich 1988 um 69,7 %, bis zum Jahre 1987 um 61,9 %. Während die Absatzentwicklung baden-württembergischer Produkte in die EG- und in die EFTA-Länder der Größenordnung nach bis 1987 dem Durchschnitt entsprach (+ 59,1 % bzw. 61,0 %), expandierten Ausfuhren in andere Absatzmärkte, wie z.B. in die USA (+ 153,5 %) oder nach Japan (+ 170,3 %), noch in weit stärkerem Maße. Diese Entwicklung zeigt sich, wenn auch durchweg mit etwas geringeren Zuwachsraten, im übrigen auch im Bundesgebiet. Negativ entwickelte sich, mit als Folge des kräftigen Preisverfalls

Tabelle 3

Länderstruktur der Einfuhr Baden-Württembergs und des Bundesgebiets aus den EG-Ländern 1980, 1987 und 1988*)

Bezeichnung	1980	1987	1988	Anteil 1980	Anteil 1987	Anteil 1988	Veränderung 1988/1980	Veränderung 1988/1987	Anteil am Bund 1980	Anteil am Bund 1987	Anteil am Bund 1988
	Mill. DM			%							
				Baden-Württemberg							
Einfuhr insgesamt	46 540,5	58 223,0	62 020,8	100	100	100	+ 33,3	+ 6,5	13,3	13,9	13,8
darunter aus den EG-Ländern zusammen	22 575,8	30 099,4	31 696,3	48,5	51,7	51,1	+ 40,4	+ 5,3	13,6	13,9	13,9
davon aus											
Frankreich	7 820,7	8 717,4	9 625,2	16,8	15,0	15,5	+ 23,1	+ 10,4	21,3	18,2	18,1
Italien	5 471,2	8 327,6	8 550,8	11,8	14,3	13,8	+ 56,3	+ 2,7	20,2	21,2	21,2
Niederlande	2 986,1	3 430,0	3 624,9	6,4	5,9	5,8	+ 21,4	+ 5,7	7,6	7,6	8,0
Vereinigtes Königreich	1 958,1	3 240,0	3 088,2	4,2	5,6	5,0	+ 57,7	− 4,7	8,5	11,0	10,1
Belgien-Luxemburg	2 550,9	2 895,5	2 972,7	5,5	5,0	4,8	+ 16,5	+ 2,7	10,4	9,9	9,5
Spanien	764,5	1 423,5	1 569,1	1,6	2,4	2,5	+ 105,2	+ 10,2	16,9	17,1	17,3
Irland	181,2	576,9	646,0	0,4	1,0	1,0	+ 256,5	+ 12,0	11,8	16,5	17,5
Portugal	121,8	531,5	596,7	0,3	0,9	1,0	+ 389,9	+ 12,3	10,1	18,4	19,2
Griechenland	479,4	541,3	526,3	1,0	0,9	0,8	+ 9,8	− 2,8	17,3	16,0	16,3
Dänemark	241,9	414,7	496,5	0,5	0,7	0,8	+ 105,3	+ 19,7	4,2	5,4	6,0
				Bundesgebiet							
Einfuhr insgesamt	350 590,3	419 076,1	449 460,6	100	100	100	+ 28,2	+ 7,3			
darunter aus den EG-Ländern zusammen	166 588,2	216 667,9	228 223,7	47,5	51,7	50,8	+ 37,0	+ 5,3			
davon aus											
Frankreich	36 772,9	47 777,0	53 162,3	10,5	11,4	11,8	+ 44,6	+ 11,3			
Niederlande	39 237,9	44 928,4	45 550,5	11,2	10,7	10,1	+ 16,1	+ 1,4			
Italien	27 126,9	39 271,1	40 288,1	7,7	9,4	9,0	+ 48,5	+ 2,6			
Belgien-Luxemburg	24 559,4	29 298,1	31 246,3	7,0	7,0	7,0	+ 27,2	+ 6,6			
Vereinigtes Königreich	23 057,0	29 551,3	30 520,8	6,6	7,1	6,8	+ 32,4	+ 3,3			
Spanien	4 523,6	8 333,8	9 085,6	1,3	2,0	2,0	+ 100,8	+ 9,0			
Dänemark	5 803,0	7 730,8	8 341,6	1,7	1,8	1,9	+ 43,7	+ 7,9			
Irland	1 533,2	3 503,6	3 687,7	0,4	0,8	0,8	+ 140,5	+ 5,3			
Griechenland	2 763,5	3 393,1	3 233,8	0,8	0,8	0,7	+ 17,0	− 4,7			
Portugal	1 210,7	2 880,8	3 107,0	0,3	0,7	0,7	+ 156,6	+ 7,9			

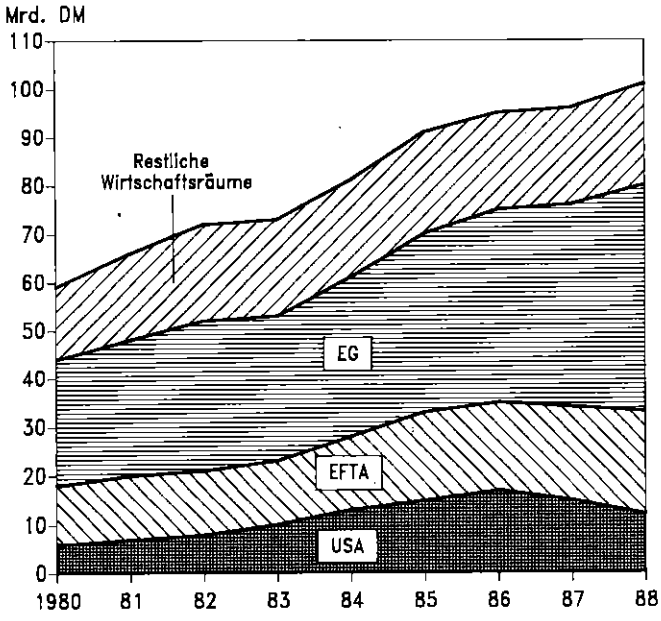
*) Vorläufige Werte.

auf den Rohölmärkten dagegen die Exporttätigkeit in die OPEC-Länder (Baden- Württemberg: - 29,4 %; Bund: - 37,3 %). Auf Grund der bereits skizzierten Entwicklung im Jahre 1988, in der die Exporte in die EG um 11,4 % anwuchsen, lag die Ausfuhrsteigerung in die EG im Zeitraum von 1980 bis 1988 insgesamt mit einer Zunahme von 77,3 % deutlich über der Steigerung der Gesamtausfuhr des Landes (+ 69,7 %).

Während des Betrachtungszeitraums, in dem die Zusammensetzung der EG relativ konstant geblieben ist, zeigt der Beitritt Griechenlands im Jahre 1981 im Hinblick auf die Entwicklung der Ausfuhren des Landes in die EG vergleichsweise geringe Wirkungen. Spanien und Portugal, deren Beitritt allerdings erst 1986 erfolgte, weisen dagegen quasi als "Vorwegnahmeeffekt" bereits seit 1985 überdurchschnittlich

Schaubild 3

Ausfuhr Baden-Württembergs in wichtige Wirtschaftsräume 1980 bis 1988



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 197 89

positive Entwicklungen bei ihren Warenbezügen auf. Die Gesamtwirkungen ihres Beitritts können jedoch erst nach längerer EG-Zugehörigkeit definitiv bewertet werden.

Nach verhaltener Entwicklung Zunahme des Anteils der EG-Ausfuhren seit 1986

Von 1980 bis 1985 entwickelten sich die Ausfuhren des Landes in die EG in vergleichsweise verhaltenem Maße, d.h. die jährlichen Steigerungsraten der Ausfuhren in die EG blieben bis 1985 stets hinter denen der Gesamtausfuhr des Landes zurück. 1983 war die EG-Ausfuhr - bei einem Anstieg der Gesamtausfuhr um 1,2 % - sogar leicht rückläufig (- 0,4 %). Diese Entwicklung führte dazu, daß der Anteil der EG-Ausfuhr an der Gesamtausfuhr des Landes von 44,5 % im Jahre 1980 auf 40,5 % in den Jahren 1984 und 1985 zurückging. Das Jahr 1985 brachte mit einer

Tabelle 4

Ausfuhr Baden-Württembergs und des Bundesgebiets (Spezialhandel) in die EG-Länder 1980 bis 1988

Bezeichnung	Jahr				
	1980	1981	1982	1983	1984
	Mill. DM				
Ausfuhr insgesamt					
Bundesgebiet	350 327,7	396 898,3	427 740,9	432 281,1	488 223,0
Baden-Württemberg	59 286,8	66 299,0	72 105,2	72 950,7	81 416,7
darunter EG-Länder					
Bundesgebiet	179 151,6	194 910,8	216 017,9	217 676,8	243 638,6
Baden-Württemberg	26 393,0	28 107,9	30 517,8	30 381,0	32 992,6
	Anteile in %				
Ausfuhr insgesamt					
Bundesgebiet	100	100	100	100	100
Baden-Württemberg	100	100	100	100	100
darunter EG-Länder					
Bundesgebiet	51,1	49,1	50,5	50,4	49,9
Baden-Württemberg	44,5	42,4	42,3	41,6	40,5
	Veränderung jeweils gegenüber dem Vorjahr in %				
Ausfuhr insgesamt					
Bundesgebiet	+ 11,4	+ 13,3	+ 7,8	+ 1,1	+ 12,9
Baden-Württemberg	+ 11,6	+ 11,8	+ 8,8	+ 1,2	+ 11,6
darunter EG-Länder					
Bundesgebiet	+ 10,9	+ 8,8	+ 10,8	+ 0,8	+ 11,9
Baden-Württemberg	+ 9,1	+ 6,5	+ 8,6	— 0,4	+ 8,6

1) Vorläufige Werte.

Steigerung um 12,2 % die im Betrachtungszeitraum prozentual stärkste Zunahme der EG-Ausfuhren Baden-Württembergs, die fast der Zuwachsrate des gesamten Landesexports entsprach. In den Jahren 1986, 1987 und 1988 verbuchte dagegen die Wirtschaft des Landes bei der Ausfuhr in die EG grössere Steigerungen (+ 6,9 %, + 6,1 % bzw. + 11,4 %) als bei der Gesamtausfuhr (+ 4,1 %, + 0,8 % bzw. + 4,8 %). Diese positive Entwicklung der EG-Exporte, die ein Ansteigen des EG-Ausfuhranteils auf 46,5 % im Jahre 1988 mit sich brachte, dürfte mit auf die Auswirkungen des Kursverfalls des US-Dollars zurückzuführen sein, die verstärkte Bemühungen initiierte, das Exportgeschäft auf weniger vom US-Dollar direkt abhängigen Absatzmärkten zu forcieren. Diese Entwicklung ist im übrigen tendenziell auch bundesweit festzustellen, wobei hier allerdings die EG-Zuwachsraten der letzten drei Jahre geringer ausfielen.

1985	1986	1987	1988[1)]
537 164,2	526 363,0	527 376,7	567 704,7
91 428,6	95 189,1	95 972,5	100 620,9
267 264,7	267 453,6	277 916,2	308 221,0
37 013,9	39 560,6	41 985,2	46 784,4
100	100	100	100
100	100	100	100
49,8	50,8	52,7	54,3
40,5	41,6	43,7	46,5
+ 10,0	— 2,0	+ 0,2	+ 7,6
+ 12,3	+ 4,1	+ 0,8	+ 4,8
+ 9,7	+ 0,1	+ 3,9	+ 10,9
+ 12,2	+ 6,9	+ 6,1	+ 11,4

Maschinen, Straßenfahrzeuge und elektrotechnische Erzeugnisse erzielen größte Zunahmen

Die Entwicklung verlief bei den einzelnen Gütergruppen, deren Ergebnisse in der vorliegenden wirtschaftssystematischen Untergliederung ab 1984 verfügbar sind, recht unterschiedlich. Während der Export in die EG von 1984 bis 1987 insgesamt um 27,3 % zunahm, wiesen von den für die Ausfuhr wichtigsten Gütergruppen Maschinenbauerzeugnisse, Straßenfahrzeuge (jeweils + 42,7 %) und elektrotechnische Erzeugnisse (+ 31,3 %) weit überdurchschnittliche Zuwachsraten auf. Der Anteil dieser drei wichtigsten Gütergruppen an der Ausfuhr des Landes in die EG wuchs damit von 51,5 % (1984) auf 56,3 % (1987).

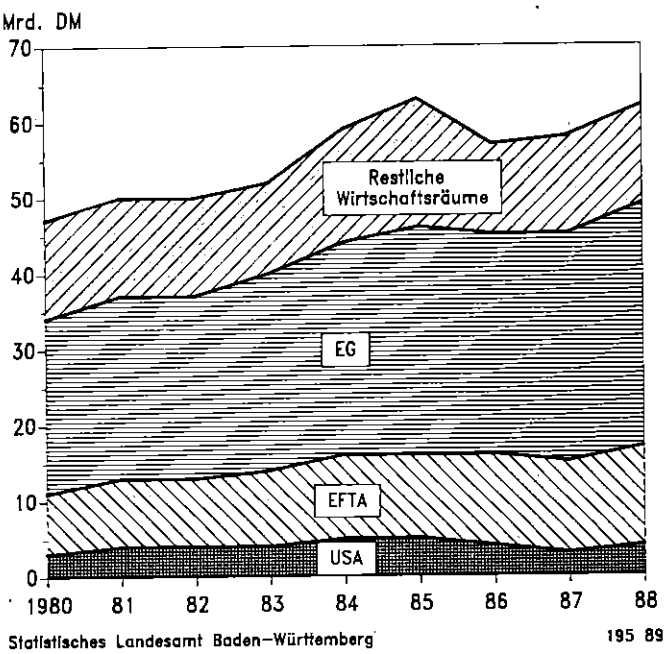
Etwas ungünstiger als im Durchschnitt verlief dagegen die EG-Exportentwicklung bei chemischen Erzeugnissen (+ 20,8 %), Eisen-, Blech- und Metallwaren (+ 20,3 %), feinmechanischen, optischen Erzeugnissen und Uhren (+ 15,8 %), Textilien (+ 12,9 %) und Erzeugnissen des Ernährungsgewerbes (+ 5,7 %).

Einfuhr des Landes aus der EG seit 1980 um ein Drittel angestiegen

Im Vergleich zu den Gesamteinfuhren des Landes, die seit 1980 um nominal ein Viertel zunahmen, entwickelte sich die Importtätigkeit sowohl aus der EG als auch aus der EFTA stärker (+ 33,3 % bzw. + 50,5 %) und lag damit auch über den vergleichbaren Zuwachsraten des Bundes (+ 30,1 % bzw. + 40,9 %). Damit stellten die Importe aus der EG und der EFTA 1987 mit Quoten von 51,7 % bzw. 21,1 % den Hauptanteil an der Gesamteinfuhr. Während die Einfuhren aus den USA im selben Zeitraum mit 5,8 % vergleichsweise gemäßigt zunahmen, entwickelten sich die Importe aus den OPEC-Staaten aufgrund der bereits erwähnten Situation auf dem Weltmarkt deutlich rückläufig (- 58,3 %). Die Einfuhren aus Japan, die mit 3,7 % noch relativ "bescheiden" am Gesamtimport des Landes beteiligt waren, expandierten hingegen kräftig (+ 108,5 %).

Schaubild 4

Einfuhr Baden-Württembergs aus wichtigen Wirtschaftsräumen 1980 bis 1988



Die Einfuhren aus der EG spiegeln in etwa den Verlauf der Landesimporte insgesamt wider, wobei die EG-Importe bis 1985 - abgesehen von einem geringfügigen Rückgang im Jahre 1982 - stets bei Zuwachsraten zwischen 6 und 11 % lagen. 1986 verzeichnete das Land nominal einen Rückgang der Gesamteinfuhren von 8,5 % (Bund: - 10,8 %) und der EG-Einfuhren von 4,4 % (Bund: - 8,3 %). Hierbei ist allerdings zu berücksichtigen, daß im Jahre 1986 die von der Entwicklung auf den Weltrohölmärkten maßgeblich beeinflußten bundesweiten Durchschnittswerte der Einfuhr außerordentlich stark rückläufig waren (- 16 %). So sank beispielsweise allein der Durchschnittspreis je Tonne Erdöl von DM 622,- im Jahre 1985 auf DM 255,- im darauffolgenden Jahr.

Betrachtet man dagegen das Volumen, so zeigt sich, daß die Einfuhren im Jahre 1986 sogar eine Zunahme aufwiesen, die im Bundesgebiet bei ca. + 6 %, im Lande noch etwas höher lag. Da sich im Folgejahr der Rückgang der Einfuhrdurchschnittswerte bundesweit deutlich verlangsamte (- 6 %), schloß sich 1987 nominal bereits wieder eine Zunahme der Importe (+ 1,8 %) an, an der die EG mit einem kräftigen Zuwachs (+ 3,9 %) überdurchschnittlich stark partizipierte. Von 1984 bis 1987 nahmen die Importe des Landes aus der EG um insgesamt 5,9 % zu.

Unter den wichtigsten Einfuhr-Gütergruppen aus der EG verbuchten die Straßenfahrzeuge von 1984 bis 1987 mit Abstand die größte Steigerung um 53,7 % und weiteten damit ihren EG-Einfuhranteil von 9 % im Jahre 1984 auf 13 % aus. Überdurchschnittlich schnitten auch Maschinenbauerzeugnisse (+ 24,2 %), elektrotechnische Erzeugnisse (+ 17,9 %) und Textilien (+ 11,1 %) ab, ebenso wie Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes (+ 14,2 %) und der Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei (+ 18,1 %) während das "Hauptimportgut chemische Erzeugnisse" unter der durchschnittlichen Zuwachsrate blieb (+ 4,8 %). Importeinbußen wiesen dagegen Eisen und Stahl (- 14,0 %) sowie Mineralölerzeugnisse (- 55,4 %) auf.

Struktur und Entwicklung des Außenhandels Baden-Württembergs mit den einzelnen Mitgliedstaaten der EG

Beim Außenhandel des Landes mit den Mitgliedstaaten der EG zeigen sich nicht nur die bereits dargestellten, zum Teil sehr unterschiedlichen Strukturanteile einzelner Länder bei Ausfuhr und Einfuhr sowohl insgesamt als auch bei einzelnen Handelsgütern, sondern auch recht heterogene Entwicklungen in den Handelsbeziehungen. Die unterschiedliche Bedeutung der Mitgliedstaaten für den Außenhandel des Landes kommt beispielsweise schon darin zum Ausdruck, daß die vier "EG-Hauptabnehmer" Frankreich, Italien, Großbritannien und die Niederlande mit einem Warenwert von 32,6 Milliarden DM alleine gut ein Drittel des Gesamtexports von Baden-Württemberg - das entspricht einem Anteil von mehr als drei Vierteln am EG-Export des Landes - aufnehmen.

Bei den traditionell stark exportorientierten "Parade-Branchen" der heimischen Wirtschaft, wie z.B. dem Maschinenbau und dem Straßenfahrzeugbau, deren Erzeugnisse auf bedeutsamen Auslandsmärkten außerhalb der EG zu-

Tabelle 5

Ausfuhr Baden-Württembergs in die EG-Länder 1984 und 1987 nach wichtigsten Gütergruppen

Gütergruppe	Baden-Württemberg insgesamt		Darunter EG - Länder		Baden-Württemberg insgesamt	EG - Länder
	1984	1987	1984	1987	Veränderung 1987 gegen 1984	
	Mill. DM				%	
Ausfuhr insgesamt	81 416,7	95 972,5	32 992,6	41 985,2	+ 17,9	+ 27,3
darunter						
Maschinenbauerzeugnisse	16 962,1	21 505,1	6 090,4	8 691,2	+ 26,8	+ 42,7
Straßenfahrzeuge	21 495,3	24 937,0	5 727,6	8 175,0	+ 16,0	+ 42,7
Elektrotechnische Erzeugnisse	10 881,4	14 236,7	5 156,7	6 769,5	+ 30,8	+ 31,3
Chemische Erzeugnisse	5 784,2	6 617,8	2 653,5	3 204,6	+ 14,4	+ 20,8
Textilien	3 438,0	3 700,0	1 668,8	1 884,8	+ 7,6	+ 12,9
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	1 837,0	1 890,0	1 344,2	1 421,4	+ 2,9	+ 5,7
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	2 948,5	3 244,1	1 208,1	1 399,4	+ 10,0	+ 15,8
Eisen-, Blech- und Metallwaren	2 419,3	2 705,1	1 116,3	1 343,1	+ 11,8	+ 20,3
Kunststofferzeugnisse	1 409,5	1 875,0	772,6	1 078,3	+ 33,0	+ 39,6
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	1 188,4	1 304,1	847,9	943,4	+ 9,7	+ 11,3

Tabelle 6

Ausfuhr Baden-Württembergs und des Bundesgebietes 1984 und 1987 nach den wichtigsten Gütergruppen insgesamt und in die EG-Länder

Gütergruppe	Ausfuhr insgesamt				Anteile der EG-Länder an der Ausfuhr			
	Baden-Württemberg		Bundesgebiet		Baden-Württembergs		des Bundesgebietes	
	1984	1987	1984	1987	1984	1987	1984	1987
	%							
Ausfuhr insgesamt	100	100	100	100	40,5	43,7	49,9	52,7
darunter								
Maschinenbauerzeugnisse	20,8	22,4	14,1	15,3	35,9	40,4	35,7	41,0
Straßenfahrzeuge	26,4	26,0	16,4	18,7	26,6	32,8	45,8	50,9
Elektrotechnische Erzeugnisse	13,4	14,8	9,9	11,0	47,4	47,5	46,9	50,9
Chemische Erzeugnisse	7,1	6,9	14,2	13,4	45,9	48,4	50,2	52,8
Textilien	4,2	3,9	3,4	3,5	48,5	50,9	54,9	57,1
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	2,3	2,0	4,3	3,9	73,2	75,2	67,7	70,5
Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Uhren	3,6	3,4	1,8	2,0	41,0	43,1	42,9	46,5
Eisen-, Blech- und Metallwaren	3,0	2,8	2,7	2,8	46,1	49,7	51,3	54,5
Kunststofferzeugnisse	1,7	2,0	1,9	2,3	54,8	57,5	60,2	63,3
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	1,5	1,4	1,1	1,2	71,3	72,3	67,6	68,9

Tabelle 7

Einfuhr Baden-Württembergs und des Bundesgebietes 1984 und 1987 nach den wichtigsten Gütergruppen insgesamt und aus den EG-Ländern

Gütergruppe	Einfuhr insgesamt				Anteile der EG-Länder an der Einfuhr			
	Baden-Württemberg		Bundesgebiet		Baden-Württembergs		des Bundesgebietes	
	1984	1987	1984	1987	1984	1987	1984	1987
	%							
Einfuhr insgesamt	100	100	100	100	48,6	51,7	49,2	51,7
darunter								
Chemische Erzeugnisse	11,1	11,8	9,1	9,9	62,0	61,9	66,0	65,8
Straßenfahrzeuge	5,4	8,2	5,2	7,7	80,3	82,4	65,9	62,0
Elektrotechnische Erzeugnisse	9,9	11,1	7,6	9,3	39,2	41,4	38,5	39,5
Maschinenbauerzeugnisse	7,2	9,2	4,4	5,8	44,3	43,3	49,1	49,2
Textilien	6,3	7,3	4,6	5,7	55,5	54,0	55,4	54,1
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	4,7	4,7	6,3	6,2	65,1	74,0	61,3	67,8
Erzeugnisse der Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei	5,1	5,0	7,7	7,5	56,3	68,1	41,7	50,4
Mineralölerzeugnisse	6,2	2,6	6,1	3,3	68,1	72,4	64,6	67,7
Eisen und Stahl	2,7	2,5	3,0	2,9	67,0	62,8	63,7	64,3
NE-Metalle und -Metallhalbzeug	3,4	3,3	4,0	3,2	42,3	37,7	37,3	40,3

meist weit überdurchschnittlich stark repräsentiert sind, fallen die entsprechenden EG-Anteile mit 40,4 % bzw. 32,8 % unterdurchschnittlich und damit relativ "bescheiden" aus (Tabelle 6). Dennoch kommt diesen Wirtschaftsgruppen, zu denen auch die elektrotechnischen Erzeugnisse gehören, eine überragende Bedeutung zu. Im übrigen zeigt sich hier im Vergleich mit dem Jahr 1984 auch eine über dem Durchschnitt liegende Entwicklung (Tabelle 5). Hier scheint also bereits ein gewisser Nachholprozess stattgefunden zu haben.

Umgekehrt ist bei Gütergruppen, die von ihrem Gewicht her an der Gesamtausfuhr des Landes in relativ geringem Rahmen beteiligt, jedoch speziell für die Wirtschaftsstruktur Baden-Württembergs charakteristisch sind, der EG-Handel von überragender Bedeutung. So entfallen z.B., wie Tabelle 6 zeigt, bei Textilien, Erzeugnissen des Ernährungsgewerbes, Kunststofferzeugnissen und bei Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugnissen - deren Quote an der Gesamtausfuhr zwar jeweils vergleichsweise gering ausfällt - mehr als die Hälfte ihres Gesamtexports auf die EG. Bei Eisen-, Blech- und Metallwaren liegt dieser Anteil bei 50 %, bei chemischen Erzeugnissen immerhin noch bei 48,4 %. Allerdings ist auch bei diesen Produktgruppen im Vergleich zum Bund eine stärkere Weltmarktorientierung der baden-württembergischen Exporte festzustellen.

Bei der Einfuhr aus Mitgliedstaaten der EG liegen chemische Erzeugnisse vor Straßenfahrzeugen, elektrotechnischen Erzeugnissen, Maschinen und Textilien, wobei der Anteil dieser Gütergruppen an der Gesamteinfuhr aus der EG rund 51 % beträgt. Wie Tabelle 7 ausweist, kommt branchenmäßig den Importen aus der EG, vor allem bei Straßenfahrzeugen, mit einem Anteil von 82,4 %, gemessen an der baden-württembergischen Gesamteinfuhr von Kraftfahrzeugen, große Bedeutung zu. Auch bei Erzeugnissen des Ernährungsgewerbes, bei Mineralölerzeugnissen, Erzeugnissen der Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fi-

scherei, bei Eisen und Stahl sowie bei chemischen Erzeugnissen liegen die EG-Quoten, gemessen an der Gesamteinfuhr der entsprechenden Gütergruppe, mit jeweils mehr als 60 % weit über dem Durchschnitt. Vergleichsweise gering sind dagegen die EG-Importe erwartungsgemäß bei den zum Investitionsgüterbereich gehörenden elektrotechnischen Erzeugnissen und Maschinen sowie bei NE-Metallen und -Metallhalbzeugen des Grundstoff- und Produktionsgüterbereichs.

Die Darstellung der unterschiedlichen Strukturen und Entwicklungen im Außenhandel Baden-Württembergs mit den einzelnen Mitgliedstaaten der EG erfolgt nach der Rangfolge der jeweiligen Ausfuhranteile im Jahre 1987, wobei die Übersichtstabellen hierzu im Anhang enthalten sind.

Frankreich

Exportgut Nr. 1 in das westliche Nachbarland Baden-Württembergs waren 1987 Maschinen, auf die ein Fünftel der Frankreich-Exporte des Landes entfielen. Von den Maschinenbauerzeugnissen waren hier - neben den "sonstigen Maschinen", zu denen zum Beispiel Verpackungsmaschinen, Spritzgießmaschinen für Kunststoff, Universal-Hydraulikbagger, Dialysatoren, Beton- und Mörtelmischmaschinen aber auch auswechselbare Werkzeuge für Werkzeugmaschinen gehören - vor allem Pumpen und Druckluftmaschinen, Büromaschinen, Landmaschinen und Ackerschlepper sowie Papier- und Druckmaschinen gefragt. Danach folgten bei den Gütergruppen elektrotechnische Erzeugnisse, die 1984 noch vor den Maschinenbauerzeugnissen an erster Stelle der "Frankreichexporte" lagen, mit einem Anteil von 18,6 % vor Straßenfahrzeugen (16,4 %) und chemischen Erzeugnissen (6,9 %). Anteile zwischen jeweils 3 und 4 %, gemessen an der Gesamtausfuhr nach Frankreich, wiesen Textilien, Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, feinmechanische und optische Erzeugnisse sowie Uhren, Eisen-, Blech- und Metallwaren und Kunststofferzeugnisse auf.

Die höchsten Zuwachsraten erzielten von 1984 bis 1987 bei den Frankreichexporten bei einer Gesamtsteigerung von 18,8 % Kunststofferzeugnisse (+ 35,8 %), Maschinen (+ 33,7 %), chemische Erzeugnisse (+ 30,3 %) und Straßenfahrzeuge (+ 22,9 %) vor feinmechanischen und optischen Erzeugnissen sowie Uhren, Eisen-, Blech- und Metallwaren und elektrotechnischen Erzeugnissen. Vergleichsweise gering fiel die Zunahme bei Textilien aus. Die Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes hatten dagegen eine Einbuße zu verzeichnen.

Bei den Einfuhren aus Frankreich verbuchten chemische Erzeugnisse mit 13,8 % den höchsten Anteil am Frankreich-Gesamtimport vor Straßenfahrzeugen (10,9 %), elektrotechnischen Erzeugnissen und Maschinenbauerzeugnissen (jeweils 9,8 %).

Im Vergleich mit 1984 sind hier einige recht unterschiedliche Entwicklungen zu verzeichnen. So erreichten Straßenfahrzeuge, die 1984 noch den siebten Rang bei den Importen aus Frankreich einnahmen, mit 81,3 % eine recht kräftige Steigerung (1987: Platz 2), ebenso wie die Erzeugnisse der Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei, die einen Zuwachs von immerhin 40,9 % aufwiesen. Deutlich geringer fielen die Zunahmen bei chemischen und bei elektrotechnischen Erzeugnissen aus (+ 7,9 % bzw. + 6,0 %). Maschinenbauerzeugnisse, die 1984 noch an zweiter Stelle der Importskala standen, fielen infolge der geringen Zuwachsrate von 0,4 % zurück. Verluste schlugen dagegen bei den Erzeugnissen des Ernährungsgewerbes (- 6,1 %), bei NE-Metallen und -Metallhalbzeug (- 19,2 %) sowie - hauptsächlich aufgrund des Preisverfalls auf den Welt- Rohölmärkten - bei Mineralölerzeugnissen (- 49,5 %) zu Buche.

Italien

Die Steigerungsrate baden-württembergischer Ausfuhren nach Italien lag von 1984 bis 1987 mit 38,5 % über der des Gesamtexports in die EG. Von den grossen Abnehmerländern wies es die höchsten Zunahmen auf. Auch die Einfuhren haben am stärksten zugenommen. In den letzten Jahren haben sich somit die Verflechtungsbeziehungen des Landes mit diesem großen EG-Land am in-

tensivsten entwickelt. Unter den Exportgütern dominierten die "klassischen" Produkte des heimischen Investitionsgüterbereichs: Straßenfahrzeuge - mit einem Ausfuhranteil von 27,5 % - vor Maschinen (18,4 %) und elektrotechnischen Erzeugnissen (15,9 %), die mit Zunahmen von jeweils 60 % oder mehr durchweg auch überdurchschnittliche Exporterfolge erzielten. Chemische Erzeugnisse und Textilien legten, wenn auch in geringerem Maße, beim Italienexport ebenfalls zu (+ 26,7 % bzw. + 25,5 %), während Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes an Terrain verloren.

Beim Import aus Italien verbesserten Straßenfahrzeuge ihren Anteil an der Gesamteinfuhr (1987 = 24,2 %) durch eine kräftige Absatzsteigerung im Lande seit 1984 um 43 %. Bei Textilien, die mit 13,4 % an zweiter Stelle der Italien-Importe lagen, fiel die Zuwachsrate dagegen geringer aus (+ 21,5 %). Danach folgten auf der Rangskala der wichtigsten Importgüter mit Anteilen zwischen 9 und 4 % mit Abstand Maschinen (+ 39,2 %), elektrotechnische und chemische Erzeugnisse (+ 17,5 % und + 24,7 %) - wobei von letztgenannten etwa ein Drittel auf pharmazeutische Erzeugnisse entfiel - sowie Bekleidung (+ 36,2 %), die sämtlich Importzunahmen aufwiesen. Rückläufig entwickelten sich dagegen die Schuheinfuhren (- 4,2 %).

Vereinigtes Königreich (Großbritannien und Nordirland)

Die Exporte des Landes nach Großbritannien nahmen seit 1984 um 22 % zu. "Hauptexportgüter" waren dabei mit einem Anteil von knapp einem Viertel Maschinen - mit Schwerpunkten bei Papier- und Druckmaschinen, Werkzeugmaschinen sowie Pumpen und Druckluftmaschinen -, Straßenfahrzeuge (21,6 %) und elektrotechnische Erzeugnisse (15,6 %). Von Bedeutung waren ferner auch chemische Erzeugnisse (7,6 %), Textilien (4,1 %), feinmechanische und optische Erzeugnisse sowie Uhren (3,4 %) und Eisen-, Blech- und Metallwaren (3,2 %). Bis auf Textilien und feinmechanische und optische Erzeugnisse (einschließlich Uhren), die jeweils Exporteinbußen verzeichneten (- 5,9 % bzw. - 11,8 %), schnitten die genannten Gütergruppen mit Zuwachsraten zwischen 40 % (Straßenfahrzeuge) und rund 22 % (chemische Erzeugnisse) positiv ab.

"Hauptimportgüter" aus Großbritannien waren mit einem Importanteil von mehr als einem Drittel chemische Erzeugnisse, wobei deren Hauptgewicht mit wiederum fast 57 % auf pharmazeutischen Erzeugnissen lag, vor Erdöl und Erdgas (16,3 %). Hierbei ist zu berücksichtigen, daß gerade bei chemischen Erzeugnissen oftmals ein mehr oder weniger enger Zusammenhang zum Öl gegeben ist. Weitere wichtige Importgüter waren elektrotechnische Erzeugnisse (11,7 %), Maschinen (6,9 %), Büromaschinen sowie Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen und Textilien (jeweils 3,1 %). Aufgrund der bereits beschriebenen Entwicklung auf den Weltrohölmärkten ging der Wert der Erdöl- und Erdgasimporte als Folge des weltweiten Preisverfalls drastisch zurück (- 66,2 %). Während die chemischen Erzeugnisse einen vergleichsweise bescheidenen Zuwachs (+ 2,2 %) aufwiesen, verzeichneten die übrigen genannten Importgüter fast durchweg deutliche Zunahmen. Insgesamt wies der in entscheidendem Maße vom Öl und von Ölerzeugnissen geprägte Import aus Großbritannien wertmäßig aufgrund der Entwicklung der Durchschnittseinfuhrpreise einen Rückgang von 16,2 % auf.

Niederlande

In die Niederlande, in die seit 1984 20 % mehr Waren exportiert wurden, führten Maschinenbauerzeugnisse mit einem Ausfuhranteil von einem Fünftel die Exportskala an, wobei hier gewisse Schwerpunkte, vor allem bei Pumpen und Druckluftmaschinen, Papier- und Druckmaschinen sowie bei Werkzeugmaschinen lagen. An zweiter Stelle folgten elektrotechnische Erzeugnisse (13,6 %) vor Straßenfahrzeugen (12,6 %), chemischen Erzeugnissen (8,8 %) und Textilien (5,4 %). Von diesen Gütergruppen wiesen die Maschinenbauerzeugnisse seit 1984 die günstigste Exportentwicklung auf (+ 43,1 %) vor elektrotechnischen Erzeugnissen (+ 28,8 %) und Straßenfahrzeugen (+ 19,1 %). Unterdurchschnittlich verlief dagegen die Exporttätigkeit bei chemischen Erzeugnissen (+ 4,2 %) und Textilien (+ 1,6 %).

Ähnlich wie im Falle von Großbritannien wirkten sich auch bei den Importen aus den Niederlanden die durch den Preisverfall maßgeblich beeinflußte Entwicklung bei den Mineralölerzeugnissen aus, die im Zusammenwirken mit dem ungünstigen Verlauf bei anderen wichtigen Importgütern ebenfalls zu einem Rückgang des Gesamtimports von 13,3 % führte. Verluste in unterschiedlicher Höhe wiesen vor allem die drei Hauptimportgüter chemische Erzeugnisse (- 1,0 %), Mineralölerzeugnisse (- 53,8 %) und Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes (- 15,6 %) auf, die zusammen über 55 % des gesamten Importwerts auf sich vereinten. Auch NE-Metalle und -Metallhalbzeug verzeichneten eine Einbuße (- 23,3 %). Positiv schnitten dagegen Erzeugnisse der Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei (+ 11,3 %), Maschinen (+ 42,8 %) und elektrotechnische Erzeugnisse (+ 7,5 %) ab.

Belgien und Luxemburg

Belgien und Luxemburg werden als Wirtschafts- und Währungsunion in der Außenhandelsstatistik nicht getrennt, sondern als eine "Länderposition" nachgewiesen. Straßenfahrzeuge (21,9 %), Maschinen (18,6 %) und elektrotechnische Erzeugnisse (12,8 %) stellten den Hauptanteil am baden-württembergischen Export in diesen Wirtschaftsraum. Während die Zuwachsrate der Gesamtausfuhr des Landes nach Belgien und Luxemburg der des EG-Exports insgesamt entsprach, wiesen die drei genannten Produktgruppen überdurchschnittliche Steigerungen auf. Bei chemischen Erzeugnissen, dem viertwichtigsten Exportgut (10,4 %), sowie bei Textilien und Eisen-, Blech- und Metallwaren verlief diese Entwicklung in etwas abgeschwächter Form.

Bei der Einfuhr nahmen Straßenfahrzeuge mit einem Anteil von 18,8 % am Gesamtimport aus Belgien und Luxemburg den Spitzenplatz ein vor chemischen Erzeugnissen, Eisen und Stahl, elektrotechnischen Erzeugnissen, Textilien und NE-Metallen und -Metallhalbzeug. Besonders kräftig expandierten von diesen Gütern die Importe bei Straßenfahrzeugen und elektrotechnischen Erzeugnissen; in weit geringerem Maße nahmen die Einfuhren von chemischen Erzeugnissen und von Eisen und Stahl zu. Importverluste waren dagegen bei Textilien sowie NE-Metallen und -Metallhalbzeug zu verzeichnen.

Spanien

Beim Export nach Spanien, einem der beiden "Neu-Mitglieder" in der EG, dominierten eindeutig Erzeugnisse des baden-württembergischen Investitionsgüterbereichs. Maschinen und Straßenfahrzeuge waren dabei an der Gesamtausfuhr zu rund je einem Viertel beteiligt, elektrotechnische Erzeugnisse hatten einen Anteil von knapp einem Fünftel. Danach folgten chemische Erzeugnisse (7,7 %) und feinmechanische und optische Erzeugnisse sowie Uhren (4,1 %). Nach dem anderen "EG-Newcomer" Portugal wies Spanien mit einer Verdoppelung seiner Warenbezüge aus Baden-Württemberg die zweitgrößte Steigerung aller EG-Staaten seit 1984 auf. Die größte prozentuale Absatzsteigerung seit 1984 erzielten von den genannten Erzeugnissen Straßenfahrzeuge (+ 180,4 %), die sich damit in der Rangfolge der exportierten Güter um einen Platz auf Rang zwei verbesserten, vor Maschinenbauerzeugnissen (+ 130,9 %), elektrotechnischen Erzeugnissen (+ 73,2 %), feinmechanischen und optischen Erzeugnissen sowie Uhren (+ 44,6 %) und chemischen Erzeugnissen (+ 43,3 %).

Bei der Einfuhr aus Spanien entfiel ein Fünftel auf Erzeugnisse der Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei, wobei hier ein Schwerpunkt bei Südfrüchten lag. An zweiter Stelle folgten Straßenfahrzeuge vor elektrotechnischen Erzeugnissen, Maschinen und chemischen Erzeugnissen. Weitere nennenswerte Importgüter waren Holzschliff Zellstoff, Papier und Pappe, Mineralölerzeugnisse sowie Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräte. Beim Import verlief die Entwicklung uneinheitlich. So standen deutlichen Importgewinnen bei Maschinen, Erzeugnissen der Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei, bei Straßenfahrzeugen und elektrotechnischen Erzeugnissen Einbußen bei Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe sowie bei chemischen und Mineralölerzeugnissen gegenüber.

Dänemark

Gut ein Viertel des Exports nach Dänemark entfiel auf Maschinen mit Schwerpunkten bei Papier- und Druckmaschinen, Werkzeugmaschinen, Pumpen und Druckluftmaschinen, Landmaschinen und Ackerschleppern und bei Büromaschinen. Auf elektrotechnische Erzeugnisse (17,6 %) und Straßenfahrzeuge (11,9 %) kamen zusammen weitere 30 % der Gesamtausfuhr. Von Bedeutung waren weiterhin chemische Erzeugnisse, Textilien, Eisen-, Blech- und Metallwaren, feinmechanische, optische Erzeugnisse und Uhren sowie Kunststofferzeugnisse. Günstig entwickelten sich vor allem die Exporte bei Straßenfahrzeugen, elektrotechnischen Erzeugnissen und Maschinen. Mit Abstand folgten Kunststofferzeugnisse, feinmechanische, optische Erzeugnisse und Uhren, Textilien und chemische Erzeugnisse vor Eisen-, Blech- und Metallwaren.

Bei der Einfuhr lagen elektrotechnische Erzeugnisse, die 1984 noch den vierten Platz der Importskala einnahmen, aufgrund ihrer starken Zuwachsrate (+ 46,8 %) mit einem Anteil von 13,9 % an erster Stelle. Erzeugnisse der Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei folgten danach vor Maschinen, Nahrungsmitteln, chemischen Erzeugnissen, Holzwaren, Kunststofferzeugnissen und Textilien. Importeinbußen wiesen hier vor allem "konsumnahe" Produkte der Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei - so z.B. auch Ölfrüchte zur Ernährung-, Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes, aber auch Textilien, auf. Maschinen, chemische Erzeugnisse, Holzwaren und Kunststofferzeugnisse weiteten dagegen ihre Importanteile aus.

Griechenland

Bei Griechenland, dem südöstlichsten Mitgliedstaat der EG, ist eine von der "EG-typischen" Gütergliederung stark abweichende Exportstruktur festzustellen. So stellten Textilien den größten Anteil des baden- württembergischen Exports (18,3 %) vor Maschinen (17,6 %), Erzeugnissen des Ernährungsgewerbes (13,9 %), Straßenfahrzeugen (11,2 %), elektrotechnischen und chemischen Erzeugnissen (10,9 % bzw. 7,5 %) sowie Papier- und Pappewaren (3,4 %). Während Textilien, Maschinen und Nahrungsmittel deutliche Zuwachsraten aufwiesen, verbuchten die übrigen Gütergruppen Exporteinbußen.

Der Hauptanteil der Einfuhr entfiel mit 57,7 % ebenfalls auf Textilien vor Bekleidung. Bei den relativ hohen Quoten sowohl bei den Aus- als auch bei den Einfuhren von Textilien ist dabei wohl nicht auszuschließen, daß sich hier Auswirkungen des sogenannten "Textilveredelungsverkehrs" - d.h. des Handels und der Be- oder Weiterverarbeitung von Textilien verschiedener Fertigungsstufen - bemerkbar machen, die hier allerdings nicht quantifizierbar sind. An Importgütern spielten 1987 ferner noch Erzeugnisse der Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei sowie Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes eine Rolle, wobei letztere von den genannten Importgütern als einzige eine Abnahme aufwiesen.

Portugal

Die Ausfuhren nach Portugal, dem zweiten EG-"Neumitgliedsland" haben sich seit 1984 mehr als verdoppelt. Der Hauptanteil des baden-württembergischen Exports entfiel hier auf Maschinen (27,2 %) vor elektrotechnischen Erzeugnissen (15,7 %), Textilien (14,4 %), Straßenfahrzeugen (11,2 %) und chemischen Erzeugnissen (8,5 %), die mit Steigerungsraten zwischen 40 % (chemische Erzeugnisse) und mehr als 140 % (Textilien) durchweg auch kräftig expandierten.

Seit 1984 nahmen die Importe aus Portugal um insgesamt gut 70 % zu. Der größte Anteil entfiel 1987 auf Schuhe (25,4 %), die 1984 noch an vierter Stelle der Importgüter standen, vor Textilien, Bekleidung und Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe. Danach folgten Steine und Erden, Asbestwaren, Schleifmittel, Holzwaren, Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse, wobei vor allem die beiden letztgenannten Gütergruppen überdurchschnittliche Importgewinne auswiesen.

Irland

Die Exporttätigkeit nach Irland, dem wertmäßig kleinsten Handelspartner des Landes innerhalb der EG entwickelte

sich, im Vergleich zum Gesamtexport in die EG, unterdurchschnittlich (+ 9,2 %). Hauptausfuhrgüter waren neben Maschinen, Textilien, elektrotechnische Erzeugnisse, feinmechanische und optische Erzeugnisse sowie Uhren, Straßenfahrzeuge und chemische Erzeugnisse. Von Bedeutung waren ferner noch Glas und Glaswaren, Papier- und Pappewaren und Eisen-, Blech- und Metallwaren. Deutlichen Exportsteigerungen, vor allem bei Papier- und Pappewaren, Straßenfahrzeugen, Glas und Glaswaren, chemischen Erzeugnissen, Textilien und feinmechanischen und optischen Erzeugnissen (einschließlich Uhren) standen hier Einbußen bei Eisen-, Blech- und Metallwaren, Maschinen und elektrotechnischen Erzeugnissen gegenüber.

Der Schwerpunkt bei der Einfuhr aus Irland, die sich mehr als verdoppelte, lag mit 57 % eindeutig bei Erzeugnissen des Ernährungsgewerbes, vor allem bei unterschiedlichen pflanzlichen Nahrungsmitteln. Eine Rolle beim Import spielten auch elektrotechnische, chemische sowie feinmechanische und optische Erzeugnisse sowie Uhren, Textilien und Maschinen, die unterschiedliche Entwicklungen verzeichneten.

Zusammenfassung

- Der Anteil der Ausfuhr des Landes in die Mitgliedstaaten der EG war 1988 mit knapp 46,5 %, gemessen an der Gesamtausfuhr, relativ gering und lag damit deutlich unter dem Bundesdurchschnitt (54,3 %). Bei der Einfuhr aus den Mitgliedstaaten der EG entsprach dagegen der baden-württembergische Anteil (51,1 %) dem Bundesdurchschnitt.

- Der vergleichsweise geringe EG-Ausfuhranteil des Landes ist darauf zurückzuführen, daß der Exportanteil Baden- Württembergs bei anderen Ländern bzw. Ländergruppen überdurchschnittlich hoch ausfällt. So lag der Anteil der Ausfuhr in die EFTA-Staaten 1988 bei 20 % (Bundesdurchschnitt: 16,7 %), wobei zum Beispiel alleine in der Schweiz 26 % der aus der Bundesrepublik Deutschland bezogenen Erzeugnisse aus Baden-Württemberg kamen. Mit nicht ganz 12 % lag auch der Anteil des Exports aus dem Lande in die USA weit über dem vergleichbaren Ausfuhranteil des Bundes (8,0 %), womit rund 26 % der Exportgüter aus der Bundesrepublik in die USA baden-württembergischen Ursprungs waren.

- Sektoral liegt der Schwerpunkt beim Gesamtexport des Landes im Investitionsgüterbereich. Von besonderer Bedeutung sind hier vor allem Maschinen (Anteil am Gesamtexport 1987: 22,4 %), Kraftfahrzeuge (26,0 %) und elektrotechnische Erzeugnisse (14,8 %), wobei auf diese drei Gütergruppen alleine rund zwei Drittel des Gesamtexports entfallen. Bei diesen Gütergruppen ist der Anteil an den jeweiligen Bundesausfuhren mit Quoten zwischen 24 und 27 Prozent ebenfalls überdurchschnittlich.

- Beim baden-württembergischen Export in die EG weisen Maschinen und Straßenfahrzeuge im Vergleich zum Anteil am Gesamtexport jeweils geringere Quoten auf (1987: 20,7 % und 19,5 %). Kraftfahrzeuge sind beim Export in die USA mit einem Anteil von 36 % - gemessen am Gesamtexport von Kraftfahrzeugen des Landes - überdurchschnittlich stark beteiligt. Damit entfallen 60 % der baden-württembergischen Ausfuhren in die USA auf Kraftfahrzeuge.

- Elektrotechnische Erzeugnisse sind demgegenüber am Export in die EG überdurchschnittlich stark repräsentiert (16,1 %). Dies gilt auch für einige kleinere Produktgruppen, die für die Wirtschaftsstruktur des Landes typisch sind, ohne daß sie bei der Gesamtausfuhr ein großes Gewicht erreichen. Am Export in die EG jedoch sind sie überdurchschnittlich stark beteiligt. So gingen 1987 jeweils etwa die Hälfte der Ausfuhren chemischer Erzeugnisse, der Textilien sowie der Eisen-, Blech- und Metallwaren in die EG, bei den Kunststofferzeugnissen waren es 57,5 % und bei Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe sogar 72,3 %.

- Bei den Ausfuhren des Landes in die EG liegen regionale Schwerpunkte bei Frankreich, das 1988 rund 29 % des baden-württembergischen EG-Exports aufnahm, sowie bei Italien (20,7 %). In den letzten Jahren haben sich die gegenseitigen Austauschbeziehungen des Landes insbesondere mit Italien intensiviert. So stiegen zwischen 1984 und 1987 die Ausfuhren um fast 40 % und die Einfuhren um gut 20 %.

- Im Zeitraum 1980 bis 1984 blieben die jährlichen Steigerungsraten der Ausfuhren des Landes in die EG-Mitgliedsstaaten unter denen des baden-württembergischen Gesamtexports. 1983 war die EG-Ausfuhr des Landes sogar leicht rückläufig. Damit ging der Anteil der EG-Ausfuhr an der Gesamtausfuhr Baden-Württembergs von 44,5 % im Jahre 1980 auf 40,5 % zurück. Im Jahre 1985 nahm der Export in die EG in etwa dem gleichen Maße zu wie der Gesamtexport. Seit 1986 fielen die jährlichen Steigerungsraten der baden-württembergischen Ausfuhren in die EG, wohl nicht zuletzt als Folge des Kursverfalls des US-Dollars und damit verbundener Turbulenzen auf vom US-Dollar stark abhängigen Absatzmärkten, höher aus als die der Gesamtausfuhren.

- Im Betrachtungszeitraum von 1984 bis 1988 wiesen damit die Exporte des Landes in die EG eine stärkere Zunahme auf als die Gesamtausfuhren, so daß sie hieran wiederum einen Anteil von 46,5 % erreichten. Auch sektoral zeigt sich beim EG-Export eine tendenzielle Verlagerung: Von den bedeutsamsten Wirtschaftsgruppen verzeichneten Maschinen und Straßenfahrzeuge mit Zuwachsraten von jeweils knapp 43 % (1984 bis 1987) die günstigste Entwicklung. Beim Gesamtexport waren die Raten mit rund 27 % (Maschinen) und nur 16,0 % bei Straßenfahrzeugen deutlich geringer. Elektrotechnische Erzeugnisse weisen demgegenüber mit Raten von jeweils 31 % eine ausgeglichene Entwicklung in beiden Marktsegmenten aus.

- Unter den einzelnen Mitgliedstaaten der EG entwickelte sich der Export von heimischen Erzeugnissen seit 1984 zum Teil recht uneinheitlich. Die stärksten Zunahmen wiesen die Ausfuhren nach den Neumitgliedern Portugal und Spanien sowie nach Italien auf.

1.3 Die Entwicklung der Direktinvestitionen

Einleitung

Die internationale Arbeitsteilung vollzieht sich in zunehmendem Maße nicht mehr ausschließlich über den "klassischen" Außenhandel, sondern - ergänzend hierzu - in Form der grenzüberschreitenden Unternehmensverflechtungen. Die bedeutendsten Verflechtungsarten sind der Kapitalexport bzw. Kapitalimport durch Direktinvestitionen sowie die diversen Formen der Kooperation und die Vergabe von Lizenzen. Es ist Ausdruck der zunehmenden gegenseitigen Durchdringung, daß - analog zum Außenhandel - der weitaus größte Teil der langfristigen internationalen Kapitalverflechtung innerhalb der Gruppe der westlichen Industrieländer beobachtet werden kann.

Bis Ende 1992 soll der Binnenmarkt der Europäischen Gemeinschaft schrittweise verwirklicht werden. Die Beseitigung noch bestehender Schranken im Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehr und die damit verbundene Intensivierung des Wettbewerbs werden die Mobilität des Produktionsfaktors Kapital erhöhen. Damit verschärft sich auch der Standortwettbewerb zwischen den einzelnen Ländern und Regionen der Gemeinschaft. Die Spezialisierung innerhalb des EG-Raumes wird weiter zunehmen. Dies betrifft die Außenhandelsströme, aber auch den Austausch von Direktinvestitionen. Die Schaffung des einheitlichen Wirtschaftsraumes wird somit insbesondere im Bereich der langfristigen Kapitalverflechtung über Direktinvestitionen erhebliche Veränderungen bewirken.

Ziel der vorliegenden Arbeit ist die Darstellung und die Analyse der Unternehmensverflechtung in Form von Direktinvestitionen zwischen Baden-Württemberg und den Staaten der EG gewissermaßen im Vorfeld der Vollendung des gemeinsamen Binnenmarktes.

Methodische Anmerkungen

Direktinvestitionen zeichnen sich gegenüber den sonstigen Finanzanlagen im Ausland (Portfolioinvestitionen) dadurch aus, daß der Investor die Kontrolle über das betreffende Unternehmen ausübt oder zumindest wesentlichen Einfluß auf die Geschäftspolitik nimmt. Nach den Bestimmungen der Außenwirtschaftsverordnung umfassen Direktinvestitionen den Anteil am Nominalkapital und an den Rücklagen eines ausländischen (bzw. inländischen) Unternehmens, der einem Inländer (bzw. Ausländer) zuzurechnen ist sowie alle Kredite und Darlehen, die dieser Anteilseigner dem Unternehmen gewährt hat. Als Untergrenze wird eine Mindestbeteiligung von 25 % des Nominalkapitals oder der Stimmrechte angesehen.

Direktinvestitionen können folglich in Form der Unternehmensgründung oder der Errichtung einer Zweigniederlassung im Ausland erfolgen. Ferner kann es sich um den Erwerb eines bestehenden Unternehmens im Ausland oder einer Beteiligung daran (über 25 %) handeln. Gemäß der obigen Definition werden Direktinvestitionen als Bestandsgrößen von der Deutschen Bundesbank und den Landeszentralbanken erhoben und ausgewertet (Bestandsstatistik). Demgegenüber können Direktinvestitionen auch als jährliche Transferleistungen - also als Stromgrößen - erfaßt und beobachtet werden. Diese Betrachtung ermöglicht insbesondere die Darstellung der kurzfristigen Tendenzen im Bereich der langfristigen Kapitalverflechtung. Im Rahmen dieser Arbeit werden hierzu die Ergebnisse der 1987 revidierten Transferstatistik, die vom Bundeswirtschaftsministerium veröffentlicht werden, verwendet.

Wenn ein ausländisches (bzw. inländisches) Unternehmen, an dem ein inländischer (bzw. ausländischer) Investor

beteiligt ist (unmittelbare Direktinvestitionen), selbst weitere Beteiligungen an ausländischen (bzw. inländischen) Unternehmen unterhält (Enkelgesellschaften), dann werden diese Beteiligungen sowie weitere Beteiligungen im Besitz der Enkelgesellschaften unter bestimmten Bedingungen als mittelbare Direktinvestitionen bezeichnet[1]. In diesem Zusammenhang sind vor allem die Holdinggesellschaften, die oftmals Beteiligungen in einer Vielzahl von Ländern und Branchen verwalten, zu erwähnen. Um die endgültige Höhe sowie die endgültige Länder- und Branchenstruktur der Direktinvestitionen besser zu erfassen, ist es erforderlich, die unmittelbaren und die von Holdinggesellschaften gehaltenen mittelbaren Direktinvestitionen zusammen zu betrachten und die den abhängigen Holdinggesellschaften übertragenen Mittel über eine Bilanzkonsolidierung auszuklammern (um Doppelzählungen zu vermeiden). Entsprechende konsolidierte Ergebnisse werden jedoch nur für baden-württembergische (bzw. deutsche) Direktinvestitionen im Ausland ausgewiesen. Für ausländische Direktinvestitionen im Inland gilt, daß die ausgewiesenen unmittelbaren Bestände den Bilanzwert eventueller mittelbarer Kapitalbeteiligungen als "Darunter-Position" näherungsweise enthalten.

Vorab ist darauf hinzuweisen, daß der nach Bundesländern getrennte Datenausweis der Direktinvestitionen gewisse Unschärfen beinhaltet, da etwa alle Ergebnisse für Baden-Württemberg sich auf Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg beziehen. Dies gilt sowohl für die heimischen Investoren als auch für die ausländischen Investitionsobjekte in Baden-Württemberg. Wenn eine ausländische Tochtergesellschaft mit Sitz in Baden-Württemberg Zweigniederlassungen und/oder Enkelgesellschaften in anderen Bundesländern unterhält, dann werden die entsprechenden Vermögenswerte dem Sitzland der Tochtergesellschaft - also in diesem Fall Baden-Württemberg - zugeschlagen.

Die Daten dieses Beitrags wurden zum Teil den Veröffentlichungen der Deutschen Bundesbank entnommen. Darüber hinaus wurde in großzügiger Unterstützung von der Landeszentralbank umfangreiches Datenmaterial für das Bundesland Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt.

Wichtige Motive und Wirkungen

Üblicherweise unterscheidet man, je nach dem, ob der primäre Zweck der Direktinvestition in der Beschaffungssphäre oder im Absatzbereich des investierenden Unternehmens liegt, zwischen beschaffungs- und absatzorientierten Direktinvestitionen.[2] Im Bereich der beschaffungsorientierten Direktinvestitionen dürften folgende Motive vorherrschend sein:

- Die Sicherung eines möglichst billigen Rohstoffbezugs.
  Zum einen ist denkbar, daß aufgrund der Eingliederung der Rohstoffproduktion in das betreffende Unternehmen Kostensenkungen erzielt werden können. Zum anderen kann das Motiv darin liegen, drohenden oder bereits realisierten Preiserhöhungen und/oder Lieferbeschränkungen - etwa aufgrund eines Anbieterkartells oder einer rasch steigenden Nachfrage - auszuweichen.

- Die kostenorientierte Verlagerung der Produktion von Halbfabrikaten und Zwischenprodukten, die zur Weiterverarbeitung an das Mutterunternehmen geliefert werden, ins Ausland.
  Bei der Verlagerung arbeitsintensiver Produktionsbestandteile sind niedrigere Arbeitskosten, die in der Regel mit einem großen Angebot an wenig qualifizierten Arbeitskräften verbunden sind, ausschlaggebend. Auch die Auslagerung kapitalintensiver Produktionsprozesse kann aus

1 Zur ausführlichen Definition der mittelbaren Direktinvestitionen siehe: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Heft 4/1979, S. 39.

2 Vgl. Adebahr, H.: Direktinvestitionen, Berlin 1981, S. 21 ff; die Darstellung wichtiger Motive und Wirkungen erfolgte in Anlehnung an diese Arbeit.

der Sicht des Investors vorteilhaft sein, etwa wenn überwiegend unqualifizierte Arbeitskräfte benötigt werden und die Kapitalkosten im Empfängerland vergleichsweise niedrig sind (Subventionen, Abschreibungserleichterungen u.a.). Die Möglichkeit der räumlichen und organisatorischen Trennung von Forschung, Entwicklung und Management einerseits und Produktion andererseits eröffnet für die Durchführung kostenorientierter Direktinvestitionen zusätzliche Spielräume.

- Der mit der Direktinvestition verbundene Erwerb des technologischen Know-hows eines bereits existierenden Unternehmens im Ausland. Durch die Vereinigung der fremden mit den eigenen materiellen und immateriellen Kapazitäten können u.U. Synergieeffekte ausgeschöpft werden. Des weiteren mag eine Direktinvestition in einer bestimmten Region dadurch motiviert sein, daß ein unmittelbarer Zugang zum Wissenspotential der betreffenden Region (über Märkte, neue Produkte und neue Technologien) angestrebt wird.

Der primäre Zweck der absatzorientierten Direktinvestitionen liegt in der Sicherung, in der Erschließung oder im Ausbau von Marktanteilen des Investors im Inland, im Empfängerland der Direktinvestition oder in Drittländern. Bei absatzorientierten Direktinvestitionen dürften folgende Motive eine wesentliche Rolle spielen:

- Die Gründung von Verkaufs- und Kundendienstniederlassungen im Ausland ist oftmals unerläßlich, wenn ein nennenswerter Marktanteil im jeweiligen Empfängerland angestrebt wird. Mit zunehmender Marktdurchdringung wächst im allgemeinen auch die Neigung, Produktionstöchter - mit zunächst oft relativ geringem Wertschöpfungsanteil - im betreffenden Land zu errichten bzw. bereits vorhandene Produktionsstätten zu erwerben. Die Vorteile einer somit begründeten Insiderposition liegen in der Markt- und Kundennähe, die eine effizientere Informationsbeschaffung sowie ein flexibleres Reagieren auf geänderte Marktverhältnisse (z.B. Kundenwünsche) ermöglichen. Zudem eröffnet das Auslandsengagement insbesondere in Form einer Produktionstochter in den Bereichen Werbung und Imagepflege zusätzliche Vorteile.

- Auch im Bereich der absatzorientierten Direktinvestitionen kann das Motiv einer Produktionsverlagerung in den komparativen Kostenvorteilen des Empfängerlandes begründet sein. Neben niedrigeren Arbeits- und/oder Kapitalkosten kann der komparative Vorteil im günstigeren Verhältnis zwischen öffentlicher Infrastruktur und Abgaben- und Steuerbelastung bestehen. Die Möglichkeit der internen Gewinnverlagerung zwischen Mutter- und Tochterunternehmen bietet zusätzliche Chancen der Steuerersparnis. Selbstverständlich müssen Arbeits- und Kapitalkosten in Verbindung mit der jeweiligen Produktivität gesehen werden. Das Qualifikationsniveau der Arbeitnehmer ist ebenso in Rechnung zu stellen wie die politische Stabilität und der soziale Konsens im betreffenden Investitionsland.

- Die internationale Streuung der Produktionsstandorte kann als Strategie der Risikominderung angesehen werden. Zum einen vermindern bessere Marktkenntnisse vor Ort das Risiko von qualitativen und quantitativen Fehlinvestitionen. Zum anderen können u.U. konjunkturelle Absatzschwankungen - wenn sie nicht alle betreffenden Länder gleichermaßen erfassen - teilweise kompensiert werden. In einer Zeit beträchtlicher Wechselkursschwankungen und unsicherer Erwartungen über zukünftige Währungsparitäten können die schwer kalkulierbaren Wechselkursrisiken des Warenexports durch Produktionsverlagerung in die betreffenden Absatzmärkte umgangen werden.

- Beim Vorliegen eines hart umkämpften inländischen Oligopolmarktes ist es denkbar, daß ein Oligopolist eine weitere Expansion seiner Produktionskapazitäten im Ausland statt im Inland anstrebt, um etwaige unerwünschte und nicht vorhersehbare Reaktionen seiner Konkurrenten zu

vermeiden. Im Falle des angestrebten Erwerbs bereits existierender Produktionskapazitäten kann er sich hierzu auch aufgrund der inländischen Gesetze gegen Wettbewerbsbeschränkungen veranlaßt sehen. Möglicherweise sehen sich nun auch die Konkurrenten zum Nachahmen dieser Strategie gezwungen, so daß weitere langfristige Kapitalexporte ausgelöst werden.

- Bei bestimmten Gütern mag auch die Höhe der beim Export anfallenden Transportkosten für eine Verlagerung der Produktion in die betreffenden Auslandsmärkte sprechen.

Es dürfte wohl eher die Regel als die Ausnahme sein, daß im konkreten Einzelfall gleichzeitig mehrere der genannten Motive die Entscheidung für eine absatzorientierte Direktinvestition implizieren.

Aus der vorangegangenen Erläuterung wichtiger Motive der Direktinvestitionstätigkeit ist ersichtlich, daß die Wirkungen einer Direktinvestition in enger Beziehung zu den ihr zugrundeliegenden Motiven stehen. So dürfte die Gründung einer Verkaufsniederlassung in einem Industrieland zur Abwicklung und Intensivierung der Exporte andere Wirkungen erzielen als die Verlagerung arbeitsintensiver Produktionsprozesse in ein Entwicklungsland mit der Absicht, auch den inländischen Markt zu beliefern (Reimporte). Generell zu unterscheiden sind die Wirkungen im Zielland der Direktinvestitionen von denen, die im Ursprungsland auftreten. Ferner ist zu berücksichtigen, daß den unmittelbar positiven oder negativen Primärwirkungen oftmals gegenläufige Sekundärwirkungen gegenüberstehen. So wird die Verlagerung einer Produktionsstätte ins Ausland den Export des betreffenden Produkts in das Zielland in der Regel verringern. Diesem negativen Primäreffekt können jedoch exportsteigernde Sekundärwirkungen folgen, wenn die Auslandstochter inländische Ausrüstungsgüter und/oder Zwischenprodukte bezieht und wenn aufgrund positiver Werbeeffekte die Exporte anderer Güter in das betreffende Zielland erhöht werden können. Eine quantitative oder auch nur qualitative Aufsaldierung von Primär- und Sekundärwirkungen einer Direktinvestition dürfte im Einzelfall äußerst schwierig sein.

Direktinvestitionen beeinflussen unmittelbar (als Kapitaltransfers) und mittelbar (Veränderung von Export- und Importströmen; Transfer von Gewinn/Verlust) die Zahlungsbilanzen der betroffenen Länder. Direktinvestitionen im Ausland wirken auf die Höhe und die Struktur von Exporten und Importen und somit auch auf das inländische Produktions- und Beschäftigungsniveau. Hierbei können gegenläufige Primär- und Sekundärwirkungen auftreten, deren Saldo etwa im Hinblick auf die Beschäftigung von der Art der getätigten Direktinvestitionen abhängt. Die Branchen- und Länderstruktur des langfristigen Kapitalexports liefert diesbezüglich wichtige Anhaltspunkte. Ausländische Direktinvestitionen im Inland dürften aus beschäftigungspolitischer Sicht im allgemeinen positiv beurteilt werden, wenngleich auch hierbei negative Sekundäreffekte (Erhöhung der Importkonkurrenz; Verdrängung inländischer Produzenten u.a.) nicht ausgeschlossen werden können.

Der mit Direktinvestitionen in manchen Fällen verbundene Technologietransfer beschleunigt die Verbreitung des technischen Fortschritts und kann - je nach Richtung des Transfers - im Zielland oder im Ursprungsland positive Wachstumsimpulse bewirken. Schließlich ist noch darauf hinzuweisen, daß Direktinvestitionen die Wettbewerbssituation und den Konzentrationsgrad im Zielland beeinflussen können. Dabei hängt es von den Umständen des Einzelfalles ab, ob eine Steigerung oder eine Reduzierung der Wettbewerbsintensität eintritt.

Aus der keineswegs erschöpfenden Aufzählung potentieller Wirkungen ist ersichtlich, daß Direktinvestitionen ein in der Regel sehr komplexes Wirkungsgeflecht nach sich ziehen und daß im allgemeinen eine ganze Reihe wichtiger gesamtwirtschaftlicher Tatbestände beeinflußt wird. Im Rahmen dieser Arbeit soll untersucht werden, inwieweit ein statistischer Zusammenhang zwischen baden-württembergischen Direktinvestitionen und Exporten - insbesondere in den EG-Raum - feststellbar ist. Aus-

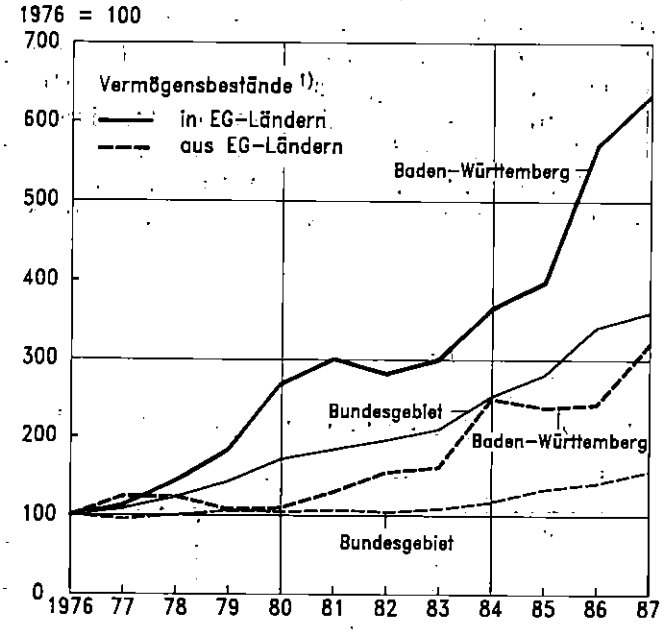
landsengagements heimischer Unternehmen können sowohl die Warenexporte fördern als auch teilweise substituieren. Da beide Effekte in der Realität auftreten, kommt es letztlich darauf an, welcher der beiden Effekte überwiegt, d.h. ob in einem bestimmten Zeitraum eher die komplementäre oder eher die substitutive Beziehung dominiert. Die Beantwortung dieser Frage würde zumindest einen groben Anhaltspunkt für die Beurteilung der Beschäftigungseffekte der Auslandsinvestitionen inländischer Unternehmen liefern.

Bilanz der Kapitalverflechtung

Im Zeitraum von 1976 bis 1987 sind die baden-württembergischen Direktinvestitionsbestände in den Ländern der EG erheblich stärker gewachsen als umgekehrt die langfristigen Kapitalbestände der EG-Länder in Baden-Württemberg (Tabelle 1). Im Rahmen der Kapitalverflechtung mit der EG entwickelte sich Baden-Württemberg somit vom Kapitalempfängerland (im Saldo) zu

Schaubild 1

Unternehmensverflechtung Baden-Württembergs und des Bundesgebietes mit den Ländern der EG 1976 bis 1987*)



*) Jeweiliger Gebietsstand. – 1) Jeweils Bestände an unmittelbaren Direktinvestitionen zum Jahresende.
Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 239 89

Tabelle 1

Bilanz der Kapitalverflechtung der Unternehmen mit der EG*) 1976 bis 1987

Jahresende	Bestände an unmittelbaren Direktinvestitionen							
	in die EG aus		Anteil Baden-Württembergs am Bundesgebiet	von der EG in/im		Anteil Baden-Württembergs am Bundesgebiet	Bilanz	
	Baden-Württemberg 1)	dem Bundesgebiet		Baden-Württemberg 1)	Bundesgebiet		Baden-Württemberg 1)	Bundesgebiet
	Mill. DM		%	Mill. DM		%	Mill. DM	
1976	1 024	15 756	6,5	1 472	21 938	6,7	– 448	– 6 182
1977	1 155	17 064	6,8	1 822	20 839	8,7	– 667	– 3 775
1978	1 470	19 327	7,6	1 814	22 003	8,2	– 344	– 2 676
1979	1 872	22 463	8,3	1 581	23 192	6,8	+ 291	– 729
1980	2 739	26 909	10,2	1 610	22 813	7,1	+ 1 129	+ 4 096
1981	3 077	28 887	10,7	1 905	23 421	8,1	+ 1 172	+ 5 466
1982	2 879	30 782	9,4	2 273	22 779	10,0	+ 606	+ 8 003
1983	3 073	32 945	9,3	2 365	23 791	9,9	+ 708	+ 9 154
1984	3 727	39 578	9,4	3 644	25 667	14,2	+ 83	+ 13 911
1985	4 070	43 968	9,3	3 482	29 118	12,0	+ 588	+ 14 850
1986	5 833	53 621	10,9	3 541	30 833	11,5	+ 2 292	+ 22 788
1987	6 480	56 598	11,4	4 690	34 151	13,7	+ 1 790	+ 22 447

*) Jeweiliger Gebietsstand. – 1) Hier wie im folgenden: Unternehmenssitz in Baden-Württemberg.
Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg; Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

einem beträchtlichen Kapitalgeberland (seit 1979). Im Bundesgebiet verlief die Entwicklung sowohl bei den Direktinvestitionen aus der EG als auch bei den Direktinvestitionen in die EG im Durchschnitt weniger expansiv. So konnte Baden-Württemberg seine diesbezüglichen Anteile am Bundesgebiet von 6,5 % auf 11,4 % (Bestände im Ausland) bzw. von 6,7 % auf 13,7 % (Bestände im Inland) erhöhen. In der Tendenz kann man jedoch auch auf Bundesebene dieselbe Entwicklung vom Kapitalempfängerland zum Kapitalgeberland (seit 1980) beobachten. Trotz kräftiger Zuwächse in den vergangenen Jahren ist Baden-Württemberg auf Bundesebene - gemessen am Anteil des Landes am Bruttoinlandsprodukt des Bundes (1987: 16,1 %) - bei den Direktinvestitionen in beiden Richtungen immer noch unterproportional vertreten.

Tabelle 2

Bilanz des Unternehmensvermögens 1979 und 1987 nach Ländern

— Baden-Württemberg —

Ländergruppe / Land	Bestände an unmittelbaren Direktinvestitionen					
	1979			1987		
	im Ausland	aus dem Ausland	Saldo	im Ausland	aus dem Ausland	Saldo
	Mill. DM					
Industrialisierte westliche Länder insgesamt	6 002	10 909	– 4 907	17 109	18 689	– 1 580
davon						
EG-Länder[1]	1 872	1 581	+ 291	6 480	4 690	+ 1 790
darunter						
Belgien	83	36	+ 47	444	19	+ 425
Frankreich	965	420	+ 545	1 850	914	+ 936
Großbritannien	296	548	– 252	1 023	1 507	– 484
Italien	169	121	+ 48	736	771	– 35
Luxemburg	100	19	+ 81	78	39	+ 39
Niederlande	206	404	– 198	1 400	1 348	+ 52
Übrige industrialisierte westliche Länder[2]	4 130	9 328	– 5 198	10 629	13 999	– 3 370
darunter						
Japan	118	38	+ 80	461	118	+ 343
Kanada	176	8	+ 168	280	6	+ 274
Österreich	387	133	+ 254	730	171	+ 559
Schweden	54	229	– 175	56	141	– 85
Schweiz	1 141	3 945	– 2 804	2 362	5 974	– 3 612
Vereinigte Staaten von Amerika	1 593	4 950	– 3 357	5 984	7 556	– 1 572
Entwicklungsländer insgesamt	1 750	310	+ 1 440		488	
davon						
OPEC	300	32	+ 268		13	
Übrige Entwicklungsländer	1 450	278	+ 1 172	2 366	475	+ 1 891
darunter						
Brasilien	1 055			1 670	22	+ 1 648
Staatshandelsländer	–	16	– 16		24	
Regional nicht aufteilbar	–	238[3]	– 238	–	237[3]	– 237
Insgesamt	7 752	11 473	– 3 721	20 023	19 438	+ 585

1) Jeweiliger Gebietsstand. – 2) Einschließlich Entwicklungsländer in Europa. – 3) Unmittelbare Darlehen der Kapitaleigner von Tochter- an Enkelgesellschaften.

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, eigene Berechnungen.

Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg unterhielten zum Stand Ende 1987 langfristige Kapitalbeteiligungen im EG-Ausland in Höhe von 6,5 Mrd. DM (Tabelle 2). Umgekehrt hatten Unternehmen aus den EG-Staaten 4,7 Mrd. DM in Unternehmensbeteiligungen und Niederlassungen in Baden-Württemberg investiert (jeweils unmittelbare Direktinvestitionen). Im Vergleich zum Stand Ende 1979 konnte Baden-Württemberg seine Position als Nettokapitalgeberland gegenüber Belgien und Frankreich weiter ausbauen. Großbritannien konnte demgegenüber durch verstärkte Engagements in Baden-Württemberg seine Position als Nettogläubigerland weiter festigen, obwohl auch baden-württembergische Investoren ihre Direktinvestitionsbestände in Großbritannien gegenüber 1979 beträchtlich ausdehnten. Erhebliche Verschiebungen ergaben sich im Verhältnis zu den Niederlanden und Italien. Gegenüber den Niederlanden entwickelte sich Baden-Württemberg vom Nettoschuldner zum Nettogläubiger, während gegenüber Italien eine gegenläufige Entwicklung eintrat. Der höchste positive Direktinvestitionsüberhang innerhalb der langfristigen Kapitalverflechtung mit den Staaten der EG ergab sich 1987 im Verhältnis zu Frankreich mit 0,9 Mrd. DM.

Eine bedeutende Rolle innerhalb der Direktinvestitionsbeziehungen Baden-Württembergs spielen die Schweiz und die USA. Gegenüber beiden Ländern befindet sich Baden-Württemberg in der Position des Nettoschuldnerlandes. Aufgrund der regen Investitionstätigkeit heimischer Unternehmen in den USA konnte jedoch die Schuldnerposition gegenüber 1979 von - 3,4 Mrd. DM auf - 1,6 Mrd. DM verringert werden. Die Schweiz ist insofern in einer Sonderstellung, da sie als Holding-Sitzland große Beliebtheit genießt. Dies führt dazu, daß sowohl die baden-württembergischen Direktinvestitionen in der Schweiz als auch die Vermögensbestände der Schweiz in Baden-Württemberg - wenn man das Kriterium des endgültigen Ursprungs- bzw. Ziellandes zugrunde legt - zu hoch ausgewiesen werden. Zum einen bestehen baden-württembergische Beteiligungen an Holdinggesellschaften in der Schweiz, die ihrerseits diese Mittel eventuell zum großen Teil in Drittländern investiert haben. Zum anderen unterhalten auch Investoren aus Drittländern Kapitalbeteiligungen in Baden- Württemberg, die von zwischengeschalteten Holdinggesellschaften in der Schweiz verwaltet werden.

Betrachtet man die Bilanz des Unternehmensvermögens 1979 und 1987 nach Ländern auf Bundesebene (Anhangtabelle 1), so sind gegenüber Baden-Württemberg insbesondere folgende Abweichungen festzustellen: Die Bundesrepublik befand sich zum Stand Ende 1987 gegenüber den Niederlanden nach wie vor in der Rolle des Nettoschuldnerlandes und gegenüber Italien in der Position des Nettogläubigers. Im Verhältnis zu den USA erlangte die Bundesrepublik zum Stand Ende 1987 den Status des Nettogläubigerlandes (+ 4,3 Mrd. DM), obwohl der Saldo Ende 1979 (- 17,5 Mrd. DM) noch stark negativ war. Der hohe Bestand deutscher Direktinvestitionen in Luxemburg (7,3 Mrd.DM) ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß viele deutsche Banken Tochterinstitute in Luxemburg betreiben.

Insbesondere bei der Kapitalverflechtung zwischen zwei Ländern mit unterschiedlicher Wirtschaftskraft - aber nicht nur dort - kann der Fall auftreten, daß hohen Vermögensbeständen im Ausland relativ geringe Direktinvestitionen im Inland (oder umgekehrt) gegenüberstehen. Die Verflechtung wäre in diesen Fällen weitgehend einseitig bestimmt. Um das gesamte Ausmaß der Kapitalverflechtung zweier Länder zu quantifizieren, ist es deshalb sinnvoll, die Summe der Direktinvestitionen im Ausland und der Direktinvestitionen im Inland - also das Verflechtungsvolumen - zu bilden [3].

Das Verflechtungsvolumen Baden-Württembergs mit den Ländern der EG betrug Ende 1987 rund 11,2 Mrd. DM

---

3 Vgl. Kiera, H.-G.: Die außenwirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik durch Direktinvestitionen, in: RWI-Mitteilungen, 25. Jg., 1974, S. 149 ff.

Tabelle 3

Das Verflechtungsvolumen*) Baden-Württembergs nach ausgewählten Ländern 1979 und 1987

Ländergruppe / Land	Verflechtungsvolumen		
	1979	1987	Veränderung 1987 gegen 1979
	Mill. DM		%
EG-Länder	3 453	11 170	+ 223,5
darunter:			
Frankreich	1 385	2 764	+ 99,6
Großbritannien	844	2 530	+ 199,8
Niederlande	610	2 748	+ 350,5
Italien	290	1 507	+ 419,7
Belgien	119	463	+ 289,1
Luxemburg	119	117	– 1,7
Schweiz	5 086	8 336	+ 63,9
Vereinigte Staaten v. Amerika	6 543	13 540	+ 106,9
Insgesamt	19 225	39 461	+ 105,3

*) Das Verflechtungsvolumen wurde gebildet aus der Summe der (jeweils unmittelbaren) baden-württembergischen Direktinvestitionen im Ausland und der ausländischen Direktinvestitionen in Baden-Württemberg.
Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, eigene Berechnungen

(Tabelle 3) und lag damit noch beträchtlich unterhalb des Verflechtungsvolumens mit den USA (13,5 Mrd. DM). Der Anteil der EG-Länder am gesamten Verflechtungsvolumen Baden-Württembergs belief sich auf 28,3 %. Innerhalb der EG waren Frankreich und die Niederlande die bedeutendsten Partnerländer im Rahmen der Kapitalverflechtung. Es folgten Großbritannien und - mit beträchtlichem Abstand - Italien. Gegenüber 1979 erfuhr insbesondere das Verflechtungsvolumen mit Italien (+ 419,7 %) und mit den Niederlanden (+ 350,5 %) einen enormen Zuwachs. Insgesamt kann man festhalten, daß das Wachstum des Verflechtungsvolumens Baden-Württembergs im Bereich der EG-Länder deutlich höher ausfiel (+ 223,5 %) als im Austausch mit den USA (+ 106,9 %) oder mit dem Ausland insgesamt (+ 105,3 %). An dieser Feststellung ändert sich auch nichts, wenn man berücksichtigt, daß zwischen 1979 und 1987 die Länder Griechenland, Portugal und Spanien den Gebietsstand der EG erweiterten und somit das Wachstum des Verflechtungsvolumens etwas überhöht ausgewiesen wird. Die aus der Sicht Baden-Württembergs gestiegene Bedeutung der EG-Länder im Bereich der langfristigen Kapitalverflechtung deutet darauf hin, daß die gegenseitige wirtschaftliche Durchdringung innerhalb der EG - gewissermaßen in Ergänzung zum Außenhandel - verstärkt über Direktinvestitionen voranschreitet.

Ein Vergleich mit der entsprechenden Tabelle für das Bundesgebiet (Anhangtabelle 2) zeigt, daß das Wachstum des Verflechtungsvolumens der Bundesrepublik hinter dem des Landes Baden-Württemberg zurückblieb (+ 85,5 % gegenüber + 105,3 %), wobei die Wachstumsraten in bezug auf die Staaten der EG besonders deutlich voneinander abwichen (+ 98,8 % gegenüber + 223,5 %). Interessant ist ferner, daß beim Verflechtungsvolumen des Bundes innerhalb der EG die Niederlande - gefolgt von Frankreich und Großbritannien - den ersten Rang einnahmen. Der Anteil der EG-Staaten am gesamten Verflechtungsvolumen des Bundes betrug 37,2 % und übertraf damit deutlich den entsprechenden Anteil aus der Sicht Baden-Württembergs (28,3 %). Demgegenüber waren die Anteile der USA und besonders der Schweiz beim Bundesgebiet geringer als bei Baden-Württemberg. Im Bereich der internationalen Kapitalverflechtung Baden-Württembergs hatten in der Vergangenheit die Staaten der EG offensichtlich eine schwächere Bedeutung als im Bundesgebiet. Die enorme Zuwachsrate des Verflechtungsvolumens zwischen Baden-Württemberg und der EG macht jedoch deutlich, daß in dieser Hinsicht ein Aufholprozeß stattfindet.

Das ausländische Unternehmensvermögen in Baden-Württemberg

Ausländische Investoren haben ihre Direktinvestitionsbestände (unmittelbare) von 1979 bis 1987 in Baden-Württemberg stärker ausgedehnt (+ 69,4 %) als im Bundesgebiet (+ 44,8 %) (Tabelle 4). Die im Vergleich zum Bundesgebiet erhöhte Attraktivität Baden-Württembergs als Kapitalempfängerland kommt insbesondere in den verstärkten Aktivitäten der Investoren aus den Ländern der EG zum Ausdruck (Baden-Württemberg: + 196,6 %; Bund: + 47,3 %). Groß-

Tabelle 4

Struktur des unmittelbaren ausländischen Unternehmensvermögens in Baden-Württemberg 1979 und 1987 nach Herkunftsländern

Ländergruppe / Land	Bestand	Länderstruktur		Anteil am Bundesgebiet		Veränderung der Bestände 1987 gegen 1979	
	1987		1979	1987	1979	Baden-Württemberg	Bundesgebiet
	Mill. DM	%					
Industrialisierte westliche Länder insgesamt	18 689	96,1	95,1	19,2	16,3	+ 71,3	+ 45,7
davon							
EG-Länder[1]	4 690	24,1	13,8	13,7	6,8	+ 196,6	+ 47,3
darunter							
Belgien	19	0,1	0,3	1,4	2,9	– 47,2	+ 11,8
Frankreich	914	4,7	3,7	14,9	9,1	+ 117,6	+ 32,3
Großbritannien	1 507	7,8	4,8	15,0	9,6	+ 175,0	+ 76,4
Italien	771	4,0	1,1	43,5	15,3	+ 537,2	+ 123,3
Luxemburg	39	0,2	0,2	6,2	1,2	+ 105,3	– 60,5
Niederlande	1 348	6,9	3,5	10,4	4,7	+ 233,7	+ 49,5
Übrige industrialisierte westliche Länder[2]	13 999	72,0	81,3	22,1	21,3	+ 50,1	+ 44,8
darunter							
Japan	118	0,6	0,3	1,8	2,0	+ 210,5	+ 236,7
Kanada	6	0,0	0,1	0,7	1,5	– 25,0	+ 71,2
Österreich	171	0,9	1,2	12,5	17,9	+ 28,6	+ 84,3
Schweden	141	0,7	2,0	6,0	15,5	– 38,4	+ 59,5
Schweiz	5 974	30,7	34,4	39,5	40,3	+ 51,4	+ 54,5
Vereinigte Staaten von Amerika	7 556	38,9	43,1	21,1	17,2	+ 52,6	+ 24,6
Entwicklungsländer insgesamt	488	2,5	2,7	19,6	15,0	+ 57,4	+ 53,4
davon							
OPEC	13	0,1	0,3	1,8	3,5	– 59,4	– 21,0
Übrige Entwicklungsländer	475	2,4	2,4	26,9	24,2	+ 70,9	+ 53,4
darunter							
Brasilien	22	0,1	19,8	.	.	.	+ 4,7
Staatshandelsländer	24	0,1	0,1	3,7	4,8	+ 50,0	+ 96,1
Regional nicht aufteilbar[3]	237	1,2	2,1	22,3	26,4	– 0,4	+ 17,6
Insgesamt	19 438	100	100	19,1	16,3	+ 69,4	+ 44,8

1) Jeweiliger Gebietsstand. – 2) Einschließlich Entwicklungsländer in Europa. – 3) Unmittelbare Darlehen der Kapitaleigner von Tochter- an Enkelgesellschaften.

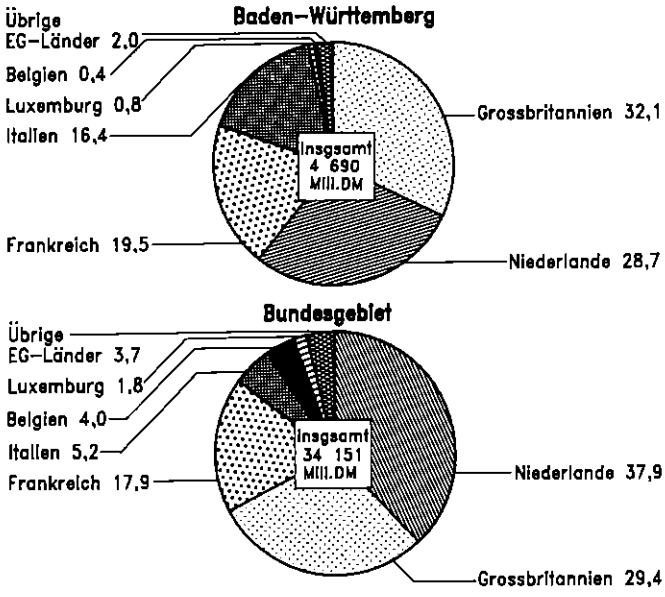
Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, eigene Berechnungen.

britannien war Ende 1987 mit einem Bestand von rund 1,5 Mrd. DM das wichtigste Kapitalgeberland innerhalb der EG aus der Sicht Baden-Württembergs. Es folgten die Niederlande (1,3 Mrd. DM) vor Frankreich (0,9 Mrd. DM) und Italien (0,8 Mrd. DM), das - ausgehend von einem niedrigen Niveau - seine Engagements im Bundesgebiet in besonderem Maße auf Baden-Württemberg konzentrierte (+ 537,2 % gegenüber 1979). Positiv entwickelten sich auch die Vermögensbestände der Schweiz (+ 51,4 %), deren Sonderstellung als Holding-Sitzland bereits hervorgehoben wurde, und der USA (+ 52,6 %), deren Anteil am Gesamtbestand der Direktinvestitionen in Baden-Württemberg sich - trotz eines Rückgangs von 43,1 % auf 38,9 % - auf einem außerordentlich ho-

Schaubild 2

Struktur des Unternehmensvermögens*) aus den EG-Ländern in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet Ende 1987

Anteile in %



*)Bestände der unmittelbaren Direktinvestitionen.
Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg. Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 245 89

hen Niveau bewegt. Der diesbezügliche Anteil der EG-Länder erhöhte sich gegenüber 1979 von 13,8 % auf 24,1 %. Der Anteil der EG-Länder ist somit nach wie vor - etwa im Verhältnis zu den USA - vergleichsweise bescheiden. Aus der beschriebenen Entwicklung wird jedoch ersichtlich, daß die Länder der EG als Kapitalgeberländer aus der Sicht Baden-Württembergs eine zunehmende Bedeutung erlangen.

Das Anlagevermögen des Auslands in baden-württembergischen Unternehmen konzentrierte sich in hohem Maße auf das Verarbeitende Gewerbe. Auf diesen Wirtschaftszweig entfielen Ende 1987 Direktinvestitionsbestände im Wert von 14,0 Mrd. DM und somit ein Anteil von 72,2 % (im Bundesgebiet: 47,6 %). Die bedeutendsten Anlagebranchen im Verarbeitenden Gewerbe waren die Bereiche ADV/Büromaschinen (Anteil: 25,3 %), Chemische Industrie (14,3 %) und Elektrotechnik (10,5 %).

Dementsprechend gering war der Anteil der ausländischen Direktinvestitionen (ca. 27 %), der im Dienstleistungsbereich angesiedelt war (Bundesgebiet: 50,5 %). Insbesondere die Wirtschaftszweige Handel und Kreditinstitute hatten bei den Direktinvestitionen im Bundesgebiet (16,9 % und 7,7 %) eine weitaus größere Bedeutung als in Baden-Württemberg (Handel: 7,9 %).[4] Offensichtlich haben sich die Standortentscheidungen der ausländischen Investoren besonders nach den vorhandenen Schwerpunkten der inländischen Wirtschaftsstruktur ausgerichtet. Der Grund dafür dürfte darin liegen, daß die regionale Verteilung struktureller Wirtschaftsschwerpunkte in enger Beziehung steht mit der Verteilung spezifischer Standortvorteile (Infrastruktur, Zuliefererpotentiale, Fachkräfteangebot).

Das baden-württembergische Unternehmensvermögen im Ausland

Die baden-württembergischen (bzw. deutschen) Direktinvestitionen im Ausland werden in der konsolidierten Form der unmittelbaren und mittelbaren Bestände ausgewiesen (Tabelle 5). Mittelbar sind in diesem Zusammenhang die ausländischen Enkelgesellschaften, die über im Ausland ansässige Holdinggesellschaften deutscher Investoren unterhalten werden. Sonstige mittelbare Beteiligungen an gebietsfremden Unternehmen, die nicht über Holdinggesellschaften, sondern über andere Unternehmen im Ausland bestehen, werden nach einer Vorkonsolidierung bei den unmittelbaren Beständen ausgewiesen. Die eigentliche Konsolidierung erfolgt dann durch die Zusammenfassung der mittelbaren und

4 Der Bestand ausländischer Direktinvestitionen im Wirtschaftszweig Kreditinstitute in Baden-Württemberg konnte für 1987 aus Gründen der Geheimhaltung von Einzelangaben nicht bekanntgegeben werden. Im Jahr 1986 entfielen lediglich 0,5 % des ausländischen Unternehmensvermögens in Baden-Württemberg auf den Bereich Kreditinstitute.

Tabelle 5

Struktur des unmittelbaren und mittelbaren baden-württembergischen Unternehmensvermögens im Ausland 1979 und 1987 nach Zielländern

Ländergruppe / Land	Bestand	Länderstruktur		Anteil am Bundesgebiet		Veränderung der Bestände 1987 gegen 1979	
	1987		1979	1987	1979	Baden-Württemberg	Bundesgebiet
	Mill. DM	%					
Industrialisierte westliche Länder insgesamt	18 576	79,5	70,8	14,1	11,5	+ 193,3	+ 139,9
davon							
EG-Länder [1]	6 758	28,9	24,8	11,0	9,2	+ 204,3	+ 155,7
darunter							
Belgien	499	2,1	1,1	7,8	3,5	+ 404,0	+ 125,5
Frankreich	1 984	8,5	13,5	15,5	17,0	+ 64,5	+ 81,0
Großbritannien	1 077	4,6	3,5	12,6	12,1	+ 249,7	+ 235,6
Italien	862	3,7	2,4	12,1	11,9	+ 308,5	+ 300,6
Luxemburg	108	0,5	1,7	1,5	3,5	– 28,9	+ 62,5
Niederlande	1 237	5,3	2,0	12,4	3,9	+ 606,9	+ 120,5
Spanien	725	3,1	5,3	10,6	13,9	+ 52,6	+ 98,8
Übrige industrialisierte westliche Länder [2]	11 818	50,6	46,0	16,8	13,3	+ 187,3	+ 127,5
darunter							
Japan	461	2,0	1,3	13,8	14,3	+ 290,7	+ 304,8
Kanada	365	1,6	2,0	9,6	10,3	+ 100,5	+ 114,7
Österreich	768	3,3	4,6	13,5	14,7	+ 87,8	+ 104,9
Schweden	77	0,3	0,8	9,6	14,2	+ 2,7	+ 51,3
Schweiz	2 288	9,8	9,4	28,1	20,1	+ 171,1	+ 93,6
Vereinigte Staaten von Amerika	7 022	30,1	18,9	16,3	11,4	+ 315,0	+ 190,5
Entwicklungsländer insgesamt	.	.	25,8	.	19,3	.	+ 68,6
davon							
OPEC	.	.	3,4	.	14,8	.	+ 18,6
Übrige Entwicklungsländer	3 263	14,0	22,4	18,4	20,3	+ 62,5	+ 78,8
darunter							
Brasilien	2 505	10,7	17,7	29,3	31,6	+ 59,7	+ 71,7
Staatshandelsländer	.	.	–	.	–	.	+ 83,6
Regional nicht aufteilbar [3]	975	4,2	3,4	16,5	9,1	+ 216,6	+ 73,8
Insgesamt	23 362	100	100	14,8	12,7	+ 161,0	+ 124,5

1) Jeweiliger Gebietsstand. – 2) Einschließlich Entwicklungsländer in Europa. – 3) Kredite der abhängigen Holdinggesellschaften an andere ausländische verbundene Unternehmen.

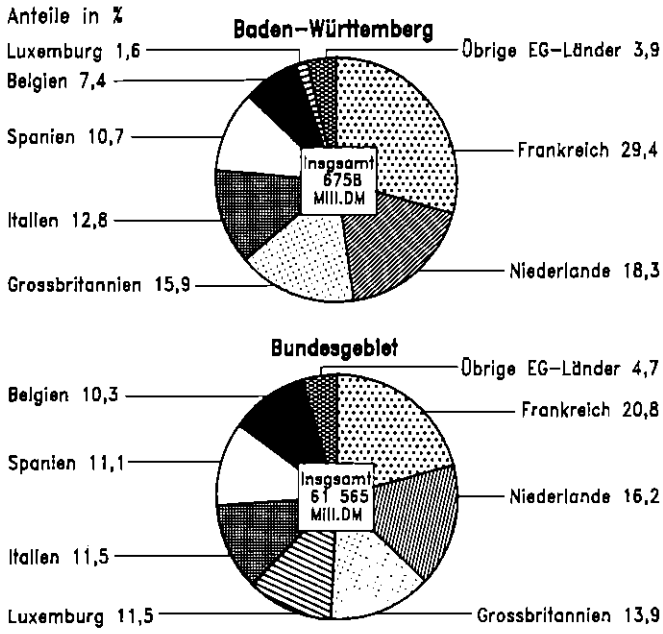
Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, eigene Berechnungen.

unmittelbaren Bestände, wobei unmittelbare Beteiligungen an gebietsfremden Holdinggesellschaften zur Vermeidung von Doppelzählungen ausgeklammert werden.

Baden-württembergische Investoren haben ihre Bestände im Ausland von 1979 bis 1987 im stärkerem Maße ausgeweitet als die Investoren des Bundesgebiets (Bad.-Württ.: + 161,0 %; Bund: + 124,5 %). Der Anteil Baden-Württembergs am Direktinvestitionsvolumen der Bundesrepublik ist jedoch - trotz des Anstiegs von 12,7 % auf 14,8 % - vergleichsweise niedrig (Anteil am BIP 1987: 16,1 %). Auf die EG-Länder entfielen Ende 1987 baden-württembergische Vermögensbestände in Höhe von 6,8 Mrd. DM. Die wichtigsten Empfän-

Schaubild 3

**Struktur des Unternehmensvermögens *)
Baden-Württembergs und des Bundesgebietes
in den EG-Ländern Ende 1987**



*)Bestände der unmittelbaren und mittelbaren Direktinvestitionen.
Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg,
Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 246 89

gerländer waren Frankreich (2,0 Mrd. DM), Niederlande (1,2 Mrd. DM) sowie Großbritannien (1,1 Mrd. DM) und Italien (0,9 Mrd. DM). Insbesondere die Investitionsbestände in den Niederlanden (+ 606,9 %), in Belgien (+ 404,0 %) sowie in Italien (+ 308,5 %) und Großbritannien (+ 249,7 %) wurden von 1979 bis 1987 enorm ausgedehnt. Stark gestiegen ist die Bedeutung der USA als Empfängerland baden-württembergischer Direktinvestitionen. Der Anteil der USA am Gesamtbestand erhöhte sich von 18,9 % auf 30,1 % im betrachteten Zeitraum und konnte somit den entsprechenden Anteil (1979: 24,8 %; 1987: 28,9 %), der auf die Länder der EG entfiel, übertreffen. Die baden-württembergischen Direktinvestitionen in den USA haben sich von 1980 bis 1985 ungefähr verdreifacht, und dies, obwohl der Außenwert der D-Mark gegenüber dem US-Dollar in diesem Zeitraum stark rückläufig war. Die dynamische Entwicklung baden-württembergischer Engagements in den USA erhielt von der Wechselkursentwicklung zwischen 1980 und 1985 somit keine Impulse und hat offensichtlich nicht wegen, sondern eher trotz der Wechselkursänderungen stattgefunden. Im betrachteten Zeitraum wurden deutsche Exporte in die USA durch die Wechselkursentwicklung begünstigt und dementsprechend ausgeweitet. Somit liegt der Schluß nahe, daß die damalige Investitionstätigkeit in den USA im großen und ganzen nicht exportsubstituierende Zwecke verfolgte. Die Direktinvestitionen sollten wohl in erster Linie der Markterschließung und Absatzsicherung dienen.

Das baden-württembergische Direktinvestitionsvolumen in den Ländern der EG hat sich von 1979 bis 1987 ebenfalls - wenngleich im geringerem Umfang als in den USA (+ 315,0 %) - beträchtlich erhöht (+ 204,3 %). Diese - im Vergleich zur Entwicklung des gesamten Direktinvestitionsbestandes im Ausland (+ 161,0 %) - überdurchschnittliche Zuwachsrate ist zu einem nicht unerheblichen Teil die Folge der EG-Beitritte Griechenlands, Portugals und vor allem Spaniens (die EG wurde 1979 und 1987 nach dem jeweiligen Gebietsstand abgegrenzt). Begleitet wurde diese Expansion von einem anhaltenden Anstieg des gewogenen Außenwerts der D-Mark gegenüber den am EWS beteiligten Ländern. Die im Verhältnis zu den USA schwächere EG-Orientierung baden-württembergischer Investoren dürfte mitunter darauf zurückzuführen sein, daß dem Motiv der Marktnähe (Insiderposition) im ansatzweise bereits existierenden EG-Binnenmarkt eine vergleichsweise geringere Bedeutung zukommt. Wechselkursunsicherheiten und die Furcht vor protektionistischen Maßnahmen dürften als Motive für Direktinvestitionen im Bereich der EG ebenfalls eine geringere bzw. keine Rolle spielen. Ferner könnte der Aspekt des Technologietransfers im einen oder anderen Fall den Ausschlag für ein Engagement in den USA gegeben haben. Des weiteren dürfte vor allem die kräftige Nachfrageexpansion in den Jahren der Reagan-Ära stimulierend auf die baden-württembergischen Direktinvestitionen in diesen Raum gewirkt haben.

Zusammenfassend kann man vermerken, daß die EG-Länder aus baden-württembergischer Sicht als Kapitalempfängerländer - wenngleich in weit beschei-

denerem Umfang als die USA - an Bedeutung gewonnen haben. Die Entwicklung der Bestände in den USA weist darauf hin, daß kurzfristige Wechselkursschwankungen für fundamentale Direktinvestitionsströme eher von untergeordneter Bedeutung sind.

Baden-württembergische Investoren hatten Ende 1987 rund 9,8 Mrd. DM in ausländischen Investitionsobjekten (unmittelbare und mittelbare) des Verarbeitenden Gewerbes investiert. Dies entsprach einem Anteil von 42,1 % an den gesamten Direktinvestitionsbeständen (Bundesgebiet: 43,8 %). Ende 1979 betrug dieser Anteil noch 52,1 %. Innerhalb des im Verarbeitenden Gewerbe angelegten Beteiligungsvermögens überwog der Straßenfahrzeugbau (Anteil am Gesamtbestand der Direktinvestitionen: 20,5 %); weitere bedeutende Anlagebranchen im Ausland waren die Elektrotechnik (6,5 %) und der Maschinenbau (5,2 %).

Ein außerordentlich hoher Anteil (33,6 %; 7,8 Mrd. DM) der heimischen Direktinvestitionen entfiel auf den Handel (Bundesgebiet: 20,3 %). In grober Annäherung kann man feststellen, daß zirka 80 % der Direktinvestitionsbestände im Handelsbereich im Besitz der inländischen Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes waren. Heimische Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes unterhielten Ende 1987 Auslandsinvestitionen in Höhe von 16,3 Mrd. DM, während andererseits nur 9,8 Mrd. DM auf ausländische Investitionsobjekte des Verarbeitenden Gewerbes entfielen. Der Differenzbetrag (6,5 Mrd. DM) entspricht in etwa dem Auslandsvermögen des heimischen Verarbeitenden Gewerbes, das in Vertriebstöchtern und damit im Handelsbereich angelegt war. Darin kommt die große Bedeutung der ausländischen Vertriebsstützpunkte für den baden-württembergischen Warenexport zum Ausdruck. Bundesweit dürften dagegen produzierende Tochtergesellschaften im Ausland etwas mehr im Vordergrund stehen.

Besonders dynamisch entwickelten sich die Direktinvestitionen im Bereich der sonstigen Dienstleistungen (einschließlich Finanzierungsinstitutionen, Versicherungsunternehmen, Wohnungsunternehmen und Grundstückswesen). Auf Investitionsobjekte dieses Wirtschaftszweiges entfielen Ende 1987 baden-württembergische Vermögensbestände in Höhe von 3,1 Mrd. DM; der Anteil dieses Wirtschaftszweiges an den Gesamtbeständen erhöhte sich gegenüber 1979 von 4,9 % auf 13,3 %.

Kurzfristige Tendenzen der langfristigen Kapitalverflechtung

Es wurde bereits eingangs erwähnt, daß der jeweils aktuelle Trend der langfristigen Kapitalverflechtung in den jährlichen Stromgrößen zum Ausdruck kommt. Die Bestandsgrößen bieten zwar einen umfassenden Überblick über Umfang und Struktur der Direktinvestitionen, auf kürzerfristige Tendenzen reagieren sie jedoch naturgemäß nur relativ träge. Zur Untersuchung der kurzfristigen Entwicklung der Direktinvestitionsbeziehungen wurden die Ergebnisse der Transferstatistik des Bundesministeriums für Wirtschaft für die Jahre 1987 und 1988 herangezogen. Aufgrund unterschiedlicher Zielsetzungen und Erhebungsmethoden ist die Transferstatistik mit der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Bestandsstatistik nicht unmittelbar vergleichbar. Insbesondere die reinvestierten Gewinne werden im Rahmen der Transferstatistik nicht berücksichtigt. Erfaßt werden die jeweiligen Neuanlagen (Bruttotransfers) und die Rückflüsse (Veräußerungen von Beteiligungen, Liquidationen, Rückzahlungen von Darlehen). Im Saldo werden die jährlichen Nettotransferleistungen ausgewiesen. Hierbei treten negative Werte auf (Netto-Desinvestition), wenn die Rückflüsse das Niveau der Neuanlagen übertreffen.

Die Nettotransferleistungen für baden-württembergische Direktinvestitionen im im Ausland beliefen sich 1987 auf 759,6 Mill. DM (Tabelle 6). Auf die Länder der EG entfielen 263,8 Mill. DM und somit ein Anteil von 34,7 %. Innerhalb der EG war Großbritannien das mit Abstand beliebteste Zielland baden-württembergischer Kapitaltransfers (87,2 Mill. DM). Beträchtliche Mittel wurden auch in Belgien-Luxemburg (40,1 Mill. DM), Frankreich (35,8 Mill. DM) und Italien

Tabelle 6

Direktinvestitionen*) 1987 nach Ländern
— Baden-Württemberg —

Ländergruppe/Land	Direktinvestitionen im Jahr 1987					
	im Ausland			aus dem Ausland		
	Brutto	Rückflüsse	Netto	Brutto	Rückflüsse	Netto
	Mill. DM					
Länder insgesamt	1 428,1	668,5	+ 759,6	818,9	1 293,7	— 474,7
darunter						
EG-Länder	745,4	481,6	+ 263,8	312,1	127,5	+ 184,6
davon						
Belgien/Luxemburg	.	.	+ 40,1	9,6	2,2	+ 7,4
Dänemark	.	.	+ 9,9	6,3	0	+ 6,3
Frankreich	77,8	42,1	+ 35,8	55,7	16,2	+ 39,5
Griechenland	1,5	0,6	+ 0,8	.	.	— 1,0
Großbritannien	104,1	16,9	+ 87,2	95,4	79,5	+ 16,0
Irland	.	.	+ 1,3	—	—	—
Niederlande	394,0	365,2	+ 28,8	136,8	18,4	+ 118,4
Italien	72,7	39,1	+ 33,6	.	.	+ 5,3
Portugal	.	.	— 1,2	.	.	+ 0
Spanien	41,4	13,9	+ 27,5	.	.	— 7,2
EFTA - Länder [1]	120,4	35,8	+ 84,5	305,5	918,2	— 612,7
davon						
Österreich	51,1	8,7	+ 42,3	30,6	1,6	+ 29,1
Schweden	6,8	1,4	+ 5,5	.	.	— 0,4
Schweiz	46,7	22,2	+ 24,5	266,0	916,0	— 650,1
Finnland	9,7	0	+ 9,7	.	.	+ 3,5
Norwegen	6,1	3,5	+ 2,6	.	.	+ 5,3
Japan	23,1	0	+ 23,1	.	.	+ 4,5
Kanada	43,3	23,7	+ 19,6	.	.	+ 0,2
USA	306,6	99,8	+ 206,8	176,5	209,8	— 33,3
Staatshandelsländer in Europa	.	.	+ 0,1	.	.	+ 0,1

*) Stromgrößen. — 1) Ohne Island.
Anmerkung: Ausgepunktete Felder unterliegen der Geheimhaltung.
Quelle: Landeszentralbank Baden-Württemberg.

(33,6 Mill. DM) investiert. Der Nettokapitaltransfer nach Spanien (27,5 Mill. DM) war immerhin höher als die Nettoanlagen in der Schweiz (24,5 Mill. DM) oder in Japan (23,1 Mill. DM). In die USA sind Nettotransferleistungen in Höhe von 206,8 Mill. DM geflossen. Dies entsprach einem Anteil von 27,2 %. Aus den genannten Zahlen ist ersichtlich, daß die heimischen Unternehmen in beträchtlichem Umfang versucht haben, ihre Wettbewerbsposition auf in- und ausländischen Märkten durch Direktinvestitionen im Ausland zu sichern und zu verbessern. Neben Kostenvorteilen der Auslandsproduktion dürften die Abwicklung und Intensivierung des Exportgeschäfts sowie die Erschließung ausländischer Märkte hierbei eine wesentliche Rolle gespielt haben.

Ein uneinheitliches Bild ergibt die Betrachtung der ausländischen Nettotransferleistungen in Baden-Württemberg im Jahr 1987. Unternehmen aus den Ländern der EG haben immerhin den Betrag von 184,6 Mill. DM im Inland investiert (netto). Besonders attraktiv war der Standort Baden-Württemberg aus der Sicht der Investoren aus den Niederlan-

den (Nettotransfer: 118,4 Mill. DM). Auch die Neuanlagen der Unternehmen aus Frankreich und Großbritannien übertrafen deutlich die jeweiligen Rückflüsse (39,5 Mill. DM bzw. 16,0 Mill. DM). Anders verhielten sich dagegen die Unternehmen aus den USA. Sie haben im Saldo langfristiges Kapital in Höhe von - 33,3 Mill. DM aus Baden-Württemberg abgezogen. Außerordentlich hoch war der Nettokapitalabfluß seitens der Investoren, die ihren Sitz in der Schweiz haben (- 650,1 Mill. DM). Darunter dürften sich auch einige Holdinggesellschaften befinden, die ihrerseits Tochtergesellschaften von Unternehmen aus Drittländern sind. Die negativen Nettotransferleistungen (Desinvestition) der Unternehmen aus der Schweiz gaben letztlich den Ausschlag, daß bei der Betrachtung aller Investoren des Auslands ein Nettokapitalabfluß von - 474,7 Mill. DM im Jahr 1987 ermittelt wurde.

Baden-württembergische Unternehmen haben 1988 Nettotransferleistungen in Höhe von 966,8 Mill. DM (Tabelle 7) für Direktinvestitionen im Ausland getätigt (+ 27,3 gegenüber 1987). Die USA standen mit 305,8 Mill. DM (+ 47,9 % gegenüber 1987) wiederum an erster Stelle in

Tabelle 7

Direktinvestitionen*) 1988 nach Ländern

— Baden-Württemberg —

Ländergruppe / Land	Direktinvestitionen im Jahr 1988					
	im Ausland			aus dem Ausland		
	Brutto	Rückflüsse	Netto	Brutto	Rückflüsse	Netto
	Mill. DM					
Länder insgesamt	1 816,4	849,6	+ 966,8	1 841,5	1 520,4	+ 321,2
darunter						
EG-Länder	520,1	113,0	+ 407,1	384,3	390,7	– 6,4
darunter						
Belgien / Luxemburg	20,9	1,8	+ 19,2	0,8	110,2	– 109,3
Dänemark	1,9	0,5	+ 1,4	.	.	– 1,4
Frankreich	202,5	66,0	+ 136,5	104,3	38,7	+ 65,5
Griechenland	2,1	0,7	+ 1,4	.	.	.
Großbritannien	88,2	18,1	+ 70,1	14,6	32,7	– 18,1
Irland	0,9	0	+ 0,9	–	–	–
Niederlande	42,9	4,3	+ 38,6	246,4	201,1	+ 45,3
Italien	55,9	19,4	+ 36,5	14,4	3,1	+ 11,3
Portugal	21,6	0	+ 21,6	–	–	–
Spanien	83,2	2,3	+ 81,0	.	.	.
EFTA-Länder 1)	185,5	119,8	+ 65,7	1 189,7	604,7	585,0
davon						
Österreich	51,4	35,9	+ 15,5	44,3	13,1	+ 31,2
Schweden	1,9	0	+ 1,9	3,9	15,8	– 11,9
Schweiz	128,0	76,7	+ 51,3	835,6	566,8	+ 268,8
Finnland	.	.	.	.	.	.
Norwegen	1,6	7,1	+ 5,5	.	.	.
Japan	33,7	0	+ 33,7	.	.	.
Kanada	32,0	8,5	+ 23,6	0,7	1,2	– 0,4
USA	897,4	591,6	+ 305,8	238,7	519,7	– 280,9
Staatshandelsländer in Europa	.	.	+ 22,6	.	.	.

*) Stromgrößen. – 1) Ohne Island. Anmerkung: Ausgepunktete Felder unterliegen der Geheimhaltung.

Quelle: Landeszentralbank Baden-Württemberg.

der Rangliste der wichtigsten Empfängerländer. Dies entsprach einem Anteil von 31,6 % an den gesamten Nettotransfers. Eine noch höhere Zuwachsrate erfuhren die Nettotransferleistungen in die Länder der EG (+ 54,3 % gegenüber 1987). Der baden-württembergische Kapitaltransfer in diese Ländergruppe betrug 1988 407,1 Mill. DM; auf die EG entfiel somit ein Anteil von 42,1 % der gesamten Auslandsinvestitionen im Jahr 1988. Mit Direktinvestitionen in Höhe von 136,5 Mill. DM zog es die baden-württembergischen Investoren in besonders hohem Maße nach Frankreich; an zweiter Stelle (innerhalb der EG) folgte bereits Spanien (81,0 Mill. DM) vor Großbritannien (70,1 Mill. DM) und den Niederlanden (38,6 Mill. DM). Nach Italien (36,5 Mill. DM) folgte bereits Portugal (21,6 Mill. DM), das somit eine nicht ganz unwesentliche Bedeutung als Empfängerland baden-württembergischer Direktinvestitionen erlangen konnte. Die günstige wirtschaftliche Entwicklung in den meisten Mitgliedstaaten der EG sowie die bevorstehende Vollendung des Binnenmarktes haben offensichtlich dazu geführt, daß die heimischen Investoren ihr Augenmerk in verstärktem Maße auf den EG-Raum richteten. Die in Gang gekommene wirtschaftliche Öffnung und Erneuerung in einigen europäischen Staatshandelsländern fand 1988 bereits einen erstaunlichen Niederschlag in den baden-württembergischen Direktinvestitionsströmen. Während die europäischen Staatshandelsländer 1987 als Empfänger baden-württembergischer Auslandsinvestitionen noch nahezu bedeutungslos waren (0,1 Mill. DM), flossen 1988 bereits Nettotransferleistungen in Höhe von 22,6 Mill. DM in diese Ländergruppe, wobei fast zwei Drittel dieses Betrages in Ungarn und ca. ein Drittel in der Sowjetunion investiert wurden.

Während für 1987 ein Nettokapitalabfluß (- 474,7 Mrd. DM) zu verzeichnen war, beliefen sich 1988 die Nettotransferleistungen ausländischer Unternehmen in Baden-Württemberg auf 321,2 Mill. DM. Dabei wies die Länderstruktur der Kapitalgeberländer aus der Sicht Baden-Württembergs sehr unterschiedliche Entwicklungen auf (Tabelle 7). Die Bruttotransferleistungen der Unternehmen aus den EG-Mitgliedstaaten waren 1988 geringer als die entsprechenden Rückflüsse, so daß ein Nettokapitalabfluß dieser Ländergruppe in Höhe von - 6,4 Mill. DM ermittelt wurde. Insbesondere die Unternehmen mit Sitz in Belgien-Luxemburg (- 109,3 Mill. DM) und in Großbritannien (- 18,1 Mill. DM) haben beträchtliches Kapital (im Saldo) abgezogen. Demgegenüber erhielt Baden-Württemberg erhebliche Nettokapitalzuflüsse aus Frankreich (65,5 Mill. DM), aus den Niederlanden (45,3 Mill. DM) sowie aus Italien (11,3 Mill. DM). Das insgesamt positive Ergebnis der Gegenüberstellung von Bruttotransferleistungen und Rückflüssen war 1988 in erster Linie den enormen Nettokapitalzuflüssen aus den Ländern der EFTA zu verdanken. Unternehmen aus diesen Ländern haben 1988 585,0 Mill. DM in Baden-Württemberg netto investiert (davon die Unternehmen aus der Schweiz: 268,8 Mill. DM). Der Kapitalrückzug der Unternehmen mit Sitz in den USA hat sich dagegen verstärkt fortgesetzt (netto: - 280,9 Mill. DM).

Die rege Investitionstätigkeit heimischer Unternehmen im Ausland kann - im Vergleich mit anderen Industrieländern - als weitgehend "normal" eingestuft werden. Baden-württembergische Unternehmen waren offensichtlich bestrebt, - angesichts zunehmender Globalisierung der Märkte und fortschreitender internationaler Arbeitsteilung - ihre Stellung als multinationale Unternehmen auf den Weltmärkten auszubauen. Demgegenüber dürfte die im großen und ganzen geringe Neigung ausländischer Investoren, langfristiges Kapital in Baden-Württemberg - aber auch im Bundesgebiet allgemein - neu anzulegen, einige Fragen aufwerfen. Erklärungsbedarf ergibt sich auch aus der enormen Höhe der Rückflüsse. Die wissenschaftliche Auswertung und Erörterung der vorliegenden Statistiken ist jedoch noch nicht soweit fortgeschritten, daß bereits eine endgültige Bewertung dieser Tatbestände vorgenommen werden könnte [5]. So kön-

5 Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1988/89, S. 109, Ziffer 159.

nen zum gegenwärtigen Stand lediglich einige Faktoren genannt werden, die das vorliegende Ergebnis mehr oder weniger stark beeinflußt haben dürften:

- Der relativ hohe Außenwert der D-Mark gegenüber dem US-Dollar und den Währungen der EG-Länder wirkt auf zweifache Weise: Zum einen sind Neuanlagen in der Bundesrepublik relativ kostspielig und somit wenig attraktiv. Zum anderen kann durch eine Veräußerung bestehender Engagements an Inländer (Rückflüsse) ein hoher Gegenwert in ausländischer Währung erzielt werden.

- Die liberale Importpolitik der Bundesrepublik und der relativ hohe Außenwert der D-Mark begünstigen die Importe und wirken somit dämpfend auf diejenigen Direktinvestitionen, die mit dem Ziel vorgenommen werden, bisherige Importe zu substituieren.

- Es ist denkbar, daß die hiesigen Eigentums- und Kapitalverhältnisse die Übernahme bestehender Unternehmen im Inland oder den Erwerb von Beteiligungen daran nicht gerade erleichtern. Zum einen sind - etwa im Gegensatz zu den USA und der Schweiz - nur relativ wenige Unternehmen an der Börse notiert. Erschwerend kommt hinzu, daß wesentliche Anteile am Aktienkapital dieser Unternehmen von Banken und Versicherungen gehalten werden. Zum anderen dürfte die in der Regel solide finanzielle Lage der im Familienbesitz befindlichen Unternehmen nur relativ wenige Möglichkeiten einer günstigen Übernahme eröffnen (z.B. bei Nachfolgeproblemen). Möglicherweise ist eine andere Form der Unternehmensverflechtung, nämlich die der Kooperation mit inländischen Unternehmen, aus den genannten Gründen für potentielle ausländische Investoren der leichtere und ökonomisch sinnvollere Weg, sich im Inland zu engagieren.

- Es kann nicht mehr ausgeschlossen werden, daß die ausländischen Investoren die inländischen Standortbedingungen im großen und ganzen als nicht attraktiv genug einschätzen und somit Engagements in anderen Ländern vorziehen. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, daß es letztlich auf das komparative, d.h. im internationalen Vergleich stehende Verhältnis zwischen Standortvorteilen und - häufig auch nicht ganz vermeidbaren - Standortnachteilen ankommt. Eine Verbesserung der inländischen Standortqualität kann wirkungslos bleiben, wenn in anderen Ländern in dieser Hinsicht noch größere Fortschritte erzielt werden. (Der Zusammenhang zwischen Direktinvestitionen und Standortattraktivität wird in einem folgenden Abschnitt noch näher erläutert).

- Ausländische Investoren haben in jüngster Vergangenheit offensichtlich nur in geringem Umfang versucht, sich mittels Direktinvestitionen einen Zugang zu den inländischen Märkten zu verschaffen. Es ist anzunehmen, daß hierbei auch die im allgemeinen gute Wettbewerbsposition der heimischen Unternehmen gewissermaßen als "Marktzutrittsbarriere" gewirkt hat. Andererseits können von einer leistungsfähigen heimischen Wirtschaft auch gewisse Anziehungskräfte (z.B. auf den Erwerb von Beteiligungen oder die Übernahme von Unternehmen) ausgehen. Derartige Anziehungskräfte dürften jedoch nicht zuletzt aufgrund der in den Punkten 1. bis 4. angedeuteten Rahmenbedingungen abgeschwächt worden sein. In der im internationalen Vergleich nur mäßig expandierenden Binnennachfrage könnte ein weiterer Grund der merklichen Zurückhaltung ausländischer Investoren gesehen werden.

- Nach Angaben der Deutschen Bundesbank handelte es sich bei den hohen Liquidationen (Rückflüsse) in größerem Umfang um Anlagen in sehr lukrativen Unternehmen, die teilweise nicht einmal endgültig aufgegeben und an "echte" Inländer verkauft wurden, sondern lediglich innerhalb der ausländischen Konzerne in der Bundesrepublik anders verankert wurden.[6] Die hierbei zugrunde geleg-

6 Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Heft 4/1989, S. 32.

ten Transferwerte haben die entsprechenden bilanzierten Buchwerte teilweise beträchtlich überschritten, so daß diese Liquidationen in der Transferstatistik stärker zu Buche schlugen als in der Bestandsstatistik.

Direktinvestitionen und Exporte

Direktinvestitionen im Ausland beeinflussen die Höhe und die Struktur der inländischen Exporte und Importe und somit auch das Niveau und die Zusammensetzung der inländischen Produktion und Beschäftigung. Oftmals im Mittelpunkt des Interesses steht hierbei der mögliche Zusammenhang zwischen Direktinvestitionen und Exporten. Dieser Zusammenhang soll auch im Rahmen dieser Arbeit einer näheren Betrachtung unterzogen werden.

Auslandsinvestitionen, die mit dem Ziel vorgenommen werden, die Märkte des Ziellandes oder dritter Länder vom neuen Produktionsstandort aus zu beliefern, können unmittelbar die inländischen Exporte verringern oder ansonsten mögliche Exportsteigerungen verhindern. Diesen negativen Primäreffekten können jedoch positive Sekundäreffekte gegenüberstehen. So können einerseits durch Lieferungen von Investitionsgütern und/oder Vorprodukten an die ausländischen Tochtergesellschaften zusätzliche Exporte induziert werden. Viele Produktionstöchter im Ausland sind aus zunächst errichteten Vertriebs- und Serviceniederlassungen entstanden und haben häufig nur einen geringen Wertschöpfungsanteil am Endprodukt. Gerade bei neuerrichteten Produktionstöchtern dürften Exporte von Fertigprodukten in hohem Maße durch Exporte von Zwischenprodukten ersetzt werden. Andererseits kann der mit dem Auslandsengagement verbundene Werbeeffekt (Werbung für das betreffende Unternehmen und auch für Inlandsgüter allgemein) eine Erhöhung der Exporte anderer Güter bewirken. Überdies ist zu berücksichtigen, daß ab bestimmten Größenordnungen eine weitere Durchdringung der Auslandsmärkte ausschließlich von heimischen Produktionsstandort aus ökonomisch nicht sinnvoll, wenn nicht gar unmöglich ist.[7]

Wenn die Produktion bestimmter (z.B. arbeitsintensiver) Güter aus Kostengründen (z.B. hohe Lohnkosten) ins Ausland verlagert wird, dann werden Exporte und die inländische Beschäftigung (auch über vermehrte Importe) unmittelbar negativ beeinflußt. Ursächlich für den Wegfall der Arbeitsplätze sind jedoch in diesem Fall nicht die jeweiligen Direktinvestitionen, sondern die Verlagerungen der komparativen Kostenvorteile ins Ausland. Ein Verzicht auf die Direktinvestitionen könnte die nicht mehr wettbewerbsfähigen Arbeitsplätze im Inland auf Dauer nicht erhalten. Die Kostensenkungseffekte der Direktinvestitionen verbessern zumindest die Wettbewerbsfähigkeit der inländischen Mutterunternehmen und tragen somit zum Erhalt der im Inland verbliebenen Arbeitsplätze - etwa in vorgelagerten Bereichen, in Forschung und Entwicklung oder im Managementbereich - bei. Ferner muß man in Rechnung stellen, daß derartige Direktinvestitionen die wirtschaftliche Entwicklung im jeweiligen Zielland in der Regel fördern. Devisenerwerb sowie positive Wachstumseffekte im Zielland und die damit verbundene Kaufkrafterhöhung eröffnen wiederum neue Exportchancen für das Inland. Kostenorientierte Produktionsverlagerungen sind Ausdruck der internationalen Arbeitsteilung, die prinzipiell geeignet ist, den internationalen Wohlstand durch einen effizienteren Einsatz der Produktionsfaktoren zu erhöhen. Gleichwohl stellt sich dem kapitalexportierenden Land zunächst die Aufgabe der - auch unter sozialen Gesichtspunkten - oftmals schmerzlichen strukturellen Anpassung. Für freigewordene Ressourcen und Arbeitskräfte müssen rentable, d.h. international wettbewerbsfähige Einsatzmöglichkeiten entdeckt und geschaffen

---

7 Dieser Aspekt wird ausführlicher erläutert in dem Beitrag: "Die Kapitalverflechtung der Unternehmen mit dem Ausland - Entwicklung und Struktur der Direktinvestitionen -," in: Statistisch-prognostischer Bericht 1987/88, Hrsg.: Landesregierung Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt, Stuttgart 1988, S. 84.

werden. Die Entwicklung ständig neuer Produkt- und Verfahrensinnovationen ist im Rahmen des Strukturwandels von entscheidender Bedeutung. Damit verbundene "Pioniergewinne" und Produktivitätssteigerungen sichern auch das hohe inländische Lohnniveau.

Absatzorientierte Direktinvestitionen im Dienstleistungsbereich in Form von Handels- und Serviceniederlassungen dienen der Erschließung und dem Ausbau ausländischer Märkte und wirken somit exportsteigernd. Ein erheblicher Teil des Exports an Industriegütern - insbesondere mit höherem Technologiegehalt - wird über ausländische Tochterunternehmen und Handelsniederlassungen abgewickelt. Beim Export technisch anspruchsvoller Investitions- oder Verbrauchsgüter dürfte der Ausbau eines leistungsfähigen Servicenetzes eine große Rolle spielen. Auslandsengagements inländischer Banken und Versicherungen dürften ebenfalls tendenziell den Export fördern, da sie die Aktivitäten der inländischen Produzenten im Ausland erleichtern.

Direktinvestitionen bilden u.U. die einzige Möglichkeit, existierende Handels- und Zollschranken zu überwinden und somit den Zugang zu ausländischen Märkten zu finden. Folglich können derartig motivierte Kapitalexporte nicht in Konkurrenz zum Güterexport gesehen werden. Sie bieten immerhin den Vorteil, nach einer etwaigen Korrektur der protektionistischen Politik, die ausländischen Märkte zumindest zum Teil bereits erschlossen zu haben und begünstigen somit zukünftige Exportchancen. Im Bereich der EG dürfte diese Art von Direktinvestitionen jedoch kaum von Bedeutung sein.

Die vorangegangenen Erläuterungen machen deutlich, daß Direktinvestitionen und Exporte über ein komplexes Beziehungsgeflecht miteinander verbunden sind. Die Wirkungen auf den Export sind insbesondere abhängig von der Art und den Motiven der jeweiligen Direktinvestitionen. Hierbei können auch im Zeitverlauf wichtige Veränderungen eintreten. So etwa, wenn nach anfänglichen Vertriebsniederlassungen zunehmend auch Produktionsbestandteile mit größeren Wertschöpfungsanteilen ins Ausland verlagert werden. Wichtig ist auch die Tatsache, daß sich die Alternative "Direktinvestitionen oder Exporte" in manchen Fällen überhaupt nicht stellt. Das unternehmerische Ziel der Erschließung ausländischer Märkte ist häufig - nicht nur wegen bestehender Marktunvollkommenheiten (z.B. Handelsschranken), sondern auch im Sinne des ökonomischen Prinzips: "maximaler Erfolg bei minimalem Aufwand" - nur über Direktinvestitionen zu erreichen. Die Beantwortung der Frage, ob Direktinvestitionen und Exporte letztlich aus der gegenwärtigen Sicht Baden-Württembergs eher komplementäre oder eher substitutive Größen sind, würde eine Quantifizierung und Gegenüberstellung sämtlicher Primär- und Sekundäreffekte voraussetzen. Dies kann, wenn überhaupt, so doch im Rahmen dieser Arbeit nicht geleistet werden. Der folgende Vergleich der Länderstruktur baden-württembergischer Direktinvestitionen mit der Länderstruktur baden-württembergischer Exporte könnte gleichwohl zumindest Anhaltspunkte zur Beantwortung der zugrunde gelegten Fragestellung liefern.

Die Gegenüberstellung der Länderstrukturen der baden-württembergischen Exporte und der Direktinvestitionsbestände im Ausland im Jahr 1987 (Tabelle 8) zeigt eine gewisse Gleichläufigkeit beider Strukturen. Die führende Position der USA im Rahmen der außenwirtschaftlichen Verflechtung Baden-Württembergs (jeweils Rang 1) war bei den Direktinvestitionen noch ausgeprägter (30,1 %) als bei den Exporten (15,6 %). Die Bedeutung Frankreichs (zweitwichtigstes Empfängerland baden-württembergischer Exporte) wurde bei den Vermögensbeständen noch übertroffen von der Schweiz (Rang 3) und von Brasilien (Rang 2). Die merklich von der ansonsten feststellbaren Gleichläufigkeit abweichende Stellung Brasiliens (Rang 13 gegenüber Rang 2) wird vor dem Hintergrund der in diesem Land betriebenen Importsubstitutionspolitik plausibel. Diese Strategie sah vor, die Importe zumindest teilweise durch Inlandsproduktion zu ersetzen. Zu diesem Zweck wurden Importbeschränkungen erlassen und gleichzeitig ausländische Direktinvestitionen gefördert. Für manches baden-württembergische Unternehmen war somit eine

Tabelle 8

Länderstruktur des Unternehmensvermögens*) im Ausland und der Exporte Baden-Württembergs 1987

— Ausgewählte Länder mit hohen Beständen an Direktinvestitionen —

Land / Ländergruppe	Exporte			Direktinvestitionen		
	insgesamt	Struktur	Rang	insgesamt	Struktur	Rang
	1987			Stand Ende 1987		
	Mill. DM	%		Mill. DM	%	
Vereinigte Staaten von Amerika	14 951,5	15,6	1	7 022	30,1	1
Frankreich	12 144,3	12,7	2	1 984	8,5	4
Italien	8 359,5	8,7	3	862	3,7	7
Schweiz	8 257,9	8,6	4	2 288	9,8	3
Großbritannien	6 470,4	6,7	5	1 077	4,6	6
Niederlande	5 658,2	5,9	6	1 237	5,3	5
Österreich	5 601,9	5,8	7	768	3,3	8
Belgien-Luxemburg	3 969,5	4,1	8	607	2,6	10
Schweden	2 964,6	3,1	9	77	0,3	13
Japan	2 520,8	2,6	10	461	2,0	11
Spanien	2 312,6	2,4	11	725	3,1	9
Kanada	1 150,1	1,2	12	365	1,6	12
Brasilien	440,1	0,5	13	2 505	10,7	2
Insgesamt	95 972,5	100	x	23 362 [1]	100	x
davon						
Industrialisierte westliche Länder insgesamt	83 568,2	87,1	x	18 576	79,5	x
davon						
EG-Länder [2]	41 985,2	43,7	x	6 758	28,9	x
Übrige industrialisierte westliche Länder [3]	41 583,0	43,3	x	11 818	50,6	x
Entwicklungsländer [4]	6 712,4	9,8	x	3 263	14,0	x
Staatshandelsländer	3 039,2	3,2	x	.	.	x

*) Bestand an unmittelbaren und mittelbaren Direktinvestitionen.
1) Einschließlich nicht aufteilbar. — 2) Jeweiliger Gebietsstand. — 3) Einschließlich Entwicklungsländer in Europa. — 4) Hier: ohne OPEC.
Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, eigene Berechnungen.

angestrebte Partizipation am großen Entwicklungspotential dieses Marktes nur über Direktinvestitionen möglich.

Die EG-Länder insgesamt sind als Abnehmer baden-württembergischer Exporte (43,7 %) von enormer Bedeutung, wohingegen sie als Zielländer heimischer Direktinvestitionen einen vergleichsweise niedrigen Anteil (28,9 %) aufweisen. Dieser Tatbestand würde - auch im Vergleich mit den USA, wo die Größenverhältnisse umgekehrt sind (15,6 % der Exporte; 30,1 % der Direktinvestitionen) - eher auf eine substitutive Beziehung zwischen Direktinvestitionen und Exporten hindeuten. Dieser auf den ersten Blick naheliegende Schluß muß jedoch in Zweifel gezogen werden, wenn man die beträchtlichen Unterschiede in den außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen betrachtet. Vor allem die liberalisierte Handelspolitik (Beseitigung von Mengenbeschränkungen und Zöllen) innerhalb der EG macht manche Direktinvestitionen gewissermaßen überflüssig. In ähnlicher Weise wirkt die währungspolitische Zusammenarbeit im Rahmen des EWS (Vermeidung von starken Wechselkursschwankungen). Ein weiterer Unterschied besteht in der räumlichen Entfernung des amerikanischen

Tabelle 9

Länderstruktur der Nettotransferleistungen im Ausland und der Exporte Baden-Württembergs 1987

— Ausgewählte Länder mit hohen Beständen an Direktinvestitionen —

Land / Ländergruppe	Exporte			Jährliche Nettotransferleistungen		
	insgesamt	Struktur	Rang	insgesamt	Struktur	Rang
	1987			1987		
	Mill. DM	%		Mill. DM	%	
Vereinigte Staaten von Amerika	14 951,5	15,6	1	+ 206,8	27,2	1
Frankreich	12 144,3	12,7	2	+ 35,8	4,7	5
Italien	8 359,5	8,7	3	+ 33,6	4,4	6
Schweiz	8 257,9	8,6	4	+ 24,5	3,2	9
Großbritannien	6 470,4	6,7	5	+ 87,2	11,5	2
Niederlande	5 658,2	5,9	6	+ 28,8	3,8	7
Österreich	5 601,9	5,8	7	+ 42,3	5,6	3
Belgien-Luxemburg	3 969,5	4,1	8	+ 40,1	5,3	4
Schweden	2 964,6	3,1	9	+ 5,5	0,7	13
Japan	2 520,8	2,6	10	+ 23,1	3,0	10
Spanien	2 312,6	2,4	11	+ 27,5	3,6	8
Kanada	1 150,1	1,2	12	+ 19,6	2,6	12
Brasilien	440,1	0,5	13	+ 21,7	2,9	11
Insgesamt	95 972,5	100	x	+ 759,6	100	x
darunter EG-Länder	41 985,2	43,7	x	+ 263,8	34,7	x

Quellen: Landeszentralbank Baden-Württemberg, eigene Berechnungen.

Binnenmarktes (höhere Informations- und Transportkosten). Auch die fortgeschrittene Harmonisierung technischer Normen und rechtlicher Vorschriften innerhalb der EG wirkt eher dämpfend auf die Direktinvestitionsneigung. Unternehmen mit Sitz in Baden-Württemberg haben automatisch - also auch ohne Kapitalbeteiligungen und Niederlassungen im EG-Ausland - eine Insiderposition innerhalb der weitgehend integrierten Märkte der EG. Diese zur Markterschließung oftmals unerläßliche Insiderposition kann in bezug auf den amerikanischen Binnenmarkt nur durch Direktinvestitionen aufgebaut werden. Die gegenläufigen Größenverhältnisse der Export- und Direktinvestitionsanteile der USA und der EG-Länder können folglich nicht als Beleg einer substitutiven Beziehung zwischen Direktinvestitionen und Exporten herangezogen werden. Die anfangs bereits festgestellte gewisse Gleichläufigkeit der Länderstrukturen deutet eher auf einen komplementären Zusammenhang hin.

Vergleicht man die Länderstrukturen der baden-württembergischen Exporte und der baden-württembergischen Nettotransferleistungen (Stromgrößen) im Ausland für das Jahr 1987 (Tabelle 9), so kann man ebenfalls - wenngleich in abgeschwächter Form - eine gewisse Gleichläufigkeit konstatieren. Diese im Vergleich zu den Direktinvestitionsbeständen etwas geringere Gleichläufigkeit ist nicht überraschend, da in den Stromgrößen von Jahr zu Jahr erhebliche Schwankungen auftreten (mitunter große Abweichungen vom langfristigen Trend) und da die Direktinvestitionsbestände die Höhe und die Struktur der Exporte in weitaus stärkerem Maße beeinflussen als die Stromgrößen, deren Exporteffekte sich wohl überwiegend

erst mit zeitlicher Verzögerung bemerkbar machen. Immerhin zeigt auch dieser Vergleich, daß die Länder mit hohem Anteil an den baden-württembergischen Exporten im allgemeinen auch wichtige Empfängerländer baden-württembergischer Direktinvestitionen waren. So nahmen die USA auch bei den Nettotransferleistungen im Jahre 1987 den ersten Platz ein (27,2 %). Es folgten mit Großbritannien (11,5 %), Österreich (5,6 %) und Belgien-Luxemburg (5,3 %) weitere wichtige Empfängerländer baden-württembergischer Exporte.

Die Gegenüberstellung der Länderstruktur der Exporte und der Länderstruktur der Direktinvestitionsbestände weist auch auf Bundesebene (Anhangtabelle 3) eher auf einen komplementären als auf einen substitutiven Zusammenhang hin. Interessant ist ferner, daß die EG-Länder sowohl bei den Exporten als auch bei den Direktinvestitionen auf Bundesebene eine größere Bedeutung hatten als aus der Sicht Baden-Württembergs. Mit umgekehrtem Vorzeichen galt dies für die USA. Baden-Württemberg ist stärker als das Bundesgebiet mit dem amerikanischen Binnenmarkt verflochten. Dies kommt im Export, aber auch - wenngleich im geringerem Umfang - in der langfristigen Kapitalverflechtung zum Ausdruck.

Ein Vergleich mit den jeweiligen Länderstrukturtabellen für das Jahr 1979 (Anhangtabellen 4 und 5) macht deutlich, daß das Ausmaß der Gleichläufigkeit zwischen Exportstruktur und Direktinvestitionsstruktur (Bestandsgrößen) 1987 sowohl bei Baden-Württemberg als auch beim Bundesgebiet stärker ausgeprägt war als im Jahr 1979. Demnach dürfte auch das Ausmaß der Komplementarität im betrachteten Zeitraum eher zu- als abgenommen haben. Eine Lockerung des positiven Zusammenhangs ist jedenfalls aus diesem Vergleich nicht ersichtlich. Für Baden-Württemberg und für das Bundesgebiet gilt, daß die Anteile der EG-Länder und der USA sowohl bei den Exporten als auch bei den Direktinvestitionsbeständen gestiegen sind.

Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß die Frage des gegenwärtigen Zusammenhangs zwischen Direktinvestitionen und Exporten aus der Sicht Baden-Württembergs im Rahmen dieser Arbeit nicht vollständig geklärt werden kann. Jedenfalls die im Rahmen dieser Analyse gewonnenen Anhaltspunkte deuten jedoch eher auf einen komplementären als auf einen substitutiven Zusammenhang hin. Der weitaus größte Teil der baden-württembergischen Direktinvestitionen im Ausland entfällt auf die westlichen Industrieländer (1987: 79,5 %). Viele dieser Direktinvestitionen dienen der Erschließung und dem Ausbau ausländischer Märkte und kommen somit zumindest teilweise auch dem Export zugute. Der Zusammenhang zwischen langfristigem Kapitalexport und Güterexport kann jedoch von Branche zu Branche beträchtlich differieren. So kann es durchaus einzelne Branchen geben, in denen verstärkt inländische Exporte durch Produktionsverlagerungen ins Ausland ersetzt wurden.

Direktinvestitionen und Standortattraktivität

Im Rahmen der kontrovers geführten Diskussion über die Attraktivität des Produktionsstandortes Bundesrepublik Deutschland rückte der jeweilige Stand der langfristigen Kapitalverflechtung mit dem Ausland verstärkt in den Mittelpunkt des Interesses. Die lebhafte Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen im Ausland wurde in Verbindung mit der - zumindest bis einschließlich 1987 - unzureichenden Investitionsdynamik im Inland häufig als Beleg für eine nachlassende Attraktivität des Produktionsstandortes Bundesrepublik angesehen. Die Vielschichtigkeit der möglichen Ursachen und Wirkungen von Direktinvestitionen gebietet jedoch, voreilige Schlußfolgerungen möglichst zu vermeiden.

Als Gründe der im internationalen Vergleich womöglich nachlassenden Standortqualität werden insbesondere die hohen Arbeitskosten und die hohe steuerliche Belastung der Unternehmen angeführt. Weitere Nachteile werden zum Teil in den Bereichen der Arbeits- und Betriebsnutzungszeiten, der arbeitsrechtlichen Bestimmungen sowie der Energiekosten und Umweltschutzauflagen

gesehen. Nun kann in der Tat ein mehr oder weniger großer Anteil der deutschen Direktinvestitionen im Ausland mit einer relativen Verschlechterung der inländischen Standortbedingungen zusammenhängen. Beim Versuch, die gegenwärtige Bedeutung möglicher punktueller Standortnachteile näher zu bestimmen, müssen jedoch mitunter folgende Aspekte berücksichtigt werden: Ein möglicherweise beträchtlicher Teil der Direktinvestitionen im Ausland kann nicht als Alternative möglicher Inlandsinvestitionen gesehen werden. Dies gilt für jene Auslandsengagements, die aus Gründen der Markterschließung und Absatzsicherung - auch bei günstigeren Standortbedingungen im Inland - unerläßlich sind. Direktinvestitionen im Rahmen einer "Rohstoffsicherungsstrategie" können ebenfalls kaum durch inländische Investitionen ersetzt werden. Dasselbe gilt für Auslandsinvestitionen, die zum Ziel haben, das Produkt- und Verfahrenswissen von hier mit dem standortspezifischen Erfahrungswissen von dort zu verknüpfen, um daraus resultierende Synergieeffekte auszuschöpfen. Auch die Motive der Risikominderung aufgrund einer internationalen Streuung der Produktionsstandorte und der Ausschaltung von Wechselkursrisiken müssen in diesem Zusammenhang erwähnt werden. Eine Expansion im Inland kann zudem aus wettbewerbsrechtlichen Gründen oder aus einer spezifischen Oligopolsituation heraus (Vermeidung von unkalkulierbaren Reaktionen der Konkurrenten) unterbleiben und stattdessen im Ausland erfolgen. Ferner kann die Höhe des Wechselkurses eine Auslandsinvestition zu einem bestimmten Zeitpunkt attraktiver erscheinen lassen.

Ein hohes Niveau von Direktinvestitionen im Ausland ist für ein stark exportorientiertes Land nichts Ungewöhnliches und leistet zudem einen Beitrag zur Finanzierung von Leistungsbilanzdefiziten anderer Länder. Ferner haben deutsche Unternehmen - etwa im Vergleich zu den Unternehmen in den USA und in Großbritannien - erst relativ spät begonnen, sich in größerem Umfang im Ausland zu engagieren und ihre Stellung als multinationale Unternehmen auf den Weltmärkten auszubauen. Somit kann man in der gegenwärtigen Entwicklung zumindest teilweise noch einen gewissen Aufholprozeß erkennen, der im übrigen - gegenüber der Entwicklung Japans - eher unspektakulär verlief. Die gegenwärtige Höhe und Struktur der deutschen und insbesondere der baden-württembergischen Direktinvestitionen im Ausland kann folglich kaum als Indiz für eine nennenswerte Verschlechterung der inländischen Standortqualität herangezogen werden.

Die gegenwärtige Zurückhaltung ausländischer Investoren im Inland sollte sorgfältig beobachtet werden. So beliefen sich die Nettotransferleistungen für ausländische Direktinvestitionen 1988 in der Bundesrepublik nur auf 774 Mill. DM (1987: 509 Mill. DM) und in Baden-Württemberg betrug 1988 der Nettokapitalzufluß "bescheidene" 321 Mill. DM, während 1987 sogar ein Kapitalabfluß (netto) in Höhe von - 475 Mill. DM ermittelt wurde. Trotz anhaltender Stärke der D-Mark und einer liberalen Importpolitik könnte hierin ein Anzeichen einer nachlassenden Standortattraktivität gesehen werden.[8] Andererseits kann aber auch die vom DIW im Rahmen der Strukturberichterstattung angesprochene These, [9] die derzeit geringe Anziehungskraft der Bundesrepublik Deutschland für ausländische Direktinvestitionen sei kein Zeichen von Schwäche, sondern signalisiere im Gegenteil eine leistungs- und wettbewerbsfähige Wirtschaft, nicht als abwegig bezeichnet werden. Das DIW verweist in diesem Zusammenhang auf die relative Effizienz der Märkte hierzulande, die nur vergleichsweise geringe Gewinnmöglichkeiten ungenutzt ließe. Offensichtlich sehen ausländische Investoren derzeit im großen und ganzen nur geringe Chancen, bestehende "Marktlücken" im Inland erschließen und somit ausreichende Gewinne erzielen zu können. Im

---

8 Vgl. "Wirtschaftswoche", 42. Jahrgang, Nr. 50/88, S. 12.

9 Vgl. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung: "Exportgetriebener Strukturwandel bei schwachem Wachstum", Strukturberichterstattung 1987 im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft, Berlin 1987, S. 83.

übrigen macht das Beispiel Japans deutlich, daß eine in hohem Maße leistungsfähige Wirtschaft und eine nur mäßige Anziehungskraft auf ausländische Direktinvestitionen durchaus vereinbar sind, wenngleich die Situation Japans aufgrund besonderer sprachlicher, kultureller und sonstiger Barrieren nur bedingt mit der Situation der Bundesrepublik vergleichbar ist.

Das stark exportorientierte Baden-Württemberg ist bislang nur in geringem Umfang ein Nettokapitalgeberland. Im Jahr 1987 standen ausländischen Beständen im Inland in Höhe von 19,4 Mrd. DM inländische Bestände im Ausland (jeweils unmittelbare Direktinvestitionen) in Höhe von 20,0 Mrd. DM gegenüber. Diese Zahlen signalisieren keineswegs eine schlechte Qualität der Standortbedingungen in Baden-Württemberg. Die Entwicklung der Stromgrößen (Nettotransferleistungen) muß in den kommenden Jahren aufmerksam verfolgt werden. Eine sich über einen längeren Zeitraum erstreckende Zurückhaltung ausländischer Investoren hinsichtlich potentieller Engagements in der Bundesrepublik und in Baden-Württemberg könnte vor allem dann als Indiz einer im internationalen Vergleich nachlassenden Standortqualität herangezogen werden, wenn auch andere Indikatoren diese Hypothese hinreichend stützen würden.[10]

Ausblick

Die mit der Vollendung des EG-Binnenmarktes bis Ende 1992 einhergehende Beseitigung sämtlicher Schranken des Waren-, Dienstleistungs-, Kapital- und Personenverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten wird die Standortmobilität der Unternehmen beträchtlich erhöhen. Die Unternehmen werden sich - um im verschärften Wettbewerb bestehen zu können - verstärkt in nahezu allen Funktionsbereichen (Beschaffung, Finanzierung, Forschung und Entwicklung, Produktion, Absatz) europaweit orientieren. Viele Unternehmen werden bestrebt sein, in Form von Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen, Unternehmensbeteiligungen oder -kooperationen in mehreren Mitgliedstaaten präsent zu sein oder ihre gegenwärtige Präsenz auszubauen. Vor allem die international agierenden Unternehmen aus Drittländern werden versuchen, "Standbeine" innerhalb der EG zu errichten bzw. auszubauen, um die Vorteile der EG-weiten Liberalisierung auszuschöpfen und am Entwicklungspotential des Binnenmarktes partizipieren zu können. Hierbei ist auch mit zahlreichen Unternehmensakquisitionen und -beteiligungen zu rechnen. Die - berechtigte oder unberechtigte - Furcht vor einer protektionistischen Abschottung der "Festung Europa" verstärkt diese Tendenzen zusätzlich.

Die Verschmelzung der nationalen Märkte zu einem großen gemeinsamen Binnenmarkt wird manche Unternehmen veranlassen, ihre "optimale" Größe neu zu bestimmen. Erhöhte Stückzahlen eröffnen dort die Chance der Kostendegression, wo national begrenzte Märkte "optimale" Unternehmensgrößen seither verhindert haben. Den betreffenden Unternehmen stehen hierzu die Möglichkeiten des internen und des externen Wachstums (Zusammenschlüsse) sowie der Kooperation zur Verfügung. Ein Teil der zu erwartenden Zusammenschlüsse, aber auch des internen Wachstums, wird grenzüberschreitend, d.h. in Form von Direktinvestitionen vollzogen werden.

Der ökonomische Entwicklungsstand ist in den einzelnen Ländern oder besser: Regionen der EG noch sehr unterschiedlich. Dementsprechend vielfältig ist das Spektrum der Standortbedingungen. Gerade diese Vielfalt der Standortbedingungen wird in Verbindung mit der genannten Liberalisierung beträchtliche Direktinvestitionsströme auslösen. Hiervon können insbesondere die bislang wirtschaftlich unterentwickelten und dementsprechend kapitalarmen Regionen innerhalb der Gemeinschaft profitieren. Den Unternehmen bietet sich

---

10 Weitere Indikatoren sind etwa das Wirtschaftswachstum und die Beschäftigungsentwicklung im Vergleich mit anderen Industrienationen, die inländische Investitionstätigkeit im internationalen Vergleich, Stand und Entwicklung des Außenhandels u.a.m.

die Chance, ihre Position auf den Weltmärkten durch eine intensivere Arbeitsteilung (Verteilung der Standorte auf mehrere Länder) innerhalb des EG-Raumes zu verbessern. Hierin könnten sie dem Beispiel vieler japanischer Unternehmen folgen, die bereits offensiv die Vorteile der Arbeitsteilung mit den Schwellenländern in Südostasien, aber auch in Lateinamerika ausschöpfen.

Noch Unklarheit besteht darüber, welcher Harmonisierungsgrad (Steuern, Sozialgesetzgebung, Umweltschutzauflagen, Tarifverträge usw.) innerhalb der EG angestrebt bzw. realisiert werden kann. Eine über das für die Liberalisierung notwendige Maß hinausgehende Harmonisierung würde bestehende Unterschiede in den Standortbedingungen teilweise einebnen und somit den Austausch von Direktinvestitionen dämpfen. Mittel- bis langfristig sorgt die Freisetzung der Marktkräfte ohnehin für eine gewisse Angleichung der Standortbedingungen.

Die Vollendung des Binnenmarktes erhöht die Standortattraktivität des gesamten EG-Raumes und somit auch des Landes Baden-Württemberg. Mit der hohen Qualifikation der Arbeitskräfte, dem ausgeprägten Qualitätsbewußtsein, der Flexibilität der mittelständischen Zulieferer und insbesondere der wissenschaftlich-technischen Infrastruktur bietet der Standort Baden-Württemberg beträchtliche komparative Vorteile für solche Unternehmen, die bei ihrer Produktion auf diese Komponenten angewiesen sind. Insofern ist damit zu rechnen, daß ein nennenswerter Anteil der - durch die Vollendung des Binnenmarktes erheblich verstärkten - Direktinvestitionsströme zwischen den Mitgliedstaaten auf das Zielland Baden-Württemberg entfallen wird. Daneben werden manche Unternehmen aus Drittländern ihren EG-Stützpunkt in Baden-Württemberg errichten. Aber auch die heimischen Unternehmen werden sich vermehrt im EG-Ausland engagieren, so daß die Bedeutung der EG-Staaten als Zielländer baden-württembergischer Direktinvestitionen weiter zunehmen dürfte. Die gegenwärtige Position Baden-Württembergs als Nettokapitalgeberland innerhalb der langfristigen Kapitalverflechtung mit den Staaten der EG dürfte in den kommenden Jahren noch weiter ausgebaut werden. In Anbetracht des Tatbestandes, daß die deutschen Direktinvestitionen vor allem in die USA und die EG-Länder fließen, spricht die Deutsche Bundesbank von einem unmittelbaren marktmäßigen "Recycling" deutscher Leistungsbilanzüberschüsse gegenüber diesen Ländern, das für die Kapitalgeber wie die Kapitalnehmer vorteilhaft erscheine.[11]

Zusammenfassung

- Direktinvestitionen resultieren aus einer Vielzahl von sehr unterschiedlichen Motiven. Das Motiv der kostenorientierten Produktionsverlagerung ist eines dieser Motive, das jedoch bei den baden-württembergischen Direktinvestitionen im Ausland kaum eine dominierende Rolle spielen dürfte. Dafür spricht insbesondere der Tatbestand, daß auf die typischen Niedriglohnländer nur ein relativ geringer Anteil der heimischen Auslandsinvestitionen entfällt.

- Entscheidend ist demgegenüber der Aspekt der Marktpräsenz, um unmittelbar vor Ort die Markt- und Absatzverhältnisse sowie die technischen Entwicklungen zu erkunden, diese bei der Produktion zu berücksichtigen und so die Konkurrenz abzufangen. Entsprechend sind die Verflechtungsbeziehungen zwischen hochentwickelten Industrienationen besonders intensiv. Gut 30 % des baden- württembergischen Vermögens im Ausland ist im übrigen in Handelsniederlassungen angelegt, die vor allem der Exportabwicklung und -förderung dienen.

- Baden-Württemberg ist im Rahmen der langfristigen Kapitalverflechtung mit den Ländern der EG seit 1979 ein Nettokapitalgeberland. Ende 1987 standen baden-württembergischen Kapitalbeständen im EG-Ausland in Höhe von 6,5 Mrd. DM ausländische Engagements (aus der EG) im Inland im Wert von 4,7 Mrd. DM gegenüber.

---

11 Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Heft 4/1989, S. 24.

Frankreich (2,8 Mrd. DM) und die Niederlande (2,7 Mrd. DM) waren - gemessen am Verflechtungsvolumen (Summe der Direktinvestitionen im Inland und im Ausland) - die wichtigsten Partnerländer innerhalb der EG.

- Beim ausländischen Unternehmensvermögen in Baden-Württemberg dominierte nach wie vor die USA (Anteil Ende 1987: 38,9 %). Der Anteil, der auf die EG-Länder entfiel, ist zwischen 1979 und 1987 von 13,8 % auf 24,1 % gestiegen. Die bedeutendsten Kapitalgeberländer innerhalb der EG waren Großbritannien (1,5 Mrd. DM) und die Niederlande (1,3 Mrd. DM).

- Beim baden-württembergischen Unternehmensvermögen im Ausland dominierte ebenfalls die USA mit einem Anteil von 30,1 % (Ende 1987). Auf die EG-Länder entfiel ein Anteil von 28,9 % gegenüber 24,8 % im Jahr 1979. Somit kann - wie bei den Direktinvestitionen im Inland - eine zunehmende Bedeutung der EG-Länder festgestellt werden. Innerhalb der EG war Frankreich (2,0 Mrd. DM) das beliebteste Zielland baden-württembergischer Auslandsinvestitionen.

- In den jährlichen Nettotransferleistungen (Stromgrößen) kommen die kurzfristigen Tendenzen der langfristigen Kapitalverflechtung zum Ausdruck. Im Jahr 1988 haben baden-württembergische Unternehmen 967 Mill.DM im Ausland investiert. Die Nettotransferleistungen ausländischer Unternehmen in Baden-Württemberg beliefen sich auf 321 Mill. DM.

- Die Gegenüberstellung der Länderstruktur der heimischen Direktinvestitionen im Ausland einerseits und der Länderstruktur baden-württembergischer Exporte andererseits ergab, daß deutliche Anhaltspunkte eher auf einen komplementären als auf einen substitutiven Zusammenhang von Direktinvestitionen und Export hinweisen. Der Vergleich der jüngsten Daten mit den Daten des Jahres 1979 machte deutlich, daß das Ausmaß der Komplementarität im betrachteten Zeitraum eher zu- als abgenommen hat.

- Das rasante Wachstum der Unternehmensverflechtung über Direktinvestitionen signalisiert keinesfalls eine gegenwärtig oder zukünftig abnehmende Bedeutung des Außenhandels. Im Gegenteil: Beide Formen der außenwirtschaftlichen Verflechtung sind Ausdruck einer wachsenden gegenseitigen Durchdringung insbesondere innerhalb der Gruppe der westlichen Industrieländer.

- Die Vollendung des EG-Binnenmarktes wird der grenzüberschreitenden Unternehmensverflechtung innerhalb der EG beträchtliche Impulse verleihen. Der Gemeinsame Markt erhöht die Standortattraktivität des gesamten EG-Raumes und somit auch des Landes Baden-Württemberg. Unternehmen aus Drittländern werden in verstärktem Maße Stützpunkte in der EG errichten.

- Die gegenwärtige Position Baden-Württembergs als Nettokapitalgeberland innerhalb der EG dürfte in den kommenden Jahren noch weiter ausgebaut werden. In diesem Zusammenhang kann auch von einem "Recycling" deutscher Leistungsbilanzüberschüsse gegenüber diesen Ländern gesprochen werden.

2. Ländlicher Raum

Zur Situation und Entwicklung des Ländlichen Raums i. e. S.

Die räumliche Basis der vorliegenden Untersuchung bilden die im Landesentwicklungsplan (LEP) 1983 festgelegten Raumkategorien. Untersuchungsobjekt ist der "Ländliche Raum i.e.S.", das heißt der Ländliche Raum unter Ausschluß der Verdichtungsbereiche. Die weiteren Raumkategorien, die "Verdichtungsräume", deren "Randzonen" und die "Verdichtungsbereiche im Ländlichen Raum" werden im folgenden zusammenfassend als "verdichtete Gebiete" bezeichnet.

Die Verdichtungsbereiche im Ländlichen Raum bildeten das Untersuchungsobjekt des im Statistisch-prognostischen Bericht 1987/88 erschienenen Beitrags "Strukturwandel der Beschäftigung in den Verdichtungsbereichen im Ländlichen Raum". Einige Ergebnisse dieses Beitrags seien kurz erwähnt: Bei der Beschäftigtenentwicklung 1975 bis 1986 ergab sich eine Zweiteilung in "frühindustrialisierte Verdichtungsbereiche" (Aalen-Heidenheim, Villingen-Schwenningen, Balingen-Albstadt, Ulm) mit weniger günstiger Entwicklung und "spätindustrialisierte Verdichtungsbereiche" (Offenburg-Lahr, Ravensburg-Weingarten, Konstanz) mit günstiger Entwicklung. In allen sieben Verdichtungsbereichen zeigte die Wirtschaft Tendenzen zur Heterostruktur, darunter besonders ausgeprägt im Verdichtungsbereich Konstanz. Als "Ursache" dieser Tendenz wurden Beschäftigtenverluste im Verarbeitenden Gewerbe und Beschäftigtengewinne im Tertiären Sektor, vor allem bei den privaten Dienstleistungen, herausgestellt.

Daß zwischen dem Ländlichen Raum i.e.S. und den "verdichteten Gebieten" Unterschiede im (absoluten) Niveau der wirtschaftlichen Aktivitäten und der Wirtschaftskraft bestehen, wurde u.a. im Bericht "Die Struktursituation des ländlichen Raums in Baden-Württemberg 1974 - 1984" (Hrsg.: Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie des Landes Baden-Württemberg, 1987, S. 2) festgestellt. Der Schwerpunkt vorliegender Untersuchung liegt auf einer "Binnenbetrachtung" (kleinräumige Differenzierung) des Ländlichen Raums i.e.S.

Im ersten Teil wird die Bevölkerungs- und Beschäftigungsentwicklung der vier Raumkategorien und des Landes sowie der Ländlichen Räume i.e.S. der 12 Regionen betrachtet.

Im zweiten, umfangreicheren Teil erfolgt eine kleinräumige Differenzierung des Ländlichen Raums i.e.S. anhand von Indikatoren zur aktuellen wirtschaftlichen Situation und deren Entwicklung seit 1978. Die aufgrund dieses Arbeitsschritts ermittelten drei "Gruppen von Nahbereichen" des Ländlichen Raums i.e.S., werden anhand eines breiteren Indikatorenbündels näher analysiert.

Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg

Baden-Württemberg verzeichnete seit 1961 eine Bevölkerungszunahme von 1,5 Mill. Einwohnern, die zunächst auf hohe Geburtenzahlen, später jedoch vor allem auf Wanderungsgewinne zurückzuführen ist.

Die Bevölkerungsentwicklung reagiert aufgrund des Wanderungsverhaltens vor allem der ausländischen Arbeitskräfte etwas zeitversetzt und mit geringeren Amplituden auf die Veränderung der

Tabelle 1

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte*) in Baden-Württemberg 1975 und 1987 nach Wirtschaftsabteilungen

	Wirtschaftsabteilung	Beschäftigte		Anteile an den Beschäftigten insgesamt	
		1975	1987	1975	1987
		1000		%	
I	Land- und Forstwirtschaft[1)]	25,5	33,7	0,8	0,9
II	Energiewirtschaft und Wasserversorgung, Bergbau	30,2	35,5	0,9	1,0
III	Verarbeitendes Gewerbe	1 688,3	1 692,2	51,9	47,6
IV	Baugewerbe	257,4	239,4	7,9	6,7
V	Handel	378,2	408,8	11,6	11,5
VI	Verkehr und Nachrichtenübermittlung	116,1	127,1	3,6	3,6
VII	Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	111,5	131,3	3,4	3,7
VIII	Sonstige private und öffentliche Dienstleistungen	415,8	618,3	12,8	17,4
IX	Organisationen ohne Erwerbscharakter	39,7	62,2	1,2	1,7
X	Gebietskörperschaften	188,5	208,1	5,8	5,9
	Insgesamt	3 251,3	3 556,6	100	100
	Primärer Sektor (I)	25,5	33,7	0,8	0,9
	Sekundärer Sektor (II - IV)	1 975,9	1 967,0	60,8	55,3
	Tertiärer Sektor (V - X)	1 249,9	1 555,9	38,4	43,7

*) Stichtag jeweils 30. Juni. – 1) Ohne selbständige Land- oder Forstwirte und deren mithelfende Familienangehörige.

Beschäftigungssituation. So verzeichnete Baden-Württemberg Mitte der 70er Jahre und Anfang der 80er Jahre Bevölkerungsverluste infolge einer hohen Ausländerrückwanderung, die durch Zuwanderung in den Aufschwungphasen meist kompensiert wurden.

Beschäftigungsentwicklung in Baden-Württemberg

Die Beschäftigungsentwicklung war von wechselnden Phasen der Zunahme, Stagnation und Abnahme gekennzeichnet. Der Eintritt geburtenstarker Jahrgänge ins Erwerbsleben prägte den Arbeitsmarkt der 80er Jahre. Die Zu- bzw. Abwanderung ausländischer Arbeitskräfte wirkte als Puffer bei konjunkturellen Schwankungen. Heute weist das Land mit 3,6 Mill. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen Höchststand auf.

Dabei hat sich im Lauf des Jahres 1988 ein weiterer konjunktureller Aufwärtstrend auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar gemacht. Eine wichtige Rolle bei der Beschäftigungszunahme spielte die Ausweitung der Teilzeitarbeit im Dienstleistungsbereich. Die Zahl der Teilzeitbeschäftigten stieg zwischen 1978 und 1987 von rd. 250 000 auf etwa 350 000. Damit geht jeder zehnte Sozialversicherungspflichtige einer Teilzeitbeschäftigung nach.

Die auch in allen anderen Bundesländern zu beobachtende Verschiebung der Sektorenanteile zu den Dienstleistungsbereichen setzte sich weiter fort (siehe Tabelle 1).

Bevölkerungsentwicklung in den Raumkategorien

Die Bevölkerungsentwicklung verlief in den vier Raumkategorien unterschiedlich. Im langfristigen Beobachtungszeitraum 1961 bis 1987 äußert sich die Sonderstellung der Randzonen in einer fast ununterbrochenen Bevölkerungszunahme, auch wenn diese seit Mitte der 70er Jahre abflacht. In den Verdichtungs-

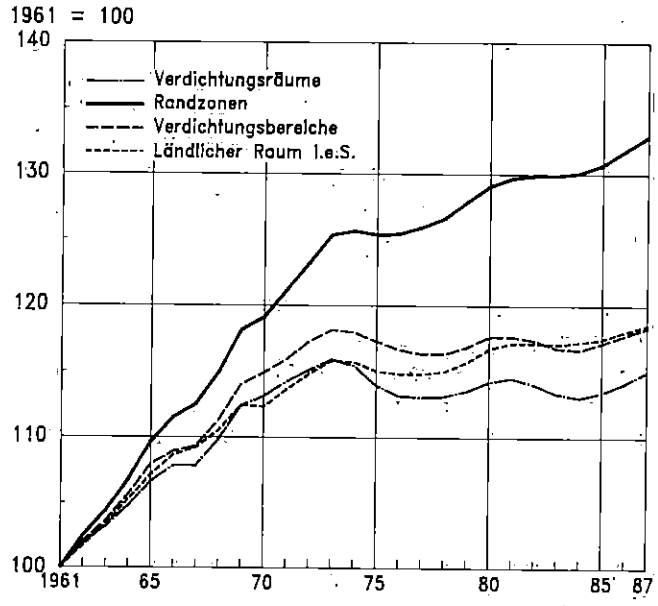
räumen und den Verdichtungsbereichen des Ländlichen Raums war bis Mitte der 70er Jahre ebenfalls eine starke Bevölkerungszunahme zu verzeichnen, die sich dann jedoch deutlich verlangsamt hat und teilweise zum Stillstand gekommen ist. Diese Gebiete haben heute etwa die gleiche Einwohnerzahl wie 1973. Die jüngere konjunkturell bedingte Bevölkerungszunahme in den Verdichtungsräumen kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese langfristig weiter Einwohner zugunsten der Randzonen verlieren werden.

Der Ländliche Raum i.e.S. war von den auf konjunkturelle Einbrüche folgenden Wanderungsverlusten nur in geringem Maß betroffen und konnte seine Einwohnerzahl fast ständig erhöhen, wenn auch bei weitem nicht in dem Maß wie die Randzonen. Knapp 30 % der Bevölkerung des Landes lebten 1987 im Ländlichen Raum i.e.S.

Etwas generalisierend läßt sich feststellen: Während bis in die 60er Jahre hinein die arbeitsplatzorientierte Zuwanderung in die Zentren überwog, gewann anschließend die wohnortorientierte Abwanderung in die Randzonen eine hohe, auch heute noch anhaltende Bedeutung. In den 70er Jahren zeigt der Ländliche Raum i.e.S. mehr und mehr einen überdurchschnittlichen Bevölkerungszuwachs. Unter dem Eindruck einer anscheinend unaufhaltsamen Motorisierungswelle, die sich in überdurchschnittlichen Kraftfahrzeugzulassungen äußert, und infolge des Fernstraßenbaus, der zu steigenden Pendlerreichweiten bei unverändertem Zeitaufwand

Schaubild 1

Bevölkerungsentwicklung 1961 bis 1987 nach Raumkategorien



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 114 89

führte, wurden viele Gemeinden des Ländlichen Raums i.e.S. zu bevorzugten Wohnorten. Eine landschaftlich reizvolle Umgebung, eine geringere Umweltbelastung, im Durchschnitt niedrigere Grundstücks- und Baukosten förderten den Zuzug aus höher verdichteten Räumen unter Beibehaltung der Arbeitsplätze in diesen.

Neben dieser großräumigen Entwicklung zeigt sich auch ein Bevölkerungswachstum im Umland höherrangiger Zentren innerhalb des Ländlichen Raums i.e.S.,

Tabelle 2

Bevölkerung in Baden-Württemberg 1975 und 1987 nach Raumkategorien

Raumkategorien des Landesentwicklungsplans	Bevölkerung		Veränderung 1987 gegen 1975	
	1975	1987		
	1000		Anzahl	%
Verdichtungsräume	3 547,8	3 581,9	+ 34 101	+ 1,0
Randzonen	1 839,5	1 951,5	+ 112 020	+ 5,7
Verdichtungsbereiche	1 067,5	1 077,1	+ 9 659	+ 0,9
Ländlicher Raum i.e.S.	2 698,0	2 779,5	+ 81 504	+ 3,0
Baden-Württemberg	9 152,7	9 390,0	+ 237 284	+ 2,5

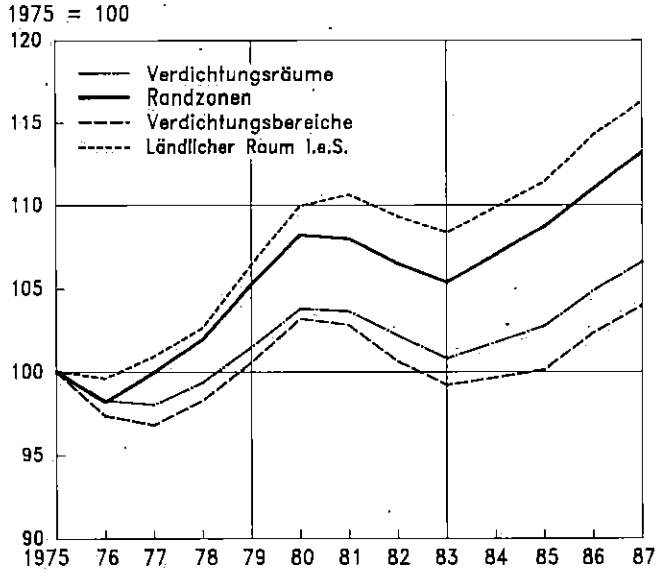
was auch in der Flächeninanspruchnahme und der Bautätigkeit einen Niederschlag fand. So liegt der Siedlungsflächenzuwachs im Ländlichen Raum i.e.S. zwischen den Erhebungen 1981 und 1985 mit 4,6 Prozent etwas über dem Landesdurchschnitt (4,4 %). Auch die Zunahme der Wohngebäude und Wohnungen im Laufe der 80er Jahre liegt über dem Landesdurchschnitt. Noch deutlicher gilt dies für den Zuwachs der Gebäude- und Freiflächen in Höhe von 6,0 % gegenüber 5,0 % im Land. Daß der Ländliche Raum i.e.S. auch als Wirtschaftsstandort attraktiver wurde, zeigt sich an der Zunahme der gewerblichen Betriebsfläche in Höhe von knapp 12 % zwischen 1981 und 1985 gegenüber 8,5 % im Land.

Beschäftigtenentwicklung in den Raumkategorien

Die gestiegene Attraktivität des Ländlichen Raums i.e.S. als Wirtschaftsstandort äußert sich noch deutlicher in steigenden Beschäftigtenzahlen. Mit einer Zunahme von 16,3 % im Zeitraum 1975 bis 1987 steht der Ländliche Raum i.e.S. an erster Stelle, gefolgt von den Randzonen (13,2 %). Die Zunahme in den Verdichtungsräumen und Verdichtungsbereichen fiel mit 6,6 % bzw. 4,0 % vergleichsweise gering aus. Damit verschoben sich die Regionalanteile zwischen den Raumkategorien (siehe Schaubild 2 und Tabelle 3) . Verdichtungsräume und -bereiche verloren Anteile zugunsten der Randzonen und vor allem des Ländlichen Raumes i.e.S. Damit nimmt bei einer allgemeinen Niveauerhöhung die Konzentration der Arbeitsplätze auf die hoch verdichteten Verdichtungsräume ab und die räumliche Streuung zu. 23 % aller Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entfielen 1987 auf den Ländlichen Raum i.e.S. (Bevölkerungsanteil 29,6 %).

Schaubild 2

Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten 1975 bis 1987 nach Raumkategorien



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 115 89

Schaubild 3 zeigt, wieweit die tatsächliche Beschäftigtenveränderung in den vier Raumkategorien von einer - fiktiven - lediglich im Landestrend liegenden Beschäftigtenentwicklung abweicht. Die Daten geben damit Hinweise, ob ein Teilraum trotz einer Beschäftigtenzunahme gegenüber der allgemeinen Entwicklung im Land zurückzufallen droht (Minuswerte) oder trotz eines Beschäftigtenverlustes gegenüber einer allgemein noch stärker rückläufigen Beschäftigung günstig abschneidet (positive Werte). Hier wird deutlich, daß Verdichtungsräume und Verdichtungsbereiche fast permanent der landesdurchschnittlichen Entwicklung nachhinken, während Randzonen und Ländlicher Raum i.e.S. fast durchweg über dem Landesdurchschnitt liegende Gewinne verzeichnen.

Eine besonders überdurchschnittliche Entwicklung weist der Ländliche Raum i.e.S. beim Handel auf, wo er auf einen spürbaren Nachholbedarf reagierte. Mit 8,4 % aller Beschäftigten wird das Landesniveau von 11,5 % jedoch noch nicht erreicht.

Auch bei den sonstigen privaten und öffentlichen Dienstleistungen wurden überdurchschnittliche Ergebnisse erzielt, die jedoch von den Randzonen übertroffen wurden. Auffallend ist die

Tabelle 3

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte*) in Baden-Württemberg nach ausgewählten Jahren und Raumkategorien

a) Grundzahlen

Raumkategorien des Landesentwicklungsplanes	1975	1976 [1]	1980	1985	1987 [2]	Veränderung 1987/1975
	Anzahl					%
Verdichtungsräume	1 573 925	1 546 524	1 633 597	1 617 539	1 677 751	+ 6,6
Randzonen	519 783	510 281	562 326	565 113	588 175	+ 13,2
Verdichtungsbereiche	454 943	442 730	469 399	455 452	473 028	+ 4,0
Ländlicher Raum i.e.S.	702 831	699 913	772 660	782 880	817 683	+ 16,3
Baden-Württemberg	3 251 482	3 199 448	3 437 982	3 420 984	3 556 637	+ 9,4

b) Index

Raumkategorien des Landesentwicklungsplanes	1975	1976 [1]	1980	1985	1987 [2]
	1975 = 100				
Verdichtungsräume	100	98,3	103,8	102,8	106,6
Randzonen	100	98,2	108,2	108,7	113,2
Verdichtungsbereiche	100	97,3	103,2	100,1	104,0
Ländlicher Raum i.e.S.	100	99,6	109,9	111,4	116,3
Baden-Württemberg	100	98,4	105,7	105,2	109,4

c) Regionalanteile

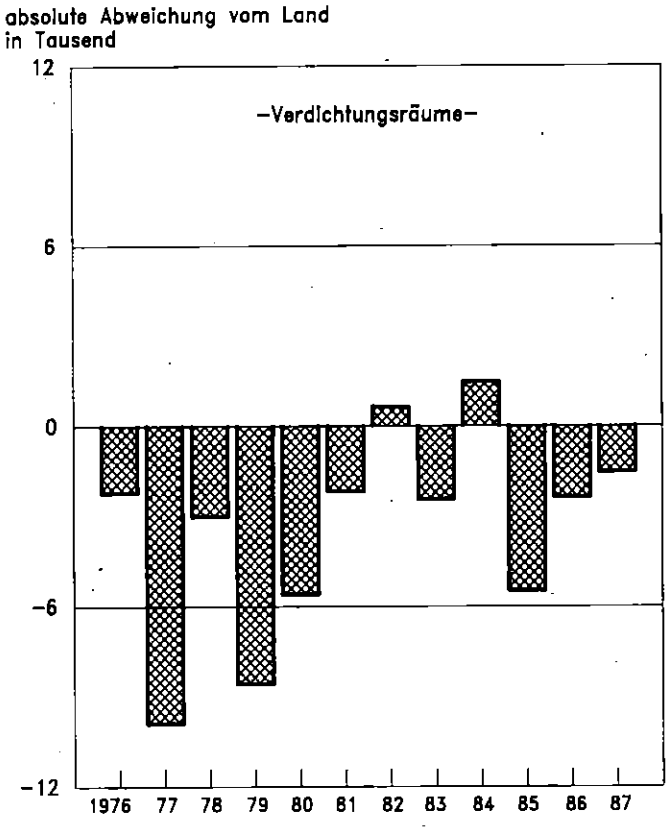
Raumkategorien des Landesentwicklungsplanes	1975	1976 [1]	1980	1985	1987 [2]	Veränderung 1987/1975
	%					
Verdichtungsräume	48,4	48,3	47,5	47,3	47,2	– 1,2
Randzonen	16,0	15,9	16,4	16,5	16,5	+ 0,5
Verdichtungsbereiche	14,0	13,8	13,7	13,3	13,3	– 0,7
Ländlicher Raum i.e.S.	21,6	21,9	22,5	22,9	23,0	+ 1,4
Baden-Württemberg	100	100	100	100	100	0

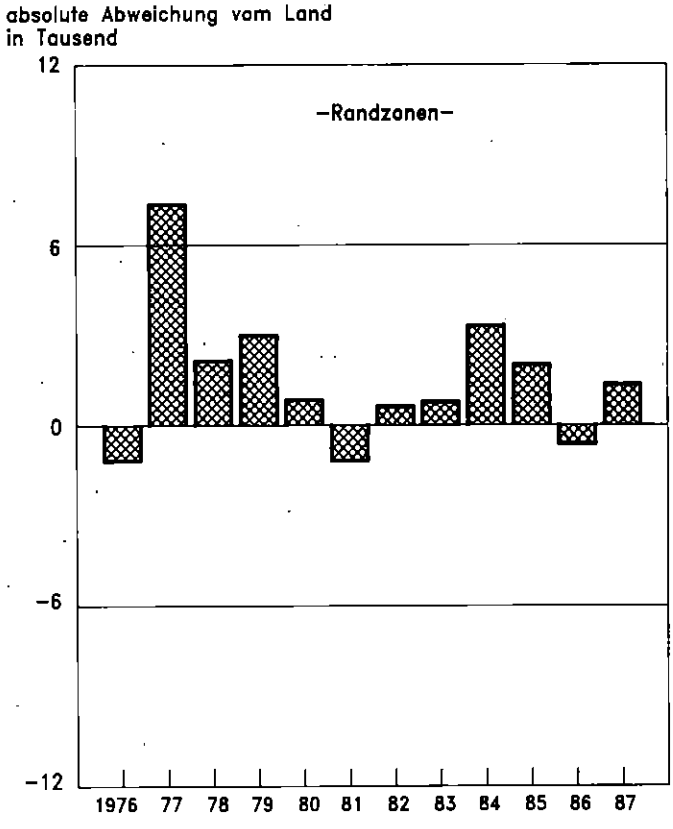
*) Stichtag jeweils 30.Juni.– 1) Beschäftigungstiefststand im Beobachtungszeitraum.– 2) Beschäftigungshöchststand im Beobachtungszeitraum.

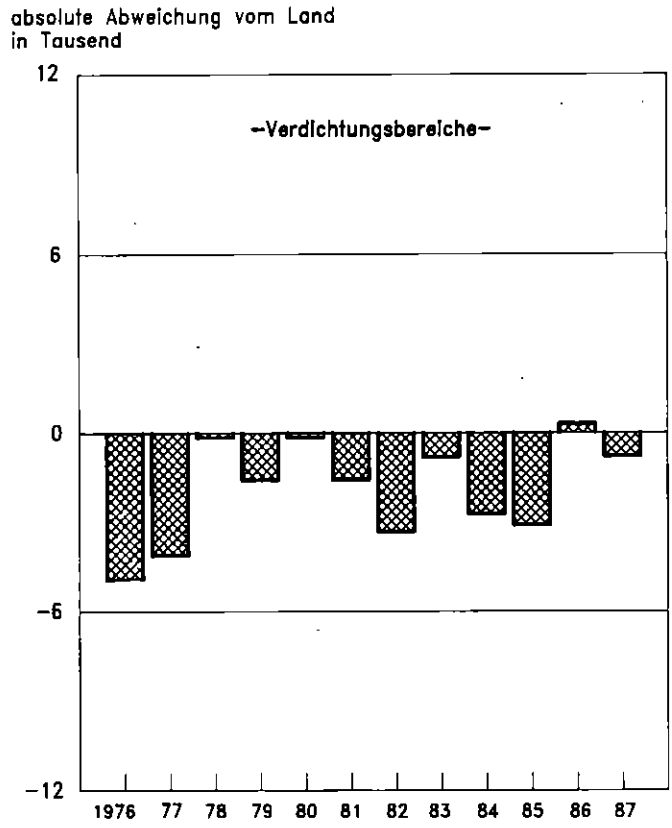
relativ hohe Zunahme der Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe angesichts der Stagnation bzw. der spürbaren Verluste in den anderen Raumkategorien. Bereits heute entfällt ein Viertel aller Beschäftigten im Verarbeitenden Gewerbe auf den Ländlichen Raum i.e.S. Dies ist sicherlich nicht zuletzt auf die fast flächendeckend verfügbare Basisinfrastruktur wie Verkehrserschließung, Energieversorgung und Kommunikationsnetz zurückzuführen. Auch das verbesserte Bildungsangebot im gewerblich-technischen Bereich führte zu einer Aufwertung von Standorten im Ländlichen Raum i.e.S.

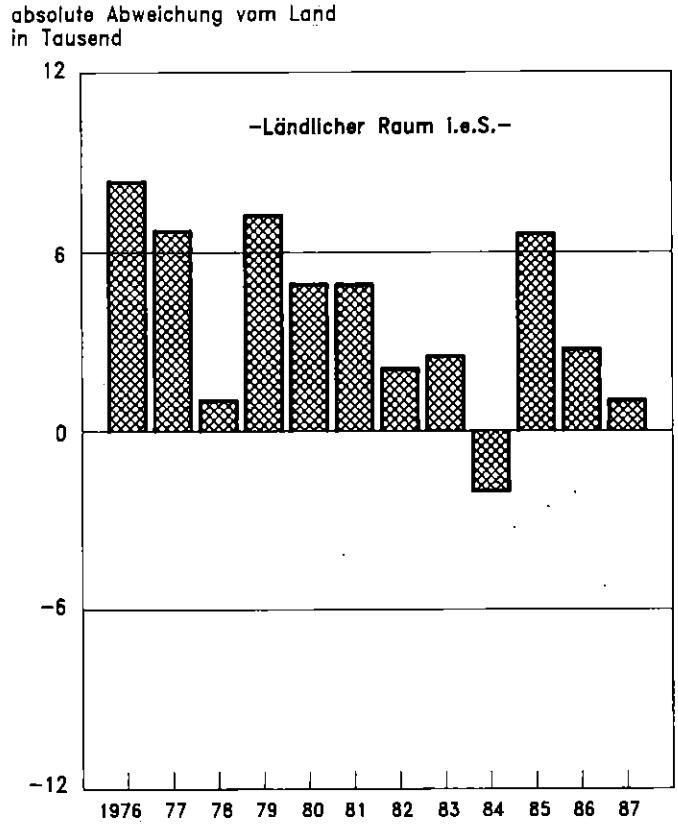
Schaubild 3

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1976 bis 1987









Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

117 89

Tabelle 4

Beschäftigtenbesatz und Veränderung der Zahl der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten*) in Baden-Württemberg 1975 bis 1987 nach Raumkategorien und ausgewählten Wirtschaftsabteilungen

Raumkategorien des Landesentwicklungsplanes	Beschäftigte insgesamt	Darunter		
		Verarbeitendes Gewerbe	sonst. private und öffentliche Dienstleistungen	Handel
	Beschäftigte 1987 in 1000			
Verdichtungsräume	1 677,7	723,7	313,4	221,8
Randzonen	588,2	303,0	96,9	63,3
Verdichtungsbereiche	473,0	241,2	78,1	55,1
Ländlicher Raum i.e.S.	817,7	424,3	129,9	68,6
Baden-Württemberg	3 556,6	1 692,2	618,3	408,8
	Beschäftigte je 1000 Einwohner			
Verdichtungsräume	468	202	87	62
Randzonen	301	155	50	32
Verdichtungsbereiche	439	224	73	51
Ländlicher Raum i.e.S.	294	153	47	25
Baden-Württemberg	379	180	66	44
	Veränderung der Zahl der Beschäftigten 1987 gegen 1975 in %			
Verdichtungsräume	+ 6,6	– 1,8	+ 41,3	+ 0,4
Randzonen	+ 13,2	+ 0,9	+ 60,9	+ 22,2
Verdichtungsbereiche	+ 4,0	– 6,8	+ 52,7	+ 5,8
Ländlicher Raum i.e.S.	+ 16,3	+ 8,2	+ 57,0	+ 28,6
Baden-Württemberg	+ 9,4	+ 0,2	+ 48,7	+ 8,1

*) Stichtag jeweils 30. Juni.

Entwicklungstendenzen der Ländlichen Räume i.e.S. in den Regionen

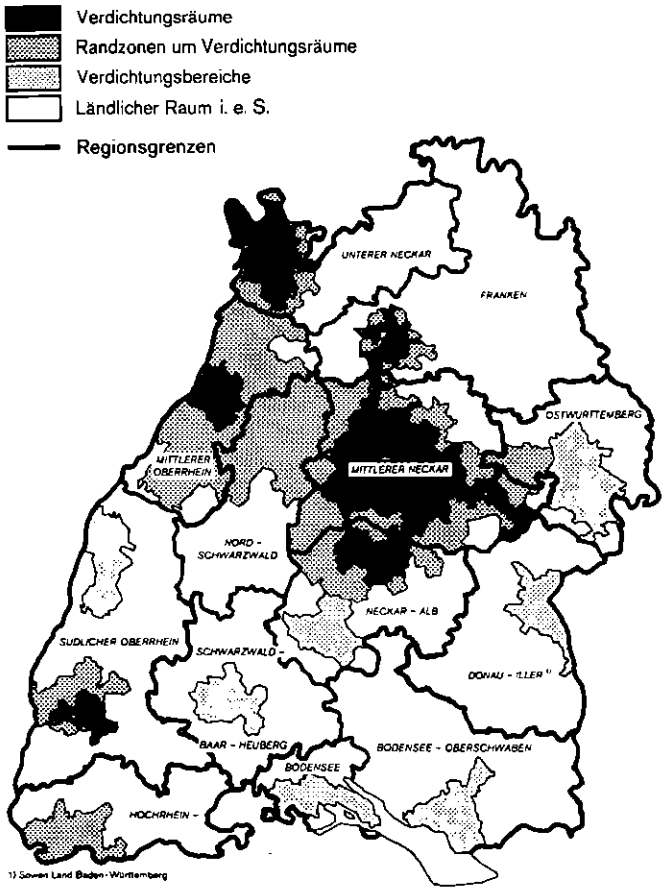
Die Raumkategorien des Landesentwicklungsplanes (LEP) 1983 stellen Räume mit gleichartiger Struktur dar, die für planerische und analytische Zwecke abgegrenzt wurden. Nach Plansatz 1.10 des LEP ist der Ländliche Raum ein Lebens- und Wirtschaftsraum mit eigenständiger Bedeutung und spezifischen Entwicklungsmöglichkeiten.

Im folgenden werden die Entwicklungstendenzen in Teilgebieten des Ländlichen Raums i.e.S. mit der Entwicklung des Ländlichen Raums i.e.S. insgesamt verglichen. Dies erlaubt eine differenziertere und vor allem adäquatere Betrachtung als der Vergleich mit dem Land insgesamt. Schließlich liegen im Ländlichen Raum i.e.S. keine Oberzentren, was sich auf die meisten Wirtschaftsindikatoren dämpfend - aber nicht negativ - auswirkt. Er hat naturgemäß weder Universitäten noch obere und oberste Behörden oder multinationale Unternehmenssitze, durch deren Einfluß z.B. gerade die Einkommensindikatoren überdurchschnittliche Werte annehmen.

Der Anteil des Ländlichen Raums i.e.S. in den Regionen ist sehr unterschiedlich. Insgesamt nimmt der Ländliche Raum i.e.S. zwei Drittel der Landesfläche ein und weist 30 % der Bevölkerung und 23 % der Beschäftigten auf. Der Flächenanteil reicht von 15 % (Region Mittlerer Oberrhein) bis 91 % (Re-

Schaubild 4

Raumkategorien nach dem Landesentwicklungsplan 1983



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 204 89

gion Franken), der Bevölkerungsanteil liegt zwischen 4 % (Mittlerer Oberrhein) und 73 % (Schwarzwald-Baar-Heuberg) der Beschäftigtenanteil streut zwischen 2,4 % (Mittlerer Neckar) und 71 % (Schwarzwald-Baar-Heuberg). Als Gliederung wird eine Aufteilung in Regionen mit "geringen-", "mittleren-" und "hohen" Anteilen des Ländlichen Raums i.e.S. vorgenommen.

Regionen mit geringen Anteilen des Ländlichen Raums i.e.S.

Der Ländliche Raum i.e.S. (LR) der vier Regionen Mittlerer Oberrhein, Mittlerer Neckar, Neckar-Alb und Ostwürttemberg repräsentiert etwa ein Achtel des gesamten Ländlichen Raums i.e.S. (vgl. Tabelle 5).

LR der Region Mittlerer Oberrhein

Die Region Mittlerer Oberrhein wird überwiegend vom Verdichtungsraum um Karlsruhe und dessen Randzone geprägt. Lediglich Randlagen von Kraichgau, Schwarzwald und Oberrheinischem Tiefland gehören zum Ländlichen Raum i.e.S. Auffallend ist die sehr geringe Bevölkerungszunahme im Gesamtzeitraum 1961 bis 1987 sowie die Bevölkerungsab-

Tabelle 5

Strukturdaten des Ländlichen Raums i.e.S. 1987 nach Regionen*)

Regionen	Regionen insgesamt			Darunter		
	Fläche	Bevölkerung	Beschäftigte	Fläche	Bevölkerung	Beschäftigte
	km²	1000		km²	1000	
	1	2	3	4	5	6
Mittlerer Neckar	3 654,4	2 386,9	1 037,4	649,9	101,2	25,0
Franken	4 764,6	726,5	258,2	4 354,3	492,3	153,0
Ostwürttemberg	2 138,6	402,4	143,8	1 269,1	124,6	30,0
Mittlerer Oberrhein	2 137,4	876,8	337,0	324,0	34,8	8,4
Unterer Neckar	2 441,9	1 037,4	396,8	1 539,6	201,0	59,7
Nordschwarzwald	2 339,9	513,3	178,3	1 312,6	168,8	52,1
Südlicher Oberrhein	4 061,9	890,4	299,7	3 120,1	403,3	107,2
Schwarzw.-Baar-Heuberg	2 529,2	432,3	166,7	2 173,1	313,9	117,9
Hochrhein-Bodensee	2 756,1	577,1	186,8	1 980,6	209,6	52,6
Neckar-Alb	2 531,0	602,6	215,9	1 324,6	111,4	31,2
Donau-Iller [1]	2 885,7	416,5	158,1	2 597,9	281,1	83,2
Bodensee-Oberschwaben	3 500,7	527,9	178,0	3 064,0	337,6	97,3
Insgesamt	35 741,4	9 390,1	3 556,7	23 709,8	2 779,6	817,6

*) Bevölkerung zum 31.12.; Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte zum 30.6. — 1) Soweit Land Baden-Württemberg.

nahme im neueren Beobachtungszeitraum 1975 bis 1987, die neben einem Geburtendefizit vor allem auf ausgeprägten Wanderungsdefiziten beruht. Das Wanderungsdefizit je 1000 Einwohnern erreichte Mitte der 70er Jahre Spitzenwerte. Positiver und mit deutlichen konjunkturellen Schwankungen verlief die Beschäftigtenentwicklung, bei der etwa der Durchschnitt des Ländlichen Raums i.e.S. erreicht wurde.

LR der Region Mittlerer Neckar

Der am nordöstlichen und südöstlichen Rand gelegene Ländliche Raum i.e.S. der Region Mittlerer Neckar spielt anteilsmäßig nur eine untergeordnete Rolle. Er erreichte zwischen 1975 und 1987 ein hohes Beschäftigungs- und ein sehr hohes Bevölkerungswachstum. Dieser Raum hat als einziger seiner Gruppe keine Wanderungsverluste bei der deutschen Bevölkerung.
Charakteristisch sind auch hier starke konjunkturelle Schwankungen bei der Beschäftigtenzahl.

LR der Region Neckar-Alb

Der Ländliche Raum i.e.S. dieser Region erstreckt sich im wesentlichen auf Teile der Schwäbischen Alb bzw. des Albvorlandes. Aufgrund seiner Lage wird er intensiv von den südlichen Ausläufern des Verdichtungsraums um Stuttgart und dessen Randzone im Raum Reutlingen/Tübingen sowie vom Verdichtungsbereich Balingen-Albstadt beeinflußt. Seine Bevölkerungsentwicklung fällt schwächer aus als im gesamten Ländlichen Raum i.e.S. Während im Laufe des vergangenen Jahrzehnts durchweg Geburtenüberschüsse auftraten, reagierte die Wanderungsbewegung wiederum ausgesprochen intensiv auf konjunkturelle Schwankungen. Einem Wanderungsverlust von 6 Einwohnern je 1000 der Bevölkerung 1982 stand ein Gewinn von 6 Einwohnern je 1000 der Bevölkerung im Jahr 1987 gegenüber. Derart intensive Amplituden bei der Wanderungsbewegung sind eher für Verdichtungsräume oder Verdichtungsbereiche typisch. Die Wanderungsbilanzen der Deutschen und Ausländer zwischen 1978 und 1987 sind weitgehend ausgeglichen. Seit 1982 verzeichnete dieser Raum zwar eine Beschäftigungszunahme, die jedoch in der Regel unter dem Durchschnitt des Ländlichen Raums i.e.S. liegt.

LR der Region Ostwürttemberg

Der Ländliche Raum i.e.S. der Region Ostwürttemberg weist aufgrund der relativ peripheren Lage vieler Gebietsteile ebenfalls nur unterdurchschnittliches Bevölkerungswachstum auf, das sich dank eines hohen Geburtenüberschusses und nur relativ geringer Wanderungsverluste jedoch kontinuierlich verstärkt. Im Beschäftigungsbereich ergab sich von 1975 bis 1987 eine ähnliche, jedoch von geringeren Ausschlägen begleitete Entwicklung wie im Ländlichen Raum der Region Mittlerer Neckar. Ostwürttemberg liegt damit etwas über dem Durchschnitt des Ländlichen Raums i.e.S.

Regionen mit mittleren Anteilen des Ländlichen Raums i.e.S.

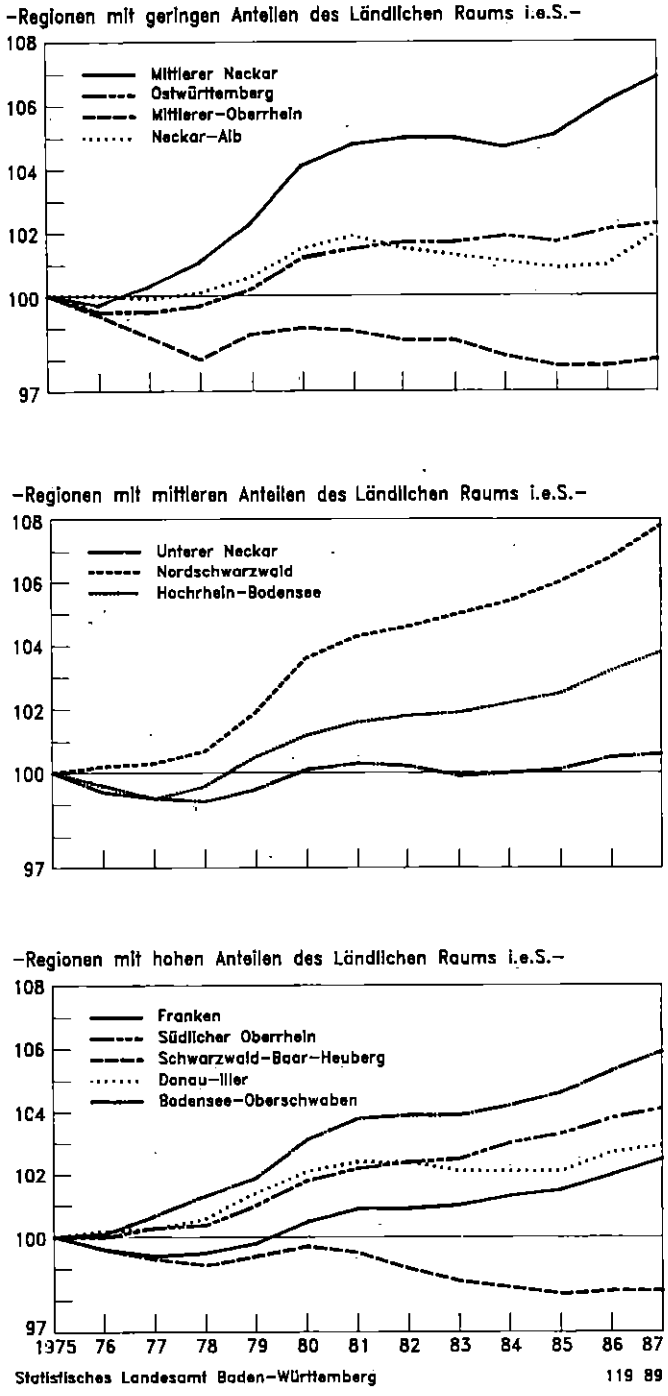
Der Ländliche Raum i.e.S. der drei Regionen Nordschwarzwald, Unterer Neckar und Hochrhein-Bodensee umfaßt rund ein Fünftel der Fläche, Bevölkerung und Beschäftigten des Ländlichen Raums i.e.S. (vgl. Tabelle 5).

Ländlicher Raum i.e.S.

Fläche	Bevölkerung	Beschäftigte
in % von 1	in % von 2	in % von 3
7	8	9
17,8	4,2	2,4
91,4	67,8	59,3
59,3	31,0	20,9
15,2	4,0	2,5
63,0	19,4	15,0
56,1	32,9	29,2
76,8	45,3	35,8
85,9	72,6	70,7
71,9	36,3	28,2
52,3	18,5	14,5
90,0	67,5	52,6
87,5	64,0	54,7
66,3	29,6	23,0

Schaubild 5

Bevölkerungsentwicklung im Ländlichen Raum i.e.S. 1975 bis 1987 nach Regionen (1975 = 100)



LR der Region Nordschwarzwald

Charakteristisch für diesen Raum ist die sehr hohe Bevölkerungszunahme von fast 30 % zwischen 1961 und 1987, die nur noch knapp vom Ländlichen Raum i.e.S. der Region Mittlerer Neckar übertroffen wurde. Im Zeitraum 1975 bis 1987 steht dieser Raum sogar an erster Stelle bei der Bevölkerungsentwicklung. Vor allem in der ersten Hälfte der 80er Jahre, als der Ländliche Raum i.e.S. der meisten Regionen von mehr oder weniger starken Abwanderungen betroffen war, meldete dieser Raum hohe Wanderungsgewinne. Gerade die Wanderungsgewinne bei der deutschen Bevölkerung weisen auf die Wohnattraktivität dieses Raumes hin. Dabei ergibt sich eine relativ deutliche Zweiteilung in den östlichen, verdichtungsraumnahen Teil und die verdichtungsraumferneren Gebiete auf den Hochflächen des Schwarzwalds. Die verdichtungsraumnahen Gebiete haben vergleichsweise hohe Bevölkerungsdichten und Siedlungsflächenanteile. Auch der Ausländeranteil entspricht dem von "verdichteten Gebieten".

Auf der anderen Seite ist der Beschäftigtenbesatz einmal aufgrund der Sogwirkung des Mittleren Neckarraums und zum anderen infolge des Bevölkerungswachstums noch relativ gering. Insgesamt nimmt die Beschäftigtenzahl im Durchschnitt des Ländlichen Raums i.e.S. zu, seit 1985 treten bemerkenswert hohe Zuwächse auf.

LR der Region Unterer Neckar

Der Ländliche Raum i.e.S. der Region Unterer Neckar (östlicher Kraichgau, Odenwald und Bauland) verzeichnet seit 1961 eine etwas unterdurchschnittliche Bevölkerungszunahme, seit 1975 fällt er deutlich zurück (mit Ausnahme des Umlandes von Heidelberg). Wanderungsgewinne werden von einem permanenten Geburtendefizit geschmälert.
Auch die Beschäftigtenentwicklung verlief unterdurchschnittlich. Die Zuwächse im Zeitraum 1984 bis 1987 konnten die Verluste in der Zeit von 1981 bis 1984 nur knapp kompensieren.

LR der Region Hochrhein-Bodensee

Der Ländliche Raum i.e.S. am Hochrhein und im Hegau liegt etwa im Durchschnitt des Ländlichen Raums i.e.S. Die Entwicklungsschwankungen fielen gedämpft aus.

Regionen mit hohen Anteilen des Ländlichen Raums i.e.S.

Der Ländliche Raum i.e.S. der fünf Regionen Donau-Iller, Südlicher Oberrhein, Bodensee-Oberschwaben, Schwarzwald-Baar-Heuberg und Franken weist einen Anteil von rund zwei Drittel der Fläche, Bevölkerung und Beschäftigten am Ländlichen Raum i.e.S. auf. Die Entwicklung des gesamten Ländlichen Raums i.e.S. wird damit wesentlich von diesen fünf Regionen beeinflußt.

LR der Region Donau-Iller

Der Ländliche Raum i.e.S. um Biberach und Ulm lag bei der Bevölkerungsentwicklung im langjährigen Vergleich 1961 bis 1987 etwas über dem Durchschnitt und im Zeitraum 1975 bis 1987 im Durchschnitt des Ländlichen Raums i.e.S. Eine rasche Bevölkerungszunahme Ende der 70er Jahre wurde in den Jahren 1982 bis 1984 von ausgeprägten Wanderungsdefiziten gestoppt, die zunächst durch die Abwanderung von Ausländern und 1987 auch von Deutschen verursacht wurde. Die Folge war eine vorübergehende Bevölkerungsabnahme.
Im Beschäftigungsbereich lag der Ländliche Raum i.e.S. der Region Donau-Iller im Zeitraum 1975 bis 1987 fast immer über dem Durchschnitt des Ländlichen Raums i.e.S. und erreichte den höchsten Zuwachs im Regionsvergleich.

LR der Region Südlicher Oberrhein

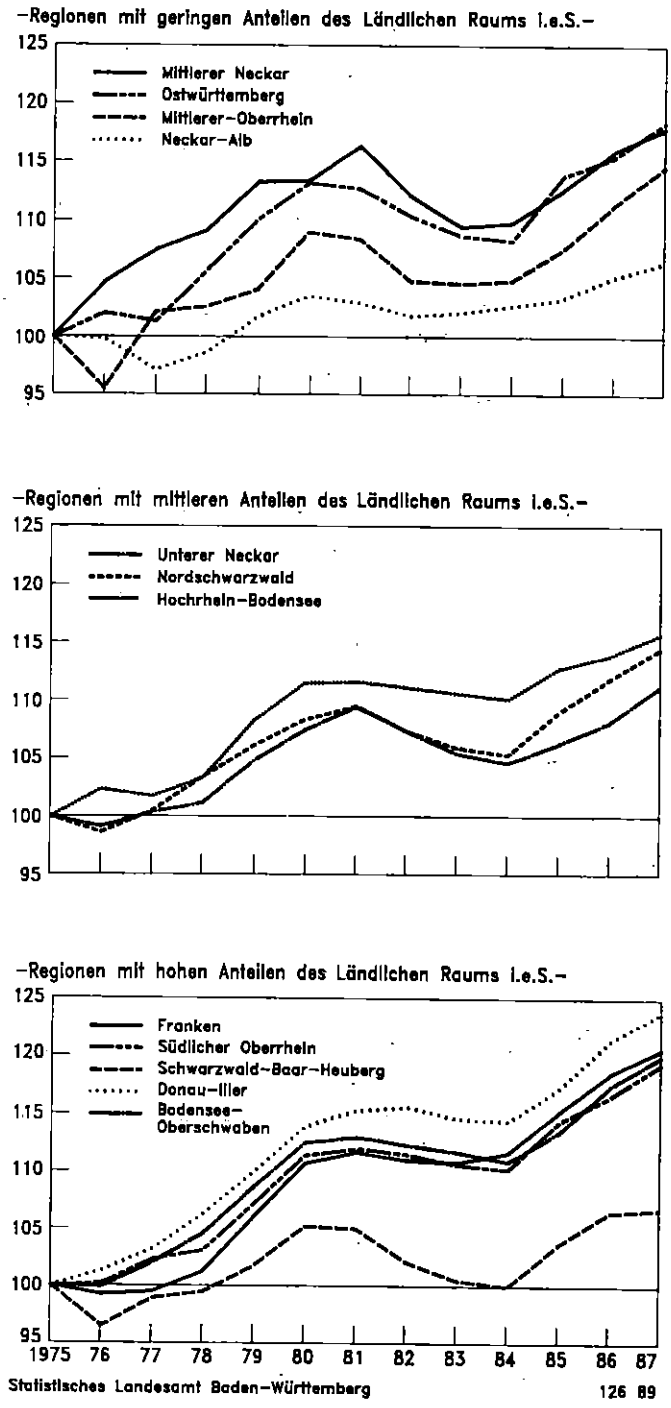
Naturräumlich zeigt diese Region eine klare Teilung in den Oberrheingraben und den Schwarzwald, der hier steil aufragt. Diese Zweiteilung führt zu deutlichen Disparitäten bei der Bevölkerungsdichte, dem Siedlungsflächenanteil und ähnlichen Indikatoren.

Den Ländlichen Raum i.e.S. am Südlichen Oberrhein und im Schwarzwald zwischen Hornisgrinde und Feldberg zeichnet eine kontinuierliche, relativ gleichmäßige Bevölkerungszunahme aus, bei der die Bevölkerungsentwicklung über dem Durchschnitt des Ländlichen Raums i.e.S. lag.

Die permanenten Wanderungsgewinne bei der deutschen Bevölkerung wurden 1987 erstmals im Laufe des vergangenen Jahrzehnts durch einen ausgeglichenen Saldo ersetzt.
Die Beschäftigtenentwicklung verlief von wenigen Jahren abgesehen überdurchschnittlich.

Schaubild 6

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 1975 bis 1987 im Ländlichen Raum i.e.S. nach Regionen (1975 = 100)



LR der Region Bodensee-Oberschwaben

Der Ländliche Raum i.e.S. des Bodenseegebiets und des südlichen Oberschwaben erreicht nach jenen des Mittleren Neckarraums und des Nordschwarzwalds die 3. Stelle beim Bevölkerungswachstum. Charakteristisch ist ein ausgeprägter Geburtenüberschuß.
Auch bei der Beschäftigtenentwicklung steht dieser Raum an 3. Stelle mit einer seit Ende der 70er Jahre sehr ähnlich verlaufenden Entwicklung wie im Ländlichen Raum i.e.S. Frankens oder des Südlichen Oberrheins.

LR der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg

Sieht man von der Region Mittlerer Oberrhein ab, in der der Ländliche Raum i.e.S. die geringsten Anteilswerte im Regionsvergleich enthält, so weist der Ländliche Raum i.e.S. der Region Schwarzwald-Baar-Heuberg die ungünstigsten Indikatorenwerte auf. Er verliert seit 1973 fast kontinuierlich Einwohner. Die Erholungsphase 1986-87 fiel nur schwach aus. "Ursache" für diesen langfristigen Trend ist ein fast permanenter Wanderungsverlust, der durch den relativ geringen Geburtenüberschuß nur mäßig gedämpft wird. In Abweichung vom üblichen Erscheinungsbild der anderen Regionen ergab sich hier im vergangenen Jahrzehnt auch ein deutliches Wanderungsdefizit bei der deutschen Bevölkerung.
Im Beschäftigungsbereich zeigt sich eine ausgeprägte intensive Reaktion auf konjunkturelle Schwankungen, wobei der nach 1984 einsetzende Beschäftigtenzuwachs 1987 wieder zum Stillstand kam und dieser Raum damit wieder deutlich hinter der durchschnittlichen Entwicklung des Ländlichen Raums i.e.S. zurückblieb.

LR der Region Franken

Hier hält der Ländliche Raum i.e.S. die höchsten bzw. zweithöchsten Flächen-, Bevölkerungs- und Beschäftigtenanteile im Regionsvergleich. Insgesamt verzeichnet dieser Raum einen langsamen, aber im wesentlichen beständigen Bevölkerungszuwachs, der vor allem von einem permanenten Wanderungsgewinn der deutschen Bevölkerung getragen wird. Im langfristigen Vergleich konnte er vom letzten Platz Mitte der 60er Jahre ausgehend, inzwischen den Mittleren Oberrhein sowie Schwarzwald-Baar-Heuberg übertreffen und wird, falls dieser Trend anhält, bald in das Mittelfeld aufrücken.

Der Beschäftigtenzuwachs 1975 bis 1987 verlief mit knapp 21 % weit überdurchschnittlich. Vor allem der allgemein zu beobachtende Beschäftigteneinbruch in der 1. Hälfte der 80er Jahre trat hier nur abgeschwächt auf.

Charakteristisch für Franken ist, daß unterschiedlichste Teilbereiche der Raumkategorie Ländlicher Raum i.e.S. hier auftreten. Es sind dies einerseits abgelegenere Gebiete im Ostteil der Hohenloher Ebene mit geringer Bevölkerungsdichte, niedriger Bautätigkeit, einem sehr hohen Anteil an Kindern und älteren Menschen sowie einem niedrigen Industrialisierungsgrad.
Auf der anderen Seite schließen Teile unmittelbar an den Verdichtungsraum um Heilbronn an. Hier ist ein hoher, eigentlich für Randzonen typischer Siedlungsflächenanteil sowie eine rasche Zunahme des Wohnungsbestandes bemerkenswert. Bei den Indikatoren Bevölkerungsdichte, Siedlungsfläche und Bautätigkeit zeigt sich die Tendenz zu einer teilweise ringförmigen Ausdehnung der Randzone um Heilbronn und dabei vor allem zu einer Erweiterung der bisher schmalen Verbindung zwischen dem Verdichtungsraum bzw. der Randzone um Stuttgart und der um Heilbronn.

Zusammenfassend läßt sich für den Ländlichen Raum i.e.S. der 12 Regionen sagen, daß sich bei der Bevölkerungsentwicklung ein uneinheitlicher Trend mit unterschiedlich intensiven Zuwächsen abzeichnet. Der Ländliche Raum i.e.S. der Regionen Schwarzwald-Baar-Heuberg und Mittlerer Oberrhein nimmt aufgrund fast kontinuierlicher Bevölkerungsverluste seit 1973 die hinteren Ränge ein.
Bei der Beschäftigtenentwicklung ergibt sich innerhalb jeder der drei Gruppen ein relativ einheitliches Bild mit einem mehr oder weniger intensiv ausgeprägten Rückgang in der ersten Hälfte der 80er Jahre und einem meist 1984 wieder einsetzenden Beschäftigtenanstieg.

Als ausgesprochen positiv für die Raumkategorie Ländlicher Raum i.e.S. ist zu vermerken, daß die ersten vier Plätze im Beschäftigtenzuwachs von 1975 bis 1987 von den Regionen belegt werden, in denen der Ländliche Raum i.e.S. sehr hohe Anteile einnimmt.

Kleinräumige Differenzierung des Ländlichen Raums i.e.S. anhand wirtschaftlicher Indikatoren

Untersuchungsmethodik

Bei der kleinräumigen Analyse der wirtschaftlichen Situation wird auf die "Nahbereiche" als Raumbeobachtungseinheiten zurückgegriffen. Die Nahbereiche stellen die Verflechtungsbereiche der Grundversorgung der Bevölkerung dar. In vielen Fällen stimmen Nahbereich und örtlicher Verwaltungsraum überein. Bei denjenigen Nahbereichen, die nur teilweise im Ländlichen Raum i.e.S. liegen, werden nur jene Gemeinden miteinbezogen, die auch zum Ländlichen Raum i.e.S. gehören. Es wird also eine gemeindescharfe Abgrenzung des Ländlichen Raums i.e.S. nach dem Landesentwicklungsplan 1983 vorgenommen. Die Nahbereichsbetrachtung läßt kleinräumige Disparitäten noch erkennen und schließt statistische Zufallsergebnisse weitgehend und eher aus, als eine Betrachtung auf Gemeindeebene.

Methodisch erfolgt die Differenzierung des Ländlichen Raums i.e.S. mit Hilfe von Skalogramm-Analysen. Dabei wird für jeden Indikator eine Rangfolge der 261 Betrachtungseinheiten (in der Regel Nahbereiche) ermittelt (günstigster Wert: Rang 1, ungünstigster Wert: Rang 261). Durch Addition der Ränge der verschiedenen Indikatoren je Nahbereich, erhält man eine "Rangsumme". Deren aufsteigende Sortierung führt zu einer Skalierung der Nahbereiche.

Diese Skalierung dient als Grundlage zur Darstellung der Ergebnisse in Kartenform. Hierzu werden in vorliegender Untersuchung gleichbesetzte Gruppen gebildet, die als "Oberes-", "Mittleres-" und "Unteres Drittel" bezeichnet werden.

Die benutzten Indikatoren im einzelnen:

(1) Steuerkraftmeßzahl je Einwohner

Dieser Indikator gibt die "originäre" Einnahmesituation der Gemeinden wieder und wird wie folgt errechnet:

Umgerechnete Grundsteuer A
\+ umgerechnete Grundsteuer B
\+ umgerechnete Gewerbesteuer
\- Gewerbesteuerumlage
\+ Einkommensteueranteil
Steuerkraftmeßzahl

(2) Steuerbare Umsätze je Einwohner

Die steuerbaren Umsätze sind ein Indikator für die gesamten wirtschaftlichen Aktivitäten eines Gebiets. Gewisse Ungenauigkeiten können sich ergeben, wenn der Unternehmenssitz außerhalb der Betriebsgemeinde liegt.

(3) Löhne und Gehälter je Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe

Dieser Indikator dient als Maß der regionalen Arbeitsplatzqualität und des Lohnniveaus. Arbeitnehmer werden in der Regel entsprechend den Anforderungen ihres Arbeitsplatzes entlohnt. Regionale Unterschiede resultieren deshalb überwiegend aus qualitativen Unterschieden des Arbeitsplatzangebotes. Der Indikator beschränkt sich auf das Produzierende Gewerbe, dessen Löhne und Gehälter etwa 55 % des gesamten Bruttoeinkommens ausmachen.

(4) Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte je 1000 Erwerbsfähige

Dieser Indikator gibt Hinweise auf das Arbeitsplatzangebot (Erwerbsmöglichkeiten) in einem Gebiet. Die Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten aller Wirtschaftsabteilungen stehen hier stellvertretend für besetzte Arbeitsplätze. Einschränkungen der Aussagefähigkeit ergeben sich dadurch, daß Beamte und Selbständige nicht zu den Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zählen. Im Ländlichen Raum repräsentieren die Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten etwa 80 % aller Erwerbstätigen.

Für die Betrachtung der Entwicklungsdynamik des Ländlichen Raums i.e.S. im Zeitraum 1978 bis 1987 (Steuerbare Umsätze je Einwohner: 1980 bis 1986) wird die relative Veränderung der genannten Indikatoren verwendet.

Wirtschaftliche Situation und Entwicklung des Ländlichen Raums i.e.S ("Binnenbetrachtung").

Der Ländliche Raum i.e.S. ist im Vergleich zu den "verdichteten Gebieten" durch geringere Bevölkerungs-, Industrie- und Dienstleistungsdichte sowie das Vorherrschen der land- und forstwirtschaftlichen Produktionsflächen geprägt.

Nahrungsmittelerzeugung, Bereitstellung von Erholungs- und Fremdenverkehrsflächen und -einrichtungen sowie die Vorhaltung ökologischer Ressourcen (Wassergewinnung, Lufterneuerung u.a.) bilden wichtige Funktionen des Ländlichen Raums i.e.S.

Handels-, Verwaltungs-, Forschungs- und Verkehrsfunktionen konzentrieren sich dagegen in den "verdichteten Gebieten" und hier vor allem in den Großstädten.

Bei der nachfolgenden kleinräumigen Differenzierung werden die Teilräume des Ländlichen Raums i.e.S. mit dem Ländlichen Raum i.e.S. insgesamt verglichen ("Binnenbetrachtung").

Dieser Vergleich läßt folgende Kernaussagen zu (vgl. Schaubilder 7 und 8):

- Der Ländliche Raum i.e.S. zeichnet sich durch das Fehlen großräumiger Disparitäten aus. Es besteht weder ein Nord-Süd- oder Ost-West-Gefälle, noch gibt es "rückständige" Rand- oder Grenzgebiete.

- Ein großräumiges Auseinandertriften der wirtschaftlichen Entwicklung hat in den vergangenen zehn Jahren nicht stattgefunden. Tendenzen zur Herausbildung stärkerer regionaler Disparitäten sind daher nicht feststellbar.

- Große zusammenhängende Gebiete oder Landschaften mit gleichartiger wirtschaftlicher Situation existieren nicht. Die räumliche Vermischung von Teilgebieten mit unterschiedlichen Gegebenheiten ist typisch. Das heißt aber nicht, daß alle Gebiete vom Status oder von der Entwicklung her gleich begünstigt sind, sondern, daß vielmehr die kleinräumige Differenziertheit das Erscheinungsbild prägt.

Gründe für die ausgewogene Struktur und Entwicklung sind u.a.:

- Die Siedlungsstruktur des Ländlichen Raums i.e.S. ist durch die Vielzahl zentraler Orte, meist kleinerer und mittlerer Größe, geprägt. Sie stellen die Versorgung der Bevölkerung sicher und bieten aufgrund ihres Infrastruktur- und Flächenangebots vielen Gewerbe-, Industrie- und Dienstleistungsbetrieben das notwendige Entwicklungspotential.

- Gebiete ohne historisch gewachsene, leistungsfähige zentrale Orte wurden durch Fördermaßnahmen des Landes und des Bundes gestärkt und so gravierende Versorgungsdefizite abgebaut und Entwicklungsschwächen weitgehend verhindert.

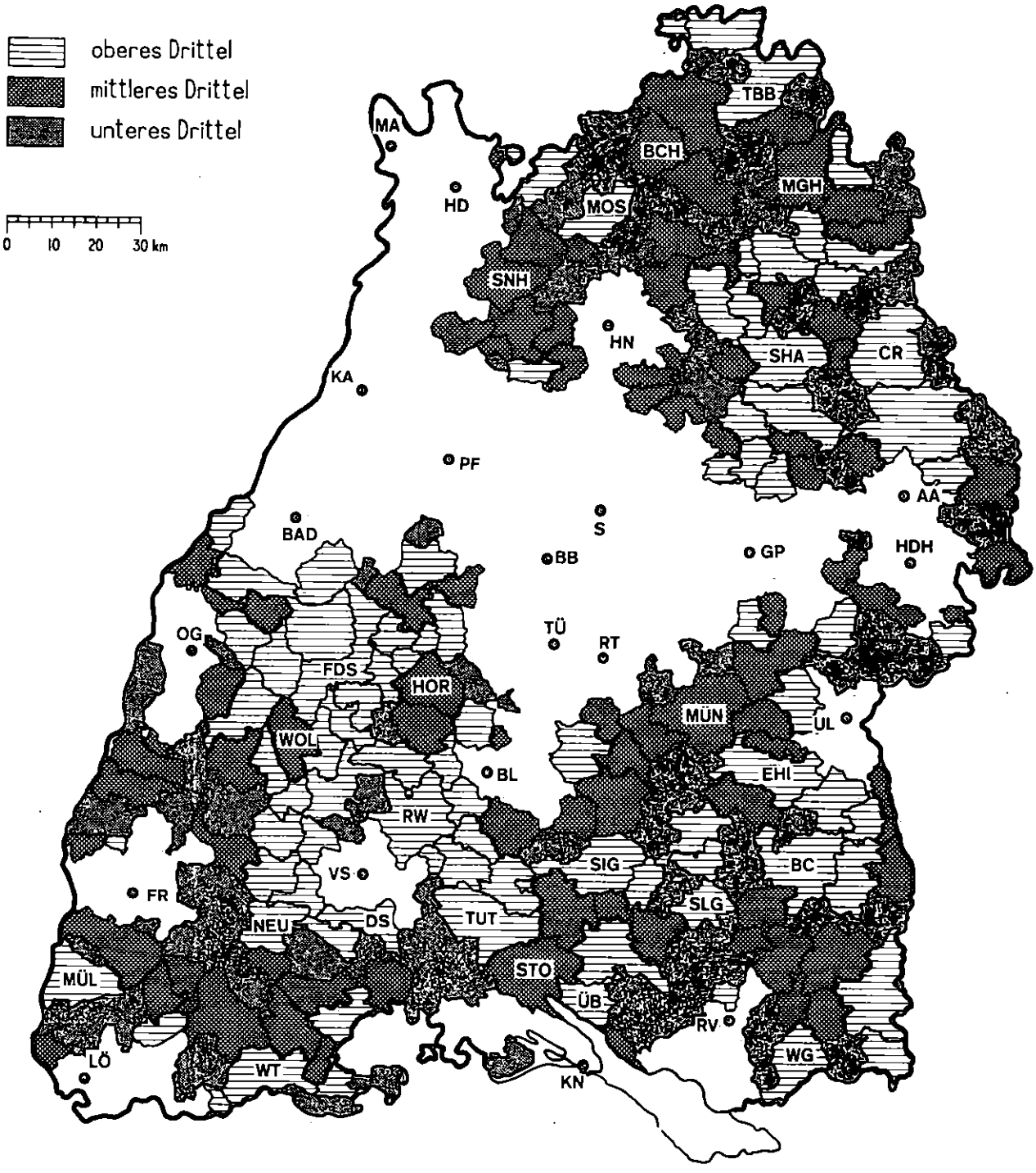
- Die hohe Mobilität der Bevölkerung (Motorisierung, gutes und in der Regel nicht überlastetes Straßennetz) hat gewährleistet, daß von jedem Ort des Ländlichen Raums i.e.S. Arbeitsplätze umliegender Zentren oder auch der "verdichteten Gebiete" erreicht werden können. Dadurch unterbleiben Abwanderungen aus dem Ländlichen Raum i.e.S. aber nicht völlig. Das vielfältige Berufs- und Ausbildungsspektrum der wirtschaftlichen Zentren kann der Ländliche Raum i.e.S. nicht bieten. Ob es infolge von Abwanderungen in bestimmten Gebieten zu gravierenden "Entleerungstendenzen" mit der Folge nicht mehr tragfähiger Versorgungs- und Dienstleistungseinrichtungen gekommen ist, müßten separate Untersuchungen aufzeigen.

- Die landschaftliche Attraktivität weiter Teile des Ländlichen Raums i.e.S. und die überwiegend gute Erreichbarkeit dieser Räume, hat dazu geführt, daß sich auch in "abgelegeneren" Gebieten die Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten verbesserten.

Schaubild 7

Situation der Nahbereiche des Ländlichen Raums i.e.S. Baden-Württembergs 1987

Indikatoren:
Steuerkraftmesszahl je Einwohner
Steuerbare Umsätze je Einwohner
Löhne und Gehälter je Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte je 1000 Erwerbsfähige



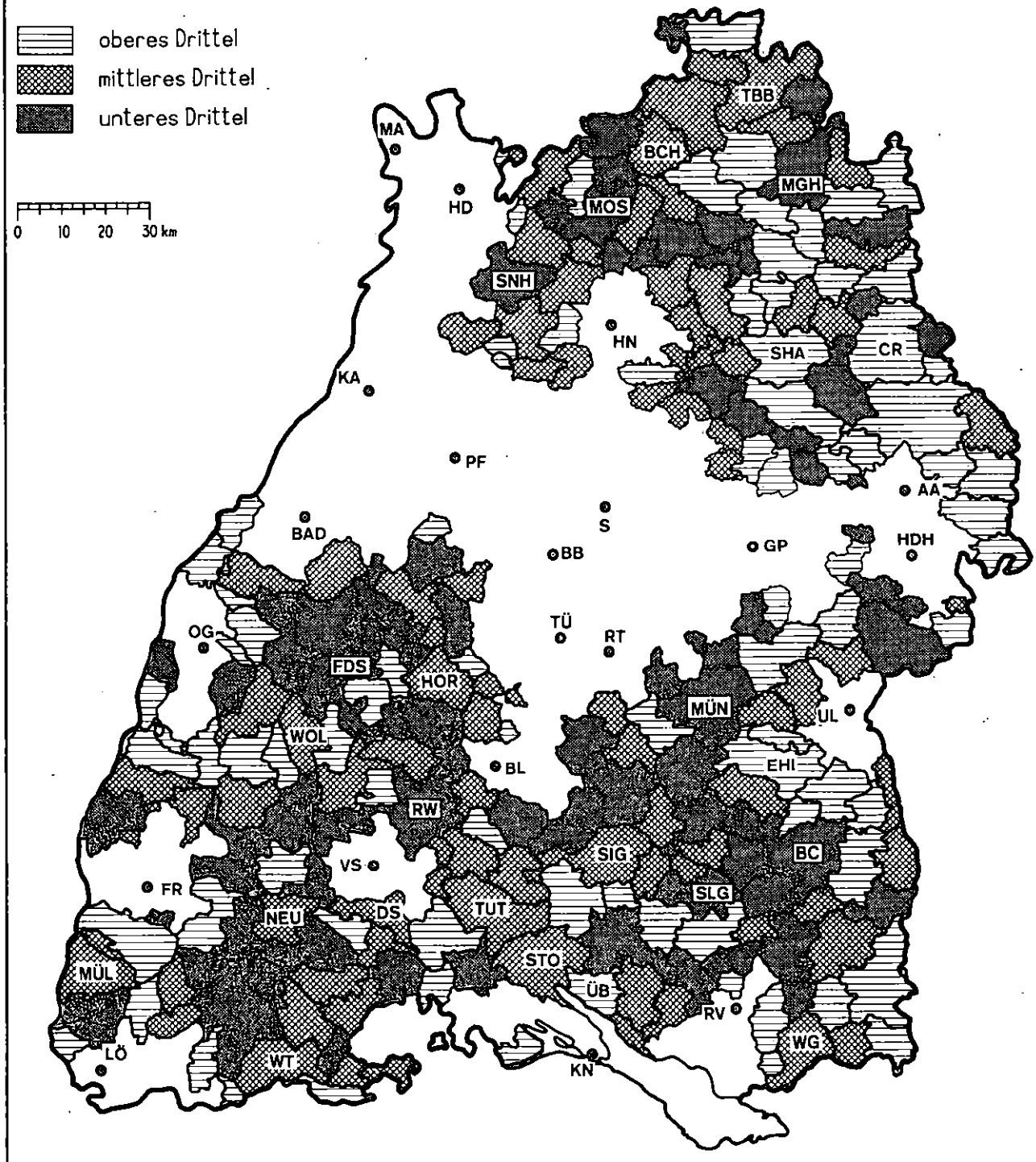
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

188 89

Schaubild 8

Entwicklung der Nahbereiche des Ländlichen Raums i.e.S. Baden-Württembergs 1978 bis 1987

Indikatoren:
Steuerkraftmesszahl je Einwohner
Steuerbare Umsätze je Einwohner
Löhne und Gehälter je Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Produzierenden Gewerbe
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte je 1000 Erwerbsfähige



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

189 89

Die Erholungs- und Fremdenverkehrsgebiete (z.B. Schwarzwald) fallen gegenüber anderen Teilen des Ländlichen Raums i.e.S. nicht zurück.

Bei kleinräumigerer Betrachtung treten einige Räume mit spezifischer Struktur oder Entwicklung ins Blickfeld:

- Die Nahbereiche der Mittelzentren zeichnen sich überwiegend durch positive Indikatorenwerte aus. Aufgrund des hohen Ausgangsniveaus erreichen diese Gebiete nur noch unterdurchschnittliche Wachstumsraten.

  Lediglich die Nahbereiche Horb, Sinsheim, Buchen, Bad Mergentheim, Münsingen, Haslach und Wolfach weisen relativ geringe Indikatorenwerte auf. Im Falle von Horb und Sinsheim läßt sich dies auf hohe Bevölkerungszunahmen zurückführen.

  Eine gute relative Wirtschaftsentwicklung bezogen auf die Einwohnerzahl verzeichnen die Nahbereiche der Mittelzentren im Nordosten des Landes Crailsheim, Ellwangen, Schwäbisch Hall, Wertheim und Künzelsau. Überhaupt weisen wesentliche Teile des Nordostens, speziell die Hohenloher Ebene und die Ellwanger Berge, ausgehend von einem niedrigen Niveau, eine positive Entwicklungsdynamik auf.

- Nördlicher und mittlerer Schwarzwald, Obere Gäue und Baar bilden einen größeren Raum mit einer noch überdurchschnittlich guten relativen wirtschaftlichen Situation, die sich auf die frühe Industrialisierung dieser Gebiete zurückführen läßt.

  Eine genauere Erklärung für dieses Phänomen benötigt einen erweiterten Datenkranz, da die Teilräume sehr unterschiedliche wirtschaftliche und demographische Prozesse aufweisen. Als Beispiele sei auf den durch Bevölkerungszuwanderungen geprägten Nordostschwarzwald und den in der wirtschaftlichen Umstrukturierung befindlichen Raum um den Verdichtungsbereich Villingen-Schwenningen hingewiesen.

- Der Ländliche Raum i.e.S. im unmittelbaren Umland der "verdichteten Gebiete" ist durch geringe Indikatorenwerte gekennzeichnet.

  Am deutlichsten ist dies im ländlichen Umland von Heilbronn, Freiburg, Basel-Lörrach, Ravensburg-Weingarten-Friedrichshafen und Konstanz-Singen der Fall. Diese ring- oder kranzförmigen Teilräume weisen deutliche Verdichtungstendenzen auf und stellen funktional "Ergänzungsräume" der bereits verdichteten Gebiete dar.

  Gute Erreichbarkeit, niedrigere Bauland- und Mietpreise, der Wunsch nach Wohnen "im Grünen" und die damit gekoppelte bessere "Umweltqualität" haben diese Teile des Ländlichen Raums zu bevorzugten Wohnstandorten werden lassen. Ablesbar ist dies an den positiven Wanderungssalden (vgl. Schaubild 9).

  Den Randwanderungsgewinnen, um die es sich überwiegend handeln dürfte, folgen meistens Arbeitsplatzgewinne nach. Auch diese Phase ist zumindest teilweise bereits erreicht, wie überdurchschnittliche Beschäftigtenzuwächse zeigen (vgl. Schaubild 10). So hat beispielsweise im "ländlichen Umland" Heilbronns (definiert als die unmittelbar an Verdichtungsraum bzw. Randzone angrenzenden Nahbereiche des Ländlichen Raums) sowohl die Bevölkerung als auch die Zahl der Beschäftigten deutlich stärker zugenommen als im Verdichtungsraum und dessen Randzone. Hierdurch hat sich auch die relative Bedeutung von Verdichtungsraum einschließlich Randzone und "ländlichem Umland" zugunsten des letzteren verschoben.

Zur "Inneren Struktur" des Ländlichen Raums i.e.S.

Die wirtschaftliche Situation (gemessen an den genannten Indikatoren) wechselt innerhalb des Ländlichen Raums i.e.S. über sehr kurze Entfernungen. Nachfolgend werden statistisch feststellbare Charakteristika dieser mosaikhaften inneren Struktur des Ländlichen Raums i.e.S. beschrieben. Hierbei wird auf die

Schaubild 9

Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigen in den Nahbereichen des Ländlichen Raums i.e.S. Baden-Württembergs 1978 bis 1987

Veränderung in %

von .. bis unter

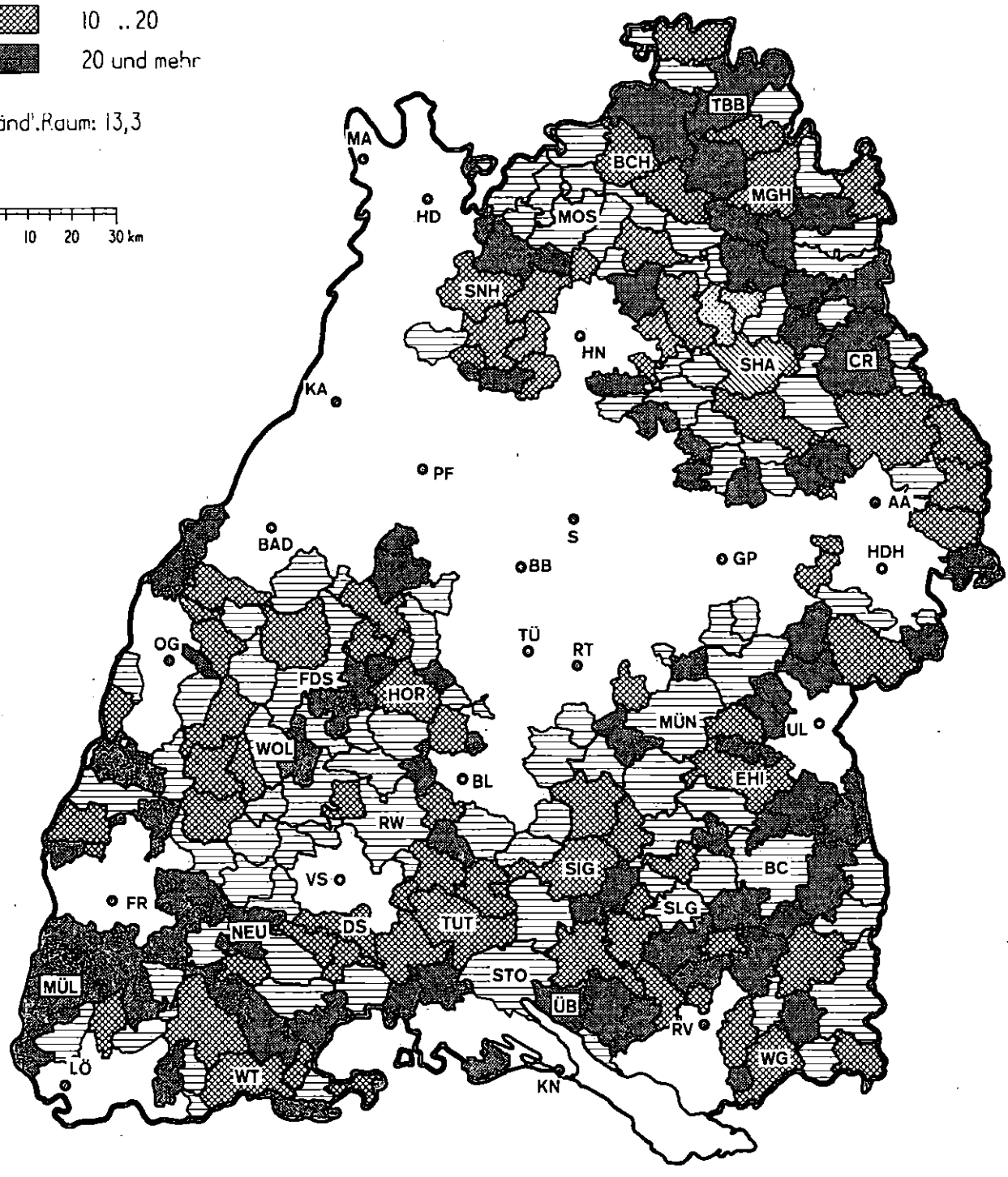
.. 10

10 .. 20

20 und mehr

Länd'.Raum: 13,3

0 10 20 30 km



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

192 89

Schaubild 10

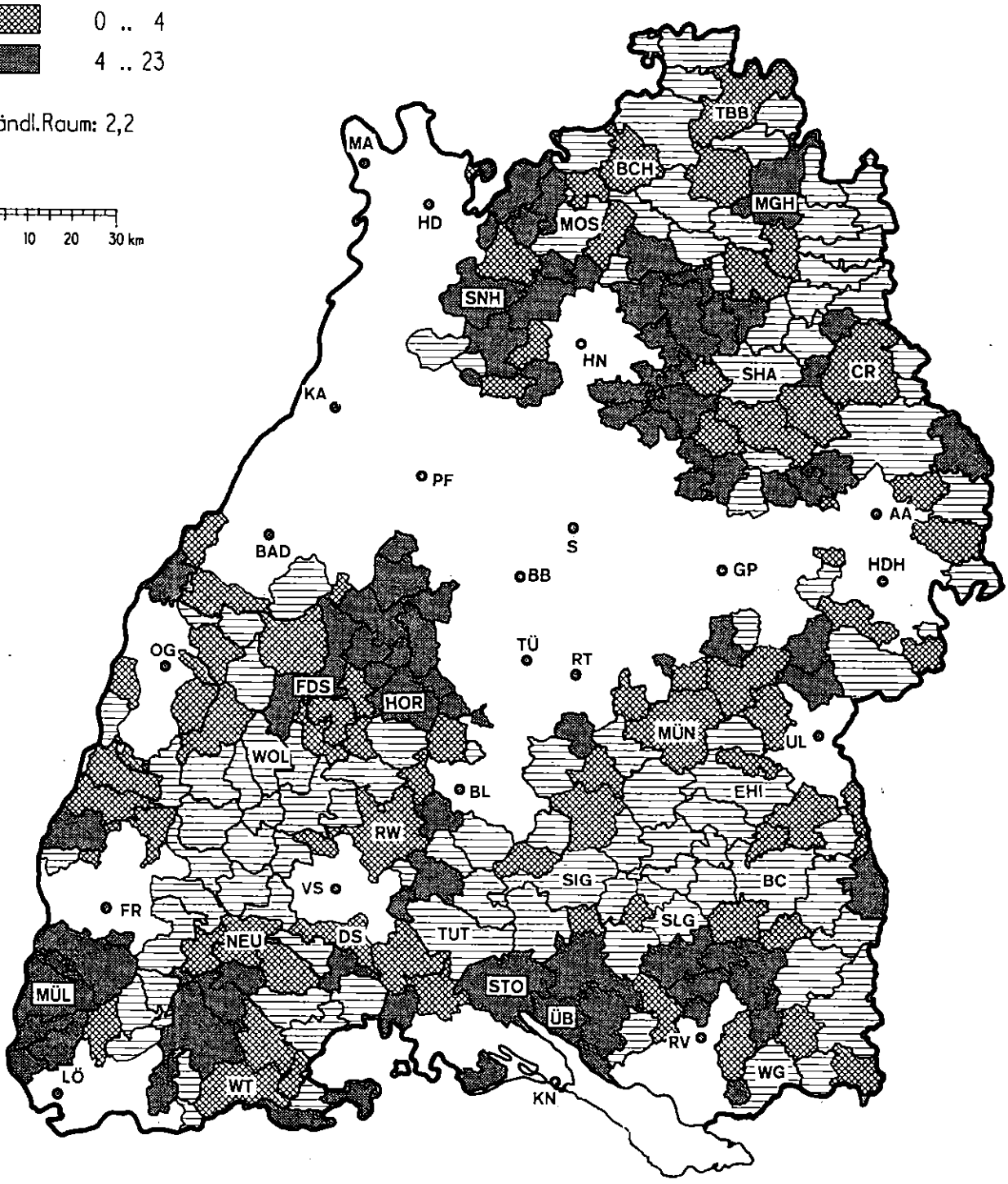
Wanderungssaldo der Wohnbevölkerung der Nahbereiche des Ländlichen Raums i.e.S. Baden-Württembergs 1978 bis 1987

-auf 1000 der mittleren Bevölkerung-

	von .. bis unter
	-12 .. 0
	0 .. 4
	4 .. 23

Ländl.Raum: 2,2

0 10 20 30 km



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg
Landesinformationssystem

613/014/89

mit Hilfe der Skalogramm-Analyse ("Wirtschaftliche Situation der Nahbereiche des Ländlichen Raums i.e.S. 1987") gebildeten drei gleichbesetzten (!) Gruppen von Nahbereichen zurückgegriffen.

Diese Gruppen, die mit Hilfe der vier genannten Wirtschaftsindikatoren ermittelt wurden und wie bereits erwähnt als "Oberes-", "Mittleres-" und "Unteres Drittel" bezeichnet werden, werden untereinander, sowie mit dem Ländlichen Raum i.e.S. und dem Land verglichen.

"Oberes Drittel"

Das "Obere Drittel" umfaßt die Mehrzahl der Mittelzentren (25 von 32) und der Städte mit mehr als 20 000 Einwohnern (13 von 15). Auch häufen sich Nahbereiche des "Oberen Drittels" regional im nördlichen und mittleren Schwarzwald, in den Oberen Gäuen, in der Baar und am Großen Heuberg.

Da sich fast die Hälfte der Einwohner und 60 % der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten des Ländlichen Raums i.e.S. in dieser Gruppe befinden, ist die Bevölkerungs- und Besiedlungsdichte hier am höchsten, die Naturfläche je Einwohner am niedrigsten.

Hauptsächlich ökonomisch determinierte Bevölkerungsverluste zu Beginn der 80er Jahre (3. Nachkriegsrezession, 2. Ölkrise) führten dazu, daß die Einwohnerzahl zwischen 1978 und 1987 nur gering anstieg und sich der Einwohneranteil dieser Gruppe am Ländlichen Raum i.e.S. und auch am Land insgesamt verringert hat.

In neun der zehn letzten Jahre treten beim Wanderungssaldo der 20 - 45jährigen Deutschen negative Werte auf. Dies stellt einen deutlichen Hinweise auf eine abnehmende Wohnattraktivität der bevölkerungsreicheren Zentren dar. Den Preisen für baureifes Land dürfte dabei nur in vereinzelten Gebieten eine Bedeutung zukommen, da diese nur etwa 2 % über dem Durchschnitt des Ländlichen Raums i.e.S., aber immer noch 50 % unter dem Landesdurchschnitt liegen.

Bei den Beschäftigten konnte der Anteil am Land erhöht werden, während sich der Anteil am Ländlichen Raum i.e.S. reduzierte. Dies ist wesentlich auf die ungünstige Wirtschaftsentwicklung im mittleren Schwarzwald (Raum Villingen-Schwenningen) zurückzuführen.

Das Verarbeitende Gewerbe prägt mit knapp 54 % aller Beschäftigten die Wirtschaftsstruktur dieser Gruppe und erzielt hier insgesamt auch noch deutliche Zuwachsraten.

Die Sonstigen Dienstleistungen, in denen landesweit die stärksten absoluten Beschäftigtenzuwächse auftreten, entwickeln sich hier im Landesdurchschnitt.

Mit einem Steuerkraftaufkommen von fast 900 DM/Einwohner liegt das "Obere Drittel" an der Spitze des Ländlichen Raums i.e.S. (Landesdurchschnitt etwa 950 DM/Einwohner).

"Mittleres Drittel"

Nahbereiche des "Mittleren Drittels" findet man in allen Teilen des Ländlichen Raums i.e.S. Regionale Häufungen treten im Umland der "verdichteten Gebiete" sowie im Kraichgau, im Odenwald, im Bauland, im Südschwarzwald und auf der Schwäbischen Alb auf.
Die Bevölkerungszahl dieses Drittels stieg in den letzten zehn Jahren kontinuierlich an, so daß sich der Bevölkerungsanteil am Land und am Ländlichen Raum i.e.S. erhöhte. Seit 1979 durchgängig positive Wanderungssalden der 20 - 45jährigen Deutschen weisen auf die Wohnattraktivität dieser Gruppe hin. Ob nicht nur Zuwanderungen aus den "verdichteten Gebieten", sondern auch aus den größeren Städten und Gemeinden des Ländlichen Raums i.e.S. eine wichtige Rolle spielen, müßte durch andere Untersuchungen ermittelt werden.

Die Einwohnerzuwächse sind wesentlicher Auslöser dafür, daß tertiäre Funktionen, wie Handel, Verkehr, Kredit- und Versicherungsgewerbe und Sonstige Dienstleistungen deutlich überdurchschnittliche Steigerungsraten bei den Beschäftigtenzahlen aufweisen (ein

Einzelhandelsbesatz von 22 Beschäftigten je 1000 Einwohnern - gegenüber 34 im Landesdurchschnitt und 25 im Durchschnitt des Ländlichen Raums i.e.S. - weist auf das niedrigere Ausgangsniveau hin).

Dennoch ist die Wirtschaftsstruktur des "Mittleren Drittels" weiterhin maßgebend vom Verarbeitenden Gewerbe (über 50 % aller Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten) geprägt. Beim Verarbeitenden Gewerbe werden im Vergleich zum "Oberen Drittel" zwar geringere, im Vergleich zum Land aber prozentual höhere Beschäftigtenzuwächse erzielt.

Über alle Wirtschaftsabteilungen betrachtet, verlief die Beschäftigtenentwicklung in den letzten zehn Jahren im Durchschnitt des Ländlichen Raums i.e.S. und damit besser als im Land. So konnte der Beschäftigtenanteil am Ländlichen Raum i.e.S. gehalten, gegenüber dem Land erhöht werden.

Die Preise für Wohn- und Industrieland sind in dieser Gruppe insgesamt am niedrigsten. Eine zweigeteilte Preisstruktur zwischen "verdichtungsnahen-" und relativ abgelegenen Teilgebieten ist anzunehmen.

Das Steuerkraftaufkommen je Einwohner liegt mit etwa 650 DM unter dem Durchschnitt des Ländlichen Raums i.e.S. und natürlich auch weit unterhalb des Landes.

"Unteres Drittel"

Die Nahbereiche des "Unteren Drittels" häufen sich im Umkreis der "verdichteten Gebiete". Ein Fünftel der Einwohner, aber nur ein Zehntel der Beschäftigten des Ländlichen Raums i.e.S., gehört zu diesem Drittel, so daß die Wohnfunktion deutlich überwiegt.

Diese Gruppe hat eine deutliche "Attraktivitätssteigerung" erfahren, wie die Indikatoren Flächenverbrauch, Baulandpreise und Steuerkraft zeigen.

So ist in dieser Gruppe mit der geringsten Bevölkerungs- und Besiedlungsdichte der "Flächenverbrauch" (Entwicklung der Siedlungsfläche 1978 bis 1987) mit 90 qm je Einwohner am höchsten und die Wohnbaulandpreise haben sich durch den Zuwanderungsdruck aus den "verdichteten Gebieten" seit 1978 fast verdreifacht.

Hohe positive Wanderungssalden werden vor allem in der Nähe folgender Zentren des Landes erreicht (vgl. Schaubild 10): Verdichtungsraum Mannheim-Heidelberg-Wiesloch, Verdichtungsraum Stuttgart mit seiner Hauptentwicklungsrichtung im Raum Sindelfingen-Böblingen und im Raum Heilbronn-Neckarsulm, im Bereich der "Regio basiliensis" sowie der "spätindustrialisierten Verdichtungsbereiche" Singen-Konstanz und Ravensburg-Weingarten-Friedrichshafen. Das auffallend weite Hinausgreifen der positiven Wanderungssalden im Raum Heilbronn erklärt sich aus dem engen Nebeneinander von Verdichtungsraum und Ländlichem Raum i.e.S. in diesem Gebiet (fehlende bzw. sehr schmale Randzone).

Auch die Preise für Industrieland sind enorm gestiegen: Das insgesamt geringe Angebot, die Nähe zu den "verdichteten Gebieten" und der zunehmende Mangel an Industrieland in diesen Gebieten, hat dazu geführt, daß im "Unteren Drittel" höhere Industrielandpreise gezahlt werden als im "Oberen Drittel", das wie erwähnt, wesentlich von den "Zentren" des Ländlichen Raums i.e.S. und den größeren Städten geprägt wird.

Im "Unteren Drittel" hat sich in den vergangenen zehn Jahren auch die Steuerkraft je Einwohner am kräftigsten nach oben entwickelt; sie liegt mit etwa 500 DM aber noch weit unter dem Durchschnitt des Ländlichen Raums i.e.S. und des Landes.

Das Verarbeitende Gewerbe ist im "Unteren Drittel" unterdurchschnittlich, die Sonstigen Dienstleistungen und das Baugewerbe - im Vergleich zum Ländlichen Raum i.e.S. und zum Land - überdurchschnittlich stark vertreten.

Die Beschäftigtenzuwächse im Verarbeitenden Gewerbe liegen mit knapp 6 % (1978 bis 1987) unter dem Durchschnitt des Ländlichen Raums i.e.S., aber deutlich über dem Landesdurchschnitt (2,4 %). Wesentlich höhere Zuwächse

(auch höher als der Landesdurchschnitt) werden im Dienstleistungsbereich erreicht. Diese sind mit denen des "Mittleren Drittels" vergleichbar.

Zusammenfassung

Der Ländliche Raum i.e.S. unter den Raumkategorien des Landes:

- Baden-Württemberg weist 1987 sowohl bei der Bevölkerungszahl als auch bei der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten einen Höchststand auf. Die stärksten Einwohnerzuwächse verzeichneten die Randzonen, gefolgt vom Ländlichen Raum i.e.S. Maßgebend für die Bedeutungsverschiebung war die wohnortorientierte Abwanderung aus den Verdichtungsräumen und Verdichtungsbereichen. Überdurchschnittliche Zuwachsraten bei den Beschäftigtenzahlen zeigen, daß der Ländliche Raum i.e.S. auch als Wirtschaftsstandort attraktiver wurde.

"Binnenbetrachtung" des Ländlichen Raums i.e.S. nach Regionen:

- Regional gesehen verläuft die Bevölkerungsentwicklung 1975 bis 1987 in den ländlichen Räumen i.e.S. uneinheitlich. Nordschwarzwald, Mittlerer Neckar und Bodensee-Oberschwaben weisen die höchsten Zuwächse auf; Schwarzwald-Baar-Heuberg und Mittlerer Oberrhein weisen Bevölkerungsverluste auf.

- Die Beschäftigtenentwicklung 1975 bis 1987 verläuft relativ einheitlich positiv. Die stärksten Zuwächse werden in den Regionen Donau-Iller, Franken, Südlicher Oberrhein und Bodensee-Oberschwaben erzielt; relativ geringe Zuwächse weisen Neckar-Alb und Schwarzwald-Baar-Heuberg auf.

"Binnenbetrachtung" des Ländlichen Raums i.e.S. nach Nahbereichen:

- Der Ländliche Raum i.e.S. zeichnet sich durch das Fehlen großräumiger wirtschaftlicher Disparitäten aus. Es besteht weder ein Nord-Süd- oder Ost-West-Gefälle, noch gibt es "rückständige" Rand- oder Grenzgebiete.

- Ein großräumiges Auseinanderdriften der wirtschaftlichen Entwicklung hat in den vergangenen zehn Jahren nicht stattgefunden. Tendenzen zur Herausbildung stärkerer regionaler Disparitäten sind nicht feststellbar.

- Große zusammenhängende Gebiete mit gleichartiger wirtschaftlicher Situation existieren nicht. Die wirtschaftliche Situation wechselt innerhalb des Ländlichen Raums i.e.S. über sehr kurze Entfernungen, so daß man von einer mosaikhaften inneren Struktur des Ländlichen Raums i.e.S. sprechen kann.

- Gründe für die ausgewogene Struktur und Entwicklung sind u.a. die günstige Siedlungsstruktur des Ländlichen Raums i.e.S., Fördermaßnahmen des Landes und des Bundes und die hohe Mobilität der Bevölkerung.
  Abwanderungen aus dem Ländlichen Raum i.e.S. unterbleiben aber nicht völlig, da der Ländliche Raum i.e.S. das breite Berufs- und Ausbildungsspektrum der Zentren des Landes nicht bieten kann.

- Bei kleinräumigerer Betrachtung treten einige Räume mit spezifischer Struktur oder Entwicklung ins Blickfeld:

  So zeichnen sich die Nahbereiche der Mittelzentren überwiegend durch hohe Werte der betrachteten Wirtschaftsindikatoren aus. Aufgrund des hohen Ausgangsniveaus erreichen diese Gebiete nur noch unterdurchschnittliche Wachstumsraten.
  Der Ländliche Raum i.e.S. im unmittelbaren Umland der "verdichteten Gebiete" ist durch geringere Indikatorenwerte gekennzeichnet. Diese ring- oder kranzförmigen Teilräume weisen deutliche Verdichtungstendenzen auf und stellen funktional "Ergänzungsräume" der bereits verdichteten Gebiete dar.

  Entsprechend der begrenzten Zielsetzung des vorliegenden Beitrags, durch eine kleinräumige Analyse des Ländlichen Raums i.e.S. auf dessen "Innere Struktur" aufmerksam zu machen, sind damit noch keine Aussagen über die Förderbedürftigkeit oder -würdigkeit einzelner Räume verbunden.

3. Bildung

Zahl der Schüler und Schulabgänger bis zum Jahr 2010: Eine Vorausrechnung für allgemeinbildende und berufliche Schulen

Einleitung

In Anbetracht der ständigen Fortschritte in Wissenschaft und Technik, der Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt und der Einführung eines europäischen Binnenmarktes erlangen eine gute Schulbildung, die qualifizierte berufliche Erstausbildung und - in zunehmendem Maße - die Fort- und Weiterbildung eine Schlüsselrolle. Sie stellen auch Anforderungen an ein leistungsfähiges Schulsystem. Fragen der Fortentwicklung und des Ausbaus des Bildungswesens, speziell des Schulbereichs, stehen aus diesen Gründen heute noch stärker als früher im Blickpunkt des öffentlichen Interesses.

Angesichts der sich für die 90er Jahre abzeichnenden Veränderungen ist es deshalb wichtig, die voraussichtliche Entwicklung der Zahl der Schüler und Schulabgänger an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen aufzuzeigen. Wenngleich Vorausrechnungen wegen der vorab zu treffenden Annahmen immer mit Unsicherheiten behaftet sind, bilden die zu erwartenden Schüler- und Schulabgängerzahlen für die Abschätzung des zukünftigen Ressourcenbedarfs im Schul- und Hochschulbereich sowie für Planungen im Bereich des Arbeitsmarktes und der Wirtschaft wichtige Entscheidungshilfen. Da sich sowohl die demographischen Bedingungen als auch die Voraussetzungen im Schulbereich immer wieder ändern, empfiehlt es sich, die Berechnungen und Annahmen von Zeit zu Zeit zu überprüfen.

Vorausrechnungen sind grundsätzlich Modellrechnungen, die auf bestimmten Annahmen beruhen. Diese Annahmen müssen immer wieder mit der tatsächlichen Entwicklung verglichen werden. Bisher erstellte das Statistische Landesamt für den allgemeinbildenden und den beruflichen Schulbereich regelmäßig Vorausrechnungen. Gegenüber den zuletzt 1986 veröffentlichten Ergebnissen haben sich erneut wichtige Berechnungsgrundlagen, insbesondere die demographischen Komponenten, geändert. Es sind mehr Personen zugewandert als erwartet und mehr Kinder wurden geboren. Unter Berücksichtigung dieser Veränderungen wurde die Zahl der Schüler und Schulabgänger bis zum Schuljahr 2010/11 neu berechnet.

In diesem Beitrag wird zunächst eine ausführliche Beschreibung des Modells zur Vorausrechnung der Schüler- und Absolventenzahlen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen gegeben. Anhand von Beispielen wird gezeigt, wie sensibel das Modell auf Veränderungen bei den Eingabefaktoren reagiert. Einige der Unsicherheitsbereiche, die mit der Vorausrechnung verbunden sind, werden aufgezeigt und schließlich die Ergebnisse der durchgeführten Berechnungen dargestellt.

Da Bevölkerungszahlen aus Ergebnissen der Volkszählung 1987 in der für eine Vorausrechnung benötigten tiefen Gliederung erst gegen Ende 1989 vorliegen dürften, wurden die vom Statistischen Landesamt Baden-Württemberg mit Stand

1.1.1986 erstellte (unveröffentlichte) Bevölkerungsvorausrechnung sowie Daten der amtlichen Schulstatistik des Schuljahres 1987/88 zugrundegelegt. Die in der Zwischenzeit erkennbar gewordenen Veränderungen wichtiger Komponenten werden im Zusammenhang mit den Modellannahmen und den Ergebnissen diskutiert.

Generell dürfte die hier vorgelegte Vorausrechnung eher zu niedrig liegen, da sich zwischenzeitlich ein starker Aussiedlerzuzug einstellte und sich die Zahl der Lebendgeborenen stärker erhöht hat als angenommen. Im Hinblick auf die zu erwartenden neuen Volkszählungsergebnisse dürften sich die Veränderungen allerdings in Grenzen halten, da im Jahr 1987 der Aussiedlerzuzug statistisch nicht quantifizierbar war (Aussiedler sind in der Mehrzahl der Fälle Deutsche) und in dieser Vorausrechnung bereits die erkennbar höhere Zahl der Lebendgeborenen berücksichtigt wurde.

Grundlagen der Vorausrechnung

Das hier verwendete Modell zur Berechnung der Schülerzahlen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Baden-Württemberg basiert im wesentlichen auf einem Übergangs-Quoten-Verfahren, das im folgenden beschrieben wird. Weitere, für das in diesem Beitrag angestrebte Ziel jedoch weniger praktikable, Verfahren sind an anderer Stelle ausführlich dargestellt [1].

1 Vgl. z.B. Die Vielfalt der Bildungswege in Baden-Württemberg, Entwicklungen ausgewählter Schülerjahrgänge, in: Statistisch-prognostischer Bericht 1986/87, hrsg. von der Landesregierung Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Landesamt, S. 35-54; Libowitzky,H., Regionale Schülerprognose mit verbessertem Modellansatz, in: Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Heft 9, 1984, S. 199-205; Kötz, G., Regionalisierte Schülerprognosen 1983, in: Beiträge zur Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen, Heft 495, 1983, S. 9-25.

Zur Berechnung der Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen

Ausgangspunkt der Berechnungen ist der zum jeweiligen Stichtag festgestellte Schülerbestand der amtlichen Schulstatistik zu Beginn des Basisschuljahres, gegliedert nach Schularten und Klassenstufen. Von den Schülern wird der überwiegende Teil im darauffolgenden Schuljahr die nächsthöhere Klassenstufe besuchen (Übergänger), ein kleiner Teil wird die Klassenstufe wiederholen (Wiederholer). Außerdem kommen Schüler von anderen Schularten, aus dem Ausland oder einem anderen Bundesland in den einzelnen Klassenstufen dazu (externe Zugänge).

Schaubild 1 verdeutlicht den Ablauf der Vorausrechnung für die Grundschule.

Die Berechnung des Schülerbestandes einer Klassenstufe i im Schuljahr t läßt sich schematisch wie folgt darstellen:

Schüler in Klasse i im Schuljahr t, die aus Klassenstufe i-1 im Schuljahr t-1 kommen
+ Wiederholer der Klasse i im Schuljahr t
+ externe Zugänge in die Klassenstufe i im Schuljahr t

= Schülerbestand in Klasse i im Schuljahr t

Die klassenspezifischen Übergänge, Wiederholer und externen Zugänge werden mit Hilfe entsprechender Quotenrechnungen bestimmt:

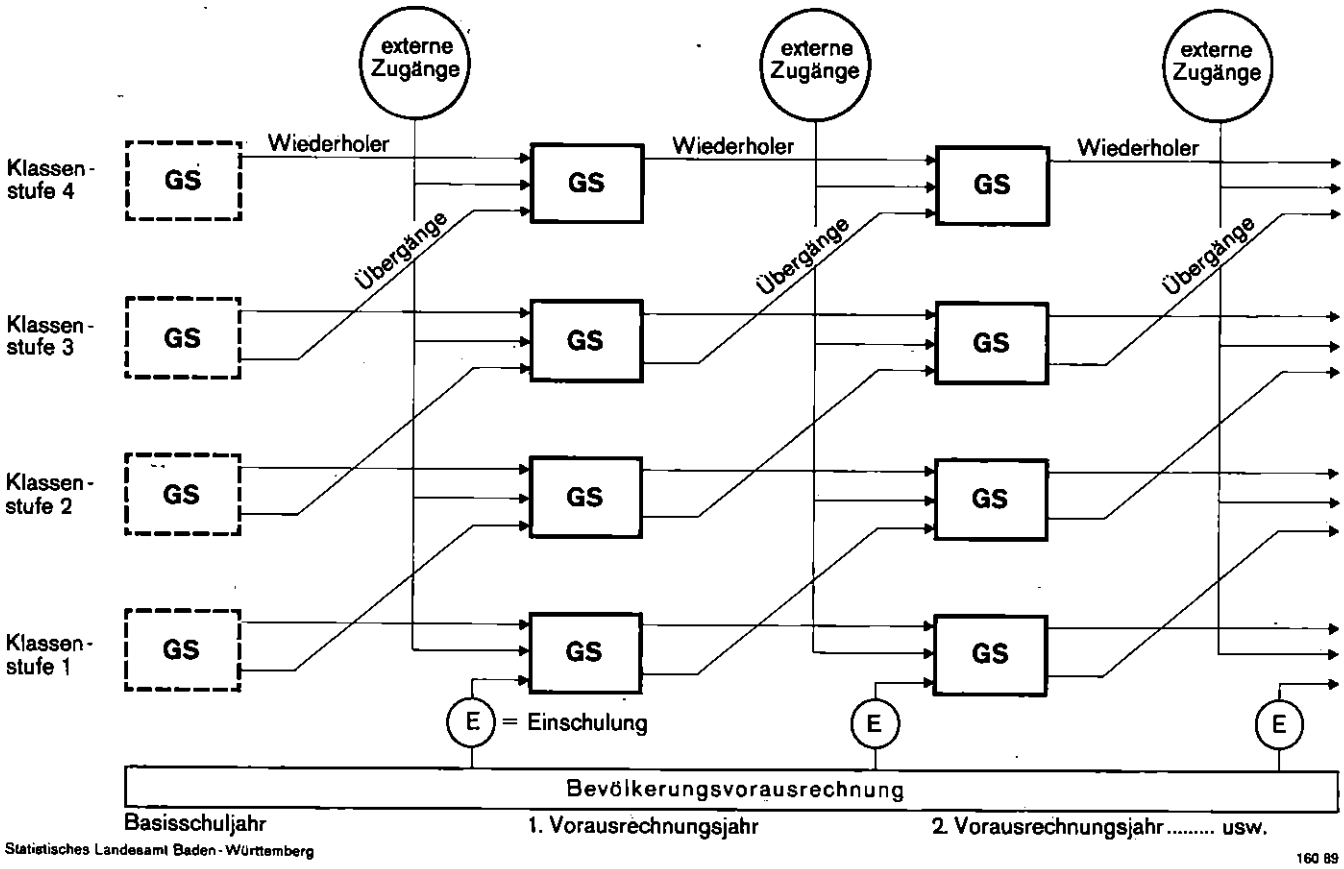
klassenspezifische Übergangsquoten: prozentualer Anteil der Schüler der Klassenstufe i im Schuljahr t, die im Schuljahr t-1 in Klassenstufe i-1 waren, an der Gesamtzahl der Schüler der Klasse i-1 im Schuljahr t-1.

klassenspezifische Wiederholerquoten: prozentualer Anteil der Schüler der Klassenstufe i im Schuljahr t, der im Schuljahr t-1 bereits in Klassenstufe i war, an der Gesamtzahl der Schüler in Klassenstufe i im Schuljahr t-1.

klassenspezifische Zugangsquoten: prozentualer Anteil der Zahl der externen Zugänge in Klassenstufe i zum

Schaubild 1

Schema zur Vorausrechnung der Zahl der Schüler an Grundschulen (GS) in Baden-Württemberg



Schuljahr t an der Zahl der Schüler der Klassenstufe i im Schuljahr t, die im Schuljahr t-1 in Klassenstufe i-1 waren.

Außerdem werden jährlich schulpflichtige Kinder in die 1. Klassenstufe der Grundschule neu aufgenommen (Einschulungen). Ihre Zahl wird ermittelt über altersspezifische Einschulungsquoten: prozentualer Anteil der Kinder in Klassenstufe 1 im Schuljahr t an Grundschulen im Alter j an der Gesamtzahl der Kinder im Alter j (j = 5,6,7 Jahre) im Jahr t.

An dieser Stelle ergibt sich auch der rechnerische Zusammenhang zwischen der Vorausrechnung der Schülerzahl und der Bevölkerungszahl.

Die Schüler in den Eingangsklassen (5. Klassenstufe) der weiterführenden Schulen - Hauptschule, Realschule und Gymnasium - setzen sich zusammen aus den Übergängern von der 4. Klassenstufe der Grundschule auf die 5. Klassenstufe der weiterführenden Schulen, den Wiederholern der 5. Klassenstufe und den externen Zugängen. Die Berechnung der Übergänger auf weiterführende Schulen geschieht mittels

schulartspezifischer Übergangsquoten: prozentualer Anteil der Schüler der Klassenstufe 5 an Hauptschulen, Realschulen oder Gymnasien im Schuljahr t, die im Schuljahr t-1 in Klassenstufe 4 einer Grundschule waren, an der Gesamtzahl der Schüler in Klassenstufe 4 an Grundschulen im Schuljahr t-1.

Die Schülerbestände der anderen Klassenstufen werden für die weiterführenden Schulen genauso berechnet wie für die Grundschule (Schaubild 2).

Aufgrund der vorhandenen Datengrundlage wurden - gegenüber dem oben beschriebenen Berechnungsschema - für die Sonderschulen, die Gesamtschulen, die integrierten Orientierungsstufen und die Gymnasien sowie für alle Privatschulen die Berechnungen vereinfacht.[2]

Berechnung der Zahl der Schulabgänger

Anhand der Schülerzahlen nach Klassenstufen an Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien können über klassenspezifische Abgangsquoten die Schulabgänger nach Abschlußart errechnet werden.

2) An Sonderschulen findet keine explizite Berechnung der Wiederholer und der externen Zugänge in die einzelnen Klassenstufen statt. Vielmehr werden diese Größen indirekt in der Berechnung der klassenspezifischen Übergangsquoten an Sonderschulen berücksichtigt. Die Quoten ergeben sich als prozentuale Anteile aller Schüler der Klassenstufe i im Schuljahr t an der Gesamtzahl der Schüler der Klassenstufe i-1 im Schuljahr t-1. Die Schülerzahl der 1. Klassenstufe für die Sonderschulen wird nicht über schulartspezifische Einschulungsquoten der 5-,6- und 7jährigen Kinder berechnet. Diese Berechnung erfolgt lediglich für die Grundschulen; die Erstkläßler stellen hier über 90 % der Erstkläßler insgesamt dar. Die Schüler der 1. Klassenstufe der Sonderschulen werden über die Anteile an der Gesamtzahl der Erstkläßler errechnet. An den Gesamtschulen und den Integrierten Orientierungsstufen des Landes werden nur wenige Schüler unterrichtet. Diese Schülerzahlen werden daher für diese Schularten über den Vorausrechnungszeitraum konstant gehalten. Außer an den Gymnasien wurde auch bei allen Privatschulen der derzeitige Bestand fortgeschrieben.

Tabelle 1

Abgangsmöglichkeiten aus allgemeinbildenden Schulen nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht in Baden-Württemberg nach Abschlußart

Abschlußart		Abgänger aus Klassenstufe . . .						
		7	8	9	10	11	12	13
Ohne	Hauptschulabschluß aus							
	Hauptschulen	x	x	x				
	Realschulen		x	x				
	Gymnasien		x	x				
Mit	Hauptschulabschluß aus							
	Hauptschulen			x				
	Realschulen			x	x			
	Gymnasien			x	x			
Mit	Realschulabschluß aus							
	Realschulen				x			
	Gymnasien				x	x	x	x
Mit	Hochschulreife aus							
	Gymnasien							x

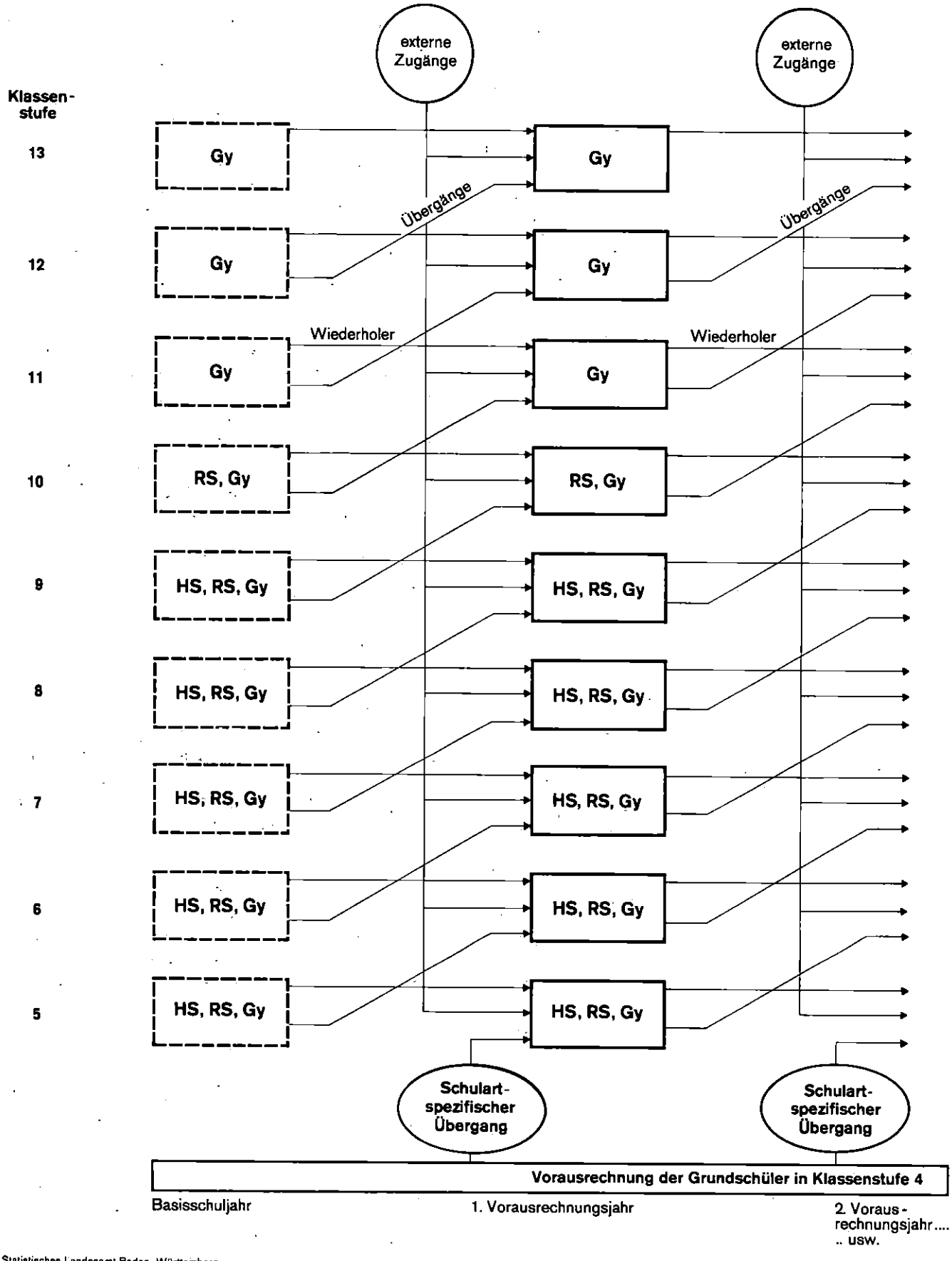
Klassenspezifische Abgangsquoten nach Abschlußart: prozentualer Anteil der Schulabgänger aus Klassenstufe i am Ende des Schuljahres t mit Abschlußart z (z: ohne Hauptschulabschluß, mit Hauptschulabschluß, mit Realschulabschluß, mit Hochschulreife) an der Gesamtzahl der Schüler in Klassenstufe i im Schuljahr t.

Unterschieden werden Schulabgänger ohne bzw. mit Hauptschulabschluß aus Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien, Schulabgänger mit Realschulabschluß aus Realschulen und Gymnasien und Schulabgänger mit Hochschulreife aus Gymnasien. Tabelle 1 zeigt die Möglichkeiten, die Schule nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht mit den verschiedenen Abschlüssen zu verlassen.

Die so errechneten Abgängerzahlen stellen einen Teil der gesamten Schulabgänger nach Abschlußart dar. Unter Anwendung von Quoten ergibt sich die Gesamtzahl der Schulabgänger nach Abschlußart. Sie sind Grundlage für die Berechnung der Schülerzahlen an beruflichen Schulen.

Schaubild 2

Schema zur Vorausrechnung der Zahl der Schüler an Hauptschulen (HS), Realschulen (RS) und Gymnasien (Gy) in Baden-Württemberg

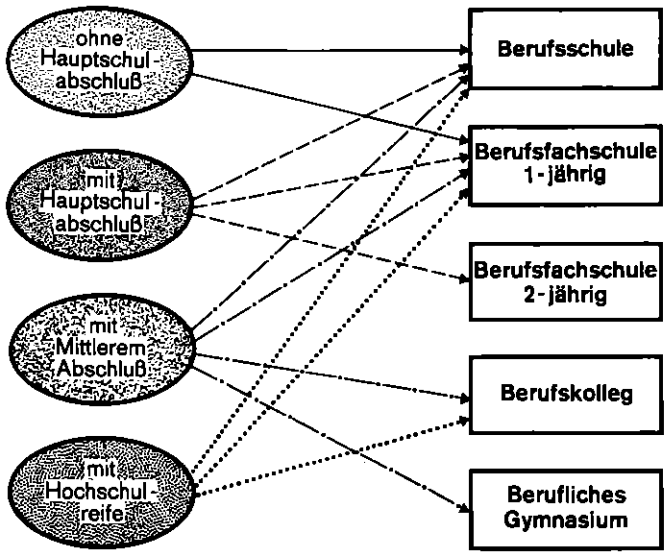


Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

165 89

Schaubild 3

Übergangsmöglichkeiten aus allgemeinbildenden in berufliche Schulen in Baden-Württemberg nach Abschlußart



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 166 89

Zur Berechnung der Schülerzahlen an beruflichen Schulen

Ausgangspunkt für die Berechnung der Schülerzahlen an Berufsschulen, Berufsfachschulen, Berufskollegs und beruflichen Gymnasien ist der Schülerbestand nach Klassenstufen im Basisschuljahr an der jeweiligen Schulart. Bei Schularten mit mehreren Klassenstufen werden über klassenspezifische Übergangsquoten die Schülerzahlen in den einzelnen Klassenstufen weitergerechnet. Dabei wird hier, wie auch bei den Sonderschulen, das vereinfachte Berechnungsverfahren angewandt, d.h. Wiederholer und externe Zugänge werden nicht explizit gerechnet. Statt dessen werden alle Schüler einer Klassenstufe behandelt, als ob sie im vergangenen Schuljahr auch die vorhergehende Klassenstufe besucht hätten.

Zu Beginn eines jeden Schuljahres kommen Schüler im ersten Ausbildungsjahr neu hinzu. Unter der Annahme, daß die Schüler, die die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen verlassen, zum Beginn des darauffolgenden Schuljahres den Übergang auf die verschiedenen beruflichen Schularten vollziehen, lassen sich die Neuzugänge mittels sogenannter "als ob Übergangsquoten" errechnen.

"Als ob Übergangsquote": prozentualer Anteil der Neuzugänge an der Schulart s im Schuljahr t mit Abschluß z an der Gesamtzahl der Schulabgänger im Schuljahr t-1 mit Abschlußart z.

Den Zusammenhang zwischen den Schulabgängern nach Abschlußart und den Schülern im 1. Ausbildungsjahr an Berufsschulen, 1- und 2jährigen Berufsfachschulen, Berufskollegs und beruflichen Gymnasien zeigt Schaubild 3.

Für alle anderen Schularten im Bereich der beruflichen Schulen - also Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr, Berufsaufbauschulen, Berufsoberschulen (TO/WO) und Fachschulen - werden die Schülerbestände des Basisschuljahres über den gesamten Vorausrechnungszeitraum konstant gehalten. Auch an den privaten Schulen wird der Bestand des Schuljahres 1987/88 fortgeschrieben.

Darstellung der Ausgangsdaten

Zur Beurteilung der Vorausrechnungsergebnisse ist es notwendig, die Eingabedaten der Berechnungen, die den Zeitraum 1988 bis 2010 umfassen, zu kennen. Diese Eingabedaten werden daher kurz dargestellt:

- Schulpflichtige Kinder im Alter von 5, 6 und 7 Jahren bis zum Jahr 2010 entsprechend der Bevölkerungsvorausrechnung auf der Basis 1.1.1986. Für die Vorausrechnung der Einschulungen bis zum Schuljahr 1991/92 wurde anstelle der Bevölkerungsvorausrechnung die Zahl der Kinder der entsprechenden Geburtsjahrgänge aus der Bevölkerungsfortschreibung nach dem Stand vom 1.1.1987 zugrundegelegt.
- Schülerbestände nach Schulart und Klassenstufen an öffentlichen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen: Basisschuljahr 1987/88.

Tabelle 2

"Als ob Übergangsquoten" für ausgewählte öffentliche Schularten in Baden-Württemberg nach Art des Schulabschlusses

Schulart	"als ob Übergangsquoten"					
	mit und ohne Hauptschulabschluß		mit Mittlerem Abschluß		mit Hochschulreife	
	Schuljahr 1987/88	Vorausrechnungswert [1]	Schuljahr 1987/88	Vorausrechnungswert [1]	Schuljahr 1987/88	Vorausrechnungswert [1]
Berufsschule (einschließlich Sonderberufsschule)	72,4	75,0	72,7	75,0	27,7	30,0
Berufsfachschule 1jährig [2]	30,0	30,0	7,1	8,0	1,6	2,0
Berufsfachschule 2jährig	26,7	27,0	–	–	–	–
Berufskolleg	–	–	30,2	31,0	3,1	3,0
Berufliches Gymnasium	–	–	18,4	19,0	–	–

1) Für die Schulvorausrechnung. – 2) Einschließlich "sonstige Berufsfachschulen"

- Schülerbestände nur fortgeschrieben an Gesamtschulen, Integrierten Orientierungsstufen, Berufsgrundbildungsjahr schulisch und kooperativ, Berufsaufbauschulen, Berufsoberschulen, Fachschulen und Privatschulen: Basisschuljahr 1987/88.
- Altersspezifische Einschulungsquoten: Basisschuljahr 1987/88: Da die Zahl der Lebendgeborenen derzeit über den vorausberechneten Zahlen liegt und sich eine isolierte Anpassung nicht empfiehlt, wurden ab dem Schuljahr 1992/93 die Einschulungsquoten rechnerisch entsprechend erhöht.
- Klassenspezifische Übergangsquoten: Basisschuljahr 1987/88.
- Klassenspezifische Wiederholerquoten: Basisschuljahr 1987/88.
- Klassenspezifische Zugangsquoten: Basisschuljahr 1987/88.
- Schulartspezifische Übergangsquoten: Basisschuljahr 1987/88.
- Klassenspezifische Abgangsquoten nach Abschlußart: Basisschuljahr 1986/87.
- "Als ob Übergangsquoten": Hier wurde versucht, den sich abzeichnenden Entwicklungen bei der Festlegung der Quoten bereits Rechnung zu tragen. Im einzelnen wurden die in Tabelle 2 aufgeführten Quoten verwendet.

Außerdem wurde berücksichtigt, daß sich die Ausbildungszeit für einige Berufe verlängert: ab 1988/89 für Arzt- und Tierarzthelferinnen, ab 1990/91 für Industrieberufe im Bereich Metalltechnik und ab 1992/93 für Handwerksberufe im Bereich Metalltechnik. Dies wird zu einer Erhöhung der Schülerzahlen an Berufsschulen führen. Dieser absehbaren Entwicklung wurde dadurch Rechnung getragen, daß der Zahl der nach dem Prognosemodell mit den bisherigen Übergangsquoten berechneten Teilzeitschüler pauschal weitere Schüler zugeschlagen wurden; der aus den derzeitigen Datenstrukturen ableitbare Zuschlag beträgt für 1988 und 1989 jeweils 1 %, für 1990 und 1991 jeweils 4 % und ab 1992 jeweils 6 %.

Unsicherheiten hinsichtlich der Entwicklung wichtiger Einflußfaktoren

Durch die Verknüpfung der Vorausrechnung der Zahl der Schüler und Schulabgänger mit der Vorausrechnung

der Bevölkerungszahl ergeben sich im Vorausrechnungszeitraum zwei Bereiche, in denen Unsicherheitsfaktoren auftreten: dies sind einerseits Unsicherheiten bei der Bevölkerungsvorausrechnung und andererseits Unsicherheiten im Bereich der Schülervorausrechnung.

Unsicherheiten im Bereich der Bevölkerungsvorausrechnung

Von entscheidender Bedeutung für die Vorausrechnung der Schülerzahlen ist die Zahl der schulpflichtigen Kinder im Vorausrechnungszeitraum. Damit gewinnen die Annahmen zur Vorausrechnung der Bevölkerung in den entsprechenden Altersjahren erhebliches Gewicht. Ergebnisse der Bevölkerungsvorausrechnung sind aber stets mit Unsicherheiten behaftet, da die Entwicklung wichtiger Einflußfaktoren in der Zukunft oft nur ungenügend abgeschätzt werden kann.

Die Unsicherheiten sind jedoch differenziert zu bewerten. So ist für die Vorausrechnung der Personen im Ausbildungsalter die künftige Entwicklung der Sterblichkeit weniger relevant, da die Säuglings- und Kindersterblichkeit bereits sehr niedrig ist. Dagegen sind Stand und künftige Entwicklung der Geburtenhäufigkeit speziell für Schülervorausrechnungen von großer Bedeutung. Fehler im Ansatz oder bei der Beurteilung der künftigen Entwicklung der Fruchtbarkeitsziffern wirken sich ausschließlich und konzentriert auf die im Vorausrechnungszeitraum neu geborenen Jahrgängen aus. Diese Jahrgänge kommen aber bereits drei Jahre später in den Kindergarten und weitere drei Jahre später in die Grundschule. Damit werden zumindest in den ersten sechs Jahren der Vorausrechnung Kinder eingeschult, die bei der Erstellung der Vorausrechnung schon geboren waren. Außerdem überwiegen im Anfangszeitraum der Berechnung die bereits vorhandenen Schülerbestände. Von der Bevölkerungsvorausrechnung herkommende Unsicherheiten wirken sich daher in stärkerem Maße erst bei mittel- und langfristigen Vorausrechnungen aus.

Auf der Basis der zugrundeliegenden Bevölkerungsvorausschätzung (Stand 1.1.1986) kann sich allerdings die Schülervorausrechnung bis zu bestimmten Schuljahren im wesentlichen auf bereits geborene Kinder stützen. Bei den Grundschulen sind somit bis zum Schuljahr 1992/93, bei den Haupt- und Realschulen sowie den Gymnasien bis zum Schuljahr 1996/97 und bei den Oberstufen der Gymnasien und in Teilen des beruflichen Schulwesens bis zum Schuljahr 2002/03 relativ sichere Aussagen über die voraussichtliche Entwicklung möglich. Nach diesen Eckpunkten wird die Vorausrechnung zunehmend durch noch nicht geborene Schülerjahrgänge beeinflußt, so daß die Vorausrechnung etwa ab dem Schuljahr 2001/02 nur noch von den Grundannahmen getragen wird.

Auch darf die Bedeutung der Zu- und Abwanderung von deutschen und ausländischen Personen für den Bildungsbereich nicht unterschätzt werden. Gerade die Wanderungsbewegung ist aber nur schwer vorauszusehen, da sie stark von politischen und ökonomischen Faktoren abhängt. Dies zeigt sich beispielsweise an der zur Zeit starken Zuwanderung von Aussiedlern. So sind im Jahre 1988 insgesamt 35 440 Aussiedler und Zuwanderer nach Baden-Württemberg übersiedelt. Damit hat sich die Zahl der Aussiedler und Zuwanderer in den vergangenen drei Jahren fast verdreifacht. Im Jahr 1986 wurden noch 12 500 Aussiedler registriert, während es 1987 bereits 18 000 waren. Für 1989 wird mit einem weiteren Anstieg der Aussiedlerzahlen gerechnet. Es ist davon auszugehen, daß 50 000 bis 60 000 (ca. 17 %) der insgesamt in der Bundesrepublik erwarteten 300 000 bis 350 000 Aussiedler 1989 nach Baden-Württemberg kommen werden.

In den nächsten Jahren wird dadurch pro Jahr mit etwa 9 000 Aussiedlerschülern in Baden-Württemberg zu rechnen sein.[3] Bezogen auf die insgesamt für Baden-Württemberg erwarteten

3 Vgl. Schnelle und erfolgreiche Integration in Regelklassen, Pressemitteilung des Ministeriums für Kultus und Sport, 30. Dez. 1988, S. 2.

Tabelle 3

Wanderungssaldo in Baden-Württemberg 1.1.1971 bis 31.12.1987

Jahr	Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)				
	insgesamt	davon			
		Deutsche		Ausländer	
		insgesamt	bis unter 15 Jahren	insgesamt	bis unter 15 Jahren
	Anzahl				
1971	70 306	16 981	2 533	53 325	12 085
1972	78 933	22 034	3 299	56 899	9 104
1973	75 267	16 268	2 640	58 999	9 872
1974	–22 215	12 642	1 557	–34 857	5 822
1975	–74 865	1 985	407	–76 850	–12 244
1976	–34 548	7 740	865	–42 288	–10 566
1977	723	14 296	2 281	–13 573	– 4 790
1978	21 400	15 809	3 165	5 591	1 673
1979	51 350	18 658	3 439	32 692	7 604
1980	61 592	21 550	3 813	40 042	9 668
1981	22 280	19 076	3 055	3 204	1 762
1982	–24 384	12 552	2 251	–36 936	– 8 109
1983	–27 004	4 489	1 526	–31 493	–10 485
1984	– 5 762	32 326	4 179	–38 088	–12 268
1985	29 140	28 834	4 107	306	– 1 189
1986	46 797	27 481	4 610	19 316	4 655
1987	51 249	29 464	5 476	21 785	6 047

Übersiedler wäre dies ein Anteil von etwa 25 Prozent, wobei derzeit noch keine Aussagen über die Verteilung der Aussiedlerschüler auf die einzelnen Schularten gemacht werden können. Auch unter Berücksichtigung der Ergebnisse der neuen Volkszählung ist somit davon auszugehen, daß sich die Zahl der Aussiedlerschüler tendenziell erhöhend auf die Vorausrechnungsergebnisse auswirken wird.

Wie Tabelle 3 zeigt, wechselten in den letzten Jahren in Baden-Württemberg immer wieder Perioden mit hohen Wanderungsgewinnen mit Perioden mit Wanderungsverlusten ab. Weiter zeigt sich, daß die Wanderungsbewegungen der Deutschen und der Ausländer recht unterschiedlich verlaufen. Auch die Wanderungsbewegungen der Personen im Ausbildungsalter weisen eigene Tendenzen auf.

Vergleichsrechnungen

Anhand einer Vergleichsrechnung soll hier die Auswirkung unterschiedlicher Annahmen zur Bevölkerungsvorausrechnung auf die Schülerzahlen bis zum Jahr 2000 verdeutlicht werden. Hierfür wurden die Schülerzahlen in der 1. Klassenstufe und an den Grundschulen insgesamt auf der Basis der Bevölkerungsvorausrechnungen Stand 1.1.1984 und Stand 1.1.1986 unter sonst völlig gleichen Annahmen für die Schülervorausrechnung berechnet. Für beide Berechnungen wurde das Basisschuljahr 1986/87 zugrunde gelegt. Die zugrundegelegten Bevölkerungsvorausrechnungen unterscheiden sich im wesentlichen durch die Annahmen zur Fruchtbarkeit und zur Wanderungsbewegung:

- Bevölkerungsvorausrechnung Stand 1.1.1984: "Die Fruchtbarkeitsziffern wurden mit dem Stand 1983 eingesetzt, pauschal angenähert an die aus dem ersten Halbjahr 1984 erkennbare Entwicklung, und auf dieser Höhe im gesamten Vorausschätzungszeitraum belassen.... Für die Wanderungsbewegung wurde für das Land ein Gesamtsaldo von Null Personen gewählt."[4]

- Bevölkerungsvorausrechnung Stand 1.1.1986 (unveröffentlicht): Die Fruchtbarkeitsziffern wurden mit dem Stand der Jahre 1985/86 eingesetzt und über den gesamten Vorausschätzungszeitraum belassen. Für die Wanderungsbewegung wurde ein jährlicher Wanderungsgewinn von 7 700 Personen angenommen.

Unter diesen Voraussetzungen führen die Vorausrechnungen der Schülerzahlen im Grundschulbereich zu erheblichen Unterschieden. Wegen der höheren Fruchtbarkeitsziffern und dem eingerechneten Wanderungsgewinn ergeben sich bei der Berechnung auf der Basis 1986 höhere Bevölkerungszahlen als auf

4 Vgl. Gröner, G.: Bevölkerungsvorausschätzung auf der Basis 1.1.1984 für das Land Baden-Württemberg und seine Regionen, in Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 1/1985, S. 4-10.

Tabelle 4

Vergleich der Bevölkerungsvorausrechnung zur Zahl der Schüler an öffentlichen Grundschulen in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2000

Jahr	Bevölkerungsvorausrechnung		Schülervorausrechnung [1]			
	Zahl der Lebendgeborenen		Zahl der Schüler			
			Klassenstufe 1 Grundschule		Grundschule insgesamt	
	Basis 1.1.1984	Basis 1.1.1986	Basis 1.1.1984	Basis 1.1.1986	Basis 1.1.1984	Basis 1.1.1986
1987	98 100	100 400	93 800	95 300	350 700	354 600
1988	98 900	102 000	94 400	95 600	357 000	363 700
1989	99 100	103 200	92 400	94 100	362 300	371 500
1990	98 800	103 900	89 700	91 900	361 300	372 700
1991	98 000	104 000	89 700	91 700	357 500	369 500
1992	96 600	103 500	91 100	93 400	354 500	367 500
1993	94 700	102 400	92 300	96 400	354 400	369 800
1994	92 400	100 600	93 300	98 100	357 800	375 700
1995	89 700	98 200	93 800	99 500	361 700	383 300
1996	86 800	95 400	93 900	100 500	364 400	390 200
1997	83 900	92 200	93 400	101 000	365 400	394 800
1998	80 900	88 900	92 400	100 800	364 600	397 600
1999	78 100	85 600	90 900	100 100	361 700	398 200
2000	75 600	82 400	88 900	98 700	356 800	396 500

1) Schülervorausrechnung jeweils mit den Quoten des Schuljahres 1986/87.

der Basis 1984 und damit auch höhere Schülerzahlen. Für die Klassenstufe 1 ergibt sich zum Schuljahr 2000/01 eine Differenz von 9 800 Schülern, bei den Grundschülern insgesamt sogar von 39 700 Schülern (Tabelle 4). Je nach Annahme ergeben sich für das Schuljahr 2000/01 entweder 356 800 oder 396 500 Schüler an den Grundschulen. Diese Ergebnisse zeigen, wie sensibel das Modell zur Berechnung der Schülerzahlen auf Veränderungen in den Annahmen zur Bevölkerungsentwicklung reagiert. Zu diesen Unsicherheiten, die sich auf den Bereich der Bevölkerungsvorausrechnung beziehen, kommen weitere Unsicherheitsfaktoren im schulischen Bereich hinzu.

Tabelle 5

Vergleich der Vorausrechnungen*) zur Zahl der Schüler an öffentlichen Grundschulen, Hauptschulen und Gymnasien mit unterschiedlichen Quoten) in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2000**

Schuljahr		Zahl der Schüler an ...		
		Grundschulen (Klassenstufen 1 – 4)	Hauptschulen (Klassenstufen 5 – 9)	Gymnasien (Klassenstufen 5 – 13)
1988/89	d	358 000	172 000	206 000
	e	364 000	174 000	207 000
1990/91	d	365 000	167 000	191 000
	e	373 000	171 000	194 000
1995/96	d	375 000	174 000	192 000
	e	383 000	183 000	199 000
2000/01	d	388 000	181 000	201 000
	e	397 000	191 000	209 000

*) Basis der Bevölkerungsvorausrechnung 1.1.1986, Basisschuljahr 1986/87. – **) Durchschnittsquoten (d) und Quoten des Schuljahres 1986/87 (e).

Unsicherheiten im Bereich der Schülervorausrechnung

Die Annahmen bezüglich der zugrundezulegenden Quoten bergen ebenfalls ein Risiko für die Berechnungen der zukünftigen Schüler- und Absolventenzahlen. Dies soll anhand der Vorausrechnung der Zahl der Gymnasiasten verdeutlicht werden. Zunächst wird deren Zahl berechnet auf der Basis der Bevölkerungsvorausrechnung vom 1.1.1984 und dem Basisschuljahr 1985/86. Bei

langfristigen Vorausrechnungen versucht man, mögliche zufällige Schwankungen im Zeitablauf auszuschalten. Deshalb werden den Berechnungen Durchschnittswerte der verwendeten Quoten zugrunde gelegt. Diese werden während des Vorausrechnungszeitraums konstant gehalten, wenn sich keine gravierenden Änderungen abzeichnen. Im genannten Beispiel wurden zunächst jeweils Dreijahresdurchschnitte für die verschiedenen Quoten verwendet. Unter diesen Voraussetzungen ergeben sich bis zum Schuljahr 2000/01 die in Tabelle 5 aufgezeigten Schülerzahlen.

Eine Vergleichsrechnung mit gleichen Ausgangsdaten, bei der anstelle der Durchschnittsquoten jedoch die Quoten des Schuljahres 1985/86 verwendet wurden, führt zu dem ebenfalls in Tabelle 5 aufgezeigten Ergebnis. Obwohl sich die Durchschnittsquoten und die Quoten von 1985/86 oft nur in der Stelle hinter dem Komma unterscheiden, gibt es innerhalb von 13 Schuljahren bereits eine Differenz von 8 000 Schülern. Dies ist auf mehrere Faktoren zurückzuführen. So steigt insbesondere im Grundschulbereich der Anteil der Schüler, die in die nächsthöhere Klassenstufe aufrücken. Die Durchschnittsquoten liegen damit etwas zu niedrig. Die Schüler durchlaufen von der Einschulung bis zum Abitur immerhin 13 Klassenstufen. In jedem Schuljahr kommen neue Schülerströme hinzu, die ebenfalls mit der niedrigeren Quote weitergerechnet werden, sodaß sich die Abweichungen verstärken.

Eine weitere kritische Stelle bei der Berechnung stellt der Übergang von der 4. Klassenstufe der Grundschule in die 5. Klassenstufe einer weiterführenden Schulart dar.[5] Das Wahlverhalten wird hier neben der Schülerleistung auch von den persönlichen Vorstellungen und Wünschen der Eltern und Schüler geprägt und ist daher nur schwer im voraus abzuschätzen.

Besonders schwierig sind auch die Vorausberechnungen für den Bereich der beruflichen Schulen. Hier kommt es insbesondere darauf an, die Rechenquoten für die Übergänge aus den allgemeinbildenden Schulen in die beruflichen Schulen festzulegen. Die Wahl der Schulart und des Ausbildungsberufes hängt stark von der jeweiligen Ausbildungs- und Arbeitsmarktsituation ab. Außerdem ist gerade in den vergangenen Jahren die Zahl der Auszubildenden mit einem mittleren Bildungsabschluß und mit Hochschulreife stark angestiegen. Auch die vielfältigen Möglichkeiten, im Vollzeitbereich zusätzliche schulische und berufliche Qualifikationen zu erwerben und anschließende Einstiegsmöglichkeiten in den Teilzeitbereich können zu Verschiebungen führen, die die demographische Komponente überlagern. Dabei ist über den Wechsel der Schüler innerhalb des beruflichen Schulbereichs relativ wenig bekannt, was Vorausrechnungen zusätzlich erschwert.

Darstellung der Ergebnisse

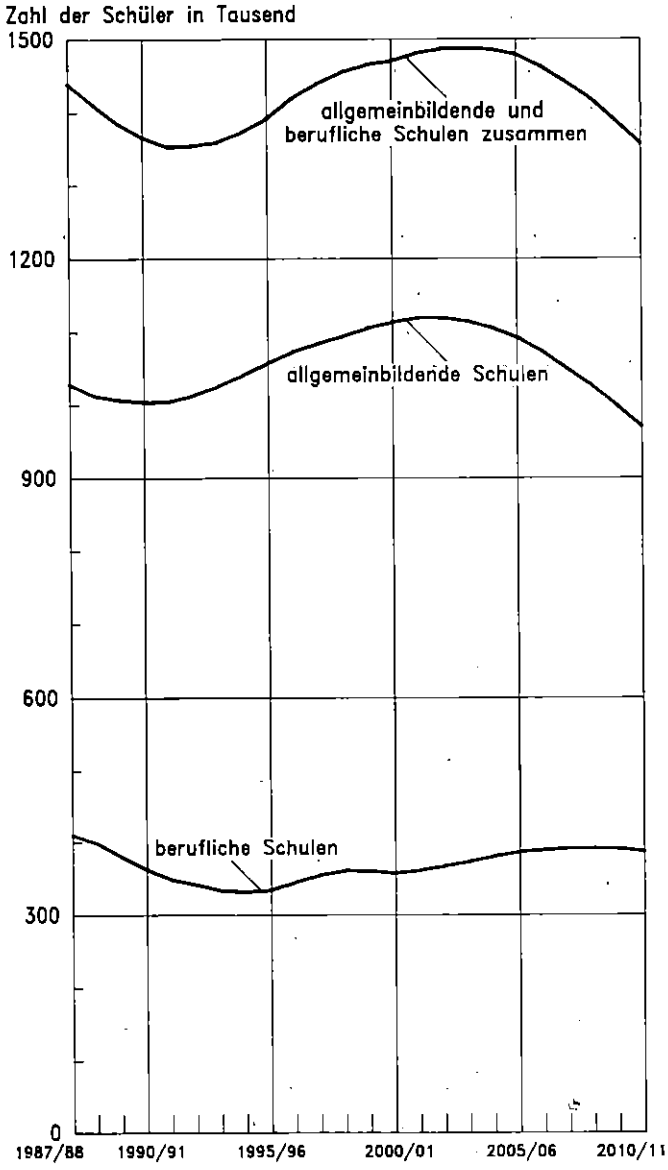
Durch den Geburtenrückgang früherer Jahre, durch den die Zahl der neugeborenen Kinder zwischen Mitte der 60er und Ende der 70er Jahre (tiefster Stand 1978) um etwa 40 % zurückging, wird die Gesamtzahl der Schüler an öffentlichen und privaten allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Baden-Württemberg nach den hier vorgestellten Vorausrechnungen von rund 1,44 Mio. im Schuljahr 1987/88 zunächst bis zum Schuljahr 1991/92 auf 1,35 Mio. zurückgehen (Tabelle 6 und Schaubild 4). Infolge der weiteren Geburtenentwicklung mit zunächst leicht steigender Tendenz erhöht sich danach die Zahl der Schüler bis zum Schuljahr 2003/04 kontinuierlich auf knapp 1,49 Mio. Nach diesem Höchststand verringert sich die Gesamtschülerzahl erneut und erreicht am Ende des Vorausrechnungszeitraums mit 1,36 Mio. fast wieder den Wert des Schuljahres 1991/92. Hierauf deuten die Ergebnisse der Bevölkerungsvorausschätzung hin.

---

5 Eine Modellrechnung von 1985 mit Varianten zum Übergangsverhalten zeigt die Bandbreite der Entwicklung der Schülerzahlen bei unterschiedlichen Annahmen zum Übergang auf weiterführende Schulen. Vgl. Graw, E.: Modellrechnungen zur künftigen Entwicklung der Schülerzahlen des allgemeinbildenden Bereichs, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/1985, S. 341-345.

Schaubild 4

Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen*) in Baden-Württemberg bis zum Schuljahr 2010/11



*) Jeweils öffentlich und privat zusammen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Die Entwicklung der Schülerzahlen wird im folgenden getrennt für die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen sowie für einzelne ausgewählte Schularten dargestellt.

Zunächst mehr Schüler an allgemeinbildenden Schulen

Zur besseren Einordnung der Ergebnisse wird für den allgemeinbildenden Schulbereich die bisherige Entwicklung der Schülerzahlen herangezogen. So zeigt Schaubild 5 die Altersstruktur der Schüler in den Schuljahren 1976/77 und 1986/87. Hier wird deutlich, wie stark die Zahl der Kinder und Jugendlichen im schulpflichtigen Alter von 6 bis 15 Jahren in 10 Jahren zurückgegangen ist. Gleichzeitig ist aber auch erkennbar, daß die Verweildauer im Bereich der allgemeinbildenden Schulen zugenommen hat. Sowohl bei den männlichen als auch bei den weiblichen Schülern ist 1987 die Zahl derer, die älter als 15 Jahre sind, höher als noch 1977.

Den höchsten Schülerstand verzeichneten die öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen im Schuljahr 1976/77 mit 1,50 Mio. Schülern. Danach ist die Zahl ständig gesunken und erreicht voraussichtlich 1990 mit 1,0 Mio.

Tabelle 6

Voraussichtliche Entwicklung der Zahl der Schüler an öffentlichen und privaten allgemeinbildenden und beruflichen Schulen*) in Baden-Württemberg bis zum Schuljahr 2010/11

Schuljahr	Zahl der Schüler an ...		
	allgemeinbildenden Schulen	beruflichen Schulen	allgemeinbildenden und beruflichen Schulen zusammen
1985/86[1)]	1 091 316	431 243	1 522 559
1986/87[1)]	1 052 628	422 700	1 475 328
1987/88[1)]	1 028 299	409 803	1 438 102
1988/89	1 012 000	398 000	1 410 000
1989/90	1 006 000	379 000	1 385 000
1990/91	1 003 000	362 000	1 365 000
1991/92	1 004 000	348 000	1 352 000
1992/93	1 013 000	341 000	1 354 000
1993/94	1 026 000	333 000	1 359 000
1994/95	1 042 000	331 000	1 373 000
1995/96	1 058 000	334 000	1 392 000
1996/97	1 073 000	345 000	1 418 000
1997/98	1 084 000	355 000	1 439 000
1998/99	1 094 000	361 000	1 455 000
1999/00	1 105 000	360 000	1 465 000
2000/01	1 113 000	357 000	1 470 000
2001/02	1 119 000	361 000	1 480 000
2002/03	1 119 000	367 000	1 486 000
2003/04	1 114 000	373 000	1 487 000
2004/05	1 105 000	380 000	1 485 000
2005/06	1 092 000	386 000	1 478 000
2006/07	1 073 000	389 000	1 462 000
2007/08	1 050 000	391 000	1 441 000
2008/09	1 026 000	391 000	1 417 000
2009/10	998 000	390 000	1 388 000
2010/11	970 000	386 000	1 356 000

*) Ohne Abendschulen und Kollegs. — 1) Ist-Werte.

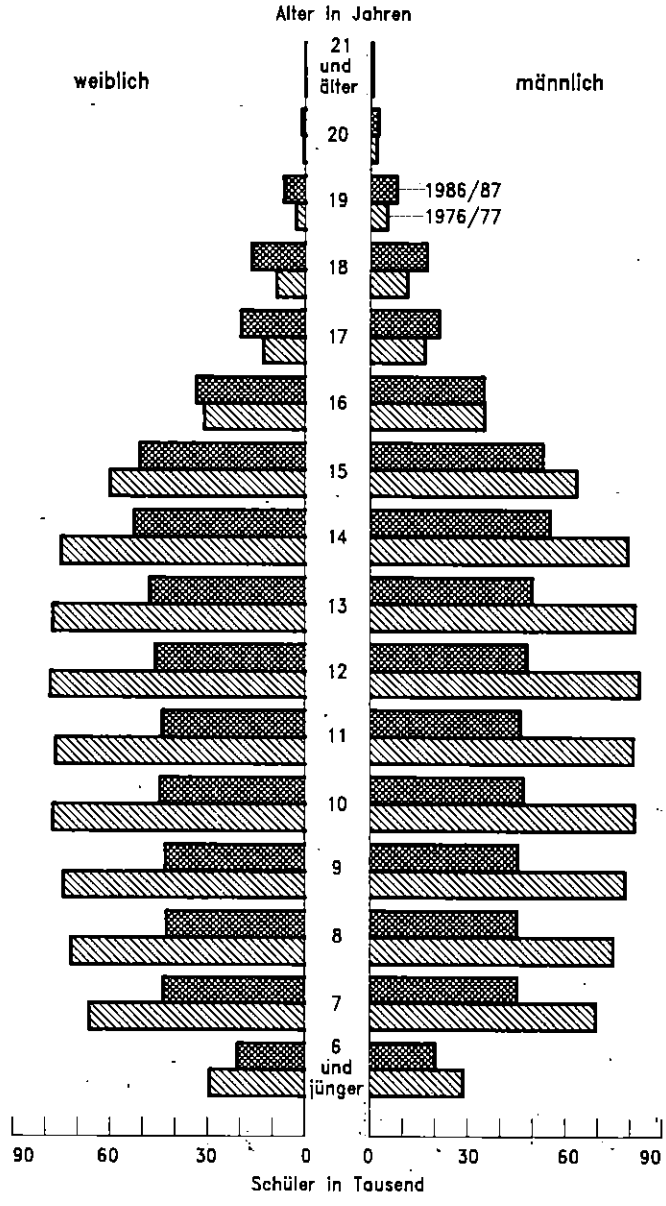
Schülern den tiefsten Stand (Tabelle 7). Danach wird sich nach den hier durchgeführten Berechnungen der Schülerrückgang nicht weiter fortsetzen. Hierfür spricht zum einen, daß die geburtenstarken Jahrgänge seit einigen Jahren selbst im gebärfähigen Alter sind, was bedeutet, daß die in Frage kommenden Altersjahrgänge (15 bis 45 Jahre) der Frauen stärker besetzt sind als in den Jahren davor. Zum anderen liegt die Fruchtbarkeit gegenüber früheren Jahren insgesamt etwas höher. So lag die Zahl der Lebendgeborenen im 1. Halbjahr 1988 um 7,7 % über der entsprechenden Zahl im 1. Halbjahr 1987. Dies hat zur Folge, daß die Zahl der Kinder ansteigen und die Zahl der Erstkläßler, die Mitte der 80er Jahre mit 89 300 Schülern ihren tiefsten Stand erreichte, unter leichten Schwankungen voraussichtlich 1998 einen Rekordstand von rund 106 000 Schülern erreichen wird. Nach diesem Höchststand gegen Ende der 90er Jahre nimmt dann aufgrund des demographisch bedingten Rückgangs der neugeborenen Kinder die Zahl der Schulanfänger voraussichtlich ab und wird bis zum Ende des Vorausrechnungszeitraums im Schuljahr 2010/11 auf etwa 75 000 Erstkläßler zurückgehen.

Die beschriebene Entwicklung für den Gesamtbereich des allgemeinbildenden Schulwesens gilt auch für die einzelnen Schularten entsprechend. In Schaubild 6 sind neben den Vorausberechnungen auch die tatsächlichen Entwicklungen an Grundschulen, Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien zwischen den Schuljahren 1952/53 und 1987/88 dargestellt. Es zeigt sich, daß die Schülerzahlen an Grund- und Hauptschulen bis in die 70er Jahre, an den Realschulen und Gymnasien bis Anfang der 80er Jahre, angestiegen und danach ständig gesunken sind. Ein erneuter Anstieg wird ab Beginn der 90er Jahre bis ca. 2005 zu erwarten sein.

In der zugrundeliegenden Vorausrechnung konnten die erhöhten Zahlen der Aussiedlerschüler von jährlich ca. 10 000 nicht berücksichtigt werden. Die Auswirkungen auf die einzelnen hier betrachteten Schularten lassen sich derzeit noch nicht abschließend quantitativ darstellen. Es ist allerdings davon auszugehen, daß bei allen Schularten erhebliche Schülerzugänge zu berücksichtigen sind, die auch die kurz- und mittelfristigen Entwicklungen der Schülerzahlen beeinflussen.

Schaubild 5

Altersaufbau der Schüler an öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg in den Schuljahren 1976/77 und 1986/87



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 155 89

Zeitlich verschobene Entwicklungen an weiterführenden allgemeinbildenden Schulen

Gravierende Veränderungen sind vor allem im Grundschulbereich zu verzeichnen. Hier hat sich die Zahl der Schüler

Tabelle 7

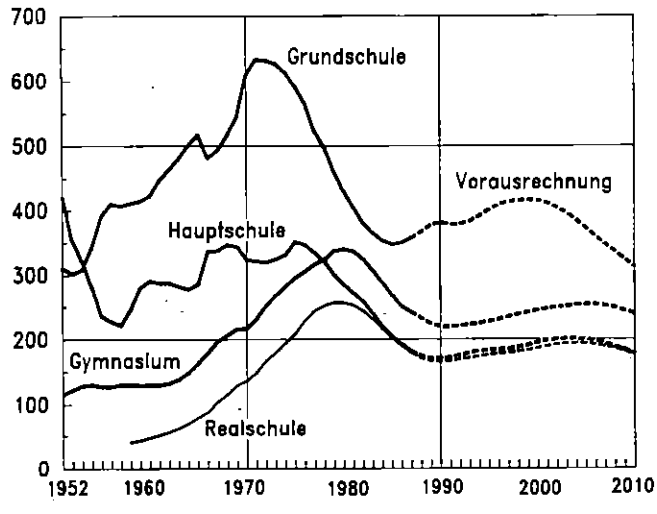
Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen an öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen*) in Baden-Württemberg bis zum Schuljahr 2010/11

Schuljahr	Zahl der Schüler an . . .							
	Grundschulen	Hauptschulen	Realschulen	Gymnasien	Integrierten Gesamtschulen u. Orientierungsstufen	Freien Waldorfschulen	Sonderschulen	Allgemeinbildenden Schulen zusammen
1985/86[1)]	347 504	204 178	202 157	268 370	9 792	14 147	45 168	1 091 316
1986/87[1)]	350 539	192 380	190 031	252 427	8 863	14 657	43 731	1 052 628
1987/88[1)]	358 796	181 650	179 889	241 326	8 650	15 045	42 943	1 028 299
1988/89	368 000	175 000	171 000	232 000	8 000	16 000	42 000	1 012 000
1989/90	379 000	171 000	167 000	224 000	8 000	16 000	41 000	1 006 000
1990/91	382 000	171 000	166 000	219 000	8 000	16 000	41 000	1 003 000
1991/92	379 000	173 000	167 000	219 000	8 000	16 000	42 000	1 004 000
1992/93	380 000	176 000	170 000	221 000	8 000	16 000	42 000	1 013 000
1993/94	384 000	180 000	172 000	223 000	8 000	16 000	43 000	1 026 000
1994/95	392 000	183 000	175 000	225 000	8 000	16 000	43 000	1 042 000
1995/96	401 000	184 000	177 000	228 000	8 000	16 000	44 000	1 058 000
1996/97	409 000	185 000	179 000	231 000	8 000	16 000	45 000	1 073 000
1997/98	414 000	186 000	180 000	235 000	8 000	16 000	45 000	1 084 000
1998/99	416 000	188 000	182 000	239 000	8 000	16 000	45 000	1 094 000
1999/00	417 000	192 000	184 000	242 000	8 000	16 000	46 000	1 105 000
2000/01	415 000	196 000	187 000	245 000	8 000	16 000	46 000	1 113 000
2001/02	411 000	199 000	190 000	248 000	8 000	16 000	47 000	1 119 000
2002/03	404 000	201 000	193 000	250 000	8 000	16 000	47 000	1 119 000
2003/04	396 000	202 000	194 000	252 000	8 000	16 000	47 000	1 114 000
2004/05	385 000	201 000	195 000	254 000	8 000	16 000	46 000	1 105 000
2005/06	373 000	200 000	194 000	255 000	8 000	16 000	46 000	1 092 000
2006/07	360 000	198 000	192 000	254 000	8 000	16 000	45 000	1 073 000
2007/08	347 000	194 000	189 000	252 000	8 000	16 000	44 000	1 050 000
2008/09	335 000	189 000	186 000	249 000	8 000	16 000	43 000	1 026 000
2009/10	323 000	184 000	181 000	244 000	8 000	16 000	42 000	998 000
2010/11	312 000	178 000	176 000	239 000	8 000	16 000	41 000	970 000

*) Ohne Abendschulen und Kollegs. – 1) Ist-Werte.

Schaubild 6

Verlauf und voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen an ausgewählten öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg 1952 bis 2010



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 163 89

von 1952 bis 1971 mehr als verdoppelt und sank danach von 632 000 auf 347 000 im Schuljahr 1986/87. Mit 359 000 Schülern im Schuljahr 1987/88 hat sie damit den Tiefpunkt ihrer Entwicklung bereits durchschritten. Im Vorausrechnungszeitraum nimmt die Zahl der Grundschüler zunächst – von einigen Ausnahmejahren abgesehen – bis zu einem Höchststand von 417 000 im Jahr 1999 zu. Bezogen auf 1987 wäre dies ein Zuwachs um 16 %. Anschließend geht die Zahl der Grundschüler aufgrund schwächer besetzter Geburtsjahrgänge bis zum Jahr 2010 auf 312 000 zurück (Tabellen 7 und 8).

An den Hauptschulen setzt sich der derzeitige Rückgang der Schülerzahlen zunächst weiter bis auf 171 000 im Schuljahr 1989/90 fort. Erst im Schuljahr 2003/04 – und damit vier Jahre

Tabelle 8

Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen an öffentlichen allgemeinbildenden Schulen*) in Baden-Württemberg bis zum Schuljahr 2010/11

Schuljahr	Zahl der Schüler an . . .							
	Grundschulen	darunter Klassenstufe 1	Hauptschulen	Realschulen	Gymnasien	Integrierten Gesamtschulen u. Orientierungsstufen	Sonderschulen	Allgemeinbildenden Schulen zusammen
1985/86 [1]	344 167	85 907	201 707	195 894	245 999	9 792	35 664	1 034 223
1986/87 [1]	347 149	90 828	190 002	183 658	230 892	8 863	35 203	995 767
1987/88 [1]	355 340	95 696	179 151	173 475	219 921	8 650	34 270	970 807
1988/89	365 000	97 000	172 000	165 000	210 000	8 000	34 000	954 000
1989/90	376 000	96 000	168 000	161 000	202 000	8 000	33 000	948 000
1990/91	379 000	94 000	168 000	160 000	197 000	8 000	33 000	945 000
1991/92	376 000	93 000	170 000	161 000	196 000	8 000	34 000	945 000
1992/93	377 000	97 000	173 000	164 000	198 000	8 000	34 000	954 000
1993/94	381 000	100 000	177 000	166 000	200 000	8 000	35 000	967 000
1994/95	389 000	102 000	180 000	169 000	202 000	8 000	35 000	983 000
1995/96	398 000	103 000	181 000	171 000	205 000	8 000	36 000	999 000
1996/97	406 000	104 000	182 000	173 000	207 000	8 000	37 000	1 013 000
1997/98	411 000	105 000	183 000	174 000	210 000	8 000	37 000	1 023 000
1998/99	413 000	105 000	185 000	176 000	214 000	8 000	37 000	1 033 000
1999/00	414 000	104 000	189 000	178 000	217 000	8 000	38 000	1 044 000
2000/01	412 000	102 000	193 000	181 000	219 000	8 000	38 000	1 051 000
2001/02	408 000	100 000	196 000	184 000	222 000	8 000	39 000	1 057 000
2002/03	401 000	98 000	198 000	187 000	224 000	8 000	39 000	1 057 000
2003/04	393 000	95 000	199 000	188 000	226 000	8 000	39 000	1 053 000
2004/05	382 000	92 000	198 000	189 000	228 000	8 000	38 000	1 043 000
2005/06	370 000	88 000	197 000	188 000	229 000	8 000	38 000	1 030 000
2006/07	357 000	85 000	195 000	186 000	228 000	8 000	37 000	1 011 000
2007/08	344 000	82 000	191 000	183 000	226 000	8 000	36 000	988 000
2008/09	332 000	79 000	186 000	180 000	223 000	8 000	35 000	964 000
2009/10	320 000	76 000	181 000	175 000	219 000	8 000	34 000	937 000
2010/11	309 000	74 000	175 000	170 000	214 000	8 000	33 000	909 000

*) Ohne Kollegs. - 1) Ist-Werte.

nach dem Maximum der Zahl der Grundschüler - erreicht die Zahl der Hauptschüler mit 202 000 ihren Höchststand. Gegenüber 1987 bedeutet dies einen Zuwachs um 11 %. Bis zum Ende des Vorausrechnungszeitraumes sinkt die Zahl der Hauptschüler dann auf 178 000 und liegt damit nur knapp unter der Zahl des Schuljahres 1987/88 (181 650).

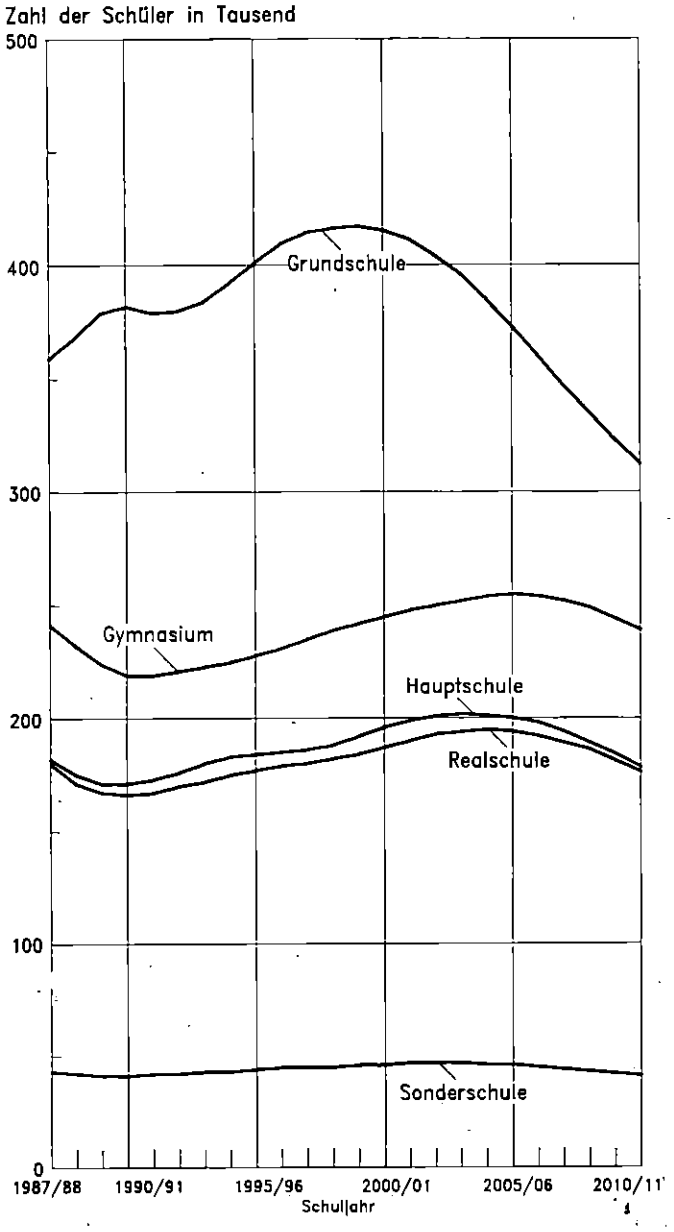
Eine ähnliche Entwicklung ist bei den Realschulen erkennbar, an denen die Schülerzahlen ein Jahr später als bei den Hauptschulen mit 195 000 ihren Höchststand erreichen. Dies würde einen Zuwachs um 8 % gegenüber dem Schuljahr 1987/88 bedeuten. Im Schuljahr 2010/11 liegt die Zahl der Realschüler mit 176 000 wieder auf dem Niveau des Schuljahres 1987/88.

An den Gymnasien beginnt die Zahl der Schüler - entsprechend ihrer längeren Verweildauer an dieser Schulart - erst mit dem Schuljahr 1992/93 erneut zu steigen. Mit 255 000 Schülern wurde der Höchststand im Schuljahr 2005/06 errechnet (Zuwachs: 6 %). Danach sinkt die Schülerzahl bis auf das Niveau des Schuljahres 1987/88.

Die Zahlen der Schüler an Freien Waldorfschulen, den schulartunabhängigen Orientierungsstufen und den Schulen besonderer Art wurden über den gesamten Vorausrechnungszeitraum konstant fortgeschrieben. An den Sonderschulen wirkt sich - trotz des hier angewandten vereinfachten Berechnungsverfahrens - insbesondere die absehbare Geburtenentwicklung aus. Parallel zu den Hauptschulen endet der Rückgang der Schülerzahlen an dieser Schulart im Schuljahr 1990/91. Bis zum Jahr 2004 dürfte danach ein Höchststand von 47 000 Schülern erreicht sein, was einer Zunahme der Schülerzahl um 9 % gegenüber 1987 entspricht.

Schaubild 7

Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen an ausgewählten öffentlichen und privaten allgemeinbildenden Schulen in Baden-Württemberg 1987 bis 2010

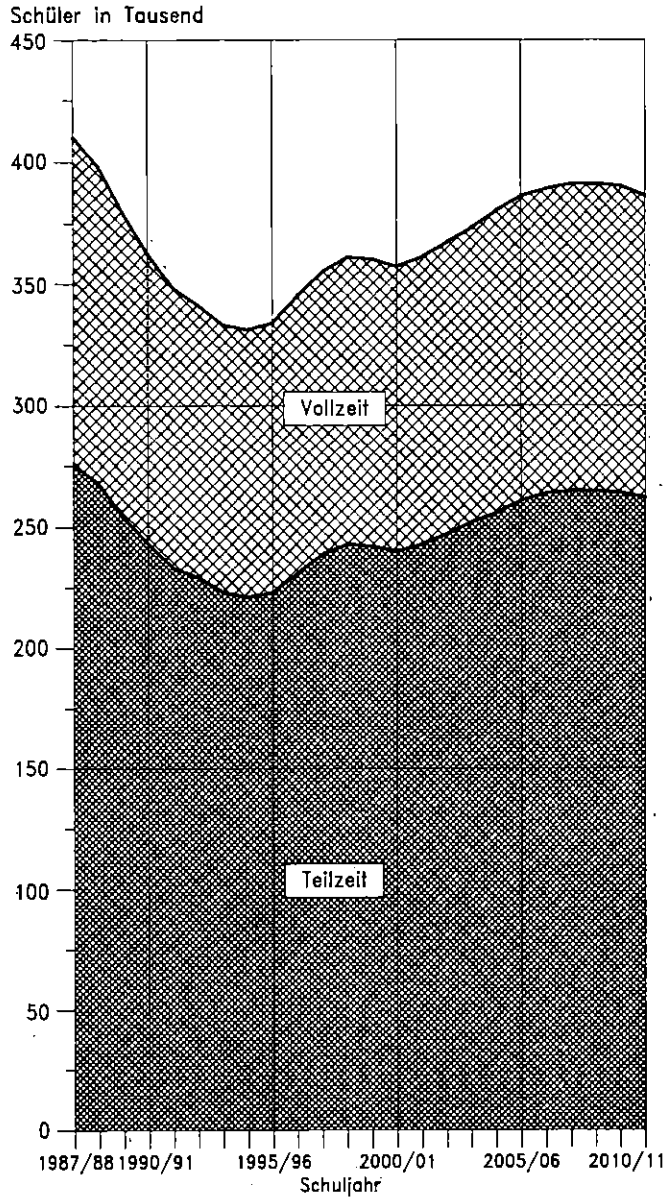


Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 161 89

Zwischen den Jahren 2003 und 2005 werden somit an den weiterführenden Schularten die höchsten Schülerzahlen erwartet: 202 000 Hauptschüler, 195 000 Realschüler und 255 000 Gymnasiasten (Schaubild 7). Diese Zahlen liegen jedoch weit unter den Höchstzahlen früherer Jahre (Schaubild 6). Die Schülerzahl an den allgemeinbildenden Schulen insgesamt wird auf 1,12 Mio. ansteigen. Auf diese Erhöhung wird sodann ein rascher Rückgang der Schülerzahlen an allen allgemeinbildenden Schulen erfolgen (Schaubilder 7 und 4 sowie Tabelle 7), wenn die Geburtenraten auf dem unterstellten niedrigen Stand verharren.

Schaubild 8

Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen an beruflichen Teilzeit- und Vollzeitschulen*) in Baden-Württemberg bis zum Schuljahr 2010/11



*) Öffentliche und private Schulen.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 168 89

Tabelle 9

Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen an öffentlichen und privaten beruflichen Schulen in Baden-Württemberg bis zum Schuljahr 2010/11

Schuljahr	Zahl der Schüler an ...												
	Berufsschulen	Berufsgrundbildungsjahr - dual -	Teilzeitschulen zusammen	Berufsgrundbildungsjahr - Vollzeit -	Berufsvorbereitungsjahr	Berufsaufbauschulen	Berufsfachschulen	Berufskollegs	Berufsoberschulen[1]	beruflichen Gymnasien	Fachschulen	Vollzeitschulen zusammen	beruflichen Schulen insgesamt
1985/86[2]	291 364	4 304	295 668	1 328	3 840	1 089	53 440	28 978	971	30 753	15 176	135 575	431 243
1986/87[2]	284 713	4 151	288 864	417	3 967	1 121	51 047	28 671	1 053	30 815	16 745	133 836	422 700
1987/88[2]	271 563	3 923	275 486	625	4 077	1 233	50 109	28 612	1 121	30 568	17 972	134 317	409 803
1988/89	264 000	4 000	268 000	1 000	4 000	1 000	48 000	28 000	1 000	29 000	18 000	130 000	398 000
1989/90	250 000	4 000	254 000	1 000	4 000	1 000	46 000	26 000	1 000	28 000	18 000	125 000	379 000
1990/91	239 000	4 000	243 000	1 000	4 000	1 000	43 000	25 000	1 000	26 000	18 000	119 000	362 000
1991/92	229 000	4 000	233 000	1 000	4 000	1 000	42 000	24 000	1 000	24 000	18 000	115 000	348 000
1992/93	225 000	4 000	229 000	1 000	4 000	1 000	41 000	23 000	1 000	23 000	18 000	112 000	341 000
1993/94	219 000	4 000	223 000	1 000	4 000	1 000	40 000	23 000	1 000	22 000	18 000	110 000	333 000
1994/95	217 000	4 000	221 000	1 000	4 000	1 000	40 000	23 000	1 000	22 000	18 000	110 000	331 000
1995/96	219 000	4 000	223 000	1 000	4 000	1 000	41 000	23 000	1 000	22 000	18 000	111 000	334 000
1996/97	227 000	4 000	231 000	1 000	4 000	1 000	43 000	24 000	1 000	22 000	18 000	114 000	345 000
1997/98	235 000	4 000	239 000	1 000	4 000	1 000	44 000	24 000	1 000	23 000	18 000	116 000	355 000
1998/99	239 000	4 000	243 000	1 000	4 000	1 000	44 000	25 000	1 000	24 000	18 000	118 000	361 000
1999/00	238 000	4 000	242 000	1 000	4 000	1 000	44 000	25 000	1 000	24 000	18 000	118 000	360 000
2000/01	236 000	4 000	240 000	1 000	4 000	1 000	43 000	25 000	1 000	24 000	18 000	117 000	357 000
2001/02	239 000	4 000	243 000	1 000	4 000	1 000	44 000	25 000	1 000	24 000	18 000	118 000	361 000
2002/03	243 000	4 000	247 000	1 000	4 000	1 000	46 000	25 000	1 000	24 000	18 000	120 000	367 000
2003/04	248 000	4 000	252 000	1 000	4 000	1 000	46 000	25 000	1 000	25 000	18 000	121 000	373 000
2004/05	252 000	4 000	256 000	1 000	4 000	1 000	48 000	26 000	1 000	25 000	18 000	124 000	380 000
2005/06	257 000	4 000	261 000	1 000	4 000	1 000	48 000	26 000	1 000	26 000	18 000	125 000	386 000
2006/07	260 000	4 000	264 000	1 000	4 000	1 000	48 000	26 000	1 000	26 000	18 000	125 000	389 000
2007/08	261 000	4 000	265 000	1 000	4 000	1 000	48 000	26 000	1 000	27 000	18 000	126 000	391 000
2008/09	261 000	4 000	265 000	1 000	4 000	1 000	48 000	26 000	1 000	27 000	18 000	126 000	391 000
2009/10	260 000	4 000	264 000	1 000	4 000	1 000	48 000	26 000	1 000	27 000	18 000	126 000	390 000
2010/11	258 000	4 000	262 000	1 000	4 000	1 000	46 000	26 000	1 000	27 000	18 000	124 000	386 000

1) Technische Oberschule und Wirtschaftsoberschule. - 2) Ist-Werte.

Höchststand der Schüler an beruflichen Schulen im Schuljahr 2008/09

Die Zahl der Schüler an öffentlichen und privaten beruflichen Schulen wird von derzeit 410 000 zurückgehen auf 331 000 im Schuljahr 1994/95 und danach auf 391 000 anwachsen. Erst nach dem Schuljahr 2008/09 wird hier ein erneuter Rückgang der Schülerzahlen erwartet (Tabellen 9 und 10). Die Entwicklung der Schülerzahlen im Bereich der beruflichen Schulen ist von vielfältigen Faktoren abhängig, die sich teilweise überlagern. So gehen die Schülerzahlen an beruflichen Teilzeitschulen weniger stark zurück als aufgrund der demographischen Entwicklung zu erwarten wäre. Dafür ist teilweise die in einigen Berufsfeldern verlängerte Ausbildungszeit verantwortlich. Im folgenden wird auf einige ausgewählte, zahlenmäßig größere Schularten eingegangen. Entsprechend den für den Bereich der beruflichen Schulen getroffenen Annahmen wurden die Schülerzahlen an den Schularten Berufsgrundbildungsjahr, Berufsvorbereitungsjahr, Berufsaufbauschule, Berufsoberschule und Fachschule über den Vorausrechnungszeitraum konstant fortgeschrieben.

Für die Entwicklung der Schülerzahlen an den beruflichen Schulen insgesamt ist - aufgrund der zahlenmäßigen Größenordnung - in erster Linie das zukünftige Verhalten der Schüler der Berufsschulen ausschlaggebend. Nach den Ergebnissen der Vorausrechnung wird ihre Zahl bis zum Schuljahr 1994/95 auf 217 000 zurückgehen und einen Höchststand mit 261 000 Schülern erst gegen Ende des Vorausrechnungszeitraums erreichen (Schaubild 8). Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich im Be-

Tabelle 10

Voraussichtliche Entwicklung der Schülerzahlen an öffentlichen beruflichen Schulen in Baden-Württemberg bis zum Schuljahr 2010/11

Schuljahr	Zahl der Schüler an ...												
	Berufsschulen	Berufsgrundbildungsjahr - dual -	Teilzeitschulen zusammen	Berufsgrundbildungsjahr - Vollzeit -	Berufsvorbereitungsjahr	Berufsaufbauschulen	Berufsfachschulen	Berufskollegs	Berufsoberschulen [1]	beruflichen Gymnasien	Fachschulen [2]	Vollzeitschulen zusammen	beruflichen Schulen insgesamt
1985/86 [3]	288 516	4 304	292 820	1 328	3 840	1 089	50 724	22 251	971	30 416	8 680	119 299	412 119
1986/87 [3]	281 806	4 151	285 957	417	3 967	1 121	48 457	21 854	1 053	30 421	10 136	117 426	403 383
1987/88 [3]	268 624	3 923	272 547	625	4 077	1 233	47 571	21 892	1 121	30 207	11 138	117 864	390 411
1988/89	261 000	4 000	265 000	1 000	4 000	1 000	45 000	21 000	1 000	29 000	12 000	114 000	379 000
1989/90	247 000	4 000	251 000	1 000	4 000	1 000	43 000	19 000	1 000	28 000	12 000	109 000	360 000
1990/91	236 000	4 000	240 000	1 000	4 000	1 000	40 000	18 000	1 000	26 000	12 000	103 000	343 000
1991/92	226 000	4 000	230 000	1 000	4 000	1 000	39 000	17 000	1 000	24 000	12 000	99 000	329 000
1992/93	222 000	4 000	226 000	1 000	4 000	1 000	38 000	16 000	1 000	23 000	12 000	96 000	322 000
1993/94	216 000	4 000	220 000	1 000	4 000	1 000	37 000	16 000	1 000	22 000	12 000	94 000	314 000
1994/95	214 000	4 000	218 000	1 000	4 000	1 000	37 000	16 000	1 000	22 000	12 000	94 000	312 000
1995/96	216 000	4 000	220 000	1 000	4 000	1 000	38 000	16 000	1 000	22 000	12 000	95 000	315 000
1996/97	224 000	4 000	228 000	1 000	4 000	1 000	40 000	17 000	1 000	22 000	12 000	98 000	326 000
1997/98	232 000	4 000	236 000	1 000	4 000	1 000	41 000	17 000	1 000	23 000	12 000	100 000	336 000
1998/99	236 000	4 000	240 000	1 000	4 000	1 000	41 000	18 000	1 000	24 000	12 000	102 000	342 000
1999/00	235 000	4 000	239 000	1 000	4 000	1 000	41 000	18 000	1 000	24 000	12 000	102 000	341 000
2000/01	233 000	4 000	237 000	1 000	4 000	1 000	40 000	18 000	1 000	24 000	12 000	101 000	338 000
2001/02	236 000	4 000	240 000	1 000	4 000	1 000	41 000	18 000	1 000	24 000	12 000	102 000	342 000
2002/03	240 000	4 000	244 000	1 000	4 000	1 000	43 000	18 000	1 000	24 000	12 000	104 000	348 000
2003/04	245 000	4 000	249 000	1 000	4 000	1 000	43 000	18 000	1 000	25 000	12 000	105 000	354 000
2004/05	249 000	4 000	253 000	1 000	4 000	1 000	45 000	19 000	1 000	25 000	12 000	108 000	361 000
2005/06	254 000	4 000	258 000	1 000	4 000	1 000	45 000	19 000	1 000	26 000	12 000	109 000	367 000
2006/07	257 000	4 000	261 000	1 000	4 000	1 000	45 000	19 000	1 000	26 000	12 000	109 000	370 000
2007/08	258 000	4 000	262 000	1 000	4 000	1 000	45 000	19 000	1 000	27 000	12 000	110 000	372 000
2008/09	258 000	4 000	262 000	1 000	4 000	1 000	45 000	19 000	1 000	27 000	12 000	110 000	372 000
2009/10	257 000	4 000	261 000	1 000	4 000	1 000	45 000	19 000	1 000	27 000	12 000	110 000	371 000
2010/11	255 000	4 000	259 000	1 000	4 000	1 000	43 000	19 000	1 000	27 000	12 000	108 000	367 000

1) Technische Oberschule und Wirtschaftsoberschule. - 2) Nur Schulen im MKS-Bereich. - 3) Ist-Werte.

reich der Vollzeitschulen für die Berufsfachschulen, wenngleich hier der Schülerhöchststand über den Zeitraum zwischen den Schuljahren 2004/05 und 2009/10 mit 48 000 Schülern längere Zeit konstant bleibt.

An den beruflichen Gymnasien endet die Phase zurückgehender Schülerzahlen erwartungsgemäß später. Nach dem Tiefststand mit 22 000 Schülern im Schuljahr 1996/97 wird mit 27 000 Schülern im Schuljahr 2007/08 ein Höchststand erreicht, der bis zum Ende des Vorausrechnungszeitraums konstant bleibt.

Mit Zahlen zwischen 389 000 und 390 000 sind nach den vorliegenden Ergebnissen zwischen den Schuljahren 2006/07 und 2009/10 die höchsten Schülerzahlen an beruflichen Schulen zu erwarten, darunter 261 000 Berufsschüler, 48 000 Berufsfachschüler sowie 27 000 bzw. 26 000 Schüler an beruflichen Gymnasien bzw. Berufskollegs.

Höchstzahl an Schulabgängern im Schuljahr 2006/07

Die voraussichtliche Entwicklung der Zahl der Schulabgänger aus öffentlichen und privaten allgemeinbildenden und beruflichen Schulen wird im Schuljahr 1993/94 mit 112 000 ihr Minimum erreicht haben (Tabelle 11). Gegenüber dem Schuljahr 1986/87 mit 154 000 Schulabgängern beträgt der Rückgang 27 %. Mit 131 000 Schulabgängern wird im Schuljahr 2004/05 dann das Niveau erreicht, das bis zum Ende des Vorausrechnungszeitraumes erhalten bleiben wird (Schaubild 9). Mit insgesamt 134 000 Schulabgängern werden in den Schuljahren 2006/07 und 2007/08 die meisten Absolventen erwartet.

Tabelle 11

Voraussichtliche Entwicklung der Zahl der Schulabgänger aus öffentlichen und privaten allgemeinbildenden und beruflichen Schulen*) in Baden-Württemberg bis zum Schuljahr 2010/11

Schuljahr	Schulabgänger								
	mit Hauptschulabschluß	ohne Hauptschulabschluß	mit Mittlerem Abschluß			mit Fachhochschulreife	mit allgemeiner und fachgebundener Hochschulreife		
	aus allgemeinbildenden Schulen		insgesamt	davon aus		aus beruflichen Schulen	insgesamt	davon aus	
				allgemeinbildenden Schulen	beruflichen Schulen			allgemeinbildenden Schulen	beruflichen Schulen
1985/86[1)]	49 080	8 699	60 913	48 587	12 326	4 473	36 747	27 890	8 857
1986/87[1)]	46 776	7 290	57 227	44 360	12 867	5 401	37 149	28 162	8 987
1987/88	42 000	7 000	54 000	42 000	12 000	5 000	37 000	28 000	9 000
1988/89	40 000	7 000	48 000	37 000	11 000	5 000	34 000	26 000	8 000
1989/90	39 000	6 000	44 000	34 000	10 000	5 000	32 000	24 000	8 000
1990/91	38 000	6 000	43 000	34 000	9 000	5 000	28 000	21 000	7 000
1991/92	37 000	6 000	42 000	33 000	9 000	5 000	25 000	19 000	6 000
1992/93	36 000	6 000	42 000	33 000	9 000	5 000	24 000	18 000	6 000
1993/94	36 000	6 000	41 000	32 000	9 000	5 000	24 000	18 000	6 000
1994/95	38 000	7 000	41 000	32 000	9 000	5 000	23 000	17 000	6 000
1995/96	40 000	7 000	43 000	34 000	9 000	5 000	24 000	18 000	6 000
1996/97	41 000	7 000	45 000	35 000	10 000	5 000	24 000	18 000	6 000
1997/98	40 000	7 000	46 000	36 000	10 000	5 000	23 000	17 000	6 000
1998/99	39 000	7 000	46 000	36 000	10 000	5 000	24 000	18 000	6 000
1999/00	39 000	7 000	45 000	35 000	10 000	5 000	26 000	20 000	6 000
2000/01	40 000	7 000	45 000	35 000	10 000	5 000	26 000	20 000	6 000
2001/02	42 000	7 000	46 000	36 000	10 000	5 000	26 000	20 000	6 000
2002/03	43 000	7 000	47 000	37 000	10 000	5 000	26 000	20 000	6 000
2003/04	43 000	7 000	48 000	37 000	11 000	5 000	26 000	20 000	6 000
2004/05	44 000	7 000	49 000	38 000	11 000	5 000	26 000	20 000	6 000
2005/06	44 000	7 000	50 000	39 000	11 000	5 000	27 000	20 000	7 000
2006/07	44 000	7 000	50 000	39 000	11 000	5 000	28 000	21 000	7 000
2007/08	44 000	7 000	50 000	39 000	11 000	5 000	28 000	21 000	7 000
2008/09	43 000	7 000	50 000	39 000	11 000	5 000	28 000	21 000	7 000
2009/10	42 000	7 000	49 000	38 000	11 000	5 000	29 000	22 000	7 000
2010/11	41 000	7 000	48 000	37 000	11 000	5 000	29 000	22 000	7 000

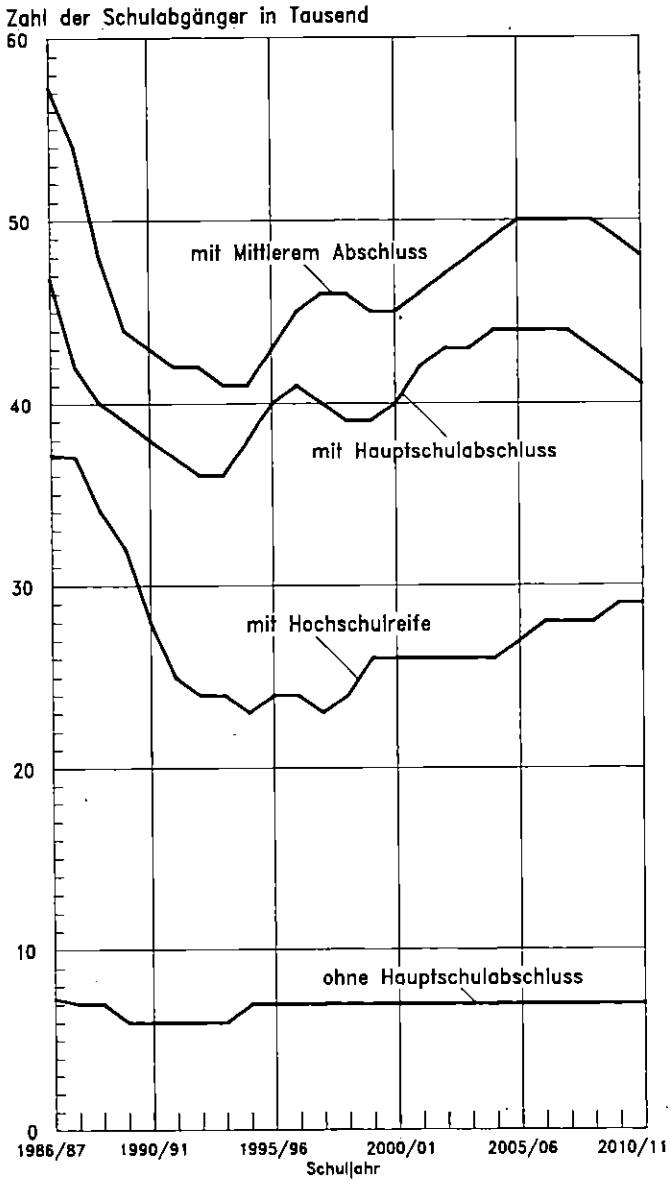
*) Einschließlich Abendschulen und Kollegs. - 1) Ist-Werte.

Die derzeit rückläufige Zahl der Abgänger mit Hauptschulabschluß wird nach einem Tiefstpunkt mit 36 000 im Schuljahr 1993/94 bis zum Schuljahr 2004/05 erneut ansteigen. Zwischen den Jahren 2004 und 2007 erreicht die Anzahl diese Abgänger aus den allgemeinbildenden Schulen mit jeweils 44 000 ihren Höchststand. Parallel hierzu verläuft auch die Entwicklung der Schulabgänger mit Mittlerem Abschluß. Die Zahl der Absolventen mit allgemeiner und fachgebundener Hochschulreife erreicht dagegen - nach einem Tiefstpunkt im Schuljahr 1994/95 - erst 2009 ihr Maximum mit 22 000 Schulabgängern. Insgesamt werden in den beiden Schuljahren 2005/07 und 2007/08 mit jeweils 110 000 Schulabgängern die Höchstzahlen im allgemeinbildenden Schulbereich erwartet.

Die Zahl der Schulabgänger mit Mittlerem Abschluß aus beruflichen Schulen verharrt bis Mitte der 90er Jahre längere Zeit bei 9 000 Absolventen pro Jahr. Sie steigt langsam bis auf 11 000 und bleibt dann bis zum Ende des Vorausrechnungszeitraumes konstant. Die Zahl der Absolventen mit Fachhochschulreife ist mit 5 000 als konstant angenommen. Die Zahl der Abgänger mit allgemeiner und fachgebundener Hochschulreife aus beruflichen Schulen beträgt mit Beginn der 90er Jahre 6 000 und bleibt ab dem Schuljahr 2006/07 mit 7 000 Schulabgängern konstant.

Schaubild 9

Voraussichtliche Entwicklung der Zahl der Schulabgänger aus öffentlichen und privaten allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Baden-Württemberg bis zum Schuljahr 2010/11 nach Abschlussart



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 162 89

Für die beruflichen Schulen insgesamt lassen sich bei der Vorausrechnung der Absolventenzahlen für die einzelnen Schulabschlüsse relativ geringe Veränderungen im Zeitablauf erkennen. Deshalb ergeben sich auch keine ausgeprägten Entwicklungsspitzen. Ab dem Schuljahr 2005/06 ist mit jährlich 23 000 Schulabgängern aus beruflichen Schulen zu rechnen.

Zusammenfassung

- Die Schülervorausrechnung geht davon aus, daß anhand der Bevölkerungsvorausschätzung über altersspezifische Einschulungsquoten der Schülerbestand der ersten Klassenstufe ermittelt wird. Dieser Bestand wird unter Berücksichtigung verschiedener Kenndaten, wie klassenspezifische Wiederholungsquoten und schulartspezifische Übergangsquoten, über die verschiedenen Schuljahre und Schularten weitergerechnet. Außer den Wiederholern rücken am Ende des Schuljahres alle Schüler einer Klassenstufe höher. Die Schüler der jeweils letzten Klassenstufe einer Schulart verlassen die Schule oder wechseln auf eine andere Schulart.

- Über klassenspezifische Abgangsquoten werden die Schulabgänger mit und ohne Hauptschulabschluß, mit Mittlerem Abschluß sowie mit Hochschulreife ermittelt. Die neu eintretenden Schüler an beruflichen Schulen werden durch Multiplikation der Zahl der Schulabgänger mit bestimmtem Abschluß mit den entsprechenden "als ob Übergangsquoten" errechnet.

- Bei den Ergebnissen der Vorausrechnung sind zwei Unsicherheitsbereiche zu berücksichtigen. Im Bereich der Bevölkerungsvorausrechnung sind die Entwicklung der Geburtenhäufigkeit sowie die Zu- und Abwanderungen zu nennen, insbesondere aber auch die unerwartet hohe Zahl der Aussiedler und die durch sie in den nächsten Jahren zu erwartenden Geburten. Der Bereich der Schülervorausrechnung wird in starkem Maße beeinflußt von den zukünftigen Übergangsquoten im allgemeinbildenden Schulbereich sowie von den Übergängen in die beruflichen Schulen. Die derzeit und auch zukünftig zu erwartenden starken Zugänge der Aussiedlerschüler von jährlich ca. 10 000 führt dazu, daß die Ergebnisse dieser Vorausrechnung niedriger ausfallen, als dies bei einer entsprechenden Berücksichtigung der Fall wäre. Auch die derzeitigen Geburtenzahlen liegen etwas über den in den bisherigen Bevölkerungs-

vorausrechnungen zugrundegelegten Werten. Diese methodischen Einschränkungen müssen bei den dargestellten Ergebnissen unbedingt berücksichtigt werden. Im Grunde wäre es notwendig, insbesondere im Hinblick auf Veränderungen bei den demographischen Komponenten laufend Aktualisierungen der Vorausrechnungen vorzunehmen.

- Die Zahl der Schüler an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen wird bis zum Schuljahr 1991/92 auf 1,35 Mio. zurückgehen. Die Phase des Schülerrückgangs schlägt dann in eine Phase der Schülerzunahme um. Über einen Zeitraum von 12 Jahren wird danach die Schülerzahl bis zum Schuljahr 2003/04 kontinuierlich auf knapp 1,49 Mio. ansteigen. Am Ende des Vorausrechnungszeitraumes erreicht dann die Gesamtschülerzahl mit 1,36 Mio. fast wieder den Wert des Schuljahres 1991/92.

- Zeitlich verschoben zeigt sich auch bei den einzelnen Schularten des allgemeinbildenden Bereichs die beschriebene Entwicklung für die Gesamtschülerzahlen. Die Zahl der Grundschüler ist bereits seit 1988 angestiegen und wird mit 417 000 im Jahr 1999 ihren Höchststand erreicht haben. Sie geht, aufgrund der allmählich sinkenden Zahl der Schulanfänger, bis zum Jahr 2010 auf 312 000 zurück.

- Der derzeitige Rückgang der Hauptschüler läuft - ohne Berücksichtigung des weiteren Zugangs von übergesiedelten Schülern - im Schuljahr 1989/90 mit 171 000 Schülern aus und die Zahl der Schüler steigt bis zum Schuljahr 2003/04 auf 202 000 an. Sodann verringert sich diese Zahl bis zum Ende des Vorausrechnungszeitraumes auf 178 000.

- An den Realschulen wird im Schuljahr 2004/05 mit 195 000 Schülern der Höchststand erreicht sein. Im Schuljahr 2010/11 liegt die Zahl der Realschüler dann bei 176 000. An den Gymnasien beginnt die Zahl der Schüler erst wieder ab dem Schuljahr 1992/93 zu steigen und erreicht ihren Höchststand mit 255 000 Schülern im Schuljahr 2005/06. Danach sinkt die Schülerzahl bis zum Ende des Vorausrechnungszeitraumes auf 239 000.

- Die Gesamtschülerzahl an beruflichen Schulen wird zunächst von derzeit 410 000 auf 331 000 im Schuljahr 1994/95 zurückgehen. Bis zum Schuljahr 2007/08 wird dann mit 391 000 Schülern ein Höchststand zu erwarten sein. An den Berufsschulen gehen die Schülerzahlen bis zum Schuljahr 1994/95 auf 217 000 zurück und erreichen einen Höchststand mit 261 000 erst am Ende des Vorausrechnungszeitraumes.

- Nach den vorliegenden Ergebnissen der Vorausrechnung sind zwischen den Schuljahren 2006/07 und 2009/10 mit etwa 390 000 die höchsten Schülerzahlen an beruflichen Schulen zu erwarten, darunter 261 000 Berufsschüler, 48 000 Berufsfachschüler sowie 27 000 bzw. 26 000 Schüler an beruflichen Gymnasien bzw. Berufskollegs.

- Die voraussichtliche Entwicklung der Zahl der Schulabgänger aus allgemeinbildenden und beruflichen Schulen wird im Schuljahr 1993/94 mit 112 000 ihr Minimum erreicht haben. Mit 131 000 Schulabgängern ist im Schuljahr 2004/05 dann das Niveau erreicht, das bis zum Ende des Vorausrechnungszeitraumes annähernd konstant bleiben wird.

4. Arbeitsmarkt

Beschäftigungschancen von Frauen im Strukturwandel

Auf dem Arbeitsmarkt vollzieht sich zumindest seit Beginn der Industrialisierung ein ständiger Wandel der Anforderungen und Tätigkeiten. Vereinfacht wird diese langfristige Veränderung oft als allmähliche Verlagerung des Schwergewichts der Erwerbstätigkeit von der Urproduktion (Land- und Forstwirtschaft) über die Warenproduktion zum Dienstleistungsgewerbe beschrieben. Diese Darstellung wird durch die Empirie als Gesetzmäßigkeit bestätigt, selbst dann, wenn in bestimmten konjunkturellen Phasen der langfristige Trend unterbrochen scheint. Der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft hat sich in jüngster Zeit auch unter dem Einfluß moderner Informations- und Kommunikationstechniken beschleunigt. Gleichzeitig wächst bei vielen Frauen - insbesondere im mittleren Alter - das Bestreben, berufliche Tätigkeit und familienbezogene Arbeit und Betreuung nicht mehr als sich ausschließende Alternativen zu sehen. Dies legt es nahe, die Berufschancen von Frauen im strukturellen Wandel genauer zu untersuchen.

Die wachsende Bedeutung der "Dienstleistungen" als eines der wichtigsten Kennzeichen des Strukturwandels kann zum einen tätigkeitsbezogen verstanden werden: Danach üben gegenwärtig bereits 2 von 3 Erwerbstätigen eine Dienstleistungstätigkeit aus, auch wenn sie beispielsweise im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt sind. Da aus der Sicht der Statistik eine wirtschaftssystematische Zuordnung wegen ihrer Kontinuität in der Erfassung vorzuziehen ist, wird der Wandel der Erwerbstätigkeit jedoch meist anhand der branchenspezifischen Einstufung des Betriebs oder Unternehmens, in dem sich die auf Erwerb gerichtete Tätigkeit vollzieht, näher beschrieben. Hierbei können sich allerdings durch die Art der Ermittlung bzw. Darstellung (Betriebs-/Unternehmenskonzept, Wohnort-/Arbeitsortkonzept etc.) Unterschiede ergeben. Die Erfassung der Erwerbstätigen am Wohnort im Rahmen der Volkszählung oder des Mikrozensus liefert jedoch Strukturergebnisse, die nicht wesentlich von arbeitsstättenbezogenen Erhebungen abweichen. In beiden Systemen zeigt sich die Verschiebung vom primären und sekundären Sektor hin zu den Dienstleistungen (tertiärer Sektor).

Da aus der Volkszählung 1987 (VZ 87) bislang nur wenige vorläufige Zahlen zur Erwerbstätigkeit vorliegen, muß sich ein Vergleich der Zensusergebnisse 1970 und 1987 in Tabelle 1 auf einige Eckzahlen beschränken. In diesem Zeitraum stieg die Gesamtzahl der Erwerbstätigen um knapp 179 000 oder 4,3 %, wobei jedoch der Zuwachs an Arbeitsplätzen den Frauen überproportional zugute kam (+ 104 000, Zuwachsrate + 6,5 %). Im Bundesgebiet fällt die Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen mit + 1,6 % zwar geringer aus, jedoch haben dort die Frauen mit einem achtprozentigen Zuwachs (männliche Erwerbstätige: - 2,0 %) die zusätzlichen Arbeitsplätze ausschließlich für sich in Anspruch nehmen können.

Nachdem gleichzeitig das Produzierende Gewerbe eine deutlich reduzierte Beschäftigung meldet und die Frauen dort einen niedrigen Anteil (gegenwärtig 27 %) haben, andererseits der expandierende Dienstleistungsbereich überwiegend Frauen (mit steigendem

Tabelle 1

Erwerbstätige*) in Baden-Württemberg 1970 und 1987 nach Wirtschaftsbereichen

Wirtschaftsbereiche (WB)	1970		1987	
	Erwerbstätige insgesamt	darunter weiblich	Erwerbstätige insgesamt	darunter weiblich
	Anzahl			
Land- und Forstwirtschaft	331 809	176 239	118 639	42 762
Produzierendes Gewerbe	2 283 669	695 021	2 096 524	575 884
Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	596 504	255 011	665 710	307 852
Sonstige (Dienstleistungen)	964 071	473 265	1 473 862	777 244
Insgesamt (alle WB)	4 176 053	1 599 536	4 354 735	1 703 742

*) Volkszählungsergebnisse (Wohnortprinzip), 1987 vorläufig.

Anteil) beschäftigt, erscheinen deren Beschäftigungschancen aus dieser globalen Sicht in relativ günstigem Licht. Allerdings wuchs auch die Zahl der arbeitslosen Frauen in dem betrachteten Zeitraum von rund 3 000 auf etwa 100 000 im Jahresdurchschnitt; bezogen auf die Gesamtzahl der abhängig erwerbstätigen Frauen ist damit die feminine Arbeitslosigkeit auf das Zwanzigfache angewachsen. Dies zeigt die Notwendigkeit einer tiefer gehenden Analyse der Auswirkungen des Strukturwandels auf die Beschäftigungschancen von Frauen. Hierfür erscheint die Betrachtung der Struktur der Erwerbs- und Berufstätigen einschließlich der langfristigen Veränderungen eher geeignet als die Untersuchung der Erwerbslosigkeit. Die Zahl der bestehenden Beschäftigungsverhältnisse (ca. 4 Millionen) beträgt ein Vielfaches der Arbeitslosenzahl; infolge der häufigen Fluktutation (etwa 900 000 Fälle pro Jahr) lassen sich damit Strukturveränderungen über eine Betrachtung des Beschäftigtenbestandes zu verschiedenen Zeitpunkten gut erkennen.

Tendenziell kürzere Erwerbszeit

Die Zunahme der Erwerbstätigenzahlen kann zwar pauschal auf die Entwicklung der Zahl der im erwerbsfähigen Alter stehenden Personen zurückgeführt werden (demographische Komponente), eine alters- und geschlechtsspezifische Differenzierung ergibt jedoch ein komplexeres Bild. Um die demographische Komponente (unterschiedlich starke Altersjahrgänge zu den betrachteten Zeitpunkten) von der verhaltensbedingten Änderung (geringere oder höhere Erwerbsneigung) zu trennen, wurde in einer Modellrechnung ermittelt, wie hoch die Zahl der Erwerbstätigen 1987 gewesen wäre, wenn altersspezifisch die gleichen Tätigkeitsquoten wie 1970 zur Anwendung kämen. Das Ergebnis dieser "Aufspaltung" ist in Tabelle 2 dargestellt. Danach wurde bei jungen Männern und Frauen im Alter bis zu 25 Jahren die nunmehr wesentlich größere Stärke der Altersjahrgänge durch tendenziell längere Ausbildungszeiten und andere Formen der Nicht-Erwerbstätigkeit weitgehend kompensiert. Die Zahl der Erwerbstätigen im Alter von 55 bis 65 Jahren ging sogar absolut zurück, obwohl die entsprechenden Altersjahrgänge zumindest bei den Männern heute zahlenmäßig stärker vertreten sind als 1970. Lediglich die Frauen im "mittleren" Alter weisen neben einem positiven "demographischen Saldo" auch eine gleichgerichtete verhaltensbedingte Änderung auf, sind also jetzt relativ häufiger erwerbstätig als früher. Über alle Altersgruppen im erwerbsfähigen Alter hinweg gesehen haben die Frauen jedoch gut ein Viertel der wachsenden Stärke der Altersjahrgänge durch freiwilligen oder erzwungenen Verzicht ausgeglichen, d.h. Jüngere und Ältere haben durch den späteren Eintritt in das Berufsleben bzw. das frühere Ausscheiden freiwillig oder gezwungenermaßen

Tabelle 2

Veränderung der Erwerbstätigkeit*) 1970 bis 1987 nach Altersgruppen und Geschlecht

Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren	Erwerbstätige		Veränderung 1987 gegen 1970	Fiktive Berechnung		
	1970	1987		Erwerbstätige 1987 bei Tätigkeitsquoten 1970[1]	Aufspaltung der Veränderung (Spalte 3) in demografisch bedingte | verhaltensbedingte Änderung	
	1000					
	1	2	3	4	5	6
	männlich					
15 – 25	447,4	480,9	+ 33,5	595,2	+ 147,8	– 114,3
25 – 55	1 688,5	1 857,3	+ 168,8	1 969,6	+ 281,1	– 112,3
55 – 65	353,9	292,8	– 61,1	388,7	+ 34,8	– 95,9
15 – 65	2 489,8	2 631,0	+ 141,2	2 953,5	+ 463,7	– 322,5
	weiblich					
15 – 25	389,7	411,7	+ 22,0	504,2	+ 114,5	– 92,5
25 – 55	965,1	1 144,1	+ 179,0	1 073,3	+ 108,2	+ 70,8
55 – 65	191,9	135,6	– 56,3	174,2	– 17,7	– 38,6
15 – 65	1 546,7	1 691,3	+ 144,6	1 751,7	+ 215,0	– 60,4

*) Volkszählungsergebnisse (Wohnortprinzip). – 1) Es wurde unterstellt, daß die aufgeführten Altersgruppen der Wohnbevölkerung 1987 in gleichem relativem Ausmaß wie 1970 erwerbstätig sind (Wohnbevölkerung 1987 multipliziert mit den Erwerbstätigkeitsquoten (5er-Jahres-Gruppen) des Jahres 1970.

die Arbeitslosigkeit gemildert. Bei den Männern wurde die demographische Entwicklung durch eine verringerte Erwerbsbeteiligung zu etwa 70 % kompensiert.

Summa summarum wäre die Zahl der Erwerbstätigen also knapp 400 000 höher, wenn die Bevölkerung des Jahres 1987 in gleichem relativen Ausmaße einer auf Erwerb gerichteten Tätigkeit nachgehen könnte oder würde wie 1970. Hier zeigt sich, daß einer Beurteilung des Arbeitsmarktes anhand der Beschäftigten- bzw. Erwerbstätigenzahlen Grenzen gesetzt sind, da die vielfältigen Anpassungsmaßnahmen wie "Warteschleife" im Ausbildungssystem, Rückzug in die "Stille Reserve" und frühere Verrentung sich in den Beschäftigten- und auch Arbeitslosenzahlen nicht oder höchstens rudimentär niederschlagen. Gleichwohl soll im nachfolgenden Teil die Methode des Bestandsvergleichs angewendet werden, um zumindest qualitative Momente des Arbeitsmarktes zu erfassen.

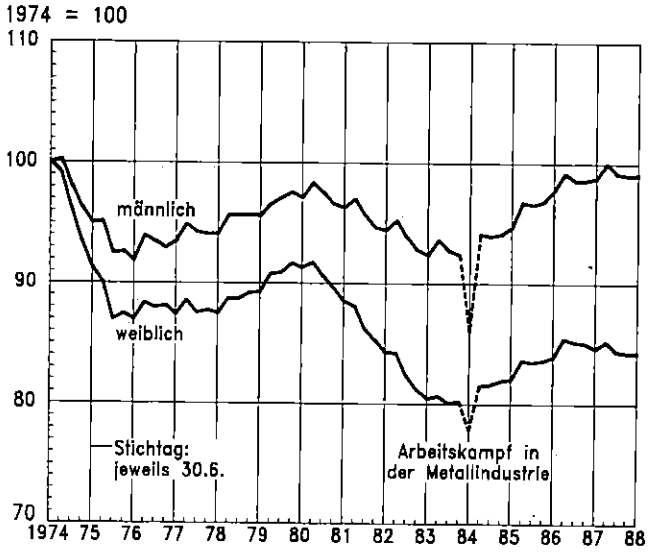
Beschäftigtenabbau im Verarbeitenden Gewerbe uneinheitlich - Frauen stärker betroffen

Für differenzierte Analysen der Arbeitsplatzsituation bietet sich die Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (kurz: Beschäftigtenstatistik) an, die zwar geringfügig Beschäftigte, Selbständige und Beamte nicht erfaßt, aber doch die Erwerbstätigkeit arbeitsortbezogen zu etwa 80 % wiedergibt. Die Beschäftigtenstatistik liegt seit 30.06.1974 quartalsweise vor, weshalb der Strukturvergleich auf einen Zeitraum von 13 Jahren beschränkt werden muß. Bestimmte Merkmale wie Berufsangaben, Ausbildung und Umfang der Beschäftigung wurden sogar erst Ende der 70er Jahre in ihrer vollen Differenzierung erfaßt, so daß in verschiedenen Fällen ein kürzerer Betrachtungszeitraum erzwungen wird.

Nicht nur innerhalb des sekundären Sektors hat das Verarbeitende Gewerbe eine zentrale Stellung, da es auf andere

Schaubild 1

**Index der Beschäftigtenentwicklung *)
im Verarbeitenden Gewerbe
in Baden-Württemberg seit 1974 nach Geschlecht**



*) Quelle: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.
Stichtag: jeweils Quartalsende.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 148 89

Wirtschaftsbereiche in hohem Maße (mittelbar) einwirkt. In dieser Wirtschaftsabteilung ging zwischen 1974 und 1987 die Beschäftigtenzahl um 6 % zurück, wobei die Männer gemessen an der globalen Bestandsveränderung (- 1,2 %) sehr viel weniger betroffen waren als die Frauen (- 15,4 %). Schaubild 1 verdeutlicht, daß insbesondere in den Jahren konjunkturellen Abschwungs wie 1974 bis 1976 und 1981 bis 1983 die weibliche Beschäftigtenzahl relativ stärker abnahm. Andererseits erscheinen die saisonalen Schwankungen bei dieser quartalsweisen Indexdarstellung für die Männer ausgeprägter.

Betrachtet man in Tabelle 3 das Verarbeitende Gewerbe in tiefergehender Gliederung, so fällt auf, daß in allen Branchen mit starken Beschäftigtenabbau die Frauen in überdurchschnittlichem Maße tangiert waren. Beispielsweise fällt in der Textilverarbeitung, der Papiererzeugung und dem Maschinenbau die Reduzierung für das weibliche Geschlecht relativ höher aus als für das männliche. Lediglich beim Druckgewerbe und der Herstellung von Nahrungsmitteln haben die Frauen im Unterschied zu den Männern einen positiven Beschäftigungssaldo zu verzeichnen. Im Druckgewerbe dürfte ihnen hierbei die Umstellung der Satztechnik und daraus resultierende veränderte Tätigkeitsanforderungen (Erfassungs- und Bildschirmarbeit) zugute gekommen sein.

Auf der anderen Seite partizipierten in expandierenden Branchen die Frauen nur unterproportional am Job-Zuwachs, wie die Beispiele der Feinmechanik/Optik oder der Chemischen Industrie zeigen. Es darf dabei ausgeschlossen werden, daß diese geschlechtsspezifischen Unterschiede der Auswirkungen des Strukturwandels innerhalb des Verarbeitenden Gewerbes nur auf unterschiedliche Qualifikationen zurückzuführen sind. Eine berufstypisierende Betrachtung des Verarbeitenden Gewerbes zeigt u.a., daß beispielsweise weibliche Hilfsarbeitertätigkeiten ähnlich wie Warenprüfungs- und Versandtätigkeiten stärker reduziert wurden als entsprechende Tätigkeiten der Männer. Möglicherweise wird die stärkere Fluktation der weiblichen Arbeitnehmer in den Fällen notwendigen Personalabbaus als "natürliches" Mittel entsprechend häufiger dahingehend eingesetzt, daß freiwerdende Stellen nicht mehr besetzt werden. Allerdings weist eine Projektstudie [1] mit durchgeführter Feldforschung darauf hin, daß vor allem einfache Schreibkräfte und Hilfsarbeiterinnen von diesem "sanften Weg des Personalabbaus" betroffen waren, so daß das Ausscheiden auch unter dem Aspekt der Qualifikation zu sehen ist.

In den beiden übrigen Wirtschaftsabteilungen (WA) des sekundären Sektors scheint sich dagegen der Strukturwandel für die Frauen eher positiv auszuwirken. In der Energieversorgung wurde die weibliche Beschäftigung - bei allerdings niedrigem Ausgangsniveau - wesentlich stärker ausgebaut als die

1 Vgl. Wied-Nebbeling, Susanne: "Frauenarbeitsplätze im technologischen Wandel", in: IAW-Mitteilungen Jahrgang 16 No. 3, Seite 115 (Dezember 1988).

Tabelle 3

Veränderung der Beschäftigtenzahlen in ausgewählten Wirtschaftszweigen des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg 1974 bis 1987*)

Wirtschaftssystematische Gliederung	Beschäftigte insgesamt				Darunter weibliche Beschäftigte			
	1974	1987	Veränderung 1987 gegen 1974		1974	1987	Veränderung 1987 gegen 1974	
	Anzahl			%	Anzahl			%
Chemische Industrie	57 970	63 963	+ 5 993	+ 10,3	22 383	23 981	+ 1 598	+ 7,1
Kunststoffverarbeitung	52 411	59 897	+ 7 486	+ 14,3	21 215	21 373	+ 158	+ 0,7
Metallerzeugung und Bearbeitung	139 995	131 116	– 8 879	– 6,3	28 023	26 118	– 1 905	– 6,8
Maschinenbau	223 663	200 189	– 23 474	– 10,5	38 764	31 738	– 7 026	– 18,1
Herstellung von Kfz und -teilen	166 127	197 866	+ 31 739	+ 19,1	26 277	27 248	+ 971	+ 3,7
Herstellung und Reparatur von DV-Anlagen	23 270	25 564	+ 2 294	+ 9,9	6 998	7 040	+ 42	+ 0,6
Elektrotechnik	272 676	261 009	– 11 667	– 4,3	110 385	95 274	– 15 111	– 13,7
Feinmechanik/Optik	52 796	59 377	+ 6 581	+ 12,5	21 940	23 723	+ 1 783	+ 8,1
Herstellung von EBM-Waren	87 750	83 006	– 4 744	– 5,4	30 920	26 781	– 4 139	– 13,4
Papiererzeugung	43 465	37 332	– 6 133	– 14,1	16 720	12 293	– 4 427	– 26,5
Druckerei	46 088	46 000	– 88	– 0,2	15 692	16 679	+ 987	+ 6,3
Textilverarbeitung/Bekleidung	182 195	111 785	– 70 410	– 38,7	127 300	74 858	– 52 442	– 41,2
Herstellung von Nahrungsmitteln	47 687	51 323	+ 3 636	+ 7,6	21 256	25 368	+ 4 112	+ 19,4
nachrichtlich: Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	1 800 742	1 692 176	– 108 566	– 6,0	612 585	518 255	– 94 330	– 15,4

*) Stichtag jeweils 30.Juni.
Quelle: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

männliche. In der WA "Baugewerbe" konnten die Frauen ihren Anteil vergrößern, da sie insbesondere im Ausbaugewerbe von der dort eher steigenden Beschäftigung am meisten profitieren und im Bauhauptgewerbe im Gegensatz zu den Männern kaum Arbeitsplatz-Einbußen hinzunehmen hatten, vor allem wohl deshalb, weil sie an den erheblich reduzierten Hilfsarbeiter-Tätigkeiten im Baugewerbe nur einen sehr geringen Anteil aufweisen. Im Gegensatz zu den fertigungsorientierten Berufen waren die Dienstleistungsberufe von den Schrumpfungstendenzen der Baubranche kaum betroffen; in bestimmten Berufen mit hohem Frauenanteil (Bürokräfte) ist sogar eine leichte Zunahme der Beschäftigung festzustellen. Diese Differenzierung verweist erneut auf die Notwendigkeit der Unterscheidung der Tertiarisierung in funktionaler und in wirtschaftssystematischer Hinsicht, auch wenn letztere aus statistischen Gründen hier bevorzugt dargestellt wird.

Differenzierte Entwicklung im Dienstleistungssektor

Zum Dienstleistungs- oder tertiären Sektor, der in Tabelle 4 aufgefächert wird, rechnen zunächst die Wirtschaftsabteilungen "Handel" und "Verkehr und Nachrichtenübermittlung", in denen nur ein mäßiges Wachstum der Beschäftigung unter überproportionaler Beteiligung des weiblichen Geschlechts festzustellen ist. Innerhalb des Handels haben Lebensmittelsupermärkte ihre Beschäftigtenzahl vervierfacht, was wohl zum Teil auf Kosten des "Sonstigen Einzelhandels" – möglicherweise auch zu Lasten der Warenhäuser – ging. Eine ähnliche Verschiebung hat offenbar zwischen Großhandel (negativer Trend) und Handelsvermittlung (positive Entwicklung) stattgefunden. Im Gegensatz zum Verarbeitenden Gewerbe sind in diesen Sparten die Frauen von Personalreduzierungen weniger betroffen und partizipieren zudem in den expandierenden Handels-

Tabelle 4

Veränderung der Beschäftigtenzahlen in ausgewählten Wirtschaftszweigen des tertiären Sektors in Baden-Württemberg 1974 bis 1987*)

Wirtschaftssystematische Gliederung	Beschäftigte insgesamt				Darunter weibliche Beschäftigte			
	1974	1987	Veränderung 1987 gegen 1974		1974	1987	Veränderung 1987 gegen 1974	
	Anzahl			%	Anzahl			%
Handel	390 892	408 801	+ 17 909	+ 4,6	206 952	228 931	+ 21 979	+ 10,6
Verkehr/Nachrichtenübermittlung	120 100	127 089	+ 6 989	+ 5,8	32 639	37 496	+ 4 857	+ 14,9
darunter								
Speditionsgewerbe	23 344	36 374	+ 13 030	+ 55,8	5 148	8 894	+ 3 746	+ 72,8
Kreditinstitute/Versicherungsgewerbe	111 726	131 321	+ 19 595	+ 17,5	59 304	69 328	+ 10 024	+ 16,9
Dienstleistungen s.a.n.g.	407 146	618 291	+211 145	+ 51,9	274 020	415 760	+141 740	+ 51,7
darunter								
Gaststätten	51 796	71 702	+ 19 906	+ 38,4	33 279	45 867	+ 12 588	+ 37,8
Bildungswesen	55 605	67 793	+ 12 188	+ 21,9	32 090	37 775	+ 5 685	+ 17,7
Kunst/Theater	8 580	11 166	+ 2 586	+ 30,1	3 211	4 389	+ 1 178	+ 36,7
Verlag/Presse	17 198	21 829	+ 4 631	+ 26,9	10 023	12 945	+ 2 922	+ 29,2
Gesundheitswesen	114 664	187 301	+ 72 637	+ 63,4	95 509	153 138	+ 57 629	+ 60,3
Rechts-/Wirtschaftsberatung	20 691	39 760	+ 19 069	+ 92,2	15 104	29 939	+ 14 835	+ 98,2
Architektur	28 425	45 176	+ 16 751	+ 58,9	10 832	16 937	+ 6 105	+ 56,4
Organisationen ohne Erwerbscharakter	37 996	62 243	+ 24 247	+ 63,8	27 191	41 593	+ 14 402	+ 53,0
davon								
Organisationen des Wirtschaftslebens	7 131	9 641	+ 2 510	+ 35,2	4 205	5 688	+ 1 483	+ 35,3
Politische Parteien	11 489	25 590	+ 14 101	+122,7	7 425	15 590	+ 8 165	+110,0
Kirchen	11 841	20 334	+ 8 493	+ 71,7	8 405	14 001	+ 5 596	+ 66,6
Private Haushalte	7 535	6 678	– 857	– 11,4	7 156	6 314	– 842	– 11,8
Gebietskörperschaften	183 529	208 108	+ 24 579	+ 13,4	84 427	106 965	+ 22 538	+ 26,7
Tertiärer Sektor insgesamt	1 251 389	1 555 853	+304 464	+ 24,3	684 533	900 073	+215 540	+ 31,5

*) Stichtag jeweils 30. Juni.

Quelle: Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

formen überdurchschnittlich am Zuwachs. Mögliche Ursachen hierfür könnten im Ausbau der Teilzeitbeschäftigung und dem Abwandern von Männern in Branchen mit höheren Verdienstmöglichkeiten zu suchen sein.

Der erhebliche Beschäftigungszuwachs im Bankgewerbe erfolgte im wesentlichen entsprechend der bisherigen Geschlechterproportion (Frauenanteil ca. 55 %). Dagegen hat die Zahl der im Versicherungsgewerbe tätigen Männer um 5 % zugenommen, während die Zahl der Frauen annähernd gleich blieb (- 0,1 %). Hier scheint sich die These zu bestätigen, daß die Einführung der integrierten Sachbearbeitung eher solche Arbeitsplätze gefährdet, die einfache Schreib- oder Hilfssachbearbeitertätigkeiten erfordern.

Die heterogenste Wirtschaftsabteilung innerhalb des tertiären Sektors ist die der "Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt". Innerhalb dieser Abteilung haben die wirtschaftsnahen Service-Funktionen - insbesondere die Rechts- und Wirtschaftsberatung - am stärksten expandiert. Auch im Gesundheitswesen sind jetzt wesentlich mehr Personen angestellt als Mitte der 70er Jahre; dabei sind für die freiberuflichen Einrichtungen (insbesondere Arztpraxen) höhere Zuwachsraten zu beobachten als für staatliche Krankenhäuser. Die Partizipation der Frauen an der Ausweitung der Beschäftigung in den einzelnen Wirtschaftsgruppen verlief ungefähr proportional zu deren bisherigem Anteil. Bei den angestellten Ärzten und Apothekern haben Frauen sogar ihren Anteil innerhalb eines Jahrzehnts

von 36 auf 40 % erhöhen können, wohingegen die Frauenquote unter den niedergelassenen Ärzten zwischen 1974 und 1984 bei etwa 20 % konstant blieb [2]. Obwohl sich der Anteil der Ärztinnen in Ausbildung und Beruf insgesamt deutlich erhöht hat, verschlechtern sich in den letzten Jahren ihre Berufs- und Arbeitsmarktchancen erheblich.

Bereits heute ist nach Angaben des Marburger Bundes die überwiegende Mehrzahl der arbeitslosen Ärzte weiblich, nahezu ein Drittel aller approbierten Ärztinnen übt den Beruf nicht aus und nur knapp 40 % aller Ärztinnen verfügen über eine abgeschlossene Weiterbildung. Gerade aber der Zugang zur Fort- und Weiterbildung ist der zentrale Ansatzpunkt für die berufliche erfolgreiche Zukunft junger Ärztinnen. Angesichts der wachsenden Probleme auf dem Arbeitsmarkt für Ärzte und des hohen Anteils von Medizinstudentinnen ist zu befürchten, daß sich die Situation in Zukunft noch verschärfen wird.
In der Mehrzahl der Dienstleistungsbranchen veränderte sich in dem betrachteten Zeitraum der Frauenanteil nicht wesentlich, d.h. beide Geschlechter haben entsprechend ihrer bisherigen quantitativen Bedeutung von der Expansion profitiert. Bei den Gebietskörperschaften wuchs die Zahl der angestellten Frauen wesentlich schneller als die der Männer. Hier ist jedoch die Beschäftigtenstatistik zu ergänzen um die Beamten aus der Personalstandserhebung.

Mehr Beamtinnen: Fast ausschließlich im Teilzeitbereich

Unter den in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis beim Land, den Gemeinden bzw. Gemeindeverbänden und Sozialversicherungsträger stehenden Personen ist der Anteil der Frauen innerhalb von 12 Jahren von 26 auf 32 % angestiegen. Betrachtet man jedoch nur die Vollzeitbeschäftigten, so ist dort der Frauenanteil leicht rückläufig, da der Beschäftigungszuwachs für das weibliche Geschlecht (rund 19 000 Personen) fast ausschließlich über zusätzliche Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse erfolgte (vgl. Anhangtabelle 1). In diesem Zusammenhang ist zu beachten, daß die zusätzlichen "part-time-jobs" nicht vollständig auf einem entsprechenden Wahlverhalten beruhen, sondern teilweise ein Resultat der Einstellungsbedingungen im Schuldienst sind. Seit einigen Jahren werden Absolventen der Lehrerausbildungs-Institutionen in der Regel für 5 Jahre lediglich mit einem 3/4-Lehrauftrag im Beamtenverhältnis eingestellt. Auf diese Weise sollen die Einstellungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten von der Zahl der Personen her gesehen erweitert werden. Bei Kenntnis dieser Einstellungsmodalitäten wird auch der hohe Teilzeitanteil unter den Beamten und die -verglichen mit den Angestellten - ungewöhnlich hohe Beteiligung des männlichen Geschlechts an dieser Beschäftigungsform eher verständlich.

Frauen im höheren Dienst unterrepräsentiert

Während in der privaten Wirtschaft etwa 39 % der Erwerbstätigen Frauen sind und diese unter den Angestellten des öffentlichen Dienstes sogar die Mehrheit haben, sind es bei den Beamten insgesamt trotz erheblichen Aufholens nur 32 % und speziell im höheren Dienst nur gut 20 %. In dieser Laufbahngruppe konnten die Frauen ihren Anteil im Gegensatz zum gehobenen und mittleren Dienst nur geringfügig steigern. Betrachtet man nur die Vollbeschäftigten des Höheren Dienstes, so stellt man für den Zeitraum 1974 bis 1986 sogar einen Rückgang hinsichtlich der Zahl der Frauen fest; dafür ist die Zahl der Teilzeitbeschäftigten in dieser Laufbahn sehr stark angestiegen.

Eine Differenzierung innerhalb des höheren Dienstes - immer beschränkt auf Beamte - nach A- und B- (=Spitzen-) Besoldungen zeigt, daß die Repräsentanz der Frauen umso geringer ist, je höher die betrachtete Besoldungsgruppe ist. Unter den Vollbeschäftigten in der Eingangsgruppe A 13 waren 1986 16,6 %

2 Die Zahlen für die niedergelassenen Ärzte beruhen auf Angaben der Ärztekammern im Rahmen der Gesundheitsstatistiken, neuere Daten (nach 1984) liegen nicht vor.

Frauen; in A 16, der höchsten Besoldung in der A-Gruppe, betrug diese Quote 4,0 % (1974: 2,6 %) und in den B-Besoldungen 1,2 % (1974: 0,6 %).

Zur Verbesserung der beruflichen Situation von Frauen im öffentlichen Dienst hat die Landesregierung 1987 "Leitlinien zur Förderung von Frauen im Dienst des Landes Baden-Württemberg" verabschiedet. Der im Rahmen der Umsetzung dieser Leitlinien erhobene Frauenanteil in Führungspositionen ergab für die Jahre 1986 bis 1988 in den obersten Landesbehörden (von der stellvertretenden Referatsleiterin an aufwärts) eine Steigerung von 2,9 % auf 4,6 %. In den nachgeordneten Geschäftsbereichen beträgt der Frauenanteil, wenn man die Hochschulen außer acht läßt, 9,4 %. Auch die zur Umsetzung der Leitlinien geführten Bewerberstatistiken über die Neueinstellung im höheren und im gehobenen Dienst zeigen eine positive Tendenz. Für den höheren Dienst ergibt sich im Jahre 1988 bei den Einstellungen ein Frauenanteil von 22,2 % bei einem Bewerbungsanteil von 30,9 %. Im gehobenen Dienst liegt der Einstellungsanteil der Frauen bei 54 % gegenüber einem Bewerbungsanteil von rd. 53 %.

Mehr Teilzeitbeschäftigte

In Anhang-Tabelle 1 wird bezüglich der Beamten auch sichtbar, daß die Beschäftigung unterhalb der normalen arbeitsvertraglich festgelegten Wochenstundenzahl sich sehr stark ausgeweitet hat. Betrachtet man die der Versicherungspflicht unterliegenden Arbeiter und Angestellten, so stellt man für die Teilzeitbeschäftigten innerhalb eines Jahrzehnts eine Zunahme um knapp 50 % fest, während sich die Zahl der Vollzeitbeschäftigten lediglich um 8 % erhöhte (vgl. Anhangtabelle 2). Dennoch ist in Baden-Württemberg wie im Bundesgebiet nur etwa jeder zehnte versicherungspflichtige Arbeitnehmer nicht vollzeitbeschäftigt. Unter den versicherungspflichtigen Frauen sind nach den - in der Fortschreibung dieses Merkmals möglicherweise nicht ganz aktuellen - Daten der Beschäftigtenstatistik 22 % teilzeitbeschäftigt, nach dem Mikrozensus unter Einschluß der Beamtinnen und Kleinverdienerinnen ca. 30 %. Diese Quote liegt jedoch immer noch unter der in vielen anderen Industrienationen. Dies könnte zum Teil auch an der unzureichenden statistischen Erfassung der geringfügig Beschäftigten liegen, auf die noch näher eingegangen wird.

Bei der Bewertung des Arbeitsmarkts, insbesondere im Blick auf die Zahl der Arbeitsstellen und der Arbeitslosen, herrscht meist eine personenbezogene Betrachtung vor, d.h. die Entwicklung der (individuellen wie kollektiven) Arbeitszeit wird häufig nicht berücksichtigt. Gerade unter geschlechtsspezifischen Vorzeichen erscheint eine solche Differenzierung jedoch angezeigt, da der sich ständig erweiternde Umfang der Teilzeitbeschäftigung zu über 90 % Frauen betrifft. Nimmt man als Näherungswert für die durchschnittliche Arbeitszeit eines Teilzeitbeschäftigten 50 % von der eines Vollbeschäftigten, so beträgt der Zuwachs an Vollzeitäquivalenten innerhalb eines Jahrzehnts für die Frauen nur noch 11 % (7,6 % für die Männer); hingegen ergibt sich bei einer "Kopfbetrachtung" eine (Frauen-)Job-Zuwachsrate von 15,4 %. Diese Steigerung zwischen 1977 und 1987 ist dann doppelt so hoch wie die "männliche" Zuwachsrate (7,7 %) in dem zehnjährigen Zeitraum. Dieses Rechenexempel soll die unterschiedlichen Aspekte bei der Möglichkeit der Bewertung der Berufschancen von Frauen illustrieren.

Obwohl die Teilzeitbeschäftigung sicher auch die Frage nach ihrer Bedeutung in qualitativer Hinsicht aufwirft, scheint ihre erweiterte Inanspruchnahme nach den vorliegenden Daten (siehe Anhangtabelle 2) in hohem Maße sowohl den Wünschen der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmerinnen zu entsprechen. Nicht nur die tatsächliche Besetzung der Arbeitsstellen (sozialversicherungspflichtige Beschäftigung) weist deutlich nach oben; auch die beim Arbeitsamt gemeldeten Stellen werden zunehmend für Teilzeitbeschäftigte angeboten. Waren Ende der 70er Jahre noch etwa 8 % der offenen Stellen für Teilzeitarbeiter vorgesehen, so betrug diese Quote 1988 rund 11 %. Folgt man allgemeinen Umfragen, die auch die in einem Vollzeitarbeitsverhältnis Stehenden einschließen, so scheint der Anteil der an

Teilzeit Interessierten noch wesentlich höher zu sein. Eine unfreiwillige Teilzeitbeschäftigung - sieht man einmal von den Junglehrern im Beamtenverhältnis ab - ist offensichtlich vergleichsweise selten: Im Rahmen der Mikrozensusbefragung 1987 gab nur jede 18. teilzeitbeschäftigte Frau als Grund für die reduzierte Stundenzahl an, eine Vollzeitbeschäftigung sei nicht zu erhalten.

Geringfügige Beschäftigung unterschätzt?

Von der (versicherungspflichtigen) Teilzeitbeschäftigung, die regelmäßig mit mindestens 15 Stunden wöchentlich ausgeübt wird, soll im Rahmen dieses Beitrags die geringfügige, sozialversicherungsfreie Tätigkeit unterschieden werden. Hierzu liegen aus der amtlichen Statistik nur wenige Daten vor; Auswertungen des Mikrozensus legen einen sehr geringen Anteil der geringfügig Beschäftigten an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen (unter 1 %) nahe. Allerdings wird dieses Merkmal bislang nicht explizit erfaßt, sondern kann nur aus anderen Merkmalen abgeleitet werden. Demgegenüber hat ein vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung vergebener Forschungsauftrag[3] gezeigt, daß die quantitative Bedeutung dieser Jobform wesentlich größer ist als bisher angenommen und möglicherweise etwa jeden zehnten Erwerbstätigen betrifft. Von den aufgrund einer Befragung von 33 000 Haushalten im 2. Quartal 1987 ermittelten (geschätzten) 2,3 Millionen geringfügig Beschäftigten in der Bundesrepublik stellen die Hausfrauen mit rund 900 000 die größte Gruppe, eine weitere halbe Million weibliche Personen finden sich unter den Kategorien "Schüler", "Rentner", "Arbeitslose" etc.. Rund 80 % der befragten Frauen gaben als Haupt- oder Nebenmotiv an, sie könnten sich auf diese Weise Extraausgaben leisten; allerdings bejahte jede dritte Frau (zumindest teilweise) die Frage, ob sie diese Tätigkeitsform nur deshalb ausübe, weil sie sonst z.Zt. keine andere Arbeit finde. Eine Benachteiligung der weiblichen Berufschancen muß darin noch nicht gesehen werden, da auch die Männer dieses Motiv ähnlich häufig (relativ) nannten, wenngleich deren absolute Zahl an geringfügig Beschäftigten geringer ist.

Zwar kommt die sozialversicherungsfreie Beschäftigung in vielen Fällen den Wünschen der Jobsuchenden entgegen, doch ist sie unter dem Aspekt der längerfristigen Sicherung - nicht nur wegen der fehlenden Mitgliedschaft in der Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung - als eher bedenklich anzusehen: Nur etwa 17 % der Männer und Frauen konnten einen schriftlichen Arbeitsvertrag vorweisen; in der Regel bestehen nach den Ergebnissen der Befragung nur mündliche Verträge oder sehr vage Absprachen.

Obwohl die BMA-Studie interessante Erkenntnisse liefert, ist sie doch auch auf Kritik gestoßen. Die im Untersuchungsansatz genannte Aspekte erfassen nach Ansicht der Frauenbeauftragten der Länder nur ungenügend die Situation und die Interessen der sozialversicherungsfrei Beschäftigten. Insbesondere waren nach Ansicht der Frauenbeauftragten zusätzlich Fragestellungen nötig im Bereich

- Arbeitsbedingungen
- soziale Lage der Betroffenen
- Motivationsstruktur
- Altersversorgung nicht sozialversicherungspflichtig beschäftigter Arbeitnehmerinnen
- Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze.

Aus der Sicht der Frauenbeauftragten der Länder ist deshalb die Untersuchung des Bundesarbeitsministeriums nicht voll aussagekräftig.

Eine andere Beschäftigungsform mit erhöhtem Risiko der Beendigung stellen die befristeten Arbeitsverhältnisse dar. Deren Anteil ist nach Ergebnissen des Mikrozensus mit 11 bis 12 % (1987) für

---

3 "Sozialversicherungsfreie Beschäftigung", Untersuchung im Auftrag des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung, durchgeführt von ISG Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH; Köln, 1988. Die Veröffentlichung soll in Kürze erfolgen; bislang liegt nur ein BMA-Papier vom 13.01.1989 mit den Hauptergebnissen vor.

beide Geschlechter annähernd gleich hoch. Teilzeitarbeitsverträge sind nach dieser Erhebung seltener befristet als Vollzeitverträge, möglicherweise deshalb, weil sie dem Flexibilisierungs-Bedürfnis des Arbeitgebers schon stärker Rechnung tragen.

Zur Unterstützung der These, daß nicht nur die Arbeitnehmer, sondern auch die Arbeitgeber ein zunehmendes Interesse an Teilzeitarbeit haben, kann auch die rückläufige Entwicklung bei der Arbeitslosenquote der Teilzeit-Arbeitssuchenden angeführt werden, die sich zwischen 1976 und 1988 im Vergleich zur eher steigenden Gesamtquote gegenläufig entwickelt hat (vgl. Anhangtabelle 3, Spalten 5 und 6).

Frauenarbeitslosigkeit höher

Die Gesamtzahl der Arbeitslosen war in der Nachkriegszeit zumindest zwischen Ende der 50er- und Mitte der 60er Jahre relativ unbedeutend. Wie aus der in Anhangtabelle 3 dargestellten langen Reihe entnommen werden kann, ergab sich ab 1967 eine Vervielfachung der absoluten Zahl, wobei Frauen von der Zunahme relativ stärker betroffen waren als Männer. In den letzten 3 Jahren waren im Durchschnitt über 6 % der weiblichen abhängig Erwerbstätigen arbeitslos, von den Männern waren es nur gut 4 %. Im Bundesgebiet liegt das relative Ausmaß der Arbeitslosigkeit zwar wesentlich höher, jedoch ist dort der Abstand zwischen den Geschlechtern seit 1982 geringer als in Baden-Württemberg. Dies könnte auf die dominierende Stellung des Verarbeitenden Gewerbes in unserem Bundesland zurückzuführen sein, obwohl Baden-Württemberg nicht nur einen hohen Anteil von Facharbeitern, sondern auch von ungelernten Arbeitskräften aufweist. Von den sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen sind rund 40 % ohne abgeschlossene Berufsausbildung (Männer 27 %). Somit ist es nicht verwunderlich, wenn unter den arbeitslosen Frauen zum gleichen Stichtag (Ende September 1987) mit 56 % der Anteil der Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung höher ist als bei den Männern (48 %).

Unter den insgesamt 91 000 arbeitslosen Männern und etwa 99 000 arbeitslosen Frauen Ende September 1987 waren jeweils etwa 7 000 Personen mit abgeschlossener Hochschul- (oder Fachhochschul-)ausbildung. Wenn man in Rechnung stellt, daß zum gleichen Zeitpunkt 155 000 (männliche) Akademiker und nur knapp 38 000 Frauen mit abgeschlossener Hochschulausbildung sozialversicherungspflichtig beschäftigt waren, könnte man daraus schließen, daß - unter Einbeziehung der entsprechend ausgebildeten Beamten (vgl. Anhangtabelle 1) - die relative Akademikerarbeitslosigkeit der Frauen etwa dreimal so hoch ist wie die der Männer. Schwerpunkte der Erwerbslosigkeit von Hochschulabsolventinnen finden sich bei ausgebildeten Lehrerinnen, Ärztinnen und Apothekerinnen sowie Sozialpädagoginnen. Nach ersten Ergebnissen der Strukturanalyse 1988 ist innerhalb eines Jahres die Akademikerarbeitslosigkeit weiter gestiegen, allerdings bei den Männern relativ stärker als bei den Frauen.

"Stille Reserve": Insbesondere Rückkehrwillige

Neben den beim Arbeitsamt registrierten "offiziellen" Arbeitslosen besteht noch eine Gruppe von erwerbslosen Personen, die zwar im Grunde arbeiten möchten, die aber wegen der Lage auf dem Arbeitsmarkt die Realisierung dieses Wunsches als aussichtslos ansehen und sich deshalb nicht arbeitslos melden. Es handelt sich dabei überwiegend um Frauen, wie man durch den Vergleich der Erwerbslosen im Mikrozensus und den amtlich registrierten Arbeitslosen feststellen kann. Da aber der Mikrozensus lediglich eine 1 %-Stichprobe der Bevölkerung repräsentiert, sind solche Vergleiche mit Vorsicht zu behandeln. Auffallend ist jedoch, daß in konjunkturellen Aufschwungphasen die Zahl der Beschäftigten in weit stärkerem Maße zunimmt als die registrierte Arbeitslosigkeit abnimmt. Dies kann auch als Hinweis auf das Vorhandensein einer "stillen Reserve" gewertet werden. Eine Befragung von 3 000 nicht erwerbstätigen Frauen im Auftrag des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Herbst 1986 hat gezeigt, daß fast jede fünfte dieser Frauen im Alter von 15 bis unter 60 Jahren zum Befragungszeitpunkt oder in den letzten 12

Monaten davor sich erfolglos um Arbeit bemüht hat[4]. Unter der Voraussetzung, daß die Befragungsergebnisse auch für Baden-Württemberg repräsentativ sind, könnte daraus ein Volumen von ca. 200 000 arbeitssuchenden Frauen in unserem Land abgeleitet werden. Damit wäre die "inoffizielle" weibliche Arbeitslosigkeit ähnlich hoch wie die für Frauen amtlich registrierte. Die IAB-Studie weist auf die Probleme hin, denen Frauen nach einer Unterbrechung bei der Rückkehr in die Arbeitswelt gegenüberstehen. Die am häufigsten genannten Hindernisse waren der Mangel an Arbeitsplätzen - wobei Frauen mit Kindern unter 15 Jahren häufiger das Fehlen von Teilzeitaufgaben beklagten - sowie die "nicht ausreichenden Kinderbetreuungsmöglichkeiten" (bzw. "will Kinder nicht in fremde Hände geben"). In selteneren Fällen wurden auch das Fehlen beruflicher Kenntnisse oder die Überforderung als Hinderungsgrund für die Aufnahme einer Erwerbsarbeit genannt.

Es ist einschränkend darauf hinzuweisen, daß sich die Schwierigkeiten bei der Rückkehr in den Beruf seit 1986 infolge des erweiterten Arbeitsplatzangebots gemildert haben könnten. Auch müssen die Befragungsergebnisse nicht voll auf Baden-Württemberg übertragbar sein, wenngleich das IAB anführt, daß selbst in überdurchschnittlich günstig situierten Arbeitsamtsbezirken noch 17 % der arbeitssuchenden Frauen die Wiedereingliederung als "praktisch unmöglich" beurteilten.

Verschiebungen in der Berufsstruktur

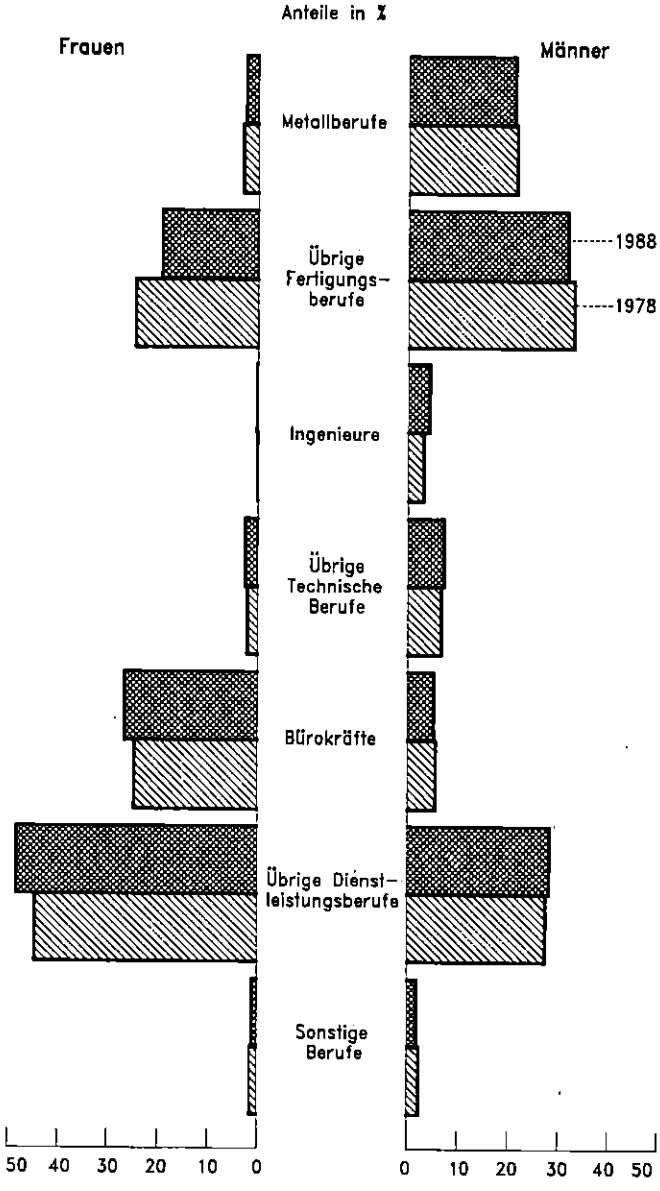
Hebt man bei der Betrachtung der Berufschancen von Frauen nur auf die Veränderungsrate in der wirtschaftssystematischen Zuordnung (Tätigkeit im Dienstleistungsbereich) oder die tertiäre Aktivität (Funktion) ab, so kann sich sehr leicht die Vermutung einstellen, Frauen wären vom Strukturwandel begünstigt. Tatsächlich aber laufen auf dem Arbeitsmarkt sehr viel differenziertere Veränderungsprozesse ab. Zu den Dienstleistungsberufen gehören ebenso die Reinigungsberufe, deren Bedeutung kaum zunimmt, oder die Gesundheitsberufe, die einen enormen Aufschwung genommen haben, wie auch schließlich die große Masse der Verwaltungs- und Büroberufe, die eine recht unterschiedliche Entwicklung durchlaufen. Haben die Frauen in den meisten Fertigungsberufen - insbesondere auf dem Textilsektor - überdurchschnittlich an Arbeitsplätzen eingebüßt, partizipieren sie andererseits an der vermehrten Einstellung in Ausbauberufen wie Raumausstatter, Tischler und Maler stärker als die Männer, wenngleich ihre Repräsentanz in diesen Berufen noch sehr gering ist. Der Beruf des Druckers (einschl. Schriftsetzer) scheint Frauen sehr viel eher zugänglich als früher, nachdem sich sein Berufsbild stärker von der Beherrschung der Produktions- und Satztechnik zur bildschirmorientierten Steuerung und Erfassung verlagert hat.

Innerhalb der Büroberufe verlieren die Hilfstätigkeiten, die ohne abgeschlossene Berufsausbildung auszuüben sind, an Bedeutung, allerdings bei den weiblichen Beschäftigten nicht in gleichem Maße wie beim männlichen Geschlecht. Außerdem ist den Angaben des ausgeübten Berufs in der Beschäftigtenstatistik zu entnehmen, daß feminin geprägte Berufe wie Daten- oder Stenotypistin eine Abnahme verzeichnen. Offenbar führt der wachsende Einsatz der Datenverarbeitung in Verbindung mit gewissen Dezentralisierungstendenzen dazu, daß die stapelweise Erfassung zunehmend durch dialogorientierte Sachbearbeitung unter Einschluß der Textverarbeitung verdrängt wird. Die eigentlichen Datenverarbeitungsfachleute jedoch, deren Zahl rapide zunimmt, sind immer noch eine Domäne der Männer. In noch stärkerem Maße gilt dies für Elektro- und Maschinenbauingenieure, die durch eine exorbitante Stellenvermehrung auffallen und in denen der Frauenanteil - trotz höherer Zuwachsraten - fast noch eine "quantité negligeable" darstellt. Diese Berufe werden, obwohl sie in der Berufsklassifikation zu den technischen Berufen gezählt werden, häufig unter dem Begriff "höherwertige produktionsorientierte Dienstleistungen" subsummiert, da sie

4 Siehe Engelbrecht, Gerhard: "Erfahrungen von Frauen an der 'dritten Schwelle'", in: MittAB 1/1989, S. 100 ff.

Schaubild 2

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Frauen und Männer in Baden-Württemberg am 31.3.1988 und 1978 nach der beruflichen Gliederung



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 144 89

überwiegend im Bereich Forschung und Entwicklung (FuE) eingesetzt sind. Zu den höherwertigen Diensten rechnen neben FuE und EDV auch das Marketing. Unter den Werbefachleuten ist etwa jede(r) vierte eine Frau; die absoluten Zahlen in dieser Berufsordnung sind jedoch relativ gering. Zur näherungsweisen Bestimmung der Marketing-Funktion wird infolgedessen häufig die Zahl der Einzelhandelskaufleute herangezogen. In dieser Berufsordnung stellen die Frauen 40,8 aller Beschäftigten, beim Verkaufspersonal jedoch 82 %. Zwar nahm die Zahl der Verkäuferinnen in den vergangenen Jahren wieder zu, doch gehört dieser Beruf zu den weniger gut bezahlten.

In Schaubild 2 ist die Berufsstruktur etwas vereinfacht dargestellt. Dennoch werden die wesentlichen Unterschiede der Geschlechter wie auch die seit 1978 nicht einheitlich verlaufene Entwicklung sichtbar.

Frau im Mittelstand: Eher assistierend als leitend

Bislang wurden die Repräsentation und die Berufschancen von Frauen meist anhand der abhängigen Beschäftigungsverhältnisse beschrieben. Das liegt zum Teil daran, daß die Zahl der Arbeitnehmer - zumindest soweit sie der Versicherungspflicht unterliegen oder in einem Beamtenverhältnis stehen - durch regelmäßige (Total-)Statistiken besser abgesichert ist als der Umfang der freiberuflichen und selbständigen Tätigkeit. Hierzu lassen sich am besten Aussagen mit Hilfe von Großzählungen machen. Da aber aus der VZ 87 noch keine differenzierten Daten vorliegen, können hier nur die globalen Tendenzen mit Hilfe der Ergebnisse auf Wirtschaftsbereichsebene vermittelt werden.

Schaubild 3 zeigt, daß in allen 4 Wirtschaftsbereichen die Selbständigen überwiegend männlichen Geschlechts sind, am ausgeprägtesten im Produzierenden Gewerbe und in der Landwirtschaft. Da vor allem in der Landwirtschaft ein starker Strukturwandel mit einer erheblichen Freisetzung von Arbeitskräften stattgefunden hat, waren Frauen - weil sehr selten Betriebsinhaberinnen - von diesem Rückgang auch nicht so stark betroffen. In den anderen Wirtschaftsbereichen nahm die Zahl der weiblichen Selbständigen noch stärker zu als die des "starken" Geschlechts. In welchen Branchen dies vor allem geschah, wird anhand der VZ 87 noch näher zu untersuchen sein. Aus der Arbeitsstättenzählung 1987 (AZ 87) liegen zwar bereits Ergebnisse über Arbeitskräfte vor, doch ist nach dieser fallbezogenen (auf Arbeitsstätten abge-

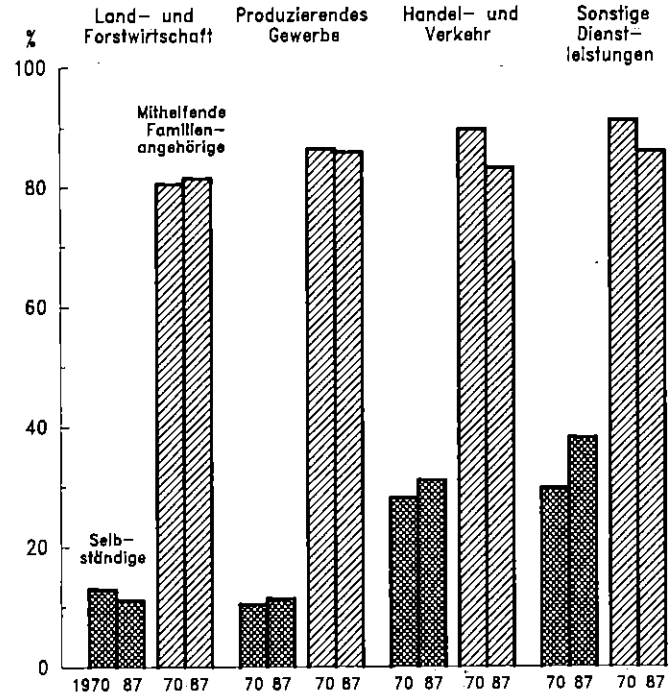
stellten) Erhebung der Frauenanteil unter den Selbständigen etwas höher als nach dem Mikrozensus, möglicherweise wegen einer hinsichtlich des Geschlechts unterschiedlichen Häufigkeit von Doppelzählungen.

Sind unter den Selbständigen also relativ wenige Frauen, so stellen diese andererseits in der Gruppe der im Betrieb "mithelfenden Familienangehörigen" eindeutig die Mehrheit (sechs Siebtel). Dieses Prinzip, daß Frauen im administrativ-leitenden Bereich eher eine assistierende Funktion ausüben, kommt auch in Gesundheitsberufen (mit Ausnahme der Hebamme) zum Tragen. Beispielsweise waren am Jahresende 1987 von 2 815 Apothekenleitern lediglich 1 000 (35,5 %) Frauen, während unter den approbierten Mitarbeitern der Apotheken 81 % dem "schwachen" Geschlecht angehörten.

Aus der Beschäftigtenstatistik ist zu entnehmen, daß unter den (in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis stehenden) Unternehmern, Geschäftsführern und Geschäftsbereichsleitern rund 13 % Frauen sind. In den Spitzenfunktionen des Managements ist die männliche Dominanz noch ausgeprägter; detaillierte Zahlen aus der amtlichen Statistik liegen dazu jedoch nicht vor.

Schaubild 3

Anteil der Frauen an den Selbständigen und Mithelfenden Familienangehörigen in Baden-Württemberg 1970 und 1987 nach Wirtschaftsbereichen



Quelle: Volkszählungsergebnisse.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 142 89

Einkommensunterschiede nicht nur qualifikationsbedingt

Im Rahmen der Beschäftigtenstatistik wird nicht nur die Zahl der Arbeitnehmer am jeweiligen Stichtag erfaßt, sondern auch die sozialversicherungspflichtigen Entgelte im Jahreszeitraum. Der Anteil derjenigen Personen, die 1985 die Beitragsbemessungsgrenze von 64 800 DM erreichten, betrug bei den Männern 11 % und bei den Frauen knapp 2 %; dabei sind Teilzeit- und Saisonbeschäftigte bereits außer acht gelassen. Wegen dieses unterschiedlich hohen Anteils der höheren Entgelte, die ja nur insoweit in die Statistik einfließen, als dafür Beiträge zu zahlen sind, erscheint ein Vergleich der Durchschnittsentgelte problematisch. Trotzdem sei darauf hingewiesen, daß das Durchschnittsentgelt der Männer stets höher ist, gleichgültig ob man nach Alter, Berufsgruppe, Wirtschaftszweig oder Ausbildungsniveau differenziert. Somit dürften die Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern nicht allein auf unterschiedlichen Qualifikationen beruhen. Allenfalls könnte die bereits beschriebene Funktionsdifferenzierung als Erklärungsmoment dienen.

Auch nach der Verdiensterhebung in Industrie und Handel (Anhangtabelle 4) zeigen sich in den vergleichbaren Leistungsgruppen deutliche geschlechtsspezifische Unterschiede. Es ist allerdings denkbar, daß der (jeweils etwa 20- bis 25-prozentige) Mehrverdienst der Männer teilweise auf die zu grobe Einteilung der Leistungsgruppen in der Verdiensterhebung zurückzuführen ist; ebenso könnten unterschiedliche Leistungszulagen und der häufigere Wechsel von Männern in Branchen mit höheren Verdienstmöglichkeiten eine Rolle spielen.

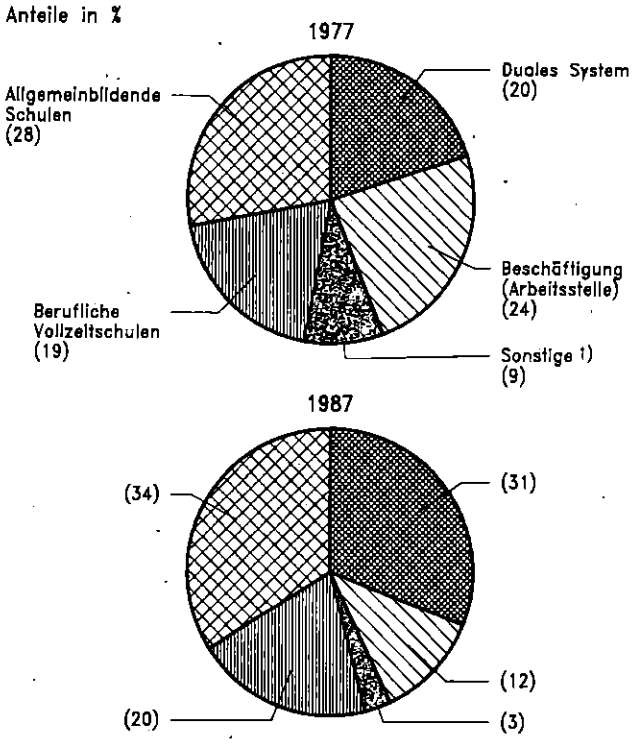
Um die längerfristige Entwicklung der Disparitäten zu beobachten, erscheint eine Indexdarstellung, die mit konstanten Wirtschafts- und Leistungsstrukturen arbeitet, am geeignetsten. Hierbei zeigt sich, daß der durchschnittliche Bruttowochenverdienst der Industriearbeiterinnen zwischen 1980 und 1988 mit 32,7 % stärker gestiegen ist als der ihrer männlichen Kollegen (+ 30 %), während bei den Stundenverdiensten der bisherige prozentuale Abstand zwischen den Geschlechtern in etwa erhalten blieb. Dagegen liegen beim Verdienstzuwachs der kaufmännischen Angestellten die Männer mit 35,6 % vor den Frauen (+ 32,1 %).

Änderungen im Ausbildungsverhalten

Da zwischen Qualifikation und Einkommen ein sehr ausgeprägter Zusammenhang besteht, könnte längerfristig ein Abbau der Einkommensunterschiede zwischen den Geschlechtern durch das unzweifelhaft gestiegene Ausbildungsniveau der Mädchen erfolgen. Diese verlassen die allgemeinbildenden Schulen seltener als die Jungens ohne Hauptschulabschluß und sind bei den mittleren Abschlüssen deutlich überrepräsentiert. In Schaubild 4 wird der Wandel des Bildungsverhaltens in den für die Berufswahl entscheidenden Jahrgängen der 16- bis unter 19-jährigen Mädchen sichtbar: Innerhalb eines Jahrzehnts stieg der Anteil derjenigen, die eine allgemeinbildende Vollzeitschule besuchen, von 28 % auf 34 %, bezüglich der beruflichen Vollzeitschulen von 19 % auf 20 %. Am deutlichsten fällt die veränderte Einstellung hinsichtlich des dualen Systems mit einer Quotensteigerung von 20 auf 31 %.

Schaubild 4

Verteilung der 16- bis 18jährigen Frauen auf Bildung und Beschäftigung in Baden-Württemberg 1977 und 1987 *)



*) Stichtage jeweils in der 2. Jahreshälfte, Anteile teilweise geschätzt. – 1) Insbesondere: Studium, Arbeitslosigkeit, Sonderlehrgänge.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 146 89

Gleichzeitig wird jedoch auch sichtbar, daß 1977 noch nahezu jedes vierte Mädchen (24 %) dieser Altersgruppe schon eine Arbeitsstelle hatte, während dies 1987 nur noch auf 12 % zutraf. Dies dürfte vor allem daher rühren, daß der Besuch einer zweijährigen, zur Fachschulreife führenden Berufsfachschule im Unterschied zu früher meist nicht mehr ausreicht, um direkt ins Berufsleben wechseln zu können. Nimmt man in einer Querschnittsbetrachtung die Schulabgänger von allgemeinbildenden Schulen des Jahres 1987 und vergleicht sie mit den neueingetretenen Berufsschülern (mit Ausbildungsvertrag) im Herbst dieses Jahres, so stellt man für die Absolventinnen mit Fachschulreife eine hohe Übergangsquote (annähernd 78 %) in eine betriebliche Ausbildung fest; diese Quote hat sich gegenüber 1978 (33 %) mehr als verdoppelt.

Von den Absolventinnen der allgemeinbildenden Schulen beginnen etwa zwei Drittel eine Lehre; 1978 strebte nur etwa die Hälfte aller Mädchen eine Ausbildung im dualen System an. In allen Abschlußniveaus liegt die Übergangsquote in die Berufsausbildung höher als vor einem Jahrzehnt; relativ am stärksten ist sie bei den Abgängerinnen mit Hochschulreife gestiegen. Nunmehr wählt etwa jede dritte Abiturientin eine betriebliche Ausbildung, teilweise als Alternative, teilweise als Vorbereitung zum Studium.

Die tatsächliche Übergangsquote in das duale System vernachlässigt jedoch diejenigen Mädchen, die sich zwar um ei-

nen Ausbildungsplatz bewerben, aber bei ihrer Suche nicht erfolgreich sind. In den vergangenen Jahren ist zwar die Zahl der unversorgten Bewerber um Lehrstellen zurückgegangen, das weibliche Geschlecht hatte aber an dieser von der Arbeitsverwaltung zum Abschluß jeden Beratungsjahres ausgewiesenen Gruppe den Hauptanteil (ca. 60 %, allerdings mit sinkender Tendenz).

Trotz des nicht zu bestreitenden Werts einer Berufsausbildung scheint doch die bedeutsamere Frage zu sein, welcher Ausbildungsberuf ergriffen wird. Dies wird insbesondere dann einsichtig, wenn man die Berufschancen nach Abschluß der Lehre untersucht. Für die Absolventen des Jahres 1984 ermittelte das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), daß 42 % der jungen Damen (32 % der Männer) am Jahresende 1984 nicht mehr im Ausbildungsbetrieb waren; 19 % bzw. 24 % hatten zu diesem Zeitpunkt schon den Ausbildungsberuf gewechselt.[5] Eine hohe Fluktuation ist insbesondere im (feminin dominierten) Friseurberuf zu erkennen, wo mehr als die Hälfte der Absolvent(inn)en noch im Abschlußjahr den Ausbildungsbetrieb verließ (oder verlassen mußte) und etwa jede(r) vierte den Beruf wechselte. Dennoch steht Friseurin immer noch mit an der Spitze der von Mädchen gewünschten Berufe.

Neigung zu gewerblich-technischen Berufen noch gering

In den vergangenen Jahren wurde von verschiedenen Stellen der verstärkte Zugang von Mädchen in gewerblich-technische Berufe propagiert. Dies geschah wohl zum Teil wegen des sich abzeichnenden Facharbeitermangels in bestimmten Berufen, zum Teil wohl auch aus dem Interesse heraus, die längerfristigen Berufschancen von Frauen zu verbessern. In den vergangenen 10 Jahren wurde dieses Ziel auch mit Einschränkungen erreicht (vgl. Tabelle 5). Der Anteil der weiblichen Lehrlinge in den gewerblichen Ausbildungsberufen der Industrie erhöhte sich von 11,6 % auf 15,3 %, wobei allerdings traditionelle Vorstellungen von der Reservierung körperlicher Arbeiten für das männliche Geschlecht immer noch eine Rolle zu spielen scheinen: Ein Großteil des Zuwachses konzentriert sich auf eher büroorientierte Berufe wie "Technische Zeichnerin" und "Bauzeichnerin", deren Attraktivität für männliche Bewerber möglicherweise nachläßt. Auch unter den handwerklichen Berufen (Ausbildungsanteil der Mädchen ca. 20 %) spielen traditionelle Rollenbilder offensichtlich noch eine Rolle, da mehr als die Hälfte der weiblichen Beteiligung an diesen Berufen auf die "Friseurin" entfällt. Gerade dieser Ausbildungsberuf, in dem über 90 % der Lehrlinge weiblichen Geschlechts sind, gilt als Beruf mit erhöhtem Arbeitsmarktrisiko, ebenso wie "Sprechstundenhelfer(in)" und "Apothekenhelfer(in)".[6] Die beiden letztgenannten Lehrberufe sind zu über 99 % in weiblicher Hand.

Problematisch erscheint weiter, daß die jungen Frauen auch in den lediglich zweijährigen Ausbildungsgängen wie Verkäufer(in) und Bürogehilf(e)in 80 % bzw. 99 % - bei den Fachverkäufer-(inne)n im Nahrungsmittelhandwerk 98 % - des Nachwuchses stellen. Hingegen dürfte es als positiv zu werten sein, daß die Mädchen an den verstärkten Ausbildungsanstrengungen des Bankgewerbes angemessen (zu mehr als der Hälfte) partizipiert haben, da der Beruf des Bankkaufmanns (-frau) gegenwärtig ein geringes Arbeitsmarktrisiko aufweist.

Nachdem bei der Wahl der Berufsausbildung teilweise der längerfristige Arbeitskräftebedarf nicht ausreichend reflektiert wird, kommt der beruflichen Weiterbildung umso größere Bedeutung zu. Jedoch haben sich nach Erhebungen

---

5 Vgl. BeitrAB 42.9, Seite 38 ff. sowie IAB-Kurzbericht "Regionalisierte Daten über Mobilität nach Abschluß der betrieblichen Berufsausbildung" vom 15.06.1987.

6 Vgl. Berufsbildungsbericht 1988, herausgegeben vom Bundesminister für Bildung und Wissenschaft, Bonn 1988, Seite 12. An dieser Stelle werden Untersuchungen des IAB und des BIBB zitiert.

Tabelle 5

Auszubildende in ausgewählten Bereichen und Ausbildungsberufen in Baden-Württemberg 1977 und 1987 nach Geschlecht

Berufsgruppe Ausbildungsberuf[1]	1977		1987	
	insgesamt	darunter weiblich	insgesamt	darunter weiblich
Industrie und Handel				
a) Gewerbliche Ausbildungsberufe	45 498	5 270	62 537	9 539
Metalltechnik	30 184	1 866	37 628	3 430
Technischer Zeichner	2 190	1 241	2 613	1 870
Elektrotechnik	6 371	53	10 445	369
Bau, Steine, Erden	2 268	780	3 078	1 229
Bauzeichner	1 569	778	1 695	1 217
Chemie (Physik, Biologie)	1 280	501	2 779	975
Chemielaborant	723	355	961	575
Kunststofformgeber	152	1	600	39
Papier, Druck	1 576	199	3 081	1 078
Drucker	493	3	837	58
Schriftsetzer	357	50	584	363
Druckvorlagenhersteller	230	89	558	331
Leder, Textil, Bekleidung	2 482	1 810	3 167	2 229
Nahrung und Genuß	169	2	289	40
b) Kaufmännische Ausbildungsberufe	55 696	34 322	79 488	52 602
Industriekaufmann	9 778	5 344	12 449	8 341
Einzelhandelskaufmann	5 359	3 490	6 112	4 141
Großhandelskaufmann	5 926	2 403	7 832	3 720
Verkäufer	9 358	7 477	8 296	6 599
Bankkaufmann	6 156	3 188	9 849	5 075
Versicherungskaufmann	1 003	370	1 772	693
Bürogehilfe	2 007	2 004	3 917	3 887
Bürokaufmann	4 148	3 389	7 186	5 881
Handwerk				
a) Handwerkliche Ausbildungsberufe	65 051	9 957	70 877	14 094
Bau und Ausbau	11 198	71	12 004	540
Metall	28 971	176	30 954	675
Bekleidung, Textil, Leder	1 766	1 014	1 720	1 070
Nahrungsmittel	7 759	424	8 397	1 790
Gesundheits- und Körperpflege	10 110	7 909	11 262	9 078
Friseur	7 480	7 030	8 208	7 490
b) Kaufmännische Ausbildungsberufe	5 042	4 416	10 612	9 831
Fachverkäufer	.	.	7 968	7 824
Bürokaufmann	.	.	2 644	2 007

1) Zur Vereinfachung wird nur die männliche Form der Bezeichnung der (ausgewählten) Ausbildungsberufe verwendet.

des IAB und des Bundesinstituts für Berufsbildung (BIBB) unter den Erwerbstätigen mit abgeschlossener betrieblicher Berufsausbildung 19,1 % der Männer, aber nur 5,5 % der Frauen weiterqualifiziert.[7]

Wie bei den dualen Ausbildungsgängen sind auch bezüglich der akademischen Bildung Probleme der Fachrichtungswahl aus geschlechtsspezifischer Sicht festzustellen. Während die jungen Frauen in den risikobehafteten Studiengängen der Geisteswissenschaften etwa zwei Drittel aller Studierenden stellen, beträgt ihr Anteil in den Naturwissenschaften weniger als ein Drittel, in den Ingenieurwissenschaften nur knapp 12 %. Inso-

7 Vgl. Berufsbildungsbericht 1988, Übersicht 45, Seite 65 (Zahlen für das Bundesgebiet, 1985/86).

fern ist die bereits beschriebene (verglichen mit den Männern) hohe Akademikerinnen-Arbeitslosigkeit eher zu verstehen.

Längerfristige Perspektiven

In den nächsten Jahren dürfte die Erwerbsneigung der Frauen insgesamt und im Vergleich zu den Männern weiter zunehmen. Diese Erwartung kann nicht nur allein aus dem vergangenheitsbezogenen Trend erklärt werden, sondern auch aus dem sich abzeichnenden Steigen des weiblichen Bildungsniveaus, das sich in der veränderten Struktur der Ausbildungsgänge manifestiert. Aus statistischen Quellen läßt sich eindeutig belegen, daß die Erwerbstätigkeitsquote und das Ausbildungsniveau positiv korrelieren (je höher der Ausbildungslevel, desto höher auch die Erwerbsneigung). Zwar muß sich die wachsende Erwerbsneigung auch am Arbeitsmarkt behaupten, d.h. es müssen entsprechende Arbeitsplätze vorhanden sein. Jedoch ist auch zu berücksichtigen, daß sich die Nachfrage nach Arbeitsplätzen oft ein eigenes Angebot schafft, beispielsweise durch die Übernahme einer selbständigen oder geringfügigen Tätigkeit. Was den gesamtgesellschaftlichen Bedarf an zusätzlichen Arbeitsplätzen bis zum Jahre 2000 anbetrifft, so wird dieser nach den Vorausschätzungen des IAB/Prognos-Modells vor allem in den unternehmensbezogenen Dienstleistungen erwartet. Hierin sind die Frauen bislang im Unterschied zu den humanbezogenen Dienstleistungen nicht so stark vertreten; es ist aber denkbar, daß sie aufgrund ihres steigenden Ausbildungsniveaus überproportional am Zuwachs partizipieren können. Welchen Stellenwert stark von Frauen geprägte Bereiche wie das Bildungs- oder das Gesundheitswesen künftig haben werden, ist zwar offen, doch wird allgemein mit wachsendem Angebot von Arbeitsplätzen in diesen "Branchen" gerechnet. Gesundheits- und Altenpflege dürfen allein schon aus demographischen Gründen (zunehmender Anteil älterer Menschen) expandieren, was sicher vor allem weiblichen Arbeitssuchenden zugute kommen würde. Andererseits werden beispielsweise in den Bereichen "Handel" und "Verkehr" kaum zusätzliche Arbeitsplätze erwartet. Im Produzierenden Gewerbe werden in den nächsten Jahren per saldo Arbeitsplätze eher abgebaut; es ist nicht auszuschließen, daß Frauen hiervon überdurchschnittlich tangiert werden, da sie in den "qualifizierten" Berufen innerhalb dieses Wirtschaftsbereichs schwach und in schrumpfenden Branchen wie z.B. der Textilindustrie stark vertreten sind.

Eine Prognose des künftigen Arbeitskräftebedarfs in funktionaler Gliederung läßt erwarten, daß sich im leitenden bzw. dispositiven Bereich die derzeitige Geschlechterrelation von 5 : 1 zugunsten der Frau verschieben wird, auch wenn die Männer sicherlich mehr als die Hälfte der zusätzlichen Funktionsstellen erhalten werden. In der ebenfalls expandierenden Forschung ist wegen der geringen Repräsentanz der Frauen ein rasches "Aufholen" schwer möglich, zumal ein geändertes Ausbildungsverhalten in Form einer dezidierten Wahl naturwissenschaftlich-technischer Ausbildungs- und Studiengänge kaum zu erkennen ist.

Für die zukünftige Entwicklung sind demnach eine Vielzahl von Faktoren bestimmend: Neben dem Verhalten der Frauen selbst beeinflussen auch institutionelle und gesellschaftliche Rahmenbedingungen die Berufschancen. Das Streben nach Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kinderbetreuung mag unter familienpolitischen Aspekten noch vereinzelt als Nachteil gesehen werden; aus der Sicht der Arbeitgeber könnte jedoch ein verändertes Frauenleitbild, falls es sich durchsetzen sollte, dazu führen, daß kapitalintensive und zukunftsträchtige Ausbildungen verstärkt Frauen angeboten werden. Offensichtlich spielen bei der Qualifizierung von Arbeitnehmern bislang Unterstellungen über eine kürzere Berufsdauer der Frau und - damit verbunden - über eine unzureichende Amortisation der Qualifikationskosten eine Rolle.[8] Vor diesem

8 Siehe hierzu: "Vom Nutzen weiblicher Lohnarbeit" in Band 3 der Reihe "Alltag und Biografie von Mädchen" (S. 176/177), herausgegeben von der Sachverständigenkommission 6. Jugendbericht.

Hintergrund sind auch die Bemühungen um eine gezielte Förderung von Frauen im Umgang mit Computern zu sehen. Die traditionelle Verteilung der qualifizierten und weniger qualifizierten Arbeitsplätze soll auf diese Weise zugunsten weiblicher Erwerbstätiger geändert werden. Auch die Chancen, daß Frauen vermehrt in leitende Funktionen berufen werden, könnten bei einer Modifikation der Einstellung gegenüber der erwarteten Erwerbstätigkeitsperiode der Frau erhöht werden.

Zusammenfassung

- Rein quantitativ gesehen erscheinen die Frauen vom Strukturwandel der Wirtschaft begünstigt, da sie überwiegend im Dienstleistungsgewerbe tätig sind bzw. "tertiäre" Funktionen ausüben. Unter qualitativen Aspekten muß diese These jedoch stark relativiert werden.

- Die Erwerbsbeteiligung der Frauen im mittleren Alter hat in den vergangenen 15 bis 20 Jahren zugenommen, während die Jüngeren und Älteren durch späteren Berufseintritt und frühere Beendigung der Erwerbstätigkeit einen Teil der demographisch entstandenen Belastung des Arbeitsmarkts (höhere Zahl von Personen im erwerbsfähigen Alter) ausgeglichen haben. Über alle Altersgruppen hinweg betrachtet nahm die weibliche Erwerbstätigkeit stärker zu als die männliche, wozu die erhöhte Tätigkeitsquote von Frauen mit Kindern erheblich beigetragen hat.

- Im Verarbeitenden Gewerbe wurde zwischen 1974 und 1987 die Beschäftigung von Frauen stärker abgebaut als die von Männern. In prosperierenden Branchen profitierten die Männer in stärkerem Maße vom Beschäftigungszuwachs.

- Innerhalb des Dienstleistungs(=tertiären) Sektors haben wirtschaftsnahe Dienstleistungen am stärksten expandiert; die Beschäftigungszunahmen kamen in den meisten Wirtschaftszweigen beiden Geschlechtern in ähnlichem Ausmaße zugute.

- Obwohl der Frauenanteil im öffentlichen Dienst steigend ist, sind die Beamtinnen insbesondere in den Spitzenbesoldungen gering vertreten.

- Der öffentliche Dienst nimmt bei der (realisierten) Teilzeitbeschäftigung eine Spitzenstellung ein. Die Beschäftigung unterhalb der Normalarbeitszeit findet aber auch in der privaten Wirtschaft zunehmend Verbreitung und scheint in hohem Maß sowohl von den Arbeitgebern als auch von den Arbeitnehmern (zu über 90 % weiblich) gewünscht zu sein.

- In den geringfügigen (sozialversicherungsfreien) Tätigkeiten sind Frauen überrepräsentiert. Zum Teil nehmen sie diese Beschäftigungsform nur an, weil sie eine umfangreichere Tätigkeit nicht bekommen.

- Die Arbeitslosigkeit ist bei den Frauen - abgesehen von den Teilzeitarbeitssuchenden - höher als bei den Männern. Am ausgeprägtesten ist dieser Unterschied bei der Akademikerarbeitslosigkeit.

- Neben der offiziellen (registrierten) Arbeitslosigkeit besteht noch eine verdeckte Erwerbslosigkeit, über die zwar nur Schätzungen existieren, die aber offensichtlich vor allem Frauen betrifft.

- Büroberufe sind durch einen hohen Feminisierungsgrad und starken Wandel des Berufsbildes gekennzeichnet. Unter Arbeitsmarktgesichtspunkten erscheint es als Nachteil, daß Frauen in den "höherwertigen" (produktionsorientierten) Dienstleistungen wie EDV und Forschung/Entwicklung nur schwach vertreten sind.

- Qualitative Differenzierungen zeigen sich auch im Mittelstand: Während unter den Selbständigen nur jeder vierte eine Frau ist, trifft dies auf sechs Siebtel der im Betrieb mithelfenden Familienangehörigen zu. Unter den niedergelassenen Ärzten und Apothekern stellen Frauen eine Minderheit (ein Fünftel bzw. ein Drittel) dar, während ihr Anteil an den in diesen Berufen abhängig Tätigen wesentlich höher ist.

- Die Einkommensunterschiede von vollbeschäftigten Männern und Frauen sind offensichtlich nicht nur qualifikationsbedingt. Eine Angleichung zu gleicher Entlohnung in vergleichbaren Gruppen kann nach den vorliegenden statistischen Unterlagen kaum festgestellt werden.

- Mädchen erreichen heute im Schulwesen ein höheres Bildungsniveau als Jungen, sie studieren jedoch weniger häufig und sind in gewerblich-technischen Berufen immer noch schwach vertreten.

5. Sozialordnung

Die Rentenversicherung im Rahmen des Gesamtsystems der Sozialen Sicherung

1. Allgemeine Aspekte zum Rentensystem

Die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) - von ihrem Umverteilungsvolumen her gesehen der bedeutendste Zweig des sozialen Sicherungssystems - hat neben Maßnahmen zur Erhaltung, Besserung und Wiederherstellung der Erwerbsfähigkeit (Rehabilitation) insbesondere die Zahlung von Renten zu leisten. Die Bedeutung der gesetzlichen Rentenversicherung wird deutlich, wenn man sie im Zusammenhang mit der Gesamtheit sozialer Institutionen betrachtet. Im Jahre 1986 wurden nach dem Sozialbudget für die gesetzliche Rentenversicherung insgesamt 179,6 Mrd. DM aufgewandt. Gemessen an den Sozialbudgetausgaben desselben Jahres in Höhe von 603,8 Mrd. DM war dies mit 29,7 % die weitaus bedeutendste Leistung im sozialen Spektrum. Die gesamtwirtschaftliche Relevanz der gesetzlichen Rentenversicherung läßt sich veranschaulichen, wenn man bedenkt, daß durch sie über 9,2 % des Bruttosozialproduktes umverteilt wird, während es für das gesamte Sozialbudget 31,0 % sind.

Die Mehrheit der Leistungen der GRV werden im Umlageverfahren finanziert. Dies bedeutet, daß die Einnahmen eines Jahres in Form von Beiträgen der Versicherten und Arbeitgeber zur Finanzierung der laufenden Renten eingesetzt werden. Darüber hinaus wird ein Bundeszuschuß zur Finanzierung geleistet. Ein solches Finanzierungsverfahren beruht von seiner Grundstruktur her auf einer starken Abhängigkeit der Leistungsfähigkeit der Rentenversicherung von der wirtschaftlichen Entwicklung, die vor allem die zentralen Finanzierungsindikatoren vorgibt. Hierzu gehören die Einkommensentwicklung der Versicherten und der Beschäftigungsstand. Die wirtschaftliche Situation wirkt dabei auf die Finanzlage der gesetzlichen Rentenversicherung in mehrfacher Hinsicht ein. So sind mit Arbeitslosigkeit nicht nur Beitragsausfälle und damit Mindereinnahmen verbunden, als Folge von Arbeitslosigkeit verstärkt sich zudem der Zugang an vorzeitigen Altersruhegeldern und Invaliditätsrenten.

Neben strukturellen Leistungsverbesserungen infolge des Rentenreformgesetzes von 1972 und der Rechtsprechung haben die gestiegenen Rentenzahlen während der siebziger und achtziger Jahre zu finanziellen Engpässen in der Rentenversicherung geführt. Als Indikatoren für die angespannte Finanzlage kann der Rückgang der Rücklagen der Rentenversicherung in Form der Schwankungsreserve von 9,4 Monatsausgaben im Jahr 1973 auf nunmehr unter 2 Monatsausgaben angesehen werden. Bedenklich ist diese Entwicklung zusätzlich dadurch, daß diese ungünstige Liquiditätslage in den achtziger Jahren mit einer Zeit zusammenfällt, die eigentlich eine gewisse demographische Entlastung mit sich brachte, bevor nach 1995 dieser Trend dramatisch umschlägt.

Es wird somit deutlich, daß die Rentenversicherungsproblematik stets unter zwei Gesichtspunkten gesehen werden muß: einer kurzfristigen Betrachtungsweise unter den Bedingungen der aktuellen ökonomischen Lage und einem langfristigen Aspekt unter den Voraussetzungen der zukünftigen demo-ökonomischen Situation. In den letzten Jahren wurden dem Thema der Auswirkungen zukünftiger ökonomischer und demographischer Entwicklungen auf die Rentenversicherung viele Gutachten, Stellung-

Übersicht 1

Die Rentenarten im System der gesetzlichen Rentenversicherung der Bundesrepublik Deutschland

1	**Versichertenrenten**
1.1	→ Frührenten
1.1.1	→ Berufsunfähigkeitsrente
1.1.1.1	Berufsunfähigkeitsrente ohne/nach knappschaftlich versicherungspflichtiger Beschäftigung (→ Berufsunfähigkeitsrente, → Knappschaftsrente)
1.1.1.2	Berufsunfähigkeitsrente bei knappschaftlich versicherungspflichtiger Beschäftigung (→ Knappschaftsrente)
1.1.1.3	Rente wegen verminderter bergmännischer Berufsfähigkeit (→ Bergmannsrente)
1.1.2	→ Erwerbsunfähigkeitsrenten
1.1.2.1	Erwerbsunfähigkeitsrente (60 Monate Wartezeit)
1.1.2.2	Erwerbsunfähigkeitsrente (240 Monate Wartezeit)
1.2	Versichertenrente wegen Vollendung des 50. Lebensjahres (→ Bergmannsrente)
1.3	→ Erziehungsrenten
1.3.1	kleinere Erziehungsrente
1.3.2	kleine Erziehungsrente
1.3.3	große Erziehungsrente
1.4	→ Altersruhegelder (→ Knappschaftsruhegeld)
1.4.1	vorzeitige Altersruhegelder bei Vollendung des 60. Lebensjahres
1.4.1.1	– und Arbeitslosigkeit
1.4.1.2	– an weibliche Versicherte
1.4.1.3	– und Erfüllung der besonderen Wartezeit
1.4.2	vorgezogene (flexible) Altersruhegelder
1.4.2.1	– bei Vollendung des 60. Lebensjahres und Schwerbehinderung oder Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit
1.4.2.2	– bei Vollendung des 63. Lebensjahres
1.4.3	normales Altersruhegeld bei Vollendung des 65. Lebensjahres
1.4.4	hinausgeschobenes Altersruhegeld nach Vollendung des 65. Lebensjahres
2.	**→ Hinterbliebenenrenten**
2.1	→ Witwen-/Witwerrenten
2.1.1	kleine Witwen-/Witwerrente
2.1.2	große Witwen-/Witwerrente
2.1.3	→ Scheidungsrente
2.1.3.1	berechnet aus der kleinen Witwen-/Witwerrente
2.1.3.2	berechnet aus der großen Witwen-/Witwerrente
2.2	→ Waisenrenten
2.2.1	Halbwaisenrente
2.2.2	Vollwaisenrente

nahmen und wissenschaftliche Analysen gewidmet. Viele der darin aufgezeigten Gesichtspunkte haben direkten und mittelbaren Eingang in das Rentenreformkonzept der Bundesregierung gefunden, das von einem breiten Konsens der Parteien getragen wird. Ähnlich wie bei den Reformen in anderen Sozialbereichen, etwa der gesetzlichen Krankenversicherung, wurden dagegen regionale Aspekte von Umverteilungswirkungen der Sozialleistungsträger nicht oder nur am Rande vermerkt, obwohl neuere wissenschaftliche Untersuchungen den Sozialleistungssystemen auch eine eminente regionale Wirkungsdimension zusprechen. Daher setzt sich die folgende Analyse zum Ziel, einen Beitrag zur Untersuchung von regionalen Disparitäten und Effekten in der gesetzlichen Alterssicherung zu leisten.

2. Die Systematik der Rentenarten

Die hier dargestellten Renten beziehen sich auf den Gesamtbestand aller auswertbaren Rentenfälle. Dies bedeutet, daß hier sowohl der Rentenbestand an Normalrenten neuen Rechts, als auch Renten des alten Rechts, das heißt des Rechts vor 1957 enthalten sind. Ebenfalls zum Gesamtbestand gehören die Vertragsrenten, soweit es sich um Inlandsrenten handelt, sowie Bonus-/Malusrenten aus einem Versorgungsausgleichsverfahren. Die Renten in der gesetzlichen Rentenversicherung unterteilen sich grundsätzlich in zwei Kategorien: Renten an Versicherte und solche an Hinterbliebene (Übersicht 1). Versicherte in der gesetzlichen Rentenversicherung erhalten ihre Rente nach Erreichen der Altersgrenze, wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit oder Erziehungsrente. Die Versichertenrenten gliedern sich in ein breites Spektrum von Rentenarten. Als Frührenten werden die Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten zusammengefaßt. Die Voraussetzungen für den Bezug einer Berufsunfähigkeitsrente sind

- eine Erfüllung der Wartezeit von 60 Monaten Versicherungszeit
- Minderung der Erwerbsfähigkeit in Folge von Krankheit und ähnlichem auf weniger als die Hälfte eines gesunden Versicherten mit ähnlicher Ausbildung

- die Belegung von 36 Kalendermonaten mit Beiträgen für eine rentenversicherungspflichtige Beschäftigung oder Tätigkeit innerhalb der letzten fünf Kalenderjahre vor Eintritt des Versicherungsfalles.

Die Voraussetzungen für den Bezug einer Erwerbsunfähigkeitsrente sind

- die Erfüllung der Wartezeit von 60 (bzw. 240) Monaten Versicherungszeit
- eine Erwerbstätigkeit kann mit gewisser Regelmäßigkeit infolge von Krankheit und ähnlichem nicht mehr ausgeübt werden
- die Belegung von 36 Kalendermonaten mit Beiträgen für eine rentenversicherungspflichtige Beschäftigung oder Tätigkeit innerhalb der letzten fünf Kalenderjahre vor Eintritt des Versicherungsfalles.

Der weitaus größere Anteil der Versichertenrenten wird in Form von Altersruhegeldern gewährt. Das System der flexiblen Altersrente unterscheidet dabei verschiedene Wartezeiten und soziale Tatbestände wie Arbeitslosigkeit und Schwerbehinderung. Daneben ist auch eine spezifische Frauenregelung zu unterscheiden. Einen Überblick über die Altersgrenzen der Altersruhegelder gibt Übersicht 2. Danach setzt die Gewährung des flexiblen Altersruhegeldes im wesentlichen die Vollendung des 60. oder 63. Lebensjahres sowie die Erfüllung der Wartezeit voraus. Für die Erfüllung der Wartezeit werden grundsätzlich nur Beitrags-, Kindererziehungs- und Ersatzzeiten (Zeiten des Kriegsdienstes, der Gefangenschaft, der Verfolgung, der Vertreibung), das heißt sogenannte Versicherungszeiten berücksichtigt. Anrechnungsfähig für die Versicherungsjahre sind darüber hinaus bei Altersruhegeldern die Ausfallzeiten (Zeiten der Krankheit, der Rehabilitation, der Arbeitslosigkeit, der Ausbildung). Ausfallzeiten werden jedoch nur angerechnet, wenn die Halbbelegung gegeben ist. Diese ist erfüllt, wenn mindestens 60 Pflichtmonate zurückgelegt sind und mindestens die Hälfte der Zeit seit der ersten Beitragsleistung bis zum Versicherungsfall mit Pflichtbeiträgen belegt ist. Die Gewährung des vorgezogenen Altersruhegeldes wegen Arbeitslosigkeit bei Vollendung des 60. Lebensjahres setzt neben der Erfüllung der Wartezeit, eine Arbeitslosigkeit von 52 Wochen innerhalb der letzten 1 1/2 Jahre voraus. Darüber hinaus muß während der letzten 10 Jahre für mindestens 8 Jahre eine rentenversicherungspflichtige Beschäftigung oder Tätigkeit ausgeübt worden sein. Um Benachteiligungen der Frauen im Rentenversicherungssystem, die vor allem durch die Halbbelegung auftreten, abzumildern, gibt es eine spezifische Frauenregelung mit dem Renteneintrittsalter von 60 Jahren bei der Erfüllung der Wartezeit (Beitrags- und Ersatzzeiten) von 180 Monaten bei wenigstens 121 Pflichtbeiträgen in den letzten 20 Jahren. Alle anderen Personengruppen, die nicht in die genannten Kategorien fallen, unterliegen dem normalen Altersruhegeld bei 65 Jahren, für das als einzige Bedingung die Erfüllung der Wartezeit von 60 Kalendermonaten (Beitrags- und Ersatzzeiten) als Versicherungszeit Voraussetzung ist. Anrechnungsfähig für die Rente sind auch die vorhandenen Ausfallzeiten. Als eine weitere selbständige

Übersicht 2

Die Altersgrenzen und ihre Voraussetzungen im System der Altersruhegelder bei der gesetzlichen Rentenversicherung

Personengruppe	Altersgruppe	Voraussetzungen
Alle Versicherten	65	Versicherungszeit (Beitrags- und Ersatzzeiten) 60 Kalendermonate
Alle Versicherten	63	35 Versicherungsjahre, davon eine Versicherungszeit (Beitrags- und Ersatzzeiten) von 180 Kalendermonaten
Schwerbehinderte, Berufs- oder Erwerbsunfähige	60	
Arbeitslose	60	Versicherungszeit (Beitrags- und Ersatzzeiten) 180 Kalendermonate und Zeiten einer Arbeitslosigkeit von 52 Wochen innerhalb der letzten eineinhalb Jahre. In den letzten zehn Jahren muß mindestens acht Jahre eine rentenversicherungspflichtige Beschäftigung ausgeübt worden sein. Der Zehnjahreszeitraum verlängert sich um Ausfallzeiten, z.B. Zeiten der Arbeitslosigkeit oder Krankheit, Ersatzzeiten und Rentenbezugszeiten, auch wenn diese Zeiten bei der Ermittlung der Versicherungsjahre nicht anrechenbar sein sollten.
Frauen	60	Versicherungszeit (Beitrags- und Ersatzzeiten) 180 Kalendermonate bei wenigstens 121 Pflichtbeiträgen in den letzten 20 Jahren.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 238 89

Kategorie innerhalb der Versichertenrenten ist die Erziehungsrente zu nennen. Ihr kommt quantitativ nur eine untergeordnete Bedeutung zu. Diese Rentenart wird an unverheiratete frühere Ehegatten bei Scheidung einer Ehe nach dem 30. Juni 1977 gewährt, wenn der frühere Ehegatte verstorben ist, der berechtigte Ehegatte vor dessen Tod eine Versicherungszeit von 60 Monaten zurückgelegt hat und wegen Kindererziehung eine Erwerbstätigkeit oder Beschäftigung über einen bestimmten Umfang hinaus nicht ausüben kann.

Die zweite große Kategorie von Rentenarten neben den Versichertenrenten sind die Hinterbliebenenrenten. Sie unterteilen sich ihrerseits in Witwen-/Witwerrenten und Waisenrenten. Nach dem bis zum 31. Dezember 1985 geltenden Recht erhielt nach dem Tode des versicherten Ehemanns seine Witwe Witwenrente, nach dem Tod der versicherten Ehefrau erhielt der Witwer dagegen nur dann eine Witwerrente, wenn die Verstorbene den Unterhalt der Familie überwiegend bestritten hatte. Das Bundesverfassungsgericht mit Spruch vom 12. März 1975 sah darin den Grundsatz der Gleichberechtigung von Mann und Frau in der Hinterbliebenenversorgung verletzt, so daß eine Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung unumgänglich war. Seit dem 1. Januar 1986 wird auf die Witwen-/Witwerrente Erwerbs- oder Erwerbsersatzeinkommen (abzüglich eines Freibetrags) angerechnet. Die Rentenhöhe der Hinterbliebenenrente beträgt nach dem neuen Recht für Witwen und Witwer, die das 45. Lebensjahr vollendet haben, ebenso wie nach dem alten Recht sechs Zehntel der Rente, die dem verstorbenen Ehegatten bei Erwerbsunfähigkeit zugestanden hätte (große Witwen-/Witwerrente). Ist die Bedingung der großen Witwenrente nicht gegeben, so wird die kleine Witwen-/Witwerrente gezahlt, die sich an sechs Zehntel der Berufsunfähigkeitsrente (ohne eventuelle Zurechnungszeit) des verstorbenen Versicherten orientiert. Im Gegensatz zum alten Recht ist auf die Hinterbliebenenrente eigenes Einkommen soweit es einen bestimmten Freibetrag überschreitet, teilweise anzurechnen. Ist zu berücksichtigendes Einkommen vorhanden, so werden die Bruttobeträge des Einkommens zunächst in Nettobeträge umgerechnet. Dazu werden Pauschalwerte in Ansatz gebracht, die je nach der Art des Einkommens unterschiedlich hoch sind. Bei dem so ermittelten Nettoeinkommen wird dann ein Freibetrag abgezogen. Er beträgt 3,3 % der aktuellen allgemeinen Bemessungsgrundlage. Damit ist der Freibetrag dynamisch ausgerichtet. Im Falle von waisenrentenberechtigten Kindern erhöht sich der Freibetrag für jedes Kind um einen Betrag in Höhe von 0,7 % der allgemeinen Bemessungsgrundlage. Übersteigt der Nettobetrag des zu berücksichtigenden Einkommens den Freibetrag, so wird der Anrechnungsbetrag festgestellt, der sich auf 40 % des Betrages beläuft, um den das Nettoeinkommen den Freibetrag überschreitet. Dieser Betrag wird schließlich von der Hinterbliebenenrente abgezogen. Schließlich sind im Hinterbliebenenbereich noch die Waisenrenten zu betrachten. Waisenrenten werden an Kinder nach dem Tod eines Versicherten bis zu deren Vollendung des 18. Lebensjahres, bei Ausbildung unter bestimmten Voraussetzungen darüberhinaus bis zum 25. bzw. 27. Lebensjahr bezahlt.

3. Die Datensituation in der gesetzlichen Rentenversicherung auf Landesebene

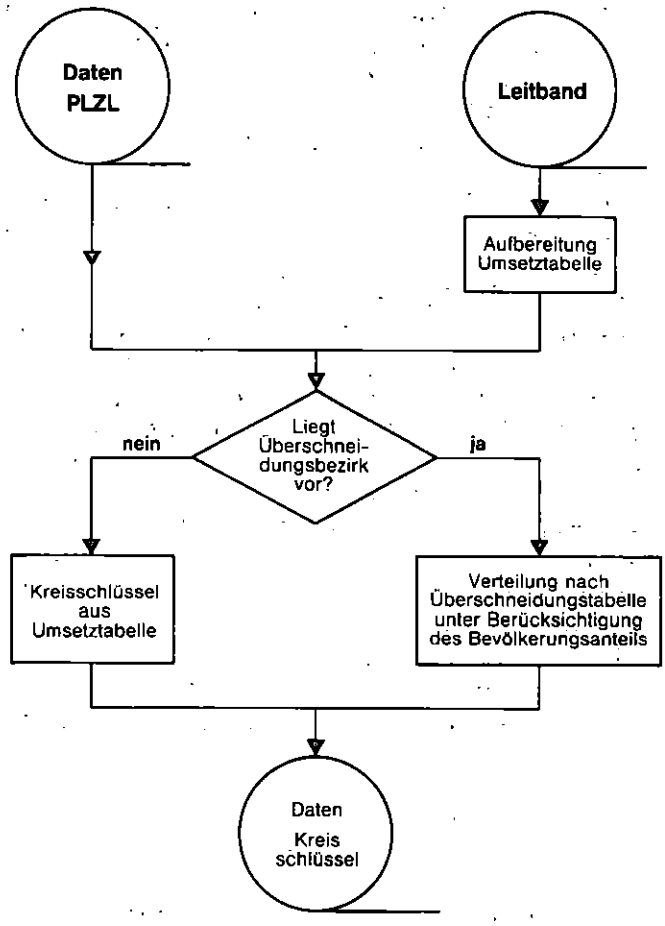
Die Datenlage bezüglich der Nachweisungen der gesetzlichen Rentenversicherung waren auf Länderebene bisher unbefriedigend. Daten über Versicherte, über Leistungsfälle von Renten und Rehabilitationsmaßnahmen und über Finanzen existierten nur für die beiden Landesversicherungsanstalten Baden und Württemberg, die in diversen Veröffentlichungsbänden des Verbands Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) und des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung (BMA) sowie den Geschäftsberichten der Anstalten selbst präsentiert wurden. Dieser Erfassungsrahmen umfaßte zum 1.1.1989 lediglich einen Rentenbestand in Baden-Württemberg von 58,75 % der heute insgesamt 1.983.685 Renten über alle drei Zweige der gesetzlichen Rentenversicherung. Nicht enthalten in diesen Daten sind insbesondere die Nachweisungen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte, die Bundesbahnversicherungs-Anstalt, die Seekasse mit

ihren Abteilungen Arbeiterrentenversicherung und Angestelltenversicherung sowie die Knappschaftliche Rentenversicherung. Da die Bundesbahnversicherungs-Anstalt und ein Teil der Seekasse der Arbeiterrentenversicherung zugeordnet sind, war selbst für diesen Zweig ein Nachweis nur möglich, soweit er sich auf die beiden Landesversicherungsanstalten bezog. Erst der § 79 des 4. Buches des Sozialgesetzbuchs (SGB) vom 23. Dezember 1976, in dem die Erstellung von Statistiken der Sozialversicherungsträger sowie deren Vorlage bei den zuständigen Verbänden und die Weiterleitung an den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung sowie die obersten Verwaltungsbehörden der Länder angeordnet wurde, schuf die rechtlichen Voraussetzungen ordnungsgemäß regionalisierte Daten auch für die zentralarbeitenden Rentenversicherungsträger zu erhalten. Technisch wurden die Daten für Baden-Württemberg und dessen vier Regierungsbezirke vom Verband deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) regionalisiert und als Arbeitstabellen an das Statistische Landesamt übermittelt.

Die nunmehr vorliegenden Rentenbestandsdaten zum 1.1.1989 umfassen erstmals den gesamten Rentenbestand der gesetzlichen Rentenversicherung in Baden-Württemberg. Dabei sind alle Datensätze nur für Inlandsrenten ausgezählt, wobei die Postleitzahl als Regionalkennzeichen dient. Als Bestandteil der Anschrift des Versicherten muß sie nicht gesondert erfaßt werden, jedoch ergeben sich Überschneidungsbereiche bei der Umsetzung der Postleitzahl-Regionen in den Kreisschlüssel der amtlichen Statistik. In Überschneidungsbezirken, in denen sich die Postleitzahlbereiche auf mehrere Kreise verteilen, erfolgt eine Abgrenzung der Versicherten nach dem jeweiligen Bevölkerungsanteil (Übersicht 3). Bei diesem Verfahren kann davon ausgegangen werden, daß eine hinreichende Genauigkeit auf der Ebene der Raumordnungsregionen erreicht wird. Nach verschiedenen Ankündigungen des VDR ist vorgesehen, künftig ein umfangreiches Konzept einer kontinuierlichen Regionalberichterstattung aufzubauen, das für das Bundesgebiet auf der Ebene der Regierungsbezirke ansetzen soll und die fachlichen Bereiche: Pflichtversicherte, Rehabilitation, Rentenzugang und Rentenbestand umfaßt. In diese Richtung fügen sich auch neuere Veröffentlichungen des größten nichtregionalen Versicherungsträgers, der Bundesanstalt für Angestellte, die den regionalen Rentenbestand zum Inhalt haben.

Übersicht 3

Verfahrensschema der Umsetzung vom Postleitzahl- in den amtlichen Kreisschlüssel



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 240 89

4. Regionalwirkungen von Sozialleistungssystemen allgemein und der gesetzlichen Rentenversicherung speziell

Untersuchungen zu Wechselwirkungen von Sozialversicherungssystemen und Raumordnungspolitik stehen heute erst am Anfang. Obwohl sich hier noch eine Reihe von Mißverständnissen ergeben, treten Umverteilungsprozesse und staat-

liche Ausgaben unter dem Stichwort der regionalen Lebensbedingungen zunehmend in den Mittelpunkt regionalpolitischer Betrachtung. Ausgleichs- und Sicherungsanliegen im sozialen Bereich sind nicht mehr reduziert auf individuelle Versorgungslagen. Die Wirkungen unseres Sozialsystems müssen in einem weiteren Rahmen gesehen werden. In diesem Sinne setzt sich die Erkenntnis durch, daß personale Inzidenz von Sozialausgaben automatisch auch immer zu einer regionalen Inzidenz führt. Dies folgt unmittelbar aus den sozio-ökonomisch unterschiedlichen Raumstrukturen, wie sie sich auch in den administrativen Raumgliederungen der Länder, der Regierungsbezirke und der Regionen niederschlagen. Gleichwohl steht die Raumwirksamkeit der Sozialleistungssysteme oder speziell der Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung nicht im Mittelpunkt regionalökonomischer Betrachtungen, da die Sozialleistungen von ihrem Wesen regional ungezielte Ausgaben darstellen, die im Hinblick auf ihren Distributionsprozeß keinen regional-ökonomischen Kriterien unterworfen sind. Dessen ungeachtet weisen sie doch eine hohe regionalpolitische Bedeutung auf, weil (1) die sozialpolitischen Tatbestände (z.B. Altersstruktur der Bevölkerung) regional nicht gleichmäßig verteilt sind und (2) die Ausgabenvolumen im sozialen Bereich allgemein und in der Rentenversicherung speziell gesamtwirtschaftlich betrachtet von außerordentlicher Bedeutung sind. Verschiedene Regionalpolitiker gehen daher inzwischen davon aus, daß die klassischen regionalpolitisch motivierten Ausgaben im Rahmen der regionalen Aktionsprogramme von den regional wirksamen, jedoch ungezielten Sozialausgaben weit dominiert werden. Dies führt dazu, daß in bestimmten Fällen, die Masse der ungezielten Sozialausgaben die regionalpolitischen Effekte der gezielten Ausgaben überkompensieren.

Das gilt nicht zuletzt für die Renten- und Rehabilitationsaufwendungen der gesetzlichen Rentenversicherung, da

Tabelle 1

Indikatoren der Arbeiterrentenversicherung*) nach Bundesländern

Indikator	Einheit	Bundesgebiet	Schleswig-Holstein	Hamburg	Niedersachsen/ Bremen	Nordrhein-Westfalen	Hessen
Beitragszahler insgesamt[1]	1000	12 212	469	276	1 505	3 016	1 008
Anteil der Pflichtmitglieder[2]	%	82,4	78,6	79,7	81,6	83,2	82,9
Versichertenrenten insgesamt[3]	1000	5 746	223	205	728	1 461	450
Anteil der Frührenten[4]	%	23,9	18,3	19,9	23,2	27,1	22,7
Beitragszahler je Rentenfall							
Männer[5]	Anzahl	3,5	3,6	2,2	3,5	3,5	3,8
Frauen[6]	Anzahl	1,1	1,0	0,7	1,0	0,9	1,1
Beitragseinnahmen[7] je Beitragszahler	DM	5 657	4 378	11 567	5 278	5 978	5 427
Rentenausgaben[8] je Beitragszahler	DM	6 949	5 378	14 208	6 484	7 344	6 666
Rentenausgaben[8] je Rentenfall	DM	14 769	11 333	19 102	13 393	15 160	14 925

*) Arbeiterrentenversicherung ohne Bundesbahnversicherungs-Anstalt und Seekasse AR. - 1) Beitragszahler am Jahresende 1987. samt. – 3) Versichertenrenten am 1.1.1988. – 4) Anteil der Frührenten (einschließlich Erziehungsrenten) an Versichertenrenten (Männer). – 6) Beitragszahler (Frauen) je Versichertenrente (Frauen). – 7) Pflichtbeiträge, freiwillige Beiträge und Höherver- unmittelbar gezahlte Renten, sonstige Rentenleistungen.

Quellen: a) VDR Statistik Band 80: Rentenbestand am 1. Januar 1988. – b) VDR Statistik Band 83: Pflichtversicherte 1986/87. in der Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1986 (herausgegeben vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung).

durch sie in einem gewissen Ausmaß die räumliche Verteilung von Dienstleistungs- und Wohnstätten beeinflußt wird. Allein die Tatsache, daß aufgrund von Altenwanderungen zum Beispiel aus den ökologisch und sozialstrukturell belasteten Ballungsräumen in die ländlichen Alterssitzregionen Finanzströme regional umgeleitet werden, ergibt sich durch die Rentenversicherung angesichts der Umverteilungsvolumen ein signifikanter Einfluß auf regionale Standorteigenschaft über die Höhe des verfügbaren Einkommens und seiner konsumtiven Verwendung durch die Rentnerhaushalte. Dies bedeutet aber, daß in Zeiten stagnierenden ökonomischen Wachstums mehr als in Prosperitätsperioden das gesamte Sozialleistungssystem und darunter speziell die gesetzliche Rentenversicherung verstärkt die regionalen Nachfrage- und Produktionsstrukturen beeinflußt.

In Tabelle 1 lassen sich die länderspezifischen Strukturen in der Arbeiterrentenversicherung nachvollziehen.

Rheinland-Pfalz	Baden-Württemberg	Bayern	Saarland	Berlin (West)
737	2 033	2 594	190	384
81,7	83,6	82,3	81,7	80,6
337	838	1 221	71	212
26,7	20,9	24,5	33,6	16,1
3,2	4,2	3,3	3,7	3,7
1,1	1,2	1,2	1,5	0,9
4 649	6 814	4 649	4 967	5 494
5 710	8 370	5 710	6 101	6 748
12 493	20 298	12 137	16 459	12 221

– 2) Anteil der Pflichtversicherten an Beitragszahlern insge-
insgesamt. – 5) Beitragszahler (Männer) je Versichertenrente
sicherungsbeiträge, sonstige Beiträge. – 8) Durch die Post und

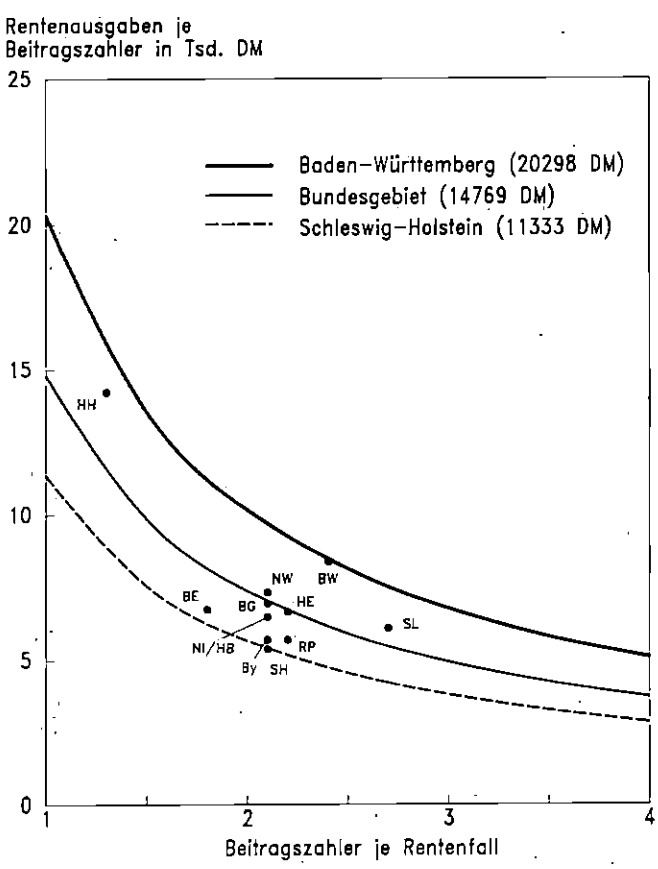
– c) Die Rentenversicherung der Arbeiter und der Angestellten

Hierbei sind bereits erhebliche Disparitäten festzustellen. So streut der Anteil der Pflichtmitglieder an den Beitragszahlern zwischen den Bundesländern von 78,6 % in Schleswig-Holstein und 83,6 % in Baden-Württemberg. Einen ähnlich hohen Anteil wie Baden-Württemberg weist Nordrhein-Westfalen auf. Der Anteil der Pflichtmitglieder an den Beitragszahlern ist deshalb interessant, weil er den entscheidenden Versichertenstamm im Hinblick auf die Aufkommenssituation der Rentenversicherung darstellt. Insbesondere in den Ländern mit hohem Industriebesatz wie Nordrhein- Westfalen und Baden-Württemberg ist die Pflichtmitgliederquote hoch, in den norddeutschen, mehr ländlich strukturierten Ländern Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie im dienstleistungsgeprägten Hamburg und Berlin sind niedrigere Quoten zu finden. Das dürfte seinen Grund darin finden, daß die potentiell freiwilligen Versicherten wie Beamte und Landwirte dort im Verhältnis zur Zahl der Arbeitnehmer in höherer relativer Häufigkeit zu finden sind. Es dürfte aber auch die Höhe der Arbeitslosenquote mit hineinspielen, wobei ein negativer trendmäßiger Zusammenhang zwischen Pflichtversicherten- und Arbeitslosenquote zu unterstellen ist. Welche Rolle die Personen mit Beiträgen zur Höherversicherung spielen, kann aufgrund der vorliegenden Daten nicht beurteilt werden. Diese, den einkommensstarken Schichten zuzurechnenden Personen sehen in der Höherversicherung eine Möglichkeit ihrer privaten Vermögensbildung.

Ein weiterer breitstreuender Indikator ist die Quote der Frührenten an den Versichertenrenten insgesamt. Sie bewegt sich zwischen 16,1 % in Schleswig-Holstein und 33,6 % im Saarland. Auch hier stehen wirtschaftsstrukturelle und arbeitsmarktbedingte Faktoren im Vordergrund. Überdurchschnittlich hohe Frührentnerquoten weisen die altindustrialisierten Länder mit Schwerpunkt Grundstoffindustrie auf. Nordrhein-Westfalen und das Saarland geben hier das Beispiel ab. Unterdurchschnittliche Quoten sind dagegen in den städtischen Gebieten Hamburgs und Berlins aber auch in Baden-Württemberg zu finden. Die Frage, inwiefern eine unterschiedliche Handhabung in den Anerken-

Schaubild 1

Indifferenzkurven zur Bestimmung der Rentenausgaben je Rentenfall der Arbeiterrentenversicherung in den Bundesländern



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 251 89

nungsverfahren sich in den Zahlen niederschlägt, kann aus den globalen Daten nicht herausgelesen werden.

Von hoher Bedeutung für den Ausgleich von Finanzierung und Leistung dürfte der Indikator "Beitragszahler je Rentenfall" sein. Dieser Indikator wird in seiner räumlichen Ausprägung neben einer langfristigen demographischen Tendenz aktuell entscheidend von ökonomischen Faktoren geprägt, die auf die Zahl der Beitragszahler Einfluß nehmen. Hierbei kommen insbesondere die Höhe der Arbeitslosigkeit sowie die Intensität von Wanderungen Erwerbstätiger in Frage. Der Nenner des Quotienten wird ausschließlich von demographischen Faktoren beeinflußt, wobei auch hier Altenwanderungen eine Bedeutung zukommt. Einen hohen, günstigen Wert erreicht hier Baden-Württemberg bei den Männern mit 4,2 Beitragszahlern je Rentenfall, der niedrigste Wert läßt sich für Hamburg mit 2,2 Beitragszahlern je Rentenfall ermitteln. Bei den Frauen liegen die Verhältnisse entsprechend. Eine Reihe von Bundesländern liegt hier in etwa im Bundesdurchschnitt. Interessant ist hier der Städtevergleich zwischen Hamburg und Berlin, wonach Berlin mit 3,7 Beitragszahlern je Rentenfall besser steht als Hamburg mit 2,2, was wohl auf die Pendlerströme im Hamburger Raum zurückzuführen ist, die die Zahl der Beitragszahler in Hamburg selbst stark mindern und in Schleswig-Holstein entsprechend erhöhen. Schließlich schlägt sich in diesem Versichertenindikator für die Arbeiterrentenversicherung auch die Tendenz nieder, wie stark sich in räumlicher Differenzierung der Wandel von der Arbeiterrentenversicherung in die Angestelltenversicherung vollzieht.

Schließlich lassen sich noch finanzielle Indikatoren betrachten, die sich auf die Einnahmen- und Ausgabensituation beziehen. Zur Interpretation dieser Daten ist jedoch eine grundsätzliche Anmerkung zu machen. In ihrem Rahmen ist zu beachten, daß die hier aufgeführten Finanzindikatoren nicht die eigentlichen Leistungen für die Rentenfälle in Baden-Württemberg wiedergeben, sondern daß hier die Finanzdaten der Landesversicherungsanstalten vor Umverteilung durch das Gemeinlastverfahren angegeben werden. Die Betrachtungsebene bezieht sich also nicht auf die Rentenleistungen der Rentenfälle an deren Wohnsitzen, sondern auf die gesamtwirtschaftliche Aufbringungs- und Leistungskraft der Landesversicherungsanstalten. Die Beitragskraft der Beitragszahler unterliegt zunächst erheblichen Disparitäten. In Hamburg entfallen durchschnittlich Beiträge auf einen Beitragszahler in Höhe von 11 567 DM, im angrenzenden Schleswig-Holstein nur in Höhe von 4 378 DM pro Jahr. Baden-Württemberg weist mit 6 814 DM im Vergleich zum Bund eine überdurchschnittliche Beitragskraft auf und liegt bei den Flächenländern an erster Stelle. Betrachtet man die Beitragspositionen im Zusammenhang mit den Ausgabenpositionen, so läßt sich aus Schaubild 1 genauere Auskunft gewinnen. Hier sind auf der Senkrechten (Ordinate) die Rentenausgaben je Beitragszahler und auf der Waagerechten (Abszisse) die

Beitragszahler je Rentenfall aufgetragen. Der Abstand der Kurven vom Nullpunkt ergibt die Höhe der Rentenausgaben je Rentenfall. Die Daten zeigen, daß die Höhe der Rentenausgaben je Rentenfall, also die Leistungskraft, nach oben von Baden-Württemberg und nach unten von Schleswig-Holstein begrenzt wird. Weiterhin läßt sich nachweisen, daß die Rentenleistungskraft unterschiedlich von den Faktoren: Rentenausgaben je Beitragszahler (Finanzkraft) und dem Verhältnis der Beitragszahler zu den Rentenfällen (Versichertenverhältnis) abhängt. Baden-Württembergs Stellung ist sowohl einer hohen Finanzkraft als auch einem günstigen Beitragszahler/Rentenfälle-Verhältnis zuzuschreiben. Bayern und Schleswig-Holstein dagegen belegen Gegenpositionen. Die geringe Leistungskraft Berlins ist vor allem auf ein schlechtes Beitragszahler/Rentenfälle-Verhältnis zurückzuführen. Hamburg spielt, wie bei der gesamten Indikatorenlage bisher beobachtet, auch hier eine Sonderrolle, die in einer extrem hohen Ausprägung der Finanzkraft besteht, die allerdings weitgehend durch ein schlechtes Beitragszahler/Rentenfälle-Verhältnis im Hinblick auf die Leistungskraft kompensiert wird. Hierin drücken sich wiederum die städtischen Pendlerstrukturen aus.

Die Zugangsrenten in regionaler Sicht

Im folgenden sei eine weitere regionale Betrachtungsweise der Rentenleistungen dargestellt, die sich von der vorigen Betrachtung grundsätzlich unterscheidet. Die Daten, welche sich hier auf die Regierungsbezirke im Bundesgebiet beziehen, geben die Zugangsrenten nach der Umverteilung durch das Gemeinlastverfahren wieder, also die durchschnittlichen Rentenleistungen je Rentenfall, wie sie die Empfänger an ihren Wohnsitzen erreichen (Schaubild 2). Die Rangfolgen der Zugangsrenten pro Kopf, die für die Arbeiterrentenversicherung und die Angestelltenversicherung getrennt dargestellt werden, sind dabei nicht das Ergebnis aktueller ökonomischer oder demographischer Entwicklungen wie in der obigen Betrachtungsweise der Indikatoren, sondern ausschließlich das Resultat der bis zu vierzig Jahre zurückliegenden Erwerbsbiographien der dahinterstehenden Rentenfälle. Diese Erwerbsbiographien werden dabei entscheidend bestimmt durch die Dauer und Kontinuität der Erwerbstätigkeit sowie der Höhe der dabei erzielten Verdienste. In der Rangfolge der Pro-Kopf-Zugangsrenten spiegelt sich somit die vergangene Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte in den Regierungsbezirken seit den fünfziger Jahren wieder.

Ist man sich der regionalen Relevanz der Sozialleistungsströme bewußt, so stellt sich die Frage nach einer möglichen regionalpolitischen Beurteilung derselben. Somit rückt der parafiskalische Bereich sozialer Umverteilung in das Blickfeld raumordnerischer Überlegungen, wobei speziell im Rentenbereich regionale Kaufkraftaspekte, im Rehabilitationsbereich aber auch Gesichtspunkte der Dienstleistungsproduktion im Mittelpunkt stehen. Um bei diesen Problemen zu weiteren Erkenntnissen zu gelangen, sind daher Verbesserungen der Datenbasis, insbesondere länderspezifische Nachweisungen der sozialen Umverteilungsströme erforderlich.

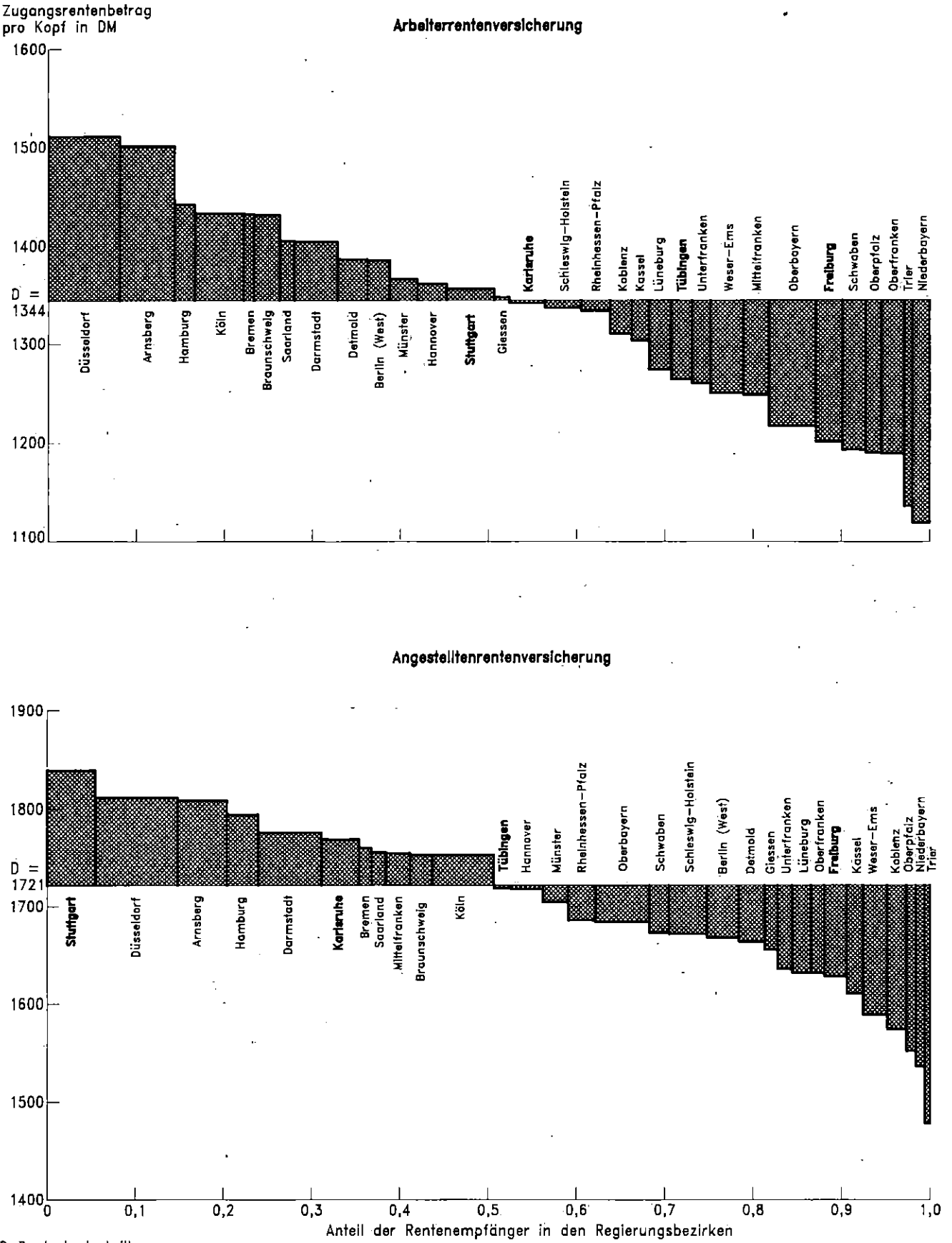
5. Die Rentenbestände in Baden-Württemberg

Die Rentenarten nach dem Wohnortsprinzip

Insgesamt wurden am 1.1.1989 von den Rentenversicherungsträgern in der Bundesrepublik 1.983.685 Renten für Personen mit Wohnsitz in Baden-Württemberg erbracht. Davon entfielen 1.287.825 Renten oder 64,9 % auf die Arbeiterrentenversicherung, 675.744 Renten oder 34,1 % auf die Angestelltenversicherung und 20.116 Renten oder 1,0 % auf die Knappschaftliche Rentenversicherung. Innerhalb der Arbeiterrentenversicherung entfielen 90,5 % der Renten auf die beiden Landesversicherungsanstalten von Baden und Württemberg, der Rest, nämlich 122.348 Renten für Personen in Baden-Württemberg oder 9,5 %, wurde von den Landesversicherungsanstalten außerhalb von Baden-Württemberg aufgebracht (Tabelle 2). Umgekehrt wurden 36.389 Renten oder 4,3 % der Renten der Landesver-

Schaubild 2

Disparitätendiagramm der Zugangsrenten pro Kopf der Rentner in den Regierungsbezirken der Bundesrepublik Deutschland 1987



D: Bundesdurchschnitt

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 200 89

Tabelle 2

Rentenbestand in Baden-Württemberg am 1.1.1989 nach Rentenarten und Versicherungsträgern

Versicherungsträger	Versichertenrenten[1]			Hinterbliebenenrenten[2]			Renten insgesamt[3]
	insgesamt	Männer	Frauen	insgesamt	Witwen-/ Witwerrenten	Waisenrenten	
Hannover	1 207	442	765	869	788	81	2 076
Westfalen	2 773	974	1 799	1 402	1 251	151	4 175
Hessen	2 010	729	1 281	1 162	1 044	118	3 172
Rheinprovinz	3 280	1 653	1 627	1 852	1 625	227	5 132
Oberbayern	13 648	7 136	6 512	6 480	6 021	459	20 128
Niederbayern-Oberpfalz	14 034	6 933	7 101	5 943	5 090	853	19 977
Rheinland-Pfalz	7 877	5 545	2 332	4 628	4 199	429	12 505
Saarland	218	75	143	193	158	35	411
Oberfranken-Mittelfranken	1 698	926	772	1 481	978	503	3 179
Hamburg	1 552	852	700	568	486	82	2 120
Unterfranken	471	188	283	374	319	55	845
Schwaben	4 235	2 778	1 457	2 326	1 832	494	6 561
Württemberg	451 859	175 412	276 447	189 990	175 512	14 478	641 849
Baden	362 717	145 108	217 609	160 911	148 194	12 717	523 628
Berlin	1 519	541	978	717	685	32	2 236
Schleswig-Holstein	632	259	373	496	451	45	1 128
Oldenburg-Bremen	303	127	176	210	183	27	513
Braunschweig	277	94	183	178	163	15	455
Bundesbahnversicherungsanstalt	19 168	16 913	2 255	18 086	17 430	656	37 254
Seekasse	220	213	7	261	195	66	481
Arbeiterrentenversicherung	889 698	366 898	522 800	398 127	366 604	31 523	1 287 825
Seekasse AV	755	737	18	603	474	129	1 358
BfA	488 967	203 000	285 967	185 419	165 978	19 441	674 386
Angestelltenversicherung	489 722	203 737	285 985	186 022	166 452	19 570	675 744
Knappschaftliche Rentenversicherung	10 425	8 965	1 460	9 691	9 327	364	20 116
Gesetzliche Rentenversicherung	1 389 845	579 600	810 245	593 840	542 383	51 457	1 983 685

1) Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen und ohne reine Kindererziehungsleistungen. – 2) Ohne Witwen-/Witwerrenten, die wegen Einkommensanrechnung vollständig ruhen. – 3) Ohne Knappschaftsausgleichsleistungen, ohne Witwen-/Witwerrenten, die wegen Einkommensanrechnung vollständig ruhen und ohne reine Kindererziehungsleistungen.

sicherungsanstalten Badens und Württembergs an Empfänger mit Wohnsitz außerhalb Baden-Württembergs erbracht. Dies bedeutet, daß Baden-Württemberg gegenüber dem Bundesgebiet im Bereich der Arbeiterrentenversicherung über einen "Rentenimport" verfügt, der eine Größenordnung von per Saldo 85.959 Rentenfällen ausmacht.

Mit 1.389.845 Renten oder 70,1 % dominieren die Versichertenrenten am Rentenbestand insgesamt. Darunter entfallen aus historischen und demographischen Gründen 58,3 % auf Frauen. Die 593.840 Hinterbliebenenrenten unterteilen sich in 91,3 % Witwen-/Witwerrenten und 8,7 % Waisenrenten.

Die Versichertenrenten

Angesichts der grundlegend unterschiedlichen Strukturen wird in der folgenden Beschreibung zwischen den männlichen und weiblichen Rentenfällen unterschieden. Für die männlichen Rentenfälle in Baden-Württemberg ist unter den Frührenten nur die Erwerbsunfähigkeitsrente mit mindestens 60 Monaten Wartezeit von Bedeutung, die 100.194

Rentenfälle umfaßt. Im weiteren ist davon auszugehen, daß Rentenarten, die speziell die Knappschaftliche Rentenversicherung betreffen, für die weiteren Betrachtungen unbedeutend sind. Hierzu gehört insbesondere die Bergmannsrente. Desgleichen spielen die Erziehungsrenten bei männlichen Rentenbeziehern praktisch keine Rolle. Im Bereich der Altersruhegelder dominieren bei den männlichen Rentenfällen das normale Altersruhegeld wegen Vollendung des 65. Lebensjahres. Insgesamt entfielen 229.292 Rentenfälle oder 39,6 % der männlichen Versichertenrenten auf diese Rentenart. Von Bedeutung sind weiter das vorgezogene Altersruhegeld wegen Vollendung des 63. Lebensjahres mit 132.941 Fällen oder 22,8 %, das vorgezogene Altersruhegeld wegen Vollendung des 60. Lebensjahres bei Schwerbehinderung mit 73.963 Fällen oder 12,8 % sowie bei Arbeitslosigkeit mit 31.382 Fällen oder 5,4 % (Tabelle 3). Vergleicht man die Struktur mit den Bundeszahlen, so lassen sich in Baden-Württemberg weniger Frührenten und vorzeitige Altersruhegelder wegen Arbeitslosigkeit nachweisen, dagegen höhere Anteile beim flexiblen Altersruhegeld wegen Vollendung des 63. Lebensjahres und beim normalen Altersruhegeld.

An weibliche Rentenbezieher wurden in Baden-Württemberg am 1.1.1989 mit 810.245 Rentenfällen 58,3 % der Versichertenrenten gezahlt. Diese Entwicklung ist zum einen auf die seit Jahrzehnten anwachsende Erwerbsquote der Frauen zurückzuführen, zum anderen dürfte sich jetzt auch die Öffnung der gesetzlichen Rentenversicherung für Hausfrauen und die Möglichkeit des rückwirkenden Erwerbs von Rentenanwartschaften in steigendem Maße bemerkbar machen. Von wesentlichem Einfluß für den weit über der Erwerbsquote liegenden Anteil der Frauen dürfte außerdem das im Verhältnis zu den Männern frühere Renteneintrittsalter und die zugleich höhere Lebenserwartung der Frauen sein. Wachsende Bedeutung kommt darüber hinaus auch dem hohen Anteil der Frauen bei den Erwerbsunfähigkeitsrenten zu, die ins-

Tabelle 3

Zahl der Rentenfälle im Bundesgebiet, in Bayern und Baden-Württemberg 1988 und 1989 nach ausgewählten Rentenarten

Gebiet	Jahr	Versicherte insgesamt	Darunter						
			Versichertenrenten wegen Erwerbsunfähigkeit (60 Monate Wartezeit)	vorzeitige		vorgezogene	normale	hinausgeschobene
				Altersruhegelder wegen Vollendung des				
				60. Lebensjahres bei			63.	65.	65.
				weiblichen Versicherten	Arbeitslosigkeit	Schwerbehinderten ohne BU/EU-Renten	Lebensjahres		
		Anzahl	%						
			männlich						
Baden-Württemberg	1.1.1988	570 991	17,7	–	5,0	12,0	22,2	41,1	0,3
Bayern	1.1.1988	688 486	19,6	–	7,2	12,5	19,4	39,3	0,2
Bundesgebiet	1.1.1988	4 421 443	19,1	–	9,5	11,7	18,2	38,4	0,2
Baden-Württemberg	1.1.1989	579 600	17,3	–	5,4	12,8	22,8	39,6	0,3
			weiblich						
Baden-Württemberg	1.1.1988	787 048	17,6	35,7	0,6	0,7	1,4	43,2	0,2
Bayern	1.1.1988	923 236	18,7	34,2	0,9	1,0	1,3	43,4	0,1
Bundesgebiet	1.1.1988	5 247 133	21,2	31,6	1,0	0,8	1,1	43,6	0,2
Baden-Württemberg	1.1.1989	810 245	15,9	36,5	0,7	0,8	1,5	43,9	0,2

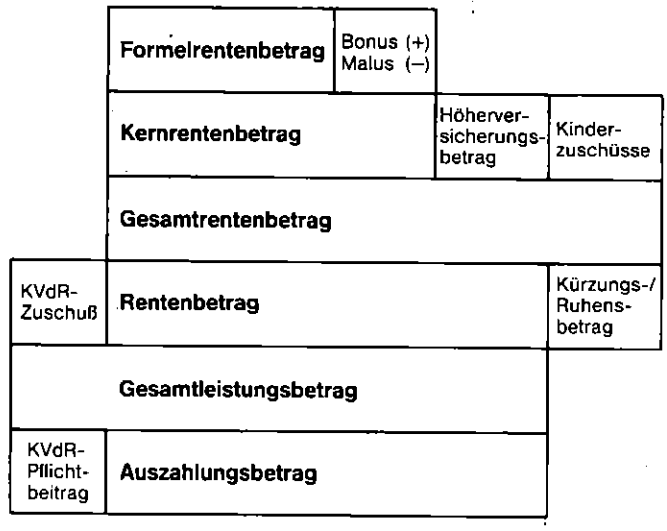
besondere mit der Doppelbelastung der Frauen durch Beruf und Haushalt zusammenhängen können. Auch bei den Frauen ist im Bereich der Frührenten die Erwerbsunfähigkeitsrente bei einer Mindestwartezeit von 60 Monaten mit Abstand die am häufigste. Insgesamt entfallen 128.504 oder 15,9 % der Versichertenrenten der Frauen auf diese Rentenart (Tabelle 3). Auch bei den weiblichen Rentenbeziehern kommt der Erziehungsrente nur eine untergeordnete Funktion zu, so daß sie im weiteren aus der Betrachtung ausgeschlossen werden kann.

Bei den Altersruhegeldern sind bei den Frauen zwei gewichtige Bereiche zu unterscheiden: Das normale Altersruhegeld wegen Vollendung des 65. Lebensjahres mit 356.036 Rentenfällen oder 43,9 % und das vorzeitige Altersruhegeld wegen Vollendung des 60. Lebensjahres bei weiblichen Versicherten mit 296.064 Rentenfällen oder 36,5 %. Die Entscheidung der Frauen über den Zeitpunkt ihres Rentenzugangs hängt dabei einerseits von ihrer individuellen Erwerbs- und Rentenbiographie, andererseits von zusätzlichen Versorgungsaspekten ab, mit denen sie im Alter rechnen können.

Neben der Anzahl der Renten bildet die durchschnittliche Rentenhöhe nach Rentenarten einen wichtigen sozialpolitischen Indikator, hinter dem zum Teil hohe Disparitäten in den Lebensbedingungen der Rentenbezieher stehen. Bei der Beurteilung ist allerdings einschränkend zu berücksichtigen, daß der hier nachgewiesene Rentenfall natürlich in der Regel nur eine Einkommensquelle im Alter zur Darstellung bringt. Die Frage der Rentenkumulationen oder der zusätzlichen Einkommen aus Vermögen sowie die Einkommensbestandteile aus Betriebsrenten und privater Vorsorge (2. und 3. Säule der Alterssicherung), die die Lebenssituation von Rentnern im Einzelfall entscheidend mitbestimmen können, läßt sich hier nicht beantworten. Hier sei für die Aussagefähigkeit der Daten in diesem Zusammenhang betont, daß es sich nicht um mikrosoziologische Daten handelt, die die Einkommenslage von Rentnern darstellt, sondern um makrosoziologische Daten, die die Bedeutung einer Einkommensquelle von Rentenbeziehern aufzeigen soll – und das auch nur, soweit sie die gesetzliche Rentenversicherung betreffen. Ungeachtet dessen muß jedoch davon ausgegangen werden, daß die Rentenleistungen der gesetzlichen Rentenversicherung für den Großteil der älteren Bevölkerung im Invaliditäts- und Altersfall gegenwärtig die dominierende Einkommensgröße darstellen. Die Rentenhöhe kann in verschiedener sachlicher Abgrenzung ermittelt werden (Übersicht 4). Dabei wird deutlich, daß sich die betragsmäßig ausgezahlten Renten nicht einfach aus der bekannten Rentenformel ergeben, sondern daß vielmehr weitere Größen zu berücksichtigen sind. Ausgewiesen ist hier der Rentenbetrag, da diese Abgrenzung für alle Rentenfälle durchgängig vorliegt und unterschiedliche Wirkungen der Krankenversicherungsfinanzierung bei pflicht- und freiwillig krankenversicherten Rentnern in ihm aufgehoben werden.

Übersicht 4

Die Abgrenzung des Rentenbetrages



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 241 89

Zunächst ist im Bereich der Versichertenrenten ein fundamentaler Unterschied zwischen den Geschlechtern zu konstatieren. Während die durchschnittliche Rentenhöhe über alle Arten der Versichertenrenten der Männer zum 1.1.1989 immerhin 1.607 DM beträgt, kommen die Frauen nur zu einer entsprechenden Rentenhöhe von 705 DM, also gerade 44 % (vgl. Tabelle 4). Hauptursache für das beträchtliche Rentengefälle zwischen Männern und Frauen sind Unterschiede

Tabelle 4

Durchschnittsrenten im Bundesgebiet, in Bayern und Baden-Württemberg 1988 und 1989 nach ausgewählten Rentenarten

Gebiet	Jahr	Insgesamt	Darunter						
			Versicherten-renten wegen Erwerbs-unfähigkeit (60 Monate Wartezeit)	vorzeitige		vorgezogene		normale	hinausge-schobene
				Altersruhegelder wegen Vollendung des					
				60. Lebensjahres bei			63.	65.	65.
				weiblichen Versich-erten	Arbeits-losig-keit	Schwerbe-hinderten ohne BU/EU-Renten	Lebensjahres		
		DM							
				männlich					
Baden-Württemberg	1.1.1988	1 558	1 220	–	1 787	1 811	1 925	1 429	1 559
Bayern	1.1.1988	1 433	1 138	–	1 666	1 693	1 813	1 293	1 524
Bundesgebiet	1.1.1988	1 522	1 200	–	1 922	1 828	1 898	1 346	1 568
Baden-Württemberg	1.1.1989	1 607	1 273	–	1 839	1 863	1 987	1 449	1 606
				weiblich					
Baden-Württemberg	1.1.1988	682	520	959	769	1 265	1 031	498	669
Bayern	1.1.1988	659	491	942	737	1 232	1 054	484	750
Bundesgebiet	1.1.1988	639	456	940	756	1 298	1 087	486	719
Baden-Württemberg	1.1.1989	705	551	990	810	1 297	1 061	500	695

sowohl im Lohn- und Gehaltsgefüge, als auch in unterschiedlich langen Versicherungszeiten. Diese beiden Faktoren sind bei der Rentenberechnung von ausschlaggebender Bedeutung. Außer dem Einkommensrückstand der Frauen gegenüber den Männern stehen hinter der hohen Diskrepanz der Rentenhöhen recht unterschiedliche Erwerbsbiographien mit unterschiedlich durchlebten Beitragsjahren. Die anrechenbaren Versicherungsjahre sind dabei die für die Berechnung der Rente maßgeblichen Zeiten. Als speziell für Frauen nachteilig ist danach insbesondere das Erfordernis der Halbbelegung für die Anrechnung von Ausfall- und Zurechnungszeiten anzusehen, die zum Teil das starke Gefälle in der Rentenhöhe zwischen Männern und Frauen erklärt. Dies gilt insbesondere für Frauen, die sich in ihrer Biographie zeitlich abwechselnd dem Beruf und der Kindererziehung gewidmet haben. In vielen Fällen wurde dabei die Halbbelegung nicht erreicht, wodurch in zum Teil hohem Maße Ausfall- und Zurechnungszeiten verloren gingen.

Betrachtet man die Höhe der Rentenbeträge der Versichertenrenten der Männer nach Rentenarten, so weist das normale Altersruhegeld wegen Vollendung des 65. Lebensjahres im Vergleich zu den anderen Altersruhegeldern mit 1.449 DM ein niedriges Niveau auf. Deutlich höher liegen die Renten beim vorgezogenen Altersruhegeld wegen Vollendung des 63. Lebensjahres (1.987 DM) sowie wegen Vollendung des 60. Lebensjahres bei Schwerbehinderung (1.863 DM) und beim vorzeitigen Altersruhegeld wegen Vollendung des 60. Lebensjahres bei Arbeitslosigkeit (1.839 DM). Im Frührentenbereich ist das Rentenniveau erwartungsgemäß niedriger, es beträgt bei einer Erwerbsunfähigkeitsrente bei einer Mindestbedingung von 60 Monaten Wartezeit 1.273 DM. Auch nach Rentenarten betrachtet, liegen hier unterschiedliche individuelle Lebens- und Erwerbsverläufe zugrunde.

Von den quantitativ bedeutenden Rentenarten bei den Frauen liegt das vorzeitige Altersruhegeld wegen Vollendung des 60. Lebensjahres bei weiblichen

Versicherten mit einer Rentenhöhe von 990 DM über dem Durchschnitt der Versichertenrenten der Frauen. Unter dem Durchschnitt liegt dagegen mit 500 DM das normale Altersruhegeld, bei dem die Mehrzahl der Frauen mit eigenständiger Versicherung zu finden sind. Sogar die Erwerbsunfähigkeitsrente liegt mit 551 DM darüber.

Die Tabellen 3 und 4 geben auch Aufschluß über die regionalen Unterschiede der Strukturen der Rentenarten und der Höhe der Rentenbeträge. Dabei läßt das gegenwärtige aktuelle Datenmaterial einen Vergleich Baden-Württemberg mit Bayern und dem Bundesgebiet nur für den Zeitpunkt 1.1.1988 zu.

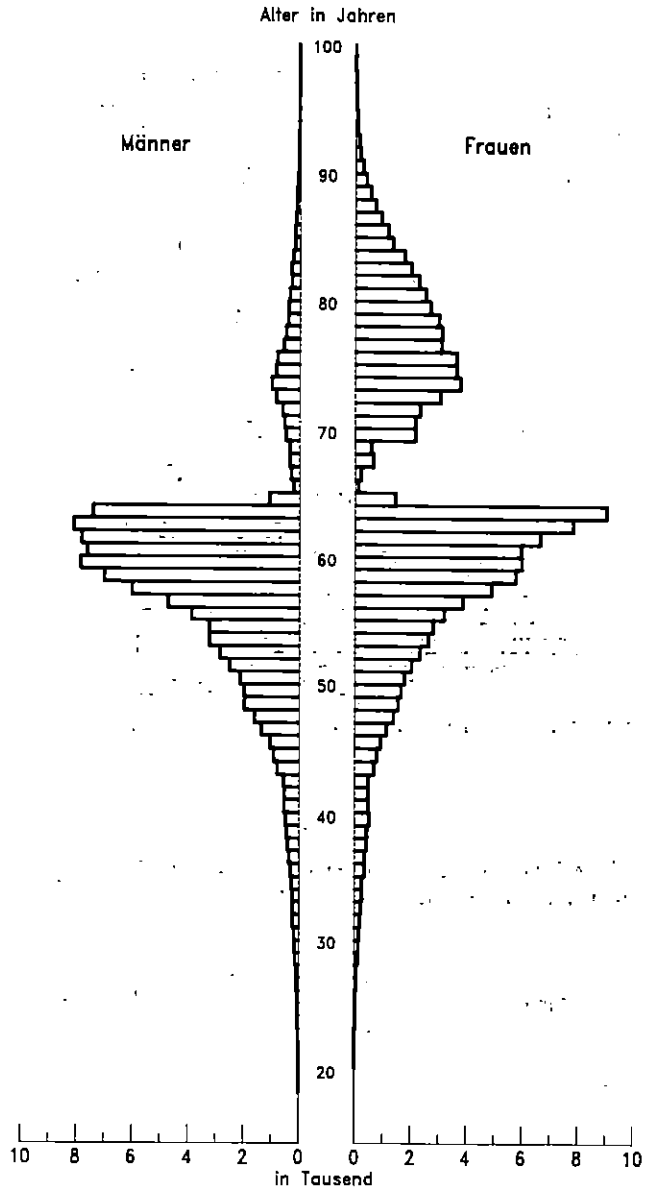
Die Verteilung der Rentenbestände nach Alter und Geschlecht

Die Struktur der Rentenbestände ausgewählter Rentenarten nach Alter und Geschlecht kann am anschaulichsten in Form einer "Rentnerpyramide" analog der "Bevölkerungspyramide" dargestellt werden (vgl. Schaubild 3). Je nach Rentenart setzt die Rente in unterschiedlichen Altersjahrgängen ein. Im Bereich der Frührenten setzt die Erwerbsunfähigkeitsrente bereits um das 20. Lebensjahr ein. Charakteristisch ist dabei die mit den Altersjahren kontinuierlich zunehmende Anzahl der Renten bei Männern und Frauen, sowie das starke Abschmelzen dieser Rentenart ab dem 65. Lebensjahr, da dann die Erwerbsunfähigkeitsrenten in der Regel in ein Altersruhegeld umgewandelt werden. Dies hängt insbesondere mit der im Haushaltsbegleitgesetz 1984 enthaltenen Herabsetzung der erforderlichen Wartezeit von 180 auf 60 Kalendermonate für das normale Altersruhegeld zusammen.

Interessant ist das geradezu nach mathematischer Gesetzmäßigkeit sich vollziehende Anwachsen dieser Rentenart über die Altersjahre bis zum 65. Lebensjahr, sowie ihr abermaliges Ansteigen mit zunehmendem Alter ab 70 Jahren. Bei den Erwerbsunfähigkeitsrenten von Beziehern im Alter von über 65 Jahren handelt es sich um Bestände, die früher nicht in Altersruhegelder umgewandelt wurden. Besonders bemerkbar macht sich dies bei den

Schaubild 3

Altersaufbau der Rentnerempfänger*) von Versichertenrenten wegen Erwerbsunfähigkeit
(60 Monate Wartezeit)



*)Rentenbestand am 1.1.1989 in Baden-Württemberg.

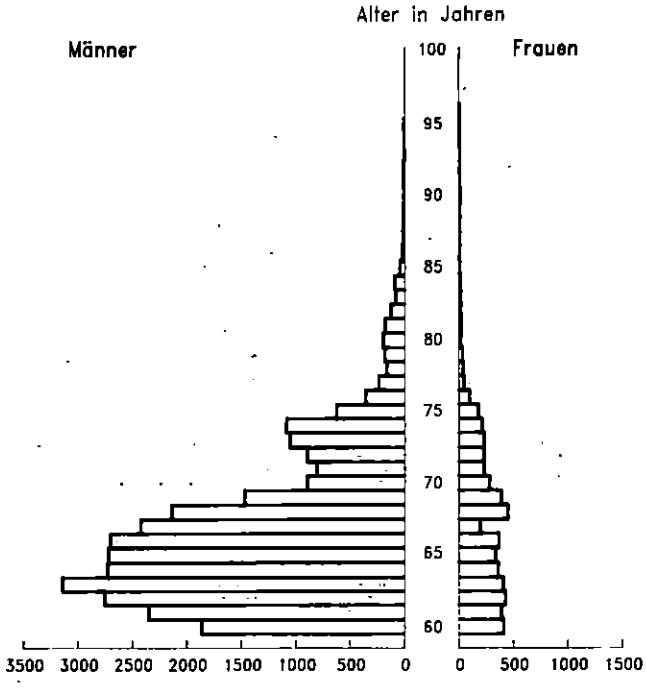
Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 131 89

Frauen. Die "Rentnerpyramiden" nach den einzelnen Rentenarten der Altersruhegelder lassen unterschiedliche Einflüsse erkennen (Schaubild 4). So ist in der Altersstruktur der Rentenfälle bei vorzeitigem Altersruhegeld bei Vollendung des 60. Lebensjahres wegen Arbeitslosigkeit bei den Männern deutlich der Niederschlag ökonomischer Entwicklung zu erkennen. Dies drückt sich vor allem im altersspezifischen Rückgang

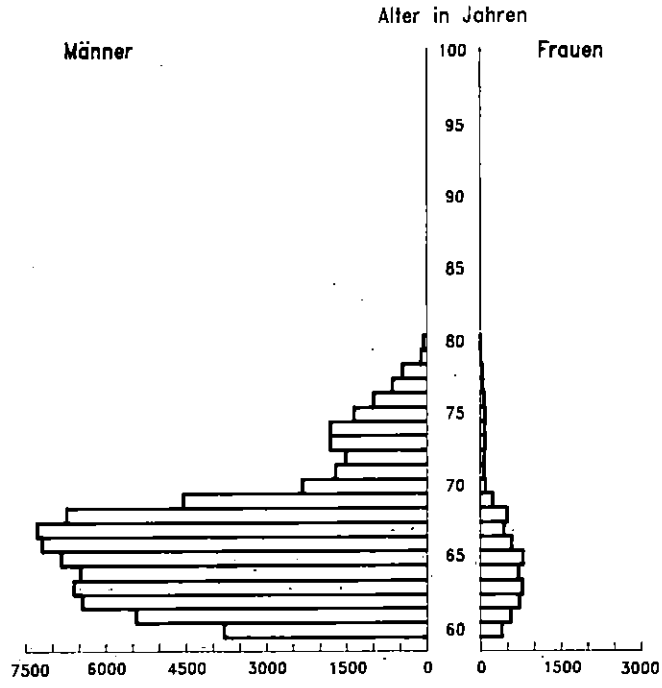
Schaubild 4

Altersstrukturen von Rentenempfängern von Altersruhegeldern am 1.1.1989

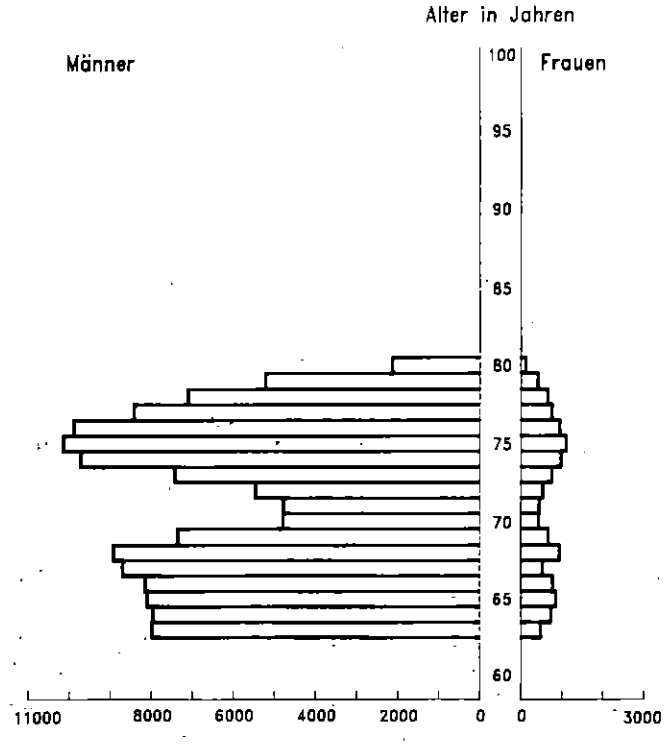
a) Bezieher von vorzeitigen Altersruhegeldern wegen Vollendung des 60. Lebensjahres bei Arbeitslosigkeit



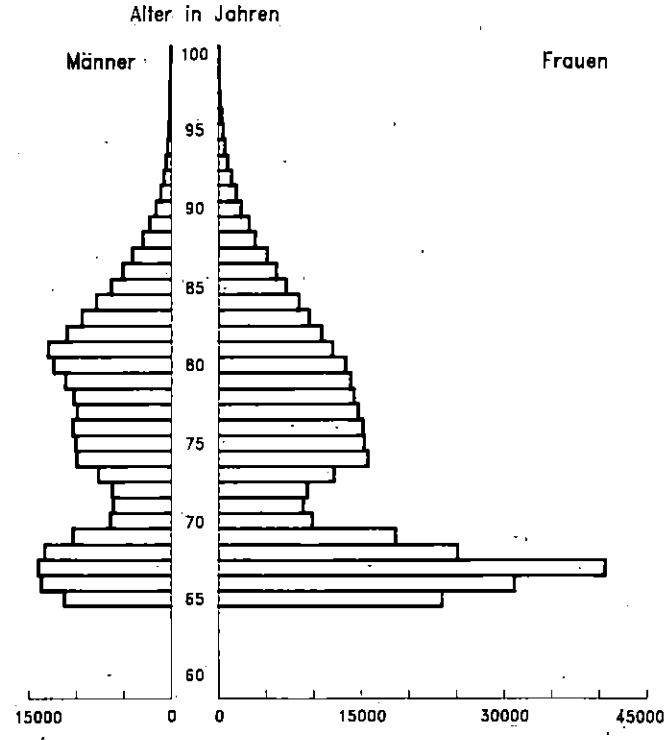
b) Bezieher von vorgezogenen Altersruhegeldern wegen Vollendung des 60. Lebensjahres bei Schwerbehinderung ohne BU/EU



c) Bezieher von vorgezogenen Altersruhegeldern wegen Vollendung des 63. Lebensjahres



d) Bezieher von normalen Altersruhegeldern wegen Vollendung des 65. Lebensjahres



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

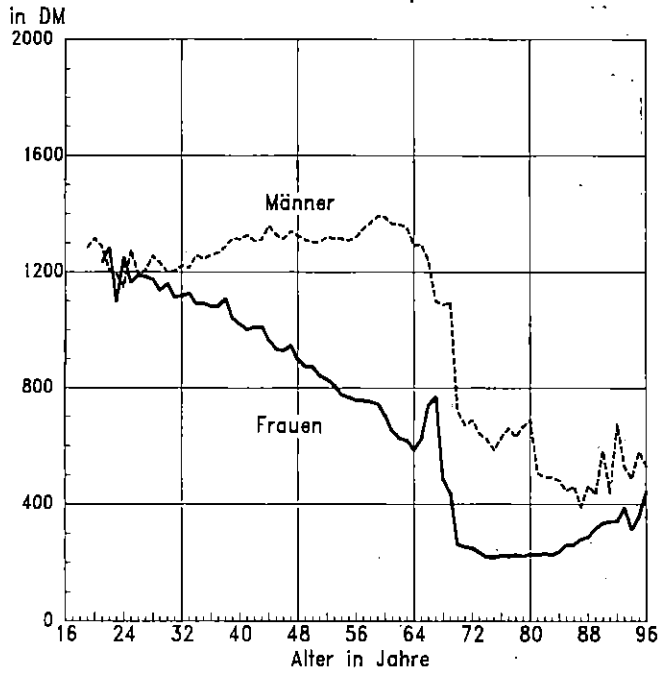
209 89

dieser Rentenart um das 70. Lebensjahr aus, in dem sich das Konjunkturhoch von 1979/80 niederschlägt. Entsprechend hohe Besetzungen zeigen die Altersjahre, deren Rentenzugang mit einem konjunkturellen Tief einhergingen. Der gleiche Einfluß, wenn auch in verminderter Stärke, läßt sich bei den vorgezogenen Altersruhegeldern wegen Vollendung des 60. Lebensjahres wegen Schwerbehinderung nachweisen. Hier ergeben sich also insbesondere Wechselwirkungen zwischen vorgezogenem Rentenzugang und Arbeitsmarkt. Im Bereich des flexiblen Altersruhegeldes wegen Vollendung des 63. Lebensjahres und dem normalen Altersruhegeld bei 65 Lebensjahren, lassen sich im Altersaufbau der Rentenfälle eindeutig langfristige demographische Faktoren ausmachen. So sind die schwach besetzten Jahrgänge bei Männern und Frauen im Alter zwischen 69 und 73 Jahren die Folge der ausgefallenen Geburten des Ersten Weltkrieges.

Schaubild 5

Erwerbsunfähigkeitsrente nach Alter und Geschlecht am 1.1.1989

Durchschnittliche Rentenbeträge bei Beziehern von Versichertenrenten wegen Erwerbsunfähigkeit (60 Monate Wartezeit)



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 212 89

Die Verteilung der durchschnittlichen Rentenbeträge nach Alter und Geschlecht

Außer den geschlechtsspezifischen Unterschieden in der Rentenhöhe innerhalb der Rentenarten, läßt sich auch eine Abhängigkeit der Rentenbeträge vom Altersverlauf der Rentenbestände erkennen. (vgl. Schaubilder 5 und 6). Entscheidend für die Höhe der Rente ist die sogenannte Rentenformel, die sich aus vier Berechnungsfaktoren zusammensetzt. Diese sind der Prozentsatz der persönlichen Bemessungsgrundlage (P) die Zahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre (J), die allgemeine Bemessungsgrundlage (B) und der Steigerungssatz (St)(Übersicht 5). Durch die persönliche Bemessungsgrundlage und die Zahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre wird die individuelle Arbeits- und damit Beitragsleistung der Versicherten bei der Rentenfestsetzung berücksichtigt. Die persönliche Bemessungsgrundlage ist danach die Größe, die das Lebenseinkommen eines Versicherten gemessen am Durchschnitt aller Versicherten zum Ausdruck bringt. In der Zahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre werden die Beitragszeiten, die Ersatzzeiten, die Ausfallzeiten und Zurechnungszeiten zusammengeführt. Die Rente fällt dann um so höher aus, je mehr der Versicherte im Laufe seines Arbeitslebens verdient und je länger er Beiträge dafür bezahlt hat. Unterschiede schlagen sich hier neben dem Geschlecht auch in den jeweiligen Altersjahren der Versicherten nieder. Um die Renten jeweils an den aktuellen Lebensstandard der arbeitenden Bevölkerung anzubinden, wird vom

Übersicht 5

Die Bestimmungsfaktoren der individuellen Rentenhöhe in der Rentenformel

Prozentsatz der persönlichen Bemessungsgrundlage	Allgemeine Bemessungsgrundlage	Zahl der anrechnungsfähigen Versicherungsjahre	Steigerungssatz
Lebenseinkommen (Bruttoarbeitsentgelt) des Versicherten gemessen am Durchschnitt aller Versicherten (in %)	Ein entsprechend der durchschnittlichen Lohn- und Gehaltsentwicklung jährlich festgeschriebener Betrag	Beitragszeiten, Ersatzzeiten, Ausfallzeiten, Zurechnungszeiten	Bei Renten wg. Berufsunfähigkeit: 1,0% Bei Renten wg. Erwerbsunfähigkeit und Altersruhegeldern: 1,5%

P x B x J x St

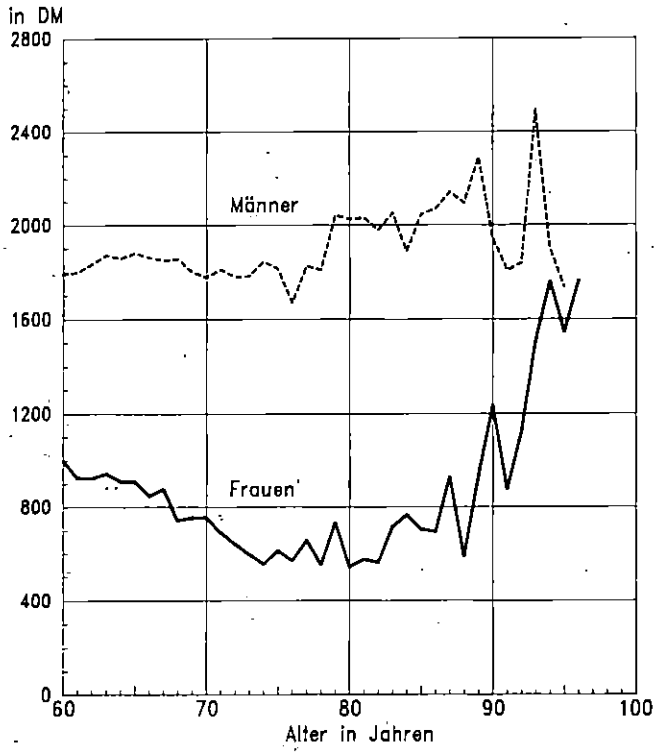
P und J = Persönliche Faktoren B und St = Allgemeine Faktoren

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 242 89

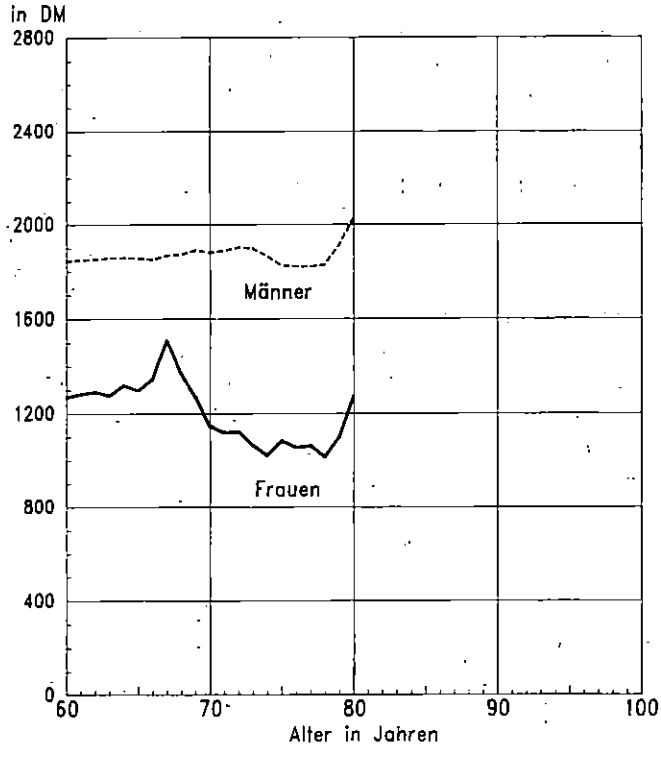
Schaubild 6

Durchschnittliche Rentenbeträge von Altersruhegeldempfänger nach Alter und Geschlecht am 1.1.1989

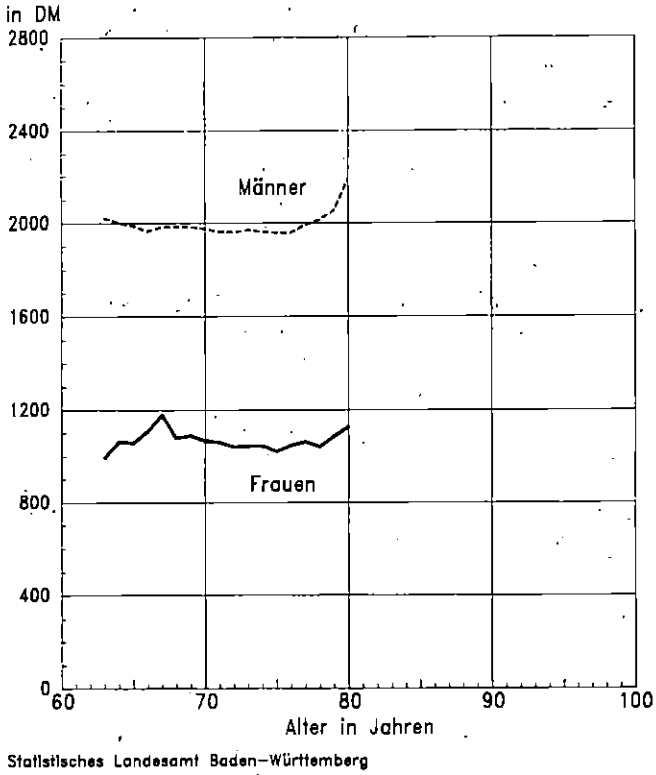
a) Bezieher von vorzeitigen Altersruhegeldern wegen Vollendung des 60. Lebensjahre bei Arbeitslosigkeit



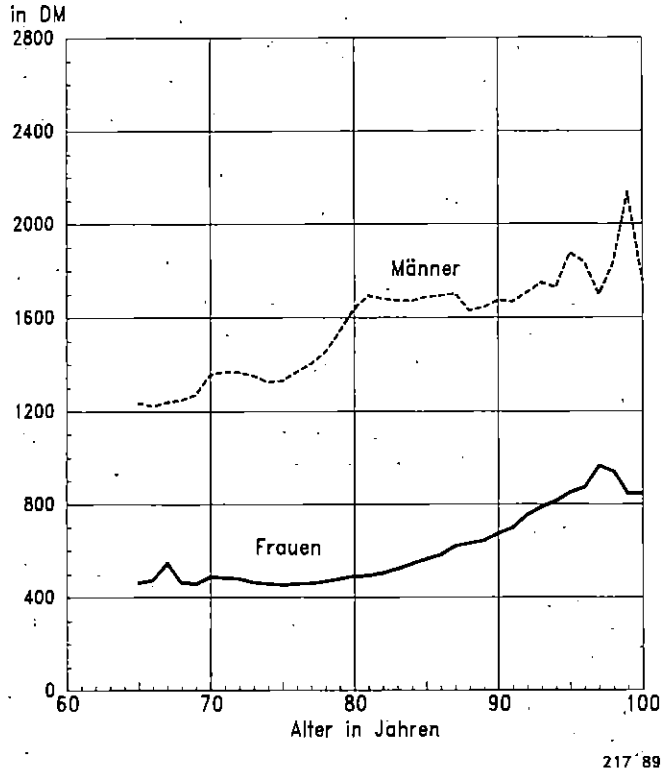
b) Bezieher von vorgezogenen Altersruhegeldern wegen Vollendung des 60. Lebensjahres bei Schwerbehinderung ohne BU/EU



c) Bezieher von vorgezogenen Altersruhegeldern wegen Vollendung des 63. Lebensjahres



d) Bezieher von normalen Altersruhegeldern wegen Vollendung des 65. Lebensjahres



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

217 89

Gesetzgeber für jedes Jahr die allgemeine Bemessungsgrundlage festgelegt. Sie entsprach in der Vergangenheit der durchschnittlichen Bruttolohn- und Gehaltsentwicklung, soll sich in Zukunft jedoch nur noch nach den Nettogrößen entwickeln. Mit Hilfe des Steigerungssatzes werden die Altersruhegelder und die Erwerbsunfähigkeitsrenten höher angesetzt als die Berufsunfähigkeitsrenten.

Deutliche Unterschiede in der Rentenhöhe wurden in der Vergangenheit auch durch die Fortentwicklung der Rentengesetzgebung verursacht. So waren bis 1984 noch 15 Versicherungsjahre (Beitrags- und Ersatzzeiten) nachzuweisen, wenn wegen Vollendung des 65. Lebensjahres Altersruhegeld beantragt wurde. Die Herabsetzung von 15 auf heute nur noch 5 Versicherungsjahre führt nun dazu, daß zwar viele Frauen eine eigene Altersrente erreichen, doch handelt es sich dabei um Renten mit entsprechend niedriger Rentenhöhe. Betrachtet man die Entwicklung der Rentenbeträge nach Alter in den einzelnen Rentenarten, so ist zu bemerken, daß die Erwerbsunfähigkeitsrenten mit zunehmendem Alter abnehmen. So wurde bei den Männern zwischen 40 und 60 Jahren die höchste Erwerbsunfähigkeitsrente von durchweg über 1 300 DM bezahlt, bei den Frauen ist jedoch ein kontinuierlicher Abfall der Rentenhöhe nach dem Alter zu beobachten. Insbesondere bei Empfängern von ausschließlich Erwerbsunfähigkeitsrente ist sowohl bei Männern wie Frauen ein Zusammenhang von Rentenbezug und Sozialhilfe zu erkennen. Bei Frauen gilt dies ebenso bei vorzeitiger Verrentung wegen Arbeitslosigkeit aber auch beim normalen und hinausgeschobenen Altersruhegeld. So erhielten im Jahre 1987 von den 131.979 Empfängern von Sozialhilfe zum Lebensunterhalt 17.076 oder 12,9 % Hilfe infolge unzureichender Versicherungs- und Versorgungsansprüche; 20.124 oder 15,2 % der Sozialhilfeempfänger bezogen Leistungen aus der gesetzlichen Renten- bzw. Unfallversicherung. Dabei wird allerdings nicht unterschieden zwischen Renten aus Erwerbsunfähigkeit und Altersruhegeldern. Der relative mitunter auch absolute Rückgang dieses Sozialhilfeempfängerkreises während der letzten 15 Jahre zeigt, daß sich das soziale Problem der Altersarmut deutlich entschärft hat.

Dies ist nicht überraschend, wenn man den Anstieg des Rentenniveaus Mitte der siebziger Jahre betrachtet. Erstaunlich hoch liegen die vorzeitigen Altersruhegelder wegen Arbeitslosigkeit, wobei eine besonders stark ausgeprägte Diskrepanz zwischen Männern und Frauen sichtbar wird. Dasselbe gilt auch für das vorgezogene Altersruhegeld bei Vollendung des 63. Lebensjahres. Deutlich niedriger fallen dagegen die altersspezifischen Durchschnittsrenten beim normalen Altersruhegeld aus, wobei hier über die Altersjahre hinweg ein signifikanter Anstieg der Rentenhöhe zu beobachten ist. Bei den Männern läßt sich darüber hinaus ein stufenförmiges Ansteigen der Rentenhöhe mit zunehmendem Alter beobachten. Im Land-Bund-Vergleich lassen sich bei den Männern speziell beim vorgezogenen Altersruhegeld mit 63 Jahren und beim normalen Altersruhegeld für Baden-Württemberg überdurchschnittliche Rentenhöhen nachweisen, im Falle der Frührenten und bei vorzeitigem Altersruhegeld wegen Arbeitslosigkeit dagegen unterdurchschnittliche Rentenbeträge. Bei den Frauen ergeben sich im Bundesvergleich nicht so hohe Differenzen in den Rentenhöhen.

Die Kindererziehungskomponente in der Versichertenrente

In den letzten Jahren wurden zunehmend Leistungen der Kindererziehung in das Rentenversicherungssystem einbezogen. Dabei ist zunächst das Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeitengesetz (HEZG) zu nennen, aufgrund dessen seit dem 1.1.1986 Mütter oder Väter der Geburtsjahrgänge 1921 oder jünger einen Anspruch auf Anrechnung von Erziehungszeiten in der gesetzlichen Rentenversicherung erwerben. Für jedes Kind wird danach ein Versicherungsjahr in der Rentenversicherung erworben, das sich rentenbegründend oder rentensteigernd auswirkt. Voraussetzung ist, daß das Kind im Geltungsbereich der Reichsversicherungsordnung (RVO) erzogen wurde. Die Zeiten der Kindererziehung vor dem 1.1.1986 gelten als Versicherungszeiten eigener Art. Die Zeiten der Kindererziehung nach dem 31.12.1985 sind Pflichtbeitragszeiten, für die Beiträge als entrichtet gelten. Dabei werden die Kin-

dererziehungszeiten so bewertet, als hätte der Versicherte während dieser Zeit 75 % des Durchschnittsentgeltes aller Versicherten der gesetzlichen Rentenversicherung erzielt. Mütter, die vor dem 1.1.1921 geboren sind, wurden allerdings von diesem Gesetz nicht erfaßt. Aus Gründen der Gleichbehandlung sah sich daher der Gesetzgeber veranlaßt, auch den vor 1921 geborenen Müttern Leistungen für Kindererziehung zu gewähren. Dies geschah mit dem Gesetz über Leistungen der gesetzlichen Rentenversicherung für Kindererziehung an Mütter der Geburtsjahrgänge vor 1921 (Kindererziehungsleistungsgesetz - KLG -). Nach diesem Gesetz haben Mütter der Jahrgänge 1906 und älter vom 1. Oktober 1987 an einen Anspruch auf 27,20 DM monatlich für jedes von ihnen geborene Kind. Die Mütter der Jahrgänge zwischen 1907 und 1920 werden bis 1990 in diese Leistungen einbezogen.

Die KLG-Leistungen sind keine Rentenleistungen, sondern werden als eine Leistung des Familienlastenausgleichs betrachtet. Dementsprechend wird sie gänzlich aus dem Bundeshaushalt finanziert. Die Rentenversicherungsträger sind lediglich mit der Auszahlung der Leistung beauftragt. Wie aus der Tabelle 5 zu entnehmen ist, wurden zum 1.1.1989 Renten in Verbindung mit Kindererziehungszeiten nach dem Hinterbliebenenrenten und Erziehungszeitengesetz an 158 466 Frauen und 5 089 Männern in Baden-Württemberg ausbezahlt. Diese Leistungen kamen Männern und Frauen im Alter unter 70 Jahren zugute. Der durchschnittliche Rentenbetrag, an dem Kindererziehungszeiten beteiligt waren, betrug bei den Männern 1 106 DM, bei den Frauen 673 DM. Die auf Kindererziehungszeiten entfallene Rente betrug bei den Männern an der Rentenhöhe insgesamt 4,3 %, bei den Frauen dagegen 8,7 %. Diese Anteilswerte schwanken noch im Zusammenhang mit dem Altersjahr der Rentenempfänger. Das gesamte Rentenvolumen, das aufgrund des Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeitengesetzes in Baden-Württemberg verausgabt wurde, beträgt somit um die 9,5 Millionen DM.

Im Bereich des Kindererziehungsleistungsgesetzes wurden zum 1.1.1989 in

Tabelle 5

Verteilung und durchschnittliche Rentenbeträge Rentenempfänger

Vollendetes Alter der Rentenempfänger zum Berichtszeitpunkt	Versichertenrenten mit Kindererziehungszeiten n.d. HEZG				
	insgesamt	durchschnittlicher Rentenbetrag		von Sp. 2 beruhen ausschließlich auf Kindererziehungszeiten	
		insgesamt	davon entfällt auf Kindererziehungszeiten	insgesamt	durchschnittl. Rentenbetrag
	Anzahl	DM		Anzahl	DM
	1	2	3	4	5
			Männer		
unter 30	–	–	–	–	–
30 - 34	1	933,00	48,14	–	–
35 - 39	1	762,50	18,61	–	–
40 - 44	5	1 037,36	43,06	–	–
45 - 49	11	870,92	27,81	–	–
50 - 54	39	911,67	42,19	–	–
55 - 59	212	1 056,15	35,24	–	–
60 - 64	1 260	1 326,06	36,49	–	–
65 - 69	3 560	1 034,85	51,74	48	163,51
70 und höher	–	–	–	–	–
Insgesamt	5 089	1 106,47	47,13	48	163,51
			Frauen		
unter 30	50	1 051,63	22,06	–	–
30 - 34	119	1 044,75	25,39	–	–
35 - 39	217	970,47	23,51	–	–
40 - 44	322	915,81	28,80	–	–
45 - 49	731	823,81	42,75	–	–
50 - 54	1 640	793,07	48,01	–	–
55 - 59	4 261	793,58	52,46	–	–
60 - 64	46 288	887,15	50,88	–	–
65 - 69	104 838	567,94	62,90	1 455	168,81
70 - 79	–	–	–	–	–
80	–	–	–	–	–
81	–	–	–	–	–
82	–	–	–	–	–
83	–	–	–	–	–
84	–	–	–	–	–
85	–	–	–	–	–
86	–	–	–	–	–
87	–	–	–	–	–
88	–	–	–	–	–
89	–	–	–	–	–
90	–	–	–	–	–
91	–	–	–	–	–
92	–	–	–	–	–
93	–	–	–	–	–
94	–	–	–	–	–
95	–	–	–	–	–
96 und höher	–	–	–	–	–
Insgesamt	158 466	672,52	58,70	1 455	168,81

der Versichertenrenten mit Sonderleistungen für Kindererziehung am 1.1.1989 nach Alter der

Versichertenrenten mit Leistungen für Kindererziehung nach dem KLG									
insgesamt	durchschnittlicher Rentenbetrag insgesamt	Leistung für Kindererziehung	davon Leistungen für Kindererziehung, bei denen ... Kinder berücksichtigt wurden						
			1	2	3	4	5	6	7 und mehr
Anzahl	DM		Anzahl						
6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
					Männer				
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
					Frauen				
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
56 456	503,74	67,88	16 818	18 889	10 712	5 185	2 402	1 168	1 282
15 707	494,18	69,25	4 608	5 165	2 907	1 542	745	345	395
13 501	486,38	68,90	4 051	4 389	2 541	1 233	632	320	335
11 888	479,80	68,57	3 575	3 905	2 213	1 107	509	274	305
9 720	473,27	69,19	2 948	3 118	1 802	901	459	234	258
8 355	482,04	69,28	2 596	2 592	1 590	738	410	196	233
6 589	505,92	69,20	2 073	2 029	1 228	600	312	154	193
5 469	505,24	69,72	1 719	1 731	943	499	245	155	177
4 353	528,72	67,80	1 449	1 363	734	371	207	102	127
3 249	545,22	68,38	1 077	924	623	320	148	75	82
2 656	547,81	69,22	863	814	456	245	132	73	73
1 801	572,43	68,50	597	551	306	176	69	39	63
1 373	581,44	70,15	444	401	249	120	74	40	45
969	610,57	68,34	341	288	151	86	46	21	36
636	632,27	70,09	195	198	119	58	29	15	22
427	662,44	70,49	127	126	80	51	25	8	10
284	699,88	69,21	86	95	46	28	14	8	7
467	691,76	74,71	145	130	83	40	34	14	21
143 900	502,79	68,59	43 712	46 708	26 783	13 300	6 492	3 241	3 664

Baden-Württemberg 143 900 Versichertenrenten mit Leistungen nach dem KLG ermittelt (Tabelle 5). Dabei handelt es sich ausschließlich um Frauen. Allerdings waren zu diesem Zeitpunkt erst die Mütter der Geburtsjahrgänge von 1911 und früher in diese gesetzliche Regelung einbezogen. Zum 1.10.1989 werden zusätzlich die Mütter der Geburtsjahrgänge 1912 bis 1916 und am 1.10.1990 die Geburtsjahrgänge von 1917 bis 1920 aufgenommen. Die vorliegenden Daten für Baden-Württemberg lassen bereits erkennen, daß es sich bei den Versichertenrenten dieser Mütter aufgrund der Kindererziehung in der Tat um Renten handelt, die eindeutig eine unterdurchschnittliche Rentenhöhe aufweisen. Insgesamt über alle Altersklassen von über 80 Jahren handelt es sich hier um eine durchschnittliche Versichertenrente von 503 DM. Die durchschnittliche Leistung für Kindererziehung von 69 DM macht danach 13,6 % an der Versichertenrente insgesamt aus. Die weit überwiegende Mehrzahl der Mütter (81,4 %) erhielt Leistungen für die Kindererziehung von bis zu 3 Kindern. In Zukunft werden die Leistungen nach dem Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeitengesetz als auch nach dem Gesetz für Kindererziehungsleistungen stark zunehmen. Beim Kindererziehungsleistungsgesetz erfolgt eine Leistungsausweitung insbesondere durch die Einbeziehung der Mütter der Geburtsjahrgänge 1912 bis 1920; danach werden allerdings die Leistungsempfänger kontinuierlich abnehmen, bis sich die Anzahl in den Jahren nach 2000 auf nur noch ganz wenige Zahlungen reduziert hat. Dieses Gesetz wird dann seinen Zweck erfüllt haben. Ganz anders im Falle des Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeitengesetzes; hier wird sich die Anzahl der Leistungen zeitversetzt an der Geburtenentwicklung orientieren. Insbesondere in den kommenden 10 Jahren werden diese Leistungen stark zunehmen, da zunehmend die Mütter des Geburtenberges um das Jahr 1965 das Rentenalter erreichen.

Die Hinterbliebenenrenten

Die Renten unterteilen sich in der gesetzlichen Rentenversicherung grundsätzlich in zwei Kategorien: Renten an Versicherte und solche an Hinterbliebene. Versicherte in der Rentenversicherung erhalten ihre Rente nach Erreichen der Altersgrenze, wegen Minderung der Erwerbsfähigkeit als Erziehungsrente. Hinterbliebenenrenten sind Witwen- und Witwerrenten sowie Waisenrenten. Am 1.1.1989 wurden in Baden-Württemberg 593 840 Hinterbliebenenrenten gezahlt. Darunter entfielen 91,3 % auf die große Witwen- und Witwerrente, von denen wiederum 98,6 % an Witwen gingen. Die Waisenrenten mit insgesamt 51 457 Rentenfällen oder 8,7 % der Hinterbliebenenrenten spielen demgegenüber nur eine untergeordnete Rolle. Sie unterteilen sich in Halb- und Vollwaisenrenten, wobei die Halbwaisenrenten mit 97,2 % die Mehrheit bilden.

Die Witwen- und Witwerrenten

Am 1.1.1989 wurden in Baden-Württemberg insgesamt 593.840 Hinterbliebenenrenten bezahlt. Davon entfielen 398.127 Rentenfälle oder 67,0 % auf die Arbeiterrentenversicherung. Ein Jahr zuvor waren es noch 591.482 Hinterbliebenenrenten, darunter 397.789 Rentenfälle der Arbeiterrentenversicherung. Die beiden Landesversicherungsanstalten in Baden-Württemberg erbrachten 350.494 Renten für Empfänger und Wohnsitz im Land und 17.577 Renten für Empfänger mit Wohnsitz außerhalb Baden-Württembergs. Andererseits flossen Bewohnern Baden-Württembergs 47.295 Renten aus anderen Landesversicherungsanstalten sowie der Bundesbahnversicherungs-Anstalt und der Seekasse zu. Damit ergab sich für Baden-Württemberg ein "Rentenimportsaldo" von 29.718 Hinterbliebenenrenten.

Die Verteilung der Rentenbestände nach Alter und Geschlecht

Die Rentenbestände der kleinen Witwenrente in Baden-Württemberg mit insgesamt 3 692 Rentenbezieher sind von untergeordneter Bedeutung und können daher im weiteren vernachlässigt werden. Im Bereich der großen Witwen- und Witwerrente steigt der Rentenbestand ab dem 45. Altersjahr kontinuierlich an, um im 76. Lebensjahr des Berechtigten den höchsten Rentenbestand

eines Jahrgangs zu erreichen. (Schaubild 7). Die schwach besetzten Jahrgänge von 69 bis 73 Jahren sind analog zu den Altersruhegeldern auf den Geburtenausfall des Ersten Weltkrieges zurückzuführen. Der Bestand der Witwen- und Witwerrenten weist die Renten sowohl nach altem wie auch nach neuem Recht aus. Entsprechend dem Recht bis 1985 spielen die Witwer in der Hinterbliebenenversorgung praktisch keine Rolle, da sie während ihrer Erwerbstätigkeit den Unterhalt der Familie überwiegend bestritten haben. Aufgrund des neuen Rechts wird sich in Zukunft der Rentenbestand der Witwerrenten gegenüber dem Rentenbestand der Witwenrenten erhöhen. Obwohl die Witwerrenten in der Zukunft aufgrund der Neuordnung im Hinterbliebenenrecht, ansteigen werden, werden die Witwenrenten trotzdem immer deutlich in der Mehrheit bleiben. Was die höhere Anzahl der Witwenrenten gegenüber den Witwerrenten betrifft, so ist hier insbesondere die deutlich höhere durchschnittliche Lebenserwartung von Frauen gegenüber Männern zu sehen.

Schaubild 7

Bezieher von grossen Witwen- bzw. Witwerrenten nach Alter und Geschlecht am 1.1.1989

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 210 89

Die Verteilung der durchschnittlichen Rentenbeträge nach Alter und Geschlecht

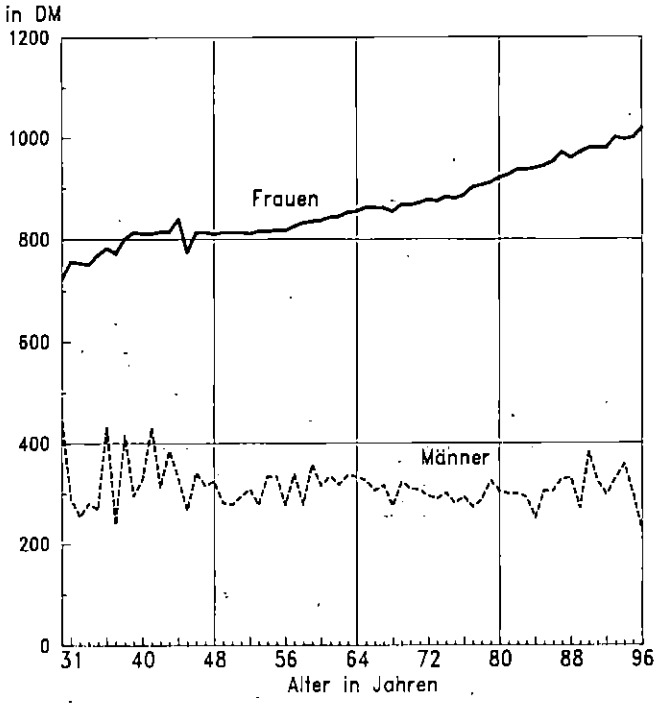
Die durchschnittliche Witwen-/Witwerrente über alle Altersklassen und beide Geschlechter betrug am 1.1.1989 875 DM. Die große Witwenrente lag mit 879 DM nur leicht darüber, da der Rentenbestand der kleinen Witwenrenten der einen Durchschnittsbetrag von 304 DM aufweist, keinen starken Einfluß auf die Durchschnittsgröße ausübt. Betrachtet man die große Witwenrente, so erhöht sich der Betrag weiter auf 887 DM im Durchschnitt. Betrachtet man die große Witwenrente vom 45. Lebensjahr an, so steigt ihr Betrag von 775 DM relativ kontinuierlich auf 1 000 DM in der Altersklasse um 95 Jahre an (Schaubild 8). Die Witwerrente der Männer gestaltet sich dagegen mit einer Durchschnittsrente über alle Altersklassen von 307 DM erheblich geringer. Im Hinblick auf die unterschiedlichen Rentenbetragshöhen muß in Rechnung gestellt werden, daß das nach neuem Recht bei der Witwen-/Witwerrente zu berücksichtigende Einkommen bei Männern auch in Zukunft tendenziell höher liegen wird als bei Frauen. Dies bedeutet zugleich, daß die Witwenrenten im Durchschnitt höhere Rentenbeträge aufweisen werden als die Witwerrenten.

Die Kindererziehungskomponente in der Hinterbliebenenrente

Kindererziehungszeiten nach dem Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeitengesetz sowie Leistungen für Kinder-

Schaubild 8

Durchschnittliche Rentenbeträge fur Bezieher von grossen Witwen- bzw. Witwerrenten am 1.1.1989 nach Alter und Geschlecht



Statistisches Landesamt Baden-Württemberg 211 89

Tabelle 6

Verteilung und durchschnittliche Rentenbeträge der Rentenempfänger

Vollendetes Alter der Rentenempfänger zum Berichtszeitpunkt	Witwen-/Witwerrenten mit Kindererziehungszeiten n.d. HEZG				
	insgesamt	durchschnittlicher Rentenbetrag		von Sp. 2 beruhen ausschließlich auf Kindererziehungszeiten	
		insgesamt	davon entfällt auf Kindererziehungszeiten	insgesamt	durchschnittl. Rentenbetrag
	Anzahl	DM		Anzahl	DM
	1	2	3	4	5
			Witwer		
unter 30	13	442,42	14,23	–	–
30 - 34	38	258,02	9,93	–	–
35 - 39	69	302,08	10,06	–	–
40 - 44	81	256,43	12,99	–	–
45 - 49	123	229,73	14,79	2	38,90
50 - 54	212	239,90	16,73	4	95,50
55 - 59	292	238,54	19,87	4	134,55
60 - 64	445	253,89	18,21	–	–
65 - 69	495	238,45	18,91	5	88,12
70 und höher	299	234,09	23,73	6	96,98
Insgesamt	2 067	245,26	18,40	21	96,21
			Witwen und Witwer		
unter 30	13	442,42	14,23	–	–
30 - 34	39	269,20	9,93	–	–
35 - 39	73	337,57	10,10	–	–
40 - 44	86	276,28	13,13	–	–
45 - 49	142	279,72	16,88	2	38,90
50 - 54	238	284,59	17,66	4	95,50
55 - 59	343	300,03	20,59	4	134,55
60 - 64	488	289,89	18,82	1	100,80
65 - 69	550	281,41	20,13	5	88,12
70 - 79	292	256,55	23,38	5	89,54
80	6	127,35	16,22	–	–
81	6	312,82	31,13	–	–
82	8	455,65	34,65	–	–
83	2	382,60	75,47	1	134,20
84	1	518,70	12,50	–	–
85	–	–	–	–	–
86	1	872,60	33,51	–	–
87	1	390,70	13,40	–	–
88	–	–	–	–	–
89	–	–	–	–	–
90	–	–	–	–	–
91	–	–	–	–	–
92	–	–	–	–	–
93	–	–	–	–	–
94	–	–	–	–	–
95	–	–	–	–	–
96 und höher	–	–	–	–	–
Insgesamt	2 289	286,15	19,20	22	96,42

erziehung nach dem KLG werden auch in Verbindung mit Witwen-/Witwerrenten erbracht. Bei der Anrechnung von Kindererziehungszeiten nach dem HEZG waren am 1.1.1989 in Baden-Württemberg 2 289 Fälle zu verzeichnen (Tabelle 6). Da dies insbesondere die Witwerrenten betraf, war der durchschnittliche Rentenbetrag mit 286 DM relativ gering, desgleichen auch der darauf entfallende Betrag auf die Kindererziehungszeiten in Höhe von 19 DM oder 6,7 % des Rentenbetrags insgesamt. Von höherer Bedeutung für die Witwen-/Witwerrenten sind die Leistungen für Kindererziehung nach dem Kindererziehungsleistungsgesetz. Hier waren 65 776 Fälle zu konstatieren, die alle insgesamt auf Witwen entfallen. Der durchschnittliche Rentenbetrag über alle Altersgruppen betrug hier 906 DM, die durchschnittliche Leistung für Kindererziehungszeiten 81 DM oder 9 % des Rentenbetrags insgesamt. Auch hier entfiel der weit überwiegende Anteil der Rentenfälle nämlich 72,7 % auf Witwen bis zu 3 Kindern.

der Witwen-/Witwerrenten mit Sonderleistungen für Kindererziehung am 1.1.1989 nach Alter

Witwen-/Witwerrenten mit Leistungen für Kindererziehung nach dem KLG									
insgesamt	durchschnittlicher Rentenbetrag insgesamt	durchschnittliche Leistung für Kindererziehungszeiten	davon						
			Leistungen für Kindererziehung, bei denen ... Kinder berücksichtigt wurden						
			1	2	3	4	5	6	7 und mehr
Anzahl	DM		Anzahl						
6	7	8	9	10	11	12	13	14	15
					Witwer				
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
					Witwen und Witwer				
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
2	440,60	70,00	–	1	1	–	–	–	–
2	1 078,60	98,00	–	–	1	1	–	–	–
1	387,10	84,00	–	–	1	–	–	–	–
–	–	–	–	–	–	–	–	–	–
19 706	882,16	78,98	3 908	6 435	4 368	2 374	1 256	602	763
6 364	900,80	81,29	1 205	2 015	1 381	871	399	216	277
6 020	897,49	82,31	1 094	1 910	1 350	772	402	218	274
5 492	911,11	81,28	1 048	1 735	1 237	670	353	194	255
4 737	906,83	81,32	939	1 477	1 004	626	299	177	215
4 291	905,05	82,30	862	1 321	914	495	309	170	220
3 771	904,49	82,48	746	1 152	826	452	257	150	188
3 260	918,61	82,50	659	975	694	427	224	120	161
2 868	941,85	84,12	600	824	596	357	211	118	162
2 294	926,81	85,66	425	688	480	311	154	92	144
1 783	936,68	83,28	386	525	350	228	119	68	107
1 517	938,99	85,26	300	446	300	190	127	65	89
1 072	947,91	83,74	198	337	222	145	79	33	58
867	965,75	80,03	191	278	163	99	67	31	38
623	987,19	84,49	117	194	143	61	45	26	37
415	1 012,55	83,12	82	128	88	48	27	17	25
246	1 024,81	83,43	45	68	60	34	24	6	9
445	986,97	86,39	98	129	75	54	43	14	32
65 776	906,31	81,42	12 903	20 638	14 254	8 215	4 395	2 317	3 054

Waisenrenten

Zum 1.1.1989 wurden in Baden-Württemberg insgesamt 51 457 Waisenrenten bezahlt. Die Halbwaisenrenten stellten dabei einen Anteil von 97,1 %. Hiervon wurden wiederum 80,3 % Waisenrenten an Waisen von gestorbenen Männern ausbezahlt. Die meisten Waisenrenten, nämlich 31,0 % des gesamten Rentenbestandes weist eine Rentenbetragshöhe zwischen 250 und 300 DM auf. Nach Voll- und Halbwaisenrenten ist dies unterschiedlich, da der häufigste Wert bei Vollwaisenrenten mit 261 Renten zwischen 500 und 550 DM liegt. Bei den Halbwaisenrenten ist im Hinblick auf den häufigsten Wert einer Waisenrente zu unterscheiden zwischen Waisenrenten an Waisen von Männern, der zwischen 300 DM und 350 DM liegt sowie der niedrigere Wert von Waisenrenten an Waisen von Frauen deren höchster Wert zwischen 200 und 250 DM liegt.

Weitere Perspektiven

Die zukünftige Entwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung wird langfristig entscheidend von den Faktoren geprägt sein, die nunmehr in einer kaum noch zu überschauenden Zahl von Prognosen, Projektionen und Modellrechnungen analysiert und beschrieben wurden. Stellvertretend für die gesamte Gattung dieser Arbeiten sei hier auf das Prognos-Gutachten: Gesamtwirtschaftliche Entwicklungen und gesetzliche Rentenversicherung vor dem Hintergrund einer schrumpfenden Bevölkerung, das im Auftrag des VDR erstellt wurde, hingewiesen. Die Sachlage ist klar: Die Zahl der Ansprüche derer, die Leistungen erwarten, ist bereits in der Vergangenheit gestiegen und wird in der Zukunft weiter steigen, nach dem Jahre 2000 sogar mit beschleunigtem Tempo; die Zahl derer hingegen, die das ganze System mit Beiträgen speisen, wird zwischen 1990 und 2000 stagnieren, nach dem Jahre 2000 jedoch mit sich beschleunigendem Tempo abnehmen. Genau betrachtet ist die künftige Entwicklung der Beitragszahler eine Unbekannte, da hier mehrere Faktoren außerhalb der demographischen Trends hineinspielen. Dabei ist insbesondere die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt zu nennen, aber auch hohe Zuwanderungen aus Osteuropa und den Ländern der Europäischen Gemeinschaft, sowie Einwanderungen von Asylanten und Flüchtlingen der Dritten Welt. Ob die Zuwanderungen ein Gewinn oder Verlust für die Rentenversicherung sein werden, entscheidet sich insbesondere bei der Frage der Integration in den Arbeitsmarkt. Hohe Qualifikationen dieser Arbeitskräfte oder zumindest ausbaufähige Qualifizierungen sowie deren Zuschnitt auf die Strukturen der Erfordernisse des Arbeitsmarktes und nicht zuletzt der Wille zur gesellschaftlichen Integration sind hierbei unabdingbare Voraussetzungen. Da diese Bedingungen insbesondere bei den Asylanten und Flüchtlingen aus der Dritten Welt in der Regel nicht gegeben sind und auch bei den anderen Zuwanderungs- und Einwanderungsgruppen ohne zuvor erbrachte Integrationsleistungen nicht durchgängig erwartet werden können, kann nicht sicher von einer Zunahme der Zahl der Beitragszahler durch Zu- und Einwanderungen und damit einer Verbesserung der Lage ausgegangen werden. Erhöhte Absorptionsmöglichkeiten des Arbeitsmarktes werden sich eher in einer Zunahme der Tätigkeitsquote bei Frauen niederschlagen. Eine Entschärfung der finanziellen Lage der Rentenversicherung durch Einwanderungen von Arbeitskräften muß nicht nur als problematisch angesehen werden, sie kann eher zu neuartigen sozialen Spannungen führen, die letztlich das Solidaritätsprinzip in Frage stellen.

Offen sind auch die zukünftigen ökonomischen Wachstumsgegebenheiten und deren Produktivitätseffekte, die über die allgemeine Einkommensentwicklung der Versicherten und die Gewinne der Arbeitgeber auf das Finanzierungssystem der gesetzlichen Rentenversicherung einwirken. Vor diesem Hintergrund ist es zu verstehen, daß der von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf einer Rentenreform in der gesetzlichen Alterssicherung von einem breiten Parteienkonsens getragen wird. Dabei ist davon auszugehen, daß die dort projektierten Maßnahmen der Rentenreform bis zum Jahre 2010 ihre Wirkung entfalten sollen. Hierzu ist klarzustellen, daß die eigentliche Belastungsprobe für das gesetzliche Rentenversicherungssystem aus heutiger Sicht je-

doch erst 20 bis 30 Jahre später eintreten wird. Ein charakteristisches Merkmal der Rentenreform muß darin gesehen werden, daß sie keine "Strukturreform" im eigentlichen Sinne darstellt, da nahezu sämtliche Eingriffspunkte im Rentensystem berührt werden. Das Schwergewicht beim Vorgehen der Rentenreform lag somit darin, durch ein möglichst gleichmäßiges Austarieren aller Ansprüche und Zahlungen ein gesellschaftspolitisches Gleichgewicht im bestehenden System zu sichern.

Hierzu gehört insbesondere die Nettoanpassung der Renten. So sollen die Rentner auch künftig am steigenden Lebensstandard der Erwerbstätigen Anteil haben, allerdings wird berücksichtigt, daß die Abgabenbelastung schneller steigt als das Nettoeinkommen. Daher sollen künftig die Renten jährlich der Entwicklung der Nettolöhne folgen. Dies dürfte nicht zuletzt auch dadurch zu vertreten sein, daß aufgrund der Tarifreform im Steuerrecht ab 1990 eine allzu stark divergierende Entwicklung zwischen Brutto- und Nettolöhnen zukünftig eher vermieden werden kann als in den siebziger und achtziger Jahren. Im übrigen wird im Gesetz damit festgeschrieben, was in den letzten 10 Jahren ohnehin mit Blick auf die Rentenfinanzen bereits praktiziert wurde, nämlich die Abkehr von der Bruttoerhöhung.

Das Pendant zur Rentenanpassung ist die Beitragsanpassung. Durch sie muß das ausgeglichen werden, was an Sparmaßnahmen im Leistungsbereich nicht erbracht wird. Hier soll eine Automatik eingeführt werden, die den Beitragssatz jährlich so festsetzt, daß die Ausgaben durch die Einnahmen gedeckt werden. Renten, Beitragssatz und Bundeszuschuß werden künftig selbstregulierend verbunden, was durch Gesamtanpassungen per Verordnung erfolgen soll. Damit ist der Beitragssatz zu einer veränderlichen Größe geworden, deren aktuelle Abhängigkeit von der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung gegeben ist.

Die weitere Schlüsselgröße der Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung ist der Bundeszuschuß, der seit Einführung im Jahre 1957 einen rückläufigen Anteil an den Rentenzahlungen aufweist. Der Bund leistet seinen Zuschuß für Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung als Garant und letztverantwortlicher Organisator dieses Systems. Nach dem vorliegenden Rentenreformentwurf soll der Bundeszuschuß zunächst im Jahre 1990 um 300 Millionen DM und 1991 um weitere 2 Milliarden DM erhöht werden. ! Folgejahr 1992 werden weitere 4,8 Milliarden hinzukommen, die der Bund bisher den Rentenversicherern für die Kindererziehungszeiten zahlte. Auf dieser Basis soll der künftige Bundeszuschuß dann stärker dynamisiert werden, indem der jährliche Anstieg sich an den Bruttoverdiensten und zugleich an den Beiträgen orientiert. Ob insbesondere die Regelungen über die diskretionären Erhöhungen bis zum Jahre 1992 eine Entlastung für die gesetzliche Rentenversicherung auf Dauer erbringen, ist bei Experten umstritten, da von den eigentlichen Zahlungen des Bundeszuschusses die speziellen Erstattungszahlungen des Bundes unterschieden werden müssen.

Eine weitere Regelung, die Erwerbstätigen betreffend, ist die Neugestaltung der Altersgrenze. Sie soll langfristig einheitlich wiederum auf 65 Jahre festgelegt werden. Die Anhebung soll schrittweise vorgenommen werden und im Jahre 2001 beginnen. Ab diesem Jahr soll die Altersgrenze jährlich um 3 Monate, ab 2005 um 6 Monate steigen. Die Regelaltersgrenze von 65 Jahren gilt dann für Frauen und Arbeitslose ab dem Jahre 2012, für Männer bereits ab dem Jahre 2006. Diese relativ späte Anhebung der Altersgrenze gründet auf sehr optimistischen ökonomischen Annahmen.

Obwohl die Rentenreform in ihrem K n keine Strukturreform darstellt, so enthält sie doch Strukturelemente. Hierzu gehört vor allem die Einführung des Gesamtleistungsmodells. Danach soll eine Neuordnung der beitragslosen Zeiten in der Rentenversicherung dahingehend erfolgen, daß eine den Verdiensten der Berechtigten entsprechende individuelle Bewertung aller Ausfallzeiten erfolgt. Bisher wurden Ausfallzeiten nur angerechnet, wenn vom Eintritt in das Erwerbsleben bis zum Versicherungsfall

mindestens die halbe Zeit über Pflichtbeiträge entrichtet wurden (Halbdeckungsprinzip). Das wirkte sich insbesondere zu ungunsten von Frauen aus, die wegen der Kinder zeitweise nicht erwerbstätig waren. Diese scharfe Trennung des "alles oder nichts" soll nun dahingehend korrigiert werden, daß jeder, der Beiträge entrichtet hat, auch rentenrechtlich beitragslose Zeiten je nach Beitragsdichte und -höhe anerkannt erhält. Dies dürfte sich in Zukunft insbesondere auf die Rentenhöhe von Frauen positiv auswirken. Schließlich ist als ein Strukturelement noch die Verlängerung der Kindererziehungsjahre zu nennen. Danach sollen für nach 1991 geborene Kinder nicht mehr nur 1, sondern 3 Kindererziehungsjahre in der Rentenversicherung gutgeschrieben werden. Wie bisher werden sie mit 75 % des Durchschnittseinkommensbetrages bewertet.

Sowohl mit dem Gesamtleistungsmodell als auch mit dem Ausbau der Kindererziehungsjahre wird eine Verstärkung der Kindererziehungskomponente in der gesetzlichen Rentenversicherung erzielt. Im übrigen wurde der Forderung des Sozialbeirats Rechnung getragen, indem Lohnersatzleistungen (bei Arbeitslosigkeit und Krankheit) von Ausfallzeiten in Pflichtbeitragszeiten umgewandelt wurden. Ab 1995 soll die Bundesanstalt für Arbeit Rentenbeiträge nicht mehr auf der Basis des Arbeitslosengeldes zahlen, sondern von 80 % des früheren Bruttoarbeitsentgelts, was auf eine Verschiebung von Finanzmitteln zwischen Bundesanstalt für Arbeit und der gesetzlichen Rentenversicherung hinausläuft. Ob mit den Maßnahmen des Rentenreformentwurfs, der hier in aller Kürze nachgezeichnet wurde, ein ausreichender Weg beschritten wird, um die anstehenden Probleme der kommenden zwei Jahrzehnte zu meistern, wird erst die Zukunft zeigen. Offene Fragen ergeben sich insbesondere noch unter dem Gesichtspunkt, daß die gesetzliche Rentenversicherung im Rentenreformentwurf als ein vollständig isoliertes System betrachtet wurde. Andere Versorgungsleistungen älterer Menschen wurden nicht berücksichtigt. Dies betrifft zunächst die zweite, aber insbesondere auch die dritte Säule der Alterssicherung insgesamt. Hier ist offen geblieben, welche Rolle die betriebliche Altersversorgung bzw. die Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst sowie die private Altersvorsorge in Zukunft spielen können und spielen sollen. Denn genauso wie in Zukunft immer mehr Leistungen in der gesetzlichen Rentenversicherung von immer weniger Beitragszahlern getragen werden müssen, werden sich auch immer größere private Vermögen (sowie der daraus fließenden Einkommen) auf immer weniger Menschen und damit auch Rentenempfänger konzentrieren.

Zusammenfassung

- Die allgemeine Lage in der gesetzlichen Rentenversicherung macht es erforderlich, künftig die Rentenproblematik stärker als bisher im regionalen Kontext zu analysieren, da Beitragszahlungen an und Rentenzahlungen von dieser Institution eine hohe regionale Inzidenz aufweisen. Obwohl es sich im Rentenbereich um regional ungezielte Ausgaben handelt, gehen von ihnen noch mannigfache Wirkungen auf die gesamtwirtschaftliche Nachfrage einer Region aus; andererseits ist das Beitragsaufkommen abhängig von der wirtschaftlichen Leistungskraft.

- Die Leistungs- und Finanzierungsindikatoren der Landesversicherungsanstalten geben ein Abbild der länderspezifischen Strukturen im ökonomischen und sozialen Bereich. Sie weisen die beiden Landesversicherungsanstalten von Baden-Württemberg im Vergleich zu den anderen Bundesländern als finanziell leistungsfähige Institutionen aus. So hat Baden-Württemberg unter den Flächenländern die höchste Beitrags- und Leistungskraft im Bereich der Arbeiterrentenversicherung aufzuweisen.

- Die Rentenleistungen, wie sie heute in Form der Zugangsrenten pro Rentenempfänger an die Wohnsitze der Rentner gezahlt werden, sind nicht das Ergebnis aktueller ökonomischer Entwicklungen, sondern das Resultat der bis zu 40 Jahren zurückliegenden Erwerbsbiographien der dahinterstehenden Rentenfälle. Die Höhe

der Rentenzahlungen nach dem Gemeinlastverfahren hängt also entscheidend ab von der vergangenen Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte der Regionen. Dies erklärt auch, warum die höchsten Zugangsrenten heute in den altindustrialisierten Regionen des Ruhr- und Saargebiets sowie in Norddeutschland zu finden sind, während die früher vornehmlich ländlich strukturierten Räume Süddeutschlands unterdurchschnittlich hohe Zugangsrenten pro Kopf ausweisen.

- Eine Analyse des gesamten Rentenbestandes in Baden-Württemberg wurde erstmals möglich, nachdem der Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) außer für Bayern auch für Baden-Württemberg die Renten aller drei Versicherungszweige (Arbeiter-, Angestellten- und Knappschaftsversicherung) für das Statistische Landesamt anhand des Postleitzahlschlüssels regionalisiert hat. Es werden nur Inlandsrenten nachgewiesen.

- Die entscheidenden Unterschiede in der Struktur der Rentenfälle ergeben sich zwischen den Geschlechtern. Bei beiden Geschlechtern dominiert bei den Versichertenrenten das normale Altersruhegeld mit 65 Lebensjahren (bei den Frauen etwas stärker als bei den Männern). Während das vorzeitige Altersruhegeld wegen Vollendung des 60. Lebensjahres bei Frauen (Frauenkomponente in der Rentenversicherung) stark angenommen wird, sind die Männer ganz überwiegend beim vorgezogenen Altersruhegeld mit 63 Lebensjahren sowie mit 60 Lebensjahren bei Arbeitslosigkeit oder Schwerbehinderung vertreten. Abweichungen zum Bundesgebiet ergeben sich durch einen hohen Anteil Baden-Württembergs an den Altersruhegeldern bei Vollendung des 63. Lebensjahres sowie an den normalen Altersruhegeldern bei 65 Lebensjahren. Dagegen sind die Anteile Baden-Württembergs an vorzeitigen Altersruhegeldern mit 60 Lebensjahren wegen Arbeitslosigkeit, aber auch die Erwerbsunfähigkeitsrenten entschieden schwächer ausgeprägt als im übrigen Bundesgebiet.

- Erhebliche geschlechtsspezifische Unterschiede lassen sich auch bei den Durchschnittsrenten nachweisen. Während die durchschnittliche Versichertenrente in Baden-Württemberg für Männer bei 1 607 DM liegt (Bund: 1 569 DM), beträgt sie für die Frauen 705 DM (Bund: 660 DM). Die höchsten Renten wurden beim vorgezogenen Altersruhegeld wegen Vollendung des 63. Lebensjahres bezogen (Männer: 1 987 DM; Frauen: 1 061 DM), die niedrigsten Altersruhegelder fallen beim normalen Altersruhegeld mit 65 Lebensjahren an (Männer: 1 449 DM; Frauen: 500 DM). Darunter liegt bei den Männern nur noch die durchschnittliche Erwerbsunfähigkeitsrente; diese ist bei den Frauen allerdings höher als die normale Altersrente.

- Ein Zusammenhang zwischen Rentenhöhe, Altersarmut und Sozialhilfe ergibt sich insbesondere bei Frauen, die ausschließlich ein normales Altersruhegeld mit dem 65. Lebensjahr beziehen. Da der Bezug dieses Altersruhegeldes lediglich eine Versicherungszeit von 60 Kalendermonaten voraussetzt, finden sich hier auch die Frauen mit den größten Erwerbs- und Versicherungslücken und somit der geringsten Beitragsdichte. Trotzdem muß festgehalten werden, daß der Sozialhilfebezug von Rentnern in den vergangenen 10 Jahren stark zurückgegangen ist.

- Die Kindererziehungskomponente nach dem Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeitengesetz (HEZG) macht sich in Baden-Württemberg immer stärker bemerkbar. Nach diesem Gesetz erwerben Mütter oder Väter der Geburtsjahrgänge 1921 und jünger einen Anspruch auf Anrechnung von Erziehungszeiten. Am 1.1.1989 wurden 158 466 Renten in Verbindung mit diesem Gesetz an Frauen und 5 089 an Männer ausgezahlt. Die auf die Kindererziehungszeiten entfallende Rente betrug durchschnittlich bei Männern 4,3 % der Rentenhöhe, bei den Frauen dagegen 8,7 %. Für Mütter, die vor 1921 geboren sind, gelten die Bestimmungen nach dem Kindererziehungsleistungsgesetz (KLG). Gegenwärtig sind allerdings erst die Mütter der Geburtsjahrgänge 1911

und früher in die Leistungen einbezogen, die Jahrgänge 1912 bis 1920 folgen bis 1.10.1990. Die Rentenleistungen betragen pro Kind jährlich 1,125 % der allgemeinen Bemessungsgrundlage und sind damit dynamisiert. Sozialpolitisch bedeutsam ist gerade diese Leistung, da sie Müttern zufließt, die aufgrund von Kindererziehung nur eine unterdurchschnittliche eigene Rente (503 DM) aufweisen. Die durchschnittliche Kindererziehungsleistung von 69 DM macht daher auch 13,6 % der Versichertenrente insgesamt aus.

- Neben den Versichertenrenten sind die Hinterbliebenenrenten eine weitere bedeutsame Leistungskategorie der gesetzlichen Rentenversicherung. Dieser Bereich unterteilt sich in die 51 457 Waisenrenten (8,7 %) und die 542 383 Witwen-/Witwerrenten (91,3 %). Seit dem 1.1.1986 ist die Hinterbliebenenversorgung neu geordnet worden, das heißt, auf Witwen-/Witwerrenten wird Erwerbs- oder Erwerbsersatzeinkommen abzüglich eines Freibetrags angerechnet. Während bisher die Männer in der Hinterbliebenenversorgung nahezu keine Rolle gespielt haben, werden sie aufgrund des Reformgesetzes in Zukunft in diese Rentenart stärker als bisher hineinwachsen. Die Witwenrente lag am 1.1.1989 durchschnittlich bei 875 DM, wobei eindeutig eine Abhängigkeit vom Alter des Rentenempfängers gegeben war. So steigt der Rentenbetrag kontinuierlich von 775 DM bei 45jährigen auf 1 000 DM bei 95jährigen Witwen an.

  Die Waisenrenten gehen zu 97,1 % an Halbwaisen. Der häufigste Wert einer Waisenrente bezieht sich auf eine Rentenbetragshöhe zwischen 250 und 300 DM.

Anhang

Seitens des Statistischen Landesamtes waren an der Erstellung des Berichts folgende wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beteiligt:

Dipl.-Volkswirt Roland Brecht
(Abt. 1)

Dipl.-Geograph Manfred Deckarm
(Abt. 6)

Dr. Ingrid Fügel-Waverijn
(Abt. 1)

Dipl.-Sozialwiss. Hans-Jörg Hoffmann
(Abt. 2)

Dr. Peter Linder
(Abt. 5)

Dr. Georg Scherm
(Zur Zeit der Bearbeitung Abt. 6)

Dipl.-Volkswirt Herbert Sinn
(Abt. 4)

Dipl.-Kaufmann Wolfgang Walla
(Abt. 6)

Dipl.-Volkswirt Manfred Wörner
(Abt. 2)

Ausfuhr Baden-Württembergs und des Bundesgebiets 1988*) nach Handelspartnern

Handelspartner	Baden-Württemberg			Bundesgebiet		
	Mill. DM	%	Veränderung 1988 gegen 1980 in %	Mill. DM	%	Veränderung 1988 gegen 1980 in %
Europa	72 161	71,7	+ 74,4	434 209	76,5	+ 66,8
davon						
EG-Länder[1]	46 784	46,5	+ 89,2	308 221	54,3	+ 83,2
EFTA-Länder[1]	20 503	20,4	+ 70,7	94 679	16,7	+ 60,5
Staatshandelsländer[2]	2 939	2,9	+ 47,3	19 683	3,5	+ 14,3
Übriges Europa	1 935	1,9	– 26,6	11 626	2,0	– 35,4
Afrika	2 852	2,8	– 16,8	15 886	2,8	– 17,3
Amerika	14 395	14,3	+ 73,7	60 456	10,6	+ 72,0
darunter						
Vereinigte Staaten	11 659	11,6	+ 97,7	45 678	8,0	+ 112,7
Asien	10 169	10,1	+ 81,5	52 058	9,2	+ 64,3
darunter						
Japan	2 828	2,8	+ 203,2	13 117	2,3	+ 231,2
Australien und Ozeanien	1 040	1,0	+ 75,5	4 271	0,8	+ 73,0
Ausfuhr insgesamt	100 621	100	+ 69,7	567 705	100	+ 62,0

*) Vorläufige Werte. - 1) Jeweiliger Gebietsstand. - 2) Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien.

Zu II/1.2

Tabelle 1

Außenhandel Baden-Württembergs mit den EG-Ländern

Land	1984	1987	1984	1987	Veränderung 1987/1984
	Mill. DM		%		
	Ausfuhr				
EG-Länder insgesamt	32 992,6	41 985,2	100	100	+ 27,3
davon					
Frankreich	10 220,5	12 144,3	31,0	28,9	+ 18,8
Italien	6 036,7	8 359,5	18,3	19,9	+ 38,5
Vereinigtes Königreich	5 302,2	6 470,4	16,1	15,4	+ 22,0
Niederlande	4 713,1	5 658,2	14,3	13,5	+ 20,1
Belgien-Luxemburg	3 120,6	3 969,5	9,5	9,5	+ 27,2
Spanien	1 161,6	2 312,6	3,5	5,5	+ 99,1
Dänemark	1 187,9	1 433,5	3,6	3,4	+ 20,7
Griechenland	705,1	771,0	2,1	1,8	+ 9,3
Portugal	289,6	587,0	0,9	1,4	+ 102,7
Irland	255,6	279,1	0,8	0,7	+ 9,2
	Einfuhr				
EG-Länder insgesamt	28 435,1	30 099,4	100	100	+ 5,9
davon					
Frankreich	8 288,2	8 717,4	29,1	29,0	+ 5,2
Italien	6 818,8	8 327,6	24,0	27,7	+ 22,1
Niederlande	3 957,4	3 430,0	13,9	11,4	– 13,3
Vereinigtes Königreich	3 867,3	3 240,9	13,6	10,8	– 16,2
Belgien-Luxemburg	2 655,7	2 895,5	9,3	9,6	+ 9,0
Spanien	1 359,8	1 423,5	4,8	4,7	+ 4,7
Irland	267,9	576,9	0,9	1,9	+ 115,3
Griechenland	482,6	541,3	1,7	1,8	+ 12,2
Portugal	311,0	531,5	1,1	1,8	+ 70,9
Dänemark	426,3	414,7	1,5	1,4	– 2,7

Tabelle 2

Außenhandel Baden-Württembergs mit den EG-Ländern

Gütergruppe	1984	1987	1984	1987	Veränderung 1987/1984
	Mill. DM		%		
	Ausfuhr				
Insgesamt	32 992,6	41 985,2	100	100	+ 27,3
darunter					
Maschinenbauerzeugnisse	6 090,4	8 691,2	18,5	20,7	+ 42,7
Straßenfahrzeuge	5 727,6	8 175,0	17,4	19,5	+ 42,7
Elektrotechnische Erzeugnisse	5 156,7	6 769,5	15,6	16,1	+ 31,3
Chemische Erzeugnisse	2 653,5	3 204,6	8,0	7,6	+ 20,8
Textilien	1 668,8	1 884,8	5,1	4,5	+ 12,9
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	1 344,2	1 421,4	4,1	3,4	+ 5,7
Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	1 208,1	1 399,4	3,7	3,3	+ 15,8
Eisen-, Blech- und Metallwaren	1 116,3	1 343,1	3,4	3,2	+ 20,3
	Einfuhr				
Insgesamt	28 435,1	30 099,4	100	100	+ 5,9
darunter					
Chemische Erzeugnisse	4 040,8	4 236,5	14,2	14,1	+ 4,8
Straßenfahrzeuge	2 552,0	3 923,0	9,0	13,0	+ 53,7
Elektrotechnische Erzeugnisse	2 279,7	2 687,9	8,0	8,9	+ 17,9
Maschinenbauerzeugnisse	1 858,2	2 308,8	6,5	7,7	+ 24,2
Textilien	2 061,4	2 290,1	7,2	7,6	+ 11,1
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	1 774,0	2 026,4	6,2	6,7	+ 14,2
Erzeugnisse der Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei	1 669,2	1 971,7	5,9	6,6	+ 18,1
Mineralölerzeugnisse	2 468,6	1 101,1	8,7	3,7	– 55,4
Eisen und Stahl	1 061,1	913,0	3,7	3,0	– 14,0

Zu II/1.2

Tabelle 3

Außenhandel Baden-Württembergs mit Frankreich

Gütergruppe	1984	1987	1984	1987	Veränderung 1987/1984
	Mill. DM		%		
	Ausfuhr				
Insgesamt	10 220,5	12 144,3	100	100	+ 18,8
darunter					
Maschinenbauerzeugnisse	1 798,4	2 405,0	17,6	19,8	+ 33,7
Elektrotechnische Erzeugnisse	1 931,0	2 258,5	18,9	18,6	+ 17,0
Straßenfahrzeuge	1 616,1	1 986,1	15,8	16,4	+ 22,9
Chemische Erzeugnisse	638,8	832,5	6,3	6,9	+ 30,3
Textilien	421,8	460,8	4,1	3,8	+ 9,2
Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	361,3	430,1	3,5	3,5	+ 19,0
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	439,1	425,6	4,3	3,5	− 3,1
Eisen-, Blech- und Metallwaren	351,9	414,8	3,4	3,4	+ 17,9
Kunststofferzeugnisse	267,7	363,5	2,6	3,0	+ 35,8
	Einfuhr				
Insgesamt	8 288,2	8 717,4	100	100	+ 5,2
darunter					
Chemische Erzeugnisse	1 117,8	1 206,2	13,5	13,8	+ 7,9
Straßenfahrzeuge	525,8	953,3	6,3	10,9	+ 81,3
Elektrotechnische Erzeugnisse	809,1	857,7	9,8	9,8	+ 6,0
Maschinenbauerzeugnisse	849,7	853,1	10,3	9,8	+ 0,4
Erzeugnisse der Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei	569,5	802,2	6,9	9,2	+ 40,9
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	719,8	676,0	8,7	7,8	− 6,1
Textilien	337,5	357,5	4,1	4,1	+ 5,9
Mineralölerzeugnisse	672,3	339,5	8,1	3,9	− 49,5
NE-Metalle und -Metallhalbzeug	355,5	287,1	4,3	3,3	− 19,2
Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	243,0	274,8	2,9	3,2	+ 13,1
Eisen-, Blech- und Metallwaren	228,5	270,8	2,8	3,1	+ 18,5

Tabelle 4

Außenhandel Baden-Württembergs mit Italien

Gütergruppe	1984	1987	1984	1987	Veränderung 1987/1984
	Mill. DM		%		
	Ausfuhr				
Insgesamt	6 036,7	8 359,5	100	100	+ 38,5
darunter					
Straßenfahrzeuge	1 382,1	2 297,7	22,9	27,5	+ 66,2
Maschinenbauerzeugnisse	941,8	1 540,1	15,6	18,4	+ 63,5
Elektrotechnische Erzeugnisse	830,1	1 325,6	13,8	15,9	+ 59,7
Chemische Erzeugnisse	450,6	570,9	7,5	6,8	+ 26,7
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	486,9	435,8	8,1	5,2	− 10,5
Textilien	211,7	265,7	3,5	3,2	+ 25,5
	Einfuhr				
Insgesamt	6 818,8	8 327,6	100	100	+ 22,1
darunter					
Straßenfahrzeuge	1 407,2	2 012,3	20,6	24,2	+ 43,0
Textilien	919,6	1 117,3	13,5	13,4	+ 21,5
Maschinenbauerzeugnisse	528,9	736,3	7,8	8,8	+ 39,2
Elektrotechnische Erzeugnisse	532,3	625,7	7,8	7,5	+ 17,5
Chemische Erzeugnisse	325,5	405,8	4,8	4,9	+ 24,7
Bekleidung	250,7	341,5	3,7	4,1	+ 36,2
Schuhe	355,6	340,7	5,2	4,1	− 4,2
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	246,4	259,8	3,6	3,1	+ 5,4

Zu II/1.2
Tabelle 5

Außenhandel Baden-Württembergs mit dem Vereinigten Königreich

Gütergruppe	1984	1987	1984	1987	Veränderung 1987/1984
	Mill. DM		%		
	Ausfuhr				
Insgesamt	5 302,2	6 470,4	100	100	+ 22,0
darunter					
Maschinenbauerzeugnisse	1 270,7	1 558,9	24,0	24,1	+ 22,7
Straßenfahrzeuge	998,6	1 395,8	18,8	21,6	+ 39,8
Elektrotechnische Erzeugnisse	784,5	1 007,0	14,8	15,6	+ 28,4
Chemische Erzeugnisse	405,0	491,9	7,6	7,6	+ 21,5
Textilien	280,2	263,7	5,3	4,1	– 5,9
Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	252,8	222,9	4,8	3,4	– 11,8
Eisen-, Blech- und Metallwaren	166,0	207,5	3,1	3,2	+ 25,0
	Einfuhr				
Insgesamt	3 867,3	3 240,9	100	100	– 16,2
darunter					
Chemische Erzeugnisse	1 149,1	1 174,2	29,7	36,2	+ 2,2
Erdöl, Erdgas und bituminöse Gesteine	1 560,5	528,1	40,4	16,3	– 66,2
Elektrotechnische Erzeugnisse	264,8	380,0	6,8	11,7	+ 43,5
Maschinenbauerzeugnisse	148,9	224,7	3,9	6,9	+ 50,9
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	60,9	100,2	1,6	3,1	+ 64,5
Textilien	83,1	99,4	2,1	3,1	+ 19,6

Tabelle 6

Außenhandel Baden-Württembergs mit den Niederlanden

Gütergruppe	1984	1987	1984	1987	Veränderung 1987/1984
	Mill. DM		%		
	Ausfuhr				
Insgesamt	4 713,1	5 658,2	100	100	+ 20,1
darunter					
Maschinenbauerzeugnisse	791,4	1 132,6	16,8	20,0	+ 43,1
Elektrotechnische Erzeugnisse	598,2	770,7	12,7	13,6	+ 28,8
Straßenfahrzeuge	600,7	715,6	12,7	12,6	+ 19,1
Chemische Erzeugnisse	475,7	495,8	10,1	8,8	+ 4,2
Textilien	300,4	305,2	6,4	5,4	+ 1,6
Eisen-, Blech- und Metallwaren	201,5	244,7	4,3	4,3	+ 21,4
Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	184,9	197,5	3,9	3,5	+ 6,8
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	170,4	194,1	3,6	3,4	+ 13,9
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	176,9	191,7	3,8	3,4	+ 8,4
Kunststofferzeugnisse	124,3	177,6	2,6	3,1	+ 42,9
	Einfuhr				
Insgesamt	3 957,4	3 430,0	100	100	– 13,3
darunter					
Chemische Erzeugnisse	882,3	873,4	22,3	25,5	– 1,0
Mineralölerzeugnisse	1 178,6	545,1	29,8	15,9	– 53,8
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	569,0	480,2	14,4	14,0	– 15,6
Erzeugnisse der Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei	397,5	442,3	10,0	12,9	+ 11,3
Maschinenbauerzeugnisse	120,1	171,5	3,0	5,0	+ 42,8
Elektrotechnische Erzeugnisse	129,9	139,6	3,3	4,1	+ 7,5
NE-Metalle und -Metallhalbzeug	162,0	124,2	4,1	3,6	– 23,3

Zu II/1.2

Tabelle 7

Außenhandel Baden-Württembergs mit Belgien-Luxemburg

Gütergruppe	1984	1987	1984	1987	Veränderung 1987/1984
	Mill. DM		%		
	Ausfuhr				
Insgesamt	3 120,6	3 969,5	100	100	+ 27,2
darunter					
Straßenfahrzeuge	661,5	868,4	21,2	21,9	+ 31,3
Maschinenbauerzeugnisse	515,5	739,9	16,5	18,6	+ 43,5
Elektrotechnische Erzeugnisse	385,5	506,6	12,4	12,8	+ 31,4
Chemische Erzeugnisse	359,5	412,9	11,5	10,4	+ 14,9
Textilien	187,4	194,3	6,0	4,9	+ 3,7
Eisen-, Blech- und Metallwaren	123,6	142,5	4,0	3,6	+ 15,3
Kunststofferzeugnisse	88,3	121,4	2,8	3,1	+ 37,5
	Einfuhr				
Insgesamt	2 655,7	2 895,5	100	100	+ 9,0
darunter					
Straßenfahrzeuge	288,6	545,0	10,9	18,8	+ 88,8
Chemische Erzeugnisse	369,8	403,5	13,9	13,9	+ 9,1
Eisen und Stahl	303,4	324,6	11,4	11,2	+ 7,0
Elektrotechnische Erzeugnisse	211,2	317,4	8,0	11,0	+ 50,3
Textilien	186,4	153,4	7,0	5,3	− 17,7
NE-Metalle und -Metallhalbzeug	160,9	125,4	6,1	4,3	− 22,1
Musikinstrumente, Spielwaren, Sportgeräte, Schmuck, bel. Filme, Füllhalter u.ä.	109,3	119,1	4,1	4,1	+ 9,0
Mineralölerzeugnisse	376,1	117,8	14,2	4,1	− 68,7
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	61,1	117,5	2,3	4,1	+ 92,3
Maschinenbauerzeugnisse	81,4	109,3	3,1	3,8	+ 34,3
Gummiwaren	71,5	89,0	2,7	3,1	+ 24,5

Tabelle 8

Außenhandel Baden-Württembergs mit Spanien

Gütergruppe	1984	1987	1984	1987	Veränderung 1987/1984
	Mill. DM		%		
	Ausfuhr				
Insgesamt	1 161,6	2 312,6	100	100	+ 99,1
darunter					
Maschinenbauerzeugnisse	263,0	607,3	22,6	26,3	+ 130,9
Straßenfahrzeuge	202,0	566,4	17,4	24,5	+ 180,4
Elektrotechnische Erzeugnisse	248,8	430,9	21,4	18,6	+ 73,2
Chemische Erzeugnisse	123,9	177,5	10,7	7,7	+ 43,3
Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	65,2	94,3	5,6	4,1	+ 44,6
	Einfuhr				
Insgesamt	1 359,8	1 423,5	100	100	+ 4,7
darunter					
Erzeugnisse der Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei	187,8	286,8	13,8	20,1	+ 52,7
Straßenfahrzeuge	208,7	266,4	15,3	18,7	+ 27,6
Elektrotechnische Erzeugnisse	195,6	227,7	14,4	16,0	+ 16,4
Maschinenbauerzeugnisse	62,2	120,2	4,6	8,4	+ 93,2
Chemische Erzeugnisse	104,7	78,9	7,7	5,5	− 24,6
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	57,8	55,5	4,3	3,9	− 4,0
Mineralölerzeugnisse	204,9	52,0	15,1	3,7	− 74,6
Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräte und -einrichtungen	0,9	43,0	0,1	3,0	

Zu II/1.2

Tabelle 9

Außenhandel Baden-Württembergs mit Dänemark

Gütergruppe	1984	1987	1984	1987	Veränderung 1987/1984
	Mill. DM		%		
	Ausfuhr				
Insgesamt	1 187,9	1 433,5	100	100	+ 20,7
darunter					
Maschinenbauerzeugnisse	288,5	361,1	24,3	25,2	+ 25,2
Elektrotechnische Erzeugnisse	196,8	253,0	16,6	17,6	+ 28,6
Straßenfahrzeuge	125,3	170,2	10,5	11,9	+ 35,8
Chemische Erzeugnisse	92,4	98,6	7,8	6,9	+ 6,7
Textilien	77,4	84,9	6,5	5,9	+ 9,7
Eisen-, Blech- und Metallwaren	52,9	56,4	4,5	3,9	+ 6,6
Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	46,2	52,0	3,9	3,6	+ 12,6
Kunststofferzeugnisse	43,8	51,0	3,7	3,6	+ 16,4
	Einfuhr				
Insgesamt	426,3	414,7	100	100	– 2,7
darunter					
Elektrotechnische Erzeugnisse	39,3	57,7	9,2	13,9	+ 46,8
Erzeugnisse der Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei	108,9	52,2	25,5	12,6	– 52,1
Maschinenbauerzeugnisse	44,9	51,9	10,5	12,5	+ 15,6
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	48,6	47,6	11,4	11,5	– 2,1
Chemische Erzeugnisse	30,0	30,7	7,0	7,4	+ 2,3
Holzwaren	17,6	27,2	4,1	6,6	+ 54,5
Kunststofferzeugnisse	21,4	24,7	5,0	6,0	+ 15,4
Textilien	16,0	14,7	3,8	3,5	– 8,1
Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	9,5	12,6	2,2	3,0	+ 32,6

Tabelle 10

Außenhandel Baden-Württembergs mit Griechenland

Gütergruppe	1984	1987	1984	1987	Veränderung 1987/1984
	Mill. DM		%		
	Ausfuhr				
Insgesamt	705,1	771,0	100	100	+ 9,3
darunter					
Textilien	99,5	140,8	14,1	18,3	+ 41,5
Maschinenbauerzeugnisse	97,6	136,0	13,8	17,6	+ 39,3
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	93,9	107,4	13,3	13,9	+ 14,4
Straßenfahrzeuge	94,7	86,6	13,4	11,2	– 8,6
Elektrotechnische Erzeugnisse	91,4	84,1	13,0	10,9	– 8,0
Chemische Erzeugnisse	59,4	57,7	8,4	7,5	– 2,9
Papier- und Pappewaren	40,1	26,3	5,7	3,4	– 34,4
	Einfuhr				
Insgesamt	482,6	541,3	100	100	+ 12,2
darunter					
Textilien	292,5	312,2	60,6	57,7	+ 6,7
Bekleidung	61,8	73,8	12,8	13,6	+ 19,4
Erzeugnisse der Land-, Forst-, Jagdwirtschaft und Fischerei	35,2	62,2	7,3	11,5	+ 76,7
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	32,9	29,6	6,8	5,5	– 10,0

Zu II/1.2

Tabelle 11

Außenhandel Baden-Württembergs mit Portugal

Gütergruppe	1984	1987	1984	1987	Veränderung 1987/1984
	Mill. DM		%		
	Ausfuhr				
Insgesamt	289,6	587,0	100	100	+ 102,7
darunter					
Maschinenbauerzeugnisse	67,0	159,5	23,1	27,2	+ 138,1
Elektrotechnische Erzeugnisse	47,5	91,9	16,4	15,7	+ 93,5
Textilien	34,6	84,5	11,9	14,4	+ 144,2
Straßenfahrzeuge	32,4	65,9	11,2	11,2	+ 103,4
Chemische Erzeugnisse	35,7	49,8	12,3	8,5	+ 39,5
Eisen-, Blech- und Metallwaren	12,0	19,1	4,1	3,3	+ 59,2
Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	10,1	18,6	3,5	3,2	+ 84,2
	Einfuhr				
Insgesamt	311,0	531,5	100	100	+ 70,9
darunter					
Schuhe	30,5	135,2	9,8	25,4	+ 343,3
Textilien	79,1	91,5	25,4	17,2	+ 15,7
Bekleidung	69,2	89,5	22,3	16,8	+ 29,3
Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe	33,3	78,6	10,7	14,8	+ 136,0
Steine und Erden, Asbestwaren, Schleifmittel	14,8	24,2	4,8	4,6	+ 63,5
Holzwaren	17,5	23,3	5,6	4,4	+ 33,1
Maschinenbauerzeugnisse	8,9	20,0	2,9	3,8	+ 124,7
Elektrotechnische Erzeugnisse	3,8	17,0	1,2	3,2	+ 347,4

Tabelle 12

Außenhandel Baden-Württembergs mit Irland

Gütergruppe	1984	1987	1984	1987	Veränderung 1987/1984
	Mill. DM		%		
	Ausfuhr				
Insgesamt	255,6	279,1	100	100	+ 9,2
darunter					
Maschinenbauerzeugnisse	56,5	50,9	22,1	18,2	– 9,9
Textilien	38,5	49,5	15,1	17,7	+ 28,6
Elektrotechnische Erzeugnisse	42,9	41,3	16,8	14,8	– 3,7
Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	18,4	22,9	7,2	8,2	+ 24,5
Straßenfahrzeuge	14,4	22,4	5,6	8,0	+ 55,6
Chemische Erzeugnisse	12,7	17,0	5,0	6,1	+ 33,9
Glas und Glaswaren	7,1	10,4	2,8	3,7	+ 46,5
Papier- und Pappewaren	4,5	10,2	1,8	3,7	+ 126,7
Eisen-, Blech- und Metallwaren	10,6	9,4	4,1	3,4	– 11,3
	Einfuhr				
Insgesamt	267,9	576,9	100	100	+ 115,3
darunter					
Erzeugnisse des Ernährungsgewerbes	17,0	329,0	6,3	57,0	
Elektrotechnische Erzeugnisse	74,7	54,9	27,9	9,5	– 26,5
Chemische Erzeugnisse	49,4	54,1	18,4	9,4	+ 9,5
Feinmechanische und optische Erzeugnisse; Uhren	28,9	29,9	10,8	5,2	+ 3,5
Textilien	25,4	24,8	9,5	4,3	– 2,4
Maschinenbauerzeugnisse	11,4	18,6	4,3	3,2	+ 63,2

Zu II/1.3

Tabelle 1

Bilanz des Unternehmensvermögens 1979 und 1987 nach Ländern
– Bundesgebiet –

Ländergruppe/Land	Bestand an unmittelbaren Direktinvestitionen					
	1979			1987		
	im Ausland	aus dem Ausland	Saldo	im Ausland	aus dem Ausland	Saldo
	Mill. DM					
Industrialisierte westliche Länder insgesamt	50 778	66 959	– 16 181	124 705	97 535	+ 27 170
davon						
EG-Länder[1]	22 463	23 192	– 729	56 598	34 151	+ 22 447
darunter						
Belgien	2 629	1 221	+ 1 408	6 013	1 365	+ 4 648
Frankreich	6 562	4 634	+ 1 928	12 067	6 129	+ 5 938
Großbritannien	2 202	5 693	– 3 491	7 831	10 042	– 2 211
Italien	1 518	793	+ 725	5 258	1 771	+ 3 487
Luxemburg	4 172	1 593	+ 2 579	7 313	630	+ 6 683
Niederlande	4 454	8 666	– 4 212	10 114	12 955	– 2 841
Übrige industrialisierte westliche Länder[2]	28 315	43 767	– 15 452	68 107	63 384	+ 4 723
darunter						
Japan	800	1 907	– 1 107	2 917	6 420	– 3 503
Kanada	2 120	535	+ 1 585	4 425	916	+ 3 509
Österreich	2 463	743	+ 1 720	4 951	1 369	+ 3 582
Schweden	418	1 473	– 1 055	625	2 349	– 1 724
Schweiz	6 402	9 790	– 3 388	10 552	15 127	– 4 575
Vereinigte Staaten von Amerika	11 220	28 697	– 17 477	40 014	35 748	+ 4 266
Entwicklungsländer insgesamt	10 306	2 072	+ 8 234	17 146	2 492	+ 14 654
davon						
OPEC	1 960	923	+ 1 037	2 309	729	+ 1 580
Übrige Entwicklungsländer	8 346	1 149	+ 7 197	14 837	1 763	+ 13 074
darunter						
Brasilien	4 054	106	+ 3 948	6 397	111	+ 6 286
Staatshandelsländer	73	333	– 260	134	653	– 519
Regional nicht aufteilbar	–	902[3]	– 902	–	1 061	– 1 061
Insgesamt	61 157	70 266	– 9 109	141 985	101 741	+ 40 244

1) Jeweiliger Gebietsstand. - 2) Einschließlich Entwicklungsländer in Europa. - 3) Unmittelbare Darlehen der Kapitaleigner von Tochter- an Enkelgesellschaften.

Quelle: Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

Tabelle 2

Das Verflechtungsvolumen*) der Bundesrepublik Deutschland 1979 und 1987 nach ausgewählten Ländern

Ländergruppe/Land	Verflechtungsvolumen		
	1979	1987	Veränderung 1987 gegen 1979
	Mill. DM		%
Insgesamt	131 423	243 726	+ 85,5
darunter			
EG-Länder	45 655	90 749	+ 98,8
darunter			
Niederlande	13 120	23 069	+ 75,8
Frankreich	11 196	18 196	+ 62,5
Großbritannien	7 895	17 873	+ 126,4
Luxemburg	5 765	7 943	+ 37,8
Belgien	3 850	7 378	+ 91,6
Italien	2 311	7 029	+ 204,2
Schweiz	16 192	25 679	+ 58,6
Vereinigte Staaten von Amerika	39 917	75 762	+ 89,8

*) Das Verflechtungsvolumen wurde gebildet aus der Summe der (jeweils unmittelbaren) deutschen Direktinvestitionen im Ausland und der ausländischen Direktinvestitionen in der Bundesrepublik.

Zu II/1.3

Tabelle 3

Länderstruktur des Unternehmensvermögens*) im Ausland und der Exporte des Bundesgebiets 1987
– Ausgewählte Länder mit hohen Beständen an Direktinvestitionen –

Land/Ländergruppe	Exporte			Direktinvestitionen		
	insgesamt	Struktur	Rang	insgesamt	Struktur	Rang
	1987			1987		
	Mill. DM	%		Mill. DM	%	
Frankreich	63 609,5	12,1	1	12 817	8,1	3
Vereinigte Staaten von Amerika	49 879,3	9,5	2	43 113	27,3	1
Großbritannien	46 633,2	8,8	3	8 554	5,4	5
Niederlande	46 088,4	8,7	4	9 961	6,3	4
Italien	46 056,6	8,7	5	7 098	4,5	8
Belgien-Luxemburg	38 846,4	7,4	6	13 420	8,5	2
Schweiz	32 126,9	6,1	7	8 147	5,2	7
Österreich	28 411,1	5,4	8	5 697	3,6	10
Schweden	15 842,0	3,0	9	802	0,5	13
Spanien	14 559,4	2,8	10	6 815	4,3	9
Japan	10 544,7	2,0	11	3 340	2,1	12
Kanada	4 759,8	0,9	12	3 787	2,4	11
Brasilien	2 666,8	0,5	13	8 537	5,4	6
Insgesamt[1]	527 376,2	100		157 912[1]	100	
davon						
Industrialisierte westliche Länder insgesamt[2]	450 987,7	85,5	X	131 756	83,4	X
davon						
EG-Länder[3]	277 920,2	52,7	X	61 565	39,0	X
Übrige industrialisierte westliche Länder	173 067,5	32,8	X	70 191	44,4	X
Entwicklungsländer	53 395,5	10,1	X	20 107	12,7	X
Staatshandelsländer	22 993,0	4,4	X	134	0,1	X

*) Bestand an unmittelbaren und mittelbaren Direktinvestitionen. - 1) Einschließlich regional nicht aufteilbar. - 2) Einschließlich Entwicklungsländer in Europa. - 3) Jeweiliger Gebietsstand.
Quelle: Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

Tabelle 4

Länderstruktur des Unternehmensvermögens*) im Ausland und der Exporte Baden-Württembergs 1979
– Ausgewählte Länder mit hohen Beständen an Direktinvestitionen –

Land/Ländergruppe	Exporte			Direktinvestitionen		
	insgesamt	Struktur	Rang	insgesamt	Struktur	Rang
	1979			Stand Ende 1979		
	Mill. DM	%		Mill. DM	%	
Insgesamt	53 109,2	100	–	8.950[1]	100	–
darunter						
Frankreich	7 423,5	14,0	1	1 206	13,5	3
Vereinigte Staaten von Amerika	5 643,4	10,6	2	1 692	18,9	1
Italien	4 459,2	8,4	3	211	2,4	9
Schweiz	4 153,7	7,8	4	844	9,4	4
Niederlande	3 966,1	7,5	5	175	2,0	11
Großbritannien	3 314,2	6,2	6	308	3,4	7
Österreich	3 201,4	6,0	7	409	4,6	6
Belgien-Luxemburg	2 545,0	4,8	8	251	2,8	8
Schweden	1 585,2	3,0	9	75	0,8	13
Japan	994,9	1,9	10	118	1,3	12
Spanien	708,2	1,3	11	475	5,3	5
Kanada	447,5	0,8	12	182	2,0	10
Brasilien	353,9	0,7	13	1 569	17,5	2
Nachrichtlich:						
EG-Länder[2]	22 697,2	42,7	–	2 221	24,8	–

*) Bestand an unmittelbaren und mittelbaren Direktinvestitionen. - 1) Einschließlich regional nicht aufteilbar. - 2) Jeweiliger Gebietsstand.
Quelle: Landeszentralbank Baden-Württemberg, eigene Berechnungen.

Zu II/1.3

Tabelle 5

Länderstruktur des Unternehmensvermögens*) im Ausland und der Exporte des Bundesgebiets 1979
— Ausgewählte Länder mit hohen Beständen an Direktinvestitionen —

Land/Ländergruppe	Exporte			Direktinvestitionen		
	insgesamt	Struktur	Rang	insgesamt	Struktur	Rang
	1979			Stand Ende 1979		
	Mill. DM	%		Mill. DM	%	
Insgesamt	314 469,4	100	–	70 330[1]	100	–
darunter						
Frankreich	39 992,1	12,7	1	7 081	10,1	3
Niederlande	31 297,7	10,0	2	4 518	6,4	5
Belgien-Luxemburg	26 753,7	8,5	3	7 165	10,2	2
Italien	24 534,1	7,8	4	1 772	2,5	10
Großbritannien	21 033,6	6,7	5	2 549	3,6	9
Vereinigte Staaten von Amerika	20 759,3	6,6	6	14 840	21,1	1
Österreich	16 461,2	5,2	7	2 781	4,0	8
Schweiz	16 398,4	5,2	8	4 208	6,0	6
Schweden	9 118,9	2,9	9	530	0,8	13
Spanien	4 457,5	1,4	10	2 949	4,2	7
Japan	4 150,8	1,3	11	825	1,2	12
Brasilien	2 379,2	0,8	12	4 972	7,1	4
Kanada	2 326,4	0,7	13	1 764	2,5	11
Nachrichtlich:						
EG-Länder[2]	151 751,2	48,3	–	24 073	34,2	–

*) Bestand an unmittelbaren und mittelbaren Direktinvestitionen. - 1) Einschließlich regional nicht aufteilbar. - 2) Jeweiliger Gebietsstand.
Quelle: Deutsche Bundesbank, eigene Berechnungen.

Tabelle 1

Strukturdaten Baden-Württembergs, des Ländlichen Raums i.e.S. und der drei Drittel des Ländlichen Raums i.e.S.*) 1978 und 1987

Merkmal	Maßeinheit	Baden-Württemberg	Ländlicher Raum i.e.S.	Oberes Drittel	Mittleres Drittel	Unteres Drittel
		1978				
Wohnbevölkerung[1]	Anzahl	9 137 790	2 698 381	1 278 961	863 402	556 018
Anteil am Land	%	100	29,5	14,0	9,4	6,1
Anteil am Ländlichen Raum i.e.S.	%	X	100	47,4	32,0	20,6
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte[2]	Anzahl	3 262 282	721 474	429 708	206 575	85 191
Anteil am Land	%	100	22,1	13,2	6,3	2,6
Anteil am Ländlichen Raum i.e.S.	%	X	100	59,6	28,6	11,8
Gemeindefläche	Anzahl	3 574 172	2 370 826	945 265	792 647	632 914
Anteil am Land	%	100	66,3	26,4	22,2	17,7
Anteil am Ländlichen Raum i.e.S.	%	X	100	39,9	33,4	26,7
Bevölkerungsdichte	Einw./km²	256	114	135	109	88
Besiedlungsdichte	Einw./km²	2 420	1 500	1 677	1 452	1 260
		1987				
Wohnbevölkerung[1]	Anzahl	9 390 032	2 779 461	1 300 233	898 481	580 747
Anteil am Land	%	100	29,6	13,8	9,6	6,2
Anteil am Ländlichen Raum i.e.S.	%	X	100	46,8	32,3	20,9
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte[2]	Anzahl	3 556 637	817 683	485 192	234 340	98 151
Anteil am Land	%	100	23,0	13,6	6,6	2,8
Anteil am Ländlichen Raum i.e.S.	%	X	100	59,3	28,7	12,0
Gemeindefläche	Anzahl	3 574 141	2 370 966	945 381	792 363	633 222
Anteil am Land	%	100	66,3	26,5	22,2	17,7
Anteil am Ländlichen Raum i.e.S.	%	X	100	39,9	33,4	26,7
Bevölkerungsdichte	Einw./km²	263	117	138	113	92
Besiedlungsdichte	Einw./km²	2 231	1 377	1 504	1 357	1 179
Siedlungsflächenentwicklung 1978 – 1987	ha	43 304	22 077	10 196	6 750	5 131
	m²/Einw.	47	81	79	76	90

*) Bei den Dritteln handelt es sich um gleichbesetzte Gruppen von Nahbereichen, die mit Hilfe eines Indikatorenbündels ermittelt wurden (vgl. Schaubild 7). - 1) Jeweils 31.12. - 2) Jeweils 30.6.

Zu II/2

Tabelle 2

Bevölkerungsentwicklung in Baden-Württemberg, im Ländlichen Raum i.e.S. und in den drei Dritteln des Ländlichen Raums i.e.S.*) 1978 bis 1987

Zeitpunkt Zeitraum	Wohnbevölkerung[1]				
	Baden-Württemberg	Ländlicher Raum i.e.S.	Oberes Drittel	Mittleres Drittel	Unteres Drittel
	Anzahl				
1978	9 137 790	2 698 381	1 278 961	863 402	556 018
1979	9 190 052	2 714 745	1 282 836	870 825	561 084
1980	9 258 947	2 736 794	1 290 943	879 499	566 352
1981	9 287 921	2 746 002	1 293 720	883 247	569 035
1982	9 270 608	2 746 060	1 291 899	883 970	570 191
1983	9 243 301	2 745 229	1 289 545	884 939	570 745
1984	9 241 083	2 749 831	1 289 316	887 379	573 136
1985	9 271 370	2 754 339	1 290 409	889 381	574 549
1986	9 326 780	2 767 940	1 295 547	894 567	577 826
1987	9 390 032	2 779 461	1 300 233	898 481	580 747
	absolute Veränderung				
1987/78	+ 252 242	+ 81 080	+ 21 272	+ 35 079	+ 24 729
	Veränderung in %				
1979/78	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,3	+ 0,9	+ 0,9
1980/79	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,6	+ 1,0	+ 0,9
1981/80	+ 0,3	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,4	+ 0,5
1982/81	− 0,2	0,0	− 0,1	+ 0,1	+ 0,2
1983/82	− 0,3	0,0	− 0,2	+ 0,1	+ 0,1
1984/83	0,0	+ 0,2	0,0	+ 0,3	+ 0,4
1985/84	+ 0,3	+ 0,2	+ 0,1	+ 0,2	+ 0,2
1986/85	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,4	+ 0,6	+ 0,6
1987/86	+ 0,7	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,5
1987/78	+ 2,8	+ 3,0	+ 1,7	+ 4,1	+ 4,4

*) Bei den Dritteln handelt es sich um gleichbesetzte Gruppen von Nahbereichen, die mit Hilfe eines Indikatorenbündels ermittelt wurden (vgl. Schaubild 7). - 1) Jeweils zum 31.12.

Tabelle 3

Wanderung der 20- bis unter 45jährigen Deutschen in Baden-Württemberg, im Ländlichen Raum i.e.S. und in den drei Dritteln des Ländlichen Raums i.e.S. *) vom 31.12.1977 bis 31.12.1987

Bevölkerung	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985	1986	1987
					Baden-Württemberg					
Wohnbevölkerung (1. Januar)	2 863 095	2 898 997	2 925 637	2 951 005	2 977 701	3 000 076	3 013 629	3 041 671	3 062 822	3 091 703
Zugezogene	289 743	301 519	306 706	322 980	323 053	323 737	297 201	288 767	286 301	283 530
Fortgezogene	284 986	295 932	299 495	313 386	314 318	318 763	297 940	268 349	269 590	268 326
Wanderungssaldo	4 757	5 587	7 211	9 594	8 735	4 974	−739	20 418	16 711	15 204
je 1000 der Wohnbevölkerung	2	2	2	3	3	2	0	7	5	5
					Ländlicher Raum i.e.S.					
Wohnbevölkerung (1. Januar)	809 618	822 029	833 733	845 077	856 029	864 556	874 426	887 665	894 665	906 811
Zugezogene	75 711	79 280	83 686	89 110	90 743	90 178	85 131	81 918	77 009	77 583
Fortgezogene	76 850	78 753	81 652	87 322	89 810	91 021	84 266	76 745	77 506	76 827
Wanderungssaldo	− 1 139	527	2 034	1 788	933	− 843	865	5 173	− 497	756
je 1000 der Wohnbevölkerung	− 1	1	2	2	1	− 1	1	6	− 1	1
					Oberes Drittel					
Wohnbevölkerung (1. Januar)	377 530	382 539	385 848	389 810	393 591	396 641	400 789	406 046	409 030	413 797
Zugezogene	36 508	38 052	39 122	41 804	42 337	42 685	39 964	37 729	35 673	35 875
Fortgezogene	37 732	38 918	40 410	42 821	43 454	44 201	40 376	36 403	36 569	36 408
Wanderungssaldo	− 1 224	− 866	− 1 288	− 1 017	− 1 117	− 1 516	− 412	1 326	− 896	− 533
je 1000 der Wohnbevölkerung	− 3	− 2	− 3	− 3	− 3	− 4	− 1	3	− 2	− 1
					Mittleres Drittel					
Wohnbevölkerung (1. Januar)	261 162	264 900	269 983	274 016	277 744	280 799	284 248	288 788	290 907	295 364
Zugezogene	23 055	23 806	25 820	27 508	27 768	27 554	26 678	25 988	24 383	24 612
Fortgezogene	23 185	23 316	23 715	25 918	26 729	27 120	25 568	23 643	24 036	23 609
Wanderungssaldo	−130	490	2 105	1 590	1 039	434	1 110	2 345	347	1 003
je 1000 der Wohnbevölkerung	0	2	8	6	4	2	4	8	1	3
					Unteres Drittel					
Wohnbevölkerung (1. Januar)	170 926	174 590	177 902	181 251	184 694	187 116	189 389	192 831	194 728	197 650
Zugezogene	16 148	17 422	18 744	19 798	20 638	19 939	18 489	18 201	16 953	17 096
Fortgezogene	15 933	16 519	17 527	18 583	19 627	19 700	18 322	16 699	16 901	16 810
Wanderungssaldo	215	903	1 217	1 215	1 011	239	167	1 502	52	286
je 1000 der Wohnbevölkerung	1	5	7	7	5	1	1	8	0	1

*) Bei den Dritteln handelt es sich um gleichbesetzte Gruppen von Nahbereichen, die mit Hilfe eines Indikatorenbündels ermittelt wurden (vgl. Schaubild 7).

Zu II/2

Tabelle 4

Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Baden-Württemberg, im Ländlichen Raum i.e.S. und in den drei Dritteln des Ländlichen Raums i.e.S.*) 1978 bis 1987

Zeitpunkt Zeitraum	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte				
	Baden-Württemberg	Ländlicher Raum i.e.S.	Oberes Drittel	Mittleres Drittel	Unteres Drittel
	Anzahl				
1978	3 262 282	721 474	429 708	206 575	85 191
1979	3 349 616	748 001	444 801	214 109	89 091
1980	3 437 982	772 660	459 640	221 308	91 712
1981	3 437 390	777 443	461 974	222 763	92 706
1982	3 387 610	768 243	456 917	219 122	92 204
1983	3 346 516	761 405	452 451	217 301	91 653
1984	3 278 856	770 145	457 443	221 246	91 456
1985	3 420 984	782 880	464 348	225 451	93 081
1986	3 495 633	802 673	476 771	229 657	96 245
1987	3 556 637	817 683	485 192	234 340	98 151
	absolute Veränderung				
1987/78	+ 294 355	+ 96 209	+ 55 484	+ 27 765	+ 12 960
	Veränderung in %				
1979/78	+ 2,7	+ 3,7	+ 3,5	+ 3,6	+ 4,6
1980/79	+ 2,6	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,4	+ 2,9
1981/80	0,0	+ 0,6	+ 0,5	+ 0,7	+ 1,1
1982/81	− 1,4	− 1,2	− 1,1	− 1,6	− 0,5
1983/82	− 1,2	− 0,9	− 1,0	− 0,8	− 0,6
1984/83	− 2,0	+ 1,1	+ 1,1	+ 1,8	− 0,2
1985/84	+ 4,3	+ 1,7	+ 1,5	+ 1,9	+ 1,8
1986/85	+ 2,2	+ 2,5	+ 2,7	+ 1,9	+ 3,4
1987/86	+ 1,7	+ 1,9	+ 1,8	+ 2,0	+ 2,0
1987/78	+ 9,0	+ 13,3	+ 12,9	+ 13,4	+ 15,2

*) Bei den Dritteln handelt es sich um gleichbesetzte Gruppen von Nahbereichen, die mit Hilfe eines Indikatorenbündels ermittelt wurden (vgl. Schaubild 7).

Tabelle 5

Entwicklung der Sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Baden-Württemberg, im Ländlichen Raum i.e.S. und in den drei Dritteln des Ländlichen Raums i.e.S.*) 1978 bis 1987 nach Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftsabteilungen	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte				
	Baden-Württemberg	Ländlicher Raum i.e.S.	Oberes Drittel	Mittleres Drittel	Unteres Drittel
	Veränderung				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei[1]	+ 5 771	+ 1 185	+ 553	+ 512	+ 120
Energiewirtschaft, Wasserversorgung	+ 5 334	+ 1 195	+ 875	+ 172	+ 148
Verarbeitendes Gewerbe	+ 39 061	+ 30 603	+ 21 186	+ 7 097	+ 2.320
Baugewerbe	− 7 406	+ 451	− 585	+ 235	+ 801
Handel	+ 24 763	+ 12 473	+ 7 020	+ 3 824	+ 1 629
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	+ 14 649	+ 3 146	+ 847	+ 1 633	+ 666
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	+ 21 253	+ 5 254	+ 3 201	+ 1 430	+ 623
Sonstige Dienstleistungen	+ 154 825	+ 34 188	+ 17 949	+ 10 945	+ 5 294
Organisationen ohne Erwerbscharakter	+ 17 423	+ 3 374	+ 1 861	+ 856	+ 657
Gebietskörperschaften	+ 18 740	+ 4 368	+ 2 603	+ 1 062	+ 703
Beschäftigte insgesamt	+ 294 355	+ 96 209	+ 55 484	+ 27 765	+ 12 960
	Veränderung in %				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	+ 20,6	+ 9,1	+ 9,0	+ 12,5	+ 4,3
Energiewirtschaft, Wasserversorgung	+ 17,7	+ 20,9	+ 20,6	+ 14,9	+ 44,7
Verarbeitendes Gewerbe	+ 2,4	+ 7,8	+ 8,8	+ 6,3	+ 5,8
Baugewerbe	− 3,0	+ 0,6	− 1,5	+ 1,0	+ 6,6
Handel	+ 6,4	+ 22,2	+ 19,2	+ 26,6	+ 31,1
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	+ 13,0	+ 19,7	+ 8,4	+ 40,6	+ 35,4
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	+ 19,3	+ 29,3	+ 26,8	+ 33,8	+ 35,3
Sonstige Dienstleistungen	+ 33,4	+ 35,7	+ 33,5	+ 39,1	+ 37,4
Organisationen ohne Erwerbscharakter	+ 38,9	+ 55,0	+ 57,1	+ 43,4	+ 72,6
Gebietskörperschaften	+ 9,9	+ 9,8	+ 10,2	+ 8,2	+ 11,6
Beschäftigte insgesamt	+ 9,0	+ 13,3	+ 12,9	+ 13,4	+ 15,2

*) Bei den Dritteln handelt es sich um gleichbesetzte Gruppen von Nahbereichen, die mit Hilfe eines Indikatorenbündels ermittelt wurden (vgl. Schaubild 7). - 1) Ohne selbständige Land- oder Forstwirte und deren mithelfende Familienangehörige.

Zu II/2

Tabelle 6

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Baden-Württemberg, im Ländlichen Raum i.e.S. und in den drei Dritteln des Ländlichen Raums i.e.S.*) 1987 nach Wirtschaftsabteilungen

Wirtschaftsabteilungen	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte				
	Baden-Württemberg	Ländlicher Raum i.e.S.	Oberes Drittel	Mittleres Drittel	Unteres Drittel
	Anzahl				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei[1]	33 718	14 223	6 699	4 596	2 928
Energiewirtschaft, Wasserversorgung	35 480	6 922	5 118	1 325	479
Verarbeitendes Gewerbe	1 692 176	424 300	261 744	120 360	42 196
Baugewerbe	239 383	73 085	37 271	22 844	12 970
Handel	408 801	68 616	43 543	18 201	6 872
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	127 089	19 100	10 893	5 659	2 548
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	131 321	23 178	15 127	5 661	2 390
Sonstige Dienstleistungen	618 291	129 944	71 594	38 909	19 441
Organisationen ohne Erwerbscharakter	62 243	9 511	5 122	2 827	1 562
Gebietskörperschaften	208 108	48 799	28 076	13 958	6 765
Beschäftigte insgesamt	3 556 637	817 683	485 192	234 340	98 151
	Anteile in %				
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	0,9	1,7	1,4	2,0	3,0
Energiewirtschaft, Wasserversorgung	1,0	0,8	1,1	0,6	0,5
Verarbeitendes Gewerbe	47,6	51,9	53,9	51,4	43,0
Baugewerbe	6,7	8,9	7,7	9,7	13,2
Handel	11,5	8,4	9,0	7,8	7,0
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	3,6	2,3	2,2	2,4	2,6
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	3,7	2,8	3,1	2,4	2,4
Sonstige Dienstleistungen	17,4	15,9	14,8	16,6	19,8
Organisationen ohne Erwerbscharakter	1,8	1,2	1,1	1,2	1,6
Gebietskörperschaften	5,9	6,0	5,8	6,0	6,9
Beschäftigte insgesamt	100	100	100	100	100

*) Bei den Dritteln handelt es sich um gleichbesetzte Gruppen von Nahbereichen, die mit Hilfe eines Indikatorenbündels ermittelt wurden (vgl. Schaubild 7). - 1) Ohne selbständige Land- oder Forstwirte und deren mithelfende Familienangehörige.

Tabelle 7

Steuerkraft und Schuldenstand in Baden-Württemberg, im Ländlichen Raum i.e.S. und in den drei Dritteln des Ländlichen Raums i.e.S.*) 1978 und 1987

Merkmal	Zeitpunkt	Einheit	Baden-Württemberg	Ländlicher Raum i.e.S.	Oberes Drittel	Mittleres Drittel	Unteres Drittel
Steuerkraft	1978	1000 DM	4 958 704	1 090 555	622 473	308 800	159 282
	1987	1000 DM	8 876 322	2 018 293	1 143 458	578 894	295 941
	1978	DM/Einw.	544	405	487	359	288
	1987	DM/Einw.	952	729	883	647	512
	1987	1978 = 100	179	185	184	187	186
Schuldenstand	1978	1000 DM	9 023 018	2 613 143	1 346 672	798 452	468 019
	1987	1000 DM	12 132 725	-3 275 758	1 646 042	1 039 758	589 958
	1978	DM/Einw.	989	970	1 053	928	845
	1987	DM/Einw.	1 301	1 183	1 271	1 162	1 021
	1987	1978 = 100	134	125	122	130	126

*) Bei den Dritteln handelt es sich um gleichbesetzte Gruppen von Nahbereichen, die mit Hilfe eines Indikatorenbündels ermittelt wurden (vgl. Schaubild 7).

Zu II/2

Tabelle 8

Baulandpreise in Baden-Württemberg, im Ländlichen Raum i.e.S. und in den drei Dritteln des Ländlichen Raums i.e.S.*) 1978 und 1987

Merkmal	Zeitpunkt Zeitraum	Einheit	Baden-Württemberg	Ländlicher Raum i.e.S.	Oberes Drittel	Mittleres Drittel	Unteres Drittel
Bauland insgesamt	1978	m^2	23 395 905	11 428 183	5 357 999	3 863 789	2 206 395
	1987	m^2	11 612 045	5 751 751	2 686 439	2 044 641	1 020 671
Preis je m^2	1978	DM	63	31	31	30	29
	1987	DM	128	63	63	61	65
Veränderung	1987/78	%	203	205	199	202	228
darunter							
Baureifes Land	1978	m^2	16 180 032	7 407 993	3 451 104	2 506 568	1 450 321
	1987	m^2	7 432 579	3 494 429	1 535 174	1 278 372	680 883
Preis je m^2	1978	DM	78	38	39	38	35
	1987	DM	169	86	88	83	85
Veränderung	1987/78	%	217	226	228	218	241
Rohbauland	1978	m^2	5 927 626	3 405 251	1 621 027	1 133 000	651 224
	1987	m^2	1 995 525	1 371 437	625 648	490 191	255 598
Preis je m^2	1978	DM	31	18	19	17	17
	1987	DM	40	24	25	24	24
Veränderung	1987/78	%	128	136	131	140	142
Industrieland	1978	m^2	796 447	325 592	171 875	143 086	10 631
	1987	m^2	1 848 621	793 494	511 726	223 521	58 247
Preis je m^2	1978	DM	32	17	22	11	11
	1987	DM	73	32	33	29	38
Veränderung	1987/78	%	225	192	149	269	350

*) Bei den Dritteln handelt es sich um gleichbesetzte Gruppen von Nahbereichen, die mit Hilfe eines Indikatorenbündels ermittelt wurden (vgl. Schaubild 7).

Tabelle 1

Beamte*) des Landes, der Gemeinden (Gv) und Sozialversicherungsträger in Baden-Württemberg 1974 bzw. 1986 nach Geschlecht und Laufbahngruppen

Laufbahngruppen	Männer				Frauen				Insgesamt			
	1974	1986	Veränderung 1974 gegen 1986		1974	1986	Veränderung 1974 gegen 1986		1974	1986	Frauenanteil	
	Anzahl			%	Anzahl			%	Anzahl		1974	1986
											%	
Vollzeitbeschäftigte												
Höherer Dienst	36 190	37 317	+ 1 127	+ 3,1	7 012	5 829	– 1 183	– 16,9	43 202	43 146	16,2	13,5
Gehobener Dienst	46 215	51 802	+ 5 587	+ 12,1	24 168	22 890	– 1 278	– 5,3	70 383	74 692	34,3	30,6
Mittlerer/Einfacher Dienst	28 092	33 262	+ 5 170	+ 18,4	3 997	7 220	+ 3 223	+ 80,6	32 089	40 482	12,5	17,8
Laufbahngruppen zusammen	110 497	122 381	+ 11 884	+ 10,8	35 177	35 939	+ 762	+ 2,2	145 674	158 320	24,1	22,7
Teilzeitbeschäftigte												
Höherer Dienst	56	2 019	+ 1 963	+ 3 505,4	908	4 226	+ 3 318	+ 365,4	964	6 245	94,2	67,7
Gehobener Dienst	400	2 046	+ 1 646	+ 411,5	3 472	17 786	+ 14 314	+ 412,3	3 872	19 832	89,7	89,7
Mittlerer/Einfacher Dienst	105	58	– 47	– 44,8	102	1 150	+ 1 048	+ 1 027,5	207	1 208	49,3	95,2
Laufbahngruppen zusammen	561	4 123	+ 3 562	+ 634,9	4 482	23 162	+ 18 680	+ 416,8	5 043	27 285	88,9	84,9
Voll- und Teilzeitbeschäftigte zusammen												
Höherer Dienst	36 246	39 336	+ 3 090	+ 8,5	7 920	10 055	+ 2 135	+ 27,0	44 166	49 391	17,9	20,4
Gehobener Dienst	46 615	53 848	+ 7 233	+ 15,5	27 640	40 676	+ 13 036	+ 47,2	74 255	94 524	37,2	43,0
Mittlerer/Einfacher Dienst	28 197	33 320	+ 5 123	+ 18,2	4 099	8 370	+ 4 271	+ 104,2	32 296	41 690	12,7	20,1
Laufbahngruppen zusammen	111 058	126 504	+ 15 446	+ 13,9	39 659	59 101	+ 19 442	+ 49,0	150 717	185 605	26,3	31,8

*) Einschließlich Dienstordnungs-Angestellte (Do-Angest.).

Zu II/4

Tabelle 2

Daten zur Teilzeitbeschäftigung in Baden-Württemberg 1974 bis 1988

Jahr	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am 30. Juni					Erwerbstätige[1]		Offene Stellen im Jahresdurchschnitt		
	insgesamt	und zwar				insgesamt	darunter mit weniger als 35 Wochenstunden[2]	insgesamt	darunter nur für Teilzeitbeschäftigte[3]	
		Frauen		Teilzeitbeschäftigte						
	Anzahl		%	Anzahl	%	1000		Anzahl		%
1974	3 394 934	1 328 979	39,1	.	.	4 246,7	532,9	51 919	3 910	7,5
1975	3 251 482	1 276 657	39,3	.	.	4 077,8	537,6	37 038	3 775	10,2
1976	3 199 448	1 263 253	39,5	.	.	4 017,5	518,0	42 521	3 400	8,0
1977	3 211 393	1 263 754	39,4	235 755	7,3	4 058,4	562,5	44 872	3 789	8,4
1978	3 262 282	1 290 676	39,6	249 386	7,6	4 076,6	526,1	47 474	3 902	8,2
1979	3 349 616	1 336 254	39,9	266 621	8,0	4 111,8	545,3	59 076	4 582	7,8
1980	3 437 982	1 384 040	40,3	283 151	8,2	4 251,1	535,3	58 947	4 743	8,0
1981	3 437 390	1 386 741	40,3	292 111	8,5	4 238,1	551,7	41 326	3 691	8,9
1982	3 387 610	1 366 302	40,3	296 076	8,7	4 280,1	557,6	20 543	2 184	10,6
1983	3 346 516	1 348 692	40,3	296 485	8,9	.	.	14 948	1 437	9,6
1984	3 278 856	1 349 834	41,2	306 473	9,3	.	.	18 992	1 835	9,7
1985	3 420 984	1 393 291	40,7	319 095	9,3	4 298,6	605,1	23 116	2 178	9,4
1986	3 495 633	1 424 669	40,8	331 031	9,5	4 336,3	600,8	31 559	2 932	9,3
1987	3 556 637	1 458 685	41,0	345 432	9,7	4 343,8	583,3	35 856	3 698	10,3
1988	3 596 836	1 482 193	41,2	357 982	10,0	.	.	40 471	4 403	10,9

1) Quelle: Mikrozensus. - 2) Normalerweise geleistete Arbeitszeit weniger als 35 Wochenstunden. - 3) Jahresdurchschnitte 1974 und 1975 wurden aus Vierteljahreszahlen errechnet.

Tabelle 3

Arbeitslose im Jahresdurchschnitt in Baden-Württemberg 1950 bis 1988

Jahr	Arbeitslose im Jahresdurchschnitt[1]				Darunter teilzeitarbeitsuchende Arbeitslose	
	Männer		Frauen		Männer und Frauen	
	insgesamt	Arbeitslosenquote	insgesamt	Arbeitslosenquote	insgesamt	Arbeitslosenquote
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1950	60 362	4,5	27 567	4,0	.	.
1951	.	.	.	.	.	.
1952	47 210	3,2	29 699	3,7	.	.
1953	.	.	.	.	.	.
1954	56 589	3,5	28 648	3,2	.	.
1955	37 050	2,2	21 416	2,2	.	.
1956	31 900	1,9	15 318	1,5	.	.
1957	31 957	1,8	13 407	1,3	.	.
1958	36 822	2,1	12 441	1,2	.	.
1959	19 698	1,1	7 138	0,7	.	.
1960	6 232	0,3	2 666	0,2	.	.
1961	3 875	0,2	1 820	0,2	.	.
1962	2 983	0,2	1 331	0,1	.	.
1963	5 020	0,2	1 520	0,1	.	.
1964	3 283	0,2	1 497	0,1	.	.
1965	3 483	0,2	1 336	0,1	.	.
1966	4 556	0,2	1 953	0,2	.	.
1967	15 933	0,8	8 243	0,7	.	.
1968	8 641	0,4	4 469	0,4	.	.
1969	4 679	0,2	2 542	0,2	.	.
1970	4 661	0,2	3 390	0,3	.	.
1971	5 645	0,3	7 424	0,6	.	.
1972	7 360	0,3	8 270	0,6	.	.
1973	9 464	0,4	8 840	0,6	.	.
1974	26 913	1,2	24 748	1,8	.	.
1975	71 174	3,2	56 933	4,1	.	.
1976	60 408	2,8	58 879	4,3	17 900	7,1
1977	46 807	2,2	54 570	4,0	17 822	7,3
1978	40 132	1,9	51 596	3,7	17 487	7,3
1979	32 396	1,5	43 159	3,0	14 650	6,0
1980	36 629	1,7	44 696	3,1	14 454	5,9
1981	55 210	2,6	65 587	4,5	19 904	5,0
1982	91 112	4,0	91 254	5,9	24 396	6,1
1983	117 076	5,1	113 600	7,1	26 568	6,6
1984	109 597	4,8	107 572	6,7	25 234	6,7
1985	106 667	4,6	103 164	6,4	24 111	5,4
1986	96 587	4,2	102 323	6,3	23 669	5,3
1987	98 397	4,3	99 984	6,2	21 434	4,7
1988	100 784	4,3	100 686	6,1	.	.

1) 1950 bis 1959 ermittelt aus den Ergebnissen der Monate Juli bis Dezember des Vorjahres und Januar bis Juni des laufenden Jahres.

Zu II/4

Tabelle 4 –Teil A–

Bruttowochenverdienste der Arbeiter in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau) in Baden-Württemberg 1967 bis 1987

Jahres-durchschnitt	Männer			Frauen		
	Leistungsgruppe					
	1	2	3	1	2	3
	DM					
1967	224	202	181	145	141	138
1968	238	218	193	159	150	148
1969	268	244	218	178	168	167
1970	309	277	249	202	190	186
1971	339	302	273	228	209	208
1972	367	327	296	250	229	229
1973	408	361	327	283	261	254
1974	438	389	350	315	288	279
1975	456	404	365	337	306	292
1976	501	446	405	373	338	327
1977	544	483	437	408	365	353
1978	572	509	457	433	386	374
1979	606	540	484	450	407	398
1980	642	573	518	478	434	423
1981	665	597	535	495	451	439
1982	689	613	552	512	467	454
1983	710	637	574	546	486	463
1984	730	657	593	566	506	481
1985	756	675	614	585	523	501
1986	786	702	636	604	536	521
1987	814	726	658	619	553	542

Quelle: Verdiensterhebung

–Teil B–

Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen und technischen Angestellten in Industrie und Handel in Baden-Württemberg 1974 bis 1987

Jahres-durchschnitt	Männer				Frauen			
	Leistungsgruppe							
	II	III	IV	V	II	III	IV	V
	DM							
1974	2 966	2 297	1 699	1 349	2 426	1 814	1 350	1 092
1975	3 210	2 463	1 800	1 441	2 661	1 969	1 464	1 201
1976	3 435	2 627	1 905	1 497	2 835	2 097	1 556	1 308
1977	3 674	2 812	2 044	1 612	2 986	2 258	1 675	1 428
1978	3 878	2 980	2 161	1 700	3 126	2 385	1 776	1 507
1979	4 171	3 159	2 306	1 818	3 360	2 524	1 894	1 608
1980	4 457	3 371	2 464	1 930	3 554	2 695	2 028	1 693
1981	4 666	3 534	2 591	2 000	3 671	2 833	2 126	1 762
1982	4 896	3 696	2 710	2 074	3 851	2 967	2 225	1 855
1983	5 061	3 794	2 749	1 943	4 039	3 031	2 276	1 734
1984	5 238	3 916	2 818	2 043	4 152	3 120	2 345	1 785
1985	5 453	4 079	2 891	2 070	4 329	3 229	2 424	1 823
1986	5 658	4 242	3 033	2 128	4 487	3 352	2 524	1 953
1987	5 890	4 399	3 159	2 280	4 595	3 461	2 600	2 027
	Veränderung 1987 gegen 1974 in %							
	+ 98,6	+ 91,5	+ 85,9	+ 69,0	+ 89,4	+ 90,8	+ 92,6	+ 85,6

Quelle: Verdiensterhebung.

Tabelle 4 –Teil C–

Index der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der Arbeiter in Baden-Württemberg 1980 bis 1988

Zeit	Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau									Industrie ohne Baugewerbe		
	Arbeiter insgesamt	männliche Arbeiter				weibliche Arbeiter				Arbeiter insgesamt	männliche Arbeiter	weibliche Arbeiter
		zusammen	Leistungsgruppe			zusammen	Leistungsgruppe					
			1	2	3		1	2	3			
	1980 = 100											
JD 1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Januar	94,9	94,8	94,7	94,9	95,1	95,3	95,3	95,5	95,2	95,1	95,0	95,3
April	99,6	99,6	99,8	99,3	99,6	99,3	99,5	98,5	99,7	99,9	100,1	99,3
Juli	101,2	101,2	101,2	101,2	101,2	101,2	101,5	101,5	101,0	101,1	101,0	101,2
Oktober	101,2	101,1	100,9	101,7	101,3	101,5	101,3	101,7	101,4	101,3	101,2	101,5
JD 1981	105,5	105,5	105,4	105,8	105,4	105,6	105,5	105,4	105,7	105,4	105,3	105,6
Januar	101,8	101,8	101,7	102,0	101,5	102,0	102,2	102,2	101,8	101,9	101,8	102,0
April	104,6	104,6	104,6	104,8	104,6	104,4	104,3	104,0	104,7	104,5	104,5	104,4
Juli	106,4	106,4	106,2	106,8	106,6	106,7	106,4	106,5	106,8	106,3	106,2	106,7
Oktober	106,9	106,8	106,8	107,1	106,6	106,9	106,9	106,7	107,0	106,7	106,6	106,9
JD 1982	110,2	110,2	110,3	110,0	110,3	110,2	110,2	109,7	110,4	110,1	110,1	110,2
Januar	107,3	107,2	107,2	107,3	107,2	107,4	107,9	107,1	107,6	107,2	107,2	107,4
April	109,8	109,8	109,9	109,7	109,9	109,7	109,6	108,7	110,3	109,8	109,8	109,7
Juli	111,0	111,0	111,0	111,1	110,9	110,9	110,6	110,6	111,1	110,9	111,0	110,9
Oktober	111,2	111,3	111,4	111,3	111,2	110,9	111,4	110,6	111,0	111,1	111,1	110,9
JD 1983	113,6	113,7	113,7	113,7	114,0	113,2	114,6	112,7	113,3	113,6	113,7	113,2
Januar	111,2	111,2	111,1	111,2	111,5	111,0	112,2	110,7	111,1	111,1	111,1	111,0
April	113,4	113,5	113,6	113,3	113,7	112,9	113,8	111,9	113,4	113,3	113,5	112,9
Juli	114,2	114,3	114,2	114,3	114,6	113,8	115,2	113,4	113,9	114,2	114,3	113,8
Oktober	114,3	114,5	114,5	114,4	114,7	113,7	115,6	113,3	113,8	114,3	114,4	113,7
JD 1984	116,3	116,4	116,2	116,3	117,3	115,8	117,2	115,6	115,8	116,1	116,2	115,8
Januar	114,3	114,4	114,3	114,4	115,0	114,0	115,6	113,5	114,0	114,3	114,3	114,0
April	115,0	115,1	114,9	115,2	116,1	114,3	115,8	114,2	114,1	114,8	114,9	114,3
Juli	116,9	117,0	116,9	116,8	118,1	116,4	117,8	116,2	116,4	116,8	116,9	116,4
Oktober	117,3	117,4	117,2	117,4	118,6	117,0	118,1	116,7	117,1	117,3	117,4	117,0
JD 1985	121,2	121,3	121,2	120,6	122,4	120,9	121,9	119,7	121,4	121,5	121,6	120,9
Januar	117,6	117,6	117,4	117,6	119,1	117,5	118,6	116,9	117,6	117,6	117,6	117,5
April	121,1	121,2	121,3	120,3	122,3	120,6	121,4	119,0	121,4	121,5	121,7	120,6
Juli	121,7	121,8	121,9	120,9	122,8	121,6	122,4	120,4	122,1	122,1	122,3	121,6
Oktober	122,4	122,4	122,4	121,8	123,6	122,1	123,2	120,9	122,6	122,7	122,8	122,1
JD 1986	126,0	126,1	126,1	125,4	127,6	125,7	126,6	123,7	126,6	126,4	126,6	125,7
Januar	123,0	123,0	122,9	122,5	124,8	122,8	124,2	121,3	123,5	123,4	123,5	122,8
April	123,8	124,0	123,8	123,5	125,6	123,3	124,5	121,9	123,9	124,0	124,2	123,3
Juli	127,4	127,5	127,6	126,3	129,0	126,9	127,5	124,6	128,1	127,8	128,1	126,9
Oktober	127,6	127,6	127,6	126,9	128,8	127,4	128,1	125,0	128,5	128,0	128,2	127,4
JD 1987	131,4	131,5	131,5	130,7	133,0	130,8	130,1	128,1	132,3	131,9	132,2	130,8
Januar	128,5	128,6	128,6	127,8	130,0	127,9	127,7	125,7	129,2	129,0	129,3	127,9
April	130,4	130,5	130,4	129,7	132,3	129,7	128,8	126,8	131,4	130,8	131,1	129,7
Juli	132,0	132,2	132,2	131,3	133,6	131,5	130,5	128,7	133,1	132,5	132,8	131,5
Oktober	132,6	132,7	132,7	132,0	134,1	132,1	131,5	129,6	133,4	133,2	133,5	132,1
JD 1988	136,5	136,7	136,8	135,6	137,7	135,8	134,6	133,0	137,4	137,1	137,4	135,8
Januar	133,7	133,9	133,9	133,0	134,9	132,9	132,5	130,3	134,3	134,2	134,6	132,9
April	135,6	135,7	135,8	134,7	137,1	134,9	133,8	131,9	136,6	136,1	136,5	134,9
Juli	137,0	137,2	137,3	136,0	138,1	136,4	134,6	133,5	138,1	137,6	137,9	136,4
Oktober	137,9	138,1	138,2	137,0	139,0	137,2	136,0	134,5	138,7	138,5	138,9	137,2

JD = Jahresdurchschnitt. – Quelle: Verdiensterhebung

Zu II/4

Tabelle 4 –Teil D–

Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Baden-Württemberg 1980 bis 1988

Zeit	Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau), Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe										
	Angestellte insgesamt	männliche Angestellte					weibliche Angestellte				
		zusammen	Leistungsgruppe				zusammen	Leistungsgruppe			
			II	III	IV	V		II	III	IV	V
	1980 = 100										
JD 1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Januar	95,4	95,4	95,8	95,1	95,4	95,7	95,6	96,5	95,5	95,4	96,0
April	99,6	99,7	99,6	99,7	99,8	99,7	99,4	99,4	99,3	99,5	99,3
Juli	101,1	101,1	101,0	101,1	100,9	101,3	101,1	101,1	101,1	101,2	101,3
Oktober	101,3	101,3	101,2	101,4	101,4	101,0	101,4	101,1	101,5	101,4	101,1
JD 1981	104,8	104,8	104,9	104,7	104,9	103,9	104,8	103,8	104,9	104,9	104,3
Januar	101,7	101,6	101,8	101,5	101,9	102,3	101,8	101,1	101,9	101,8	101,9
April	102,9	102,9	103,0	102,8	103,2	102,7	102,8	102,4	102,7	102,9	102,7
Juli	106,0	105,9	105,9	105,9	105,9	104,5	106,1	104,9	106,2	106,2	105,6
Oktober	106,3	106,3	106,5	106,2	106,6	105,1	106,4	105,0	106,4	106,6	105,5
JD 1982	109,8	109,7	110,0	109,6	109,8	108,2	109,8	108,0	109,9	109,8	110,1
Januar	106,7	106,6	107,0	106,4	107,0	105,2	106,9	105,4	106,9	107,1	107,4
April	109,5	109,5	109,8	109,4	109,5	108,2	109,5	107,6	109,5	109,8	109,3
Juli	110,5	110,5	110,7	110,5	110,4	108,4	110,6	108,9	110,8	110,6	111,3
Oktober	110,6	110,5	110,9	110,3	110,6	109,2	110,6	108,6	110,8	110,5	111,4
JD 1983	113,1	113,1	113,8	112,8	112,1	111,9	113,1	110,5	113,4	112,9	114,1
Januar	110,6	110,5	111,2	110,2	110,6	109,5	110,7	107,5	111,0	110,6	111,9
April	112,4	112,4	113,1	112,2	111,5	110,7	112,2	109,2	112,5	112,1	113,1
Juli	113,7	113,7	114,5	113,5	112,5	112,7	113,8	111,0	114,2	113,6	114,8
Oktober	114,0	114,0	114,8	113,9	112,8	113,6	114,0	112,2	114,3	113,8	115,0
JD 1984	116,6	116,6	117,7	116,3	115,2	114,2	116,6	113,0	117,0	116,5	118,0
Januar	114,6	114,5	115,6	114,1	113,5	114,1	114,6	111,5	115,0	114,5	115,6
April	115,1	115,1	116,3	114,7	114,0	114,1	115,1	112,1	115,6	114,8	116,7
Juli	117,1	117,0	118,1	116,8	115,7	114,5	117,3	113,5	117,5	117,3	118,9
Oktober	118,0	118,1	119,1	117,9	116,2	114,6	117,8	113,7	118,2	117,8	119,0
JD 1985	121,0	121,2	122,4	121,0	118,9	116,1	120,3	117,0	120,6	120,3	121,9
Januar	118,6	118,7	119,7	118,5	116,9	115,1	118,5	114,8	118,7	118,6	119,7
April	120,6	120,9	122,0	120,7	118,2	119,1	120,0	116,5	120,3	119,9	121,2
Juli	121,4	121,7	122,9	121,5	119,3	116,3	120,7	117,5	120,9	120,8	122,7
Oktober	121,8	122,1	123,3	122,0	119,7	116,4	121,0	118,0	121,3	120,9	122,6
JD 1986	125,2	125,6	126,6	125,5	123,5	120,0	124,0	119,8	124,3	123,9	126,6
Januar	122,5	122,7	124,0	122,4	120,9	116,8	121,7	118,4	121,9	121,6	124,3
April	123,6	123,9	124,9	123,7	121,8	118,1	122,8	119,1	123,1	122,6	125,5
Juli	126,1	126,6	127,3	126,6	124,1	120,8	124,8	120,2	125,1	124,7	127,0
Oktober	126,6	127,1	128,0	127,1	125,0	122,4	125,2	120,4	125,5	125,0	128,0
JD 1987	129,8	130,4	131,6	130,1	128,5	127,0	128,1	122,6	128,3	128,1	131,9
Januar	127,0	127,4	128,7	127,1	125,5	124,7	125,7	121,0	125,9	125,6	129,0
April	128,3	128,9	130,2	128,5	127,0	125,3	126,7	122,1	126,9	126,6	130,3
Juli	130,6	131,2	132,4	130,9	129,2	127,2	128,9	122,8	129,2	128,8	132,8
Oktober	131,3	132,0	133,0	131,8	130,0	122,1	129,3	123,5	129,4	129,4	133,3
JD 1988	134,4	135,1	136,7	134,6	133,1	130,7	132,3	126,4	132,3	132,5	136,2
Januar	131,6	132,2	133,7	131,7	130,8	128,9	130,0	124,6	129,8	130,3	133,9
April	133,7	134,5	136,0	134,0	132,4	129,9	131,6	126,9	131,4	131,8	134,8
Juli	135,0	135,7	137,4	135,3	133,3	131,6	132,9	127,0	132,9	133,0	136,6
Oktober	135,5	136,3	137,9	135,8	134,4	132,0	133,4	126,5	133,5	133,4	137,7

JD = Jahresdurchschnitt. – Quelle: Verdiensterhebung

Tabelle 3

Arbeitslose im Jahresdurchschnitt in Baden-Württemberg 1950 bis 1988

Jahr	Arbeitslose im Jahresdurchschnitt[1]				Darunter teilzeitarbeitsuchende Arbeitslose	
	Männer		Frauen		Männer und Frauen	
	insgesamt	Arbeitslosen-quote	insgesamt	Arbeitslosen-quote	insgesamt	Arbeitslosen-quote
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1950	60 362	4,5	27 567	4,0	.	.
1951	.	.	.	.	.	.
1952	47 210	3,2	29 699	3,7	.	.
1953	.	.	.	.	.	.
1954	56 589	3,5	28 648	3,2	.	.
1955	37 050	2,2	21 416	2,2	.	.
1956	31 900	1,9	15 318	1,5	.	.
1957	31 957	1,8	13 407	1,3	.	.
1958	36 822	2,1	12 441	1,2	.	.
1959	19 698	1,1	7 138	0,7	.	.
1960	6 232	0,3	2 666	0,2	.	.
1961	3 875	0,2	1 820	0,2	.	.
1962	2 983	0,2	1 331	0,1	.	.
1963	5 020	0,2	1 520	0,1	.	.
1964	3 283	0,2	1 497	0,1	.	.
1965	3 483	0,2	1 336	0,1	.	.
1966	4 556	0,2	1 953	0,2	.	.
1967	15 933	0,8	8 243	0,7	.	.
1968	8 641	0,4	4 469	0,4	.	.
1969	4 679	0,2	2 542	0,2	.	.
1970	4 661	0,2	3 390	0,3	.	.
1971	5 645	0,3	7 424	0,6	.	.
1972	7 360	0,3	8 270	0,6	.	.
1973	9 464	0,4	8 840	0,6	.	.
1974	26 913	1,2	24 748	1,8	.	.
1975	71 174	3,2	56 933	4,1	.	.
1976	60 408	2,8	58 879	4,3	17 900	7,1
1977	46 807	2,2	54 570	4,0	17 822	7,3
1978	40 132	1,9	51 596	3,7	17 487	7,3
1979	32 396	1,5	43 159	3,0	14 650	6,0
1980	36 629	1,7	44 696	3,1	14 454	5,9
1981	55 210	2,6	65 587	4,5	19 904	5,0
1982	91 112	4,0	91 254	5,9	24 396	6,1
1983	117 076	5,1	113 600	7,1	26 568	6,6
1984	109 597	4,8	107 572	6,7	25 234	6,7
1985	106 667	4,6	103 164	6,4	24 111	5,4
1986	96 587	4,2	102 323	6,3	23 669	5,3
1987	98 397	4,3	99 984	6,2	21 434	4,7
1988	100 784	4,3	100 686	6,1	.	.

1) 1950 bis 1959 ermittelt aus den Ergebnissen der Monate Juli bis Dezember des Vorjahres und Januar bis Juni des laufenden Jahres.

Zu II/4

Tabelle 4 –Teil A–

Bruttowochenverdienste der Arbeiter in der Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau) in Baden-Württemberg 1967 bis 1987

Jahres-durchschnitt	Männer			Frauen		
	Leistungsgruppe					
	1	2	3	1	2	3
	DM					
1967	224	202	181	145	141	138
1968	238	218	193	159	150	148
1969	268	244	218	178	168	167
1970	309	277	249	202	190	186
1971	339	302	273	228	209	208
1972	367	327	296	250	229	229
1973	408	361	327	283	261	254
1974	438	389	350	315	288	279
1975	456	404	365	337	306	292
1976	501	446	405	373	338	327
1977	544	483	437	408	365	353
1978	572	509	457	433	386	374
1979	606	540	484	450	407	398
1980	642	573	518	478	434	423
1981	665	597	535	495	451	439
1982	689	613	552	512	467	454
1983	710	637	574	546	486	463
1984	730	657	593	566	506	481
1985	756	675	614	585	523	501
1986	786	702	636	604	536	521
1987	814	726	658	619	553	542

Quelle: Verdiensterhebung

–Teil B–

Bruttomonatsverdienste der kaufmännischen und technischen Angestellten in Industrie und Handel in Baden-Württemberg 1974 bis 1987

Jahres-durchschnitt	Männer				Frauen			
	Leistungsgruppe							
	II	III	IV	V	II	III	IV	V
	DM							
1974	2 966	2 297	1 699	1 349	2 426	1 814	1 350	1 092
1975	3 210	2 463	1 800	1 441	2 661	1 969	1 464	1 201
1976	3 435	2 627	1 905	1 497	2 835	2 097	1 556	1 308
1977	3 674	2 812	2 044	1 612	2 986	2 258	1 675	1 428
1978	3 878	2 980	2 161	1 700	3 126	2 385	1 776	1 507
1979	4 171	3 159	2 306	1 818	3 360	2 524	1 894	1 608
1980	4 457	3 371	2 464	1 930	3 554	2 695	2 028	1 693
1981	4 666	3 534	2 591	2 000	3 671	2 833	2 126	1 762
1982	4 896	3 696	2 710	2 074	3 851	2 967	2 225	1 855
1983	5 061	3 794	2 749	1 943	4 039	3 031	2 276	1 734
1984	5 238	3 916	2 818	2 043	4 152	3 120	2 345	1 785
1985	5 453	4 079	2 891	2 070	4 329	3 229	2 424	1 823
1986	5 658	4 242	3 033	2 128	4 487	3 352	2 524	1 953
1987	5 890	4 399	3 159	2 280	4 595	3 461	2 600	2 027
	Veränderung 1987 gegen 1974 in %							
	+ 98,6	+ 91,5	+ 85,9	+ 69,0	+ 89,4	+ 90,8	+ 92,6	+ 85,6

Quelle: Verdiensterhebung

Tabelle 4 –Teil C–

Index der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der Arbeiter in Baden-Württemberg 1980 bis 1988

Zeit	Industrie einschließlich Hoch- und Tiefbau									Industrie ohne Baugewerbe		
	Arbeiter insgesamt	männliche Arbeiter				weibliche Arbeiter				Arbeiter insgesamt	männliche Arbeiter	weibliche Arbeiter
		zusammen	Leistungsgruppe 1	2	3	zusammen	Leistungsgruppe 1	2	3			
	1980 = 100											
JD 1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Januar	94,9	94,8	94,7	94,9	95,1	95,3	95,3	95,5	95,2	95,1	95,0	95,3
April	99,6	99,6	99,8	99,3	99,6	99,3	99,5	98,5	99,7	99,9	100,1	99,3
Juli	101,2	101,2	101,2	101,2	101,2	101,2	101,5	101,5	101,0	101,1	101,0	101,2
Oktober	101,2	101,1	100,9	101,7	101,3	101,5	101,3	101,7	101,4	101,3	101,2	101,5
JD 1981	105,5	105,5	105,4	105,8	105,4	105,6	105,5	105,4	105,7	105,4	105,3	105,6
Januar	101,8	101,8	101,7	102,0	101,5	102,0	102,2	102,2	101,8	101,9	101,8	102,0
April	104,6	104,6	104,6	104,8	104,6	104,4	104,3	104,0	104,7	104,5	104,5	104,4
Juli	106,4	106,4	106,2	106,8	106,6	106,7	106,4	106,5	106,8	106,3	106,2	106,7
Oktober	106,9	106,8	106,8	107,1	106,6	106,9	106,9	106,7	107,0	106,7	106,6	106,9
JD 1982	110,2	110,2	110,3	110,0	110,3	110,2	110,2	109,7	110,4	110,1	110,1	110,2
Januar	107,3	107,2	107,2	107,3	107,2	107,4	107,9	107,1	107,6	107,2	107,2	107,4
April	109,8	109,8	109,9	109,7	109,9	109,7	109,6	108,7	110,3	109,8	109,8	109,7
Juli	111,0	111,0	111,0	111,1	110,9	110,9	110,6	110,6	111,1	110,9	111,0	110,9
Oktober	111,2	111,3	111,4	111,3	111,2	110,9	111,4	110,6	111,0	111,1	111,1	110,9
JD 1983	113,6	113,7	113,7	113,7	114,0	113,2	114,6	112,7	113,3	113,6	113,7	113,2
Januar	111,2	111,2	111,1	111,2	111,5	111,0	112,2	110,7	111,1	111,1	111,1	111,0
April	113,4	113,5	113,6	113,3	113,7	112,9	113,8	111,9	113,4	113,3	113,5	112,9
Juli	114,2	114,3	114,2	114,3	114,6	113,8	115,2	113,4	113,9	114,2	114,3	113,8
Oktober	114,3	114,5	114,5	114,4	114,7	113,7	115,6	113,3	113,8	114,3	114,4	113,7
JD 1984	116,3	116,4	116,2	116,3	117,3	115,8	117,2	115,6	115,8	116,1	116,2	115,8
Januar	114,3	114,4	114,3	114,4	115,0	114,0	115,6	113,5	114,0	114,3	114,3	114,0
April	115,0	115,1	114,9	115,2	116,1	114,3	115,8	114,2	114,1	114,8	114,9	114,3
Juli	116,9	117,0	116,9	116,8	118,1	116,4	117,8	116,2	116,4	116,8	116,9	116,4
Oktober	117,3	117,4	117,2	117,4	118,6	117,0	118,1	116,7	117,1	117,3	117,4	117,0
JD 1985	121,2	121,3	121,2	120,6	122,4	120,9	121,9	119,7	121,4	121,5	121,6	120,9
Januar	117,6	117,6	117,4	117,6	119,1	117,5	118,6	116,9	117,6	117,6	117,6	117,5
April	121,1	121,2	121,3	120,3	122,3	120,6	121,4	119,0	121,4	121,5	121,7	120,6
Juli	121,7	121,8	121,9	120,9	122,8	121,6	122,4	120,4	122,1	122,1	122,3	121,6
Oktober	122,4	122,4	122,4	121,8	123,6	122,1	123,2	120,9	122,6	122,7	122,8	122,1
JD 1986	126,0	126,1	126,1	125,4	127,6	125,7	126,6	123,7	126,6	126,4	126,6	125,7
Januar	123,0	123,0	122,9	122,5	124,8	122,8	124,2	121,3	123,5	123,4	123,5	122,8
April	123,8	124,0	123,8	123,5	125,6	123,3	124,5	121,9	123,9	124,0	124,2	123,3
Juli	127,4	127,5	127,6	126,3	129,0	126,9	127,5	124,6	128,1	127,8	128,1	126,9
Oktober	127,6	127,6	127,6	126,9	128,8	127,4	128,1	125,0	128,5	128,0	128,2	127,4
JD 1987	131,4	131,5	131,5	130,7	133,0	130,8	130,1	128,1	132,3	131,9	132,2	130,8
Januar	128,5	128,6	128,6	127,8	130,0	127,9	127,7	125,7	129,2	129,0	129,3	127,9
April	130,4	130,5	130,4	129,7	132,3	129,7	128,8	126,8	131,4	130,8	131,1	129,7
Juli	132,0	132,2	132,2	131,3	133,6	131,5	130,5	128,7	133,1	132,5	132,8	131,5
Oktober	132,6	132,7	132,7	132,0	134,1	132,1	131,5	129,6	133,4	133,2	133,5	132,1
JD 1988	136,5	136,7	136,8	135,6	137,7	135,8	134,6	133,0	137,4	137,1	137,4	135,8
Januar	133,7	133,9	133,9	133,0	134,9	132,9	132,5	130,3	134,3	134,2	134,6	132,9
April	135,6	135,7	135,8	134,7	137,1	134,9	133,8	131,9	136,6	136,1	136,5	134,9
Juli	137,0	137,2	137,3	136,0	138,1	136,4	134,6	133,5	138,1	137,6	137,9	136,4
Oktober	137,9	138,1	138,2	137,0	139,0	137,2	136,0	134,5	138,7	138,5	138,9	137,2

JD = Jahresdurchschnitt. – Quelle: Verdiensterhebung

Zu II/4

Tabelle 4 –Teil D–

Index der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Baden-Württemberg 1980 bis 1988

Zeit	Industrie (einschließlich Hoch- und Tiefbau), Handel, Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe										
	Angestellte insgesamt	männliche Angestellte					weibliche Angestellte				
		zusammen	Leistungsgruppe				zusammen	Leistungsgruppe			
			II	III	IV	V		II	III	IV	V
	1980 = 100										
JD 1980	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
Januar	95,4	95,4	95,8	95,1	95,4	95,7	95,6	96,5	95,5	95,4	96,0
April	99,6	99,7	99,6	99,7	99,8	99,7	99,4	99,4	99,3	99,5	99,3
Juli	101,1	101,1	101,0	101,1	100,9	101,3	101,1	101,1	101,1	101,2	101,3
Oktober	101,3	101,3	101,2	101,4	101,4	101,0	101,4	101,1	101,5	101,4	101,1
JD 1981	104,8	104,8	104,9	104,7	104,9	103,9	104,8	103,8	104,9	104,9	104,3
Januar	101,7	101,6	101,8	101,5	101,9	102,3	101,8	101,1	101,9	101,8	101,9
April	102,9	102,9	103,0	102,8	103,2	102,7	102,8	102,4	102,7	102,9	102,7
Juli	106,0	105,9	105,9	105,9	105,9	104,5	106,1	104,9	106,2	106,2	105,6
Oktober	106,3	106,3	106,5	106,2	106,6	105,1	106,4	105,0	106,4	106,6	105,5
JD 1982	109,8	109,7	110,0	109,6	109,8	108,2	109,8	108,0	109,9	109,8	110,1
Januar	106,7	106,6	107,0	106,4	107,0	105,2	106,9	105,4	106,9	107,1	107,4
April	109,5	109,5	109,8	109,4	109,5	108,2	109,5	107,6	109,5	109,8	109,3
Juli	110,5	110,5	110,7	110,5	110,4	108,4	110,6	108,9	110,8	110,6	111,3
Oktober	110,6	110,5	110,9	110,3	110,6	109,2	110,6	108,6	110,8	110,5	111,4
JD 1983	113,1	113,1	113,8	112,8	112,1	111,9	113,1	110,5	113,4	112,9	114,1
Januar	110,6	110,5	111,2	110,2	110,6	109,5	110,7	107,5	111,0	110,6	111,9
April	112,4	112,4	113,1	112,2	111,5	110,7	112,2	109,2	112,5	112,1	113,1
Juli	113,7	113,7	114,5	113,5	112,5	112,7	113,8	111,0	114,2	113,6	114,8
Oktober	114,0	114,0	114,8	113,9	112,8	113,6	114,0	112,2	114,3	113,8	115,0
JD 1984	116,6	116,6	117,7	116,3	115,2	114,2	116,6	113,0	117,0	116,5	118,0
Januar	114,6	114,5	115,6	114,1	113,5	114,1	114,6	111,5	115,0	114,5	115,6
April	115,1	115,1	116,3	114,7	114,0	114,1	115,1	112,1	115,6	114,8	116,7
Juli	117,1	117,0	118,1	116,8	115,7	114,5	117,3	113,5	117,5	117,3	118,9
Oktober	118,0	118,1	119,1	117,9	116,2	114,6	117,8	113,7	118,2	117,8	119,0
JD 1985	121,0	121,2	122,4	121,0	118,9	116,1	120,3	117,0	120,6	120,3	121,9
Januar	118,6	118,7	119,7	118,5	116,9	115,1	118,5	114,8	118,7	118,6	119,7
April	120,6	120,9	122,0	120,7	118,2	119,1	120,0	116,5	120,3	119,9	121,2
Juli	121,4	121,7	122,9	121,5	119,3	116,3	120,7	117,5	120,9	120,8	122,7
Oktober	121,8	122,1	123,3	122,0	119,7	116,4	121,0	118,0	121,3	120,9	122,6
JD 1986	125,2	125,6	126,6	125,5	123,5	120,0	124,0	119,8	124,3	123,9	126,6
Januar	122,5	122,7	124,0	122,4	120,9	116,8	121,7	118,4	121,9	121,6	124,3
April	123,6	123,9	124,9	123,7	121,8	118,1	122,8	119,1	123,1	122,6	125,5
Juli	126,1	126,6	127,3	126,6	124,1	120,8	124,8	120,2	125,1	124,7	127,0
Oktober	126,6	127,1	128,0	127,1	125,0	122,4	125,2	120,4	125,5	125,0	128,0
JD 1987	129,8	130,4	131,6	130,1	128,5	127,0	128,1	122,6	128,3	128,1	131,9
Januar	127,0	127,4	128,7	127,1	125,5	124,7	125,7	121,0	125,9	125,6	129,0
April	128,3	128,9	130,2	128,5	127,0	125,3	126,7	122,1	126,9	126,6	130,3
Juli	130,6	131,2	132,4	130,9	129,2	127,2	128,9	122,8	129,2	128,8	132,8
Oktober	131,3	132,0	133,0	131,8	130,0	122,1	129,3	123,5	129,4	129,4	133,3
JD 1988	134,4	135,1	136,7	134,6	133,1	130,7	132,3	126,4	132,3	132,5	136,2
Januar	131,6	132,2	133,7	131,7	130,8	128,9	130,0	124,6	129,8	130,3	133,9
April	133,7	134,5	136,0	134,0	132,4	129,9	131,6	126,9	131,4	131,8	134,8
Juli	135,0	135,7	137,4	135,3	133,3	131,6	132,9	127,0	132,9	133,0	136,6
Oktober	135,5	136,3	137,9	135,8	134,4	132,0	133,4	126,5	133,5	133,4	137,7

JD = Jahresdurchschnitt. – Quelle: Verdiensterhebung

Zeichenerklärung:

0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
—	nichts vorhanden (genau null)
.	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
x	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
/	keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug

Zeichenerklärung:

0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
—	nichts vorhanden (genau null)
.	Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
x	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
/	keine Angabe, da Zahlenwert nicht sicher genug

Teil II, Ziffer 1.1

Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland im Überblick

Der ab 1993 geplante EG-Binnenmarkt und die damit erwarteten Wachstumsimpulse werfen die Frage auf, wie sich bereits der seitherige Zusammenschluß der EG-Nationen auf ihre Außenhandelsbeziehungen ausgewirkt hat und welche Position die Bundesrepublik bzw. das Land Baden-Württemberg in diesem Verbund einnehmen. Um einen Zeit- und Staatenvergleich dieser Art trotz aller Schwierigkeiten der regionalen Abgrenzung und der unterschiedlichen Wechselkurse zu ermöglichen, hat das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaft (SAEG) in seinem neuesten Außenhandels-Jahrbuch die Export- und Importreihen aller Mitgliedsländer von 1958 an auf das Europa der 12 Mitgliedstaaten (EG 12) umgestellt und die Wertangaben mit Hilfe jeweiliger Umrechnungskurse in ECU umgerechnet.

Auf Basis dieses Datenmaterials wird die Entwicklung der Ausfuhr der 6 EG-Gründungsstaaten (Bundesrepublik, Frankreich, Italien, Benelux-Länder) seit 1958 und aller 12 EG-Nationen sowie des Landes Baden-Württemberg seit 1970 ermittelt und ihre erreichte Exportposition als Anteil jeweils am EG 12-Gesamtexport errechnet. Dabei werden die Gesichtspunkte "Absatzmärkte" und "abgesetzte Produkte" - wenngleich nur in grober Untergliederung - kombiniert ausgewertet: Der Austausch der EG-Staaten untereinander (Intra-Handel) sowie mit den Ländern außerhalb der EG (Extra-Handel) wird analysiert zum einen für den Gesamtexport zum anderen für den Export wichtiger Investitionsgüter, wie sie in der Warengruppe SITC 7 nach dem Warenverzeichnis für den Außenhandel zusammengefaßt werden (Maschinenbauerzeugnisse, elektrotechnische Erzeugnisse, Fahrzeuge, Büromaschinen und DV-Maschinen).

Für die Bundesrepublik und Baden-Württemberg zeigt sich im EG-Vergleich eine weit überragende Exportstärke besonders im Investitionsgüterbereich, wobei die spezifische Dynamik aus der hohen Weltmarktorientierung (Extra-Handel) resultiert.

Die quantitative Abschätzung der Exportabhängigkeit der baden-württembergischen Wirtschaft ist Gegenstand eines eigenen Abschnitts. Die Exportabhängigkeit von Produktion und Beschäftigung manifestiert sich nur zum Teil in den direkten Warenlieferungen ins Ausland. Eine Durchrechnung mit Hilfe der Input-Output-Tabelle Baden-Württemberg ergibt, daß die via Zuliefereffekten von der Ausfuhr ebenfalls abhängige Vorleistungsproduktion eine Größenordnung von über 40 % der direkt erstellten Produktion erreicht. Die Umrechnung in Beschäftigungseffekte (über Produktivitätskennziffern) ergibt, daß etwa jeder fünfte Arbeitsplatz im Land direkt oder indirekt vom Export abhängt, im Verarbeitenden Gewerbe ist es sogar jeder dritte.

Teil II, Ziffer 1.2

Die Entwicklung der Handelsströme

Der 1988 mit einem Anteil von 46,5 % im Vergleich zum Bund (54,3 %) geringere Landesanteil des EG-Handels am Gesamtexport - ein Reflex der im Beitrag 1.1 dargestellten größeren Weltmarktorientierung von Land und Bund - wird zum Anlaß genommen, die Export- wie auch Importbeziehungen des Landes mit den einzelnen Ländern der EG - auch unter Berücksichtigung anderer wichtiger Absatzmärkte (insbesondere den USA) - seit 1980 zu untersuchen. Die entsprechende Analyse auch für die Produktstruktur zeigt trotz des auch hier hohen Gewichts der Investitionsgüter im EG-Handel eine stärkere Produktdifferenzierung als bei der Gesamtausfuhr.

Seit 1984 werden die Zahlenangaben auch in der Kombination Land/ Produkt datenbankmäßig aufbereitet. Entsprechend erfolgt für jedes Land eine detaillierte Darstellung der Warenstruktur von Aus- und Einfuhr.

Grundlage der Untersuchung ist die Außenhandelsstatistik, die auf den Warenbegleitdokumenten der Ex- und Importeure basiert. Die im Rahmen des EG-Binnenmarktes angestrebte Beseitigung aller Hemmnisse auch im Warenverkehr wird zu einem Wegfall dieser Anmeldepapiere führen. Derzeit wird diskutiert, auf welchem Wege unter diesen Umständen die vielseitig verwendbaren Informationen zum Intra-Handel weiter verfügbar gemacht werden können.

Methodisch ist noch auf folgenden Unterschied hinzuweisen: Exporte werden nach dem Herstellungsland ausgewiesen, so daß sie mit der Produktion und der Beschäftigung eines Bundeslandes in Verbindung gebracht werden können. Einfuhren bestimmen sich demgegenüber nach dem Sitzland des Importeurs. Sie informieren somit über Handelsbeziehungen, eine unmittelbare Beziehung zum regionalen Verbrauch kann nicht hergestellt werden. Eine Bilanzierung von Export und Import, wie sie auf der Ebene des Bundes möglich ist, kann deshalb für die Landesebene nicht vorgenommen werden.

Teil II, Ziffer 1.3

Die Entwicklung der Direktinvestitionen

Die Verflechtung von Märkten und Nationen kann nicht ausschließlich über den Warenaustausch erfolgen, vielmehr ist es das Kennzeichen hochentwickelter Volkswirtschaften, die wirtschaftliche Integration gleichzeitig auch über grenzüberschreitende Unternehmensverflechtungen zu vollziehen. Von zentraler Bedeutung sind hier die Direktinvestitionen, also der Erwerb oder die Gründung von Unternehmen im Ausland, bzw. des Auslandes im Inland. Entsprechende Bestandsgrößen sind jährlich der Deutschen Bundesbank zu melden, sie wurden durch Vermittlung der Landeszentralbank dem Statistischen Landesamt für Baden-Württemberg zur Verfügung gestellt.

Bereits im letzten Statistisch-prognostischen Bericht (1987/88) wurden die Direktinvestitionen des Landes im Ausland und des Auslandes im Land nach Anlagebranchen und wichtigsten Anlageländern analysiert, auch im Vergleich zum Bund. Eine solche Untersuchung wurde damit erstmals für ein Bundesland vorgelegt. Im vorliegenden Beitrag erfolgt die Darstellung im längerfristigen Vergleich 1979 und 1987 speziell mit Blick auf die EG-Länder - jeweils im Vergleich zum Bund -, wobei aus Gründen der eingeschränkteren Datenbasis der Nachweis nur nach Ländern (und nicht nach Branchen) vorgenommen werden kann. Die Analyse wird ergänzt um aktuelle Aspekte für 1987 und 1988 auf Basis der vom Bundeswirtschaftsministerium veröffentlichten Transferstatistik, - wobei auf Grund unterschiedlicher Abgrenzungen keine unmittelbare Verknüpfung mit den Bestandszahlen hergestellt werden kann.

Motive und Wirkungen von Direktinvestitionen werden kontrovers diskutiert. Die Vielschichtigkeit dieses Problems - auch unter dem Gesichtspunkt der Standortqualität von Ländern - wird im Beitrag in einem eigenen Abschnitt erörtert. Dies gilt auch für den möglichen - komplementären und/oder substitutiven - Zusammenhang von Direktinvestitionen und Exporten.

Teil II, Ziffer 2

Zur Situation und Entwicklung des Ländlichen Raums i.e.S

Die räumliche Basis dieser regionalstatistischen Untersuchung bilden die im Landesentwicklungsplan 1983 festgelegten Raumkategorien. Untersuchungsobjekt ist der Ländliche Raum i.e.S., d.h. der Ländliche Raum unter Ausschluß der Verdichtungsbereiche. Die Verdichtungsbereiche im Ländlichen Raum bildeten das Untersuchungsobjekt eines entsprechenden Beitrags im letztjährigen Statistisch-prognostischen Bericht (1987/88).

Ausgehend von der Tatsache, daß zwischen dem Ländlichen Raum i.e.S. und den übrigen Raumkategorien (Verdichtungsräume, Randzonen, Verdichtungsbereiche) Unterschiede im Niveau der wirtschaftlichen Aktivitäten und der Wirtschaftskraft bestehen, liegt der Schwerpunkt auf einer "Binnenbetrachtung" (räumliche Differenzierung) des Ländlichen Raums i.e.S. Ziel des Beitrags ist es - anhand wirtschaftlicher Indikatoren - räumliche Disparitäten innerhalb des Ländlichen Raums i.e.S. zu erkennen, und so die "Innere Struktur" des Ländlichen Raums i.e.S. zu erhellen.

Der Binnenbetrachtung des Ländlichen Raums i.e.S. wird ein Vergleich des Ländlichen Raums i.e.S. mit dem Land insgesamt und den übrigen Raumkategorien vorangestellt (Zeiträume 1961 bis 1987 bzw. 1978 bis 1987). Es zeigt sich, daß vor allem die Randzonen, aber auch der Ländliche Raum i.e.S. ihre Einwohnerzahlen fast ständig erhöhen konnten. Auf die Gründe für diese Entwicklung wird eingegangen. Daß der Ländliche Raum i.e.S. im Vergleich zu den übrigen Raumkategorien auch als Wirtschaftsstandort attraktiver wurde, wird anhand verschiedener Indikatoren nachgewiesen.

Als erste Stufe der Binnenbetrachtung des Ländlichen Raums i.e.S. erfolgt ein Vergleich der Ländlichen Räume der 12 Regionen. Hauptsächlich wird die Bevölkerungs- und Beschäftigtenentwicklung betrachtet, wobei auch innerregionale Disparitäten (z.B. infolge der naturräumlichen Zweiteilung der Region Südlicher Oberrhein in Oberrheingraben und Schwarzwald) aufgezeigt werden.

Die kleinräumige Differenzierung erfolgt unter Verwendung eines Indikatorenbündels auf der Ebene der Nahbereiche.

Die Untersuchung kommt u.a. zu folgenden Ergebnissen: Der Ländliche Raum i.e.S. zeichnet sich durch das Fehlen regionaler ("großräumiger") Disparitäten aus; ein Auseinanderdriften der wirtschaftlichen Entwicklung hat im letzten Jahrzehnt nicht stattgefunden. Auch große zusammenhängende Gebiete mit gleichartiger wirtschaftlicher Situation existieren nicht.

Bei der kleinräumigen Betrachtung fallen spezifische Struktur- und Entwicklungsmerkmale der Nahbereiche der Mittelzentren und des Ländlichen Raums im Umland der verdichteten Gebiete auf.

Die Untersuchung kommt zu dem Schluß, daß sich die wirtschaftliche Situation innerhalb des Ländlichen Raums i.e.S. über sehr kurze Entfernungen ändert. Statistische feststellbare Charakteristika dieser "mosaikhaften inneren Struktur" werden beschrieben.

Teil II, Ziffer 3

Zahl der Schüler und Schulabgänger bis zum Jahr 2010: Eine Vorausrechnung für allgemeinbildende und berufliche Schulen

Der Beitrag enthält eine Vorausrechnung der Zahl der Schüler und Schulabgänger an allgemeinbildenden und an beruflichen Schulen bis zum Jahr 2010. Solche Vorausrechnungen sind grundsätzlich Modellrechnungen, die auf bestimmten Annahmen beruhen.

Im Beitrag wird eine ausführliche Beschreibung des Modells gegeben, das auf einem Übergangs-Quoten-Verfahren basiert. Die Angaben für die schulpflichtigen Kinder im Alter von 5 bis 7 Jahren wurden der (unveröffentlichten) Bevölkerungsvorausschätzung des Statistischen Landesamtes (Basis 01.01.1986) entnommen. Die Quotenermittlung und die zugrundegelegten Ausgangsdaten werden detailliert dargestellt.

Auf Unsicherheiten im demographischen Bereich - besonders im Hinblick auf Zu- und Abwanderungen - wie auch im schulischen Bereich (u.a. Übergangsverhalten) wird hingewiesen. Die Ergebnisse werden nach Schularten getrennt dargestellt.

Teil II, Ziffer 4

Beschäftigungschancen von Frauen im Strukturwandel

Der langfristige wirtschaftliche Strukturwandel von der Urproduktion (Land- und Forstwirtschaft) über die Warenproduktion zum Dienstleistungsgewerbe vollzieht sich auch auf dem Arbeitsmarkt und äußert sich hier in einem ständigen Wandel der Tätigkeiten und Anforderungen. Gleichzeitig nimmt bei vielen Frauen, insbesondere im mittleren Alter das Bestreben zu, berufliche Tätigkeit und familienbezogene Arbeit und Betreuung miteinander zu verbinden. Dies legt es nahe, die Berufschancen von Frauen im strukturellen Wandel genauer zu untersuchen.

Dies erfolgt im vorliegenden Beitrag für eine Vielzahl von Gesichtspunkten. Zunächst werden die Beschäftigtenchancen von Frauen in einzelnen Wirtschaftssektoren (Produzierendes Gewerbe, gewerbliche Dienstleistungen, öffentlicher Dienst) dargestellt, sodann wird die Inanspruchnahme spezifischer Arbeitsformen, wie die Teilzeitbeschäftigung und die geringfügige Beschäftigung, untersucht. Die andere Seite der Beschäftigung von Frauen ist ihre Arbeitslosigkeit, in Verbindung mit diesem Problemkreis werden auch zur "stillen Reserve" Hinweise gegeben.

Die Beschäftigungschancen von Frauen sind nicht nur vom sektoralen Wandel berührt, sondern auch vom gleichzeitig sich vollziehenden Wandel in den Berufsstrukturen. Dies wird für die abhängig Beschäftigten untersucht, wie auch für Selbständige bzw. für "mithelfende Familienangehörige". Ein weiterer Abschnitt widmet sich den Einkommensunterschieden, ein anderer dem veränderten Ausbildungsverhalten, wobei hier auch eine berufliche Detailbetrachtung erfolgt.

Teil II, Ziffer 5

Die Rentenversicherung im Rahmen des Gesamtsystems der Sozialen Sicherung

Kennzeichnend für die deutsche gesetzliche Rentenversicherung ist ein breites Spektrum unterschiedlicher Rentenarten, die auf verschiedenen Voraussetzungen erwerbsbiographischer Art beruhen. Grundsätzlich werden zwei Kategorien unterteilt: Versichertenrenten (Frührenten und Altersruhegelder) und Hinterbliebenenrenten (Witwen-/Witwerrenten und Waisenrenten). Nach § 79 des 4. Buches des Sozialgesetzbuchs (SGB) vom 23. Dezember 1976 wird die Erstellung von Statistiken der Sozialversicherungsträger sowie deren Vorlage und Weiterleitung an den Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung sowie an die Obersten Verwaltungsbehörden der Länder angeordnet. Ab Berichtsjahr 1988 wurden für Baden-Württemberg und dessen vier Regierungsbezirke die Daten technisch vom Verband Deutscher Rentenversicherungsträger (VDR) regionalisiert und als Arbeitstabellen an das Statistische Landesamt übermittelt. Damit sind erstmals die Rentenbestände aller drei Versicherungszweige für das Land nachweisbar. Sie werden im vorliegenden Beitrag unter den verschiedensten Gesichtspunkten analysiert.

Ein erster Gesichtspunkt betrifft die regionale Inzidenz, für die verschiedene Kennziffern ermittelt werden. Denn obwohl Sozialausgaben als regional ungezielte Ausgaben gelten, weisen sie eine Raumwirksamkeit auf, weil zum einen die sozialpolitischen Tatbestände regional ungleichmäßig verteilt sind und zum anderen die Ausgabenvolumen im sozialen Bereich speziell jedoch in der Rentenversicherung von außerordentlicher Bedeutung sind. Es werden bundesweit allein mit dem Leistungsvolumen der gesetzlichen Rentenversicherung in Höhe von 180 Mrd. DM 1986 gut 9 % des Bruttosozialprodukts umverteilt.

Nachfolgend werden die Rentenbestände in Baden-Württemberg - getrennt nach Versicherungsrenten und Hinterbliebenenrenten - detailliert nach den Gesichtspunkten von Alter und Geschlecht sowie der durchschnittlichen Rentenhöhe und der Kindererziehungskomponente dargestellt.

Abschließend werden Perspektiven der demographischen und wirtschaftlichen Entwicklung sowie der Finanzierungsmodalitäten und weiterer Aspekte der Altersvorsorge erörtert.